Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Ernst Delbrück.

Sechsundvierzigster Band.

CANCELLED

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1886.

327.08
S795
v.46

51990

ER
.192 2
(v.46)

I. Inhaltsverzeichniss,

nach den Gegenständen alphabetisch geordnet.

Aegypten (Finanzen). (Vgl. Bd. XL. u. vorg.)

1884. April 19. Grossbritannien. Min. des Ausw. an die engl. Botschafter bei den Grossmächten. Vorschlag einer Conferenz über die Abänderung des Liquidationsgesetzes . . . 8718.

„ Juni 15. Frankreich. Botsch. in London an den engl. Min. des Ausw. Frankreich hat jeden Gedanken an die Wiederherstellung des Condominiums oder an eine bewaffnete Intervention in Aegypten aufgegeben . . . . . 8719.

„ „ 16. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den franz. Botsch. in London. Vorschläge der englischen Regierung . . 8720.

„ „ 17. Frankreich. Botsch. in London an den engl. Min. des Ausw. Annahme der englischen Vorschläge . . . 8721.

„ Juli 28. Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und Türkei. Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 4. Sitzung vom 28. Juli 1884. . . . 8722.

„ „ 29. Konferenz-Staaten. Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 5. Sitzung vom 29. Juli 1884. . . . . 8723.

„ „ 31. — Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 6. Sitzung vom 31. Juli 1884 . . . . . 8724.

„ August 2. — Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 7. Sitzung von 2. August 1884 . . . . . 8725.

„ Sept. 19. Grossbritannien. Min. des Ausw. an die Vertreter Englands bei den Grossmächten. England hat Aegypten die vorläufige Suspendirung der Amortisation und Verwendung der dadurch verfügbaren Mittel zu Verwaltungsbedürfnissen anempfohlen . . . . . 8726.

„ „ 19. Aegypten. Die Schuldenkommissare an den ägyptischen Ministerpräsidenten und Min. des Ausw. (Nubar-Pascha). Protest gegen die Maassregel der ägyptischen Regierung . . . . . 8727.

„ „ 24. Grossbritannien. Geschäftsträger in Berlin (Scott) an den engl. Min. des Ausw. Stellung der deutschen Regierung zu der ägyptischen Maassregel . . . . . 8728.

1884. Sept. 25. Frankreich. Generalkonsul in Kairo (Barrère) an den ägypt. Min. des Ausw. (Nubar-Pascha). Protest gegen die Verletzung des Liquidationsgesetzes . . . . . 8729.
„ „ 29. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Wien. Rechtfertigung der Maassregel der ägyptischen Regierung . . . . . 8730.
„ Oct. 4. — Geschäftsträger in Berlin an den engl. Min. des Ausw. Die deutsche Regierung beharrt auf ihrem ablehnenden Standpunkt . . . . . 8731.
„ Nov. 17. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris (Lyons). Anknüpfung neuer Verhandlungen . . . . . 8732.
„ „ 21. — Derselbe an denselben. Frankreich wünscht nicht, sich über die engl. Vorschläge im voraus zu verständigen . . . . . 8733.
„ „ 24. — Min. des Ausw. an die engl. Vertreter in Paris, Berlin, Wien, Rom, St.-Petersburg und Konstantinopel. Vorschläge zur Ordnung der ägyptischen Finanzen . . 8734.
„ Dec. 10. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin (Malet). Dringt auf Beantwortung der engl. Vorschläge . . . . . 8735.
„ „ 11. Deutschland. Generalkonsul in Kairo (Derenthall) an den ägypt. Ministerpräsidenten. Verlangt Aufnahme eines deutschen Mitgliedes in die Schuldenkommission . . 8736.
„ „ 20. — Reichskanzler an den deutschen Botsch. in London (Münster). Verlangt Aufnahme eines deutschen und russischen Mitgliedes in die Schuldenkommission . . 8737.
„ „ 20. — Unterstaatssekretär des Ausw. (Busch) an den deutschen Botsch. in London. Die Aufnahme des deutschen und russischen Mitgliedes in die Schuldenkommission bedingt keine Abänderung des Liquidationsgesetzes . 8738.
„ „ 20. — Reichskanzler an den deutschen Botsch. in St.-Petersburg (Schweinitz). Gemeinschaftliche Schritte bei den Mächten behufs Zulassung zur Schuldenkommission . 8739.
„ „ 20. Aegypten. Ministerpräsident an den deutschen Generalkonsul in Kairo. Die ägyptische Regierung kann nicht selbständig mit der Ernennung der Kommissare vorgehen . . . . . 8740.
„ „ 29. Deutschland. Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutsch. Botsch. in Paris (Hohenlohe). Deutschland wird die engl. Vorschläge erst nach Kenntniss der franz. Auffassung beantworten . . . . . 8741.
„ „ 29. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. Englands Stellung gegenüber einer Vertretung Deutschlands in der Schuldenkommission . . . . . 8742.
1885. Jan. 3. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris. Hofft, Frankreich werde von der Aufstellung von Gegenvorschlägen absehen . . . . . 8743.
„ „ 6. Deutschland. Reichskanzler an die deutschen Botschafter in London, Paris, Rom und Wien. Deutschlands und Russlands Anspruch auf Eintritt in die Schuldenkommission . . . . . 8744.

1884. Jan. 8. Frankreich. Min. des Ausw. (Ferry) an die franz. Vertreter in Berlin, St.-Petersburg, Wien, Rom und Konstantinopel. Die französischen Gegenvorschläge . . . . 8745.
„ „ 17. Deutschland. Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutsch. Botsch. in London. Stellung der Mächte zu dem deutsch-russischen Antrage . . . . . 8746.
„ „ 21. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris. Antwort auf die franz. Gegenvorschläge . . 8747.
„ „ 22. — Min. des Ausw. an den deutschen Botsch. in London. England stimmt der Aufnahme eines deutschen Mitgliedes in die Schuldenkommission zu . . . . . 8748.
„ „ 24. Frankreich. Botsch. in Berlin (Courcel) an den franz. Min. des Ausw. Deutschland ist bereit, die engl. Note als Verhandlungsbasis zu acceptiren . . . . . 8749.
„ „ 29. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. Deutschlands Haltung in der ägyptischen Frage hängt von dem Entgegenkommen Englands in der Kolonialpolitik ab . . . . . 8750.
„ Febr. 1. Frankreich. Min. des Ausw. an die franz. Vertreter in Berlin, St.-Petersburg, Wien, Rom und Konstantinopel. Memorandum über die Durchführung der vereinbarten Maassregeln . . . . . 8751.
„ „ 11. Aegypten. Ministerpräsident an den deutschen und den russischen Generalkonsul in Kairo. Bereitwilligkeit, ein deutsches und ein russisches Mitglied der Schuldenkommission zu ernennen . . . . . 8752.
„ „ 13. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris. Einwendungen gegen die französischen Vorschläge 8753.
„ „ 26. — Derselbe an denselben. Differenzen über den Ort der Zusammenkunft der Suez-Kommission . . . . . 8754.
„ März 3. — Derselbe an denselben. Vereinbarung über die Aufgaben der Suez-Kommission . . . . . 8755.
„ „ 12. Deutschland. Reichskanzler an den deutschen Botsch. in London. Vorbehalt wegen der der Schuldenkasse entzogenen Summen . . . . . 8756.
„ „ 17. Deutchland, Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und Türkei. Declaration vom 17. März, betreffend die ägyptischen Finanzen und die freie Schifffahrt auf dem Suez-Kanal . . . . . 8757.
„ „ 18. Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland, Türkei. Konvention vom 18. März, betreffend die ägyptischen Finanzen . . . . . 8758.
„ „ 21. Frankreich. Botsch. in London an den franz. Min. des Ausw. Bericht über den Verlauf der englisch-französischen Verhandlungen . . . . . 8859.
„ „ 30. Türkei. Declaration bei Unterzeichnung der Declaration vom 17. März . . . . . 8760.
„ April 2. — Gesandter in London an den engl. Min. des Ausw. Nachträglicher Vorbehalt der Pforte . . . . . 8761.
„ „ 14. Aegypten. Min. des Ausw. an die Vertreter der Gross-

mächte in Kairo. Die Regierung hat provisorisch den fünfprozentigen Abzug auf die Coupons angeordnet . 8762.
1885. April 17. Grossbritannien. Botsch. in Berlin an den engl. Min. des Ausw. Der Reichskanzler wünscht, dass ein Theil der Anleihe in Berlin emittirt wird . . . . . 8763.
„ „ 25. — Derselbe an denselben. Gründe für das Verlangen der deutschen Regierung . . . . . 8764.
„ Mai 20. — Generalkonsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. Deutschland, unterstützt von Oesterreich, Frankreich und Russland, hat gegen das Decret vom 12. April protestirt . . . . . 8765.
„ „ 26. — Min. des Ausw. an die Vertreter Englands in Berlin, Wien, Paris, Rom und St.-Petersburg. An Stelle des beanstandeten provisorischen Decrets kann das zwischen den Mächten vereinbarte Decret erlassen werden. Eine vorgängige Zustimmung sämmtlicher Parlamente zu der Declaration erscheint nicht nothwendig . . . . 8766.
„ „ 27. — Botsch. in Berlin an den engl. Min. des Ausw. Der engl. Vorschlag der Regelung der Anleihe ist nicht acceptabel . . . . . 8767.
„ Juni 2. Frankreich. Min. des Ausw. (Freycinet) an den englischen Botsch. in Paris. Gründe des Protestes gegen das provisorische Decret . . . . . 8768.
„ „ 15. Grossbritannien. Min des Ausw. an den engl. Botsch. in London. Die franz. Auffassung stellt auch die Legalität der Suezkommission in Frage . . . . . 8769.
„ „ 30. — Min. des Ausw. (Salisbury) an die engl. Vertreter in Berlin und in Kairo. Regt die sofortige Ausgabe der Anleihe von neuem an . . . . . 8770.
„ Juli 8. — Botsch. in Paris an den engl. Min. des Ausw. Unterredung mit Freycinet über die Stellung des neuen Ministeriums zur ägyptischen Frage . . . . . .
„ „ 13. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin. Deutschland willigt in den Erlass des Finanzdecrets. Ausgabe der Anleihe in London, Paris und Berlin zu gleichen Theilen . . . . . 8772.
„ „ 14. — Geschäftsträger in Berlin an den engl. Min. des Ausw. Betheiligung Deutschlands an der Anleihe . . . . 8773.
„ „ 25. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und Türkei. Declaration, betreffend die ägyptischen Finanzen, vom 25. Juli 1885 8774.
„ „ 27. Aegypten. Decret des Khedive, betreffend die Abänderung des Liquidationsgesetzes und die Ausgabe einer privilegirten Anleihe. Vom 27. Juli 1885 . . . . . 8775.
„ „ 28. — Decret des Khedive, betreffend die Anleihe-Bedingungen. Vom 28. Juli 1885 . . . . . 8776.

Anam.

1884. Juni 6. Frankreich und Anam. Vertrag vom 6. Juni 1884 . . . 8841.

Bulgarische Frage.

1885. Sept 18. Bulgarien. Fürst Alexander an die Minister des Ausw. der Grossmächte. Bitte um Anerkennung der Vereinigung beider Bulgarien . . . . . 8849.

„ „ 20. — Proclamation des Fürsten Alexander . . . . . 8850.

„ „ 23. Türkei. Min. des Ausw. (Assim-Pascha) an die türkischen Botschafter bei den Grossmächten. Bittet um Intervention der Grossmächte zur Aufrechterhaltung des berliner Vertrages . . . . . 8851.

„ „ 24. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. Oesterreich, Deutschland und Italien haben die von England vorgeschlagenen Schritte abgelehnt . . . . . 8852.

„ „ 25. Russland. Unterstaatssekretär des Ausw. an die russischen Botsch. bei den Grossmächten. Schlägt Botschafterbesprechungen in Konstantinopel vor . . . . . 8853.

„ „ 25. Türkei. Min. des Ausw. an die türkischen Botsch. bei den Grossmächten. Dringt auf Entschliessung der Grossmächte . . . . . 8854.

„ „ 28. Grossbritannien. Major Trotter an den engl. Botsch. in Konstantinopel. Gründe und Entstehung des Aufstandes. Erklärung des Fürsten Alexander und Dr. Strausky's . . . . . 8855.

„ „ 29. Türkei. Min. des Ausw. (Said-Pascha) an die türk. Botsch. bei den Grossmächten. Bittet, Griechenland zur Einstellung der Truppenbewegungen zu veranlassen . . 8856.

„ „ 29. Frankreich. Min. des Ausw. (Freycinet) an den franz. Botsch. in Konstantinopel. Instruction . . . . . 8857.

„ „ 30. Bulgarien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. Fürst Alexander erkennt die Souveränetät des Sultans vollständig an . . . . . 8858.

„ Oct. 1. Türkei. Min. des Ausw. an die türkischen Botsch. bei den Grossmächten. Die serbischen und griechischen Rüstungen . . . . . 8859.

„ „ 1. Grossbritannien. Gesandter in Athen (Rumbold) an den engl. Min. des Ausw. Antwort des griechischen Ministerpräsidenten auf die Vorstellungen der Mächte . 8860.

„ „ 2. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. Oesterreich begünstigt den englischen Vorschlag der Personal-Union und widerstrebt der Absetzung des Fürsten Alexander . . . . . 8861.

„ „ 4. — Derselbe an denselben. Einer Resolution, welche den Fürsten Alexander tadelt, ist nicht zuzustimmen . . 8862.

„ „ 4. — Gesandter in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. Zusammenkunft der Botschafter . . . . . 8863.

„ „ 6. — General-Konsul in Sophia (Lascelles) an den engl. Min. des Ausw. Antwort des Kaisers von Russland an die bulgarische Deputation . . . . . 8864.

„ „ 6. Bulgarien. Brief des Fürsten Alexander an den König von Serbien . . . . . 8865.

„ „ 8. Türkei. Min. des Ausw. an die Botsch. der Grossmächte in

Konstantinopel. Bittet um Beschleunigung der Entscheidung der Grossmächte . . . . . 8866.
1885. Oct. 10. Griechenland. Min. des Ausw. an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. Antwort der griechischen Regierung auf die mündlichen Vorstellungen der Grossmächte . . . . . 8867.
„ „ 13. Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland. Declaration der Botschafter in Konstantinopel vom 13. October 1885 . . . . . 8868.
„ „ 15. Grossbritannien. Botsch. in Wien an den engl. Min. des Ausw. Die Kabinette von Wien, St.-Petersburg und Berlin haben sich über den Zusammentritt einer Botschafterkonferenz geeinigt . . . . . 8869.
„ „ 17./19. Bulgarien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. Antwort der bulgarischen Regierung auf die Declaration vom 13. October . . . . . 8870.
„ „ 18. Türkei. Min. des Ausw. an die Botsch. der Grossmächte in Konstantinopel. Antwort der Pforte auf die Declaration 8871.
„ „ 19. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Wien. Die engl. Regierung kann sich an einer blossen Wiederherstellung des ‚status quo ante' nicht betheiligen . . . . . 8872.
„ „ 21. Türkei. Min. des Ausw. an die türkischen Botsch. bei den Grossmächten. Einladung zur Konferenz . . . . . 8873.
„ „ 23. Griechenland. Thronrede des Königs bei Eröffnung der Kammer . . . . . 8874.
„ „ 25. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. Annahme der Einladung zur Konferenz mit Vorbehalt . . . . . 8875.
„ „ 26. — Generalkonsul in Sophia an den engl. Min. des Ausw. Schwierige Lage des Fürsten Alexander . . . . . 8876.
„ „ 26. Serbien. Min. des Ausw. (Garachanine) an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. Antwort der serbischen Regierung auf die Declaration der Grossmächte . . 8877.
„ „ 28. Frankreich. Min. des Ausw. an den franz. Botsch. in Konstantinopel. Weitere Instruktion . . . . . 8878.
„ „ 31. Griechenland. Min. des Ausw. an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. Antwort der griechischen Regierung auf die Declaration der Grossmächte vom 13. October . . . . . 8879.
„ Nov. 2. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. Instruktion für die Konferenz . . . 8880.
„ „ 2. Rumänien. Min. des Ausw. an den rumänischen Gesandten in Konstantinopel. Auftrag, die Schleifung der bulgarischen Donaufestungen auf der Konferenz in Anregung zu bringen . . . . . 8881.
„ „ 6. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. Verhalten auf der Konferenz . . . 8882.
„ „ 7. — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. Zweite Sitzung der Konferenz . . . . . 8883.

1885. Nov. 9. Grossbritannien. Derselbe an denselben. Dritte Sitzung der Konferenz . . . . . 8884.
„ „ 12. — Derselbe an denselben. Die ersten 4 Sitzungen der Konferenz . . . . . 8885.
„ „ 13. Serbien. Min. des Ausw. an den serbischen Geschäftsträger in Sophia. Kriegserklärung . . . . . 8886.
„ „ 14. — Min. des Ausw. (Garachanine) an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. Die serbische Aktion ist nicht gegen die Suzeränetät der Pforte gerichtet . . 8887.
„ „ 14. — Proklamation des Königs an das serbische Volk . . 8888.
„ „ 14. Bulgarien. Ministerpräsident an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. Bulgarien hat keine Veranlassung zur Kriegserklärung gegeben . . . . . 8889.
„ „ 14. — Proklamation des Fürsten Alexander . . . . . 8890.
„ „ 16. Grossbritannien. Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. Fünfte Sitzung der Konferenz . . 8891.
„ „ 16. Bulgarien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. Beschwerden über Serbien. Appell an die Pforte . . . . . 8892.
„ „ 19. Grossbritannien. Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. Sechste Sitzung der Konferenz . . 8893.
„ „ 22. — Derselbe an denselben. Antagonismus zwischen England einerseits und Russland und Oesterreich andererseits . . . . . 8894.
„ „ 22. Bulgarien. Fürst Alexander an den Grossvezier. Wird nur auf serbischem Boden einen Waffenstillstand annehmen. Bittet um Verschiebung der Sendung des türkischen Kommissars . . . . . 8895.
„ „ 24. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland. Kollektivnote der Vertreter der Grossmächte in Belgrad an den serbischen Min. des Ausw. Mahnung, dem Blutvergiessen ein Ende zu machen . . . . . 8896.
„ „ 24. Russland. Botsch. in Paris an den franz. Min. des Ausw. Russland schlägt Intervention der Mächte vor . . . 8897.
„ „ 25. Serbien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. Der König hat den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten gegeben . . . . . 8898.
„ „ 25. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland, Türkei. Protokoll der 7. Sitzung der Botschafterkonferenz . . . . . 8899.
„ „ 28. Grossbritannien. Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min des Ausw. Konferenz ist 'sine die' vertagt . . 8900.
„ „ 28. Bulgarien. Ministerpräsident an die Vertreter Deutschlands, Oesterreichs und Russlands in Sofia. Einstellung der Feindseligkeiten . . . . . 8901.
„ „ 30. Russland. Tagesbefehl des Kaisers. Dankt den russischen Offizieren, welche in der bulgarischen Armee gedient haben . . . . . 8902.
„ Dec. 1. Grossbritannien. Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. Isolirung Englands . . . . . 8903.

1885. Dec. 3. Frankreich. Min. des Ausw. an die Vertreter Frankreichs in Berlin, Bern, Konstantinopel, London, Madrid, Rom (Heilige Stuhl), Rom (Italien), St.-Petersburg, Wien, Athen, Belgrad, Bukarest, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, München, Cettinje, Sofia und Stockholm. Politik der französischen Regierung auf der Balkanhalbinsel . . . . . 8904.

„ „ 9. Serbien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen . . . . . 8905.

„ „ 10. Bulgarien. Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. Fürst Alexander hat gegen die Ernennung eines türkischen Delegirten zu den Friedensverhandlungen protestirt . . . . . 8906.

„ „ 10. Frankreich. Min. des Ausw. an die Vertreter Frankreichs. Ermächtigung, sich im Sinne des Circulars vom 3. December zu äussern . . . . . 8907.

„ „ 15. Grossbritannien. Gen.-Konsul in Sophia an den engl. Min. des Ausw. Bulgarien nimmt die Intervention der Militärkommission bedingungsweise an . . . . . 8908.

„ „ 18. Oesterreich-Ungarn. Min. des Ausw. (Kalnoky) an den österreichischen Vertreter in Sophia. Die Militärkommission wird den Vorbehalten Bulgariens Rechnung tragen . . . . . 8909.

„ „ 19. Grossbritannien. Gen.-Konsul in Sophia an den engl. Min. des Ausw. Bulgarien unterwirft sich der Entscheidung der Militärkommission . . . . . 8910.

„ „ 21. Serbien und Bulgarien. Waffenstillstandsbedingungen . . 8911.

„ „ 22. Türkei. Min. des Ausw. an die türkischen Vertreter bei den Grossmächten. Bulgarien hat Anspruch auf eine Kriegsentschädigung . . . . . 8912.

„ „ 24. Grossbritannien. Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. des Ausw. Umschwung in der russischen Auffassung . . . . . 8913.

„ „ 31. Griechenland. Min. des Ausw. (Delyanis) an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. Stellung Griechenlands gegenüber den bulgarischen Ereignissen . . . 8914.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc. (Vergl. Bd. XLV u. vorg.)

1884. Mai 11. Frankreich und China. Vertrag von Tien-Tsin. Vom 11. Mai 1884 . . . . . 8840.

„ Juni 6. Frankreich und Anam. Vertrag vom 6. Juni 1884 . . . 8841.

„ Juli 28. Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und Türkei. Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 4. Sitzung vom 28. Juli 1884 . . . 8722.

„ „ 29. Konferenz-Staaten. Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 5 Sitzung vom 29. Juli 1884 . . . . . 8723.

„ „ 31. — Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 6. Sitzung vom 31. Juli 1884 . . . . . 8724.

„ Aug. 2. — Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 7. Sitzung vom 2. August 1884 . . . . . 8725.

1885. März 7. Deutschland, Grossbritannien und Spanien. Protokoll, betreffend den Sulu-Archipel. Vom 7. März 1885 . 8804.
„ „ 17. Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und Türkei. Declaration vom 17. März, betreffend die ägyptischen Finanzen und die freie Schifffahrt auf dem Suez-Kanal . . . . . 8757.
„ „ 18. Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland, Türkei. Konvention vom 18. März, betreffend die ägyptischen Finanzen . . . . . 8758.
„ „ 21. Vertragsstaaten. Acte additionnel de Lisbonne à la Convention du 1er juin 1878, conclu entre l'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République Argentine, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, les Etats-Unis de Colombie, la République de Costa-Rica, le Danemark et les Colonies Danoises, la République Dominicaine, l'Egypte, l'Equateur, l'Espagne et les Colonies Espagnoles, la France et les Colonies Françaises, la Grande-Bretagne et diverses Colonies Anglaises, la Canada, l'Inde Britannique, la Grèce, le Guatemala, la République de Haïti, le Royaume de Hawaï, la République du Honduras, l'Italie, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, le Mexique, le Monténégro, le Nicaragua, le Paraguay, les Pays-Bas et les Colonies Néerlandaises, le Pérou, la Perse, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, le Salvador, la Serbie, le Royaume de Siam, la Suède et Norvège, la Suisse, la Turquie, l'Uruguay et les Etats-Unis de Vénézuéla 8820.
„ „ 30. Türkei. Declaration bei Unterzeichnung der Declaration vom 17. März . . . . . 8760.
„ April 2. — Gesandter in London an den engl. Min. des Ausw. Nachträglicher Vorbehalt der Pforte . . . . . 8761.
„ „ 4. Frankreich und China. Friedenspräliminarien vom 4. April 1885 . . . . . 8842.
„ Juni 9. — — Traité de paix, d'amitié et de commerce, conclu entre la France et la Chine le 9 Juin 1885 à Tien-Tsin 8843.
„ Juli 3./4. Deutschland. Vertrag über die Einrichtung und Unterhaltung deutscher Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien. Vom 3./4. Juli 1885 . . . 8824.
„ „ 25. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und Türkei. Declaration, betreffend die ägyptischen Finanzen, vom 25. Juli 1885 8774.
„ Sept. 2. Deutschland. Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Manassé zu Hoachanas . 8825.
„ „ 10. Grossbritannien und Russland. Protokoll, betreffend die Feststellung der russisch-afghanischen Grenze . . . 8716.
„ „ 15. Deutschland. Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und den Bastards zu Rehoboth 8826.
„ Oct. 21. — Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und den Hereros . . . . . 8827.

1885. Nov. 6. Frankreich, Griechenland, Italien und Schweiz. Münzvertrag vom 6. November 1885 . . . . . 8821.
„ „ 7. Grossbritannien. Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. Zweite Sitzung der Konferenz . . 8883.
„ „ 9. — Derselbe an denselben. Dritte Sitzung der Konferenz 8884.
„ „ 12. — Derselbe an denselben. Die ersten vier Sitzungen der Konferenz . . . . . 8885.
„ „ 16. — Derselbe an denselben. Fünfte Sitzung der Konferenz 8891.
„ „ 19. — Derselbe an denselben. Sechste Sitzung der Konferenz . . . . . 8893.
„ „ 25. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland, Türkei. Protokoll der 7. Sitzung der Botschafterkonferenz . . . . . 8899.
„ Dec. 12. Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Schweiz. Acte additionnel à la convention monétaire, signée le 6 novembre 1885, entre la France, la Grèce, l'Italie et la Suisse . . . . . 8822.
„ „ 17. Deutschland und Spanien. Protokoll, betreffend die Karolinen- und Pelew-Inseln. Vom 17. December 1885 . 8814.
„ „ 17. Frankreich und Madagaskar. Friedensvertrag vom 17. December 1885 . . . . . 8846.
„ „ 20. Deutschland und Zanzibar. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und dem Sultan von Zanzibar . . . . . 8803.
„ „ 21. Serbien und Bulgarien. Waffenstillstandsbedingungen . . 8911.
„ „ 24. Deutschland und Frankreich. Protokoll, betreffend die deutschen und französischen Besitzungen an der Westküste von Afrika und in der Südsee. Vom 24. December 1885 . . . . . 8829.
1886. April 6. Deutschland und Grossbritannien. Erklärung, betreffend die Abgrenzung der deutschen und englischen Machtsphären im Westlichen Stillen Ocean . . . . . 8834.
„ „ 10. — — Erklärung, betreffend die gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in den deutschen und englischen Besitzungen und Schutzgebieten im Westlichen Stillen Ocean . . . . . 8835.
„ „ 24. Frankreich und China. Handelsvertrag vom 24. April 1886 8845.
„ Mai 15. Frankreich und Portugal. Konvention, betreffend die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen in Westafrika. Vom 15. Mai 1886 . . . . . 8848.

Central-Asiatische Frage. (Vgl. Bd. XLV u. vorg.)

1885. April 9. Grossbritannien. Min. des Ausw. an die engl. Vertreter in Paris, Berlin, Rom, Wien, Konstantinopel und St.-Petersburg. Gladstone's Erklärungen über den russisch-englischen Konflikt . . . . . 8685.
„ „ 11. Russland. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Komaroffs Bericht über das Gefecht bei Penjdeh . . 8686.
„ „ 13. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Neue Unterhandlungsbasis . . . . 8687.

1885. April 14. Grossbritannien. Lumsden an den engl. Min. des Ausw. Das Gefecht bei Penjdeh . . . . . 8688.
„ „ 15. Russland. Memorandum, betreffend die Ereignisse bei Penjdeh . . . . . 8689.
„ „ 17. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Die schwierige Situation ist nach Ansicht der russischen Regierung durch die militärische Escorte des engl. Kommissars veranlasst . . . . . 8690.
„ „ 17. — Derselbe an denselben. Hat die Fortsetzung der Verhandlungen bis zur Verständigung über das Gefecht abgelehnt . . . . . 8691.
„ „ 17. — Lumsden an den engl. Min. des Ausw. Komaroffs Bericht über die Ereignisse bei Penjdeh ist unrichtig 8692.
„ „ 18. Russland. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Verweigert weitere Aufklärungen . . . . . 8693.
„ „ 19. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Nothwendigkeit der Ermittelung, ob das russisch-englische Abkommen verletzt ist . . . 8694.
„ „ 20. Russland. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Beharrt auf dem früheren Standpunkt . . . . . 8695.
„ „ 21. — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Weitere Berichte Komaroffs . . . . . 8696.
„ „ 24. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Schiedsgericht über die Frage, ob das Abkommen vom 16. März verletzt ist . . . . . 8697.
„ „ 25. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Der deutsche Kaiser als Schiedsrichter . . . . . 8698.
„ „ 26. Russland. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Weitere Berichte Komaroffs . . . . . 8699.
„ „ 28. — Derselbe an denselben. Eine Untersuchung über die Handlungsweise Komaroffs ist ausgeschlossen . . . 8700.
„ Mai 1. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Russischer Vorschlag, Penjdeh zu neutralisiren, ist angenommen . . . . . 8701.
„ „ 1. Russland. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Bereitwilligkeit, ein Schiedsgericht über die Tragweite des Abkommens vom 16. März zu vereinbaren . . . 8702.
„ „ 4. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. England ist jetzt bereit, die Verhandlungen über die Grenzlinie wieder aufzunehmen . . . . . 8703.
„ „ 22. — Memorandum, betreffend die afghanische Grenze . . 8704.
„ „ 28. Russland. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Bedenken gegen die vorgeschlagene Grenze bei Zulfikar 8705.
„ Juni 4. Grossbritannien. Memorandum. England will dem Emir den vollen Besitz des Zulfikar-Passes sichern . . . 8706.
„ „ 7. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Stellung der russischen Regierung zum englischen Vorschlage . . . . . 8707.
„ „ 10. Russland. Botsch. in London an den engl. Min. des Ausw. Russland kann die Aufrechterhaltung seiner Kommu-

nikationen nicht den afghanischen Ansprüchen unterordnen . . . . . 8708.
1885. Juni 11. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Behält die Entscheidung seinem Nachfolger vor 8709.
„ Juli 1. — Min. des Ausw. (Salisbury) an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Der Zulfikar-Pass muss den Afghanen belassen werden, weil England dies dem Emir versprochen hat . . . . . 8710.
„ „ 9. — Derselbe an denselben. Russland lehnt eine Aenderung seiner Vorschläge bezüglich des Zulfikar-Passes ab 8711.
„ „ 17. — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Widerspruch der jetzigen russischen Forderungen mit früheren Zugeständnissen . . . . . 8712.
„ „ 18. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Unterredung mit dem russ. Botsch: Beide Regierungen erklären es für unmöglich, von dem eingenommenen Standpunkt zurückzuweichen . . . . 8713.
„ „ 30. Russland. Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. Das russische Anerbieten hat sich nicht auf den ganzen Pass Zulfikar bezogen . . . . . 8714.
„ Aug. 19. — Ausw. Amt. an den russ. Botsch. in London. Neuer Vorschlag . . . . . 8715.
„ Sept. 10. Grossbritannien und Russland. Protokoll, betreffend die Feststellung der russisch-afghanischen Grenze . . . 8716.
„ „ 17. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. Rechtfertigung der mit Russland getroffenen Vereinbarung . . . . . 8717.

China. (S. auch Anam und Tonkin.)

1884. Mai 11. Frankreich und China. Vertrag von Tien-Tsin vom 11. Mai 1884 . . . . . 8840.
1885. April 4. — — Friedenspräliminarien vom 4. April 1885 . . . 8842.
„ Juni 9. — — Traité de paix, d'amitié et de commerce, conclu entre la France et la Chine le 9. Juin 1885 à Tien-Tsin . . . . . 8843.
1886. April 24. — — Handelsvertrag vom 24. April 1886 . . . . . 8845.

Deutsche Kolonialpolitik. (S. auch Karolinen-Inseln und Zanzibar.)

1885. Febr. 27. Deutschland. Kaiserlicher Schutzbrief für die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ . . . . . 8782.
„ April 6. — Gesetz, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern. Vom 6. April 1885 . . . 8823.
„ Juli 3./4. — Vertrag über die Einrichtung und Unterhaltung deutscher Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien. Vom 3./4. Juli 1885 . . . . . 8824.
„ Sept. 2. — Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Manasse zu Hoachanas . . . . 8825.
„ „ 15. — Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und den Bastards zu Rehoboth . . . 8826.
„ Oct. 21. — Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und den Hereros . . . . . 8827.

1885. Dec. 2. — Denkschrift über die deutschen Schutzgebiete. Vom 2. Dezember 1885 . . . . . 8828.
„ „ 20. Deutschland und Zanzibar. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und dem Sultan von Zanzibar . . . . . 8803.
„ „ 24. Deutschland und Frankreich. Protokoll, betreffend die deutschen und französischen Besitzungen an der Westküste von Afrika und in der Südsee. Vom 24. Dezember 1885 . . . . . 8829.
„ „ 24. Deutschland. Unterstaatssekretär im Ausw. Amt (Graf Bismarck) an den franz. Botschafter in Berlin (Courcel). Bitte um Zusicherung von Garantien für die bestehenden deutschen Unternehmungen in Koba und Kabitaï 8830.
„ „ 24. Frankreich. Botsch. in Berlin an den deutschen Unterstaatssekretär im Ausw. Amt. Ertheilt die gewünschte Zusicherung . . . . . 8831.
„ „ 24. — Derselbe an denselben. Empfehlung des Königs Mensa von Porto-Seguro . . . . . 8832.
„ „ 24. Deutschland. Unterstaatssekretär im Ausw. Amt. an den franz. Botsch. in Berlin. König Mensa wird in seiner Stellung belassen werden . . . . . 8833.
1886. April 6. Deutschland und Grossbritannien. Erklärung, betreffend die Abgrenzung der deutschen und englischen Machtsphären im Westlichen Stillen Ocean. Vom 6. April 1886 . . . . . 8834.
„ „ 10. — — Erklärung, betreffend die gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in den deutschen und englischen Besitzungen und Schutzgebieten im Westlichen Stillen Ocean. Vom 10. April 1886 . . . . . 8835.
„ „ 17. Deutschland. Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete. Vom 17. April 1886 . . 8836.
„ „ 21. — Verordnung, betreffend die Eheschliessung und die Beurkundung des Personenstandes für die Schutzgebiete Kamerun und Togo. Vom 21. April 1886 . 8837.
„ Juni 5. — Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie. Vom 5. Juni 1886 . . . . . 8838.
„ Juli 19. — Verordnung, betreffend den Erlass von Verordnungen auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung, des Zoll- und Steuerwesens für die westafrikanischen Schutzgebiete. Vom 19. Juli 1886 . . . . . 8839.

Französische Kolonialpolitik. (S. auch Anam Tonkin, und Westafrika.)

1885. Dec. 24. Deutschland und Frankreich. Protokoll, betreffend die deutschen und französischen Besitzungen an der Westküste von Afrika und in der Südsee. Vom 24. Dezember 1885 . . . . . 8829.
„ „ 24. Deutschland. Unterstaatssekretär im Ausw. Amt (Graf Bismarck) an den franz. Botschafter in Berlin (Courcel). Bitte um Zusicherung von Garantien für die bestehenden deutschen Unternehmungen in Koba und Kabitaï 8830.
„ „ 24. Frankreich. Botsch. in Berlin an den deutschen Unter-

staatssekretär im Ausw. Amt. Ertheilt die gewünschte Zusicherung . . . . . 8831.
1885. Dec. 24. Frankreich. Derselbe an denselben. Empfehlung des Königs Mensa von Porto-Seguro . . . . . 8832.
„ „ 24. Deutschland. Unterstaatssekretär im Ausw. Amt an den franz. Botsch. in Berlin. König Mensa wird in seiner Stelle belassen werden . . . . . 8833.

Griechische Frage. (S. auch Bulgarische Frage.)

1885. Sept. 29. Türkei. Min. des Ausw. (Said-Pascha) an die türk. Botsch. bei den Grossmächten. Bittet, Griechenland zur Einstellung der Truppenbewegungen zu veranlassen . . 8856.
„ Oct. 1. — Derselbe an dieselben. Die serbischen und griechischen Rüstungen . . . . . 8859.
„ „ 1. Grossbritannien. Gesandter in Athen (Rumbold) an den engl. Min. des Ausw. Antwort des griechischen Ministerpräsidenten auf die Vorstellungen der Mächte . 8860.
„ „ 10. Griechenland. Min. des Ausw. an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. Antwort der griechischen Regierung auf die mündlichen Vorstellungen der Grossmächte . . . . . 8867.
„ „ 13. Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland. Declaration der Botschafter in Konstantinopel vom 13. October 1885 . . . . . 8868.
„ „ 31. Griechenland. Min. des Ausw. an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. Antwort der griechischen Regierung auf die Declaration der Grossmächte vom 13. October . . . . . 8879.
„ Dec. 31. — Min. des Ausw. (Delyannis) an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. Stellung Griechenlands gegenüber den bulgarischen Ereignissen . . . . . 8914.

Karolinen-Inseln.

1885. März 7. Deutschland, Grossbritannien und Spanien. Protokoll, betreffend den Sulu-Archipel. Vom 7. März. 1885 . . 8804.
„ Aug. 12. Spanien. Min. des Ausw. (Elduayen) an den spanischen Gesandten in Berlin (Benomar). Protest gegen die Besetzung der Karolinen-Inseln . . . . . 8805.
„ „ 24. — Gesandter in Berlin (Graf Benomar) an den spanischen Min. des Ausw. Deutschland erklärt sich zur Prüfung der spanischen Ansprüche und eventuell zur Anrufung der Vermittelung einer dritten Macht bereit . . . 8806.
„ „ 31. Deutschland. Reichskanzler an den deutschen Gesandten in Madrid (Graf Solms). Deutschland ist geneigt, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten . . . 8807.
„ Sept. 10. Spanien. Min. des Ausw. an den spanischen Gesandten in Berlin. Entschuldigung wegen der Excesse gegen das deutsche Gesandtschaftsgebäude in Madrid . . . . 8808.
„ „ 17. Grossbritannien. Geschäftsträger in Madrid an den spanischen Min. des Ausw. Spanien hat 1876 keine Ansprüche auf die Karolinen gemacht . . . . . 8809.
„ „ 19. Spanien. Memorandum, betreffend die Aeusserungen des

Ministerpräsidenten im Jahre 1876 über die Ansprüche Spaniens auf die Karolinen . . . . . 8810.
1885. Oct. 1. Deutschland. Reichskanzler an den deutschen Gesandten in Madrid (Graf Solms). Wiederlegung der spanischen Ansprüche. Vermittelung des Papstes . . . . . 8811.
„ „ 22. Römische Kurie. Vermittelungsvorschlag des Papstes . . 8812.
„ Nov. 24. Spanien. Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Madrid. Die spanische Regierung ist bereit, die Abmachungen des Suluprotokolls auf die Karolinen- und Pelew-Inseln auszudehnen . . . . . 8813.
„ Dec. 17. Deutschland und Spanien. Protokoll, betreffend die Karolinen- und Pelew-Inseln. Vom 17. December 1885 . 8814.
„ „ 31. Römische Kurie. Schreiben des Papstes an den deutschen Reichskanzler. Verleihung des Christus-Ordens . . 8815.
1886. Jan. 4. Grossbritannien. Gesandter in Madrid (Sir Clare Ford) an den spanischen Minister des Ausw. (Moret). Die englische Regierung acceptirt den spanischen Vorschlag, die Deutschland gemachten Concessionen mit Ausnahme der Schiffstation auf England zu übertragen . 8816.
„ „ 7. Spanien. Min. des Ausw. an den englischen Gesandten in Madrid. Ist bereit, den englischen Entwurf des Protokolls zu unterzeichnen . . . . . 8817.
„ „ 8. Grossbritannien und Spanien. Protokoll betreffend die Karolinen- und Pelew-Inseln . . . . . 8818.
„ „ 13. Deutschland. Dankschreiben des Reichskanzlers an den Papst . . . . . 8819.

Madagaskar.

1885. Dec. 17. Frankreich und Madagaskar. Friedensvertrag vom 17. December 1885 . . . . . 8846.
1886. März 7./8. Frankreich. Dekrete des Präsidenten der Republik, betreffend die Organisation des Protektorats in Madagaskar. Vom 7. und 8. März 1886 . . . . . 8847.

Münzunion, Lateinische.

1885. Nov. 6. Frankreich, Griechenland, Italien und Schweiz. Münzvertrag vom 6. November 1885 . . . . . 8821.
„ Dec. 12. Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Schweiz. Acte additionnel à la convention monétaire, signée le 6 novembre 1885, entre la France, la Grèce, l'Italie et la Suisse . . . . . 8822.

Orientalische Frage, s.: Bulgarische Frage und Griechische Frage.

Ostrumelischer Staatsstreich, s.: Bulgarische Frage.

Postdampfer, Deutsche.

1885. April 6. Deutschland. Gesetz, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern. Vom 6. April 1885 8823.
„ Juli 3./4. — Vertrag über die Einrichtung und Unterhaltung deutscher Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien. Vom 3./4. Juli 1885 . . . . . 8824.

Serbisch-Bulgarischer Krieg, s.: Bulgarische Frage.

Südsee.

1885. Dec. 24. Deutschland und Frankreich. Protokoll, betreffend die deutschen und französischen Besitzungen an der Westküste von Afrika und in der Südsee. Vom 24. December 1885 . . . . . 8829.

1886. April 6. Deutschland und Grossbritannien. Erklärung, betreffend die Abgrenzung der deutschen und englischen Machtsphären im Westlichen Stillen Ocean. Vom 6. April 1886 . . . . . 8835.

„ „ 10. — — Erklärung, betreffend die gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in den deutschen und englischen Besitzungen und Schutzgebieten im Westlichen Stillen Ocean. Vom 10. April 1886 . . . . . 8834.

Sulu-Archipel.

1885. März 7. Deutschland, Grossbritannien und Spanien. Protokoll, betreffend den Sulu-Archipel. Vom 7. März 1885 . 8804.

Tonkin.

1884. Mai 11. Frankreich und China. Vertrag von Tien-Tsin. Vom 11. Mai 1884 . . . . . 8840.

1885. April 4. — — Friedenspräliminarien vom 4. April 1885 . . . 8842.

„ Juni 9. — — Traité de paix, d'amitié et de commerce, conclu entre la France et la Chine le 9 Juin 1885 à Tien-Tsin 8843.

1886. April 24. — — Handelsvertrag vom 24. April 1886 . . . . . 8845.

Weltpostverein.

1885. März 21. Vertragsstaaten. Acte additionel de Lisbonne à la Convention du 1er juin 1878, conclu entre l'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République Argentine, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, les Etats-Unis de Colombie, la République de Costa-Rica, le Danemark et les Colonies Danoises, la République Dominicaine, l'Egypte, l'Equateur, l'Espagne et les Colonies Espagnoles, la France et les Colonie Françaises, la Grande-Bretagne et diverses Colonies Anglaises, la Canada, l'Inde Britannique, la Grèce, le Guatemala, la République de Haïti, le Royaume de Hawaï, la République du Honduras, l'Italie, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, le Mexique, le Monténégro, le Nicaragua, le Paraguay, les Pays-Bas et les Colonies Néerlandaises, le Pérou, la Perse, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, le Salvador, la Serbie, le Royaume de Siam, la Suède et Norwège, la Suisse, la Turquie, l'Urugay et les Etats-Unis de Vénézuela 8820.

Westafrika.

1886. Mai 15. Frankreich und Portugal. Konvention, betreffend die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen in Westafrika. Vom 15. Mai 1886 . . . . . 8848.

Zanzibar.

1884. Oct. 9. Deutschland. Brief des Kaisers an den Sultan von Zanzibar 8777

1885. Jan. 14. Grossbritannien. Min. des Ausw. (Granville) an den engl. Botsch. in Berlin (Malet). Die deutsche Regierung ist auf die englischen Interessen in Zanzibar aufmerksam zu machen . . . . . 8778.

„ Jan. 14. Deutschland. Botschafter in London (Münster) an den engl. Min. des Ausw. Zurückweisung der englischen Einmischung . . . . . 8779.

„ Febr. 14. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. Die engl. Regierung bestreitet Deutschland nicht das Recht, mit Zanzibar einen Handelsvertrag zu schliessen . . . . . 8780.

„ „ 22. Deutschland. Reichskanzler an den deutschen Botsch. in London. Rohlfs ist beauftragt, den Sultan zur Annahme der Beschlüsse der Berliner Konferenz zu bewegen . . . . . 8781.

„ „ 27. — Kaiserlicher Schutzbrief für die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“ . . . . . 8782.

„ März 30. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin (Scott). Der engl. Konsul in Zanzibar ist instruirt, Rohlfs zu unterstützen, soweit die beiderseitigen Interessen identisch sind . . . . . 8783.

„ „ 31. — Unterstaatssekretär des Ausw. an den engl. Generalkonsul in Zanzibar. Instruktion, betreffend das Verhalten gegenüber dem deutschen Generalkonsul . . 8784.

„ April 28. — Botsch. in Berlin an den engl. Min. des Ausw. Einfluss des engl. Generalkonsuls auf den Protest des Sultans . . . . . 8785.

„ „ 29. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. Bestreitet, dass der Protest unter englischem Einfluss erfolgt ist . . . . . 8786.

„ Mai 5. Deutschland. Aide-Mémoire, dem engl. Min. des Ausw. vom deutschen Botsch. in London mitgetheilt am 5. Mai 1885 . . . . . 8787.

„ „ 11. Grossbritannien. Generalkonsul in Zanzibar an den engl. Min. des Ausw. Brief des Sultans an Granville. Beschwerde über das deutsche Protectorat . . . . . 8788.

„ „ 20. — Ausw. Amt an den engl. General-Konsul in Zanzibar. England ist dem deutschen Unternehmungen in Zanzibar günstig . . . . . 8789.

„ „ 25. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. Englisches Unternehmen in Ost-Afrika . . . . . 8790.

„ „ 27. — Ausw. Amt an den engl. Generalkonsul in Zanzibar. Anweisung, den Sultan zur Zurückziehung der Truppen zu bewegen . . . . . 8791.

„ „ 27. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. Hofft, dass Deutschland gegen den Sultan nicht sofort Gewalt gebrauchen werde . . . . . 8792.

„ Juni 2. Deutschland. Reichskanzler an den deutschen Botschafter

in London. Zweck der Entsendung der deutschen Kriegsschiffe nach Zanzibar . . . . . 8793.
1885. Juni 3. Deutschland. Staatssekretär des Ausw. (Hatzfeldt) an den deutsch. Botsch. in London. Die Grenze der deutschen Interessensphären kann noch nicht angegeben werden 8794.
„ „ 19. — Reichskanzler an die deutschen Missionen in London und Paris. Die Ansprüche des Sultans auf das Innere von Ostafrika sind unbegründet . . . . . 8795.
„ „ 19. — Entwurf zu einer Note des deutschen Generalkonsuls in Zanzibar an den Sultan von Zanzibar. Zurückweisung des Protestes . . . . . 8796.
„ „ 30. Grossbritannien. Min. des Ausw. (Salisbury) an den engl. Botsch. in Berlin. Der deutsche Botschafter hat vorgeschlagen, das Gebiet des Sultans durch eine Kommission abgrenzen zu lassen . . . . . 8797.
„ Juli 20. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin (Scott). Abgrenzung der Gebiete des Sultans . . . 8798.
„ Aug. 11. — Geschäftsträger in Berlin an den engl. Min. des Ausw. Aufgabe des deutschen Geschwaders vor Zanzibar . 8799.
„ „ 12. — Auswärtiges Amt an den engl. Generalkonsul in Zanzibar. Auftrag den Sultan zur Anerkennung der deutschen Forderungen zu bestimmen . . . . . 8800.
„ Sept. 20. Frankreich. Min. des Ausw. (Freycinet) an den franz. Kommissar für Zanzibar (Generalkonsul Patrimonio). Instruction bezüglich der Feststellung der Grenzen von Zanzibar . . . . . 8801.
„ Oct. 17. Grossbritannien. Min. des Ausw. an den engl. Kommissar für Zanzibar (Oberst-Lieutenant Kitchener). Instruction 8802.
„ Dec. 20. Deutschland und Zanzibar. Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und dem Sultan von Zanzibar . . . . . 8803.

II. Inhaltsverzeichniss,

nach den Ursprungsländern der Actenstücke alphabetisch geordnet.

Aegypten.

Finanzen.

1884. Juli 28. No. 8722.
„ Dec. 20. „ 8740.
1885. Febr. 11. „ 8752.
„ April 14. „ 8762.
„ Juli 27. „ 8775.
„ „ 28. „ 8776.

Anam.

1884. Juni 6. No. 8841.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Juni 6. No. 8841.

Belgien.

Münzunion, Lateinische.

1885. Nov. 6. No. 8821.
„ Dec. 12. „ 8822.

Bulgarien.

Bulgarische Frage.

1885. Sept. 18. No. 8849.
„ „ 20. „ 8850.
„ „ 30. „ 8858.
„ Oct. 6. „ 8865.
„ „ 17/19. „ 8870.
„ Nov. 14. „ 8889.
„ „ 14. „ 8890.
„ „ 16. „ 8892.
„ „ 22. „ 8895.
„ „ 28. „ 8901.
„ Dec. 10. „ 8906.
„ „ 21. „ 8911.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1885. Dec. 21. No. 8911.

China.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Mai 11. No. 8840.
1885. April 4. „ 8842.
„ Juni 9 „ 8843.
1886. April 24. „ 8845.

Tonkin:

1884. Mai 11. No. 8840.
1885. April 4. „ 8842.
„ Juni 9. „ 8843.
1886. April 24. „ 8845.

Deutschland.

Aegypten (Finanzen):

1884. Juli 28. No. 8722.
„ Dec. 11. „ 8736.
„ „ 20. „ 8737.
„ „ 20. „ 8738.
„ „ 20. „ 8739.
„ „ 29. „ 8741.
1885. Jan. 6. „ 8744.
„ „ 17. „ 8746.
„ März 12. „ 8756.
„ „ 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 25. „ 8774.

Bulgarische Frage:

1885. Oct. 13. No. 8868.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 7. „ 8804.
„ „ 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 3/4. „ 8824.
„ „ 25. „ 8774.

1885. Sept. 2. No. 8825.
„ „ 15. „ 8826.
„ Oct. 21. „ 8827.
„ Nov. 25. „ 8899.
„ Dec. 17. „ 8814.
„ „ 20. „ 8803.
„ „ 24. „ 8829.
1886. April 6. „ 8834.
„ „ 10. „ 8835.

Deutsche Kolonialpolitik:

1885. Febr. 27. No. 8782.
„ April 6. „ 8823.
„ Juli 3/4. „ 8824.
„ Sept. 2. „ 8825.
„ „ 15. „ 8826.
„ Oct. 21. „ 8827.
„ Dec. 2. „ 8828.
„ „ 20. „ 8803.
„ „ 24. „ 8829.
„ „ 24. „ 8830.
„ „ 24. „ 8833.
1886. April 6. „ 8834.
„ „ 10. „ 8835.
„ „ 17. „ 8836.
„ „ 21. „ 8837.
„ Juni 5. „ 8838.
„ Juli 19. „ 8839.

Französische Kolonialpolitik:

1885. Dec. 24. No. 8829.
„ „ 24. „ 8830.
„ „ 24. „ 8833.

Griechische Frage:

1885. Oct. 13. No. 8868.

Karolinen-Inseln:

1885. März 7. No. 8804.
„ Aug. 31. „ 8807.
„ Oct. 1. „ 8811.
„ Dec. 17. „ 8814.
1886. Jan. 13. „ 8819.

Postdampfer, Deutsche:

1885. April 6. No. 8823.
„ Juli 3/4. „ 8824.

Südsee:

1885. Dec. 24. No. 8829.
1886. April 6. „ 8834.
„ „ 10. „ 8835.

Sulu-Archipel:

1885. März 7. No. 8804.

Zanzibar:

1884. Oct. 9. No. 8777.
1885. Jan. 14. „ 8779.
„ Febr. 22. „ 8781.
„ „ 27. „ 8782.
„ Mai 5. „ 8787.
„ Juni 2. „ 8793.
„ „ 3. „ 8794.
„ „ 19. „ 8795.
„ „ 19. „ 8796.
„ Dec. 20. „ 8803.

Frankreich.

Aegypten (Finanzen):

1884. Juni 15. No. 8719.
„ „ 17. „ 8721.
„ Juli 28. „ 8722.
„ Sept. 25. „ 8729.
1885. Jan. 8. „ 8745.
„ „ 24. „ 8749.
„ Febr. 1. „ 8751.
„ März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ „ 21. „ 8759.
„ Juni 2. „ 8768.
„ Juli 25. „ 8774.

Anam:

1884. Juni 6. No. 8841.

Bulgarische Frage:

1885. Sept. 29. No. 8857.
„ Oct. 13. „ 8868.
„ „ 28. „ 8878.
„ Nov. 24. „ 8896.
„ „ 25. „ 8899.
„ Dec. 3. „ 8904.
„ „ 10. „ 8907.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Mai 11. No. 8840.
„ Juni 6. „ 8841.
„ Juli 28. „ 8722.
1885. März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ April 4. „ 8842.
„ Juni 9. „ 8843.
„ Juli 25. „ 8774.
„ Nov. 6. „ 8821.
„ „ 25. „ 8899.
„ Dec. 12. „ 8822.
„ „ 17. „ 8846.

1886. April 24. No. 8845.
„ Mai 15. „ 8848.

China:

1884. Mai 11. No. 8840.
1885. April 4. „ 8842.
„ Juni 9. „ 8843.
1886. April 24. „ 8845.

Deutsche Kolonialpolitik:

1885. Dec. 24. No. 8831.
„ „ 24. „ 8832.

Französische Kolonialpolitik:

1885. Dec. 24. No. 8831.
„ „ 24. „ 8832.

Griechische Frage:

1885. Oct. 13. No. 8868.

Madagaskar:

1885. Dec. 17. No. 8846.
1886. März 7/8. „ 8847.

Münzunion, Lateinische:

1885. Nov. 6. No. 8821.
„ Dec. 12. „ 8822.

Tonkin:

1884. Mai 11. No. 8840.
1885. April 4. „ 8842.
„ Juni 9. „ 8843.
1886. April 24. „ 8845.

Westafrika:

1886. Mai 15. No. 8848.

Zanzibar:

1885. Sept. 20. No. 8801.

Griechenland.

Bulgarische Frage:

1885. Oct. 10. No. 8867.
„ „ 23. „ 8874.
„ „ 31. „ 8879.
„ Dec. 31. „ 8914.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1885. Nov. 6. No. 8821.
„ Dec. 12. „ 8822.

Griechische Frage:

1885. Oct. 10. No. 8867.
„ „ 31. „ 8879.
„ Dec. 31. „ 8914.

Münzunion, Lateinische:

1885. Nov. 6. No. 8821.
„ Dec. 12 „ 8822.

Grossbritannien.

Aegypten (Finanzen):

1884. April 19. No. 8718.
„ Juni 16. „ 8720.
„ Juli 28. „ 8722.
„ Sept. 19. „ 8726.
„ „ 21. „ 8728.
„ „ 29. „ 8730.
„ Oct. 4. „ 8731.
„ Nov. 17. „ 8732.
„ „ 21. „ 8733.
„ „ 24. „ 8734.
„ Dec. 10. „ 8735.
„ „ 29. „ 8742.
1885. Jan. 3. „ 8743.
„ „ 21. „ 8747.
„ „ 22. „ 8748.
„ „ 29. „ 8750.
„ Febr. 13. „ 8753.
„ „ 26. „ 8754.
„ März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ April 17. „ 8763.
„ Mai 20. „ 8765.
„ „ 26. „ 8766.
„ „ 27. „ 8767.
„ Juni 15. „ 8769.
„ „ 30. „ 8770.
„ Juli 8. „ 8771.
„ „ 13. „ 8772.
„ „ 14. „ 8773.
„ „ 25. „ 8774.

Bulgarische Frage:

1885. Sept. 24. No. 8852.
„ „ 28. „ 8855.
„ Oct. 1. „ 8860.
„ „ 2. „ 8861.
„ „ 4. „ 8862.
„ „ 4. „ 8863.
„ „ 6. „ 8864.
„ „ 13. „ 8868.
„ „ 15. „ 8869.
„ „ 19. „ 8872.
„ „ 25. „ 8875.
„ „ 26. „ 8876.
„ Nov. 2. „ 8880.
„ „ 6. „ 8882.
„ „ 7. „ 8883.
„ „ 9. „ 8884.
„ „ 12. „ 8885.
„ „ 16 „ 8891.

1885. Nov. 19. No. 8893.
„ „ 22. „ 8894.
„ „ 24. „ 8896.
„ „ 25. „ 8899.
„ „ 28. „ 8900.
„ Dec. 1. „ 8903.
„ „ 15. „ 8908.
„ „ 19. „ 8910.
„ „ 24. „ 8913.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 7. „ 8804.
„ „ 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 25. „ 8774.
„ Sept. 10. „ 8716.
„ Nov. 7. „ 8883.
„ „ 9. „ 8884.
„ „ 12. „ 8885.
„ „ 16. „ 8891.
„ „ 19. „ 8893.
„ „ 25. „ 8899.
1886. April 6. „ 8834.
„ „ 10. „ 8835.

Central-Asiatische Frage:

1885. April 9. No. 8685.
„ „ 13. „ 8687.
„ „ 14. „ 8688.
„ „ 17. „ 8690.
„ „ 17. „ 8691.
„ „ 17. „ 8692.
„ „ 19. „ 8694.
„ „ 24. „ 8697.
„ „ 25. „ 8698.
„ Mai 1. „ 8701.
„ „ 4. „ 8703.
„ „ 22. „ 8704.
„ Juni 4. „ 8706.
„ „ 7. „ 8707.
„ „ 11. „ 8709.
„ Juli 1. „ 8710.
„ „ 9. „ 8711.
„ „ 17. „ 8712.
„ „ 18. „ 8713.
„ Sept. 10. „ 8716.
„ „ 17. „ 8717.

Deutsche Kolonialpolitik:

1886. April 6. No. 8834.
„ „ 10. „ 8835.

Griechische Frage:

1885. Oct. 1. No. 8860.
„ „ 13. „ 8868.

Karolinen-Inseln:

1885. März. 7. No. 8804.
„ Sept. 17. „ 8809.
1886. Jan. 4. „ 8816.
„ „ 8. „ 8818.

Südsee:

1886. April 6. Nr. 8834.
„ „ 10. „ 8835.

Sulu-Archipel:

1885. März 7. „ 8804.

Zanzibar:

1885. Jan. 14. No. 8778.
„ Febr. 14. „ 8780.
„ März 30. „ 8783.
„ „ 31. „ 8784.
„ April 28. „ 8785.
„ „ 29. „ 8786.
„ Mai 11. „ 8788.
„ „ 20. „ 8789.
„ „ 25. „ 8790.
„ „ 27. „ 8791.
„ „ 27. „ 8792.
„ Juni 30. „ 8797.
„ Juli 20. „ 8798.
„ Aug. 11. „ 8799.
„ „ 12. „ 8800.
„ Oct. 17. „ 8802.

Italien.

Aegypten (Finanzen):

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 25. „ 8774.

Bulgarische Frage:

1885. Oct. 13. No. 8868.
„ Nov. 24 „ 8896.
„ „ 25. „ 8899.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 25. „ 8774.
„ Nov. 6. „ 8821.
„ „ 25. „ 8899.
„ Dec. 12. „ 8822.

Griechische Frage:

1885. Oct. 13. No. 8868.

Münzunion, Lateinische:

1885. Nov. 6. No. 8821.
„ Dec. 12. „ 8822.

Konferenz-Staaten (Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Russland und Türkei).

Aegypten (Finanzen):

1884. Juli 29. No. 8723.
„ „ 31. „ 8724.
„ Aug. 2. „ 8725.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Juli 29. No. 8723.
„ Aug. 2. „ 8725.

Madagaskar.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1885. Dec. 17. No. 8846.

Oesterreich-Ungarn.

Aegypten (Finanzen):

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 15. „ 8774.

Bulgarische Frage:

1885. Oct. 13. No. 8868.
„ Nov. 24. „ 8896.
„ „ 25. „ 8899.
„ Dec. 18. „ 8909.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 25. „ 8774.
„ Nov. 25. „ 8899.

Griechische Frage:

1886. Oct. 13. No. 8868.

Portugal.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1886. Mai 15. No. 8848.

Westafrika:

1886. Mai 15. No. 8848.

Römische Kurie.

1885. Oct. 22. No. 8812.
„ Dec. 31. „ 8815.

Rumänien.

Bulgarische Frage:

1885. Nov. 2. No. 8881.

Russland.

Aegypten (Finanzen):

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 25. „ 8774.

Bulgarische Frage:

1885. Sept. 25. No. 8853.
„ Oct. 13. „ 8868.
„ Nov. 24. „ 8896.
„ „ 24. „ 8897.
„ „ 25. „ 8899.
„ „ 30. „ 8902.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ Juli 25. „ 8774.
„ Sept. 10. „ 8716.
„ Nov. 25. „ 8899.

Central-Asiatische Frage:

1885. April 11. No. 8686.
„ „ 15. „ 8689.
„ „ 18. „ 8693.
„ „ 20. „ 8695.
„ „ 21. „ 8696.
„ „ 26. „ 8699.
„ „ 28. „ 8700.
„ Mai 1. „ 8702.
„ „ 28. „ 8705.
„ Juni 10. „ 8708.
„ Juli 30. „ 8714.
„ Aug. 19. „ 8715.
„ Sept. 10. „ 8716.

Griechische Frage:

1885. Oct. 13. „ 8868.

Schweiz.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1885. Nov. 6. No. 8821.
„ Dec. 12. „ 8822.

Münzunion, Lateinische:

1885. Nov. 6. No. 8821.
„ Dec. 12. „ 8822.

Serbien.

Bulgarische Frage:

1885. Oct. 26. No. 8877.
„ Nov. 13. „ 8886.
„ „ 14. „ 8887.
„ „ 14. „ 8888.
„ „ 25. „ 8898.
„ Dec. 9. „ 8905.
„ „ 21. „ 8911.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1885. Dec. 21. No. 8911.

Spanien.

Bündnisse, Conventionen etc.

1885. März 7. No. 8804.
„ Dec. 17. „ 8814.

Karolinen-Inseln:

1885. März 7. No. 8804.
„ Aug. 12. „ 8805.
„ „ 24. „ 8806.
„ Sept. 10. „ 8808.
„ „ 19. „ 8810.
„ Nov. 24. „ 8813.
„ Dec. 17. „ 8814.
1886. Jan. 7. „ 8817.
„ „ 8. „ 8818.

Sulu-Archipel:

1885. März 7. No. 8804.

Türkei.

Aegypten (Finanzen):

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 17. „ 8757.
1885. März 18. No. 8758.
„ April 2. „ 8761.
„ Juli 25. „ 8774.

Bulgarische Frage:

1885. Sept. 23. No. 8851.
„ „ 25. „ 8854.
„ „ 29. „ 8856.
„ Oct. 1. „ 8859.
„ „ 8. „ 8866.
„ „ 18. „ 8871.
„ „ 21. „ 8873.
„ Nov. 25. „ 8899.
„ Dec. 22. „ 8912.

Bündnisse, Conventionen:

1884. Juli 28. No. 8722.
1885. März 17. „ 8757.
„ „ 18. „ 8758.
„ „ 30. „ 8760.
„ April 2. „ 8761.
„ Juli 25. „ 8774.
„ Nov. 25. „ 8899.

Griechische Frage:

1885. Sept. 29. No. 8856.
„ Oct. 1. „ 8859.

Vertragsstaaten.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1885. März 21. No. 8820.

Weltpostverein.

1885. März 21. No. 8820.

Zanzibar.

Bündnisse, Conventionen etc.:

1885. Dec. 20. No. 8803.

Deutsche Kolonialpolitik:

1885. Dec. 20. No. 8803.

Berichtigung.

S. 139 Nr. 8797 lies: Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin.

Central-Asiatische Frage.*)

Nr. 8685. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. d. Ausw. an die engl. Vertreter in Paris, Berlin, Rom, Wien, Konstantinopel und St.-Petersburg. — Gladstone's Erklärungen über den russisch-englischen Konflikt. [III. 17.]

(Telegraphic.) Foreign Office, April 9, 1885. 8·15 P. M.

Nr. 8685. Grossbritannien. 9. April 1885.

Mr. Gladstone in the House of Commons to-day stated, that answer of Russian Government received on 2nd did not appear to advance questions at issue towards a conclusion. A subsequent communication had, however, been received within the last twenty-four hours which appeared to place matter in a more hopeful position. Impossible, however, to make further statement as to progress of negotiations in present incomplete state of communications of the two Governments as to grave occurrence just reported, and with regard to which we shall carefully bear in mind what is due to our engagements with the Ameer and to ourselves. To us this attack bears the appearance of an unprovoked aggression. We have asked for explanations from Russian Government. There has not yet been time to receive them. We shall endeavour to arrive at just conclusion on the facts. But before receiving our communication M. de Giers expressed to Sir E. Thornton his earnest hope and that of the Emperor, that this unhappy incident may not prevent the continuation of negotiations. M. de Giers also stated, that the Russians retired to their previous positions, and did not occupy Penjdeh. Mr. Gladstone recapitulated Russians allegations: — (1) Provocation on the part of Afghans; (2) retirement of Russians when fighting was over; (3) direction of Afghans by British officers, who did not take part in actual fight; (4) Russian escort sent to protect British officers found them already gone. He then recapitulated Sir Peter Lumsden's account of the affair:

That no forward movement was made by Afghans before or since 17th March. That Russians were drawn up in force almost within range of Afghan position, though Afghans had neither attacked nor advanced, and Penjdeh was perfectly quiet. That every endeavour was made by Russians to induce

*) Siehe Band XLV.

Nr. 8685. Grossbritannien. 9. April 1885.

Afghans to begin the fight, and that twice attempts had been made to push through Afghan pickets. That Captain Yate was assured by Russian Chief of Staff, that no arrangement as to non-advance of Russians had been received. That he would give no assurance as to not attacking without previous notice, and claimed right to turn out Afghan posts if they inconvenienced Russians, without reference to third party. Russians attacked and defeated Afghans, and occupied Penjdeh on 30th. Afghans fought gallantly, and lost heavily, two companies being killed in intrenchments. Survivors retreated towards Meruchak. British officers were neutral.

Nr. 8686. **RUSSLAND.** — Min. d. Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Komaroffs Bericht über das Gefecht bei Penjdeh. [III. 27.]

(Communicated to Earl Granville by M. de Staal, April 12.)

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 11 Avril, 1885.

Général Komarow télégraphie en date de Dach-Kepri le 20 Mars (1er Avril): — || „Le 13 (25) Mars notre détachement s'est approché de Dach-Kepri sur notre rive du Kouchk. Près du pont je trouvai un retranchement occupé par les Afghans. Afin de prévenir un conflit, je disposai mes troupes à 5 verstes de la position Afghane; le 14 (26) commencèrent les pourparlers avec le Captain Yate. Lorsque les Afghans se furent convaincus que nous n'avions pas l'intention de les attaquer, ils commercèrent à se rapprocher de jour en jour de notre camp; le 15 (27) Mars ils envoyèrent contre notre compagnie chargée de couvrir une reconnaissance trois compagnies avec une pièce de canon et de la cavalerie. Leur audace et leur arrogance allaient peu à peu en croissant; le 16 (28) ils occupèrent une hauteur qui commandait le flanc gauche de notre camp, commencèrent à y élever des retranchements, établir un poste de cavalerie en arrière de notre ligne, et mirent un piquet à une portée de fusil de notre gué. Le 17 (29) Mars j'envoyai au Commandant du détachement Afghan une sommation énergique d'avoir à évacuer jusqu'au soir la rive gauche du Kouchk et la rive droite du Mourghab jusqu'à l'embouchure du Kouchk. Je reçus pour réponse que d'après le conseil des Anglais, il refusait de se retirer derrière le Kouchk. Je lui adressai encore une lettre particulière conçue en termes amicaux le 18 (30) Mars pour appuyer mes réclamations, je marchai avec mon détachement contre la position Afghane, comptant encore sur une issue pacifique; mais le feu d'artillerie et une attaque de la cavallerie m'obligèrent à accepter le combat dont les résultats sont déjà connus."

Nr. 8686. Russland. 11. April 1885.

Nr. 8687. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg.—Neue Unterhandlungsbasis. [III. 32.]

Foreign Office, April 13, 1885.

Nr. 8687. Grossbritannien. 13. Apr. 1885.

Sir, — I saw the Russian Ambassador this afternoon. || I told his Excellency, that it had been reported to me confidentially, through two channels, that a proposal had been mentioned to him for arranging the questions connected with the Afghan frontier, which he had thought he might undertake to suggest to his Government, if he understood that it was acceptable to Her Majesty's Government.

That proposal, as stated to me, was as follows: — || 1. All questions as to the responsibility for the collision at Pul-i-Khisti to be postponed pending full reports from the officers on the spot. || 2. Now that, by the retirement of the Afghans from Pendjdeh, the only cause which had necessitated an advance of the Russian troops into the debatable land had ceased to exist, the Imperial Government, in its anxiety to avoid a repetition of regrettable occurrences similar to that of the 30th March, would propose to withdraw all Russian troops from the debatable land, pending the delimitation of the frontier. || 3. The number of Russian troops required for the escort of the Russian Commissioner to await his arrival at Pul-i-Khatun. || 4. Her Majesty's Government, on their part, to undertake to prevent the return of any Afghan force to the debatable land. || 5. In order to facilitate the delimitation of the frontier, and to bring to a close a prolonged period of anxiety and unrest, the Imperial Government to propose that the Joint Commission should begin operations at once. || 6. Both Commissioners to be furnished with identic instructions based upon those communicated to the Imperial Government on the 6th August last as those furnished by Her Majesty's Government to Sir P. Lumsden, namely, that the Commissioners "should be guided in defining the jurisdiction of the Ameer by the political relations of the tribes which occupy the country; but, whilst recognizing all the legitimate rights of the Ameer, the Commission, in order to reduce to a minimum the risk of future complications, should bear in mind the importance of not imposing upon him obligations which he would be unwilling to assume, or could not in practice fulfil." || 7. In these instructions it would be stated that, owing to the greater importance now attaching to the district between the Heri-Rud and the Murghab, and the urgency of definitely settling the line of frontier at the earliest possible moment, the Commissioners will first complete the delimitation of the frontier between these rivers, and in case of difference the question in dispute should be at once referred to their respective Governments, so that the definite settlement of the line between the Heri-Rud and the Murghab may not be postponed until the whole of the district up to Khojah-Saleh has been surveyed.

Nr. 8687. Gross-britannien. 13. Apr. 1885.

I added, that I was further informed that M. de Staal would not consider himself justified in suggesting the above proposal to his Government unless he were also in a position to advise them that Her Majesty's Government, in accepting the proposal, would on their part give a verbal assurance that, in the event of differences arising between the Commissioners as to the line of frontier between the Murghab and the Heri-Rud, Her Majesty's Government will regard the control of territory to the north of the line proposed by the Imperial Government in a note dated the 28th January, 1885, as one of the obligations referred to in that portion of the identic instructions which deprecates "imposing upon the Ameer obligations which he cannot in practice fulfil." || I said, that I would, speaking only for my own personal opinion, make some observations on these proposals, subject to which I thought that I might submit them to my colleagues, if offered by the Russian Government, with a good prospect of their acceptance. || Firstly, as regards the encounter at Pul-i-Khisti, it must be understood that the arrangement made on the 16th March is recognized on both sides as binding on the two Governments from the date of its conclusion, and on their officers from the date of its receipt; that on both sides every effort shall be made to ascertain the facts connected with the recent conflict, and that when they are ascertained they will be tried by the Agreement of the 16th March as their standard, and justice will be done accordingly. || Secondly, as regards the withdrawal of the Russian and Afghan troops, I understood the proposal to be that the Russian forces should be at once withdrawn from the debated land to points to be decided, and that the Afghan forces should not re-advance. || As to the final condition made by his Excellency, I said I did not quite understand what it was meant to convey. || Was it meant that in dealing with any territory to the north of the proposed Russian boundary line, as regards which the Commissioners should fail to agree, Her Majesty's Government would undertake to proceed on the principles laid down in the instructions to which reference was made? || Or did it imply that, under certain specified circumstances, the Russian line was to be adopted simpliciter? I scarcely supposed, that this latter could be the true construction, as it would be inconsistent with the proposals contained in M. de Giers' telegram of the 7th instant. || M. de Staal said, that the second construction was that which he had meant to convey. || I told his Excellency, that it was impossible that we should agree to such a condition. || I suggested, that it would be desirable to reduce as much as possible the limits of the inquiry on the spot by a previous understanding between the two Governments as to the main points of the frontier-line. || It was agreed, that the communications should be considered of a strictly private character, and should be resumed the next day, Lord Kimberley and M. Lessar being requested to be present. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8688. GROSSBRITANNIEN. — Lumsden an den engl. Min. des Ausw. — Das Gefecht bei Penjdeh. [III. 48.]

(Telegraphic.) (Received April 17, 3·30 P. M.) Tirpul, April 14.

Your Lordship's telegram of 10th April.

Russians assert, that their attack was provoked by Afghan acts of hostility. This allegation cannot be maintained. Two specific acts were complained of at the interview which took place on the 29th ultimo. One was the detention of a Russian Turkoman caught in the Afghan lines, another the advance of an Afghan patrol of five men to vicinity of two Russian vedettes, to whom they were said to have addressed defiant language. These comparatively trivial incidents were at once dropped, on Captain Yate bringing to notice serious and successive forcing of Afghan posts by Russians, any one of which was equivalent to a declaration of war. Colonel Alikhanoff had penetrated Afghan lines at the head of a body of cavalry, and Russian infantry had advanced with their officers against the Afghan line on the right bank of the Murghab. || A general but undefined objection was then made to the Afghan position on the left bank of the Kushk at Pul-i-Khisti. Captain Yate showed, that the Afghans held Pul-i-Khisti position previous to the 17th March, and had been merely strengthened and developed as a military necessity in response to hostile advance of Russians, and development of their position at Kizil-Tépé. || Before this interview General Komaroff had sent an ultimatum to the Afghan Commander, requiring that every single man should be withdrawn to the right bank of the Kushk by that evening, and that that the Afghan posts on the right bank of the Murghab should not descend lower han the junction of the River Kushk; he added, that he would accept neither discussion nor explanation. To this the Afghan Commander replied, that in matters of detail, such as altering the position of pickets and vedettes in ront of troops, he was prepared to meet General Komaroff' wishes with a view to avoidance of conflict, but in other respects he must loyally obey the orders of his Ameer. || No British officers had any voice in the disposition of Afghan troops, and no British officers left the British camp, which was 5 miles from the scene of action, throughout the day until they left Penjdeh at noon, long after the entire Afghan force had withdrawn towards Maruchek. There is consequently no foundation for the statement, that English officers directed the Afghans without taking part in the actual engagement. || The two head Sarik Chiefs who had taken a letter from Captain Yate to Colonel Zakrchevsky, offering Dr. Owen's services for the wounded, had returned about 10 A. M., without reply, and they urgently pressed the officers to withdraw from Penjdeh, where they said the officers were no longer safe. It was then that Captain Yate wrote to ask for a final interview in order to protest against the Russian occupation of Penjdeh, and to apply for an escort of Russian troops. The Russian troops were at that time

Nr. 8688. Grossbritannien. 14. April 1885.

Nr. 8688. Grossbritannien. 14. Apr. 1885.

in the occupation of Ak-Tépé, and Colonel Alikhanoff was issuing orders as Governor of Penjdeh from the tent of Yulantusch Khan, the Afghan Governor, of which he had taken possession. || Colonel Ridgeway had advised the Afghans to withdraw from their position at Pul-i-Khisti on left bank of the Kushk, and to keep the country there flooded in order that it might be inaccessible to either side. But the Afghans maintained their position contrary to his advice.

Nr. 8689. **RUSSLAND.** — Memorandum, betreffend die Ereignisse bei Penjdeh. [III. 56.]

Nr. 8689. Russland. 15. Apr. 1885.

Le Ministère Impérial des Affaires Étrangères a pris connaissance des deux Mémorandums que M. l'Ambassadeur de sa Majesté a cru devoir lui remettre à la date du 27 et du 28 Mars. || La première de ces deux pièces se rapporte à une entrevue que la Captain Yate a eue le 14 (26) Mars avec le Lieutenant-Colonel d'État Major Zakrchevsky. Ce dernier aurait déclaré à l'officier Anglais n'avoir aucune connaissance de l'arrangement convenu entre les deux Gouvernements et qui avait pour objet d'empêcher le mouvement ultérieur des troupes Russes et Afghanes. Ayant refusé de donner au Capitaine Yate l'assurance que les troupes Afghanes ne seraient point attaquées sans avis préalable, le Lieutenant-Colonel Zakrchevsky aurait en outre prétendu que les Commandants des troupes Russes se réserveraient le droit d'attaquer les postes Afghans dès que la présence de ceux-ci leur paraîtrait gênante. || Le Cabinet Impérial se fait un devoir d'informer son Excellence Sir Edward Thornton que le Ministère de la Guerre, ayant pris connaissance de l'arrangement dont il est fait mention plus haut, n'avait pas manqué d'adresser des instructions dans ce sens au Général Komarow, mais qu'il n'y a point lieu d'être surpris si ce dernier n'a pas jugé nécessaire d'initier des officiers placés sous son commandement à des ordres qu'il avait reçus et à l'exécution desquels il s'était réservé de veiller personnellement. || Le Mémorandum de son Excellence Sir Edward Thornton du 28 Mars (9 Avril) a pour objet le combat qui a eu lieu le 18 (30) Mars entre les troupes Russes et Afghanes, et qui, selon l'avis du Gouvernement de Sa Majesté Britannique, paraîtrait avoir été engagé contrairement aux ordres adressés aux Commandants des troupes Russes. || M. l'Ambassadeur d'Angleterre a déjà été à même de relever du télégramme du Général Komarow du 20 Mars, dont une traduction a été transmise à son Excellence par M. de Giers, les circonstances qui avaient placé le Général Russe dans la nécessité d'attaquer les positions des Afghans. Non contents d'occuper Penjdé, ces derniers avaient franchi le Koushk, élevés des retranchements sur la rive gauche de cette rivière, et, sans tenir compte des avertissements qui leur avaient été adressés par le Général Komarow, s'étaient livrés à des actes d'hostilité contre les troupes Russes. D'ailleurs, rien que le fait de la concentration de troupes Afghanes considé-

rables à Penjdé ne pouvait manquer de donner lieu à des malentendus et des complications, vu l'absence de discipline qui distingue généralement les armées Asiatiques, et leur ignorance complète des usages militaires. Cette concentration était en outre d'autant plus superflu que, fidèle aux ordres qu'il avait reçus, le Général Komarow n'avait point l'intention d'envahir Penjdé, ce qui est confirmé, entre autres, par le fait qu'après avoir châtié l'insolence des Afghans, le Général a repassé sur la rive gauche du Koushk et a réoccupé ses premières positions. || Le Cabinet Impérial ne peut que repousser avec indignation l'imputation dirigée contre le Lieutenant-Colonel Alikhanow, qui est accusé d'avoir mis à prix les têtes des officiers Anglais qui se trouvaient à Penjdé. Les procédés de ce genre sont complètement inconnus dans l'armée Russe, et d'ailleurs, à peine informé par les officiers Anglais de la position critique dans laquelle ceux-ci s'étaient vu placés à la suite de la déroute des Afghans, le Général Komarow s'est empressé d'envoyer une escorte dont le chef reçut l'ordre de se mettre à la disposition des officiers en question. Ce n'est qu'à la suite de circonstances complètement indépendantes de la volonté du Commandant des troupes Russes que cette escorte n'a pu arriver à temps à destination.

Nr. 8689. Russland. 15. Apr. 1885.

St. Pétersbourg, le 3 Avril, 1885.

Nr. 8690. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. — Die schwierige Situation ist nach Ansicht der russischen Regierung durch die militärische Escorte des engl. Kommissars veranlasst. [III. 50.]

Foreign Office, April 17, 1885.

Sir, — The Russian Ambassador informed me to-day, that he had received a despatch from M. de Giers, dated the 12th instant, stating that the Russian Government had nothing to add to General Komaroff's telegram of the 1st instant, which gave all the explanations required regarding the facts leading to the incident at Ak-Tépé; but they appealed to the wisdom of the British Cabinet to appreciate the situation, the nature and dangers of which were revealed by that occurrence. || It was impossible not to ascribe its cause to the military character which the British Government had thought it necessary to give to their Commission. When first escort was mentioned, the serious inconvenience to which it might give rise had been pointed out to your Excellency, and these observations had been renewed as the number, originally moderate, was increased; but these friendly remonstrances had not been listened to. || It was, however, easy to foresee, that the appearance of a military Mission would be looked upon by the Afghans as a promise of support and an encouragement to their pretensions. The Russian Government had no wish to inquire into the nature of the British Commissioner's action; but they

Nr. 8690. Grossbritannien. 17. Apr. 1885.

Nr. 8690. Grossbritannien. 17. Apr. 1885.

could not avoid observing that some of the officers of his suite had directed the movements of the Afghan troops, and that the publicity given to the interview between the Ameer and the Viceroy, and to the bellicose language held on that occasion, must undoubtedly have helped to embolden the Afghans to commit acts of provocation which the representatives of Russian military authority could not have tolerated without failing in their duty. || The despatch, went on to say that these remarks were only made to show that there was no aggressive intention or premeditated hostility on the part of the Russian Generals. The only conclusion which the Russian Government wished to draw from them was, that it was most important to put an end to an equivocal situation, which was not without danger. They continued to think, that the recent incident ought not to check the progress of negotiations, the object of which was to cement the good relations of the two Powers. || M. de Staal said he had no instructions to give me a copy of this despatch, or even to read it to me, and requested that it might be considered as a confidential communication. || I am, &c. Granville.

Nr. 8691. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an denselben. — Hat die Fortsetzung der Verhandlungen bis zur Verständigung über das Gefecht abgelehnt. [III. 51.]

Foreign Office, April 17, 1885.

Nr. 8691. Grossbritannien. 17. Apr. 1885.

Sir, — The Russian Ambassador communicated to me this morning a telegram from M. de Giers, stating the views of the Russian Government upon the bases of negotiations to be adopted for the settlement of the Afghan frontier, as suggested in the conversations recorded in my despatches of the 13th and 14th instant. || The telegram stated, that as the withdrawal of Russian troops from the line occupied by them might give rise to anarchy they could not agree to it, but that with a view of facilitating the work of delimitation the Russian Government might consent to the displacement of their outposts on the arrival of the Commissioners on the spot, and that, as the work of delimitation progressed, each side should be bound to establish posts on the frontier, and thenceforth be responsible for the maintenance of order in the territory assigned to it. The escort of the Commissioners should be reduced to a maximum of 100 for each side, and no increase should be allowed without an agreement on the subject between the Commissioners. The telegram concluded by stating, that the non-occupation of Penjdeh was a palpable proof of Russia's consideration for England and her desire to avoid friction. || I asked M. de Staal what answer he had received as regards the words I had suggested in the former of these conversations respecting the examination of what had been the causes of the conflict at Penjdeh. || His Excellency said, that he had not telegraphed the words to St. Petersburgh, as

he had wished to give them fully in a despatch which would only reach St. Petersburgh on Sunday. || I replied, that in that case I could not discuss the remainder of the proposals until he had instructions upon this point. || I pressed upon him to telegraph at once to explain the importance we attached to it. || I am, &c. Granville. Nr. 8691. Grossbritannien. 17. Apr. 1885.

Nr. 8692. GROSSBRITANNIEN. — Lumsden an den engl. Min. des Ausw. — Komaroffs Bericht über die Ereignisse bei Penjdeh ist unrichtig. [III. 59]*).

(Telegraphic.) (Received April 21, 8·30 A. M.) Tirpul, April 17, 1885.

Your Lordship's telegram of 13th.

General Komaroff's account of attack on Penjdeh is considered incorrect: — || 1. General Komaroff says: — "On 25th March one detachment approached Tash Kepri on our bank of Kushk." Reply: Tash Kepri is Turki for Pul-i-Khisti. General Komaroff's claim to either bank of Kushk is untenable. The left bank of Kushk had always been held by Afghans, and was never in Russian occupation. On 20th February Russians located an outpost of twenty-five Yuletan Turkomans at Kizil-Tépé, a mound 1 mile north of Pul-i-Khisti, and about same distance from nearest point of Kushk River, and from its junction with Murghab. This had always remained extreme limit of Russian advance within their line of vedettes. The Russian cavalry detachment alluded to did advance against Pul-i-Khisti on 25th, but retired before reaching that place when warned by Afghan Commander, as on 20th February. || 2. General Komaroff states: — "Near the bridge I found an intrenchment occupied by Afghans." Reply: This position was occupied by Afghans previous to General Komaroff's advance and to the agreement mentioned in your Lordship's telegram of 17th March. || 3. General Komaroff says: — "In order to avoid a conflict, I placed my troops 5 versts from Afghan position." Reply: This can only refer to main body, as Russian troops were in Kizil-Tépé, which is 1 mile from Afghan position, and the Russian vedettes were considerably in advance of that. || 4. General Komaroff says that — "When Afghans had convinced themselves that we had no intention of attacking them, they began each day to come nearer to our camp." Reply: So far from Afghans being convinced of General Komaroff's innocent intentions, the continued and irritating daily attempts to excite hostility convinced Afghans of Russian determination to provoke conflict, and induced what appeared to them the military necessity of extending their defensive position. || 5. General Komaroff states: — "On 27th March Afghans sent against one company, Nr. 8692. Grossbritannien. 17. Apr. 1885.

*) Diese Depesche wurde bereits im April 1885 als Blaubuch Central Asia Nr. 1 (1885) [C-4363] veröffentlicht. Anm. d. Red.

Nr. 8692. Gross-britannien. 17. Apr. 1885.

which was charged with covering a reconnaissance, three companies with a cannon and some cavalry." Reply: A reconnaissance in force itself meant hostile intention. A Russian company meant 250 men — more than equivalent to three Afghan companies aggregating 225 men. On 27th two bodies of Russian troops simultaneously advanced, Colonel Alikhanoff with cavalry pushed past Pul-i-Khisti, and Russian infantry penetrated the right flank of Afghan position on right bank of Murghab. Colonel Alikhanoff only retired when intercepted by Afghan cavalry some 4 miles in rear of Afghan position, and Russian infantry only when Afghan Commander drew up three companies and warned Russian officer that if he advanced further he would be fired upon. || General Komaroff's Chief of Staff, at interview of 29th, called Colonel Alikhanoff's advance merely a pleasure trip, but was informed that the Afghan Commander viewed it in the most serious light. || 6. General Komaroff states: — "Afghan audacity and arrogance increased by degrees." Reply: It may have been so; but, if so, it was entirely caused by Russian action, as the Afghans did all they could to avoid collision, and it was solely owing to their patience and forbearance during two months of incessant irritation that peace has been preserved so long. The Afghan Commander's courteous reply of 29th to General Komaroff's ultimatum proves his wish to the last to avoid conflict. || 7. General Komaroff says: — "On 28th Afghans occupied a height which commanded left flank of our camp, began to throw up intrenchments there to establish a post of cavalry behind our line, and placed a picked at gun-shot distance from our ford." Reply: It was the case that the Afghan Commander did on 28th, after the occurrence of the hostile reconnaissance on 27th, place a post of observation on the hills on right bank of Murghab to give notice of any like fresh Russian advance on that flank; but this post was withdrawn the next day. || 8. General Komaroff says: — "On 29th I sent to Afghan Commander an energetic summons, &c., and I received an answer, that by the advice of the English he refused to retire across the Kushk." Reply: The fact itself is reported to me to be totally incorrect, and nowhere in the Afghan Commander's reply is any such statement. On the contrary, the wording is distinct. "I have duly received your letter regarding the withdrawal of certain pickets. As I had received orders from the Governor of Herat to consult Captain Yate, who has been deputed to Penjdeh by Sir Peter Lumsden, in such matters, I showed him your letter. Captain Yate afterwards had an interview with Colonel Zakrchewski, and informed me of the conversation which had taken place between them. Be it known to ye, that I must loyally obey the orders I have received from His Highness the Ameer. I can in no way do anything contrary to the orders of my Sovereign. Of course, in matters of detail, such as alterations in position of advanced pickets and vedettes posted in front of the troops, I am prepared to come to an arrangement with ye with a view to the avoidance of any risk of conflict." || 9. General Komaroff says: — "I again addressed a private letter

couched in friendly terms." Reply: The letter in question was never seen by any officers of the Commission; but Captain de Laessoe was told, that a letter had been received a few hours before Russian attack on 30th. I have now called on Sepeh Salar for copy of second letter. || 10. General Komaroff states: — "On 30th, to support my demands, I marched with my detachment against the Afghan position, counting still on pacific result; but artillery fire and cavalry attack compelled me to accept combat." Reply: Russians advanced to attack of Afghan position, and of course Afghans were obliged to defend themselves. Certainly the engagement was not commenced by artillery fire as stated by General Komaroff, as infantry firing was heard continuing several minutes before the first gun.

Nr. 8692. Grossbritannien. 17. Apr. 1885.

Nr. 8693. **RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Verweigert weitere Aufklärungen. [III. 52.]

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 6 (18) Avril, 1885.*)

Mémoire**) responsif remis avant-hier à Sir E. Thornton ainsi que télégramme du Général Komaroff que je vous ai transmis in extenso fournissent les explications désirées par le Gouvernement Anglais. Les faits étant suffisamment élucidés ne voyons pas de raison de ne pas continuer les pourparlers entamés.

Nr. 8693. Russland. 18. Apr. 1885.

Nr. 8694. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. — Nothwendigkeit der Ermittelung, ob das russisch-englische Abkommen verletzt ist. [III. 55.]

Foreign Office, April 19, 1885.

Sir, — I expressed my regret to the Russian Ambassador to-day, that the despatch which he had received from M. de Giers, and of which the substance is given in my despatch to your Excellency of the 17th instant, did not in any degree solve the question regarding the unfortunate incident of the battle at Ak-Tépé. || It went, I said, on the assumption, that it was the Afghans who were the aggressors. || I had just received further information to the exactly opposite effect. || In any case, I could not admit, that the question of the escort of the British Commissioner had any bearing upon the subject. It had never exceeded 469 fighting men, although of course, like all Indian forces, there was a considerable addition of unarmed camp followers. Such an escort was not larger than was believed to be strictly neces-

Nr. 8694. Grossbritannien. 19. Apr. 1885.

---

*) An demselben Tage dem engl. Minister des Auswärtigen mitgetheilt.

**) Siehe Nr. 8689. Anm. d. Red.

Nr. 8694. Grossbritannien. 19. April 1885.

sary to a Commission travelling long distances through uncivilized districts. || Unlike the Russians, Sir Peter Lumsden was at a great distance from any British force. || If any excitement was caused by this escort, of which there was no proof, it could only have arisen from its being alone. If the Russian Commissioner had been present, according to agreement, any such risk would have been obviated. || We should have regarded a Russian escort of sufficient strength in company with a Commissioner as a guarantee for order, and we hoped that the Russian Government would have regarded a British escort in the same way. || With regard to the allegation, that British officers directed the military movements of the Afghans, I observed that it was difficult to understand how the Russian officers could have known this with respect to officers who they admitted had not taken part in the fight. The fact was categorically denied by our officers, who were at a distance of 5 miles from the scene of action. || The friendly meeting of the Viceroy and the Ameer, and the agreement between them, could only strengthen the hands of Sir Peter Lumsden in restraining the Afghans, which was, however, necessarily made more difficult by the spilling of blood at Ak-Tépé. || But I was glad to say, that I entirely agreed with M. de Giers in his conclusion as to the urgent importance of speedily coming to a settlement on a question which he rightly described as equivocal and not without danger. || With regard to the hostilities at Ak-Tépé I stated, that it would be only consistent with the dignity and self-respect of both countries that the arrangement made on the 16th March should be recognized by both sides as binding on the two Governments from the date of its conclusion, and on their officers from the date of its receipt; that on both sides every effort should be made to ascertain the facts connected with the recent conflict, and that when they were ascertained they should be tried by the agreement of the 16th March as their standard, and justice should be done accordingly. || I added, that, while Her Majesty's Government were unable to accept the summary and incomplete statement of General Komaroff as disposing of this important portion of the case, it was their intention to lay further information before the Russian Government which we could not deem it possible that they would decline to consider. || With regard to the fixing of the boundary I said, that, if the Russians withdrew from the debated land to points to be decided, and the Afghans did not readvance, I had every reason to hope that a satisfactory decision might be arrived at. || I am, &c. Granville.

Nr. 8695. **RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Beharrt auf dem früheren Standpunkt. [III. 60].

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 20 Avril, 1885.

Nr. 8695. Russland. 20. April 1885.

Par ma communication télégraphique en date du 4 (16) Avril*) j'ai exposé à votre Excellence les conditions auxquelles un déplacement de nos avant-postes pourrait avoir lieu. || Quant à l'examen des faits relatifs à l'incident du 18 (30), nous ne pouvons en apprécier la portée ne connaissant jusqu'ici aucune circonstance infirmant les rapports du Général Komaroff. Les faits se résument comme suit: L'existence d'avant-postes Afghans sur la rive gauche du Kushk n'avait pas été prévue lorsque le Général Komaroff reçut l'ordre de ne point dépasser les limites de Pendjdé. Une communication de l'Ambassadeur d'Angleterre du 21 Février nous le confirme. Il en résulte de plus, que le poste Russe était déjà établi à Dash-Képri, tandis que les avant-postes Afghans se trouvaient dans Pendjdé, c'est-à-dire sur la rive droite. Dans ces conditions le Général Komaroff n'a pas pu tolérer la présence des Afghans sur la rive gauche. Obligé de veiller à la sécurité de son détachement, il ne pouvait perdre de vue le peu de confiance qu'on pouvait placer dans l'esprit de discipline des troupes Afghanes. || Quant à investigation ne voyons pas qui pourrait la faire. Le Général Lumsden n'a pas été sur les lieux; il se fie aux rapports du Capitaine Yate, comme nous à ceux du Général Komaroff. Nous n'avons du reste aucune connaissance des rapports de Général Lumsden, et sommes dans l'attente de communications détaillées du Général Komaroff.

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 8 (20) Avril, 1885.

Nous nous rendons parfaitement compte de la gravité des circonstances et partageons sincèrement le désir du Gouvernement Anglais d'arriver à une entente amicale, mais ne saurions y sacrifier les intérêts de notre dignité. Ne pouvons donc que nous référer à nos télégrammes du 4 (16) et 6 (18) Avril.

Nr. 8696. **RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Weitere Berichte Komaroffs.

(Communicated to Earl Granville by M. de Staal, April 25.)

St. Pétersbourg, le 9 (21) Avril, 1885,

Nr. 8696. Russland. 21. April 1885.

M. l'Ambassadeur, — Je me fais un devoir de transmettre ci-près à votre Excellence copie du Mémorandum qui m'a été remis par Sir Edward Thornton et de celui que j'ai cru devoir lui adresser de mon côté. || Ces deux pièces se rapportent au combat du 18 Mars dernier. || Le contenu du télégramme du Général Komarow du 20 Mars le plaçant à l'abri du soupçon

*) Siehe Nr. 8691.

Nr. 8696. Russland. 21. April 1885.

d'avoir cherché à provoquer un conflit armé, nous nous croyions en droit de considérer cet incident comme clos. Votre télégramme du 4 courant nous a fait entendre que ce point de vue n'est pas partagé par le Gouvernement Britannique, et que Lord Granville est d'avis que les informations parvenues au Cabinet de Londres sur l'engagement du 18 Mars devraient d'abord être complétées et faire ensuite l'objet d'un examen. || Nous ne voyons rien que de trés naturel dans le désir du Principal Secrétaire d'État pour les Affaires Étrangères d'être mieux renseigné sur les causes qui ont amené le conflit; mais il nous est tout à fait impossible, d'autre part, d'apprécier l'opportunité et la portée pratique de l'enquête à laquelle il voudrait nous convier. || Voici l'enchaînement des faits, tel qu'il résulte des informations fournies par le Général Komarow. || Ayant reçu l'ordre de ne point francher les limites de Pendjdé, le Commandant de nos troupes reconnut, à son arrivée à Tache-Keupri, que la rive gauche du Koushk était occupée par des avant-postes Afghans, ce qui ne pouvait pas être prévu lorsque, pour se conformer au désir du Cabinet Britannique, le Gouvernement Impérial avait consenti à donner à ses troupes l'ordre de ne plus avancer. En effet, il résulte d'une communication qui m'a été adressée par Sir Edward Thornton en date du 21 Février (5 Mars) et dont vous trouverez ci-près une copie, qu'à cette date le poste Russe se trouvait déjà à Tache-Keupri, tandis que l'avant-poste Afghan, conformément au témoignage du Général Lumsden, était établi dans le Pendjdé, c'est-à-dire sur la rive droite du Koushk. Telle étant la position mutuelle des deux parties, le Général Komarow n'était pas tenu de tolérer la présence des avant-postes Afghans sur la rive gauche du Koushk, et il ne pouvait non plus méconnaître que, vu le peu de confiance que l'on pouvait placer dans l'esprit de discipline des troupes Afghanes, cette circonstance ne tarderait pas à devenir le signal de collisions. || C'est dans le but d'empêcher ces dernières et d'aviser à la sécurité du petit détachement placé sous ses ordres qu'il se fit un devoir de proposer au Général Afghan de retirer ses avant-postes. || Loin d'aboutir, les tentatives conciliantes du Général Komarow ne contribuèrent qu'à enhardir les Afghans; ceux-ci ne tardèrent pas à se livrer à des actes d' agression qui obligèrent le Général Russe à recourir à la force. || Nous ne voulons point approfondir quel a été le rôle des officiers Anglais au milieu de ces complications; mais nous ne pouvons pourtant pas nous empêcher de regretter qu'ils n'aient pas jugé possible d'assister le Commandant de nos troupes dans ses démarches auprès du Général Afghan, ce qui aurait, sans aucun doute, suffi pour empêcher le conflit. || Quoiqu'il en soit, aussitôt après l'engagement du 18 Mars, le Général Komarow a repris ses anciennes positions sur la rive gauche du Koushk. Cette circonstance étant de nature à assurer le status quo dans ces contrées contre toute atteinte, il nous semblerait que rien se saurait empêcher les deux Cabinets de continuer les négociations ayant pour objet le réglement de la question frontière. || Veuillez, &c.

Giers.

Nr. 8697. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Schiedsgericht über die Frage, ob das Abkommen vom 16. März verletzt ist. [III. 63 u. 64.]

Foreign Office, April 24, 1885.

Nr. 8697. Grossbritannien. 24. April 1885.

M. l'Ambassadeur, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 21st instant, sending me copies of two telegrams from M. de Giers replying to the communications which I addressed to you on the 19th. || In one of these telegrams M. de Giers states, that, while sharing the desire of Her Majesty's Government to arrive at a friendly settlement, the Russian Government cannot sacrifice the interests of their dignity, and can only refer to his telegrams of the 16th and 18th April. || In the other telegram M. de Giers refers to the conditions, as stated in his telegram of the 16th instant, out which the Russians outposts might be removed in order to facilitate the labours of the Boundary Commission. His Excellency declines the examination of the facts relating to the incident of the 30th March. || I must express to your Excellency the deep regret which Her Majesty's Government have learnt from the last paragraph of M. de Giers' telegram, that the Russian Government declines to agree to the proposal for a consideration of the facts. Such a course is, in their opinion, necessary to reconcile the statements made by the respective Agents of the two Governments, and the interpretations which are to be placed upon those statements. || M. de Giers states, that he does not see how such an investigation as is proposed by Her Majesty's Government could be held, General Sir P. Lumsden not being on the spot, and relying on the Reports of Captain Yate as the Russian Government relies on those of General Komaroff. || Her Majesty's Government are ready to give full weight to this objection, which, however, they cannot consider conclusive. They believe, that it would not be impossible for the two Governments, after an impartial sifting of the evidence already supplied and possibly supplemented by further details, to come to a sound judgment on the matter. || Her Majesty's Government acknowledge the right of the Russian Government to consider the interests of their dignity in as full a measure as they claim that right for themselves; but they cannot admit that it is inconsistent with the well-understood dignity of any great country to enter into communications for the purpose of carefully examining the complaints of another nation presented in a legitimate form. If, however, the Russian Government believe, that the natural inclination which both Governments must feel to place confidence in the statements of their respective officers creates an unavoidable obstacle to coming to a just decision, they would be prepared, in their anxiety for the preservation of friendly relations, to meet the difficulty by referring to the judgment of the head of a friendly State the question, whether the Agreement of the 16th March was or was not departed from either by the Russians or the Afghans, and to decide how

Nr. 8697. Grossbritannien. 24. April 1885.

the incident can be closed in a manner consistent with the honour of Great Britain and Russia. || If the assent of the Russian Government is given to the proposal which I have made in the preceding paragraph Her Majesty's Government will be prepared, — in reliance on the assurance given by M. de Giers in his Memorandum of the 18th (30th) March, that the Russian Government have never entertained, and do not entertain, any projects of aggression against Herat or any other portion of the territories of the Ameer, — at once to consider with your Excellency the main features of the line of boundary, the details only of which should be fixed on the spot. In this case they accept the proposal made in M. de Giers' telegram of the 4th (16th) instant for the displacement of the Russian outposts upon the arrival of the Commissioners on the spot. || I have, &c. Granville.

Foreign Office, April 24, 1885.

M. l'Ambassadeur, — In my immediately preceding despatch I have recapitulated the contents of the two telegrams communicated to me by your Excellency on the 21st instant. || In the second of these telegrams his Excellency M. de Giers sums up the facts relating to the incident of the 30th March as follows: — || "The existence of Afghan outposts on the left bank of the Kushk had not been foreseen when General Komaroff received the order not to pass the limits of Penjdeh. A communication from the English Ambassador of the 21st February (5th March) confirms this, and shows that a Russian post was already established at Dash-Kepri, while the Afghan outposts were in Penjdeh, that is, on the right bank. Under these circumstances, General Komaroff could not tolerate the presence of the Afghans on the left bank. Forced to watch over the security of his detachment, he could not lose sight of the small amount of confidence that could be placed in the spirit of discipline of the Afghan troops." || I observe, that the attack on the Afghans is now justified by M. de Giers, on the ground that the Afghans were present on the left bank of the Kushk, and that this had not been foreseen when General Komaroff received the order not to pass the limits of Penjdeh. || Now, in the first place, I must point out, M. l'Ambassadeur, that, if the instructions to General Komaroff were couched in the above terms, they were not in accordance with the Agreement between the two Governments. The assurance given by M. de Giers to Sir E. Thornton on the 16th March was, "that the Russian forces will not advance from the positions which they now occupy, provided the Afghans, on their side, do not advance nor attack, or unless there should be some extraordinary reason for their advancing, such as a disturbance in Penjdeh," and "that the strictest orders had been sent to avoid a conflict by every possible means, and not to incite to a conflict." || The British officers state positively that a post on the left bank of the Kushk, near the bridge of Pul-i-Khisti, was occupied by the Afghans previous to the date of the Agreement. || I have already for-

warded to your Excellency General Sir P. Lumsden's telegram of the 17th April, replying in detail to the statements made in General Komaroff's telegram of the 1st April. || I need not, therefore, recapitulate here the particulars of his replies, but will only state the four principal points on which Her Majesty's Government rely, as showing that the attack on the Afghan position was contrary to the terms of the Agreement of the 16th March. || These points are: — || 1. The advance of General Komaroff with a large force to the front of the position occupied by the Afghans. || According to information supplied to Her Majesty's Government, which is confirmed by General Komaroff's own Report, that force advanced to Orush Doshan on or about the 22nd March, and on the 25th the main body of it took up its position at a distance of 5 versts from the Afghan outposts, a portion of it being stationed at Kizil-Tépé, and vedettes being thrown out in advance of the latter place. || The sending out of reconnaissances to the right and left flanks of the Afghan position, which had the effect of inciting the Afghans to a conflict by making them apprehend that they were about to be attacked. || 3. The defensive nature of the movements of the Afghan troops, which were intended to prevent a recurrence of the reconnaissance on their flank. || 4. The Russian ultimatum calling upon the Afghans to retire from the left bank of the Kushk when their outposts had been stationed there before the date of the Agreement of the 16th March. || I have, &c.

Granville.

Nr. 8697. Grossbritannien. 24. April 1885.

Nr. 8698. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. — Der deutsche Kaiser als Schiedsrichter. [III. 69.]

Foreign Office, April 25, 1885.

Sir, — The Russian Ambassador called upon me this afternoon, and communicated to me a despatch from M. de Giers relative to the conflict between the Russian and Afghan forces at Penjdeh, of which I inclose a copy herewith. || I observed that this despatch had crossed the information which I had sent to St. Petersburgh. I could only remark now, that, if the Russian Government is so confident of their case, it seemed to me to be an additional reason why they should be willing to accept the proposal I had made. || His Excellency said, that he had received this morning and would forward to St. Petersburgh the two notes which I had addressed to him on this subject and on that of the Afghan frontier question generally. They were, however, too long to be sent by telegraph, and some time must therefore elapse before he could receive a reply. || M. de Staal went on to say, that he feared our proposal was not one which his Government would be able to accept. In reply to my inquiry as to his reasons, he said that the Emperor and public

Nr. 8698. Grossbritannien. 25. April 1885.

Nr. 8698. Grossbritannien. 25. April 1885.

opinion in Russia both attached such importance to the point of military honour that he did not think any question would be admitted as to the conduct of the Russian military commanders; that even supposing the principle of an inquiry were admissible, there seemed no one to whom the decision could be intrusted except the Emperor of Germany, who certainly would not consent to undertake the task. || As regards the Head of the State to whom reference might be made, I said that the choice of the Emperor of Germany was a very natural one for his Excellency to think of, both on account of His Majesty's relationship to the Emperor of Russia and because of the intimate relations between the two countries. || But taking into consideration His Majesty's position and his long experience and great reputation as a soldier, I did not know — although I had no authority for saying so — that there would be any disposition on our part to object to such a selection. If the request were made by both Governments it would be very difficult for His Imperial Majesty to refuse to accept the office, and thus lose the opportunity of averting a great calamity. || I am, &c. Granville.

Nr. 8699. **RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Weitere Berichte Komaroffs. [III. 72.]

(Télégraphique.) St. Pétersbourgh, le 14 (26) Avril, 1885.

Nr. 8699. Russland. 26. April 1885.

Je crois devoir vous communiquer nouvelles explications parvenues du Général Komaroff. || Se conformant strictement aux ordres qui lui avaient été adressés sur la base d'informations fournies par Sir E. Thornton, le Général Komaroff s'était interdit d'empiéter sur le territoire de Pendjdé, mais ne s'était pas cru en droit de tolérer la présence de postes Afghans sur la rive gauche du Kushk. Se réservant de traiter directement avec le Commandant des troupes Afghanes, le Général n'avait pas jugé non plus possible d'initier des officiers placés sous ses ordres aux instructions qu'il avait reçues; les explications entre le Colonel Zakrchewski et le Capitaine Yate n'avaient eu qu'un caractère privé. Alikhanoff, d'après ce qu'affirme le Général Komaroff, s'était dirigé vers Kali-Mor en passant par la rive gauche du Kushk; n'ayant avec lui que 100 cavaliers Turcomans armés de sabres, il ne pouvait se hasarder de tourner la position des Afghans, qui étaient au nombre de 4,000. Une seule compagnie a été dirigée vers la hauteur de la rive droite du Murghab; les Afghans s'étant portés en avant, la compagnie reçut l'ordre de retourner au camp avant d'être arrivée au niveau de la ligne des postes Russes de la rive gauche du Murghab. || Le caractère de préméditation attribué par le Général Lumsden à l'engagement du 18 (30) Mars ne saurait donc être maintenu.

Nr. 8700. **RUSSLAND.** — Derselbe an denselben. — Eine Untersuchung über die Handlungsweise Komaroffs ist ausgeschlossen. [III. 77.]

(Communicated to Earl Granville by M. de Staal, April 30.)

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 16 (28) Avril, 1885.

Ai pris ordres de l'Empereur.

Nr. 8700. Russland. 28. April 1885.

Sa Majesté partage sincèrement le désir du Cabinet Anglais de maintenir les relations amicales entre les deux pays, mais ne pense pas que ce soit en multipliant les témoignages sur un incident militaire suffisamment éclairci que l'on pourrait y parvenir. De plus, l'Empereur ne saurait admettre aucun semblant d'enquête sur les actes du Général Komaroff, se considérant comme seul juge de leur conformité à ses ordres. Tout nouvel examen de cet acte militaire devient dès lors oiseux et sans issue. Ce n'est donc qu'entre les deux Gouvernements qu'il peut y avoir malentendu dans l'interprétation de l'arrangement contracté. Nous croyons que les rapports recueillis déjà et les arguments exposés dans les pièces que vous avez reçues dernièrement suffisent pour rétablir l'exactitude des faits en démontrant l'entière fidélité du Gouvernement Russe à ses promesses. Il est certain que le Gouvernement Anglais pourrait y puiser tous les éclaircissements voulus pour clore cette discussion accidentelle et pour reprendre les négociations de délimitation qui sembleraient sur le point d'aboutir. Mais si un motif quelconque d'amour-propre l'empêcherait encore de vider directement avec nous le différend, Sa Majesté se réserve d'examiner si la divergence d'interprétation qui sépare les deux Cabinets pourrait être réglée par les voies indiquées dans votre télégramme du 13. L'Empereur ne saurait d'ailleurs se prononcer à ce sujet avant d'avoir pris connaissance des deux notes du Cabinet Anglais qui ne nous sont pas encore parvenues.

Nr. 8701. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. — Russischer Vorschlag, Penjdeh zu neutralisiren, ist angenommen. [III. 83.]

(Telegraphic.) Foreign Office, May 1, 1885, 7·10 P. M.

Nr. 8701. Grossbritannien. 1. Mai 1885.

Russian Ambassador yesterday communicated to me a telegram*) from his Government proposing, that as General Komaroff had been ordered not to occupy Penjdeh, and its occupation by Afghans would, under present circumstances, cause serious complications, Pendjdeh should be neutralized pending a settlement of the frontier question. || We have accepted the proposal on the understanding, that pending the delimitation Russian and Afghan officers

*) Datirt vom 30 April. [III. 78.]

Nr. 8701. Grossbritannien. 1. Mai 1885.

and soldiers shall not enter or remain in Penjdeh, and that the limits of Penjdeh will be understood to extend only to the point north of Maruchak at which the Russian Government proposed the boundary should pass through the valley. || If Russian Government agree, we will do our utmost to press the engagement upon the Ameer.

Nr. 8702. RUSSLAND. — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Bereitwilligkeit, ein Schiedsgericht über die Tragweite des Abkommens vom 16. März zu vereinbaren. [III. 85.]

(Communicated to Earl Granville by M. de Staal, May 2.)

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 19 Avril (1er Mai), 1885.

Nr. 8702. Russland. 1. Mai 1885.

Sa Majesté l'Empereur, après avoir pris connaissance des deux notes Anglaises, a daigné confirmer ses décisions préalables telles qu'elles sont indiquées dans mon télégramme du 16, c'est-à-dire d'écarter entièrement toute discussion ultérieure sur la question militaire. Quant au malentendu qui peut s'être produit dans l'interprétation de l'accord établi entre les deux Cabinets, s'il subsistait des doutes ou des divergences d'appréciation, l'Empereur ne refuserait pas d'en référer au jugement d'un Souverain étranger inspirant confiance aux deux Gouvernements. Sa Majesté se réserve, le cas échéant, de s'entendre avec le Cabinet de Londres sur le choix de ce Souverain. Si cette solution était acceptée par le Gouvernement Anglais, notre auguste Maître n'hésitera plus à reprendre à Londres la négociation sur les points principaux de la ligne de délimitation dont les détails seuls seraient examinés et tracés sur les lieux dans les conditions convenues par la Commission.

Nr. 8703. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — England ist jetzt bereit, die Verhandlungen über die Grenzlinie wieder aufzunehmen. [III. 87.]

Foreign Office, May 4, 1885.

Nr. 8703. Grossbritannien. 4. Mai 1885.

M. l'Ambassadeur, — I have submitted to the Queen and to my colleagues the telegram from M. de Giers which your Excellency did me the honour to communicate to me on the 2nd instant as to the manner of dealing with the questions relative to the conflict between the Russian and Afghan forces at Ak-Tépé. || It has at no time been the desire of Her Majesty's Government to see gallant officers on either side put upon their trial; but the differences between the two Governments which arose out of the engagement at Ak-Tépé rendered it necessary to provide means for a settlement consistent with the honour of both. Her Majesty's Government have now, on the receipt

of the telegraphic despatch of the 1st instant from St. Petersburgh, the satisfaction of finding themselves able to adopt the arrangement agreed to by His Majesty the Emperor of Russia, namely, that in respect to any misunderstanding which may have arisen in the interpretation of the Agreement between the two Cabinets, if there shall still be found to subsist doubts and divergences of appreciation, the case shall be referred to the judgment of a Sovereign enjoying the confidence of the two Governments. || Her Majesty's Government are willing, accordingly, to adopt the language of the despatch as the basis of the future proceedings, and to resume at once in London the negotiation on the main points of the line for delimitation of the frontier, the details of which only would be examined and traced on the spot by the Commission under the conditions agreed upon. || I have, &c.

Granville.

Nr. 8703. Grossbritannien. 4. Mai 1885.

Nr. 8704. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum, betreffend die afghanische Grenze. [IV. 32.]

Memorandum sent to M. de Staal, May 22, 1885.

Her Majesty's Government have had under their consideration the Memorandum which M. de Staal handed to Lord Granville on the 21st instant relative to the proposed frontier between the Heri-Rud and the Oxus.

Nr. 8704. Grossbritannien. 22. Mai 1885.

It appears from this Memorandum, that the Russian Government are not satisfied with the definition of the line agreed upon in London in communication with M. de Staal and M. Lessar, and which the Ambassador undertook to recommend for their acceptance. || The points on which a modification of the line is asked are the following: — || 1. As regards Zulfikar, the Memorandum deprives the Afghans of the passage left to them by that agreement, and proposes that the line, after leaving the Heri-Rud a little to the north of the point marked Zulfikar Pass on the English map, should follow in an eastern and southern direction the crests of the heights which border the Valley of the Heri-Rud, and then should pass between Ak-Robat and Souma Karez. || 2. That the point north of Maruchak, at which the frontier will cross the Murghab, should be fixed so as to attach as much as possible to the Russian territory the lands cultivated by the Sarik Turkomans and their pastures, instead of the stipulation that it should leave to Afghanistan Maruchak and its dependencies. || 3. The Memorandum proposes, that the frontier east of the Murghab shall be traced within a zone between the heights indicated on the Russian map, which border on the north and west the Valleys of the Kaisor and the Sangalak, and the limits of the cultivated lands of Maimeneh and Andkhoi, forming part of Afghan territory, and should end at Khoja Saleh; the delimitation of the pastures belonging to the respective populations to be left to the Commissioners, and, in case of their being unable to agree, to

Nr. 8704. Grossbritannien. 22. Mai 1885.

be referred to the Governments. || The Memorandum ends by stating, that, if the Cabinet of London holds to an extension of the Afghan pastures bordering on Maimeneh and Andkhoi, and to an extension of the limits of Zulfikar, in such a way, however, as to secure Russian territory against the incursions of bands which might take advantage of the pass, the Russian Government would consent on the condition that Maruchak should be ceded to them, and the frontier fixed to the north of Bala Murghab.

To deal, first, with the concluding paragraph of the Memorandum, the Russian Government appear to be under a misapprehension as to the views of Her Majesty's Government in regard to the points to which it refers. They have not asked for any extension of the Afghan pastures, but only that the inhabitants of Maimeneh and Andkhoi, which, under the Agreement of 1873, were recognized as belonging to Afghanistan, should not be deprived of their cultivated lands, or of those pastures, the use of which they were actually enjoying before the Russian occupation of Merv established tranquillity in those regions. || With regard to Zulfikar, they do not claim more for the Afghans than the command of the passage running eastwards from the Heri-Rud. || If the definition in the Project of Agreement could be construed so as to imply more than this, they would be ready to consider a different wording; but a definition of Zulfikar which would not secure to the Afghans the command of the pass in question would render the arrangement valueless to Afghanistan. || The suggestion that Maruchak should be ceded to Russia and the frontier fixed north of Bala Murghab could not be entertained by Her Majesty's Government. The possession of that place by Afghanistan is considered by them as an essential condition of the settlement, and it is in accordance with the proposal made by the Russian Government on the 16th January.

Her Majesty's Government agree with the Russian Government, that great circumspection is necessary in tracing the frontier. They would be prepared to agree to the following modifications in the project drawn up with M. de Staal and M. Lessar: — || 1. As regards Zulfikar, "the frontier will start from the Heri-Rud a little to the north of the point marked 'Zulfikar Pass' on the map attached to the Protocol (English map), and will follow the crests of the heights bordering on the north the pass which runs from the Heri-Rud eastwards, so as to leave to Afghanistan the command of both ends of the pass in question." || 2. With regard to the point, at which the frontier is to cross the Murghab, Her Majesty's Government are ready to agree that it should be defined as a point north of Maruchak, fixed so as to leave to Russia the lands cultivated by the Sariks and their pastures.

The principle thus laid down is accepted by Her Majesty's Government as an equitable one, on the understanding that it should be applied to the populations on both sides of the line. They would accordingly propose for the frontier east of the Murghab the following definition, which would obviate

the difficulties caused by the doubts thrown by recent surveys on the position of the heights mentioned in the boundary proposed by Russia on the 16th January, and embodied in the draft Agreement. || "Applying the above principle both to the Turkomans subject to Russia and to the subjects of the Ameer of Afghanistan, the frontier will follow a line north of the Valley of the Kaisor and west of the Valley of the Sangalak (Ab-i-Andhoi), and leaving Ankhoi to the east will run to Khoja Saleh on the Oxus. || The delimitation of the pastures belonging to the respective populations will be left to the Commissioners."

Nr. 8704. Grossbritannien. 22. Mai 1885.

Nr. 8705. **RUSSLAND.** — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Bedenken gegen die vorgeschlagene Grenze bei Zulfikar. [IV. 42.]

Communicated to Earl Granville by M. de Staal, May 29.

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 16 (28) Mai, 1885.

Etant désireux de contribuer à prompte solution et éviter malentendus, au sujet de Zulfagar, nous sommes disposés à abandonner aux Afghans le défilé qui, partant du Héri-Rud, traverse la première rangée de hauteurs, de façon toutefois à ne pas couper et empêcher les communications entre les points situés du même côté de la frontière. La ligne tracée par Lessar sur la Carte Anglaise depuis le Héri-Rud par les points A et B répond à cette proposition. Une ligne tracée par le point C couperait nos communications. Quant à la frontière depuis le point A jusqu'à Yegri-Gueuk, vous êtes autorisé à proposer le tracé qui suivrait autant que possible les crêtes des collines en laissant aux Afghans Pistalik-Attek. Pour tout le reste nous acceptons la dernière rédaction des propositions Anglaises.

Nr. 8705. Russland. 28. Mai 1885.

Nr. 8706. **GROSSBRITANNIEN.** — Memorandum. — England will dem Emir den vollen Besitz des Zulfikar-Passes sichern. [IV. 53.]

In making the proposal of the 22nd ultimo, the object of Her Majesty's Government was to secure the full possession of the Zulfikar Pass to Afghanistan. || Her Majesty's Government do not desire to cut any existing communications between points on the Russian side of the frontier. There is a difference of opinion as to what these are; but Her Majesty's Government would not object to its being an instruction to the Commission to preserve as much as possible such communications without interfering with the command of the pass by the Afghans.

Nr. 8706. Grossbritannien. 4. Jun. 1885.

Nr. 8707. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. — Stellung der russischen Regierung zum englischen Vorschlage. [IV. 57.]

Foreign Office, June 7, 1885.

Nr. 8707. Grossbritannien. 7. Juni 1885.

Sir, — The Russian Ambassador communicated to me yesterday morning the inclosed telegram from M. de Giers, containing the views of the Russian Government as to the manner in which the question of the Zulfikar Pass should be dealt with*). || His Excellency asked me in the evening when I should be able to give him an answer. He hoped the matter might be considered as settled. || I said, that I would reply on the 18th, but that I regretted that the communication which he had made me left the whole matter open. || M. de Staal said that he considered the Russian answer as an acceptance of our proposal of the 4th instant. I replied, that in that case it would be only a question of drafting. His Excellency wished me, however, to understand, that he had no instructions excepting the communication which he had made to me. || I expressed to his Excellency to-day the great satisfaction with which I had gathered from our conversation that, according to his personal opinion, the answer of the Russian Government was an acceptance of our last communication with regard to the Afghan frontier. I said, that Her Majesty's Government wished to avoid any possible misunderstanding on the subject, and would therefore be glad to be informed, in the name of the Russian Government, that, while the Commissioners should be instructed to preserve as much as possible any existing communication between points on the Russian side of the frontier, the basis of the proceedings of the Commissioners would be to leave to the Afghans the command of the Zulfikar Pass. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8708. RUSSLAND. — Botsch. in London an den engl. Min. des Ausw. — Russland kann die Aufrechterhaltung seiner Kommunikationen nicht den afghanischen Ansprüchen unterordnen. [IV. 59.]

(Extrait.) Londres, le 10. Juin, 1885.

Nr. 8708. Russland. 10. Juni 1885.

Quant à la question de délimitation Afghane, les instructions télégraphiques reçues de M. de Giers me mettent en mesure de vous communiquer que

*) Das Telegramm lautet:

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 24 Mai (5 Juin), 1885.

Croyant devoir insister sur intégrité de nos communications, serions d'avis que c'est à la Commission qu'il faudrait abandonner le soin de concilier ce principe avec les conditions auxquelles le Gouvernement de Sa Majesté Britannique voudrait subordonner la cession à l'Afghanistan de Zulfagar.

le Cabinet Impérial ne se trouve pas à même de se rallier aux termes dans lesquels votre Excellence a formulé la solution à donner au différend de Zulficar. Le Gouvernement Impérial accepte la proposition de différer cette question à l'examen de la Commission. Mais il ne saurait admettre que l'intégrité des communications Russes dans ces parages fût subordonnée aux convenances des Afghans. Les exigences que nous impose le soin de maintenir la liberté de ces communications ne pourraient être mises en regard des réclamations du Gouvernement de Sa Majesté Britannique quant à la définition du tracé sur la base de l'importance stratégique de la Passe de Zulficar que sur le pied d'une parfaite parité. La tâche dévolue à la Commission de Démarcation devrait donc consister à concilier ces exigences réciproques, et non à faire prevaloir les unes de préférence aux autres. Ce n'est qu'en se guidant de ce principe d'impartialité qu'on aboutirait, j'en suis convaincu, à un réglement satisfaisant de la question qui divise en ce moment les deux Cabinets.

Nr. 8708. Russland. 10. Juni 1885.

Nr. 8709. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Behält die Entscheidung seinem Nachfolger vor. [IV. 60.]

Foreign Office, June 11, 1885.

M. l'Ambassadeur, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's communication of yesterday. || I will not fail to give the information contained in it to my successor as soon as his appointment is made. || In the meantime, the Russian Government will have clearly understood that the limit of our demand is to secure Zulfikar to the Afghans in exchange for Penjdeh, which arrangement you were authorized by the Emperor to agree to on the 16th April. || This authority was given in answer to the statement made by Lord Kimberley at our interview on the 14th April, which your Excellency will remember, that it was a sine qua non that the Zulfikar Pass should be left in possession of Afghanistan. || I have, &c.

Granville.

Nr. 8709. Grossbritannien. 11. Juni 1885.

Nr. 8710. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. (Salisbury) an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. — Der Zulfikar-Pass muss den Afghanen belassen werden, weil England dies dem Emir versprochen hat. [IV. 67].

Foreign Office, July 1, 1885.

Sir, — The Russian Ambassador called on me to-day at my request, in order to talk over pending negotiations respecting Afghanistan. The first question which we discussed was the question of boundary. It appeared, that the only

Nr. 8710. Grossbritannien. 1. Juli 1885.

Nr. 8710. Gross-britannien. 1. Juli 1885.

point of importance left open between the English and Russian Governments was the Pass of Zulfikar. The idea which had recently gained ground in the negotiations was that the matter should be remitted to a Commission, who should have instructions to guide them in drawing the line over the disputed ground of the Zulfikar Pass and the neighbouring hills. I said I doubted whether this arrangement met the exigencies of the case in respect to time.

It was not very probable, in the first place, that we could agree upon a formula that would represent the wishes of both Governments in the delimitation of the boundary; and, secondly, if we could provide such a formula for the guidance of the Commissioners, it still was hardly to be hoped that an English and a Russian officer would not find in the unknown ground over which the pass extends serious matter for difference; and the result would be, that the negotiations, after three or four months' delay, would come back to London. I said, that I feared delay might be inconsistent with the best interests of the two countries, for that as long as the negotiations were unconcluded the chance of an accidental collision could not be disregarded. I therefore urged upon the Ambassador the importance of expedition, and expressed a hope that it might be possible to draw this line in London before committing to the Commissioners other matters which must be decided upon the spot, such as the regulations concerning irrigation and the division of pastures. || M. de Staal entirely concurred with me in the importance of expedition, and promised to represent my views on the matter to his Government. || I further pointed out to him, that the questions between us depended not so much on the intrinsic value of the localities (which, even in a strategic point of view, were variously estimated), but on the promise which England had made to the Ameer of Afganistan. We had promised, that the boundary-line should go to the north of the Zulfikar Pass; we had made that promise in reliance on the consent of Russia, when Pendjeh was yielded by England, that the Zulfikar Pass would be yielded by Russia; and from that engagement which we had so made it was not open to us to recede. || I also mentioned the importance of a simple Extradition Treaty between the two countries, for the purpose of delivering over criminals; and I said, that I thought it might be modelled upon the Treaties which the Government of India were in the habit of contracting with the native Princes. I also pointed out the importance of providing, that communications between the Russian authorities and the Afghans should always pass through an English officer. Such an arrangement would enormously diminish the dangers of accidental collision. || Upon these two points M. de Staal said he had no instructions, but that he would seek them. He appeared to be favourable to both ideas, but said that it would be necessary, if communications were to pass through an English officer, that the English officer should be resident not very far from the frontier. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 8711. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an denselben. — Russland lehnt eine Aenderung seiner Vorschläge bezüglich des Zulfikarpasses ab. [IV. 70.]

Foreign Office, July 9, 1885.

Nr. 8711. Grossbritannien. 9. Juli 1885.

Sir, — The Russian Ambassador called upon me to-day, and read to me a telegram which his Excellency had received from M. de Giers, to the effect that the Imperial Government decline to alter the conditions laid down by them with regard to the delimitation of the Pass of Zulfikar unless investigations made on the spot should show the possibility of extending the limits of the pass, without prejudice to the Russian communications. || M. de Giers would not object to refer to the Frontier Commission the questions respecting irrigation, provided that the most important portion of the work, viz., that of marking out the new frontier, should not be thereby delayed. || Lastly, with regard to the communications of the Imperial Government with the Afghan authorities, and to the conclusion of an extradition Convention, M. de Giers, whilst expressing the wish of the Government of the Emperor to avoid future difficulties and complications, states that, in his opinion, it would not be opportune at the present moment to discuss these points, which were not comprised in the original scheme for the negotiations now pending between the two Governments. || I told M. de Staal, that it would be in any case impossible that arrangements should be made as to the Russian communications until it had been proved by actual survey that the routes which are spoken of are actually in existence; but that with regard to the essential portion of the question, I must reflect before giving an answer to M. de Giers' inquiry. || M. de Staal then proposed, that the negotiations as to the rest of the line should go forward whilst the Zulfikar question was being decided. || To this suggestion I returned a decided negative, pointing out to his Excellency, that the concession of Zulfikar and that of Penjdeh were mutually dependent one on the other. || I. am, &c. Salisbury.

Nr. 8712. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Widerspruch der jetzigen russischen Forderungen mit früheren Zugeständnissen. [IV. 78.]

Foreign Office, July 17, 1885.

Nr. 8712. Grossbritannien. 17. Juli 1885.

M. l'Ambassadeur, — I have learnt with regret from M. de Giers' telegram, which you did me the honour of communicating to me on the 9th instant, that the Russian Government are not prepared to agree that the whole of the Zulfikar Pass should be included in Afghan territory || I have already assured your Excellency of the sincere desire of Her Majesty's Government to come

Nr. 8712. Grossbritannien. 17. Juli 1885.

to an arrangement which may close the prolonged discussion as to the north-west boundary of Afghanistan in a manner statisfactory to England and Russia, and of their determination to deal with the question in the most friendly spirit. || In the observations which I made to your Excellency during our conversation on the Ist instant, I called your attention to the engagements which, in reliance on the assurances of the Russian Government, Her Majesty's Government had undertaken upon this matter. It is with much disappointment, that I learn that this consideration has had no weight with the Russian Government, and that the negotiations have advanced no further towards a successful issue. || I need hardly remind your Excellency, that on the 16th April last the Russian Government signified their agreement to the exchange of Zulfikar for Penjdeh, in which case, according to the words of M. de Giers' telegram of that date, "the frontier would start from a point on the Heri-Rud a little to the north of Zulfikar." No reservation was made as to a portion of the pass being retained by Russia; nothing was said as to the integrity of Russian communications and Her Majesty's late Government, confiding in this engagement, declared to the Ameer that the Zulfikar Pass would be included in his dominions. || Her Majesty's Government consider, that they are bound by the declaration thus made, and they cannot but hold that the Russian Government is similarly bound to them by the words of M. de Giers' telegram of the 16th April. || The difficulty as to the interruption which the promised cession is asserted to make in the communications between the Russian posts was not suggested until a later date. Her Majesty's Government do not admit, that this consideration in any way affects the force of the Russian promise made to the late Administration, nor can they assign to it any value which would detract in any degree from the right of the Afghans to the full possession of the Zulfikar Pass guaranteed to them by that undertaking. || With regard to the other points referred to in M. de Giers' telegram of the 8th instant, I agree with his Excellency, that they may stand over for the moment, and I will only express my earnest hope that the Russian Government will give full weight to the considerations which I have urged in this note, and which make it impossible for Her Majesty's Government to depart from the position they have taken up. || I have, &c.

Salisbury.

Nr. 8713. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. — Unterredung mit dem russischen Botschafter: Beide Regierungen erklären es für unmöglich von dem eingenommenen Standpunkt zurückzuweichen. [IV. 79.]

Nr. 8713. Grossbritannien. 18. Juli 1885.

Foreign Office, Juli 18, 1885.

Sir, — The Russian Ambassador called here to-day, after receiving my note of yesterday, and expressed his regret at the apparent deadlock in the nego-

tiations for the settlement of the Afghan frontier. He feared that, it would be impossible for his Government tho withdraw from the position which they had taken up with regard to the Zulfikar Pass. His Excellency was disposed to recommend, that the question should be referred to a Geographical Commission. || I said, that it was equally impossible for us to abandon the view I had submitted to him, or to recede from the promise which, on the faith of the promise given to us by the Russian Government, we had made to the Ameer. As to the Commission, I did not see how the determination of the frontier could be committed to them unless the two Governments could agree on a formula of reference, which they had hitherto been unable to do. But if the Russian Government wished the ground to be surveyed by their officers, they were in possession of the ground, and Her Majesty's Government could take no objection to such a survey. But if any verification of the survey on our part was necessary, as it very possibly might be, it should be done by our officers, acting separately. I was opposed to any Joint Commission for such a purpose, as it would be difficult to guard against the chance of a collision between the escorts by which its members would necessarily be accompanied. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 8713. Grossbritannien. 18. Juli 1885.

Nr. 8714. RUSSLAND. — Min. des Ausw. an den russ. Botsch. in London. — Das russische Anerbieten hat sich nicht auf den ganzen Pass Zulfikar bezogen. [IV. 86.]

Communicated to the Marquis of Salisbury by M. de Staal, August 4.

St. Pétersbourg, le 18 (30) Juillet, 1885.

M. l'Ambassadeur, — Par sa dépêche en date du 6 (18) courant, votre Excellence a bien voulu nous transmettre une copie de la note qui lui a été adressée par Lord Salisbury au sujet du Zulfagar. || M. le Principal Secrétaire d'État pour les Affaires Etrangères déclare dans cette note que le Gouvernement de Sa Majesté la Reine est résolu à poursuivre dans un esprit amical les négociations au sujet du tracé de la frontière nord-ouest de l'Afghanistan, et qu'il est sincèrement désireux d'arriver à un arrangement satisfaisant pour l'Angleterre et pour la Russie. Mais en même temps il y exprime les regrets qu'a fait éprouver au Gouvernement de la Reine le refus du Cabinet Impérial d'admettre que la passe de Zulfagar soit toute entière comprise dans le territoire Afghan. Aucune réserve n'ayant été formulée dans notre télégramme du 4 (16) Avril, au sujet de la partie de cette passe que nous voudrions conserver, ainsi que relativement à l'intégrité des communications entre les postes Russes, Lord Salisbury a cru pouvoir en conclure que cette circonstance impliquerait de notre part l'engagement d'abandonner à l'Afghanistan la passe toute entière; que le Gouvernement de Sa Majesté la Reine aurait, par conséquent, été fondé de donner à l'Émir des assurances à ce sujet, et qu'il ne saurait admettre

Nr. 8714. Russland. 30. Juli 1885.

Nr. 8714. Russland. 30. Juli 1885.

aujourd'hui que les considérations que nous avons cru devoir faire valoir ultérieurement puissent porter atteinte aux droits de l'Émir résultants de l'engagement en question. || Nous avons pris acte avec satisfaction des intentions amicales du Cabinet Britannique, qui répondent entièrement aux dispositions conciliantes qui nous animent à son égard. Mais, d'autre part, nous ne pouvons pas nous empêcher d'exprimer à Lord Salisbury la surprise que nous a fait éprouver l'interprétation qu'il a cru pouvoir donner à nos engagements, ainsi qu'aux observations que nous avons été dans le cas de transmettre au Cabinet de la Reine au cours des négociations relatives au Zulfagar. Il n'est point dans les habitudes du Gouvernement Impérial de revenir sur des engagements contractés volontairement, et il nous semble qu'une étude plus attentive des communications échangées entre les deux Cabinets au sujet du Zulfagar aurait suffi pour mettre Lord Salisbury en garde contre le jugement qu'il a cru pouvoir porter sur la ligne de conduite que nous avons suivie. || Votre Excellence se trouvant en possession de ces communications, je crois pouvoir me borner à en récapituler aujourd'hui les points les plus saillants. || Vous n'ignorez point que, suivant nos cartes, qui ne sont pour la plupart qu'une reproduction de la Carte Anglaise du Général Walker, le nom de Zulfagar s'applique à un point sur la rive gauche du Hériroud, sis en dehors du territoire qui fait l'objet de nos pourparlers avec le Gouvernement de Sa Majesté la Reine, et qu'il a servi également à désigner la rive droite de la rivière depuis qu'un poste militaire Russe a été établi sur cette rive. A l'époque où Lord Granville vous fit la proposition relative à l'échange du Zulfagar contre Penjdé nous ne nous trouvions pas encore en possession de la carte dressée par la Commission Anglaise de Délimitation; nous ne possédions aucune information sur les passes aboutissant au Heriroud, et nous avons par conséquent cru comprendre que la proposition Anglaise ne pouvait concerner que la partie de la vallée de la rivière où se trouvait notre poste. Dans votre télégramme du 2 (14) Avril dans lequel vous nous avez rendu compte de la susdite proposition, ainsi que dans le nôtre en date du 4 (16) du même mois, il n'avait été question que du Zulfagar et non de la passe qui porte le même nom. Le tracé que nous avions proposé dans ce dernier télégramme, et qui, selon Lord Salisbury, impliquerait une adhésion à la cession de la passe toute entière à l'Afghanistan, ne saurait prêter aux conclusions que son Excellence croit pouvoir en tirer. En proposant ce tracé nous nous étions bornés à indiquer le point de départ de la frontière sur le Hériroud, ainsi que celui où elle devrait rejoindre Yegri-Gueuk en laissant Ak-Robat au nord, et nous nous sommes abstenus de préciser la direction de la ligne de démarcation entre ces deux points, le défaut d'informations sur cette contrée nous ayant placés dans l'impossibilité d'émettre un avis à ce sujet. || Ce n'est qu'à la suite de votre télégramme du 4 Mai que nous avons pu relever que la proposition Anglaise portait sur la passe de Zulfagar, et c'est alors que nous nous sommes trouvés dans la nécessité d'aviser aux moyens de prévenir une

délimitation qui, en assurant à l'Afghanistan une position stratégique d'une haute importance, pourrait interrompre et entraver les communications entre nos postes et nous placerait, par conséquent, dans l'impossibilité de veiller à la sécurité de notre propre territoire. Les réserves que nous avons cru devoir faire depuis n'avaient point d'autre but. || Pour donner une nouvelle preuve des intentions conciliantes qui nous animent, nous n'avons pas hésité à promettre l'abandon à l'Afghanistan de la partie de la passe de Zulfagar qui traverse la première rangée des hauteurs bordant le Hériroud. Au besoin nous ne refuserions pas d'écarter encore plus vers l'est la limite du territoire à céder aux Afghans; mais avant de contracter des engagements à cet égard nous croyons devoir nous assurer qu'une telle déviation pourrait être admise sans préjudice aux intérêts dont la défense nous incombe. Nous ne serons en mesure de nous prononcer définitivement à ce sujet qu'après avoir été mis en possession des résultats des levés exécutés par nos officiers topographes, lesquels, conformément à des informations qui nous parviennent du Prince Dondoukoff-Korsakoff, viennent de terminer leur tâche. || Nous aimons à espérer qu'après avoir pris connaissance de ces considérations, M. le Principal Secrétaire d'État pour les Affaires Étrangères voudra bien reconnaître que le Cabinet Impérial n'a jamais eu d'autre pensée que d'arriver à une entente sur une frontière rationnellement solide, propre à garantir la sécurité des deux côtés, et qu'il n'a jamais pris d'engagement contraire à ce principe. || Nous sommes d'ailleurs toujours prêts à nous concerter amicalement avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique sur les moyens pratiquesd'assurer la réalisation de ce but. || Votre Excellence voudra bien donner lecture de la présente dépêche à Lord Salisbury et lui en laisser copie. || Veuillez, &c. Giers.

Nr. 8714. Russland. 30. Juli 1885.

Nr. 8715. **RUSSLAND.** — Ausw. Amt an den russ. Botschafter in London. — Neuer Vorschlag. [IV. 94.]*)

(Communicated to the Marquis of Salisbury by M. de Staal, August 20.)

(Télégraphique.) St. Pétersbourg, le 7 (19) Août, 1885.

Nr. 8715. Russland. 19. Aug. 1885.

Reçu votre télégramme du 6. || D'après notre Carte, le défilé de Zufalgar se compose de deux parties qui traversent successivement les deux chaînes de hauteurs à peu près parallèles au Héri-Roud, désignées sous le nom de Geuz-Guedik et de Agar. A partir de la tour en ruines qui défendait autrefois accès occidental du premier défilé, cette dernière a une longueur de 5 verstes environ. Au sortir de ce défilé la route traverse, sur une distance de 5 verstes environ, un pays très accidenté, et entre ensuite dans le second défilé, qui a une longueur de 2 verstes environ, et qui se bifurque avant de déboucher dans la steppe. || Cette description semble s'appliquer entièrement à

*) Die englische Regierung nahm diesen Vorschlag nach Einholung der Gutachten Lumsden's, Ridgeway's und des Vicekönigs von Indien mit der im Protokoll vom 10. September zu 1 enthaltenen Einschränkung am 4. September an. [IV. 100--105.]

Nr. 8715. Russland. 19. Aug. 1885.

la Carte Anglaise. Point de départ frontière sur Héri-Roud pourrait être fixé à 2 verstes environ en aval de la tour mentionnée plus haut. En partant de ce point, la frontière prendrait une direction est, suivrait la crête des hauteurs qui bordent au nord les deux défilés et couperait le second un peu à l'ouest de la bifurcation, de façon à nous laisser les deux débouchés orientaux, ce qui nous permettrait de fermer l'accès de notre territoire de ce côté. Ensuite la frontière passerait au sud des puits aujourd'hui comblés se trouvant au sud-est de la Montagne Tchakwakli, lesquels seront compris dans notre territoire, suivrait la direction sud-est à peu près parallèle à la route de Ak-Robat, qui nous reste, et passerait entre les lacs salés se trouvant au sud de Ak-Robat pour aboutir à Yegri-Gueuk.

Nr. 8716. GROSSBRITANNIEN und RUSSLAND. — Protokoll, betreffend die Feststellung der russisch-afghanischen Grenze. [IV. 109.]

Nr. 8716. Grossbritannien und Russland. 10. Sept. 1885.

Les Soussignés, le Marquis de Salisbury, Chevalier du Très Noble Ordre de la Jarretière, Principal Secrétaire d'État pour les Affaires Étrangères de Sa Majesté Britannique, &c., &c., et son Excellence M. Georges de Staal, Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies près Sa Majesté Britannique, &c., &c., se sont réunis dans le but de consigner au présent Protocole l'arrangement suivant intervenu entre Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies:—

1. Il est convenu que la frontiére Afghane entre l'Heri-Roud et l'Oxus sera tracée comme suit:—

La frontière partira du Heri-Roud à 2 verstes environ en aval de la tour de Zulfagar et suivra jusqu'au point K le tracé indiqué en rouge sur la Carte No. 1 annexée au Protocole, de manière à ne pas se rapprocher à une distance moindre de 3000 pieds Anglais de l'arète de l'escarpement du défilé occidental [y compris l'arète marqué L M N de la branche nord du même défilé]. A partir du point K le tracé suivra la crête des hauteurs bordant au nord le second défilé, qu'il coupera un peu à l'ouest de sa bifurcation à une distance d'environ 850 sagènes du point où convergent les routes d'Adam-Ulan, Kungroueli et d'Ak-Robat. Plus loin, le tracé continuera à suivre la crête des hauteurs jusqu'au point P marqué sur la Carte No. 2 attachée au Protocole. Il prendra ensuite une direction sud-est à peu près parallèle à la route d'Ak-Robat, passera entre les lacs salés marqué Q et R se trouvant au sud d'Ak-Robat et au nord de Soumé-Kehriz et laissant Soumé-Kehriz aux Afghans, se dirigera sur Islim, où la frontière passera sur la rive droite du Egri-Gueuk en laissant Islim en dehors du territoire Afghan. Le tracé suivra ensuite les crêtes des collines qui bordent la rive droite de Egri-Gueuk et laissera Tchéméni-Bid en dehors de la frontière Afghane. Il suivra de la

même manière la crête des collines qui bordent la rive droite du Kouschk jusqu'à Hauzi-Khan. De Hauzi-Khan le tracé suivra une ligne presque droite jusqu'à un point sur le Mourghab au nord de Meroutchak, fixé de manière à laisser à la Russie les terres cultivées par les Saryks et leurs pâturages.

Appliquant ce même principe aux Turcomans sujets de la Russie et aux sujets de l'Émir de l'Afghanistan, la frontière à l'est du Mourghab suivra une ligne au nord de la Vallée de Kaïssor, et à l'ouest de la Vallée du Sangalak (Abi-Andkoï), et en laissant Andkoï à l'est, rejoindra Khodjah-Saleh sur l'Oxus.

La délimitation des pâturages appartenant aux peuplades respectives sera abandonnée aux Commissaires. Dans les cas où ceux-ci ne parviendraient pas à s'entendre, cette délimitation sera réglée par les deux Cabinets sur la base des cartes dressées et signées par les Commissaires.

Pour plus ample clarté, les principaux points de la ligne-frontière sont marqués sur les cartes annexées au présent Protocole.

2. Il est convenu que des Commissaires seront nommés de suite par les Gouvernements de Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies, qui procéderont à examiner et à tracer sur les lieux les détails de la frontière Afghane fixée par l'Article précédent. Un Commissaire sera nommé par Sa Majesté la Reine, et un par Sa Majesté l'Émpereur. Les escortes de la Commission sont fixées à 100 hommes au plus de chaque côté, et aucune augmentation ne pourra être admise sauf entente entre les Commissaires. Les Commissaires se réuniront à Zulfagar dans un délai de deux mois à partir de la date de la signature du présent Protocole, et procéderont immédiatement au tracé de la frontière conformément aux stipulations qui précèdent.

Il est entendu que la délimitation sera commencée de Zulfagar, et que, aussitôt que les Commissaires se seront réunis, et auront commencé leurs travaux, la neutralisation de Pendjdé sera limitée au district compris entre une ligne au nord allant de Bendi-Nadiri à Burdj-Uraz-Khan, et une ligne au sud allant de Meroutchak à Hauzi-Khan, les postes Russes et Afghans sur le Mourghab étant respectivement à Bendi-Nadiri et à Meroutchak. Les Commissaires devront terminer leur travaux aussi vite que possible.

3. Il est entendu qu'en traçant cette frontière, et en se conformant autant que possible à la description de cette ligne dans le présent Protocole, ainsi qu'aux points marqués sur les cartes ci-annexées, les dits Commissaires tiendront dûment compte des localités et des nécessités, et du bien-être des populations locales.

4. A mesure de l'avancement des travaux de délimitation, les parties respectives auront le droit d'établir des postes sur la frontière.

5. Il est convenu que, quand les dits Commissaires auront complété leurs travaux, des cartes seront dressées, signées et communiquées par eux à leurs Gouvernements respectifs.

Nr. 8716. Grossbritannien und Russland. 10.Sept.1885.

En foi de quoi, les Soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le 10 Septembre, 1885.

Salisbury.
Staal.

Nr. 8717. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in St.-Petersburg. — Rechtfertigung der mit Russland getroffenen Vereinbarung. [IV. 109.]

Foreign Office, September 17, 1885.

Nr. 8717. Grossbritannien. 17.Sept.1885.

Sir, — I inclose to you with this despatch a copy of the Protocol which was signed here on the 10th instant, and which brings to a conclusion the preliminary negotiations with respect to the delimination of the northern frontier of Afghanistan, and also a copy of the Maps to which the Protocol refers. || In the middle of April the Russian Government and the British Government agreed, that Penjdeh should be exchanged for Zulfikar. But the country was so little known, that no common meaning was attached to the word Zulfikar, and, on further consideration, neither Government was able to accept the line proposed by the other to carry this agreement into effect. Her Majesty's Government contended, that the Russian line would deprive the Ameer of the Pass of Zulfikar, which they had guaranteed to him, while the Russian Government contended that the English line would enable the Afghans to cut one of the main roads of military communication on their side of the frontier. If the Maps which I forward to you are accurate, neither of these contentions was entirely without foundation. The last Russian proposal made befor Her Majesty's late advisers left office appears to have been that conveyed in the telegram of the 21st May, explained by M. Lessar at a Foreign Office meeting on the same day. An obscurely-expressed telegram from M. de Giers of a week later differed slightly in language, but was explained by M. Lessar to be identical with that of the 21st. It proposed, that the line leaving the Heri-Rud a little to the north of the opening of the pass should follow the crests of the hills on the north of the pass for two miles, and should then follow the heights bordering the Valley of the Heri-Rud in a south-easterly direction. This line, even if it gave the actual possesion of the floor of the pass to the Afghans, which is doubtful, was open to the obvious objection that it allowed the Russian lines to come so near, as not only to command the pass from the neighbouring heights, but also to command the road running southwards to Karez-Elias, between the Zulfikar ridge and the Heri-Rud. On the other hand, the English line appeared to bring the Afghan outposts to a distance of about half-a-mile from the junction of roads where the routes from the Russian stations of Adam Ulan, Kangruali and Ak-Robat intersect. The objection was clearly stated by M. de Giers to

Sir E. Thornton:— || "His Excellency explained, that south of the starting-point on the Heri-Rud the pass had an eastward direction for from 6 to 7 versts, and that the Russian Government would not object to the boundary-line running along the crests of the hills north of this pass, the possesion of which would give access to the Afghan territory south of it, but that there was another pass from 10 to 12 versts further east, the control of which would involve that of the road to Ak-Robat, which the Russian Government could not consent to give up." || In this difficulty the two Governments agreed to refer the disputed point to the Frontier Commission. But this plan did not lead to a solution, for it was found, on trial, to be impossible to frame an instruction to the Commission on which the two Governments could agree The English Government insisted, that the command of the pass by the Afghans was the paramount object which the Commission were to secure, while the Russian Government contended that the object in which they were interested, the preservation of military communications, should be treated as of equal importance with the other. At this point the responsibility of continuing the negotiations fell to Her Majesty's present advisers. They did not pursue further the idea of referring the points at issue to the Commission for settlement, as the impossibility of agreeing upon a joint instruction appeared to present an insuperable obstacle. || On the other hand, the latest Russian proposal communicated to their predecessors did not seem to furnish the base of a settlement. They obdained from Sir J. W. Ridgeway, by telegraph, an opinion with respect to its strategic bearing. The answer received was not such as to recommend the acceptance of the proposal:— "Crest of hills claimed commands and renders useless Zulfikar Pass, and also road from Kizil Bulak by Karez Elias at its foot, which is essential to Afghans. It also gives Russians command of Passes of Dhana-Zakli and Karez-Elias, and thus secures Russian right flank against attack. It practically means concession of Heri-Rud up to Char Dowli Gorge." || The conversations and negotiations which have since taken place have had the effect of bringing out more distinctly the difficult points of the controversy, and have suggested to the Russian Government the expediency of clearing up several doubtful questions of topography by a more detailed and accurate survey of the ground. || The result has been the proposal which Her Majesty's Government, after consultation with Sir P. Lumsden, Sir J. W. Ridgeway and the Viceroy, were of opinion might properly be accepted. || The object of this new proposal was to reserve to the Russians full military command of the junction of the roads to which reference has been made, while satisfying the English view by leaving the full command of the Zulfikar Pass to the Afghans. To attain this latter object the frontier is pushed bad from the crest of the heights bordering the Zulfikar Pass to a distance in every case not less than 1000 yards, and generally to a much greater distance. The whole of the Zulfikar ridge south of the pass is given to the Afghans, and the broken ground running for several

Nr. 8717. Grossbritannien. 17. Sept. 1885.

miles eastward up to the next ridge, the Dinli-Dagh. The second, or easternmost défilé, cutting through this last ridge, is crossed by the frontier at a distance of about a mile to the west of the junction of Russian roads, so that the Afghans, while they will be able to hold this second defile, will not be able to use it for the purpose of intercepting the Russian communications. || In the opinion of the officers whose means of local knowledge entitled them to express an opinion, this proposal was an adequate solution of the difficulty in the interests of the Ameer, and therefore in the interests of this country. Major-General Sir P. Lumsden states, that he considers that, if the Russian Map may be accepted as correct, everything has been secured which can under any circumstances be of value to the Ameer:— || "The line of communication to the Heri-Rud at Zulfikar, by Zakli, Karez-Elias and Pistalik-Atek, has, by the cession of the ground between the two passes, been rendered secure, as that ground slopes up and culminates at the summit of the cliffs commanding the valleys traversed by this route, and, if thought desirable, can now be held by the Afghans.

* * *

"The western or Zulfikar Pass proper, on which alone Captain Maitland has placed great value, is entirely secured to Afghanistan, and the alignment of frontier nowhere approaches it closer than at its western extremity, where the suggested line of departure from the Heri-Rud starts at a point distant about a mile from the crest of the northern cliffs immediately overlooking the western pass." || Sir J. W. Ridgeway, being consulted by telegraph, was also favourable to the acceptance of the new line, and the Government of India are of the same opinion. || There appears now, therefore, to be no further reason why the delimitation should not be pushed on with expedition. It appears, that an interval of about two months from the signature of the Protocol must elapse before the Russian Commissioner will be in a condition to commence the work of delimitation upon the spot. It is much to be regretted, that the negotiations should have postponed the commencement of this laborious work till so advanced a period of the season. It may be hoped, that the full discussion which the details of this frontier have received will prevent any further controversy arising during the progress of the undertaking. || I am, &c. Salisbury.

Aegypten (Finanzen)*).

Nr. 8718. **GROSSBRITANNIEN**. — Min. des Ausw. an die engl. Botschafter bei den Grossmächten. — Vorschlag einer Conferenz über die Abänderung des Liquidations-Gesetzes**). [B. I. 1.]

Foreign Office, April 19, 1884.

Nr. 8718. Grossbritannien. 19. Apr. 1884.

My Lord, — I transmit to your Excellency herewith a brief statement of the present condition and prospects of the finances of Egypt. || Her Majesty's Government wish to invite the careful attention of the Great Powers of Europe to this question, both in virtue of their important though not uniform participation in the particular arrangements which are at present in force in regard to it, and also on account of their common concern in the welfare of Egypt.

*) Die Aktenstücke sind den folgenden offiziellen Publikationen entnommen:

I. Weissbuch, Aktenstücke, betreffend Egypten. Dem Bundesrath und dem Reichstage vorgelegt im Mai 1885. (In den Ueberschriften = W.)

II. Gelbbücher,
Affaires d'Égypte 1884 (= G. I).
Affaires d'Égypte 1885 (= G. II).

III. Blaubücher,
Correspondence respecting the finances of Fgypt.
Egypt Nr. 17. (1884) (= B. I.)
Egypt Nr. 23. (1884) C.—4047 (= B. II.)
Egypt Nr. 29 (1884) Protocols of Conferences held in London respecting the Finances of Egypt. C.—4128 (= B. III.)
Egypt Nr. 36 (1884) C.—4242 (= B. IV.)
Egypt Nr. 4 (1885) C.—4337 (= B. V.)
Egypt Nr. 5 (1885) C.—4338 (= B. VI.)
Egypt Nr. 6 (1885) Declarations relative to the finances of Egypt and to the free navigation of the Suez-Canal. C·—4339 (= B. VII.)
Egypt Nr. 7 (1885) Convention relative to the finances of Egypt. C—4341 (= B. VIII).
Egypt Nr. 17 (1885) C.—4447 (= B. IX).

**) Siehe Staatsarchiv Bd. 40, Nr. 7740.

Nr. 8718. Grossbritannien. 19. Apr. 1884.

The finances of Egypt have been brought into very serious difficulties — 1. By the destruction of property at Alexandria, and by the awards of the International Commission for compensation of the sufferers, amounting in all to a sum of upwards of four and a-quarter millions of pounds. || 2. By the cost, as now sufficiently known, of the protracted endeavour of Egypt to hold the Soudan; by the attempt made to suppress the insurrection in that region; by the disaster which befell the Egyptian forces in October last, and by the measures which it has been necessary to take in view of the dangers thus created. The expenditure already incurred, and to be incurred, under this head, cannot be estimated at less than one and a-half millions. || 3. By the excess, for some years past, of the current administrative charges over the available revenue of the country, and by the necessity of considerable expenditure on works of irrigation.

It appears to Her Majesty's Government, that to meet the charges necessary for the peace and good government of the country, and to fulfil the engagements already incurred by the Egyptian Exchequer, some change in the Law of Liquidation is required. || Her Majesty's Governement would therefore propose that a Conference should meet in London or at Constantinople to determine whether such a change is necessary, and what should be its exact nature. || You are requested to give a copy of this despatch, and of the inclosure, to the Minister for Foreign Affairs, and to request that they may receive the early consideration of the Government. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8719. **FRANKREICH.** — Botsch. in London an den engl. Min. des Ausw. — Frankreich hat jeden Gedanken an die Wiederherstellung des Condominiums oder an eine bewaffnete Intervention in Aegypten aufgegeben. [G. I. 3.]

Londres, le 15 juin 1884.

Nr. 8719. Frankreich. 15. Juni 1884.

Dans l'entretien que nous avons eu ensemble hier, nous sommes arrivés à un accord complet sur toutes les questions préliminaires, soulevées par la proposition contenue dans la dépêche circulaire de Votre Seigneurie, en date du 19 avril dernier. Le moment est donc venu de constater par écrit les termes de cet accord. || Dans sa dépêche du 29 avril, dont copie vous a été remise par M. le Comte d'Aubigny, M. Ferry, après avoir accepté en principe la proposition du Gouvernement de la Reine, ajoutait les considérations suivantes: „Le caractère même de cette proposition indique que les modifications, sur lesquelles les Puissances auront à délibérer, impliquent l'examen de certaines questions connexes à la liquidation et dont il est impossible de ne pas tenir compte. Le Gouvernement Français espère, dès lors, que les Ministres de la Reine ne se refuseront pas à en faire préalablement l'objet d'un échange

Nr. 8719. Frankreich. 15. Juni 1884.

de vues, qui est indispensable pour déterminer avec précision le mandat de la Conférence et assurer l'issue de ses travaux." || L'échange de vues proposé par M. Ferry ayant été acceptée par Votre Seigneurie, je m'emprassai, dans le premier entretien que nous eûmes à ce sujet, le 2 mai, de bien établir le terrain sur lequel le Gouvernement de la Republique entendait se placer dès le début de nos pourparlers. || Il importait d'abord d'écarter deux idées, deux préjugés fort répandus dans la presse anglaise, relatifs au rétablissement du condominium et aux prétendus projets militaires de la France en Égypte. En conséquence, je vous ai déclaré que le Gouvernement Français ne songeait d'aucune façon à pousser au rétablissement du contrôle anglofrançais en Égypte. Sans doute nous conservons la conviction que ce contrôle a produit, tant qu'il a duré, de bons et salutaires effets, et que sous son influence l'Égypte a été tranquille et ses finances prospères. Mais nous nous rendons un compte exact des raisons qui doivent aujourd'hui faire écarter toute pensée d'un retour à un régime que les évènements ont renversé. Le condominum est mort, et nous n'entendons pas le ressusciter. C'est au seul point de vue des intérêts collectifs de l'Europe, et de la part l'égitime que nous y représentons, que nous considérons désormais les affaires d'Égypte. || L'autre malentendu qu'il convenait de dissiper portait sur l'intention, qui nous a été souvent attribuée par l'opinion anglaise, de substituer une occupation française à l'occupation anglaise, le jour où le Gouvernement de Sa Majesté aurait rappelé ses troupes. Je vous ai déclaré que le Gouvernement de la République était prêt à prendre à cet égard les engagements les plus formels. Cette résolution nous a été inspirée par la confiance où nous sommes que le Gouvernement de Sa Majesté n'hésitera point de son côté à confirmer expressément les déclarations solennelles qu'il a faites à diverses reprises de ne porter aucune atteinte à la situation internationale faite à l'Egypte par les traités et les firmans, et d'évacuer le pays quand l'ordre y sera rétabli. Il y aurait de la sorte entre les deux Gouvernements un engagement synallagmatique comportant, de la part de l'Angleterre, une clause d'évacuation à échéance déterminée, qui ne pourrait être prolongée sans une nouvelle consultation des Puissances, et de la part de la France, l'engagement formel de ne procéder, en aucun cas, à une intervention armée dans le delta du Nil, sans une entente préalable avec l'Angleterre. || Après avoir exposé les vues de mon Gouvernement sur ces deux points si importants, j'ai fait observer à Votre Seigneurie qu'il serait juste de stipuler dans l'intérêt des créanciers de l'Égypte, auxquels vous alliez peut-être demander de grands sacrifices, certaines garanties de nature à assurer la bonne gestion des finances égyptiennes et à prévenir des désordres administratifs qui ramèneraient, à bref délai, de nouveaux embarras. D'ailleurs, l'avenir et la prospérité de l'Égypte tout entière dépendent de la sage et intègre direction de ses finances, et les précautions qui pourraient être prises dans ce but seront à la fois une force et un frein pour son Gouvernement. || Vous avez pensé qu'il serait possible de trouver ces garanties dans l'extension des attributions et des pouvoirs de la

Nr. 8719. Frankreich. 15. Juni 1884.

Commission de la Dette, institution qui fonctionne déjà depuis plusieurs années à la satisfaction générale et dans laquelle les principales Puissances intéressées ont chacune un représentant. Je vous ai répondu que telle était aussi la pensée du Gouvernement Français. || En prenant acte de mes déclarations, vous avez bien voulu ajouter que vous étiez autorisé par M. Gladstone et par vos collègues à me dire qu'ils avaient été très sensibles à la façon amicale dont la communication leur avait été faite de notre côté; qu'ils appréciaient le caractère désintéressé des assurances que j'avais été chargé de vous donner et qu'ils partageaient avec le Gouvernement de la République la conviction que la bonne administration de l'Égypte était un objet d'intérêt général pour l'Europe. || Dans les entretiens qui ont suivi, vous avez, à votre tour, développé les vues du Gouvernement de Sa Majesté et vous avez exposé, de concert avec M. le Chancelier de l'Échiquier, de quelle façon et dans quelle mesure il vous paraissait possible de donner satisfaction aux voeux du Gouvernement Français.

Je viens donc aujourd'hui vous demander de bien vouloir formuler vous-même, sous leur forme définitive, les propositions que vous m'avez faites au nom de votre Gouvernement. Waddington.

Nr. 8720. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den franz. Botsch. in London. — Vorschläge der englischen Regierung*). [B. II. 12.]

Foreign Office, June 16, 1884.

Nr. 8720. Grossbritannien. 16. Juni 1884.

M. l'Ambassadeur, — I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 15th instant, relative to the preliminary understanding desired by your Government before accepting the proposal of a Conference to discuss the financial position of Egypt. Your Excellency states in that note the assurances and explanations which your Government are ready to give with regard to Egypt, and you request to be informed of the views of Her Majesty's Government upon the questions thus raised. || Her Majesty's Government appreciate the importance of the declarations made by your Excellency on behalf of the French Government. The formal abandonment of any idea of re-establishing the condominium, and the assurances for the future that French troops would not enter Egypt without the consent of this country, have rendered practicable and greatly facilitated a full and frank exchange of views. || Her Majesty's Government are glad to find that the two Governments are agreed as to the interests which Europe has in the good government and prosperity of Egypt. Nothing shows more clearly the views of Her Majesty's Government on that point than the Circular which I addressed to Her Majesty's Representatives at the Courts of the Great

*) Durch Rundschreiben vom 16. Juni theilte Granville diese Depesche sowie die vorstehende französische vom 15. Juni den übrigen Grossmächten mit. Anm d. Red.

Nr. 8720. Grossbritannien. 16. Juni 1884.

Powers on the 3rd January, 1883**). || That despatch was written three months after the battle of Tel-el-Kebir had enabled the British forces to enter into occupation of Egypt. It was submitted to the Parliament of this country, and was communicated to the Powers and to the Sublime Porte. It met with general acquiescence. In it the statement was made, that Her Majesty's Government were desirous of withdrawing the British forces as soon as the state of the country and the organization of proper means for the maintenance of the Khedive's authority would admit of it. || To that declaration Her Majesty's Government have adhered, and still adhere. It was with regret, that they found that circumstances interfered with the progress of the measures taken with a view to that withdrawal, and it is equally matter of regret to them to feel that the time is not yet come when, with due regard to peace and order in Egypt, the English force could be taken away. || There is some difficulty in stating a fixed date for such withdrawal, inasmuch as any period so stated may prove in the event to be too long or too short. But Her Majesty's Government, in order to remove any doubt of their policy in this matter, and in view of the declarations made by France, are willing that the withdrawal of the troops shall take place at the beginning of the year 1888, provided that the Powers are then of opinion that such withdrawal can take place without risk to peace and order. || They believe that there ought to be a reasonable hope of establishing during a period of three years and a-half the necessary guarantees for an order of things in Egypt which shall be satisfactory. But if this unfortunately should prove not to be the case, and if the British Government were then of opinion, that some prolongation of the occupation would be necessary, it is not to be supposed that the European Powers would join in objecting to a measure required by the safety of Egypt, an interest which is common in different degrees to all. Her Majesty's Government readily acknowledge the importance for the wellbeing of Egypt that her finances should be managed in a sound and economical manner. || It was for this purpose that in 1876 the Anglo-French Control was originally established. || Te Goschen-Joubert arrangement gave to the English Controller of Receipts a preponderating position over that of the French Controller, whose duty it was to audit the accounts of the Treasury, but on both of the Controllers important administrative functions were conferred. || The Dual Control, as finally instituted in 1879, differed in two important points from the original Control of 1876. The English Controller was no longer intrusted with duties of a more important nature than those performed by his French colleague, and although the powers of investigation conferred on these two officers were limited to financial matters, at the same time, the fact that they had a right to be present at the meetings of the Council of Ministers virtually gave to them the right of interference in all questions connec-

**) Siehe Staatsarchiv Bd. XLII Nr. 8079.

Nr. 8720. Grossbritannien. 16. Juni 1884.

ted with the administration of the country. They were no longer, as before, purely financial officers. Important political functions were conferred on them. It is unnecessary to dwell on the advantages or the disadvantages and dangers of this system, which has now been formally abandoned by the French, as well as by the Egyptian and British Governments. || It will be readily acknowledged, that, as long as Great Britain has to bear the burden and responsibility of the military occupation of Egypt, it would be impossible for Her Majesty's Government to admit such interference with either the administration or the political government of that country, as was allotted to the Anglo-French Control under either of the above arrangements, and Her Majesty's Government do not think that it would be wise or practical, after the withdrawal of the British troops, to renew any such system to be worked by a greater or lesser number of foreigners not under the authority of the Egyptian Government. || But Her Majesty's Government are of opinion that it would not in any way interfere with the position which England should occupy in Egypt, and that it would be an advantage in itself, that a limited extension should be given to the power of the Commission of the Caisse de la Dette Publique. || Her Majesty's Government are ready to propose to the Powers that within a year of an alteration of the Law of Liquidation being brought into force, the functions of the Caisse de la Dette Publique should be extended in the following manner. || The Commissioners of the Caisse would be consulted when the Budget for each year, commencing with that for 1886, is in course of preparation. The Budget would be based, as far as possible, on the provisions of the normal Budget which Her Majesty's Government propose to exhibit to the Conference — due allowance being made for any altered circumstances of the country. The Budget for each year being so prepared in consultation with the Commissioners, the latter would be empowered to veto during the year any proposed expenditure which would produce an excess on the Budget, except in cases of sudden emergency involving peril to peace and order. || This power of veto would also apply to expenditure under the Budget of 1885, although that Budget would not have been settled in consultation with the Commissioners. || After the withdrawal of the British troops, the Caisse would have, in addition the power of revenue inspection, so as to insure that the whole of the revenue really reaches the Treasury, instead of being diverted to other purposes on its way. || The President of the Caisse would be an Englishman. || Her Majesty's Government will, at or before the expiration of the English occupation, propose to the Powers and to the Porte a scheme for the neutralization of Egypt on the basis of the principles applied to Belgium, and will make propositions with regard to the Suez Canal in conformity with those contained in my Circular despatch of the 3rd January, 1883. || Her Majesty's Government received with satisfaction your Excellency's statement that these proposals are acceptable to France. || I have to add, that all the arrangements above described

are subject to the satisfactory settlement of the financial arrangements which will be proposed by Her Majesty's Government to the Conference. || I have, &c. Granville. Nr. 8720. Grossbritannien. 16. Juni 1884.

Nr. 8721. FRANKREICH. — Botsch. in London an den engl. Min. des Ausw. — Annahme der englischen Vorschläge. [G. I. 5.]

Londres, le 17. juin 1884.

J'ai l'honneur d'accuser réception de la Note que Votre Excellence a bien voulu m'adresser à la date du 16 courant et dans laquelle Elle a exposé les vues du Gouvernement de Sa Majesté Britannique au sujet des affaires d'Égypte et pris acte des déclarations contenues dans ma Note du 15 de ce mois. || Dans la première partie de la Note, vous traitez la question de l'occupation et de l'évacuation de l'Égypte par les forces britanniques, et votre conclusion se formule dans l'engagement suivant: || „Le Gouvernement Anglais „s'engage à retirer ses troupes au commencement de l'année 1888, à condition „que les Puissances seront alors d'avis que l'évacuation peut se faire sans „compromettre la paix et l'ordre en Égypte." || Vous abordez ensuite les considérations d'ordre financier et vous rappelez l'origine du contrôle anglo-français, ainsi que les differentes phases par lesquelles il a passé. J'aurais peut-être quelques réserves à faire au sujet de la situation réciproque des deux contrôleurs et de l'importance relative de leurs fonctions; mais je me borne à rappeler qu'ils avaient tous les deux le même titre, le même rang, les mêmes appointements. Quoi qu'il en soit de ce détail rétrospectif, vous reconnaissez que, pour assurer la bonne gestion des finances égyptiennes, il importerait d'étendre les pouvoirs actuellement confiés à la Commission de la Dette, et vous proposez de le faire conformément aux dispositions suivantes: 1. Une fois le budget annuel fixé, la Commission de la Dette joindra à ses attributions actuelles le droit d'opposer son veto à toute dépense entraînant une augmentation du budget, sauf pour les cas de force majeure constituant un danger pour la paix et l'ordre. Ce droit s'exercera pour la première fois sur le budget de l'année 1885 que le Gouvernement Anglais se propose de présenter à la Conference et qui sera, en quelque sorte, le budget normal de l'Égypte; || 2. Pour la préparation du budget de 1886 et des années suivantes, la Commission de la Dette aura voix consultative. Chaque année le projet de budget lui sera communiqué en temps utile; elle fera ses observations, mais sans pouvoir le modifier de sa propre autorité; || 3. Après le départ des troupes anglaises, la Commission de la Dette aura le pouvoir d'inspection financière, de façon à pouvoir assurer la perception régulière et intégrale des revenues. || 4. Le Président de la Commission de la Dette sera un Anglais.

Vous remarquerez que pour plus de clarté j'ai placé vos propositions dans un ordre un peu différent de celui que vous aviez adopté, et qu'au no. 2

Nr. 8721. Frankreich. 17. Juni 1884.

Nr. 8721. Frankreich. 17. Juni 1884.

j'ai ajouté un paragraphe destiné à préciser la portée de la voix consultative de la Commission; ce paragraphe vous a d'ailleurs été déjà soumis dans un de nos entretiens, et vous l'avez approuvé. || Dans la troisième partie de la note, vous prenez l'engagement de proposer aux Puissances et à la Porte, soit pendant l'occupation anglaise, soit au moment de l'évacuation: 1. un projet de neutralisation de l'Égypte sur la base des principes appliqués à la Belgique; 2. un projet relatif au Canal de Suez, conforme aux principes exposés dans votre dépêche circulaire de 3 janvier 1883. || Le Gouvernement Français a appris avec satisfaction l'annonce de ces deux projets et en a pris acte. Je suis autorisé à vous déclarer que le Gouvernement de la République accepte les differentes propositions contenues dans votre Note du 16 courant et représentant les termes de l'accord intervenu entre nous. || En terminant, je suis heureux de constater l'esprit de modération et les sentiments amicaux qui ont présidé à nos pourparlers. Le Gouvernement de la République est convaincu que l'accord qui en est sorti ne fera que resserrer et consolider les liens qui unissent les deux pays. Waddington.

Nr. 8722. DEUTSCHLAND, OESTERREICH, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, RUSSLAND und TÜRKEI. — Londoner Konferenz*). Protokoll Nr. 4. Sitzung vom 28. Juli 1884. [B. III. 4.]

(Auszug.)

Nr. 8722. Konferenz-Staaten. 28. Juli 1884.

Le Plénipotentiaire Allemand dit qu'il a l'ordre de son Gouvernement de proposer à la Conférence de prendre en considération la question sanitaire en Égypte.

Le Président Granville prend la parole en ces termes:— || "C'est bien contre mon gré que je me vois forcé de faire un appel à mon honorable collègue. Je dois objecter que la question mentionnée par le Comte Münster est en dehors de celles qui sont soumises à la Conférence. L'invitation envoyée par l'Angleterre et acceptée par les Puissances portait sur la question de savoir si des modifications à la Loi de Liquidation étaient nécessaires et quelle devait en être la nature. Toutes les Puissances ont fini par accepter l'invitation. Une des Puissances a stipulé qu'on ne dépasserait pas les limites tracées. Le Gouvernement de Sa Majesté a annoncé au Parlement qu'il en serait ainsi. Je crois avoir dit la même chose à chacun des Plénipotentiaires. || "Le Comte

*) Da die Konferenz resultatlos verlaufen, ist von einem vollständigen Abdruck der umfangreichen Protokolle abgesehen. Aufgenommen sind nur diejenigen Stellen, welche für die Haltung der verschiedenen Mächte auf der Konferenz besonders charakteristisch sind, sowie das Protokoll über die denkwürdige letzte Sitzung der Konferenz; aus diesen ergeben sich auch die entgegengesetzten Anträge der französischen und englischen Regierung über die Regelung der ägyptischen Finanzen. — Die Präsenzliste der Konferenz enthält Nr. 8725. Anm. d. Red.

Münster se rapellera que tout récemment il m'a demandé quelles étaient mes intentions à cet égard et qu'il a approuvé ma réponse, qui était dans le sens indiqué plus haut. Je n'insisterai pas sur la difficulté d'aborder une telle discussion sans l'aide d'experts, parce qu'il m'est interdit par les termes de mes pleins pouvoirs d'élargir ainsi l'étendue de la Conférence. || "Il serait superflu d'exprimer à mon honorable collègue l'assurance que, si je ne puis, comme Président de cette Conférence, accepter la discussion sur ce sujet, je suis prêt, en dehors de la Conférence, comme Secrétaire d'État des Affaires Étrangères, de traiter avec le respect qui lui est dû et avec la sollicitude que je consacre à toutes les propositions qui me sont faites par le Gouvernement Allemand, toute question que son Excellence pourrait avoir l'instruction de me soumettre." Nr. 8722. Konferenz-Staaten. 28. Juli 1884.

Le Comte Nigra fait la déclaration suivante:— || "Le Gouvernement Italien a été le premier, dans ces derniers temps, à appeler l'attention des Puissances sur la question sanitaire en Égypte. Il ne peut donc que s'associer à toute proposition faite pour la régler avec le concours des Puissances. Je dois rappeler ici que dès l'année dernière le Gouvernement Italien a proposé de réunir à Rome une Conférence Internationale composée de spécialistes compétents avec mandat de s'occuper de cette question. Cette propostion, qui a été acceptée par la plupart des Puissances, n'est pas abandonnée. Nous la réservons expressément."

Le Plénipotentiaire Russe dit qu'il est autorisé à appuyer la proposition du Comte Münster, mais qu'il prend acte des objections élevées par le Président.

Le Comte Károlyi déclare qu'il aurait appuyé, selon ses instructions, la proposition du Comte Münster, si elle n'avait pas été écartée par la déclaration d'incompétence faite par le Président.

Le Plénipotentiaire Français exprime l'intérêt que cette question inspire à son Gouvernement, et déclare que si M. le Président n'avait pas opposé son veto, son concours eût été acquis à la proposition du Comte Münster.

Le Comte Münster constate qu'il a posé la question.

Le Président, en fixant la séance au lendemain à 3 heures, exprime l'espoir que les Ambassadeurs auront reçu leurs instructions.

Nr. 8723. KONFERENZ-STAATEN. — Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 5. Sitzung vom 29 Juli 1884. [B. III. 5.]

[Auszug.]

Le Plénipotentiaire Russe s'exprime ensuite en ces termes:— Nr. 8723. Konferenz-Staaten. 29. Juli 1884.

"La Russie n'est pas représentée dans la Commission de la Dette Publique en Égypte. Mais elle a expressément réservé ses droits lorsque cette Commission a été instituée. Il s'agit aujourd'hui d'étendre les attributions de la

Nr. 8723. Konferenz-Staaten. 29. Juli 1884.

Commission. En vue des intérêts que la Russie a à défendre en Égypte, je suis donc chargé de demander l'admission d'un Délégué Russe dans la Commission. Cette participation répond, d'ailleurs, au principe d'internationalité et de contrôle collectif adopté pour les affaires d'Égypte."

Le Président fait observer que la proposition que le Plénipotentiaire Russe vient de faire est nouvelle. "Je ne connais pas," dit-il, "les motifs d'une telle modification de l'arrangement qui a été fait lors de la création de la Commission de la Dette. Je ne crois pas qu'il y ait des créanciers Russes de l'Égypte. Je ne pourrai répondre à la demande de mon honorable collègue qu'après avoir pris le temps nécessaire pour l'examiner."

Le Baron de Staal et M. Hitrovo répondent que la Russie compte en effet un petit nombre de détenteurs de la Dette Égyptienne, mais que le montant des titres qui se trouvent entre leurs mains représente un capital fort respectable.

Le Plénipotentiaire Turc exprime le désir de son Gouvernement d'être aussi représenté à la Commission de la Dette.

Le Président demande s'il y a des Turcs détenteurs de la dette Égyptienne.

Musurus-Pacha répond que ce n'est pas comme créancier de l'Égypte, mais comme Souverain d'un pays débiteur que la Sublime Porte croit avoir le droit d'exercer une certaine part dans la surveillance internationale des finances de ce pays.

Le Plénipotentiaire Allemand dit que si on modifiait ainsi la composition de la Caisse de la Dette, l'Allemagne se trouverait la seule Puissance qui en serait exclue, et que par conséquent elle devrait également y être admise.

Le Président demande si le Gouvernement Allemand desire en tout état de cause de se faire représenter dans la Commission de la Dette, ou si ce désir n'existerait que dans le cas où un Commissaire Russe y siégerait.

Le Comte Münster répond que vu l'importance que la Caisse aurait à l'avenir, l'Allemagne aurait un intérêt à y être représentée dans le cas où un Représentant Russe y siégerait.

Sur la proposition du Président, la prochaine réunion est fixée au 31 Juillet à 3 heures.

Nr. 8724. KONFERENZ-STAATEN. — Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 6. Sitzung vom 31. Juli 1884. [B. III. 6.]

(Auszug.)

Nr. 8724. Konferenz-Staaten. 31. Juli 1884.

Le Plénipotentiaire Allemand fait la déclaration suivante: —

"Dans la dernière séance j'ai proposé à la Conférence d'examiner la question sanitaire en Égypte. Le Président a objecté que cette question était en dehors du cadre de nos travaux. Cette question a pourtant un caractère administratif, et elle affecte comme telle, dans une certaine mesure, le Budget

Égyptien. Je suis chargé de dire qu'en raison de cette considération mon Gouvernement ne saurait se rallier à l'opinion émise par le Président. Je dois de nouveau demander l'avis de sa Seigneurie ainsi que celui de mes collègues." Nr. 8724. Konferenz-Staaten. 31. Juli 1884.

Le Président répond dans les termes suivants: — || „Il me semble que la proposition du Comte Münster sort un peu de la procédure ordinaire. La question qu'il a soulevée est d'un grand intérêt et comme je le lui ai déjà dit, je serais heureux de la discuter autre part. J'ai déclaré, lors de notre dernière séance, que le cadre tracé à la Conférence par les termes de l'invitation que nous avons adressée aux Puissances, et qui a été acceptée par elles, les observations que j'ai adressées à chacun des Ambassadeurs et les déclarations faites au Parlement par le Gouvernement de la Reine, ainsi que la teneur de mes pleins pouvoirs, me défendaient d'accepter la discussion. Tous les Plénipotentiaires ont ensuite émis leur opinion et ont accepté ma décision conformément à l'usage admis dans les Conférences, en faisant observer qu'ils auraient soutenu la proposition du Plénipotentiaire Allemand si elle n'avait pas été écartée par le Président. Je regrette de ne pas pouvoir changer mon appréciation."

Le Plénipotentiaire Austro-Hongrois dit que son Gouvernement en l'autorisant à s'associer à la démarche de son collègue d'Allemagne sur la question sanitaire, a reconnu la compétence de la Conférence.

Le Comte Münster ayant contesté aujourd'hui l'interprétation du Comte Granville, il se range d'autant plus à l'opinion de son collègue d'Allemagne, et doit reconnaître expressément la compétence de la Conférence.

Le Plénipotentiaire de France déclare qu'il a également reçu l'instruction d'appuyer la démarche du Gouvernement Allemand et de se rallier à son avis en ce qui concerne la compétence de la Conférence. Il est d'avis que si la Conférence n'est pas apte, à défaut d'experts, de donner une solution immédiate à la question sanitaire, elle peut du moins rechercher les moyens d'arriver à son réglement.

Le Plénipotentiaire d'Italie appuie la demande de l'Ambassadeur d'Allemagne, et il rappelle de nouveau que le Gouvernement Italien a pris l'initiative de proposer une Conférence Sanitaire International qui se réunirait à Rome, et que cette proposition, acceptée par la plupart des Puissances, et avec certaines réserves par l'Angleterre, n'est pas abandonnée.

Le Président déclare qu'il persiste à croire que la question a été tranchée à la dernière réunion et qu'il se voit obligé de dire que les arguments dont s'est servi le Plénipotentiaire Allemand ouvriraient la porte à la discussion de toutes les questions, soit administratives, soit politiques, concernant l'Égypte.

Le Comte Münster réplique: "Je n'ai pas dit politiques, mais administratives."

Le Président fait observer qu'il n'y a presque aucune question politique ou administrative qu'on ne pourrait pas rattacher indirectement aux finances.

Nr. 8724. Konferenz-Staaten. 31. Juli 1884.

Sa Seigneurie lit alors le passage suivant de l'invitation de l'Angleterre aux Puissances au sujet de la Conférence: — || "Le Gouvernement de Sa Majesté est d'avis que pour faire face aux charges nécessaires à la paix et à la bonne administration du pays, et pour remplir les engagements déjà pris par le Trésor Égyptien, il y a lieu d'introduire quelque changement dans la Loi de Liquidation. || Le Gouvernement de Sa Majesté propose en conséquence qu'une Conférence se réunisse à Londres ou à Constantinople pour déterminer si un tel changement est nécessaire et quelle devrait en être la nature exacte."

Le Président continue en ces termes: "Je crois devoir persister dans mon opinion et dans la décision que j'ai prise comme Président, que les limites tracées dans le passage que je viens de lire ne doivent pas être franchies."

Le Comte Münster dit qu'en présence de la déclaration réitérée du Président il serait inutile d'insister plus longtemps en faveur de la proposition de son Gouvernement. Il tient cependant à constater que ses collègues ont appuyé sa motion.

Le Plénipotentiaire Russe dit qu'il a été également chargé de soutenir les vues de son collègue Allemand.

Le Plénipotentiaire Ottoman dit alors: — || "Je ne contesterai pas aux Gouvernements la faculté d'émettre leurs avis sur la question sanitaire en Egypte. Mais je ferai observer que si cette question est mise sur le tapis d'une Conférence convoquée uniquement dans un but financier, il y a d'autres questions, bien plus importantes se rapportant à l'Égypte, qui pourraient être soumises à notre examen. Dans le cas actuel je me rallie à l'avis du Président."

Le Président s'exprime en ces termes: — || "Je tiens à faire ressortir que c'est purement pour un motif de forme que j'ai tenu à écarter cette question de nos discussions. Je serais prêt à accueillir les propositions qui pourraient être faites et de les examiner, soit directement entre les Gouvernements, soit dans une autre Conférence."

Le Comte Münster réplique qu'il comprend que les objections du Président sont fondées uniquement sur des raisons de forme.

Le Président confirme cette interprétation.

Le Comte Münster entend également que le Comte Granville n'a pas d'objection à ce que les Puissances s'entendent sur la question sanitaire.

Le Président résume ses déclarations précédentes de la façon suivante: — || "J'ai déjà dit dans la dernière séance et je rèpète que je suis prêt en dehors de la Conférence de traiter avec le respect qui lui est dû, et avec la sollicitude que je consacre à toutes les propositions qui me sont faites par le Gouvernement Allemand, toute question que son Excellence pourrait avoir l'instruction de me soumettre. || Il ne m'est pas possible d'accepter dans la Conférence actuelle une discussion sur ce sujet. || Je serais prêt à prendre en considération la suggestion d'un échange de vues ou d'une Conférence qui se

réunirait à Berlin, à Rome, ou autre part, pour étudier la question sanitaire; mais je ne puis engager à l'avance mon opinion dans un sens ou dans l'autre." Nr. 8724. Konferenz-Staaten. 31. Juli 1884.

Nr. 8725. KONFERENZ-STAATEN. — Londoner Konferenz. Protokoll Nr. 7. Sitzung vom 2. August 1884. [B. III. 7.]

Présents:

Pour l'Allemagne — Son Excellence le Comte Münster. Nr. 8725. Konferenz-Staaten. 2. Aug. 1884.

Pour l'Autriche-Hongrie — Son Excellence le Comte Károlyi.

Pour la France — Son Excellence M. Waddington.

Pour la Grande-Bretagne — Son Excellence le Comte Granville. || Le Très Honorable M. Childers.

Pour l'Italie — Son Excellence le Comte Nigra.

Pour la Russie — Son Excellence le Baron de Staal.

Pour la Turquie — Son Excellence Musurus-Pacha.

MM. de Derenthal, le Baron Vetsera, Barrère, de Blignières, Sir E. Baring, MM. Baravelli, Hitrovo, Conseils Financiers des Plénipotentiaires Allemand, Austro-Hongrois, Français, Anglais, Italien et Russe, ainsi que Sir James Carmichael, Blum Pacha et Tigrane Pacha, assistent à la séance.

Le Président donne la parole au Plénipotentiaire Français.

M. Waddington s'exprime en ces termes: —

"Je suis chargé par mon Gouvernement de présenter à la Conférence certaines modifications à la dernière proposition du Gouvernement de Sa Majesté*). Les Plénipotentiaires ont déjà entre les mains le texte de ces modifications et ont pu se rendre compte de leur portée. Je me bornerai donc à fournir de courtes explications sur ce projet."

M. Waddington donne alors lecture du projet en question, qui est ainsi

---

*) Childers formulirte die englischen Vorschläge in der Sitzung vom 29. Juli folgendermaassen:

"1. L'Emprunt Sur-Privilégié sera fait sans garantie et les titres en serviront à payer les indemnités.

2. La seconde charge sera les intérêts des Emprunts Privilégiés, Unifiés et de Suez, et les déficits des Emprunts Domaniaux et du Daïra, moins $^1/_2$ pour cent pour chaque emprunt.

3. La troisième charge sera les frais de l'Administration fixés à £ E. 4,667,000, auxquels on ajoutera dépenses des chemins de fer jusqu'à concurrence de 45 pour cent des recettes, et en plus, les frais de l'Armée d'Occupation, £ E. 293,000, et la Moukabalah, £ E. 150,000.

4. La quatrième charge sera le $^1/_2$ pour cent déduit des intérêts; en tant que l'excédant le permettra après le paiement des trois premières charges.

5. L'excédant, s'il y en a, sur les quatre charges susmentionnées, sera partagé entre les fonds d'amortissement et le Gouvernement Égyptien.

6. Cet arrangement sera en vigueur pour trois ans." Anm. d. Red.

Nr. 8725. Konferenz-Staaten. 2. Aug. 1884.

conçu: — || "1. L'emprunt sera fait en titres de la Dette Privilégiée. || 2. La seconde charge du Budget sera les intérêts de la Dette Unifiée et de Suez, et les déficits des Domaines et de la Daïra. || 3. La troisième charge sera les frais de l'administration, fixés à £ E. 4 667 000, ajoutant aux dépenses des chemins de fer jusqu'à concurrence de 45 pour cent des recettes, et en plus, les frais de l'Armée d'Occupation, £ E. 293 000, et la Moukabalah, £ E. 150 000. || 4. L'excédant, s'il y en a sur les trois charges susmentionnées, sera à la disposition du Gouvernement Égyptien. Tout amortissement est suspendu pour une période des trois ans. || 5. Tout déficit sera porté à la connaissance de la Commission de la Dette, qui déterminera, de concert avec le Gouvernement Égyptien, les mesures à prendre pour le couvrir. || Si ces mesures comportent une réduction de l'intérêt de la dette, la Commission de la Dette ne pourra y donner son assentiment qu'à l'unanimité des voix. En cas de divergence d'avis sur ce point entre les membres de la Commission, la question sera portée devant les Puissances représentées à la Conférence. || 6. Le Gouvernement Anglais s'engagerait à faire faire une enquête complète avec toutes les garanties d'impartialité et de sincérité et avec le concours des Puissances et du Gouvernement Égyptien sur toutes les questions touchant à l'assiette et à la peréquation de l'Impôt Foncier, de manière à ce que les Puissances soient complètement éclairées sur la situation financière de l'Égypte. || La Conférence se réunirait de nouveau en temps utile pour statuer sur le Budget de 1888.

L'Article 1er diffère légèrement de l'Article correspondant de la proposition de M. Childers. Nous avons mis que l'emprunt serait fait en titres de la Dette Privilégiée et non pas Sur-Privilégiée. Je tiens à dire que nous n'attachons pas une importance capitale à ce changement, qui est purement de forme et d'ordre financier. Mes Conseils Financiers sont d'avis qu'il serait fâcheux de multiplier indéfiniment les catégories de la Dette Égyptienne. Tout nouvel emprunt ayant un privilège par rapport aux autres réduirait nécessairement dans une certaine mesure la valeur des titres antérieurement existants. Il nous a paru préférable d'écarter cet inconvenient. Nous avons également pensé que l'émission proposée par nous aurait l'avantage pour le Trésor Égyptien de simplifier sa tâche. Je vous soumets cette modification à titre d'avis, et, comme je l'ai déjà dit, nous n'avons pas l'intention d'en faire un des points essentiels de notre projet. || L'Article 2 est le même que dans le projet Anglais, sauf la retenue de $^1/_2$ pour cent sur l'intérêt de la dette. || L'Article 3 est exactement le même que dans le projet Anglais. || L'Article 4 stipule une suspension d'amortissement pour trois ans. La réserve qui en résulterait servirait de gage au nouvel emprunt; l'excédant appartiendrait au Gouvernement Égyptien. || L'Article 5 prévoit le cas où il y aurait un déficit et les mesures à prendre pour le couvrir. || Le Second Plénipotentiaire Anglais m'a demandé dans une séance précédente si la Commission de la Dette serait compétente pour décréter une réduction de l'intérêt des emprunts. J'ai ré-

Nr. 8725. Konferenz-Staaten. 2. Aug. 1884.

pondu négativement. Nous avons cependant cherché depuis si l'on ne pourrait pas trancher la difficulté en entourant cette réduction éventuelle d'une double garantie. L'Article 5 contient l'énoncé de ces garanties. || D'abord, pour qu'une réduction puisse être admise, il faudrait l'unanimité des voix de la Commission de la Dette. De plus, la question de la réduction de l'intérêt de la dette ayant été soumise à la Conférence elle-même, nos estimons que toutes les Puissances qui y sont représentées devront avoir un Délégué à la Commission de la Dette. Il nous semble qu'il y a là une question de droit et de convenance à l'égard des Puissances. || Si l'unanimité ne peut pas être atteinte au sein de la Commission, la question sera soumise aux Puissances elles-mêmes. Il y aurait ainsi en quelque sorte deux degrés de juridiction dans la procédure prévue par l'Article 5. || L'Article 6 a trait à l'enquête déjà acceptée par M. Childers. || Dans le second paragraphe de cet Article, pour nous rapprocher de la proposition du Gouvernement de Sa Majesté, nous prolongeons d'un an le délai que nous avions d'abord proposé de fixer à deux ans. || "Tel est, Messieurs, le projet qui je suis chargé de vous soumettre. || "Nous avons pensé qu'il présentait un terrain de conciliation. || "La garantie internationale, qui, aux yeux de mon Gouvernement, paraissait la meilleure solution, mais contre laquelle le Gouvernement de Sa Majesté s'est prononcé, est écartée. || Il y a donc eu d'une part abandon de la garantie de l'Angleterre par le Gouvernement de Sa Majesté, et d'autre part abandon de la garantie collective par la France. || En second lieu nous admettons pour la première fois une atteinte au principe absolu de la non-réduction de l'intérêt de la dette, et nous accepterions une réduction au cas où l'unanimité de la Commission de la Dette en reconnaîtrait la nécessité. || Nous établissons pour la décision de cette grave question deux degrés de juridiction, laissant aux Puissances elles-mêmes le soin de se prononcer en dernier ressort. Il semble au Gouvernement Français que par ce projet toutes les convenances internationales seraient sauvegardées, et que toutes les Puissances pourraient s'unir sur le terrain de conciliation qui leur est offert. Je suis, d'ailleurs, chargé par mon Gouvernement de déclarer que cette proposition constitue la dernière limite des concessions que nous pouvons faire. Nous désirons vivement un accord, mais nous ne saurions aller plus loin. || J'espère que M. le Président voudra bien prendre ce projet en très sérieuse considération."

Le Président fait la déclaration suivante: — || "Grâce à la courtoisie de M. Waddington, nous avons été ce matin en mesure de prendre rapidement connaissance de la proposition que son Excellence vient de nous faire. Nous entendons que c'est la proposition finale du Plénipotentiaire Français; aussi l'avons nous examinée avec le plus grand soin. || Elle diffère sous deux rapports principaux de notre dernière proposition. D'abord, elle statue que le nouvel emprunt serait fait en titres de la Dette Privilégiée au lieu de la Dette Sur-Privilégiée, et ensuite que tout l'intérêt de la dette existante aurait priorité sur les frais nécessaires à l'administration, sur le montant desquels

Nr. 8725. Konferenz-Staaten. 2. Aug. 1884.

les Plénipotentiaires Anglais et Français sont d'accord. Si, le paiement de l'intérêt de la dette une fois effectué, il reste une somme insuffisante pour pourvoir aux frais d'administration, les Commissaires de la Caisse devraient décider des moyens d'y faire face; mais ils n'auraient pas la faculté de réduire l'intérêt, à moins d'un vote unanime, et, à défaut de ce vote, de l'approbation des Puissances, dont l'accord n'est pas probable si leurs Commissaires n'ont pu s'entendre. || La première modification de notre proposition, tendant à ce que le nouvel emprunt soit émis en titres privilégiés, entraînerait une certaine augmentation d'intérêt. Mais on pourrait peut-être s'entendre sur ce point. || Nos objections à l'autre proposition sont insurmontables. Il est vrai que le Plénipotentiaire Français admet pour la première fois la possibilité de traiter de la réduction l'intérêt; mais en pratique il ne fait pas de concession quant à l'application de ce principe. Selon l'évaluation sur laquelle notre proposition originaire était basée, le déficit normal des recettes de l'Égypte destinées à faire face aux frais d'administration absolutement nécessaires aux intérêts de la dette existante avec suspension des fonds d'amortissement, et à la charge pour le nouvel emprunt garanti, sera de £ E. 300000 à £ E. 400000 par an. Si on substituait à l'emprunt garanti une émission de titres privilégiés additionnels produisant la même somme, le déficit normal selon nous approchera de £ E. 500000 par an. On nous invite cependant à accepter un plan qui, d'après notre jugement, produira normalement ce résultat, et de laisser à la Commission de la Caisse la décision sur les moyens par lesquelles chaque année ce déficit devra être comblé. Le remède à cet état de choses que fournirait seule une réduction d'intérêt est exclu de fait, à moins qu'après des retards indéfinis les Représentants des Puissances ne l'admettent à l'unanimité. || Nous ne pouvons accepter ce qui, selon notre jugement, serait un acte d'imprévoyance financière des plus graves. Nous ne croyons pas non plus qu'on puisse confier des pouvoirs aussi étendus à la Commission de la Caisse. Nous avons déjà proposé dans l'accord Anglo-Français de donner à ce corps des pouvoirs de répression et d'investigation aussi étendus qu'il est possible de les justifier. Mais la proposition actuelle est radicalement différente. Les pouvoirs additionnels proposés par le Plénipotentiaire Français donneraient, selon notre jugement, aux Commissaires de la Caisse la prépondérance sur le Gouvernement et les affaires de l'Égypte, et nous ne pourrions en aucun cas y consentir. || Nous sommes donc obligés à notre grand regret de déclarer que nous n'avons pas pu trouver dans cette Conférence une base satisfaisante pour l'arrangement du régime financier de l'Égypte."

M. Waddington prie le Président de vouloir bien demander aux Plénipotentiaires s'ils ont quelques observations à faire sur ce projet.

Le Comte Münster exprime son regret que la Conférence n'ait pas réussi comme on l'aurait désiré, et ajoute qu'il eût été heureux d'en faciliter le succès si cela avait été possible.

Le Comte Károlyi s'exprime dans le même sens.

Nr. 8725. Konferenz-Staaten. 2. Aug. 1884.

Le Comte Nigra demande si le Président a renoncé à l'espoir d'une solution et si le Gouvernement Anglais serait disposé à réunir de nouveau la Conférence ultérieurement.

Le Président répond que si on désirait un ajournement, au lieu d'une clôture absolue, il n'y verrait pas d'objection; mais il met en doute l'utilité de cet ajournement, à moins qu'une proposition satisfaisante soit mise en avant.

M. Waddington dit que pour répondre à l'ouverture fait par Lord Granville il propose l'ajournement de la Conférence au 20 Octobre, date probable de la réunion des Parlements Anglais et Français. Il ajoute que dans le réglement d'une matière aussi grave, et d'où dépend l'avenir d'un pays auquel toutes les Puissances s'intéressent, la clôture de la Conférence serait fort regrettable. || D'ici au terme indiqué l'opinion se calmerait sans doute des deux côtés de la Manche, quelque nouvelle combinaison pourrait se faire jour. Il fait ressortir que fermer la porte à toute chance de solution serait chose bien grave, et il demande avec instance que M. le Président prenne en sérieuse considération la suggestion d'ajournement au 20 Octobre.

Le Président répète qu'il n'élève pas d'objection contre un ajournement au lieu d'une clôture finale. Il croit savoir qu'il y a plusieurs Conferences qui sont depuis longtemps en état d'ajournement, et dont la clôture finale n'a jamais été prononcée. Mais, en raison de la situation financière de l'Égypte, il ne pourrait consentir à subordonner à la date d'une réunion ultérieure de la Conférence les mesures à prendre dans ce pays.

Les Plénipotentiaires Français et Italiens demandent si le Président propose un ajournement indéfini.

Sur la réponse affirmative du Président, M. Waddington exprime le désir de savoir quel serait l'inconvenient d'un ajournement au 20 Octobre.

Le Président répond que la fixation d'une date donnerait lieu à de fausses interprétations. Il continue en ces termes: "Je ne vois rien dans la proposition faite aujourd'hui par M. Waddington qui laisse entrevoir de la part du Gouvernement Français des dispositions favorables à une entente avec nous, contrairement à ce que je croyais pouvoir attendre. Nous sommes allés dans nos propositions jusqu'aux limites extrêmes de la conciliation, et j'avais été amené à espérer qu'elles seraient agréées. Fixer une date de réunion nous lierait les mains, tandis que l'ajournement de la Conférence sine die nous rend l'entière liberté de faire ce que nous croyons le mieux pour le bien de l'Égypte."

Le Plénipotentiaire d'Italie fait la déclaration suivante: — || "La Conférence n'ayant pas abouti, je suppose que tous les projets qui ont été présentés, et qui n'ont pas été acceptés, tombent également. En tout cas je tiens à déclarer que j'entends réserver, dans l'hypothèse de négociation ou de Conférene future sur la question, qui se produiront probablement dans des conditions nouvelles qu'on ne peut pas prévoir en ce moment, une entière liberté d'action pour mon Gouvernement, qui, par conséquent, ne se considère pas

Nr. 8725. Konferenz-Staaten. 2. Aug. 1884.

comme lié pour l'avenir par les opinions que j'ai exprimées en son nom, dans les circonstances présentes."

M. Waddington dit:— || "Je demande au Président de vouloir bien soumettre ma proposition au vote de mes collègues."

Le Président répond qu'il a conclu des paroles des Plénipotentiaires Allemand et Autrichien qu'ils ne croyaient pas opportun de se prononcer, et qu'ils avaient cru devoir simplement exprimer leurs regrets sur la non-réussite de la Conférence.

M. Waddington réplique en faisant au Président la demande formelle de mettre au vote sa proposition sur la date de l'ajournement.

Le Comte Münster dit que son Gonvernement n'aurait pas d'objection contre l'acceptation de cette date, si tous les Gouvernements étaient du même avis, et que dans ce cas il devrait même appuyer la motion de M. Waddington.

Le Plénipotentiaire Austro-Hongrois s'associe aux déclarations de son collègue d'Allemagne.

Les Plénipotentiaires Italien, Russe et Ottoman déclarent qu'ils soutiennent la proposition de M. Waddington au cas où toutes les Puissances sont du même avis.

Le Président répète qu'il ne peut pas consentir à l'ajournement à date fixe. On pourrait proposer ultérieurement une date au moyen d'un échange de vues de Puissance à Puissance.

Interrogé par le Comte Münster, le Président déclare qu'il ne peut consentir à déterminer une date. "Mon refus," dit-il, "porte sur la fixation d'un terme. Il est entendu que si la Conférence est ajournée on pourra la convoquer de nouveau à la suite d'un échange de vues entre les Gouvernements. Si nous l'ajournons à une date fixe, nous donnerions lieu à de fausses interprétations et notre liberté d'action s'en trouverait restreinte."

Le Plénipotentiaire de Russie rappelle la proposition qu'il a formulée dans la dernière séance relativement à la composition de la Commission de la Dette, proposition qui n'a pas encore reçu de réponse.

Le Président dit qu'après que l'ajournement a été décidé, il ne saurait accepter la réouverture de la discussion.

M. Waddington demande à saisir la Conférence d'une proposition pour le réglement des indemnités.

Le Président répond que la Conférence n'étant arrivée à aucun résultat il regrette de ne pouvoir donner suite à cette demande.

M. Waddington réplique qu'on pourrait trancher cette question isolément

Le Président se voit forcé de déclarer que son Gouvernement ne peut traiter cette question. Il rappelle qu'elle a été soulevée dans une séance précédente, et qu'il avait alors déclaré que le Gouvernement Anglais n'était pas disposé à la séparer des autres questions concernant les finances de l'Égypte.

M. Waddington dit qu'il soumet son projet formellement à la Conférence.

Le Président, se levant de son siège: "Après que nous sommes tombés d'accord pour ajourner la Conférence nous ne sommes plus en mesure de discuter cette question." Nr. 8725. Konferenz-Staaten. 2. Aug. 1884.

M. Waddington déclare qu'il y a dans le prompt réglement des indemnités une question d'humanité qui s'impose.

Le Comte Granville réplique que c'est aussi une question éminemment financière.

M. Waddington dit:

"Puisque M. le Président refuse de laisser discuter ma proposition, je suis obligé de protester. Je répète qu'il s'agit ici d'une question d'humanité à laquelle nous nous intéressons tous, et que l'on peut sans difficulté la séparer de la question générale."

Le Président réplique:

"Je pourrais facilement répondre aux arguments du Plénipotentiaire Français, si toute discussion n'était pas close désormais. Nous avons déjà déclaré que nous ne pouvions traiter ce point isolément et sans arriver à une entente sur la question générale."

M. Waddington déclare que dans ces circonstances il se borne à déposer son projet sur la table de la Conférence (voir Annexe).

Sur une question du Comte Münster, le Comte Granville annonce que la Conférence est ajournée sine die.

(Signé) Münster. Károlyi. Waddington. Granville. Hugh C. E. Childers. Nigra. Staal. Musurus.

Nr. 8726. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an die Vertreter Englands bei den Grossmächten. — England hat Aegypten die vorläufige Suspendirung der Amortisation und Verwendung der dadurch verfügbaren Mittel zu Verwaltungsbedürfnissen anempfohlen. [B. IV. 10.]

Foreign Office, September 19, 1884.

Sir, — Her Majesty's Government have received, by telegraph, a Report from the Earl of Northbrook, dated the 13th instant, relative to the immediate and pressing necessities of the Egyptian Government. From this Report it would appear, that the deficiency in the funds at the disposal of the Egyptian Government to meet current expenses and the payment of the tribute to the Sultan is not less than 200,000 l. The deficit on current account for the ensuing month is estimated at 32,000 l. at the least, and there is in addition a floating debt of 1,500,000 l., for which provision must be made before the beginning of November. || To meet the immediate necessities of the Nr. 8726. Grossbritannien. 19. Sept. 1884.

Nr. 8726. Grossbritannien. 19. Sept. 1884.

moment, the Egyptian Government consider that it will be expedient to make use of the surplus which would accrue from the payment of the assigned revenues to the "Caisse de la Dette Publique" by the end of their financial year on the 25 th October, which is estimated at about 230,000 l. They propose, when sufficient funds have accumulated in the hands of the Commissioners of the "Caisse" for the payment of the contribution to the Privileged Debt, and of the interest of the Unified Debt, to direct the several Administrations to pay the assigned revenues into the General Treasury up to the 25th October, from which date payments to the "Caisse" would be resumed. The surplus of the assigned revenues ordinarily applicable to the sinking funds of the debts would thus be diverted to the purpose of meeting current expenditure. || The Egyptian Government ask the support of Her Majesty's Government to this course, which the Earl of Northbrook likewise recommends as one of absolute necessity, whatever arrangements may afterwards be decided on. || Considering the pressing necessities of the Egyptian Government, and in view of the fact that the Representatives of the Powers at the Conference held in London recognized that it would be indispensable to suspend the sinking funds on the various loans in order to regulate the present position of the finances of Egypt, and seeing, moreover, that the payment in full of the next coupon is assured, Her Majesty's Government have seen no sufficient reason for objecting to this step, the provisional character of which is explained in Lord Northbrook's Report. || I have to request your Excellency to express to the Government to which you are accredited the hope of Her Majesty's Government, that they concur with them as to the urgency of the measure which has been provisionally adopted by the Egyptian Government. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8727. AEGYPTEN. — Die Schuldenkommissare an den ägypt. Ministerpräsidenten und Min. des Ausw. (Nubar-Pascha). — Protest gegen die Maassregel der ägyptischen Regierung. [B. IV. 12.]

Le Caire, le 19 Septembre, 1884.

Nr. 8727. Aegypten. 19. Sept. 1884.

M. le Président, — La lettre du 18 Septembre courant signée par son Excellence le Ministre des Finances que vous nous avez remise hier en personne, nous communique la décision du Gouvernement de faire verser dès ce jour dans la Caisse du Ministère des Finances jusqu'au 15 et 25 Octobre tous les revenus affectés à la Caisse de la Dette en sus de ceux nécessaires au complément des annuités. || Contre la force majeure de cet acte qui constitue une violation de la Loi de Liquidation, nous devons protester formellement, en vertu des intérêts que nous représentons, et nous déclarons à votre Excellence réserver tous nos droits. || Veuillez, &c. Les Commissaires Directeurs.

Vetsera.

Moncy.

Nr. 8728. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin (Scott) an den engl. Min. des Ausw. — Stellung der deutschen Regierung zu der ägyptischen Maassregel. [B. IV. 34.]

(Extract.) (Received September 29.) Berlin, September 24, 1884.

Nr. 8728. Grossbritannien. 24. Sept. 1884.

With reference to my despatch of the 20th instant, I have the honour to inclose copy of the Memorandum, which I handed to Count Hatzfeld, embodying the substance of your Lordship's telegram of the 19th instant. I explained to Dr. Busch to-day, that in communicating the substance of Lord Northbrook's Report on the provisional measure adopted by the Epyptian Government, Her Majesty's Government, as I understood, simply desired to explain the reasons which had led them to offer no opposition to the measure, and to express a hope that the Imperial Government would agree with them as to its urgency. || Dr. Busch said, that my communication had been understood in this sense, that the official communication of the measure in question had been made direct to the German Government by the Egyptian Government, and would be replied to in the same manner. || His Excellency said, that he understood that Count Hatzfeldt had told me, as his personal opinion, in what light the serious step taken by the Egyptian Government was regarded here. It was not a question of the opportuneness or necessity of the measure itself, in favour of which no doubt much might be urged, it was the mode in which it had been taken. || The Egyptian Government could not be allowed to violate, on its own authority, an act based on solemn international agreement, without having previously consulted and obtained the consent of all the Powers parties to that agreement. If suffered to pass without protest, this act might have equally justified the Egyptian Government in setting aside, on its own authority, the Capitulations, or, in fact, any of the engagements by which the rights and interests of European Powers were guaranteed. || A declaration of bankruptcy might have entailed a greater financial calamity, but would not have been so dangerous a precedent. || From his Excellency's remarks I inferred, that the reply which the German Representative would be instructed to make at Cairo could be a protest, either separately or in collective action with his Austrian, French and, perhaps, Russian colleagues. || I ventured to repeat what I had said to Count Hatzfeldt, that the question of a temporary suspension of the sinking funds of the various loans had been before the Conference at London, and that both the English and French Plenipotentiaries had declared in Conference without protest from any of the other Delegates, that they had come to an agreement that such a measure was indispensable under existing circumstanstances. To this Dr. Busch replied, that this admission was unterstood to be conditional on the Conference coming to an agreement on the question whether, and in what way, the Law of Liquidation should be altered, and lost its force when the Conference separated

Nr. 8728. Grossbritannien. 24. Sept. 1884.

without coming to any such agreement. It could not now be made use of as an argument to justify the Egyptian Government in altering an essential part of the Law in question, without the consent of all the Powers interested.

Nr. 8729. FRANKREICH. — Generalkonsul in Kairo (Barrère) an den ägyptischen Min. des Ausw. (Nubar-Pascha). — Protest gegen die Verletzung des Liquidationsgesetzes*). [B. IV. 25.]

Le Caire, le 25 Septembre, 1884.

Nr. 8729. Frankreich. 25. Sept. 1884.

M. le Ministre, — Le "Moniteur Égyptien" du 18 Septembre a publié une lettre signée Moustapha-Pasha Fehmy et adressée aux Commissaires de la Dette, portant qu'à la suite d'une décision du Conseil des Ministres "les Moudirs des Provinces affectées, M. le Directeur-Général de la Douane, MM. les Administrateurs des Chemins de Fer, des Télégraphes et du Port d'Alexandrie, seraient invités à verser au Ministère des Finances: les premiers jusqu'au 25 Octobre et les derniers jusqu'au 15 du même mois, les sommes qui rentreraient en sus de celles nécessaires au complément de l'annuité de la Dette Privilégiée et de l'intérêt sur la Dette Unifiée, c'est-à-dire les sommes destinées au rachat de cette dette. || Une telle mesure constitue une violation formelle et caractérisée de la Loi de Liquidation du 17 Juillet, 1880. Or cette Loi — votre Excellence ne peut l'ignorer — est revêtu de l'assentiment des Puissances; elle ne saurait être modifiée qu'avec le consentement des parties contractantes, et la décision publié par le "Moniteur" du 18 Septembre emprunte à cette circonstance une gravité particulière. || J'ai reçu l'ordre de mon Gouvernement de réserver tous les droits des créanciers et de protester formellement contre cette mesure; je déclare en son nom la considérer comme nulle et non avenue et je tiens le Gouvernement de Son Altesse le Khédive pour responsable des conséquences qui porraient en résulter. || Veuillez, &c.

Camille Barrère.

---

*) Der deutsche, österreichische und russische Generalkonsul überreichen gleichlautende Proteste; der italienische Generalkonsul protestirt in weniger schroffer Form. Der Schlusssatz des italienischen Protestes lautet:

J'ai reçu de mon Gouvernement l'ordre de réserver à ce sujet tous les droits par la présente protestation, dont je prie votre Excellence de vouloir bien prendre acte.

Nr. 8730. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Wien. — Rechtfertigung der Maassregel der ägyptischen Regierung*). [B. IV. 39.]

Foreign Office, September 29, 1884.

Nr. 8730. Grossbritannien. 29. Sept. 1884.

Sir, — I have received and laid before the Queen your Eycellency's despatch of the 20th instant, reporting your conversation with Count Kálnoky as to the temporary suspension by the Egyptian Government of the payments to the Caisse de la Dette Publique from the revenues of the assigned provinces. || Her Majesty's Government have read with regret your Excellency's account of Count Kálnoky's criticisms on the step taken by the Egyptian Government, and on the considerations which you were instructed to place before his Excellency in regard to it. || They understand Count Kálnoky to take objection rather to the manner of action than to the measure itself. As regards the latter point, indeed, they do not see, that there are just grounds for serious complaint, nor has it been suggested what practicable alternative lay open to the Egyptian Government. It cannot be denied, that the position is one of grave emergency. It is admitted on all sides, that the first duty of the Khedive and his Ministers in the interests of the country, and equally of its creditors, is to provide for the necessary expenses of administration. A suspension of the sinking fund on the loans was accepted by France, and tacitly acquiesced in by all the Governments represented at the recent Conference as a necessary element of the several schemes for the restoration of the financial equilibrium, and it is to be observed that, while such a suspension doubtless departs from the strict letter of the angagement, the inconvenience of that departure falls in great measure on the Government and the country indebted, as entailing a postponement of the time when they will be freed from the burden of debt. || With regard to the observations made by Count Kálnoky as to the payment of the tribute to the Sultan, which forms only a portion of the charges to be met, it must not be forgotten that a suspension of these payments would be a contravention of the Firman under which the Khedive holds his authority, and that an infringement of the conditions laid down in that instrument might entail complications far more detrimental to Egypt, and to the interests of her creditors, than a temporary cessation of the sinking fund for redemption of debt. || As regards the question of form, it is right to bear in mind the necessity for immediate action. To have obtained the previous consent of all the Powers parties to the Law of Liquidation, or even of the Great Powers, would have entailed much delay. It was not to be expected that all would have given a prompt and ready assent. Count Kálnoky himself gives no assurance as to what other Powers would have done had they

*) Durch Circular vom 1. October 1884 wurde diese Depesche allen englischen Legationen bei den am Liquidationsgesetz interessirten Mächten als Richtschnur bei etwaigen Besprechungen mitgetheilt. Anm. d. Red.

Nr. 8730. Grossbritannien. 29. Sept. 1884.

been consulted. This he could not be called upon to do; but he does not even say, that Austria would, if previously approached, have given her consent, but that if all the other Powers hat agreed he would not himself have been inclined to raise a difficulty. In the meanwhile some action would have become necessary, and to have resorted to the course proposed in the face of objections and hesitations would have been more offensive to the objecting Powers than the mode of procedure actually adopted. || Her Majesty's Government have always been willing and anxious to recognize the interest of Austria-Hungary and of the other Powers in Egypt. They have given proof of that desire on numerous occasions during the recent course of events; but while they recognize the existence of rights, they feel sure that his Excellency will acknowledge that such rights are not separable from obligations with regard to the welfare of that country, and in the peculiar position in which circumstances have placed Great Britain towards Egypt, and in view of the sacrifices and responsibilities which this country has incurred, they think they have some title to expect of the Austro-Hungarian Government, as that of an allied and friendly Power whose objects are in consonance with their own, to assist them in their efforts to place Egypt in a sound political and financial condition. || They trust, that on these grounds Count Kálnoky may find it possible to instruct the Austro-Hungarian Representative in Egypt to give his assistance to Lord Northbrook and Sir E. Baring in the difficult circumstances in which they are called upon to advise the Khedive and the Egyptian Government. || I am, &c. Granville.

Nr. 8731. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Die deutsche Regierung beharrt auf ihrem ablehnenden Standpunkt. [B. IV. 52.]

(Extract.) (Received October 6.) Berlin, October 4, 1884,

Nr. 8731. Grossbritannien. 4. Oct. 1884.

I showed Dr. Busch to-day, confidentially, the Memorandum on the present financial situation in Egypt, to which frequent reference was made in the extract from Lord Northbrook's Report, which I was instructed to communicate to the German Government. || His Excellency read it with attention, and thanked me for allowing him to see it, admitting that the figures contained in it seemed fully to substantiate Lord Northbrook's review of the present financial position of the Egyptian Government. "But," added his Excellency, "all this is quite beside the real and main question on which we unfortunately appear to differ." || It was absolutely necessary, that the Egyptian Government should be restrained from creating so dangerous a precedent, or that an instrument secured by a solemn international agreement should in regard to one of its essential provisions be set aside by the unilateral action of one only of the Governments parties to it. || I took this opportunity of urging all the arguments used in

your Lordship's despatsch to Sir A. Paget of the 28th September, inclosed for my information and guidance in your Lordship's despatch of the 1st instant. || Dr. Busch, however, still maintained that none of these arguments appeared to him to touch the main point of the question; namely, the danger of the precedent which had been created, a danger not confined to Egypt alone, but affecting the whole question of the peace of the East, which was secured by similar international instruments, and he repeated to me his previous contention (reported in my despatch of the 24th ultimo), that any admissions made in the Conference at London could not be made use of to justify the Egyptian Government in assuming the consent of the Powers to a suspension of the payment of the assigned revenues to the Caisse of the Public Debt, as that Conference had notoriously separated without coming to any agreement whatever in regard to an alteration of the Law of Liquidation. || I then said, that admitting that the protesting Powers were justified in taking every step in their power to safeguard their own rights and those of the bondholders, and to prevent the possibility of the present act of the Egyptian Government serving in the future as a precedent for setting aside other international engagements, I trusted, that the action which they contemplated would not go further, and that Her Majesty's Government might count on allied and friendly Powers, whose objects were in consonance with their own, to assist, and not to thwart them in their efforts to place Egypt in a sound political and financial condition, and to raise no unnecessary difficulties in the way of measures which might seem requisite, in order to escape from the most pressing difficulties of the moment. || In conclusion, I reminded his Excellency that I had been instructed to inform him that Lord Northbrook's Report on the general financial situation in Egypt was expected early in November, and I added, as a purely personal opinion, that it might be premature to draw any conclusions until such further information had been acquired.

Nr. 8731. Grossbritannien. 4. Oct. 1884.

Nr. 8732. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris (Lyons). — Anknüpfung neuer Verhandlungen. [B. V. 5.]

Foreign Office, November 17, 1884,

My Lord, — In the course of conversation with the French Ambassador this afternoon, I remarked that his Excellency had asked me some days ago whether Her Majesty's Government were going to make any proposals with regard to Egyptian finance. || M. Waddington said that the inquiry had been merely personal to himself. || I said that he had also expressed a hope that we might come to some agreement on the subject, and I added that, as he was aware, we had given proofs before the Conference of being desirous of an arrangement with the French Government, and even of a preliminary arrange-

Nr. 8732. Grossbritannien. 17. Nov. 1884.

Nr. 8732. Grossbritannien. 17. Nov. 1884.

ment with France alone, previous to laying proposals before the other Powers. || But the ultimatum presented by his Excellency at the Conference, and the manner in which the French Government had received our last proposal, was not encouraging for us to recommence the attempt at such an understanding. || M. Waddington said, that he had no instructions from his Government on the subject. || I said I should be glad to learn whether the French Government continued within the same limits and within the same views, or wether we could approach them with a better prospect of success, to do which would be very agreeable to us. || I am, &c. Granville.

Nr. 8733. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an denselben. — Frankreich wünscht nicht, sich über die engl. Vorschläge im voraus zu verständigen. [B. V. 7.]

Nr. 8733. Grossbritannien. 21. Nov. 1884.

Foreign Office, November 21, 1884.

My Lord, — The French Ambassador called this afternoon and gave me an answer to the question which I had put to him on the 17th instant, as to whether his Government would be disposed to enter into preliminary and confidential discussions on the arrangements to be adopted for the settlement of Egyptian finance. || M. Waddington said, that because it was not a political but only a financial question, the French Government dit not wish to come to any preliminary agreement with Her Majesty's Government on the subject, and preferred that our proposals should be communicated to them at the same time as to other Governments. || I am &c. Granville.

Nr. 8734. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an die engl. Vertreter in Paris, Berlin, Wien, Rom, St.-Petersburg und Konstantinopel. — Vorschläge zur Ordnung der ägyptischen Finanzen. [B. V. 11.]

Nr. 8734. Grossbritannien. 24. Nov. 1884.

My Lord. Foreign Office, November 24, 1884.

Sir, — I transmit to your Excellency herewith a Memorandum containing the proposals for the settlement of the finances of Egypt, which Her Majesty's Government desire to lay before the Governments of the Great Powers and the Porte for their consideration and concurrence. || Your Excellency will not, however, take any action in regard to the matter until you receive instructions by telegraph*). || I am, &c. Granville.

---

*) Diese Anweisung erfolgte durch Telegramm vom 28. November 1884 mit dem folgenden Zusatze [B. V. 14.]:

You will at the same time address a note to his Excellency, stating that the Me-

Memorandum.

Nr. 8734. Gross-britannien. 24. Nov. 1884.

Sufficient 3½ per Cent. stock, guaranteed by Her Majesty's Government to be issued to provide for the floating debt, irrigation, &c., the liquidation assets going in aid. We assume, that the net amount of stock will not exceed 5,000,000 l. || 2. The indemnities to be paid in Privileged stock, 110 l. stock for 100 l. cash. || 3. The interest on the new loan to be first charge on the Egyptian revenues. || 4. The Daïra and Domains revenues to be paid to the Bank of England, and the interest on the new loan to be primarily deducted from them; the balance to go to the Egyptian Government. || 5. The administration of the Daïra and Domains lands to be in the hands of the Egyptian Government, under the control of the English Government. The loans for which the lands are security to be treated as follows: — || (1.) The Domain Loan to be added to the Privileged stock. || (2.) The Daïra Loan to be added to the Unified stock.

6. The proceeds of sales of the Daïra and Domains lands intended to be made to the fellaheen as far as possible to form a sinking fund applicable in the first place to the new loan. When all the loan is paid off the further proceeds of these sales to be applied to pay off other stock. All the sinking funds of the existing debt to be suspended. || 7. The second charge on the Egyptian revenues to be the interest on all the existing debts, less ½ per cent. in the case of the Unified (and Daïra) stock, and of the Suez Loan. || 8. The third charge to be the administration expenses, including the Moukabala, 150,000 l. These were defined at the Conference as 4,817,000 l., subject to a pro rata modification as the railway receipts augmented. To this must be added 11,000 l., the net cost of the changes recommended by Lord Northbrook, and a sum of 120,000 l. for the English Army of Occupation. The total charge for administration will thus be 4,948,000 l., which must not be exceeded (except on account of railway expenditure as explained above) without the consent of the English Government, so long as the English occupation lasts. || 9. The fourth charge to be the deductions, laid down in paragraph 7, from the interest of the loans, and any charge for the Army of Occupation beyond the 120,000 l. But the total charge for that army must not exceed 293,000 l. || 10. If there should not be sufficient balance to provide the fourth charge, rateable deductions to be made from each of its constituent parts. || 11. If there should be a surplus after paying the fourth charge, any deficit in former years on the interest of the various loans to be the first charge on such surplus, and any balance to be equally divided between a sinking fund

---

morandum contains the proposals which Her Majesty's Government recommend, after careful consideration of the interests of all the parties concerned, and that they trust that it will be favourably received by the Government to which you are accredited.

Anm. d. Red.

Nr. 8734. Grossbritannien. 24. Nov. 1884.

and the Egyptian Government. || 12. The administrative and fiscal changes recommended by Lord Nortbrook to be introduced, namely: — || (a.) The extension to foreigners equally with natives of future laws relating to certain subjects of taxation which may be passed by the Egyptian Government. || (b.) Some minor fiscal changes not affecting the general balance. || 13. The Egyptian Government to be empowered to borrow on current account, for an emergency, within the limit of 1,000,000 l. instead of 2,000,000 l. as now; but until the Guaranteed Loan is paid off, only with the consent of the English Government. || 14. The Law of Liquidation to be modified so as to meet the foregoing proposals, and so as to give the Egyptian Government greater fiscal power over the assigned provinces and Administrations, including powers to modify the administration of the railways. || 15. The provisions above as to the Guaranteed Loan, the indemnities, the suspension of sinking funds and the deductions from the various interests and from the charge for the Army of Occupation to commence from the 1 st January, 1885, but the Guaranteed Loan to be applied to make good any deficiency in the first three charges on the net revenue during 1885, as well as the deficit for the year 1884.

Nr. 8735. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botschafter in Berlin (Malet). — Dringt auf Beantwortung der engl. Vorschläge.*) [B. V. 33.]

Foreign Office, December 10, 1884.

Nr. 8735. Grossbritannien. 10. Dec. 1884.

Sir, — In a conversation which I had to-day with Count Münster on other matters, I alluded to the pressing character of the question of the Egyptian finances. || I said, that Her Majesty's Government had framed a scheme which they believed would meet the case, as far as Egypt was concerned, and that it was one which they could recommend to Parliament, with a reasonable hope of its being sanctioned. || I informed his Excellency, that Her Majesty's Government acknowledged the interest of Europe in the matter, but that that

*) In ähnlichen Sinne spricht sich der Minister dem französischen und dem österreichischen Vertreter gegenüber aus. In dem Bericht über die Unterredung mit dem französischen Botschafter vom 8. December heisst es [B. V. 27]:

I said, that Her Majesty's Government not only hoped for a favourable answer, but also trusted to receive it at an early date, as further delay would only add to the difficulty of the situation. I expressed a strong hope, that Her Majesty's Government would not find a hostile attitude assumed by France.

Ueber die Verhandlung mit dem österreichischen Geschäftsträger berichtet Granville unter dem 12. December [B. V. 42]:

M. Hengelmüller replied, that the wish of his Government was to act with the other Powers. || I observed, that the misfortune seemed to be that all the Powers were waiting for the opinion of others, and that none, including France and Germany, appeared willing to take the initiative.

interest was based upon the prosperity of Egypt, which depended on a prompt solution of the question of the indemnities and the re-establishment of the solvency of the country. || I stated, that the English proposals, which were sufficient now, would be insufficient in the event of further delay, and that Her Majesty's Government therefore hoped not only for a favourable reply, but that they would receive it at an early date. || I am, &c. Granville.

Nr. 8735. Grossbritannien. 10. Dec. 1884.

Nr. 8736. DEUTSCHLAND. — Generalkonsul in Kairo (Derenthall) an den ägypt. Ministerpräsidenten. — Verlangt Aufnahme eines deutschen Mitgliedes in die Schuldenkommission. [B. V. 39.]

Le Caire, le 11 Décembre, 1884.

M. le Ministre, — La Commission de la Dette Publique Égyptienne instituée par Décret de Son Altesse le Khédive en date du 2 Mai 1876,*) était composée, comme elle l'est encore actuellement, des Délégués de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande-Bretagne et de l'Italie. Le Gouvernement Impérial d'Allemagne, ainsi que celui de Russie, n'a pas jugé nécessaire alors de s'y faire représenter, s'en remettant pour la défense des intérêts de ses nationaux détenteurs de fonds Égyptiens aux susdits Représentants des Puissances plus considérablement intéressées. Mais jamais l'Allemagne ne s'est désistée en principe de son droit incontestable à une participation directe dans ce contrôle international au moment où elle jugerait nécessaire de faire valoir ce droit. Au contraire, le Cabinet Impérial a constamment pris une part directe à toutes les négociations qui ont eu pour but l'arrangement de la question financière Égyptienne et, dans cet ordre d'idées, n'a jamais refusé ses bons offices au Gouvernement de Son Altesse le Khédive. || Aujourd'hui la question de fait s'est considérablement modifiée, et la Commission de la Caisse de la Dette Publique a acquis par la force des choses une importance bien autrement grande que celle qu'elle avait à ses débuts. || D'un autre côté la mesure arbitraire, par laquelle on a cru pouvoir disposer des revenus affectés au service de la Dette Publique, au détriment des créanciers étrangers, ainsi que les faits qui en ont été la conséquence, ont prouvé que les droits et les intérêts des créanciers pourraient facilement être compromis sans trouver dans la composition actuelle de la Commission Internationale des garanties suffisantes. || En présence de ces faits le Gouvernement Impérial ne croit plus possible de s'en remettre, par une abstention volontaire, à d'autres, du soin de la défense, au sein de la Commission de la Dette Publique Égyptienne, des droits et des inté-

Nr. 8736. Deutschland. 11. Dec. 1884.

*) Siehe Staatsarchiv Bd. XL Nr. 7724.

**) Eine identische Note wurde vom russischen Generalkonsul übergeben. Die österreichische und die französische Regierung unterstützten durch Noten vom 11. December [B. V. 40 u. 41] das Verlangen der beiden Mächte. Anm. d. Red.

Nr. 8736. Deutschland. 11. Dec. 1884.

rêts de ses nationaux, et désire y être représenté directement. || L'importance actuellement acquise à la susdite Commission ne permet pas au Gouvernement Impérial de s'abstenir plus longtemps d'une participation directe à une surveillance internationale, exercée par toutes les autres Grandes Puissances co-Signataires des Traités existants, à l'exception de l'Allemagne et de la Russie. || En conséquence, et en suite d'un échange préalable de vues entre le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur mon auguste Maître et celui de Russie, je suis chargé de demander au Gouvernement de Son Altesse le Khédive l'admission d'un Commissaire Allemand dans la Commission de la Dette Publique au même titre auquel y sont admis les Commissaires Austro-Hongrois, Français, Anglais et Italiens. || L'esprit d'équité et de justice dont Son Altesse le Khédive et ses Ministres ont toujours donné des preuves ne me permet pas de douter un seul instant de l'accueil favorable que la demande du Gouvernement Impérial ci-dessus énoncée ne manquera pas de trouver auprès du Gouvernement de Son Altesse. || Veuillez, &c. Derenthal.

Nr. 8737. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botsch. in London (Münster) — Verlangt Aufnahme eines deutschen und russischen Mitgliedes in die Schuldenkommission. [W. 2.]

Berlin, den 20. December 1884.

Nr. 8737. Deutschland. 20. Dec. 1884.

Eure Excellenz sind seiner Zeit über die Gründe unterrichtet worden, welche es uns — und ebenso der russischen Regierung — wünschenswerth erscheinen liessen, in der ägyptischen Schuldenkommission nicht länger unvertreten zu bleiben. Herr von Derenthall und sein russischer Kollege hatten Weisung erhalten, nach vorheriger Verständigung den Antrag auf Aufnahme eines deutschen und eines russischen Mitgliedes in die erwähnte Kommission zu stellen. || Auf die identische Note an Nubar-Pascha ist eine Erwiderung noch nicht erfolgt. Der Khedive hat in der den beiden Vertretern gewährten Audienz eine ausweichende Antwort dahin gegeben, dass er sich zunächst mit seinen Ministern berathen müsse. Zeitungsnachrichten zufolge soll die ägyptische Regierung die Entscheidung der Frage von der vorherigen Annahme der englischen Finanzvorschläge seitens der betheiligten Mächte abhängig machen wollen. || Es unterliegt keinem Zweifel, dass die wenig entgegenkommende Haltung des Khedive und seiner Räthe nicht auf dessen eigenem Entschlusse beruht. || Die Angelegenheit, um die es sich handelt, gehört nach Vertrags- und Staatsrecht zur ausschliesslichen Kompetenz des Khedive. Wenn derselbe aber keine Selbständigkeit in der Entscheidung ägyptischer innerer Fragen mehr hat, sondern in Abhängigkeit von den Entschliessungen der englischen Regierung steht, so wird letztere die Verantwortung für das Verhalten des Vizekönigs ohne Zweifel über-

nehmen.*) || Es ist unter diesen Umständen ein Bedürfniss für uns, die Entschliessung zu kennen, welche die englische Regierung bezüglich der Schuldenkommission dem Khedive gestatten will, bevor wir zu den englischen Vorschlägen bezüglich Aegyptens Stellung nehmen. Einstweilen sind wir beschäftigt, dieselben zu prüfen und zu diesem Zwecke die Meinung unserer Vertretung in Aegypten, unserer deutschen Bondholder und der übrigen Vertragsmächte einzuholen. || Ich habe nicht unterlassen wollen, Euerer Excellenz von dieser Sachlage mit dem Ersuchen Kenntniss zu geben, Lord Granville gelegentlich auf die vorstehenden Gesichtspunkte vertraulich hinweisen zu wollen. v. Bismarck. Nr. 8737. Deutschland. 20. Dec. 1884.

Nr. 8738. DEUTSCHLAND. — Unterstaatssekretär des Ausw. (Busch) an den deutschen Botsch. in London — Die Aufnahme des deutschen und russischen Mitgliedes in die Schuldenkommission bedingt keine Abänderung des Liquidationsgesetzes. [W. 3.]

Berlin, den 20. December 1884.

Im Anschluss an den Erlass vom heutigen Tage beehre ich mich, Euerer etc in Betreff der Entstehung und Zusammensetzung der ägyptischen „Commission de la Dette Publique“ noch Folgendes zu Ihrer gefl. Information und zur Verwerthung für den Fall mitzutheilen, dass Ihnen etwa die Behauptung entgegentreten sollte, die Aufnahme eines deutschen und eines russischen Mitgliedes in die Schuldenkommission bedinge eine Abänderung des Liquidationsgesetzes. || Die gedachte Kommission ist, wie Euerer etc. bekannt, nicht erst durch das Liquidationsgesetz vom Jahre 1880,** sondern durch ein Dekret des Khedive Ismail vom 2. Mai 1876***) ins Leben gerufen worden. Die Einsetzung erfolgte ohne Ingerenz der Mächte durch einen spontanen Akt des Khedive, welcher damals wegen Unifizirung der ägyptischen Staatsschuld verhandelte und durch diese Maassregel die Vertreter der Bondholder für weitere finanzielle Operationen zu gewinnen hoffte. Die englische Regierung zeigte anfangs wenig Neigung, dem Wunsche des Khedive gemäss einen Kommissar zu ernennen, und that dies erst, nachdem die Kommission unter Betheiligung Frankreichs, Oesterreichs und Italiens bereits in Funktion getreten war. || Das Liquidationsgesetz von 1880 fand also caisse und commission de la dette publique als bereits bestehende Institution vor. Das Gesetz hat nunmehr (Art. 30 u. f.) die Befugnisse der Nr. 8738. Deutschland. 20. Dec. 1884.

*) Aus den englischen Blaubüchern lässt sich nicht nachweisen, dass eine Verhandlung zwischen London und Kairo über diese Frage stattgefunden hat. Dieselben enthalten nur die Note des deutschen Generalkonsuls und die Antwort Nubar-Pascha's mit lediglich referirenden Uebersendungsschreiben des englischen Generalkonsuls. Diese Schreiben tragen freilich beide die Bezeichnung 'Extract'. Anm. d. Red.

**) Siehe Staatsarchiv Bd. XL Nr. 7740.

***) Bd. XL. Nr. 7724.

Nr. 8738. Deutschland. 20. Dec. 1884.

Schuldenkasse des näheren festgestellt, aber über Berufung und Zusammensetzung der Kommission keinerlei Bestimmungen getroffen. Eine nachträgliche Verstärkung der Zahl der Kommissionsmitglieder durch einen deutschen und einen russischen Vertreter würde sonach nicht eine Abänderung des Liquidationsgesetzes, sondern nur eine solche früherer vicekönigliche Dekrete erforderlich machen. Es folgt daraus, dass der Khedive zwar die Zuständigkeit und die Befugnisse der Kommission nicht einseitig abändern, wohl aber die Ernennung neuer Mitglieder, durch welche den Befugnissen der Anderen nicht präjudizirt wird, aus eigener Machtvollkommenheit vornehmen kann.

Busch.

Nr. 8739. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botsch. in St.-Petersburg (Schweinitz). — Gemeinschaftliche Schritte bei den Mächten behufs Zulassung zur Schuldenkommission. [W. 4.]

Berlin, den 20. Dezember 1884.

Nr. 8739. Deutschland. 20. Dec. 1884.

Nachdem unser gemeinschaftlicher Schritt in Aegypten wegen Betheiligung Deutschlands und Russlands an der Schuldenkommission eine ausweichende Antwort gefunden hat, glaube ich nicht, dass beide Mächte sich dabei beruhigen können. Die bisher aus Cairo eingegangenen Berichte enthalten keine Bestätigung der Angaben der öffentlichen Blätter, nach welchen der Khedive oder sein Minister geantwortet haben sollen, dass sie sich über unseren Anspruch nur dann würden erklären können, wenn wir Stellung zu den jüngsten englischen Vorschlägen genommen hätten. Sollte sich diese Version bestätigen, so würde ich glauben, dass ein derartiger Anspruch, unsern diplomatischen Verkehr mit England unter ägyptische Kontrole zu stellen, eine ernste Zurückweisung erfordern würde. Aber auch wenn die Nachrichten über einen derartigen formalen Missgriff in der ägyptischen Antwort ihre Bestätigung in den amtlichen Berichten nicht finden sollte, möchte ich Herrn von Giers doch vorschlagen, dass wir in analoger Form an die übrigen Vertragsmächte Mittheilungen richten, in welchen wir das Verlangen, in der Schuldenkommission vertreten zu sein, mit analoger Begründung wie in Aegypten wiederholen. Nur wäre dabei das vertragswidrige Verhalten der ägyptischen Regierung vom September d. Js. in der Motivirung schärfer hervorzuheben und zu sagen, dass dieses Vorkommniss uns nöthigte, die Rechte, sowohl unsere eigenen politischen als die finanziellen unserer Unterthanen, selbst wahrzunehmen, da unsere frühere Zurückhaltung von der Schuldenkommission nur auf der Ueberzeugung beruhte, dass vertragswidrige Vorgänge — wie jener ägyptische Eingriff in die Rechte der Gläubiger — nicht möglich sein würden. Nachdem diese unsere Ueberzeugung sich als unbegründet erwiesen habe, schiene unsere Zurückhaltung nicht mehr angebracht.

v. Bismarck.

Nr. 8740. **AEGYPTEN.** — Ministerpräsident an den deutschen Generalkonsul in Kairo. — Die ägyptische Regierung kann nicht selbständig mit der Ernennung der Kommissare vorgehen. [B. V. 52.]

Le Caire, le 20 Décembre, 1884.

Nr. 8740. Aegypten. 20. Dec. 1884.

M. le Consul-Général, — J'ai l'honneur de vous accuser réception de la dépêche que vous avez bien voulu m'adresser le 11 de ce mois, pour m'exposer les motifs qui ont déterminé le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur, après entente préalable avec le Cabinet de St.-Pétersbourg, à désirer l'admission d'un Commissaire Allemand dans la Commission de la Caisse de la Dette Publique, au même titre auquel y sont admis les Commissaires Austro-Hongrois, Français, Anglais et Italien. || Le Gouvernement de Son Altesse a examiné cette demande avec toute l'attention et la déférence à laquelle elle a droit. Il se borne quant à lui, à faire remarquer que la Loi de Liquidation, ayant pour ainsi dire consacré le nombre des Commissaires, l'Égypte ne saurait à elle seule procéder à la nomination de nouveaux Commissaires. || Le Gouvernement estime, par conséquent, qu'il y a lieu, pour lui, d'avoir l'assentiment préalable de toutes les Puissances qui ont participé à la promulgation de cette Loi. Les Cabinets de Paris et de Vienne nous ont déjà notifié, par écrit, leurs dispositions entièrement favorables à ce sujet. L'Agent et Consul-Général d'Italie à son tour m'a fait savoir verbalement que son Gouvernement depuis la Conférence de Londres s'est déclaré favorable à l'admission d'un Commissaire Allemand et Russe dans la Commission de la Caisse, mais en laissant comprendre qu'il est naturel qu'on se réserve de s'entendre quant au moment le plus opportun pour la modification à apporter dans la composition de la Commission de la Caisse, et aussi quant à la forme de l'accord à intervenir pour le consentement des Puissances. || Aussi à peine ai-je besoin d'ajouter qu'aussitôt une entente établie entre les Puissances à ce sujet, le Gouvernement de Son Altesse s'empressera de s'y associer. || Veuillez, &c. Nubar.

Nr. 8741. **DEUTSCHLAND.** — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Botsch. in Paris (Hohenlohe). — Deutschland wird die engl. Vorschläge erst nach Kenntniss der franz. Auffassung beantworten. [W. 5.]

(Auszug.) Berlin, den 29. Dezember 1884.

Nr. 8741. Deutschland. 29. Dec. 1884.

Wir haben uns bisher einer Rückäusserung auf die englischen Vorschläge bezüglich Aegyptens enthalten, weil wir in eine materielle Prüfung derselben nicht eintreten wollten, solange wir nicht die Auffassung der anderen Mächte, namentlich diejenige Frankreichs, kennen. Wir werden in dieser Zurückhaltung um so mehr verharren, als nach Ihrem Berichte Herr Ferry einen Gegenvorschlag den Mächten zu unterbreiten beabsichtigt. Busch.

Nr. 8742. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. — Englands Stellung gegenüber einer Vertretung Deutschlands in der Schuldenkommission. [B. V. 64.]

Foreign Office, December 29, 1884.

Nr. 8742. Grossbritannien. 29. Dec. 1884.

Sir, — On the 27th instant the German Ambassador made the following communication to me, by desire of his Government. His Excellency stated, that the reply of the Khedive to the request of the Governments of Germany and Russia that German and Russian Commissioners should be put on the Administration of the Caisse, had caused much dissatisfaction to his Government, who considered that the Khedive had the legal power to accede to their wishes, and that his refusal to do so retarded the general settlement of affairs. They hoped, that Her Majesty's Government would see their way to induce the Khedive to accede to the request of the German and Russian Governments, as it would facilitate the settlement of affairs. || To-day I saw Count Münster, and in reply to his communication reminded his Excellency, that no objection had been made to the principle of the addition of German and Russian Commissioners to the Caisse. || The question was first raised in the Conference by Russia asking to be represented upon the Commission, and by Germany stating that, if a Russian Commissioner was added to the Caisse, Germany would also expect to be represented. || This proposal was renewed after the French Plenipotentiaries had announced an ultimatum, from which they said they would not depart. This ultimatum was one we could not accept, and the main object of the Conference being thus at an end, I objected to the discussion of accessory and minor points. || When I was sounded by Count Münster upon this subject, my answer was not unfavourable to the consideration of it at the proper time, when alterations of the Law of Liquidation, and of the practice under it, might be properly considered. || The German and Russian Governments have made a direct application to the Khedive and his Government, and have received from them what appears to Her Majesty's Government to be the correct answer. || They expressed no opinion unfavourable to the thing itself, and stated their readiness to act upon the proposal if it were agreed to by all the Powers. || The Khedive could not be expected to take the initiative without their consent, more especially of that of England at the present moment. || Our position was this. Some weeks ago we communicated our proposals on Egyptian finance to the Powers. || We have reason to believe, that Italy does not see objections to our proprosals. || No objections will be originated from Austria or Russia, who will be prepared to act with the Powers. From Germany and France we have received no indication of their views. || Under these circumstances England could hardly be expected to give her consent to partial alterations of the Law or of the practice in Egypt until the general settlement of the question was more advanced. || If, however, the communication that has been made to me

by Count Münster is (as I understand it to be) courteously intended to the effect that our assent in this matter will facilitate the settlement of the larger question, I shall be prepared to discuss at once the mode in which an addition to the numbers of the Caisse can be made, without additional expense to the Egyptian Government beyond the reduced estimate of the cost of the Caisse. || I am, &c. Granville

Nr. 8742. Grossbritannien. 29. Dec. 1884.

Nr. 8743. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris. — Hofft, Frankreich werde von der Aufstellung von Gegenvorschlägen absehen. [B. V. 70.]

Foreign Office, January 3, 1885.

My Lord, — I have received and laid before the Queen and the Cabinet your Excellency's despatch of the 30th ultimo, in which you state that you hear from M. Ferry that the answer of the French Government to our proposals for the settlement of Egyptian finance may be expected on the 15th instant, and that it will take the form of a counter-proposal. || The proposals of Her Majesty's Government were communicated to France and to the other Powers at the end of November. Since that time your Excellency has, by my request, on several occasions called the attention of M. Ferry to the urgent desirability of a speedy decision, both for the welfare of Egypt, and in the interest of her creditors and of the claimants for indemnities on account of loss of property at Alexandria. || Her Majesty's Government would deprecate a mode of proceeding which would delay the discussion of the proposals that they have made and which appears to contemplate an entirely new departure as the starting point of such discussion. || It is the earnest desire of Her Majesty's Government to act in union and co-operation with that of France, and before taking into view any other alternative, they express this desire in order to learn promptly whether the Government of France have a corresponding disposition. || If the Government of France is prepared to proceed at once with a free discussion of the points raised by their proposals, Her Majesty's Government will on their side be ready in the course of discussion on various points, to show what they can do with a view to making them more acceptable. || I have to request your Excellency to make a communication to M. Ferry in the sense of this despatch, and to express a hope that his Excellency will consent at once to enter upon the discussion thus invited. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8743. Grossbritannien. 3. Jan. 1885.

Nr. 8744. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an die deutschen Botschafter in London, Paris, Rom und Wien. — Deutschlands und Russlands Anspruch auf Eintritt in die Schuldenkommission. [W. 6.]

Berlin, den 6. Januar 1885.

Nr. 8744. Deutschland. 6. Jan. 1885.

Euere etc. haben von dem Inhalt der Note Kenntniss erhalten, welche Nubar-Pascha in Beantwortung des Antrags auf Aufnahme eines deutschen und eines russischen Vertreters in die ägyptische Schuldenkommission an Herrn von Derenthall und Herrn Chitrowo gerichtet hat. Die ägyptische Regierung stellt sich darin auf den Standpunkt, dass das Liquidationsgesetz die Zahl der Kommissionsmitglieder „gewissermaassen" festgestellt habe („pour ainsi dire consacré") und dass daher eine Vermehrung dieser Zahl der Zustimmung der Mächte bedürfe, welche einzuholen sie uns überlassen will. || Wie Euerer etc. bekannt hat das Liquidationsgesetz von 1880 zwar die Befugnisse der damals schon seit vier Jahren, auf Grund eines vicekönigliches Dekrets, bestehenden „Commission de la Dette Publique" im Einzelnen normirt; es hat aber hinsichtlich der Berufung und der Zahl der Mitglieder keinerlei Bestimmung getroffen. Eine Vermehrung der Kommissionsmitglieder bedingt sonach nicht eine Abänderung des Liquidationsgesetzes, sondern lediglich eine Ergänzung früherer vicekönigliches Dekrete in Anerkennung bestehender, wenn auch bisher nicht ausgeübter Rechte der bisher unvertretenen Vertragsmächte. Der Khedive kann zwar die Zuständigkeit und die Befugnisse der Kommission, soweit dieselben durch das erwähnte Gesetz geregelt sind, nicht ohne Zustimmung der Mächte abändern, wohl aber die Ernennung von Mitgliedern für die bisher nicht vertretenen Vertragsmächte aus eigener Machtvollkommenheit vornehmen. || Zur Zeit, als die Schuldenkommission ins Leben trat (1876), glaubten wir die Theilnahme an und unsere Vertretung in derselben den meist betheiligten Mächten überlassen zu können. Wir nahmen damals an, dass jede der vier in der Kommission vertretenen Mächte sich die Wahrnehmung der Rechte auch der unvertretenen angelegen sein lassen werde. Der finanzielle Eingriff vom 18. September v. J. hat aber nicht bei allen bisherigen Mitgliedern den Widerspruch gefunden, auf den wir rechnen durften. Da die Möglichkeit ähnlicher Vorgänge nicht ausgeschlossen ist, müssen wir erhöhten Werth darauf legen, in einer Kommission, welcher wichtige Controlbefugnisse über die Finanzverwaltung Aegyptens zustehen und in welcher alle Mächte, mit Ausnahme von uns und Russland, eine Stimme haben, unsere auf internationalen Abmachungen beruhenden Rechte selbst zu vertreten. || Die Verträge, welche die Staats- und Rechtsverhältnisse im Orient ordnen, bilden ein solidarisches Ganzes. Wenn der Bruch eines derselben stillschweigend zugelassen wird, so kann daraus jede Macht in Zukunft die Berechtigung ableiten, auch ihrerseits von den Verträgen nach eigenem Bedürfniss abzuweichen. Wir legen deshalb nach einmal erfolgter Verletzung eines Theiles dieser Verträge Werth darauf, die Beobachtung derselben direct

zu überwachen. || Die Haltung des Khedive und seiner Räthe ist unserem berechtigten Anspruch gegenüber eine ausweichende, unter dem Vorwande, des Einverständnisses der Vertragsmächte zu bedürfen. Wir richten deshalb, bevor wir weitere Entschliessungen fassen, an die dortige Regierung die Frage, ob dieselbe ihrerseits die Ansicht der khedivischen Regierung theilt, und ob sie in dem Falle den von Deutschland und Russland erhobenen Einspruch für berechtigt hält. || Euere etc. sind ermächtigt, diesen Erlass dem dortigen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorzulesen und auf Verlangen Abschrift desselben zu hinterlassen. v. Bismarck.

Nr. 8744. Deutschland. 6. Jan. 1885.

Nr. 8745. FRANKREICH. — Min. des Ausw. (Ferry) an die franz. Vertreter in Berlin, St.-Petersburg, Wien, Rom und Konstantinopel.*) — Die französischen Gegenvorschläge. [G. II. 1.]

Paris, le 8 janvier 1885.

Vous savez déjà que le Gouvernement anglais, après la mission de Lord Northbrook, a saisi les Puissances de propositions en vue de la réorganisation financière de l'Égypte. Ces propositions sont contenues dans un Mémorandum qui m'a été communiqué le 29 novembre et dont vous trouverez, ci-joint, copie. L'examen approfondi dont elles ont fait l'objet de ma part, le désir de conciliation dont je n'ai cessé d'être animé, m'ont convaincu que le meilleur moyen d'arriver à une entente n'était pas de les discuter et de les amender l'une après l'autre, et qu'il serait préférable d'établir sur quelques vues générales un nouveau travail d'ensemble répondant autant que possible aux nécessités diverses qui dominent la situation présente des affaires égyptiennes. C'est l'objet de la note que je vous transmets sous ce pli et dont je vous serai obligé de donner lecture et de laisser copie à M. le Ministre des Affaires étrangères. Eu égard au caractère international de la question et à l'intérêt commun qu'elle présente pour toutes les grandes Puissances, mon intention formelle est de ne pas agir isolément, et de ne saisir le Cabinet de Londres de mes contre-propositions qu'après m'être assuré de l'adhésion des Puissances les plus intéressées. Si les vues du Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité concordent avec les miennes, vous vous informerez s'il est disposé à envoyer à son Ambassadeur à Londres des instructions conformes aux idées exposées dans la note ci-jointe et qui serviront également de base aux directions adressées à M. Waddinpton. || Vous voudrez bien me faire connaître par le télégraphe le résultat de vos démarches.

Nr. 8745. Frankreich. 8. Jan. 1885.

Jules Ferry.

---

*) In London wurden die französischen Gegenvorschläge erst am 17. Januar überreicht, nachdem die Kabinette von Berlin, St. Petersburg und Wien sich mit denselben im allgemeinen einverstanden erklärt hatten. [G. II 3—7 u. 9.] A. d. Red.

Nr. 8745.
Frankreich.
8. Jan. 1885.

Annexe I à la Dépêche en date du 8 janvier 1885.
(Siehe oben No. 8734.)

Annexe II à la dépêche en date du 8 janvier 1885.

Contre-Propositions Françaises.

Le Mémorandum anglais du 29 novembre paraît avoir été inspiré par deux ordres distincts de considérations:

1. La nécesitté, imposée par l'état du budget, égyptien, d'alléger la dette du pays en faisant supporter aux créanciers une diminution d'intérêts, comme une part dans les sacrifices jugés indispensables pour le rétablissement de l'ordre financier. Ainsi s'explique la proposition de réduire de $^1/_2$ p. $^0/_0$ les intérêts de la Dette unifiée et de la Daïra;

2. L'obligation de pourvoir d'une façon régulière aux charges immédiates qui s'imposent à l'Égypte et qui forment deux groupes distincts: d'une part, la dette flottante, les travaux d'irrigation, etc.; d'autre part, les indemnités réglées par la Commission d'Alexandrie. A cet effet, l'Angleterre propose: d'abord, l'émission d'un emprunt de 5 millions de livres, dont le produit serait appliqué aux dépenses du premier groupe, et qu'elle offre de garantir pour faire bénéficier l'Égypte des avantages du crédit anglais, ensuite une émission nouvelle de titres de la Dette privilégiée, qui seraient remis en payement aux indemnitaires d'Alexandrie.

Sur le premier point, des divergences subsistent entre l'Angleterre et la France; il n'est pas démontré, pour le Gouvernement français, que les revenus de l'Égypte ne soient pas suffisants pour couvrir les charges normales, et qu'il soit nécessaire d'imposer aux créanciers un nouveau sacrifice. Ce sont précisément ces divergences qui ont fait échouer la Conférence de Londres. La mission de Lord Northbrook n'a produit aucun élément décisif de nature à entraîner la conviction et à trancher définitivement le débat. On ne voit d'autre issue qu'une nouvelle enquête suivie dans des conditions de compétence et d'impartialité qui satisfassent tous les intérêts en cause et dont les conclusions s'imposent. L'idée en avait été admise à Londres par les conseillers financiers du Gouvernement de la Reine. A notre sens, cette enquête pourrait être confiée à un comité composé des membres de la Commission de la Dette, auxquels s'adjoindraient les agents diplomatiques au Caire des grandes Puissances. Il est entendu que la Commission de la Dette serait préalablement complétée par un Représentant de l'Allemagne et par un Représentant de la Russie. Les résultats d'une étude ainsi conduite ne permettraient pas seulement de vérifier si les créanciers doivent consentir une nouvelle réduction de leurs créances; ils fourniraient aussi les renseignements nécessaires pour déterminer les modifications définitives qu'il peut y avoir lieu d'apporter à la loi de liquidation, modifications dont il est impossible, quant à présent, d'apprécier l'utilité et l'étendue.

Quelles que soient d'ailleurs la compétence et la préparation des membres

du comité, il est certain que l'enquête exigerait un certain temps, et qu'elle ne fournirait pas un moyen immédiat de remédier à la situation présente. Pour écarter cette objection et par déférence pour l'opinion du Gouvernement britannique, on ne refuserait pas de faire participer, au moins provisoirement, les créanciers de l'Égypte aux charges de la liquidation actuelle. La solution la moins défavorable serait de consentir, sur les coupons de toutes les dettes, à un impôt, qui pourrait être fixé à 5 p. $^0/_0$ par exemple et dont le produit viendrait s'ajouter à la somme résultant de la réduction de $^1/_2$ p. $^0/_0$ que l'Angleterre est elle-même disposée à admettre sur les coupons de ses actions du canal de Suez. Il serait d'ailleurs convenu que cet impôt serait rapporté et qu'il serait tenu compte aux porteurs des taxes payées par eux, si l'enquête démontrait que les revenus de l'Égypte sont suffisants et dispensent d'imposer ce sacrifice aux créanciers.

Personne ne conteste la nécessité d'un emprunt pour consolider la dette flottante, pourvoir aux travaux d'irrigation et à d'autres charges urgentes, et notamment payer les indemnitaires d'Alexandrie, qui attendent depuis trop longtemps une réparation. On ne saurait non plus méconnaître les avantages d'une garantie étrangère qui relèverait le crédit de l'Égypte et lui permettrait d'emprunter au meilleur taux. Toutes les Puissances sont intéressées à favoriser ce résultat, comme à tout ce qui peut contribuer au rétablissement de l'équilibre financier et de la prospérité générale. Dans cet ordre d'idées, on ne comprendrait pas que la même méthode ne fût pas appliquée à toutes les charges nouvelles que les événements ont imposées à l'Égypte et pour lesquelles il est nécessaire de créer des ressources extraordinaires. Pourquoi recourir à une nouvelle émission de titres de la Dette privilégiée pour le payement des indemnités d'Alexandrie, et procurer ainsi, au taux de 5 p. $^0/_0$, des fonds qui peuvent être obtenus à $3^1/_2$ au moyen d'un emprunt garanti? Il est de beaucoup préférable et plus simple de porter tout de suite à 9 millions de livres le montant de l'emprunt à émettre, en y attachant la garantie collective des Puissances. Dans ces conditions, l'emprunt serait facilement émis à $3^1/_2$ p. $^0/_0$, et n'aurait besoin ni de gage spécial, ni de fonds d'amortissement. La valeur des titres des autres dettes égyptiennes gagnerait certainement à cette opération, et les créanciers y trouveraient ainsi une première et sérieuse compensation. Quant à la garantie elle-même, on peut dire qu'elle ne serait que nominale, et qu'elle n'imposerait aucune charge effective aux Puissances garantes. Deux chiffres suffisent à le démontrer: l'annuité nécessaire pour le service du nouvel emprunt s'élèverait à moins de 8 millions de francs, alors que, d'après les évaluations mêmes du Gouvernement anglais, les revenus de l'Égypte sont de plus de 230 millions de francs pour 1884. Il est bien entendu que, dans notre système comme dans celui de l'Angleterre, le service de l'emprunt garanti par les Puissances viendrait comme première charge sur le budget des dépenses. || Les Dettes privilégiée et unifiée constitueraient la seconde charge du budget égyptien. On admettrait, d'ailleurs, comme le propose l'Anglettere, la suspen-

Nr. 8745. Frankreich. S. Jan. 1885.

sion de l'amortissement de toutes les dettes; cet amortissement ne devrait être repris qu'au cas où il existerait un excédent réel de recettes après qu'il aurait été pourvu au service des intérêts et aux dépenses de l'administration. || La troisième charge comprendrait, comme le porte le Mémorandum anglais, les frais d'administration, plus une somme de 150,000 L. E. pour la Moukabalah, et une autre de 120,000 L. E. pour les dépenses de l'armée anglaise d'occupation. On ne ferait, d'ailleurs, aucune difficulté d'admettre, pour les dépenses d'administration, le chiffre de 4,828,000 L. E. fixé en dernier lieu par Lord Northbrook.

Parmi les modifications à introduire dans le régime actuel de l'Égypte, et comme moyen de procurer au Trésor égyptien de nouvelles ressources, le Gouvernement anglais propose d'étendre aux étrangers certains impôts dont ils sont actuellement, en droit ou en fait, exemptés. Cette proposition est justifiée à tous égards. Il ne serait ni équitable, ni politique, dans les circonstances actuelles, de maintenir une semblable distinction entre les étrangers et les indigènes, et de négliger une source de revenus annuels qui ne doivent pas être évalués à moins de 100,000 livres. Les difficultés de recouvrement ont empêché déjà l'application du système; mais ces difficultés ne sont pas insurmontables et la solution pratique du problème sera trouvée, si l'accord s'établit à ce sujet entre les Puissances. || En ce qui concerne la Daïra et les Domaines, le Gouvernement français ne croit pas qu'il y ait lieu d'en modifier actuellement le régime, ainsi que le propose le Mémorandum anglais. Au point de vue financier, il n'existe aucun avantage à ce que l'emprunt domanial soit fondu avec la Dette privilégiée et l'emprunt de la Daïra avec la Dette unifiée. Au point de vue administratif, les inconvénients qui résultent de l'indépendance relative des administrations des Domaines et de la Daïra sont largement compensés par les garanties que présentent ces mêmes administrations. L'expérience des cinq dernières années est décisive à cet égard. De plus, la France, comme l'Angleterre, est liée, sous ce rapport, par des engagements spéciaux. Il suffit donc de faire contribuer la Daïra et les Domaines aux sacrifices communs, en les soumettant également à l'impôt et à la suspension de l'amortissement.

Telles sont les conclusions auxquelles une étude attentive de la situation de l'Égypte et du Mémorandum anglais a conduit le Gouvernement de la République. Sur plus d'un point ses propositions concordent et se confondent même avec celles du Gouvernement de Sa Majesté Britannique; elles sont combinées de manière à pourvoir aux nécessités les plus urgentes, tout en ménageant les moyens d'arriver par une voie sûre au rétablissement définitif de l'ordre financier. On peut, d'ailleurs, en apprécier les effets en parcourant l'exposé ci-joint du budget égyptien, établi sur les bases indiquées plus haut et comprenant les évaluations et les dégrèvements mentionnés dans le rapport de Lord Northbrook. Dans ces conditions, le budget comprendrait, pour les recettes 9,570,750 L. E., et pour les dépenses 9,425,125 L. E.: il se solderait, par conséquent, par un excédent de recettes de 145,625 L. E. Ce résultat prouve

que les modifications proposées par la France sont à la fois efficaces et plus que suffisantes. Nr. 8745. Frankreich. 8. Jan. 1885.

En se prêtant à un accord dans de semblables conditions, l'Europe témoignerait de l'esprit de conciliation qui l'anime et de son désir sincère de faciliter, par son adhésion aux mesures d'urgence que propose le Cabinet anglais, l'oeuvre de réorganisation à laquelle l'Angleterre consacre ses efforts. Toutefois le rétablissement de l'ordre financier et administratif en Égypte n'est pas la seule question dont le règlement s'impose dès maintenant à la sollicitude des Puissances. Il en est d'autres qui présentent un caractère d'égale urgence et qui affectent au plus haut degré leurs intérêts: elles doivent compter que l'Angleterre, s'inspirant des mêmes sentiments de justice et de bonne entente, consentira à en aborder le plus tôt possible l'examen. Parmi ces questions, vient en première ligne l'établissement d'un régime définitif destiné à garantir en tout temps à toutes les Puissances le libre usage du canal de Suez. L'étude de ce grand problème européen pourrait être abordée dès à présent, par voie de Conférence ou autrement, et sans attendre l'issue de l'enquête proposée sur la situation financière. L'urgence n'a pas besoin d'en être démontrée. Un accord intervenant à ce sujet pourrait être présenté comme une juste compensation des sacrifices financiers que les Puissances sont disposées à imposer à leurs nationaux; il constituerait surtout un gage certain de stabilité et de paix pour l'avenir. Le Cabinet de Londres ne saurait refuser son acquiescemsnt à une proposition dont le principe a été posé avec tant de netteté et de loyauté dans les dépêches de Lord Granville du 3 janvier 1883*) et du 16 juin 1884**).

Nr. 8746. **DEUTSCHLAND.** — Unterstaatssekretär des Ausw. an den deutschen Botsch. in London. — Stellung der Mächte zu dem deutsch-russischen Antrage. [W. 8.]

Berlin, den 17. Januar 1885.

Nach einem Telegramm des Kaiserlichen Botschafters in Paris hat derselbe die Instruktion wegen Aufnahme eines deutschen und eines russischen Mitgliedes in die ägyptische Schuldenkommission zugleich mit seinem russischen Kollegen am 15. d. Mts. ausgeführt. Herr Ferry wiederholte, dass er bereit sei, den deutsch-russischen Antrag zu unterstützen. Zugleich wies er darauf hin, dass in den französischen Gegenvorschlägen wegen Regelung der finanziellen Verhältnisse Aegyptens die Verstärkung der Schuldenkommission in unserem Sinne gleichfalls beantragt sei. Nr. 8746. Deutschland. 17. Jan. 1885.

Das Wiener Kabinet hat uns seine Unterstützung in dieser Sache erneut in Aussicht gestellt. Das italienische Kabinet hatte sich seinerzeit die rechtliche Prüfung der Auffassung des Khedive vorbehalten, erkennt aber jetzt den deutsch-russischen Antrag als begründet an. Busch.

*) Siehe Staatsarchiv Bd. XLII Nr. 8079.

**) Siehe oben Nr. 8720.

Nr. 8747. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris. — Antwort auf die franz. Gegenvorschläge. [B. V. 111.]

Foreign Office, January 21, 1885.

Nr. 8747. Grossbritannien. 21. Jan. 1885.

My Lord, — The French Ambassador called upon me this evening at my request, and I informed his Excellency, that the communication which he had made to me on the 17th instant with regard to the financial situation of Egypt had been carefully considered by the Cabinet. || I told him, that Her Majesty's Government recognized with satisfaction the advance which the French Government have made towards a settlement of the financial question in Egypt. They have accepted a temporary sacrifice by the bondholders, and they have agreed to give strength to the financial position of Egypt by their assent to our proposal that the Egyptian Government should be given power to tax foreigners. || As regards the proposal that there should be a loan of 9,000,000*l.* guaranteed by the Powers, to be a pre-preference stock, we have no desire to ask the Powers to share with us the liability which such a guarantee would involve; still, if it is the desire of the Powers to join in a loan on the same principle as the Anglo-French guarantee of the Turkish Loan in 1855, we are ready to concede the point. || As regards the proposal for a Commission of Inquiry, there appear to Her Majesty's Government to be reasons of great weight against it. Besides the anomalous constitution of the Board, consisting of seven diplomatists (for Turkey could not be refused admission to it) and of six members of the Caisse, who are ex officio representatives only of the bondholders, there are the following strong objections to it under present circumstances. || The most recent information we have received shows, that the Egyptian Government have been seriously occupied in reducing their expenditure, and have succeeded in doing much in that direction. When their revenue is increased by the power of taxing foreigners, and the richer natives, and by the restoration of commercial prosperity, owing to the payment of the indemnities, and the renewal of confidence, it may be that no permanent sacrifice will be required of the bondholders. || The prospect of this result would be greatly diminished by a proceeding which could not fail to impair the authority of the Egyptian Government and interfere with the effective financial reform which is now in progress. It would militate against the interests of the Egyptian people, and of those who have claims upon them. Should, however, such a permanent sacrifice appear to us, after the experience of the next two years, to be required, it would then become a fair matter of consideration whether, before that sacrifice is imposed on the bondholders, an International Commission, similar to that which was held before the Law of Liquidation was passed, should be appointed. || In respect to the proposals that the Daïra and Domains Loans should be converted and the lands held as security for our proposed loan, we are prepared to give it up in deference to the views

of the French Government; but we are much impressed with the necessity, in the interest of the finances of Egypt, for some change in the system of the administration of those lands. || We shall be happy to discuss this matter with the French Government, and in so doing we can assure them that we have no desire to obtain for Englishmen any exclusive powers or advantages. || With regard to the last proposal of the French Government, we entirely adhere to our proposals for the freedom of the Suez Canal, and fully concur that it would be desirable that such an arrangement should be embodied in a Treaty. || In giving this answer we have purposely avoided all details; but, if the French Government agree to the basis, we have no doubt that a satisfactory arrangement will be made. || M. Waddington thanked me for this communication, which he said he would forward to his Government at once. || I am, &c. Granville.

Nr. 8747. Grossbritannien. 21. Jan. 1885.

Nr. 8748. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den deutschen Botsch. in London — England stimmt der Aufnahme eines deutschen Mitgliedes an die Schuldenkommission zu*). [B. V. 114.]

(Extract.) Foreign Office, January 22, 1885.

I Beg leave to inform your Excellency, in reply to your inquiry whether the claim of the two Powers to be represented on the Caisse de la Dette is held by Her Majesty's Government to be well founded, that in the view of Her Majesty's Government, although there may be reasonable grounds for acceding to the wishes of Germany and Russia in this matter, they cannot admit that any foreign Government is entitled to claim as of right any change in the present constitution of the Caisse.

Nr. 8748. Grossbritannien. 22. Jan. 1885.

That institution was created by the Khedive by a Municipal Decree issued in 1876, and at any time previously to the international arrangements of 1880, it would have been competent to His Highness, by further Municipal Decrees and of his own free will, to alter the constitution of the Caisse by increasing or reducing the number of Commissioners, or even by substituting Egyptian for foreign Commissioners. But in 1880 the Caisse was administered by four foreign Commissioners, and as so constituted it became an integral part of

*) An den russischen Botschafter erging am 19. Januar 1885 eine ähnliche Antwort [B. V. 106]. In derselben wird jedoch hervorgehoben, dass die Position der deutschen und russischen Regierung nicht dieselbe sei, da der englischen Regierung nicht bekannt sei, dass sich ein erheblicher Betrag ägyptischer Anleihen in russischen Händen befinde:

It does not appear to Her Majesty's Government, that the case of Russia is similar, and the political reasons adduced by M. de Giers do not seem to apply to an addition to the number of a board of Egyptian employés who are in actual fact entruste dwith a particular financial duty, namely, that of receiving the revenues appropriated to the service of the debt, or remitting the proceeds for the benefit of the creditors.

Anm. der Red.

Nr. 8748. Grossbritannien. 22. Jan. 1885.

the financial arrangement assented to by the Powers, and carried out by the Law of Liquidation. It cannot be a matter of surprise, therefore, if the Khedive should hesitate on his own motion either to increase or to reduce the number of Commissioners, or to disturb in any way the conditions under which the Caisse discharged its functions at the time when it was incorporated in the Law of Liquidation, and became part of the machinery adopted to carry out its objects.

It appears to Her Majesty's Government, that the reason why Germany and Russia were not represented on the Caisse with the other Powers in 1876 is, that the object of the Commission was to secure the interests of the European creditors from the danger of interference on the part of the Khedive, Ismaïl-Pasha, a matter in which it was believed that German and Russian subjects had no concern, and, in fact, the German Government were informed last year for the first time of the large amount of Egyptian stock then held in Germany.

During a conversation with your Excellency on this subject on the 29th ultimo, I had great pleasure in expressing my readiness, after the assurances I had received from your Government, to discuss at once the mode in which an addition to the Commissioners on the Caisse might be made.

Her Majesty's Government have no objection in principle to the proposed additions, and no desire to oppose the wishes of two friendly Governments, on whose co-operation they count for the settlement of the more important question relating to the finances of Egypt. They await with interest the reply of the German Government to their proposal to discuss the best mode of making these additions, without exceeding the reduced estimate of the cost of the Caisse.

Nr. 8749. **FRANKREICH.** — Botsch. in Berlin (Courcel) an den franz. Min. des Ausw. — Deutschland ist bereit, die engl. Note als Verhandlungsbasis zu acceptiren. [G. II. 12. 14.]

(Télégramme.) Berlin, le 24. janvier 1885.

Nr. 8749. Frankreich. 24. Jan. 1885.

Je viens de voir M. Busch. J'ai particulièrement insisté sur l'importance de prendre acte de la Note anglaise, en l'acceptant comme base de négociation, afin de lier l'accord sur ces deux points: la garantie collective et la réglementation internationale du canal de Suez. J'ai déclaré d'ailleurs que vous ne répondriez pour votre part qu'après entente avec les Puissances.

M. Busch n'avait pas vu le Chancelier depuis hier. Il m'a promis de lui rapporter notre entretien d'aujourd'hui et d'insister pour une prompte décision. Le Sous-Secrétaire d'État m'a demandé ensuite sous quelle forme pratique je comprenais que nous dussions continuer la négociation avec l'Angleterre.

Courcel.

Berlin, le 25. janvier 1885.

M. Busch a rendu compte au Prince de Bismark de ma communication d'hier. Le Chancelier est tout à fait d'accord avec vous. Il écrit à Londres aujord'hui même pour faire savoir qu'il accepte la réponse anglaise comme base de négociation. Courcel. Nr. 8749. Frankreich. 24. Jan. 1885.

Nr. 8750. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. — Deutschlands Haltung in der ägyptischen Frage hängt von dem Entgegenkommen Englands in der Kolonialpolitik ab. [B. V. 128.]

Foreign Office, January 29, 1885.

Sir, — The German Ambassador called upon me this afternoon and said, that Prince Bismarck accepted our answer to the French proposals on Egyptian finance as a basis of negotiation, and was ready to advise the other Powers accordingly. || His Excellency added, that Prince Bismarck did not consider Egyptian questions as having much interest for Germany, except in so far as they involved the principle of maintaining the Treaties respecting the East. But the conduct of the English Government in colonial matters had made Germany less desirous of assisting England in the Egyptian question. || I expressed my satisfaction at Prince Bismarck's acceptance of the last proposals in regard to Egyptian finance as a basis of negotiation, and my thanks for the advice which the Chancellor was ready to give to other Governments in the same sense. || I said, that we concurred with Prince Bismarck in wishing that any necessary alterations in the Treaties affecting the East should be made with the concurrence of all the Powers parties to those Treaties. || I could not, I said, accept as well founded the complaint made of the conduct of Her Majesty's Government on colonial questions. We had been actuated, on the contrary, by a desire to meet the wishes of Germany in these matters, and continued strongly to feel that desire. But I said, that another occasion would be taken to discuss the best mode of coming to an agreement on these subjects. || I am, &c. Granville. Nr. 8750. Grossbritannien. 29. Jan. 1885.

Nr. 8751. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an die franz. Vertreter in Berlin, St.-Petersburg, Wien, Rom und Konstantinopel*). — Memorandum über die Durchführung der vereinbarten Maassregeln. [G. II. 18.]

Paris, le 1 février 1885.

J'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint un nouveau Mémorandum sur les Affaires d'Égypte. Vous y trouverez l'exposé du mode pratique de règle- Nr. 8751. Frankreich. 1. Febr. 1885.

*) In London wurde das Memorandum erst am 8. Februar mitgetheilt, nachdem sämmtliche Grossmächte ihre Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Modus procedendi erklärt hatten. (G. II. 19—27.) Anm. der Red.

Nr. 8751. Frankreich. 1. Febr. 1885.

ment que chacune des questions posées me paraît comporter, en tenant compte des bases déjà admises. Dans ma pensée, ce Mémorandum tiendra lieu d'instructions à l'Ambassadeur de la République à Londres, si les conclusions en sont acceptées par les autres Cabinets. Vous pourrez en remettre copie au Ministre des Affaires étrangères, en insistant pour que, si ce n'est déjà fait, il autorise le Représentant de son Gouvernement à Londres à se concerter avec M. Waddington, afin d'arriver à une entente définitive avant la rentrée du Parlement anglais. Je compte d'ailleurs que vous m'informerez par télégraphe d'accueil fait à votre communication et des observations qui pourront vous être présentées. Jules Ferry.

Mémorandum Français.

Le Gouvernement français a déjà fait connaître qu'il accepte les bases de négociations contenues dans le Mémorandum anglais du 21 janvier. Il a maintenant à exposer d'une manière détaillée ses vues sur les diverses questions soumises à l'examen des Puissances et sur le mode pratique de réglement qu'elles comportent, à son avis, en tenant compte des principes consacrés par l'échange des communications antérieures.

En premier lieu, il importe d'arrêter les conditions de l'emprunt destiné, pour partie, à pourvoir aux indemnités d'Alexandrie dont le payement présente un caractère particulier d'urgence. La France, l'Angleterre, l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la Russie et l'Italie admettent d'un commun accord: || 1° Que le montant de cet emprunt soit fixé à 9 millions de livres sterling; || 2° Que leur garantie collective y soit attachée, „sur la même base que celle de la garantie franco-anglaise de l'emprunt turc de 1855.“ || Il est dès lors naturel, pour consacrer l'entente et assurer l'émission prochaine dudit emprunt, de procéder par la voie d'une convention dont les clauses seraient rédigées sur le modèle de celles qui figurent dans le Traité du 27 juin et dans la Déclaration du 27 juillet 1855, intervenus entre la France, la Grande-Bretagne et la Sublime Porte. Cette Convention pourrait être discutée et signée immédiatement à Londres par les Ambassadeurs des Puissances garantes et de Turquie, et par un Délégué du Gouvernement égyptien muni de pouvoirs à cet effet. || Chacun des Gouvernements contractants s'engagerait, soit à garantir conjointement et solidairement, soit à demander à son Parlement l'autorisation de garantir conjointement et solidairement l'intérêt d'un emprunt de 9 millions de livres sterling à contracter par le Gouvernement égyptien. || L'intérêt dudit emprunt serait au taux nominal maximum de $3^1/_2$ p. 100 par an, et formerait une charge grevant, avant toute autre, tous les revenus de l'Égypte, etc. || Pour plus de simplicité, on pourrait convenir que les frais de remise et autres frais de l'opération seraient prélevés sur le capital de l'emprunt. || Il serait d'ailleurs stipulé expressément que les sommes provenant de l'emprunt seraient affectées d'abord au payement des indemnités d'Alexandrie, puis à l'extinction de la

dette flottante, aux travaux d'irrigation et aux autres dépenses extraordinaires jugées nécessaires. || La caisse de la Dette publique, instituée par le décret du 2 mai 1876 et complétée par l'adjonction d'un commissaire allemand et d'un commissaire russe, recevrait les fonds provenant de l'emprunt et serait chargée de solder directement les indemnités d'Alexandrie, d'aprés les états de répartition arrêtés par la Commission internationale des indemnités; elle en verserait le reliquat au Gouvernement égyptien pour l'emploi auquel ce reliquat devrait être affecté d'après la Convention. La caisse de la Dette publique adresserait, à la fin de chaque semestre, aux Puissances garantes un rapport établissant, d'après les justifications produites par le Gouvernement égyptien, l'emploi des fonds provenant de l'emprunt. || La caisse de la Dette publique recevrait aussi les fonds destinés au service des intérêts de l'emprunt surprivilégié de 9 millions de livres et les enverrait directement aux banques chargées du service des intérêts. || Il paraît d'ailleurs inutile de déterminer, par une clause expresse de la Convention, le fonctionnement de la garantie pour le cas où le Gouvernement égyptien manquerait de verser les fonds nécessaires au service de l'emprunt. C'est une éventualité si improbable, qu'il est superflu d'y pourvoir par avance; dans le cas même où elle se réaliserait, l'entente s'établirait facilement entre les Puissances garantes sur les dispositions à prendre pour faire face au payement d'un semestre d'intérêt. Si, pourtant, les hautes Parties contractantes étaient d'avis de régler dès à présent la question, la Déclaration anglo-française du 27 juillet 1855 fournit un mode de règlement qu'il serait facile d'appliquer au cas actuel.

En ce qui concerne l'impôt à percevoir provisoirement sur les coupons des autres dettes égyptiennes, l'établissement en pourrait être consacré par un décret rendu par le Khédive, avec l'adhésion des Puissances, dans la forme de la loi sur la réforme judiciaire ou de la loi de liquidation. Ce décret édicterait la création d'une taxe de 5 p. % sur les intérêts des dettes privilégiée et unifiée, de la Daïra et des Domaines, et il déterminerait dans quelles conditions la perception en serait effectuée. On y déclarerait que l'impôt n'est établi que pour deux années. [Si, après ce temps, le Gouvernement égyptien jugeait nécessaire de le maintenir soit pendant un certain nombre d'années, soit à titre permanent, il ne le pourrait qu'après avoir fait appel aux Puissances pour provoquer l'institution d'une commission internationale "semblable à celle qui a siégé avant la confection de la loi de liquidation"*). Cet engagement du Gouvernement égyptien ferait l'objet d'une clause spéciale dans le décret. La Commission ainsi instituée aurait pour mandat de procéder à une enquête générale sur la situation financière de l'Égypte et de proposer les moyens qui lui sembleraient convenables pour assurer une nouvelle répartition des ressources du pays; elle se composerait des membres de la Caisse de la Dette publique, de deux commissaires désignés par chacun des Gouvernements

*) Décret égyptien du 31 mars 1880. Anm. des Gelbbuches.

Nr. 8751. Frankreich. 1. Febr. 1885.

de France et de Grande-Bretagne, et d'un commissaire désigné par chacun des Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de Russie et d'Italie. Le Gouvernement ottoman et le Gouvernement égyptien se feraient représenter par un délégué auprès de la Commission. Les autres Puissances seraient invitées ultérieurement à donner leur adhésion aux mesures édictées par le Gouvernement égyptien, d'après les conclusions de la Commission d'enquête, afin de conférer au décret du Khédive force de loi internationale.] (A)*) || Dans le cas où l'expérience des deux années établirait que l'impôt de 5 p. % n'était pas nécessaire pour équilibrer le budget égyptien, les taxes perçues seraient restituées. || Pour éviter les difficultés pratiques résultant du fait que beaucoup de titres auraient changé de propriétaires d'ici deux ans, on pourrait adopter la combinaison suivante: "Les banques chargées du payement des coupons remettraient aux intéressés, comme récépissés des 5 p. % retenus à titre d'impôt, une pièce sur le vu de laquelle le remboursement éventuel pourrait être ultérieurement effectué, quel qu'en fût le détenteur." || La réduction de ½ p. % consentie par le Gouvernement anglais sur l'intérêt de ses actions du canal de Suez serait consacrée par un arrangement conclu entre le Gouvernement de Sa Majesté britannique et le Gouvernement égyptien à la même date que le décret relatif à l'impôt de 5 p. % sur les coupons de la Dette. C'est aussi par voie de négociations directes que les Gouvernements de la France et de la Grande-Bretagne régleraient avec le Gouvernement égyptien les modifications qu'il peut y avoir lieu d'introduire dans les administrations des Domaines, de la Daïra et des Chemins de fer. || L'ordre à établir entre les diverses charges du budget égyptien, conformément à l'accord déjà intervenu entre les Puissances, pourrait être fixé par le même décret qui consacrerait la création de l'impôt provisoire sur les coupons. Le service de l'emprunt surprivilégié et garanti par les Puissances viendrait en première ligne; les dettes privilégiée et unifiée passeraient ensuite. La troisième charge comprendrait les frais d'administration, plus une somme de 150,000 L. E. pour la Moukabalah, et une autre de 120,000 L. E. pour les dépenses de l'armée anglaise d'occupation. || Une disposition spéciale du décret prononcerait la suspension de l'amortissement de toutes les dettes, cet amortissement ne devant être repris qu'au cas où il existerait un excédent réel de recettes après qu'il aurait été pourvu au service des intérêts et aux dépenses de l'Administration.

Parmi les propositions déjà admises en principe, à l'effet de procurer de nouvelles ressources au Gouvernement égyptien, figure l'égalité devant l'impôt des résidents étrangers et des indigènes. En fait, les résidents étrangers acquittent déjà certains impôts, les droits d'octroi aussi bien que l'impôt foncier sur les biens ruraux. Il n'y a en réalité que trois impôts nouveaux dont les colonies étrangères puissent être grevées: l'impôt sur la propriété bâtie, le

*) Gegen die in [ ] gesetzten mit A, B und C bezeichneten Stellen erhob die englische Regierung am 11. Februar Widerspruch. Vgl. Nr. 8753. Anm. d. Red.

droit de timbre et le droit de patentes. Bien que la plupart des Puissances aient déjà consenti en principe à ce que leurs ressortissants y soient soumis, en fait ils ne les payent pas; il conviendrait donc, pour prévenir toute difficulté judiciaire et déterminer la portée exacte de l'arrangement, que l'application aux étrangers des trois nouveaux impôts fût ordonnée par une clause spéciale du décrét-loi qui doit consacrer l'impôt de 5 p. % sur les coupons. Cette même clause porterait que l'établissement et le mode de perception desdits impôts seraient réglés par le Gouvernement égyptien après entente avec les consuls, qui s'obligeraient à prêter leurs bons offices en vue de ce résultat. Il paraît, en effet, démontré que l'intervention du corps consulaire est indispensable en raison de la nature même des nouvelles taxes. La loi égyptienne du 13 mars 1884, qui a créé l'impôt sur la propriété bâtie, n'a pu être exécutée, parce que l'abstention des contribuables étrangers a empêché l'organisation et le fonctionnement des commissions d'évaluation et de révision. L'intervention du corps consulaire ferait probablement cesser cette abstention; dans le cas contraire, les consuls auraient à désigner d'office les étrangers qui devraient siéger dans les commissions. Les impôts des patentes et du timbre sont encore à l'état de projet; les difficultés qui en ont retardé l'établissement ne manqueront pas d'être levées par une étude entreprise avec le concours des Représentants des Puissances et suivant la méthode employée à Constantinople pour une œuvre anologue.

Nr. 8751. Frankreich. 1. Febr. 1885.

D'après l'exposé qui précède, il suffirait donc d'une Convention et d'un décret élaboré au Caire pour réaliser, conformément à l'entente intervenue entre les Puissances, l'emprunt projeté et les changements qu'on se propose d'introduire, soit à titre permanent, soit à titre provisoire, dans le régime financier établi en Égypte par la loi de liquidation. Reste à déterminer la procédure à suivre pour étudier et consacrer par un acte conventionnel l'établissement d'un régime définitif, destiné à garantir, en tout temps et à toutes les Puissances, le libre usage du Canal de Suez. [Les Puissances sont d'accord pour reconnaître l'urgence d'une telle négociation. Mais, d'une part, la question est si complexe, qu'il paraît difficile d'en aborder utilement le règlement par échange de communications diplomatiques. D'autre part, elle implique l'examen de détails techniques, de points de fait, de circonstances topographiques qui peuvent exercer une grande influence sur les arrangements à prendre, et qui feraient défaut, pour la plupart, à une assemblée délibérant à distance. On estime qu'il y aurait avantage à confier à une commission fonctionnant en Égypte le soin de rechercher les conditions pratiques et de poser les bases d'un arrangement sur la matière. Chacune des grandes Puissances y serait représentée par son Agent en Égypte, assisté d'un autre délégué; la Turquie, comme Puissance suzeraine, et l'Égypte y auraient également chacune deux délégués. La Commission commencerait ses travaux dans la première quinzaine de mars; le travail qu'elle aurait préparé serait soumis à une Conférence et servirait de base à un arrangement définitif. Cette Conférence se réunirait

Nr. 8751. Frankreich. 1. Febr. 1885.

dans un lieu qui serait fixé immédiatement après la clôture des travaux de la Commission. Les hautes Parties contractantes s'emploieraient ensuite à obtenir l'accession des autres Puissances]. (B) || Conclusion à Londres, entre les Représentants des Puissances garantes de la Turquie et de l'Égypte, d'une Convention destinée à fixer les conditions et l'emploi d'un emprunt de neuf millions de livres sterling; || Élaboration par le Gouvernement égyptien, d'accord avec les Représentants des grandes Puissances, d'un décret établissant l'impôt provisoire de 5 p. % sur les coupons de la Dette et les taxes nouvelles sur les étrangers; || [Réunion au Caire d'une Commission chargée de préparer un arrangement relatif au canal de Suez.] (C) Telles sont, en définitive, les propositions que le Gouvernement de la République soumet aux Puissances comme moyens pratiques de réaliser l'accord de vue dont elles ont déjà posé les bases. Leur adhésion à ce programme serait constatée par un échange de déclarations, suivi de l'envoi des instructions nécessaires pour en assurer l'exécution immédiate.

Nr. 8752. AEGYPTEN. — Ministerpräsident an den deutschen und den russischen Generalkonsul in Kairo. — Bereitwilligkeit, ein deutsches und ein russisches Mitglied der Schuldenkommission zu ernennen. [B. VI. 25.]

Caire, le 11 Février, 1885.

Nr. 8752. Aegypten. 11. Feb. 1885.

M. l'Agent et Consul-Général, — Par dépêche en date du 2 Décembre dernier et en réponse à la communication que vous avez bien voulu m'adresser le 11 du même mois, j'ai eu l'honneur de vous annoncer que le Gouvernement de Son Altesse s'empresserait de pourvoir à la nomination d'un Commissaire Russe (Allemand) à la Caisse de la Dette, dès qu'une entente serait établie, à ce sujet, entre les Puissances qui ont pris part à la promulgation de la Loi de Liquidation. || A cette occasion, je vous faisais part des notifications favorables qui nous étaient parvenues à cet égard des Cabinets de Paris et de Vienne, et je suis actuellement à même de vous annoncer que le Gouvernement Britannique a également donné son assentiment, et que le Gouvernement Italien a retiré les réserves indiquées dans ma dépêche précitée. || Ainsi, M. l'Agent et Consul-Général, aussitôt que vous m'aurez fait connaître le nom de la personne qu'il plaira au Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'indiquer pour remplir les fonctions de Commissaire Russe (Allemand) près la Caisse de la Dette, le Gouvernement Égyptien s'empressera de soumettre à Son Altesse le Khédive un Décret nommant ce fonctionnaire. || Seulement, et ainsi que j'ai eu l'honneur, M. l'Agent et Consul-Général, de vous le faire remarquer verbalement, la situation du Trésor Égyptien ne permet pas de conserver à MM. les Commissaires dont le nombre va se trouver augmenté, le traitement actuel de 3,000l. Le Gouvernement de Son Altesse a pensé devoir le réduire à 2,000l.,

ce chiffre deviendra, d'ailleurs, uniforme pour tous les Commissaires à l'expiration des contrats actuellement existants*). || J'ose espérer, M. l'Agent et Consul-Général, que vous apprécierez l'opportunité de cette mesure d'économie, et je saisis, &c. Nubar.

Nr. 8752. Aegypten. 11. Feb. 1885.

Nr. 8753. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris. — Einwendungen gegen die französischen Vorschläge. [B. VI. 15.]

Foreign Office, February 13, 1885.

My Lord. — I communicated to the French Ambassador on the 11th instant the inclosed Memorandum **), specifying certain alterations which we desired to see made in the French scheme for the settlement of the Egyptian financial question. I had already explained to his Excellency our reasons for wishing these changes, which were as follows. || We noticed, that the French Ambassador went beyond the terms of our counterproposal in regard to the appointment of a Commission of Inquiry into the finances of Egypt in case of a continued or permanent tax upon the coupons of the debt being found necessary. We had stated, that under such circumstances the institution of such a Commission would be fair matter for consideration; the French scheme made its appointement obligartory. We thought also, that the eventual composition of the Commission, if it became necessary, had better be left to be settled at the time, according to the circumstances then existing, rather than that it should be stereotyped beforehand by the terms of the present Agreement. || As regards the proposed International Commission at Cairo to prepare the arrangement with regard to the Suez Canal, we did not know what facts or technical or topographical details it was necessary to ascertain. We believed, that all the facts with regard to the Suez Canal were perfectly well known, and that nothing more was necessary than to proceed at once to draw up an Act or Convention on the basis of the principles laid down in my Circular of the 3rd January, 1883, which we understood to have met with general concurrence on the part of all the Powers. || M. Waddington called upon me again this morning and told me, that he had communicated to his Government the proposed modifications, and had also consulted the Representatives of the other Powers on the subject. || As regards the Commission of Inquiry, they were agreed, that, unless the stipulation for its appointment, in the event of a continued tax on the coupon, were made definite and obligatory, there would be no sufficient security to the bondholders that their interests

Nr. 8753. Grossbritannien. 13. Feb. 1885.

---

*) Diese Herabsetzung des Gehalts wurde zwischen den Grossmächten vereinbart, um den Gesammtaufwand der Schuldenkommission (12 000 Pf. St.) trotz des Eintritts der beiden neuen Mitglieder nicht zu erhöhen. [W. 14, B. V. 134 u. VI. 3.]

**) Die beanstandeten Stellen des französischen Memorandums sind in demselben (Nr. 8751) mit [ ] bezeichnet. Anm. der Red.

Nr. 8753. Grossbritannien. 13. Febr. 1885.

would be sufficiently regarded. || As to reserving the question of its composition for future decision, M. Waddington said that he could not speak positively, but that he did not anticipate any difficulty. || With regard to the proposed Commission on the Suez Canal, his Excellency observed, that the French Government had made a definite proposal. We had presented a criticism on that proposal; but we had not put forward any alternative. What course did we suggest in substitution for the inquiry by an International Commission? || I said, that we had objected to the appointment of a Commission as an useless excrescence upon our original proposal. We did not see, that there was anything for such a Commission to ascertain which was not already sufficiently well known. All that was required was to draw up a formal Act for the purpose of carrying into effect the principle set forth in my Circular of two years ago. We had ourselves proposed one modification in those principles, and if any other Power had amendments to suggest, we should be happy to discuss them. But we saw no necessity for, and no advantage in, an International Commission at Cairo for the purpose. || I am &c.

Granville.

(A.)

Si après ce temps le Gouvernement Égyptien jugeait nécessaire de le maintenir, soit pendant un certain nombre d'années, soit à titre permanent, les Puissances aviseraient sur l'opportunité d'instituer comme mesure préalable, une Commission Internationale à laquelle seraient attribuées les fonctions de celle qui a siégé avant la confection de la Loi de Liquidation. (Décret Égyptien du 31 Mars, 1880.)

Cet engagement ferait l'objet d'une clause spéciale dans le Décret. La composition de cette Commission serait réglée d'accord avec les Puissances.

(B.)

Les Puissances sont d'accord pour reconnaître l'urgence d'une telle négociation, à laquelle servirait de base la Circulaire du Gouvernement de Sa Majetsé Britannique à ce sujet à la date du 3 Janvier, 1883. L'Acte contiendrait en outre les dispositions nécessaires pour assurer les conditions de la plus stricte neutralité par rapport à l'approvisionnement et au ravitaillement des navires de guerre des Puissances belligérantes dans le Canal.

(C.)

Négociation d'un Acte Conventionnel relatif au libre usage du Canal de Suez.

Nr. 8754. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Paris. — Differenzen über den Ort der Zusammenkunft der Suez-Kommission. [B. VI. 28 u. 29.]

Foreign Office, February 26, 1885.

My Lord, — I told M. Waddington that, I had heard a rumour that the suit of the Caisse de la Dette Publique against the Egyptian Government was to be taken up and pressed in the court of Appeal on the 4the March. I said that this would be a very ungracious proceeding at the present state of the negotiations, and I felt sure that M. Ferry would not wish it to be done. || M. Waddington then told me, that the suggestion which he wished to make for the arrangement with regard to the Suez Canal was that a Commission of Specialists should meet at Paris to draft the terms of an International Agreement based on the principles laid down in my Circular despatch of the 4th February, 1883, which had been approved by all the Powers: the draft to be then submitted for the approval of the Powers. His Excellency said, that, if this met with my concurrence, he would submit to M. Ferry a definite proposal to the above effect. || I reminded M. Waddington of what had previously passed with regard to this matter. The original proposal of the French Government had been that, a Commission should meet at Cairo for the purpose of obtaining the necessary technical and topographical information. || I had objected to this as useless, and had proposed a simple exchange of views between the Powers as to the wording of the Agreement. || M. Waddington had suggested, as an alternative, that a Committee of Experts should meet at Paris to draft the Agreement. || I had expressed my willingness to agree to such a Committee; but I had stated, as regards the choice between London and Paris as the place of meeting, that as we had consulted M. Ferry originally on the question whether the general negotiations should be conducted here or in the French capital, as he had selected London, and as the discussions had been carried on here hitherto with success, I saw no reasons for now changing the locality. I asked M. Waddington whether he had any reasons to give on the other side. || His Excellency said, that the Canal was a French undertaking. I remarked, that it was supported principally by Englisch commerce, and that the proposals for the arrangement now to be considered had originated with us. || M. Waddington said it was right to tell me, that we should find that Germany and Austria-Hungary, as well as France, would object to the meeting of the Committee in London, whereas he believed that all the Powers were ready to accept Paris as the place of meeting if we did. || I told his Excellency, that I had consulted some of my colleagues on the subject, who were all of my opinion, that there was no sufficient reason for the change || I am &c.

Granville.

Nr. 8754. Grossbritannien. 26.Febr.1885.

Foreign Office, Febrnary 26, 1885.

My Lord, — With reference to the conversation with the French Ambassador related in my despatch of to-day's date, I have informed his Excel-

Nr. 8754. Grossbritannien. 26. Febr. 1885.

lency, that I think the argument is in favour of the selection of London as the place of meeting of the proposed Committee to draw up the Agreement as to the Suez Canal. || But I added, that if this was absolutely the only remaining question, and if it is the wish of the majority of the Powers that the Committee should meet at Paris, I would not object, as it did not seem to me a matter of much importance. I was the more encouraged to waive my objections, I said, on account of the firm stand which his Excellency told me his Government had made against the claim for payment of back interest on the indemnities. I wished it to be understood distinctly, however, that what I had said was entirely dependent upon the complet settlement of several questions included in the general agreement. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8755. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an denselben. — Vereinbarung über die Aufgaben der Suez-Kommission. [B. VI. 33.]

Foreign Office, March 3, 1885.

My Lord, — The French Ambassador called to-day, and informed me that, although he had not received intimation of the formal acquiescence of Germany, he had reason to believe that there was a general agreement as to the arrangements for the settlement of the Egyptian financial question. || There remained nothing to be decided, his Excellency said, but the form of the Declaration respecting the Commission who were to draw up the Agreement for the freedom of the Suez Canal. || M. Waddington suggested a form of words to which, after a slight verbal amendment, I agreed, on his assurance that it would close the matter. The wording is as follows:— || "Considérant enfin que les Puissances sont d'accord pour reconnaître l'urgence d'une négociation ayant pour but de consacrer par un Acte conventionnel l'établissement d'un régime définitif destiné à garantir, en tout temps et à toutes les Puissances, le libre usage du Canal de Suez; || Il est convenu entre les sept Gouvernements précités qu'une Commission, composée de Délégués nommés par les dits Gouvernements et par Son Altese le Khédive, se réunira à Paris le 16 Mars, pour préparer et rédiger cet Acte, en prenant pour base la Circulaire du Gouvernement de Sa Majesté Britannique en date du 3 Janvier, 1883. || Le Projet rédigé par la Commissin sera soumis aux dits Gouvernements, qui s'emploieraient ensuite à obtenir l'accession des autres Puissances." || M. Waddington said, that our agreement must be subject to M. Ferry's approval, to whom he would at once telegraph it. || He desired me to observe that, in consequence of an objection made by me, he had omitted all reference to a Conference. || I am, &c.

Nr. 8755. Grossbritannien. 3. März 1885.

Granville.

Nr. 8756. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botsch. in London. — Vorbehalt wegen der der Schuldenkasse entzogenen Summen. [W. 17.]

Berlin, den 12. März 1885.

Nr. 8756. Deutschland. 12. März 1885.

Wir wünschen vor der Unterzeichnung des zwischen England und Frankreich vereinbarten Uebereinkommens zur Regelung der ägyptischen Finanzverhältnisse, mit welchem wir im Allgemeinen einverstanden sind, noch Folgendes festzustellen: || Wir glauben, dass entweder der Art. 26 des Khedivialdecrets in Wegfall kommen oder dass bei der Unterzeichnung des Abkommens in einem besonderen Protokoll erklärt werden sollte, dass der Verzicht auf die Fortführung des durch die Schuldenkommissare angestrengten gerichtlichen Verfahrens nicht zugleich einen Verzicht auf die Rückzahlung der der Amortisation entfremdeten Summen involvire. Die Befestigung der gelockerten Achtung vor den Verträgen und die Würde der unterzeichnenden Mächte erfordert, dass wenigstens die Frucht des Vertragsbruchs nicht in den Händen derer bleibe, die ihn begangen haben. || Die Kabinette von St. Petersburg und Wien theilen unsere Auffassung. von Bismarck.

Nr. 8757. DEUTSCHLAND, OESTERREICH, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, RUSSLAND und TÜRKEI. — Declaration vom 17. März, betreffend die ägyptischen Finanzen und die freie Schifffahrt auf dem Suez-Kanal. [B. VII. 1, W. 18, G. II. 28.]

Nr. 8757. Konferenz-Staaten. 17. März 1885

Entre les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie, de Russie et de Turquie, a été arrêté d'un commun accord la Déclaration suivante:

Déclaration.

I. Le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan autorise le Gouvernement de Son Altesse le Khédive à émettre, dans les conditions énoncées aux projets de Convention et de Décret ci-annexés, un emprunt pouvant s'élever jusqu'à 9,000,000 l. effectives et délivrera le Firman Impérial nécessaire à cet effet.

II. Les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie s'étant entendus à l'effet de garantir cet emprunt destiné à pourvoir au réglement de la situation financière du Gouvernement Égyptien; || Considérant qu'il importe d'apporter certaines modifications à la Loi de Liquidation; || Considérant qu'ils reconnaissent l'équité de soumettre leurs nationaux en Égypte aux mêmes taxes que les indigènes; || S'engagent, conjointement avec le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le

Nr. 8757. Konferenz-Staaten. 17. März 1885.

Sultan, à signer une Convention conçue dans les termes du Projet ci-annexé. || Ils déclarent accepter un Décret de Son Altesse le Khédive rendu dans les termes du Projet de Décret ci-annexé. Ils consentent à ce que ce Décret soit reconnu par les Tribunaux de la Réforme comme une loi obligatoire aussitôt qu'il aura été publié officiellement par le Gouvernement de Son Altesse le Khédive, et ils s'engagent à le porter collectivement à la connaissance des Puissances qui ont pris part à l'établissement de ces Tribunaux, et à les inviter à y adhérer. || Ils déclarent accepter l'application à leurs nationaux, comme aux sujets locaux, du Décret de Son Altesse le Khédive, en date 13 Mars, 1884, concernant l'impôt sur la propriété bâtie, avec cette modification: les membres étrangers des Commissions et Conseils de Révision institués par les Articles IV et V du dit Décret seront désignés par le Consul dans le cas où les élections resteraient sans résultat, ainsi que dans le cas où les Délégués élus ne se présenteraient pas; si les Délégués du Consul ne se présentent pas, la Commission ou le Conseil de Révision procédera valablement en leur absence. || Ils déclarent également accepter l'application à leurs nationaux, comme aux sujets locaux, du droit de timbre et du droit de patentes, et s'engagent à entreprendre immédiatement, de concert avec le Gouvernement Égyptien, l'étude des Projets de Loi établissant ces deux impôts.

III. Considérant que les Puissances sont d'accord pour reconnaître l'urgence d'une négociation ayant pour but de consacrer par un Acte Conventionnel l'établissement d'un régime définitif, destiné à garantir, en tout temps et à toutes les Puissances, le libre usage du Canal de Suez: || Il est convenu entre les sept Gouvernements précités qu'une Commission, composée de Délégués nommés par les dits Gouvernements, se réunira à Paris le 30 Mars pour préparer et rédiger cet Acte, en prenant pour base la Circulaire de Gouvernement de Sa Majesté Britannique en date du 3 Janvier, 1883. || Un Délégué de Son Altesse le Khédive siégera à la Commission avec voix consultative. || Le projet rédigé par la Commission sera soumis aux dits Gouvernements, qui s'emploieraient ensuite à obtenir l'accession des autres Puissances. || Les Soussignés, Plénipotentiaires de Turquie, d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie, munis des pouvoirs nécessaires, déclarent par les présentes que leurs Gouvernements respectifs prennent les uns envers les autres les engagements relatés ci-dessus.

En foi de quoi les Soussignés ont signé la présente Déclaration et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le 17 Mars, 1885.

Münster. Nigra.
Károlyi. Staal.
Waddington. [Musurus.]*
Granville.

*) Die Unterzeichnung der Declaration durch den Vertreter der Pforte erfolgte erst am 30. März. Vgl. unten Nr. 8760 u. 8761. Anm. der Red.

Déclaration du Gouvernement Égyptien. Nr. 8757. Konferenz-Staaten. 17. März 1885.

Le Gouvernement de Son Altesse le Khédive s'engage à promulguer le Décret dont le Projet est ci-annexé. Il déclare, en outre, en tant que les arrangements ci-dessus mentionnés se réfèrent à des questions d'administration intérieure de l'Égypte dont le réglement lui appartient en vertu des Firmans de Sa Majesté Impériale le Sultan, adhérer à ces arrangements, et s'engage, en ce qui le concerne, à les exécuter.

En foi de quoi le Soussigné, muni de pouvoirs à cet égard, a signé la présente Déclaration.

Fait à Londres, le 17 Mars, 1885. Blum.

Annexe 1.

Projet de Convention. (Siehe Nr. 8758.)

Annexe 2.

Projet de Décret).*

Nous, Khédive d'Égypte, || Vu la Loi de Liquidation du 17 Juillet, 1880, || Vu la Convention en date du contenant assentiment de Sa Majesté Impériale le Sultan à l'émission d'un emprunt de 9,000,000 l., || Considérant que l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie, ont déclaré qu'elles acceptaient la présente Loi et qu'elles se sont engagées à la porter collectivement à la connaissance des autres Puissances qui ont pris part à l'établissement des Tribunaux Mixtes en Égypte et à les inviter à y adhérer, || Sur la proposition de notre Conseil des Ministres, || Avons décrété et décrétons:

Article 1er. Notre Ministre des Finances est autorisé à émettre à un taux qui ne pourra excéder $3^1/_2$ pour cent la quantité de titres nécessaire pour produire une somme effective maxima de £ E. 8,775,000 (9,000,000 l.). || Un Décret ultérieur déterminera le taux, les conditions et la date des émissions.

Art. 2.**) Les coupons de cet emprunt seront payés en or en Égypte, à Londres et à Paris, le 1er Mars et le 1er Septembre de chaque année. || A Paris, les paiements seront faits au change fixe de 25 fr. la livre sterling.

Art. 3. Les obligations de cet emprunt ne pourront être frappées d'aucun impôt au profit de notre Gouvernement.

Art. 4. Une annuité fixe de £ E. 307,125 (315,000 l.) destinée au service de cet emprunt sera prélevée, comme première charge, et sous la garantie résultant de la Convention Internationale en date du sur les revenus affectés au service de la Dette Privilégiée et de la Dette Unifiée.

Art. 5. La portion de cette annuité qui ne serait pas absorbée par le service de l'intérêt sera affectée à l'amortissement de l'Emprunt Garanti. L'amor-

*) Das Decret wurde unter dem 27. Juli publizirt. Vgl. unten Nr. 8775.

**) Dieser Artikel ist nachträglich amendirt. Vgl. unten Nr. 8774.

Nr. 8757. Konferenz-Staaten. 17. März 1885.

tissement se fera par rachat au cours du marché. Lorsque le cours sera supérieur au pair, il s'effectuera au pair par voie de tirage.

Art. 6. Le service de l'Emprunt Garanti sera effectuée par la Caisse de la Dette Publique dans les mêmes conditions que le service des Dettes Privilégiée et Unifiée.

Art. 7. Les Commissaires de la Caisse de la Dette devront, quinze jours avant chaque échéance, nous rendre compte, par un Rapport spécial qui sera publié au "Journal Officiel," de la situation des ressources affectées au service de l'emprunt.

Art. 8. Tous les versements de l'emprunt seront centralisés à la Caisse de la Dette.

Art. 9. Les frais de remise et autres frais de l'opération seront prélevés sur le montant de l'emprunt. || Les Commissaires de la Caisse de la Dette réserveront sur le produit de l'Emprunt Garanti la somme nécessaire pour parfaire le paiement des indemnités d'Alexandrie et paieront ces indemnités aux intéressés pour le compte de notre Gouvernement, d'après les États de répartition arrêtés par la Commission Internationale des indemnités. Les indemnités seront payés intégralement et sans intérêts de retard. || Le surplus de l'emprunt sera remis, par les Commissaires de la Caisse à notre Ministère des Finances, au fur et à mesure de ses besoins. || La portion de l'emprunt restant disponible après le prélèvement du montant des indemnités est, concurremment avec les ressources mises à la disposition de notre Ministère des Finances par l'Article 24 de la présente Loi, affectée aux charges suivantes:—

	L E.
Réglement du déficit de l'année 1884 et des années antérieures . .	2,657,000
Déficit de 1885 évalué à	1,200,000
Travaux d'irrigation	1,000,000
Indemnités pour rachat de pensions	550,000
Fonds réservés pour le service de la Trésorerie	500,000
Total . . .	5,907,000

Art. 10. Tout reliquat de l'emprunt après qu'il aura été pourvu aux charges indiquées ci-dessus, sera employé à racheter dans les conditions énoncées à l'Article 5 de la présente Loi des titres qui seront annulés.

Art. 11. Les Commissaires de la Caisse de la Dette Publique nous adresseront à la fin de chaque semestre un Rapport établissant, d'après les justifications qui leur seront produites, l'emploi des fonds provenant de l'Emprunt Garanti. Ce Rapport sera publié au "Journal Officiel."

Art. 12. Il est établi un impôt de 5 pour cent sur le montant des coupons des Dettes Privilégiée et Unifiée. Cet impôt ne pourra toutefois être perçu que sur le montant des semestrialités venant à échéance en 1885 et en 1886. || Des certificats constatant le droit éventuel des porteurs de titres a obtenir le remboursement de cet impôt, leur seront délivrés lors du paiement des coupons. || Si, après l'expiration de ce délai, notre Gouvernement jugeait

nécessaire de maintenir, soit pendant un certain nombre d'années, soit à titre permanent, l'impôt établi par le présent Article, il ne le pourrait qu'après avoir institué, d'accord avec les Puissances, une Commission Internationale semblable à celle qui a préparé la Loi de Liquidation et qui aurait pour mandat de procéder à une enquête générale sur la situation financière de l'Égypte, et de nous proposer les moyens qui lui sembleraient convenables pour assurer une nouvelle répartition des ressources du pays. || La composition de cette Commission serait réglée d'accord avec les Puissances. Nr. 8757. Konferenz-Staaten. 17. März 1885.

Art. 13. Au cas où notre Gouvernement aurait à fournir à la Daïra Sanieh, en 1885 et en 1886, conformément aux dispositions des Articles 44 et 47 de la Loi de Liquidation, une subvention destinée à parfaire l'intérêt de sa dette, il prélèvera sur cette subvention, jusqu'à concurrence seulement de son montant, une somme égale au produit de l'impôt de 5 pour cent sur le chiffre total de l'intérêt à 4 pour cent de la Dette de la Daïra.

Art. 14. Il en sera de même en ce qui concerne la subvention éventuelle payée à l'Administration des Domaines pour parfaire l'intérêt de 5 pour cent qui lui est garanti par notre Gouvernement. || Les certificats mentionnés à l'Article 12 seront délivrés dans les mêmes conditions aux porteurs de titres de la Daïra et des Domaines.

Art. 15. Aucun impôt ne sera perçu sur les coupons des Dettes de la Daïra ou des Domaines dans le cas où les revenus spécialement engagés à ces deux dettes suffiraient à en assurer le service.

Art. 16. A dater de la signature de la Convention Internationale l'amortissement des Dettes Privilégiée et Unifiée est suspendu sauf dans le cas prévu par l'Article 22 ci-après. || L'amortissement de 42,500l. prévu par l'Article IV de la Convention intervenue le 14 Avril, 1880, entre notre Gouvernement et MM. de Rothschild est également suspendu sous la même réserve.

Art. 17. Seront considérés comme excédants de revenus des provinces et Administrations affectées au service de la Dette Publique les produits budgétaires de toute nature affectés à ce service par les Articles 2 et 9 de la Loi de Liquidation au delà de la somme nécessaire pour assurer:— || 1. Le service de l'annuité fixe de £ E. 307,125 (315,000l.) de l'Emprunt Garanti; || 2. L'intérêt à 5 pour cent de la Dette Privilégiée; || 3. L'intérêt à 4 pour cent de la Dette Unifiée, || Sous déduction en ce qui concerne ces deux dernières dettes, de l'impôt établi dans les conditions de l'Article 12 de la présente Loi.

Art. 18. Les excédants de revenus des provinces et Administrations non affectées au service de la Dette Publique sont établis ainsi qu'il suit:— || Aux produits budgétaires de toute nature réalisés dans ces provinces et Administrations il y a lieu d'ajouter les sommes que notre Gouvernement est autorisé à prélever pour frais d'administration ou d'exploitation sur les revenus bruts des provinces et Administrations affectées. || De ce total sera déduite la somme de £ E. 5,237,000, à laquelle sont arrêtées les dépenses à imputer sur les

Nr. 8757. Konferenz-Staaten. 17. März 1885.

revenus non affectés. || La différence constituera l'excédant des revenus non affectés. || Le Budget des dépenses des chemins de fer, y compris le Chemin de Fer d'Hélouan, étant évalué dans le chiffre qui précède à £ E. 555,000, il est entendu que le somme de £ E. 5,237,000 sera augmentée au besoin de la somme nécessaire pour que les crédits ouverts au service des Chemins de Fer atteignent la proportion de 45 pour cent de leurs recettes brutes. || La somme de £ E. 5,237,000 sera également augmentée du montant des subventions versées par le Ministère des Finances à la Caisse de la Dette Publique, à la Daïra et à l'Administration des Domaines, conformément aux Articles 11, 44 et 47 de la Loi de Liquidation, et à la Convention du 31 Octobre, 1878, intervenue entre notre Gouvernement et MM. de Rothschild.

Art. 19. Le compte des excédants des revenus affectés au service de la Dette sera arrêté à la date du 25 Octobre de chaque année.

Art. 20. Lorsque les revenus des provinces et Administrations non affectées auront été inférieurs au chiffre des dépenses déterminé par l'Article 18 de la présente Loi, la Caisse de la Dette devra prélever sur ses excédants et verser à notre Ministère des Finances la somme nécessaire pour parfaire ce chiffre. || Lorsque les revenus des provinces et Administrations non affectées auront dépassé le montant des dépenses indiquées ci-dessus, l'excédant sera versé à la Caisse de la Dette.

Art 21. Les excédants qui pourraient se produire en 1885 et en 1886 sur l'ensemble des revenus affectés et non affectés, après qu'il aura été pourvu au service des diverses dettes et des dépenses publiques dans les conditions énoncées aux Articles 17 et 18 ci-dessus, seront laissés en réserve à la Caisse de la Dette jusqu'au 15 Avril, 1887. || A cette époque il sera fait, par les soins de la Commission de la Dette, une distribution de ces excédants entre les détenteurs des certificats mentionnés aux Articles 12 et 14. || S'il y a un surplus, il sera affecté au remboursement de la réduction d'un $^1/_2$ pour cent opéré sur les intérêts des actions du Canal de Suez. || Si les excédants sont insuffisants pour pourvoir intégralement à ces divers remboursements, les excédants des années ultérieures seront affectés à la même destination. || Tous les excédants qui ne seront pas employés à ces remboursements seront répartis par moitié entre le Budget des dépenses administratives du Gouvernement et le service de l'amortissement.

Art 22. Les fonds destinés à l'amortissement en vertu de l'Article qui précède seront, jusqu'à concurrence de £ E. 87,750 (90,000l.) exclusivement employés à l'amortissement de l'Emprunt Garanti. || Le surplus sera affecté à l'amortissement des autres dettes dans les conditions où il a été établi par la Loi de Liquidation et les contrats intervenus entre notre Gouvernement et MM. de Rothschild.

Art. 23. Toutes les dettes mentionnées à l'Article 66 de la Loi de Liquidation devront, sous peine de déchéance, être réclamées à notre Gouvernement avant le 1er Janvier, 1886. Celles de ces dettes qui, à cette date, n'auraient

pas fait l'objet d'une réclamation constatée, soit par une instance engagée devant les Tribunaux, soit par un accusé de réception émanant d'une Administration compétente, soit par un acte d'huissier, seront définitivement prescrites et ne pourront plus donner lieu à aucune action contre notre Gouvernement. Nr. 8757. Konferenz-Staaten. 17. März 1885.

Art. 24. La Caisse de la Dette Publique réservera pour assurer le règlement des dettes de la Liquidation encore en suspens, les titres de la Dette Privilégiée et les titres de la Dette Unifiée, faisant partie de l'actif de la Liquidation dont elle est actuellement dépositaire. Tout le surplus de l'actif de la Liquidation, tel qu'il est constitué par l'Article 63 de la Loi de Liquidation, sera à la disposition de notre Gouvernement pour être affecté aux charges spécifiées aux Articles 9 et 10 de la présente Loi. || Les titres qui pourraient rester à la Caisse de la Dette après le paiement de toutes les dettes de la Liquidation seront annulés.

Art. 25. La faculté donnée à notre Ministre des Finances par l'Article 37 de la Loi de Liquidation de se procurer des avances en compte courant est restreinte à la limite maxima de £ E 1,000,000.

Art. 26. Les Tribunaux de la Réforme ne connaîtront pas de l'action introduite par les Commissaires de la Caisse de la Dette Publique contre le Gouvernement d'Égypte, le Président du Conseil, le Ministre des Finances, les Moudirs, les Directeurs des Administrations affectées, tant en leur qualité, qu'en leur nom personnel, en paiement des sommes affectées à l'amortissement, et qui ont été versées directement à la Caisse du Ministère des Finances pendant les mois de Septembre et d'Octobre 1884.

Art. 27. La présente Loi sera publiée au "Journal Officiel". Elle sera exécutoire dès sa publication, non obstant toutes dispositions contraires résultant des Lois ou Décrets en vigueur.

Art. 28. Nos Ministres sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution de la présente Loi.

Déclaration.

Les Plénipotentiaires soussignés déclarent que l'adhésion des Puissances à l'Article 26 du Décret n'implique pas la reconnaissance de la légalité de l'emploi qui a été fait des fonds d'amortissement de la dette Égyptienne.

Fait a Londres, le 17 Mars, 1885.

Münster.
Károlyi.
Waddington.
Granville.
Nigra.
Staal.
[Musurus.]*

*) Vgl. die Anm. Seite 92.

Nr. 8758. DEUTSCHLAND, OESTERREICH, FRANKREICH, GROSS-BRITANNIEN, ITALIEN, RUSSLAND, TÜRKEI. — Konvention vom 18. März, betreffend die ägyptischen Finanzen. [B. VIII; W. 18; G. II. 28.]

Nr. 8758. Konferenz-Staaten. 18. März 1885.

Dans le but de faciliter au Gouvernement Égyptien la conclusion d'un emprunt destiné, pour partie, à pourvoir aux indemnités d'Alexandrie dont le réglement présente un caractère particulier d'urgence, et pour le surplus à liquider la situation financière, et à assurer le service de certaines dépenses extraordinaires,

Les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande-Bretagne, d'Italie, de Russie et de Turquie ont arrêté d'un commun accord les dispositions suivantes:

Art. I. Le Gouvernement Égyptien, avec l'assentiment de Sa Majesté Impériale le Sultan et sous la garantie résultant de la présente Convention, émettra à un taux qui ne pourra excéder $3^1/_2$ pour cent la quantité de titres nécessaires pour produire une somme effective maxime de 9,000,000 l. || Un Décret de Son Altesse le Khédive déterminera le taux, les conditions et la date des émissions.

Art. II. Les coupons seront payés en or en Égypte, à Londres et à Paris, le 1er Mars et le 1er Septembre de chaque année. || A Paris les paiements seront faits au change fixe de 25 fr. la livre sterling.

Art. III. Les obligations de cet emprunt ne pourront être frappés d'aucun impôt au profit du Gouvernement Égyptien.

Art. IV. Une annuité fixe de 315,000 l., destinée au service de l'emprunt, sera prélevée, comme première charge, sur les revenus affectés au service de la Dette Privilégiée et de la Dette Unifiée.

Art. V. La portion de cette annuité qui ne serait pas absorbée par le service de l'intérêt sera affectée à l'amortissement de l'emprunt. L'amortissement se fera par rachat au cours du marché. Lorsque le cours sera supérieur au pair, il s'effectuera au pair par voie de tirage, sous réserve toutefois du droit du Gouvernement Égyptien de rembourser l'emprunt au pair.

Art. VI. Le service du nouvel emprunt sera effectué par la Caisse de la Dette Publique Égyptienne dans les mêmes conditions que le service des Dettes Privilégiée et Unifiée.

Art. VII. Les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie s'engagent, soit à garantir conjointement et solidairement, soit a demander à leurs Parlements l'autorisation de garantir conjointement et solidairement, le service régulier de l'annuité de 315,000 l. stipulée ci-dessus.

Art. VIII. Les Commissaires de la Caisse de la Dette devront, quinze jours avant chaque échéance, rendre compte au Gouvernement Égyptien, par

un Rapport spécial qui sera publié au "Journal Officiel," de la situation des ressources affectées au service de l'emprunt. Nr. 8758. Konferenz-Staaten. 18. März 1885.

Art. IX. Tous les versements de l'emprunt seront centralisés à la Caisse de la Dette.

Art. X. Les frais de remise et autres frais de l'opération seront prélevés sur le montant de l'emprunt. || Les Commissaires de la Caisse de la Dette prélèveront sur le produit de l'emprunt la somme nécessaire pour parfaire le paiement des indemnités d'Alexandrie, et paieront ces indemnités aux intéressés, pour le compte du Gouvernement Égyptien, d'après les États de répartition arrêtés par la Commission Internationale des Indemnités. Les indemnités seront payées intégralement et sans intérêts de retard.

Art. XI. Le surplus de l'emprunt sera remis au Gouvernement Égyptien, au fur et à mesure de ses besoins.

Art. XII. Tout reliquat non employé de l'emprunt sera affecté au rachat dans les conditions énoncées à l'Article V de titres qui seront annulés.

Art. XIII. La Caisse de la Dette Publique adressera, à la fin de chaque semestre, au Gouvernement Égyptien, un Rapport établissant, d'après les justifications produites par le Gouvernement Égyptien, l'emploi des fonds provenant de l'emprunt. Ce Rapport sera publié au "Journal Officiel."

Art. XIV. La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Londres le plus tôt possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le dix-huit Mars, 1885.

Münster. Nigra.
Károlyi. Staal.
Waddington. [Musurus.]*)
Granville.

Décalration du Gouvernement de Russie.

Le Plénipotentiaire de Russie fait au nom de son Gouvernement la déclaration suivante:—

Si, par la suite, la garantie stipulée à l'Article VII de la présente Convention devenait effective, il est bien entendu que dans les comptes à faire entre les Puissances Garantes, la part incombant à la Russie ne pourra en aucun cas dépasser la sixième partie de l'intérêt garanti. Staal.

Fait à Londres, le dix-huit Mars, 1885.

*) Der türkische Gesandte unterzeichnete erst am 30. März. Vgl. Anm. zu Nr. 8757.

Nr. 8759. FRANKREICH. — Botsch. in London an den franz. Min. des Ausw. — Bericht über den Verlauf der englisch-französischen Verhandlungen. [G. II. 28].

Londres, le 21 mars 1885.

Nr. 8759. Frankreich. 21. März 1885.

J'ai l'honneur de vous adresser ci-joints: || 1. Le texte de la Déclaration relative aux Affaires d'Égypte telle qu'elle a été signée le 17 de ce mois; || 2. Le texte de la Convention de garantie de l'emprunt égyptien, signée le lendemain.

Je crois devoir accompagner cet envoi d'un résumé des négociations qui viennent d'aboutir à un accord, en prenant pour point de départ le Mémorandum que j'ai remis le 8 février dernier à Lord Granville. || Pendant les jours qui en ont suivi la remise, mes Collègues d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, d'Italie et de Russie appuyaient le Mémorandum auprès du Principal Secrétaire d'État aux Affaires étrangères dans des termes qui attestaient la parfaite concordance de vues de nos Gouvernements respectifs dans la question des finances égyptiennes et dans celle de la liberté du canal de Suez. Le 11 février, le Comte Granville m'annonçait que le Gouvernement de la Reine acceptait vos propositions comme base d'arrangement. Toutefois, Sa Seigneurie formulait certaines réserves. || En ce qui concerne les finances égyptiennes, Elle demandait qu'on introduisît deux modifications à notre Mémorandum: || 1. L'enquête internationale devait être, non pas obligatoire, mais facultative; || 2. La composition de la Commission d'enquête ne serait pas spécifiée dans l'accord, et on laisserait aux Puissances le soin de la régler, le cas échéant.

Lord Granville demandait aussi des modifications à la partie du Mémorandum relative au canal de Suez. Il exprimait le désir que l'on substituât au projet de Commission préparatoire en Égypte et de Conférence, une négociation de Cabinet à Cabinet. || Toutefois, l'entente étant d'ores et déjà établie sur le fond de l'arrangement financier, nous sommes tombés d'accord, le Comte Granville et moi, pour en confier la rédaction définitive à un Comité anglo-français. || M. de Liron d'Airoles que vous aviez mis à ma disposition pour prendre part à ce travail et qui m'a apporté un concours des plus précieux, s'est mis, le 13 février, en rapport, dans ce but, avec Sir Julian Pauncefote, Sir James Carmichael et Sir Rivers Wilson. Grâce à l'esprit conciliant qui n'a pas cessé de présider à leurs entretiens, leur tâche a été promptement achevée et, dès le 19, je vous communiquais le texte des projets de convention et de décret khédivial préparés par le Comité et acceptés par le Gouvernement de la Reine. || L'accord entre Lord Granville et moi s'était en effet établi sur les différents points qui avaient fait précédemment l'objet de réserves de la part du Gouvernement de la Reine. l'Angleterre consentait à ce que l'enquête internationale sur les finances égyptiennes eût un caractère obligatoire, pour le cas où le Gouvernement du Khédive jugerait nécessaire de maintenir au delà des deux ans l'impôt sur le coupon (art. 2 du Projet de décret). || De

son côté, le Gouvernement de la République avait consenti à déférer au désir de l'Angleterre de laisser aux Puissances le soin de fixer, le cas échéant, au moyen d'une entente ultérieure, la composition de la Commission d'enquête (art. 12 du Décret, dernier paragraphe). || Restait à s'entendre sur la fixation des stipulations relatives à la liberté du canal de Suez. Cette question d'un intérêt de premier ordre devait faire partie intégrante de l'accord. Il s'agissait donc, pour rendre l'arrangement complet, d'arrêter d'une façon général les principes du régime du canal, et aussi de s'entendre sur la procédure à suivre pour arriver à la conclusion d'une Convention finale consacrant la liberté dudit canal. || Sur les principes du régime du canal, il ne pouvait y avoir de difficulté sérieuse entre Votre Excellence et Lord Granville. Vous étiez en effet disposé à prendre pour base du projet à discuter les propositions contenues dans la dépêche de Lord Granville à Lord Lyons du 3 janvier 1883. || Le Principal Secrétaire d'État aux Affaires étrangères me déclarait, de son côté, accepter volontiers ce programme, mais désirer ajouter aux stipulations qui se trouvent contenues dans sa dépêche précitée, une clause relative au ravitaillement des navires de guerre dans toute l'étendue du canal. || Me prévalant de ce désir, j'ai demandé, et il a été admis par Lord Granville, que les Puissances eussent la faculté, aussi bien que l'Angleterre, de formuler d'autres propositions. En conséquence, la dépêche du 3 janvier 1883 servira de base aux études, mais ne les limitera pas. || Le point le plus difficile à résoudre était le mode de procédure pour aboutir à la consécration finale de la liberté du canal. Notre Mémorandum du 8 février proposait la réunion d'une Commission au Caire chargée de la rédaction d'un travail préparatoire. Il semblait à Votre Excellence que la solution de cette question impliquait la connaissance préalable de certaines conditions topographiques qui ne pouvait être mieux acquise que sur place. Mais le Gouvernement de la Reine manifestait des dispositions très peu favorables à cette combinaison. || Il contestait l'opportunité du lieu de réunion de la Commission, alléguant que dans une question d'aussi grande importance les principes étaient tout, et les détails peu de chose. L'utilité même d'une Commission était mise en doute par Lord Granville, qui préférait des négociations de Cabinet à Cabinet, faisant valoir que, les principes en question étant déjà bien connus, on arriverait facilement à une entente par cette voie. || J'émis la crainte qu'il n'en fût pas ainsi et que des négociations diplomatiques ordinaires n'entraînassent des lenteurs fâcheuses; qu'en fin de compte on en vînt à reconnaître la nécessité d'un mode de préparation plus rapide. Finalement, il fut convenu entre Lord Granville et moi que, s'il admettait en principe la réunion d'une Commission internationale pour étudier et rédiger un projet de convention pour la liberté du canal, de notre côté nous renoncerions à demander que ladite Commission se réunît au Caire. Il fallait cependant arrêter le choix de la ville où siégerait la Commission, et, après m'être assuré que je ne rencontrerais aucune opposition de la part de mes Collègues, je pris sur moi de proposer Paris. Je fis observer à Lord

Nr. 8759. Frankreich. 21. März 1885.

Granville que le canal de Suez étant une oeuvre essentiellement française, il était naturel et juste que les conditions de son fonctionnement international fussent réglées à Paris; que chacun verrait dans ce choix un hommage rendu au fondateur de l'oeuvre, plutôt qu'un avantage politique. Le Principal Secrétaire d'État de la Reine me répondit que la négociation ayant été conduite à Londres jusqu'à présent, il ne voyait pas de raison pour en transporter le siège à Paris, et que d'ailleurs le canal, bien que construit par des Français, ne vivait que par le transit du commerce anglais. Je lui répliquai que, si le canal n'avait pas été creusé par M. de Lesseps, il n'y aurait de transit d'aucune espèce; qu'au surplus, le choix de Londres ne serait pas accepté par toutes les Puissances, tandis que celui de Paris rencontrerait l'unanimité si l'Angleterre y donnait son assentiment. || Pendant que nous traitions cette question, une difficulté avait été soulevée par quelques-unes des Puissances intéressées; il s'agissait de savoir si les indemnitaires d'Alexandrie auraient droit à des intérêts de retard. Cette prétention avait vivement ému le Cabinet anglais, qui la jugeait contraire aux dispositions du décret khédivial instituant la Commission d'évaluation, et qui estimait, non sans raison, qu'elle imposerait, si elle était admise, une nouvelle et très forte charge au Trésor égyptien. Lorsque je pus déclarer à Lord Granville que, sur vos représentations, la prétention avait été abandonnée, il en témoigna une satisfaction marquée, et cet incident contribua à atténuer l'opposition qu'il avait d'abord faite à ma proposition. || Enfin, le 27 février, il m'annonça que si toutes les autres Puissances étaient du même avis, et si vous en faisiez la proposition formelle, le Cabinet anglais consentirait au choix de Paris, mais à la condition expresse que l'accord serait établi préalablement sur toutes les autres questions. || Vous avez bien voulu approuver la combinaison que j'avais proposée, et, le 3 mars, je vous adressais par le télégraphe le texte d'un projet de déclaration pour le Canal de Suez, arrêté d'un commun accord avec le Foreign Office, et stipulant la réunion très prochaine d'une Commission internationale à Paris. Cette rédaction était ultérieurement adoptée par toutes les Puissances, et elle a été insérée dans la déclaration définitive. || Cependant la rédaction du projet d'accord financier (Déclaration, convention de garantie pour l'emprunt égyptien et décret khédivial) avait été soumise aux Gouvernements intéressés vers le 20 février. || Tous l'approuvaient dans son ensemble et n'y faisaient que de légères objections. || Le Gouvernement allemand, pour ne point paraître assumer une part de responsabilité dans l'occupation anglaise en Égypte, demandait et obtenait que l'on effaçât dans le texte du décret khédivial toute spécialisation de dépense impliquant que l'emprunt garanti devait servir à payer l'arriéré des frais d'entretien de l'armée anglaise en Égypte. || En outre, le Cabinet de Berlin demandait qu'on spécifiât que la stipulation de l'article 26 du décret n'impliquait pas la reconnaissance de la légalité de l'emploi des fonds affectés à l'amortissement des emprunts et détournés de leur destination au mois d'octobre dernier. Pour répondre à ce désir, les Puissances ont signé une Dé-

claration spéciale qui figure à la suite de la Déclaration générale. || Le Gouvernement allemand a aussi demandé, et justice a été faite à sa requête, que, dans l'article 16 du décret, on fixât le point de départ légal de la suspension de l'amortissement. || Ainsi il a été bien entendu, d'une part, que l'article 26 du décret mettra fin à l'action judiciaire intentée par les commissaires de la Dette contre le Gouvernement khédivial et qu'il n'y aura plus aucune répétition ni revendication de ce chef, et, d'autre part, que les Puissances, tout en passant l'éponge sur le passé, ne reconnaissaient pas la légalité de l'infraction commise à la loi de liquidation. || C'est le texte final de l'accord ainsi amendé qui a été signé par les Plénipotentiaires, et sur lequel le délégué du Khédive a également apposé sa signature en tant que besoin. || L'Ambassadeur de Turquie, seul, n'a pas encore signé ces deux instruments, alléguant que ses pouvoirs, dont l'envoi a d'ailleurs déjà été affectué, ne lui étaient point parvenus. || Je devrai attendre, pour transmettre à Votre Excellence les instruments, que le Protocole ait pu en être clos.

Nr. 8759. Frankreich. 21. März 1885.

Waddington.

Nr. 8760. TÜRKEI. — Declaration bei Unterzeichnung der Declaration vom 17. März. [B. IX. 28; W. 18.]

Le Plénipotentiaire de Turquie fait au nom de son Gouvernement la déclaration suivante:— || 1. Il est entendu qu'un fonctionnaire Ottoman, nommé par la Sublime Porte, siégera au sein de la Commission de la Caisse de la Dette Égyptienne en qualité de Représentant de la Puissance Souveraine, pour être tenu au courant de l'état des finances de l'Égypte. || 2. La Sublime Porte maintient ses réserves au sujet de la dépêche du Comte Granville du 3 Janvier, 1883, et entend qu'il sera inséré dans l'Acte Conventionnel de la Commission Internationale réunie à Paris pour le réglement du Canal de Suez, que le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan aura le plein droit de prendre les mesures nécessaires pour la défense de l'Égypte soit contre un État belligérant, soit en Égypte même en cas de troubles intérieurs.

Nr. 8760. Türkei. 30. März 1885.

Fait à Londres, le 30 Mars, 1885. Musurus.

Nr. 8761. TÜRKEI. — Gesandter in London an den engl. Min. des Ausw. — Nachträglicher Vorbehalt der Pforte. [B. IX. 31.]

Londres, le 2 Avril, 1885.

My Lord, — Ayant informé par télégraphe le Gouvernement Impérial de la signature de la Déclaration et de la Convention concernant les finances Égyptiennes, ainsi que du contenu de ma Déclaration du 30 Mars, je viens d'être chargé par son Excellence Assim-Pacha, à la suite d'une décision du

Nr. 8761. Türkei. 2. April 1885.

Nr. 8761. Türkei. 2. April 1885.

Conseil des Ministres, de remettre à votre Excellence la Déclaration Complémentaire, ci-jointe en original. || En priant votre Excellence de vouloir bien faire déposer cette Déclaration Complémentaire aux archives du Foreign Office, et d'en donner communication aux Plénipotentiaires des autres Puissances, je saisis, &c. Musurus.

Le Plénipotentiaire de Turquie fait par suite d'instructions, et au nom de son Gouvernement, la Déclaration Complémentaire suivante: — || 1. Le service du nouvel emprunt, ainsi que de la Dette Privilégiée et de la Dette Unifiée de l'Égypte, tel qu'il est spécifié, ne saurait en aucune façon retarder le payement du tribut. || 2. La mention dans la Déclaration des Tribunaux de Réforme n'implique pas la prolongation indéfinie du fonctionnement de ces Tribunaux. || 3. Le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan réserve sa liberté d'appréciation pour le cas où la Commission d'Enquête, prévue dans l'Article 12 du Décret Khédivial, viendrait à être instituée: et, || 4. La désignation éventuelle par le Consul des membres des Commissions et des Conseils de Révision ne pourrait être envisagée comme une immixtion étrangère.

Fait à Londres, le 2 Avril, 1885. Musurus.

Nr. 8762. **AEGYPTEN.** — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Kairo. — Die Regierung hat provisorisch den fünfprozentigen Abzug auf die Coupons angeordnet*). [B. IX. 58.]

(Circulaire.) Le Caire, le 14 Avril, 1885.

Nr. 8762. Aegypten. 14. Apr. 1885.

M. le Ministre, — J'ai l'honneur de vous transmettre ci-joint copie d'un Décret rendu par Son Altesse le Khédive autorisant MM. les Commissaires de la Dette à opérer sur les coupons des Dettes Égyptiennes venant à échéance à partir du 15 de ce mois jusqu'au 1er Juin prochain y compris, la retenue de 5 pour cent autorisée par la Convention signée à Londres le 17 Mars dernier. || Les raisons qui ont motivé cette mesure se trouvent développées dans les considérants mêmes du Décret aux termes duquel la retenue doit être restituée aux ayants droit dans le cas où le Décret Modificatif de la Loi de Liquidation et annexé en projet à la Convention susénoncée ne serait pas promulgué. || J'aime à espérer que cette mesure, prise par le Gouvernement de Son Altesse après avoir consulté MM les Commissaires de la Dette Publique, sera considérée par le Gouvernement de Sa Majesté comme une conséquence naturelle et nécessaire de l'arrangement intervenu à Londres. || Veuillez, &c.

Le Ministre des Affaires Étrangères,
N. Nubar.

*) Das Decret wurde nach Einholung der Zustimmung des englischen Ministers des Auswärtigen erlassen. [B. IX. 41. 43.]

Decree.

Nr. 8762. Aegypten. 14. April 1885.

Nous, Khédive d'Égypte, || Considérant que par la Convention signée à Londres le 17 Mars, 1885, les Puissances ont donné leur adhésion à un Décret Modificatif de la Loi de Liquidation; || Considérant que ce Décret visant un emprunt de 9,000,000 l. à émettre sous la garantie des Puissances ne peut être promulgué que lorsque cette garantie sera définitive; || Considérant cependant que vu l'échéance prochaine des coupons des Dettes Privilégiée et Unifiée, de la Daïra et des Domaines, il y a lieu d'inviter dès à présent et à titre provisoire les Commissaires de la Caisse de la Dette Publique, le Directeur et les Contrôleurs de la Daïra Sanieh et les Administrateurs des Domaines à retenir sur le montant des coupons à échoir l'impôt de 5 pour cent autorisé par la Convention susénoncée. || Sur la proposition de notre Conseil des Ministres; || Décrétons:

Article 1er. En attendant la promulgation du Décret Modificatif de la Loi de Liquidation, MM. les Commissaires de la Caisse de la Dette Publique, le Directeur et les Contrôleurs de la Daïra Sanieh et les Administrateurs des Domaines de l'État sont invités à opérer sur les coupons venant à échéance le 15 Avril courant pour la Dette Privilégiée et la Dette de la Daïra, le 1er Mai prochain pour la Dette Unifiée et le 1er Juin prochain pour l'Emprunt Domanial, une retenue de 5 pour cent. Le montant de ces retenues sera restitué aux ayants droit au cas où la promulgation du Décret susindiqué n'aurait pas lieu.

Art. 2. Notre Président du Conseil des Ministres et notre Ministre des Finances sont chargés chacun en ce qui le concerne de l'exécution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdine, le 12 Avril, 1885.

Méhémet Tewfik.

Par le Khédive:

Le Président du Conseil des Ministres,

Nubar.

Le Ministre des Finances,

Mustapha Fehmi.

Nr. 8763. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Der Reichskanzler wünscht, dass ein Theil der Anleihe in Berlin emittirt wird. [B. IX. 55.]

(Received by telegraph, April 18.) Berlin, April 17, 1885.

Nr. 8763. Grossbritannien. 17. April 1885.

My Lord, — With reference to your Lordship's telegraphic despatch of the 15th instant, I have the honour to report that I spoke this afternoon to Count Hatzfeldt on the question of the new Egyptian Loan. || His Excellency stated, that the Imperial Government foresaw difficulties in obtaining the con-

Nr. 8763. Gross-britannien. 17. Apr. 1885.

sent of the Reichstag to the measure in question, from the fact that one or two points in the Egyptian Financial Convention have been left vague, such, for instance, as the rate of interest and the amount of the sinking fund, but especially because, while the Imperial Government was to guarantee its share of the interest on the loan, the country was to have no part in raising the loan itself. || Count Hatzfeldt continued, that these difficulties could be met were it settled that the interest on the loan should be made payable at Berlin as well as at London and Paris, and a share of the loan issued here; and he requested me to ask your Lordship to agree to this proposal. || I replied to his Excellency in the terms of your Lordship's telegram of yesterday, to the effect that your Lordship had been made aware of this wish on the part of the German Government, and that it had surprised Her Majesty's Government, as the general arrangements had been made for the loan between the Chancellor of the Exchequer and M. Waddington, who was by way of acting in regard to these matters for all the Powers, but that Her Majesty's Government would let me know in a few days how far it would be possible for them to meet Prince Bismarck's wishes on the subject, and in the meantime, I should be extremely obliged if the Chancellor would take no step which might commit the German Government to a public expression of its views. Count Hatzfeldt promised to inform Prince Bismarck of the nature of my reply. || Meanwhile, his Excellency wishes to learn, with as little delay as possible, the opinion of Her Majesty's Government, as the duration of the sittings of de Reichstag is uncertain. || I have, &c. Edward B. Malet.

Nr. 8764. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Gründe für das Verlangen der deutschen Regierung. [B. IX. 63.]

(Received April 27.) Berlin, April 25, 1885.

Nr. 8764. Gross-britannien. 25. Apr. 1885.

My Lord, — With reference to my despatch of the 17th instant, stating the desire of the German Government, that the coupon of the proposed Egyptian Loan should be made payable at Berlin as well as at Paris and London, I have the honour to inform your Lordship that I have communicated to Count Hatzfeldt the reply on the subject contained in your Lordship's telegram of the 18th instant. || Count Hatzfeldt observed, that, although it was quite true that the Convention had been approved by the German Government, it should be borne in mind that the only object which he had had in making a fresh proposal to your Lordship was to secure the passing of the Bill before the Reichstag, which was a condition of the fulfilment of the Convention. The consent of the Contracting Powers to a modification of the Convention would naturally be required; but he conceived, that no opposition would be made. He said, that the threatening state of political affairs had

changed the situation since the Convention was signed, the condition of the money market was materially altered and the assumption by the State of liability in regard to the loan would, in consequence, be much more closely criticized. He particularly wished to make it clear, that the proposal which he had put forward was made in order to remove difficulties, not create them. || Prince Bismarck spoke a few words on the subject at an interview which I had with him yesterday, remarking that Russia had only undertaken to guarantee one-sixth of the loan, and that in fairness the other Powers should therefore only be called on to guarantee the remaining five-sixths. He did not, however, make any proposition on this point. He also said, that it would be useful here to know the course taken by the English and French Parliaments before submitting the Bill to the Reichstag.

Nr. 8764. Grossbritannien. 25. Apr. 1885.

Edward B. Malet.

Nr. 8765. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalkonsul in Kairo an den engl. Min. des Ausw. — Deutschland, unterstützt von Oesterreich, Frankreich und Russland, hat gegen das Decret vom 12. April protestirt. [B. IX. 82.]

(Received by telegraph, May 20.) Cairo, May 20, 1885.

My Lord, — The German Acting Consul-General called upon Nubar-Pasha this morning and protested against the Khedivial Decree of the 12th April*) authorizing the provisional imposition of a tax of 5 per cent. on the coupons of the debt, a copy of which was inclosed in my despatch of the 14th April. He was supported by the Austrian, French and Russian Representatives. || Nubar-Pasha said, that as the Decree was considered illegal it should be at once cancelled, and that the 5 per cent. which had been deducted should be repaid to the bondholders. || This promise was made without previous consultation with me. || The Egyptian Government has a strong case, and but for the promise made by Nubar-Pasha, I think the Decree should certainly not be cancelled. Even now I think it might be pointed out to the German and other Governments, that the Decree of the 12th April pledges the Egyptian Government to repay the money in the event of the financial arrangement falling to the ground, and that, under these circumstances, the Egyptian Government does not consider it necessary to cancel the Decree. I have, &c.

Nr. 8765. Grossbritannien. 20. Mai 1885.

E. Baring.

---

*) Nr. 8762.

Nr. 8766. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an die Vertreter Englands in Berlin, Wien, Paris, Rom und St.-Petersburg. — An Stelle des beanstandeten provisorischen Decrets kann das zwischen den Mächten vereinbarte Decret erlassen werden. — Eine vorgängige Zustimmung sämmtlicher Parlamente zu der Declaration erscheint nicht nothwendig. [B. IX. 93 u. 94.]

Foreign Office, May 26, 1885.

Nr. 8766. Gross-britannien. 26. Mai 1885.

My Lord, — A telegram has been received from Sir Evelyn Baring informing Her Majesty's Government, that the German Consul-General called on Nubar-Pasha on the 20th instant and protested against the temporary Decree issued by the Khedive on the 12th April, which authorized the deduction of the 5 per cent. tax from the coupons of the Privileged, Unified, Daïra and Domain Loans. Sir E. Baring adds, that the German Consul-General was supported in this protest by the Consuls-General of Austria, France and Russia. || The precise grounds on which objection is taken to the Decree have not yet been communicated to Her Majesty's Government; but I desire to remind you of the circumstances which attended the issue of the Decree, and to place you at once in possession of the views of Her Majesty's Government on the subject. || On the 17th March a Declaration was signed by the Governments of Great Britain, Germany, Austria-Hungary, France, Italy and Russia, by which they undertook to sign a Convention couched in the terms of an annexed draft, and declared their willingness to accept a Decree of His Highness the Khedive, expressed in the terms of a draft Decree, also annexed to that Declaration. || By Article 12 of that draft Decree a tax of 5 per cent. was established on the amounts of the coupons of the Egyptian Debt, the tax to be levied on the half-yearly payments falling due in 1885 and 1886. The declaration of the willingness of the Governments to accept the Decree was made in explicit terms, and does not purport to be subject to any conditions. || It immediately follows the undertaking to sign the Convention, and is couched in similar language; and the undertaking was clearly intended to create an immediate obligation, which was, in fact, at once fulfilled. || Her Majesty's Government are therefore advised, that His Highness the Khedive was in a position to issue the Decree of which a draft was attached to the Declaration, and he was about to do so; but on the 11th April, the date fixed for the promulgation of the Decree, the Commissioners of the Caisse expressed their opinion that it would be wiser not to promulgate the Decree pending the approval of the Chambers of the different Powers to the guarantee of the loan. They stated, however, that they were prepared to deduct the 5 per cent. tax from the coupons, "on the strength of a temporary Decree to be issued by the Khedive." || Although Her Majesty's Government could find nothing in the terms of the Declaration or of the draft Decree itself to

show that the issue of the Decree need be so postponed, they were glad, as this was purely a matter of procedure, that the Egyptian Government should as far as possible meet the wishes of the Commission of the Caisse, and accordingly on the following day, the 12th April, the temporary Decree to which exception is now taken was issued, and the coupons of the Privileged, Unified and Daïra Loans falling due on the 15th April and 1st May were taxed under its authority. || Her Majesty's Government fail to understand why, if objection was to be taken by the Powers to a course adopted solely to meet the views of the Caisse de la Dette, a body on which they are represented, that objection should have been postponed till so many weeks after it had been put in force. But, simultaneously with this protest, Her Majesty's Government have received a communication from Berlin to the effect that the approval of the German as well as of the Austrian Chamber to the guarantee of the loan cannot probably be obtained for several months. || Of course it is evident from this, that it cannot be the intention of the German Government, or of those acting with it, to delay by their protest the levy of the tax until the guarantee of the new loan has been sanctioned by their Parliaments, as such a course might lead to the tax not being levied till the second of the two years for which it was established. || They can only, therefore, conclude, that the objection lies in the informality of the procedure adopted. || Under these circumstances, Her Majesty's Government would see no objection to the withdrawal of the temporary Decree, and the substitution for it by His Highness the Khedive of the Decree annexed to the Declaration. Such a course would not affect the tax already levied, as by the terms of the 12th Article of the Decree that tax is not made to date from the issue of the Decree, but is expressly ordered to be levied on the half-yearly payments falling due in 1885 and 1886. The deductions already made would therefore come within the terms of the Decree. || You will state to the Government to which you are accredited, that Her Majesty's Government are of opinion that it is desirable and proper that the course above indicated should be pursued. At the same time, Her Majesty's Government are willing to consider the expediency of taking a course of a temporary character sufficient to insure those objects which were intended by the parties to the Declaration of the 17th March to have immediate effect. || I am, &c.

Granville.

Foreign Office, May 26, 1885.

My Lord, Sir, — It appears from a remark recently made to Her Majesty's Ambassador at Berlin by Count Hatzfeldt, that the German Government do not consider that the new Egyptian Loan can be raised until all the Powers parties to the Convention of the 17th March, except Russia, shall have obtained the sanction of their Parliaments to the guarantee. || Her Majesty's Government are unable to concur in this view. || By the terms of the Con-

Nr. 8766. Grossbritannien. 26. Mai 1885.

vention the agreement embodied in it has immediate effect, and the Convention is binding on the different Powers without its being referred to the Parliaments of the respective countries. It is the question of the guarantee alone which has to be submitted to the Parliaments. || By Article VII of the Convention the Governments therein named do not absolutely undertake to guarantee the interest on the loan, but they only undertake either to guarantee jointly and severally, or to ask authority from their Parliaments to guarantee jointly and severally, the regular payment of the annuity; and by the Ist Article power is given to the "Egyptian Government" to issue the loan "under the guarantee resulting from the present Convention." || By the second paragraph of the Declaration signed on the 17th March the Governments of Germany, Austria, France, Great Britain, Italy and Russia undertook to sign a Convention in the terms of a draft thereto annexed. They also declared "their willingness to accept a Decree of His Highness the Khedive expressed in the terms of the annexed draft Decree." || Under the circumstances above set forth, and those described in my despatch of this day relating to the deduction of the 5 per cent. from the coupons, Her Majesty's Government are of opinion, that the Egyptian Government would be justified in issuing the loan without waiting for the sanction of the guarantee by all the Parliaments concerned. || I am, &c. Granville.

Nr. 8767. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Der engl. Vorschlag der Regelung der Anleihe ist nicht acceptabel.

(Received May 29.) Berlin, May 27, 1885.

Nr. 8767. Grossbritannien. 27. Mai 1885.

My Lord, — Count Hatzfeldt spoke to me yesterday on the subject of the proposal with regard to the mode of issue of the new Egyptian loan contained in your Lordship's despatch of the 14th instant. || He said, that Prince Bismarck had taken advice on the matter, and that it appeared that the method proposed of offering the loan for tender was one unknown in Germany, and the result would not be that which he desired, that is to say, that a portion of the loan should be subscribed for in Germany. The Chancellor was anxious on the subject, because he believed that the Reichstag would not authorize the guarantee of the loan unless Germany had the opportunity of taking part in the subscription, and the proposal which he had put forward was made in the interest of the Convention. || Count Hatzfeldt remarked, that your Lordship's offer in no way met the wish that Berlin should be added to Paris and London for the payment of the coupon, or that a share of the loan should be issued at Berlin. || His Excellency added, that it would be useless to present the matter to the Reichstag in its present form, and that the Chancellor was only seeking a means to make it acceptable. || I have, &c.

Edward B. Malet.

Nr. 8768. FRANKREICH. — Min. des Ausw. (Freycinet) an den engl. Botsch. in Paris. — Gründe des Protestes gegen das provisorische Decret. [B. IX. 111.]

Paris, le 2 Juin, 1885.

M. l'Ambassadeur, — Par sa lettre en date du 29 Mai dernier, votre Excellence m'a fait l'honneur de m'informer que Sir E. Baring, Agent et Consul-Général de Sa Majesté Britannique en Égypte, avait signalé à Son Gouvernement que le Consul-Général d'Allemagne venait de protester auprès de Nubar-Pacha contre le Décret temporaire rendu par le Khédive le 12 Avril, et que les Consuls-Généraux d'Autriche-Hongrie, de France et de Russie avaient appuyé cette démarche. Votre Excellence a ajouté que le Gouvernement de la Reine ne connaissait pas encore le terrain précis sur lequel on avait placé les objections que l'on faisait valoir contre le Décret en question. Je n'ai pas, non plus, quant à moi, été instruit jusqu'ici des termes dans lesquels les quatre Consuls-Généraux ont formulé leurs protestations. || Mais il ne paraît pas douteux qu'ils ont dû les appuyer sur la considération que la Déclaration de Londres du 17 Mars, par son Article Ier, a fait des projets de Convention et de Décret qui sont annexés à cet Acte un tout indivisible; d'où il suit que le projet de Convention n'ayant pas encore été ratifié par les Puissances Signataires, ni lui, ni le projet de Décret Khédivial qui en forme le complément, ne sauraient avoir force obligatoire pour elles. Il en est naturellement de même du Décret provisoire rendu le 12 Avril par le Khédive en vue de l'exécution d'engagements réciproques non encore parfaits. || Quant à ce qui concerne l'intervention des Commissaires de la Dette, par laquelle le Gouvernement Égyptien essaie de justifier le Décret provisoire en question, elle ne saurait lier en quoi que ce soit les Gouvernements Signataires de la Déclaration de Londres du 17 Mars, attendu que ces Commissaires sont des fonctionnaires Égyptiens et non pas les Représentants Diplomatiques de leurs pays respectifs. || Agréez, &c. De Freycinet.

Nr. 8768. Frankreich. 2. Juni 1885.

Nr. 8769. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in London. — Die franz. Auffassung stellt auch die Legalität der Suezkommission in Frage. [B. IX. 123.]

Foreign Office, June 15, 1885.

My Lord, — I understand from M. de Freycinet's note, copy of which was inclosed in your despatch of the 2nd instant, that in his opinion the Declaration of the 17th March having by its Ist Article incorporated the draft Convention and the draft Decree annexed to it, the whole became indivisible, and that neither the Convention nor the Decree could come into force until the Convention was ratified. || If this point were conceded, it follows

Nr. 8769. Grossbritannien. 15. Juni 1885.

Nr. 8769. Grossbritannien. 15. Juni 1885.

that no part of the Declaration could have been carried out, and the assembly of the Suez Canal Commission, which met in virtue of it, could not properly have taken place. If it is urged that the meeting was necessary because the date for it was fixed, the same argument applies with equal force to the levy of the tax on the coupons. Her Majesty's Government fail to understand upon what principle one of the provisions of the Declaration can be considered binding and another illegal. || But, on the other hand, there is no apparent reason for delay in ratifying the Convention. It is not a matter, in regard to which it is necessary for all the Powers to await the action of their respective Parliaments, inasmuch as the Convention does not bind the Signatories positively to guarantee the new loan, but either to guarantee it or to ask authority from their Parliaments to do so. || The refusal of one or other of the several Parliaments to sanction the guarantee would not of itself invalidate the Convention or the engagement to ratify it. || I have to request your Excellency to mention these points to the French Government, and to ask their co-operation in urging the immediate ratification of the Treaty. || I am, &c. Granville.

Nr. 8770. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. (Salisbury) an die engl. Vertreter in Berlin und in Kairo. — Regt die sofortige Ausgabe der Anleihe von neuem an. [B. IX. 134.]

Foreign Office, June 30, 1885.

Nr. 8770. Grossbritannien. 30. Juni 1885.

Sir, — I spoke to the German Ambassador to-day on the question of Egyptian finance. He told me, that he had no instructions on the subject, but he would transmit any observations I desired to make. I pointed out to him that, considerable embarrassment to the Egyptian Treasury was being caused by the delay in the issue of the loan, and that I thought that delay should be terminated at as early a period as possible. He said there was a difficulty arising from the fact that the ratification of the loan had not been procured from the German and Austrian Parliaments, and could not be procured now because those bodies were not in session. I replied, that I thought that, if the loan was issued with an intimation that the Governments of Austria and Germany would take the earliest opportunity of proposing the ratification by their Parliaments, the investor would be perfectly satisfied with the assurance. We also agreed, that it would probably be most expedient that the loan should be issued at London, Paris and Berlin. His Excellency promised to transmit this communication to his Government, and to let me know as soon as he had any instructions. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 8771. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Paris an den engl. Min. des Ausw. — Unterredung mit Freycinet über die Stellung des neuen Ministeriums zur ägyptischen Frage. [B. IX. 144.]

(Received July 9.) Paris, July 8, 1885.

Nr. 8771. Grossbritannien. 8. Juli 1885.

My Lord, — Having arrived in Paris last evening from the short visit I made to London, in consequence of the summons I had the honour to receive from your Lordship, I waited upon M. de Freycinet this afternoon. || I said to him, that I was charged by your Lordship to convey to him your most sincere thanks for the very friendly messages he had sent to you by me, and to assure him that you fully shared his desire to cultivate the most cordial relations between the two Governments and the two countries. || After expressing his acknowledgments, M. de Freycinet went on to observe that it seemed to him to be only natural, that in the peculiar state of political matters in England, Her Majesty's Government should not be prepared to take, at this moment, very considerable or decisive steps in foreign questions. This was no doubt, he conceived, particularly the case with regard to Egyptian matters. He had accordingly instructed the French Ambassador in London to express in general terms cordial feelings with regard to these matters, to manifest no impatience with regard to them, to take no initiative, and above all to abstain carefully from anything having the least appearance of a desire to put any pressure upon Her Majesty's Government. He was, in fact, quite content to leave the Egyptian questions in the hands of Her Majesty's Government, being convinced that by so doing he should best advance a satisfactory solution of them and promote cordial feelings between France and England. || M. de Freycinet went on to say, that I had no doubt observed in the newspapers statements professing to come from Vienna to the effect that the French Government had sounded the Continental Powers on the steps to be taken for completing the draft Convention respecting the Suez Canal, which had been in great part prepared by the International Commission which had recently sat at Paris. He need hardly tell me, that there was no foundation for these statements. He had, according to custom, communicated to the several Powers, England included, which had sent Delegates to the Commission, the procès-verbaux of the proceedings. He had made the communication to England and to the other Powers exactly in the same terms, and had said nothing to any other Power on the subject which he had not also said to England. || I thanked him for mentioning this to me, and I observed that certainly nothing could less tend to facilitate a satisfactory settlement or to promote good feeling than that a separate understanding should be come to by France with the other Powers on Egyptian questions, and that then this understanding should be communicated to Great Britain, in the name of the Powers, as a fait accompli—a decision already come to—without her

Nr. 8771. Grossbritannien. 8. Juli 1885.

concurrence. || I told M. de Freycinet, that I had learnt with great satisfaction, on my arrival at Paris the day before, that the Bill authorizing the ratification of the Egyptian Finances Convention of the 18th March had been declared urgent by the Senate at his instance and finally passed that afternoon. It now remained, I said, to turn the Convention to account in order to enable the Egyptian Government to pay the Alexandria indemnities and to provide for the pressing needs of the Administration. || M. de Freycinet answered, that he was fully aware of the urgent importance of providing the Egytian Government with funds for these purposes, as soon as possible. || I have, &c.

Lyons.

Nr. 8772. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin. — Deutschland willigt in den Erlass des Finanzdecrets. Ausgabe der Anleihe in London, Paris und Berlin zu gleichen Theilen. [B. IX. 148.]

Foreign Office, July 13, 1885.

Nr. 8772. Grossbritannien. 13. Juli 1885.

Sir, — Count Münster informed me on the 11th instant, that owing to the German Parliament being in recess the Government of His Majesty the Emperor are not at present in a position to obtain a ratification of the guarantee of the Egyptian Loan under the Convention of the 18th March last. Prince Bismarck is, however, Count Münster said, quite prepared to facilitate the issue of the loan by undertaking to ask for the ratification of the German Parliament in due course, and by consenting to the issue of the Khedivial Decree attached to the Declaration of the 17th March. || His Excellency observed further, that he understood that Her Majesty's Government would make no objection to the issue of a portion of the loan in Germany. I said, that there would be none whatever, and that I thought that the most convenient arrangement would be that the loan should be issued in three parts, as nearly equal as the subscriptions would permit, in London, Paris and Berlin. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 8773. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Betheiligung Deutschlands an der Anleihe. [B. IX. 151.]

(Received by telegraph, July 14.) Berlin, July 14, 1885.

Nr. 8773. Grossbritannien. 14. Juli 1885.

My Lord, — In communicating to Count Hatzfeldt to-day the substance of your Lordship's telegram of yesterday, and inquiring whether the German Government particularly wished that the coupons of the proposed Egyptian loan should be made payable at Berlin, or would be content with the mode of payment as stipulated in the present text of the International Convention

and Khedivial Decree, to which I called his attention, I was careful to make it clear to his Excellency that either course would be agreeable to Her Majesty's Government, who were very anxious to meet the wishes of the German Government. I pointed out, however, that in the former case a supplementary Article would have to be inserted in the International Convention, and that, as this would require the consent of all the Signatory Powers, your Lordship would be very glad to know the views of Prince Bismarck with as little delay as possible. || Count Hatzfeldt said, that he would be obliged to refer the question I had put to him to Prince Bismarck, who was at Varzin, but he would do so without a minute's delay, and hoped to be able to give, an early reply. || He understood from my communication, that a Supplementary Article would have to be added to the Convention with the consent of the Signatory Powers; but he apprehended, that this would only entail a very slight delay, which need not interfere with the preparations for the issue of the loan. || Although his Excellency was unable to give me an official reply before communicating with Varzin, I gathered from what he told me on a previous occasion, as well as to-day, that the German financial authorities who had been consulted on this subject attached a good deal of importance to making the coupons payable at some place in Germany as well as in London and Paris, and that the payment in Germany should be made at the current rate of exchange of the day*). || He also said, that he understood that in expressing a desire to participate in the issue of the new loan, the German financial experts had been chiefly influenced by the fact that the manner in which loans were placed on the market in England differed from that customary in Germany and other countries of the continent. || He added, that Prince Bismarck would be very sensible to the friendly disposition displayed by Her Majesty's Government in so promptly acceding to the wishes of the German Government, and thus enabling them to satisfy public opinion, and avert any possible opposition to the ratification of the joint guarantee by the Reichstag. || I have, &c. Charles S. Scott.

Nr. 8773. Grossbritannien. 14. Juli 1885.

Nr. 8774. DEUTSCHLAND, OESTERREICH-UNGARN, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, RUSSLAND und TÜRKEI. — Declaration, betreffend die ägyptischen Finanzen, vom 25. Juli 1885. [B. IX. 200.]

Entre les Gouvernements de la Grande-Bretagne, d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, d'Italie, de Russie et de Turquie, a été arrêté d'un commun accord la Déclaration suivante: —

Nr. 8774. Konferenz-Staaten. 25. Juli 1885.

*) Salisbury regte in Folge dessen in einer Note vom 16. Juli [B. IX. 153.] die Unterzeichnung der Declaration vom 25. Juli (Nr. 8774) an.

"Declaration.

Nr. 8774. Konferenz-Staaten. 25. Juli 1885.

"Les Gouvernements de la Grande-Bretagne, d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, d'Italie, de Russie et de Turquie, Signataires de la Déclaration relative aux finances de l'Égypte du 17 Mars, 1885, conviennent d'insérer les mots 'à Berlin' après le mot 'Londres' dans l'Article 2 du projet de Décret annexé à la dite Déclaration, ainsi que dans l'Article II de la Convention signée par leurs Représentants à Londres le 18 Mars, 1885, dont le projet a été annexé à la dite Déclaration. || Ils conviennent également d'ajouter à l'Article II du Décret et de la Convention l'alinéa suivant: 'A Berlin les paiements s'effectueront au cours du jour.'"

En foi de quoi les Soussignés, Plénipotentiaires des Gouvernements précités, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Déclaration et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le 25 Juillet, 1885.

Salisbury. Nigra.
Münster. Staal.
Károlyi. Musurus.
Waddington.

Nr. 8775. **AEGYPTEN.** — Decret des Khedive, betreffend die Abänderung des Liquidationsgesetzes und die Ausgabe einer privilegirten Anleihe. Vom 27. Juli 1885.] [B. IX. 200.]

Nr. 8775. Aegypten. 27. Juli 1885.

[Das Decret entspricht mit Ausnahme des Art. 2, welcher gemäss der Declaration vom 25. Juli 1885 (No. 8774) abgeändert ist, dem der Declaration vom 17. März 1885 beigefügten Entwurf (No. 8757)].

Nr. 8776. **AEGYPTEN.** — Decret des Khedive betreffend die Anleihe-Bedingungen. Vom 28. Juli 1885. [B. IX. 201.]

Nr. 8776. Aegypten. 28. Juli 1885.

Nous, Khédive d'Égypte, || Vu notre Décret en date du 27 Juillet, 1885; || Sur la proposition de notre Conseil des Ministres; || Avons décrété et décrétons:

Article 1er. Il sera créé, pour réaliser l'emprunt à émettre en vertu de notre Décret précité du 27 Juillet, 1885, la quantité de titres nécessaires pour produire, au prix de l'émission, une somme effective de 9,000000l. et portant un intérêt de 3 pour cent l'an.

Art. 2. L'emprunt sera émis à Londres, Berlin, Francfort-sur-le-Mein et Paris le 30 courant, au prix de 95l. 10s. au 100l. de capital nominal,

avec jouissance 1er Juin, 1885, payables comme suit: 5l. en souscrivant; 20l. à la répartition; 25l. le 1er Septembre, 1885; 25l. le 6 Octobre, 1885; 20l. 10s. le 10 Novembre, 1885, avec faculté d'escompte des termes non échus à 3 pour cent l'an à partir de l'émission des titres provisioires. Nr. 8776. Aegypten. 28. Juli 1885.

Art. 3. Un coupon intérimaire représentant trois mois d'intérêts sera payé, le 1er Septembre, 1885, et les autres coupons seront payés semestriellement le 1er Mars et le 1er Septembre de chaque année.

Art. 4. Notre Ministre des Finances est chargé de l'execution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdin, le 28 Juillet, 1885 (16 Chawal, 1302).

Méhémet Tewfik.

Zanzibar*).

Nr. 8777. DEUTSCHLAND. — Brief des Kaisers an den Sultan von Zanzibar**).

Nr. 8777. Deutschland. 9. Oct. 1884.

Wir Wilhelm || von Gottes Gnaden || deutscher Kaiser, König von Preussen etc. etc. etc. || dem Sultan von Zanzibar || Unseren Gruss!

Geleitet von dem Wunsche, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Meinem Reiche und den Unterthanen Euerer Hoheit zu befestigen und zu fördern, beabsichtige Ich, der Vertretung des deutschen Reiches in Euerer Hoheit Hauptstadt eine erhöhte Bedeutung zu verleihen. Zu diesem Zweck habe Ich den Dr. Rohlfs zum General-Konsul für die Ostküste von Afrika in Aussicht genommen und bitte Euere Hoheit, ihn in Ihrer Hauptstadt freundlich aufzunehmen und ihm. zu gestatten, dass er Euerer Hoheit Meine Vorschläge zu dem Abschluss eines Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrages zwischen uns zum Nutzen unserer Unterthanen darlegt. || Indem Ich hoffe, dass der Generalkunsul Dr. Gerhard Rohlfs bei Erfüllung dieser ihm anvertrauten Aufgabe sich Euerer Hoheit Geneigtheit zu erwerben wissen wird, bitte Ich Euere Hoheit, ihm in allem, was er in Meinem Namen vortragen wird, vollen Glauben zu schenken. || Ich nehme gern diese Gelegenheit wahr, um Meinen besten Wünschen für Euerer Hoheit stetes Wohlergehen wie für die Wohlfahrt der von Euerer Hoheit regierten Länder Ausdruck zu geben und bitte Gott, dass Er diese und ihren erhabenen Sultan in Seine gnädige Obhut nehme.

Gegeben Baden-Baden, den 9. October 1884.

Wilhelm.

Fürst von Bismarck.

An den Sultan von Zanzibar.

---

*) Die englischen Aktenstücke dieses Abschnitts sind entnommen dem Blaubuch "Africa Nr. 1 (1886) Correspondence relating to Zanzibar [C. 4609]." Die deutschen Aktenstücke sind mit Ausnahme von Nr. 8782 und 8803 im Original anderweit nicht veröffentlicht. Uebersetzungen derselben befinden sich in dem genannten Blaubuch.

**) Uebersetzung im Blaubuch Nr. 15. Anm. d. Red.

Nr. 8778. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. (Granville) an den engl. Botsch. in Berlin (Malet) — Die deutsche Regierung ist auf die englischen Interessen in Zanzibar aufmerksam zu machen. [1.]

Foreign Office, January 14, 1885.

Nr. 8778. Grossbritannien. 14. Jan. 1885.

Sir, — It appears from a telegram in the public papers, that a German vessel of war has been ordered to Zanzibar with the German Consul-General on board, and considerable uneasiness is shown in the press of this country lest the German Government should have intentions in regard to that country which would be detrimental to the independence of the Sultan of Zanzibar and the interests of Great Britain and India. These apprehensions are not shared by Her Majesty's Government, who construe the assurance given to your Excellency by Prince Bismarck on the 28th November, that Germany was not endeavouring to obtain a Protectorate over Zanzibar, as meaning that she considered that country as beyond the sphere of her political activity, but they think it right to place before the Chancellor the position which they now occupy with regard to those territories. || For the greater part of the present century the Sultans of Muscat and Zanzibar have been under the direct influence of this country and of the Government of India. In 1861, by a decision of the Governor-General of India, Muscat and Zanzibar were divided into two kingdoms under separate Sultans, an arrangement which still continues. Her Majesty's ships have since that time kept the peace in the Zanzibar waters, and have maintained an active and successful hostility to the Slave Trade in the cause of humanity and civilization. Trade has increased, and the safety of the merchants of all countries has been secured. A British line of steamers subsidized by Her Majesty's Government, and a British Telegraph Company, maintain communications with the capital and coast ports, and British Indian traders have settled in large numbers on the island and extended their operations, in harmony with the Sultan's subjects or under his flag, far into the interior, where the Sultan exercises an influence which has now for many years been used for the advantage of the traders of all nations, under the provisions of a liberal Commercial Treaty. || The above short summary will explain the interest which Her Majesty's Government feel in the prosperity and the maintenance of the sovereignty of the Sultan of Zanzibar, whose independence they desire to support; and they are convinced that Prince Bismarck, to whom your Excellency will be good enough to communicate the foregoing, will readily recognize the spirit in which they make these communications. || I am, &c. Granville.

Nr. 8779. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London (Münster) an den engl. Min. des Ausw. — Zurückweisung der englischen Einmischung*).

London, den 6. Februar 1885.

Nr. 8779. Deutschland. 6. Febr. 1885.

Der Unterzeichnete ist beauftragt, die Note, welche der Königlich grossbritannische Botschafter in Berlin unter dem 16. v. Mts. in Betreff Zanzibars an die Regierung Seiner Majestät des Kaisers gerichtet hat, wie folgt zu beantworten: || Die in der Note Sir Edward Malets erwähnte Beunruhigung der englischen Presse hinsichtlich der Absichten Deutschlands in Zanzibar war uns aus öffentlichen Blättern bekannt; aber wir haben nicht geglaubt, dass die Königlich grossbritannische Regierung dieselbe für hinreichend begründet erachten würde, um uns in internationalen Aktenstücken darauf aufmerksam zu machen. || Die Verdienste der britischen Regierung um die Unterdrückung des Sclavenhandels an jenen Küsten im Interesse der Humanität und Civilisation, der Aufschwung, welchen der Handel und insbesondere der englische in Folge dessen genommen hat, sind notorisch. Unbekannt dagegen ist der Unterzeichnete mit dem Maasse des direkten Einflusses, welchen das Vereinigte Königreich und die indische Regierung nach der Angabe der Note vom 16. v. Mts. im Laufe dieses Jahrhunderts auf Zanzibar geübt haben. Die deutsche Regierung nimmt indessen nicht an, dass die Unabhängigkeit des Sultanats von Zanzibar dadurch in Frage gestellt sei, da nicht nur in dem englisch-französischen Vertrage von 1860 beide Mächte sich gegenseitig verpflichtet haben, diese Unabhängigkeit zu achten, sondern auch die noch tagende Congo-Konferenz unter Mitwirkung des englischen wie des deutschen Vertreters Beschlüsse gefasst hat, welche die volle Unabhängigkeit des Sultanats von Zanzibar zur Voraussetzung haben. Bei dieser Gelegenheit haben auch beide Regierungen in Gemeinschaft mit allen anderen Theilnehmern der Konferenz einander zugesagt, die Staaten des Sultans im Wege der Verhandlung dem Handel und insbesondere dem Transit zu öffnen. Wir können daher nicht annehmen, dass es den Interessen und der Politik Grossbritanniens widerspreche, wenn die deutsche Regierung auch ihrerseits die Förderung der von der Konferenz als gemeinschaftlich anerkannten Zwecke in die Hand nimmt und mit dem Sultan von Zanzibar für das deutsche Reich Verträge abschliesst mit demselben Recht, wie dies von Amerika 1835, von England 1839, von Frankreich 1844 und von den deutschen Hanse-Städten im Jahre 1859 geschehen ist. || Wir glauben nicht, dass die Unterstellung des Sultans von Maskat und Zanzibar unter den direkten Einfluss des Vereinigten Königreichs, welche die Note Sir Edward Malet's im Sinne hat, von der Natur gewesen sein kann, dass die Gleichberechtigung Deutschlands zu Vertragsabschlüssen mit dem Sultan von Zanzibar dadurch beeinträchtigt worden wäre. Dass der

*) Uebersetzung im Blaubuch Nr. 13.

General-Gouverneur von Indien im Jahre 1861 die Entscheidung getroffen habe, durch welche Maskat und Zanzibar in zwei Reiche unter besonderen Sultanen getheilt worden sind, war dem Unterzeichneten nicht bekannt, und hat derselbe bisher angenommen, dass diese Trennung schon im Jahre 1856 nach dem Tode Saïd Ben Sultans, des Imans von Maskat und Sultans von Zanzibar, eingetreten sei. Vielleicht hat die Note Sir Edward Malets die englischen Vermittelungen im Jahre 1859 und 1861 im Auge, durch welche die Streitigkeiten von Seid Sueni und Seid Madjid, den Erben des Imans, und die Unruhen von 1861 beigelegt wurden. Dass diese englische Vermittelung ein Verhältniss zwischen Grossbritannien und dem Sultan von Zanzibar begründet hätte, durch welches andere Staaten verhindert würden, mit Letzterem Handelsverträge abzuschliessen, kann die Regierung des Unterzeichneten um so weniger annehmen, als die grossbritannische Regierung noch in ihrer Note vom 16. Januar in warmen Worten selbst für die Unabhängigkeit, also für die Berechtigung des Sultans von Zanzibar eintritt, Verträge mit anderen Staaten, also auch mit Deutschland abzuschliessen. Der Reichskanzler vermag deshalb die Tragweite der am Schlusse der Note ausgesprochenen Voraussetzung, dass er die Absicht, in welcher die Mittheilung vom 16. Januar gemacht sei, bereitwillig anerkennen werde, nicht vollständig zu ermessen und würde Lord Granville für eine weitere Aufklärung über die Absicht (:the spirit:), in welcher die betreffende Mittheilung der Königlich grossbritannischen Regierung in Berlin gemacht worden ist, zu Dank verpflichtet sein.

Nr. 8779. Deutschland. 6. Febr. 1885.

Graf Münster.

Nr. 8780. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. — Die engl. Regierung bestreitet Deutschland nicht das Recht, mit Zanzibar einen Handelsvertrag zu schliessen. [4.]

Foreign Office, February 14, 1885.

Sir, — I transmit to your Excellency herewith a translation of a note from the German Ambassador in reply to that which you addressed to Prince Bismarck with regard to the position of Zanzibar, in accordance with the instructions contained in my despatch of the 14th ultimo.

Nr. 8780. Grossbritannien. 14. Febr. 1885.

In the present communication the German Government, while acknowledging what has been done by the British Government towards the suppression of the Slave Trade on that coast, and for the development of civilization and commerce, state that they are unaware of the amount of direct influence which Great Britain and the Government of India have exercised over Zanzibar during the present century. They do not, however, understand, that the independence of the Sultan has thereby been affected, and they mention, as proof to the contrary, the mutual engagements entered into by France and England

Nr. 8780. Gross-britannien. 14. Febr. 1885.

in 1860 to respect that independence, and the conclusions recently arrived at by the Conference at Berlin with the concurrence of the British and German Representatives. They do not, therefore, consider, that the influence exercised by Great Britain over the Sultans of Muscat and Zanzibar can be of such a nature as to impair the right of Germany to conclude Treaties with Zanzibar as has already been done at various times by other countries, and Count Münster therefore asks on their behalf for some further explanation as to the spirit in which the previous communication was made to them.

I have, in reply, to state, that I was not aware that there was any expression in your note which could be considered as implying an intention or desire on the part of Her Majesty's Government to question the right of Germany or other Powers to conclude Treaties with the Sultan of Zanzibar, or any objection to the conclusion of Treaties of Commerce with the Sultan with the objects specified in Count Münster's note. The communication which your Excellency was instructed to make to the German Government was simply intended in a friendly manner, to make that Government acquainted with the facts as regards the relations between this country and Zanzibar.

I have to request your Excellency to address a communication in the sense of the above to the German Government. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8781. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botsch. in London. — Rohlfs ist beaufragt, den Sultan zur Annahme der Beschlüsse der Berliner Konferenz zu bewegen*).

Berlin, den 22. Februar 1885.

Nr. 8781. Deutschland. 22. Febr. 1885.

Euere Excellenz habe ich durch meinen Erlass vom 4. Februar von dem Zwecke der Entsendung des General-Konsuls Dr. Rohlfs nach Zanzibar unterrichtet. Er ist namentlich beauftragt, seinen Einfluss in der Richtung des Beschlusses der Afrikanischen Conferenz, Artikel I sub 3° der Declaration, betreffend die Handelsfreiheit im Kongo-Becken**), auszuüben. Danach ist die Erstreckung des conventionellen Kongo-Beckens bis zum indischen Ocean mit der Maassgabe vorgesehen, dass die Bestimmungen der Declaration auf die unabhängigen Staaten an dieser Küste nur mit deren Zustimmung Anwendung finden sollen. Die Mächte verpflichteten sich aber, ihre guten Dienste bei den betreffenden Regierungen eintreten zu lassen, um diese Zustimmung zu erreichen und auf jeden Fall für den Transit aller Nationen die günstigsten Bedingungen zu sichern. Dr. Rohlfs berichtet, dass im Falle des gemeinsamen

*) Die entsprechende Note des deutschen Botschafters vom 25. Februar siehe im Blaubuch Nr. 5.

**) Siehe Staatsarchiv. Bd. XLV, Nr. 8605, Seite 233.

Zusammenwirkens der fremden Vertreter die Aussichten auf Erreichung der Transitfreiheit gute seien. Nr. 8781. Deutschland. 22.Febr.1885.

Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, Lord Granville hiervon mit dem Ausdruck des Wunsches Kenntniss zu geben, dass der Vertreter von Grossbritannien in Zanzibar angewiesen werden möchte, seine Bemühungen im Sinne des in der Kongo-Conferenz gefassten gemeinsamen Beschlusses mit denen des Kaiserlichen Generalkonsuls in der bezeichneten Richtung zu vereinen.

Fürst von Bismarck.

Nr. 8782. DEUTSCHLAND. — Kaiserlicher Schutzbrief für die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation".

(Reichsanzeiger vom 3. März 1885.)

Nr. 8782. Deutschland. 27.Febr.1885.

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen, thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem die derzeitigen Vorsitzenden der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation", Dr. Karl Peters und Unser Kammerherr Felix, Graf Behr-Bandelin, Unseren Schutz für die Gebietserwerbungen der Gesellschaft in Ostafrika, westlich von dem Reiche des Sultans von Zanzibar, ausserhalb der Oberhoheit andrer Mächte, nachgesucht und Uns die von besagtem Dr. Karl Peters zunächst mit den Herrschern von Usagara, Nguru, Useguha und Ukami im November und Dezember v. J. abgeschlossenen Verträge, durch welche ihm diese Gebiete für die deutsche Kolonisationsgesellschaft mit den Rechten der Landeshoheit abgetreten worden sind, mit dem Ansuchen vorgelegt haben, diese Gebiete unter unsere Oberhoheit zu stellen, so bestätigen Wir hiermit, dass Wir diese Oberhoheit angenommen und die betreffenden Gebiete, vorbehaltlich Unserer Entschliessungen auf Grund weiterer Uns nachzuweisender vertragsmässiger Erwerbungen der Gesellschaft oder ihrer Rechtsnachfolger in jener Gegend, unter Unseren Kaiserlichen Schutz gestellt haben. || Wir verleihen der besagten Gesellschaft unter der Bedingung, dass sie eine deutsche Gesellschaft bleibt und dass die Mitglieder des Direktoriums oder der sonst mit der Leitung betrauten Personen Angehörige des deutschen Reiches sind, sowie den Rechtsnachfolgern dieser Gesellschaft, unter der gleichen Voraussetzung, die Befugniss zur Ausübung aller aus den Uns vorgelegten Verträgen fliessenden Rechte, einschliesslich der Gerichtsbarkeit, gegenüber den Eingeborenen und den in diesen Gebieten sich niederlassenden oder zu Handels- und anderen Zwecken sich aufhaltenden Angehörigen des Reiches und anderer Nationen, unter der Aufsicht Unserer Regierung und vorbehaltlich weiterer von Uns zu erlassender Anordnungen und Ergänzungen dieses Unseres Schutzbriefes. || Zu Urkund dessen haben Wir diesen Schutzbrief Höchsteigenhändig vollzogen und mit Unserem Kaiserlichen Insiegel versehen lassen.

Gegeben Berlin, den 27. Februar 1885.

Wilhelm.

v. Bismarck.

Nr. 8783. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin (Scott) — Der engl. Konsul in Zanzibar ist instruirt, Rohlfs zu unterstützen, soweit die beiderseitigen Interessen identisch sind. [11.]

Foreign Office, March 30, 1885.

Nr. 8783. Grossbritannien. 30. März 1885.

Sir, — I inclose a translation of a note in which Count Münster announced the objects of the appointment of Dr. Rohlfs as Consul-General in Zanzibar. These objects are stated to be in connection with the decisions of the Conference at Berlin, especially with regard to the employment of good offices to obtain favourable conditions for the transit trade. He states, that Dr. Rohlfs has reported that the prospects of obtaining freedom of transit are good if the Representatives of the Powers work together, and he requests that Sir J. Kirk may be directed to co-operate with Dr. Rohlfs. || Her Majesty's Government have had pleasure in responding to the invitation of the German Government by sending instructions to Sir J. Kirk to act cordially with his German colleague in all matters in which the views and interests of the two Powers are identical; but, in view of the existence of their Commercial Treaty with Zanzibar, they have not been able to send definite instructions as to negotiations of the nature of which they are ignorant. || I have to add, that a telegram has been received from Sir J. Kirk, stating that Dr. Rohlfs is proposing to negotiate a new Commercial Treaty with the Sultan, but that no information has been received as to the nature of the modifications which he will endeavour to obtain. || I have to request you to speak in this sense to Prince Bismarck. || I inclose herewith copy of the instruction which has been sent to Sir J. Kirk. || I am, &c.

Granville.

Nr. 8784. GROSSBRITANNIEN. — Unterstaatssekretär des Ausw. an den engl. Generalkonsul in Zanzibar. — Instruktion, betreffend das Verhalten gegenüber dem deutschen Generalkonsul. [12.]

Foreign Office, March 31, 1885.

Nr. 8784. Grossbritannien. 31. März 1885.

Sir, — I am directed by Earl Granville to transmit to you the accompanying translation of a note from Count Münster, in which his Excellency announced the objects of the appointment of Dr. Rohlfs as German Consul-General in Zanzibar. I am to inclose also copy of a despatch on the subject which has been addressed to Her Majesty's Chargé d'Affaires at Berlin. || I am to instruct you to cultivate friendly relations with Dr. Rohlfs, and to co-operate with him in all matters in which the views and interests of the two Governments are identical. Count Münster, in his note, referred to the possibility of your acting together in bringing your good offices to bear on the

Sultan to obtain favourable conditions for the transit trade in accordance with the Resolutions of the late Conference at Berlin. I am to state, as regards this point, that Her Majesty's Government are, as you are well aware, desirous to exert their influence to promote in all directions the free development of commerce, but that they cannot give definite instructions for negotiations with the Sultan without full consideration and ample knowledge of His Highness' wishes, and of the bearing of any suggested changes on his Commercial Treaties with England and other Powers. || It is understood from your telegraphic Report of the 19th instant, that Dr. Rohlfs has already broached the subject of a fresh Commercial Treaty with Germany. If this is so, you may possibly be enabled to give shortly some information as to the nature of his proposals. || I am, &c. Julian Pauncefote.

Nr. 8784. Grossbritannien. 31. März 1885.

Nr. 8785. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Einfluss des engl. Generalkonsuls auf den Protest des Sultans. [20.]

(Extract.) (Received by telegraph, April 28.) Berlin, April 28, 1885.

Count Bismarck called upon me this afternoon and placed in my hands the inclosed copy of a telegram, dated yesterday, from the Sultan of Zanzibar to the Emperor, protesting against certain territories in Usegara, Ngusa and Ukami being placed under His Majesty's sovereignty. || Count Bismarck said, that a telegram had also come from Herr Rohlfs, the German Consul-General at Zanzibar, saying that this telegram had been sent under the advice of Sir John Kirk. || The Chancellor asked, that I would inquire of your Lordship whether this was the case, observing that, if it were, it would be contrary to the friendly understanding which had been arrived at in London, by which the rivalry between German and English officials was to be put an end to. Count Herbert said, that when in London he had spoken on the subject of Zanzibar to your Lordship, and that he had explained that there was no intention of making any acquisition on the coast within the Zanzibar territory, but that the place to which German protection had been given was, according to his information, 100 miles away from any post in the interior occupied by the Sultan of Zanzibar. || Prince Bismarck hoped, that your Lordship would, on the contrary, instruct Sir John Kirk to induce the Sultan to withdraw his opposition which he should take as a friendly act. Count Bismarck observed, that, if such a claim as the one now put forward by the Sultan of Zanzibar were admitted, there would be no limit to his claims in the interior. || The Count dwelt on the continued intention of his father to permit no attempt at protection along the coast, and he said that the Chancellor had no hesitation in addressing your Lordship on the subject of what

Nr. 8785. Grossbritannien. 28. April 1885.

Nr. 8785. Grossbritannien. 28. April 1885.

had taken place, as we had officially stated the existence of our interest and influence in the State of Zanzibar.

The Sultan of Zanzibar to the Emperor of Germany.

(Telegraphic.) Zanzibar, April 27, 1885, 6·30 P.M.

We have received from Consul-General Rohlfs copy of your Majesty's Proclamation of February 17th, by which territories in Usegara, Ngusa and Ukami, said to be to the west of our dominions, are placed under your sovereignty and German rule. We protest against this, for these territories are ours, and we hold military stations there, and those Chiefs who proffer to cede sovereign rights to the agents of the Society have no authority to do so: these places have been ours from the time of our fathers. I have therefore to ask your Majesty to render justice in this, and I do so assured that your Majesty would not have . . . . . .

Nr. 8786. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. — Bestreitet, dass der Protest unter englischem Einfluss erfolgt ist. [21.]

Foreign Office, April 29, 1885.

Nr. 8786. Grossbritannien. 29. April 1885.

Sir, — I have to request your Excellency to state to Prince Bismarck, with reference to the statement contained in your telegraphic despatch of yesterday, that Dr. Rohlfs had telegraphed from Zanzibar that the Sultan's protest was instigated by Sir J. Kirk, that Sir J. Kirk has reported that the Sultan had sent a protest to Berlin, but that there is nothing in his Report to show that he himself had anything to do with the protest. Had he instigated it his conduct would have been inconsistent with his instructions, which direct him to maintain a friendly attitude towards his German colleague. I have to add, that he has received a copy of Count Münster's note of the 6th March, in which it is stated that the territory taken under the protection of Germany is situated to the west of the Sultan's kingdom, and within the zone declared to be commercially free by the Act of Berlin. || He has been instructed by telegraph to send a further Report *) and has been reminded of the instructions which he has received. || The substance of this despatch has been sent to your Excellency by telegraph. || I am, &c.

Granville.

---

*) Der englische Generalkonsul antwortete telegraphisch:

Zanzibar, May 1, 1885.

The protest was spontaneous. Sultan wished to follow in person; I dissuaded him.

Nr. 8787. DEUTSCHLAND. — Aide-Mémoire, dem engl. Min. des Ausw. vom deutschen Botsch. in London mitgetheilt am 5. Mai 1885 *).

Nr. 8787. Deutschland. 5. Mai 1885.

Die Kämpfe der arabischen Seeräuber und Sclavenhändler von Oman mit den Einwohnern der ostafrikanischen Suaheli-Küste datirten bereits vom Ende des 17. Jahrhunderts. Aber erst der Vater des jetzigen Sultans von Zanzibar, Seid Said, welcher 1806 Iman, d. h. „Vorsteher des Volks“ von Maskat wurde, ist der Begründer der Herrschaft seines Hauses an jener Küste. Er stammt aus der Herrscherfamilie Abu Saidi (Stammvater Achmed ben Said, 1745—1784 Iman von Maskat) und wurde am 14. September 1806 sehr jung zum Nachfolger seines am 30. Juli desselben Jahres ermordeten Vetters Beder ben Sif erwählt. Erst 1840 verlegte er, nach hartnäckigen Kämpfen mit den Herren von Manbas und Pata, seine Residenz von Maskat nach Zanzibar. Gleich nach seinem Tode — er starb 1856 auf einer Besuchsreise in Maskat — zerfiel das Reich in 2 Hälften. Seid Madjid, ein illegitimer Sohn Said's, folgte ihm in Zanzibar, während Seid Sueni in Maskat die Herrschaft übernahm. Zwischen beiden entspann sich sogleich ein Bruderkrieg, welcher 1859 durch englische Vermittlung beendigt wurde. Seid Madjid in Zanzibar verpflichtete sich, jährlich 40,000 Dollars Subsidien als Tribut an seinen Bruder in Maskat zu zahlen. Bis 1866, wo der letztere starb, wurden diese Subsidien gezahlt und blieb Zanzibar in einem Abhängigkeitsverhältniss zu Maskat. Seid Madjid starb 1870; ihm folgte sein Bruder, der jetzige Sultan von Zanzibar. || Ebenso nun, wie die weltliche Oberherrschaft des Iman von Maskat nur dem Namen nach besteht, ist die Herrschaft der Sultane von Zanzibar weit davon entfernt, einen eigentlich territorialen Charakter zu tragen. Vielmehr stehen unter unbedingter Botmässigkeit des Sultans nur die grösseren Inseln Zanzibar, Pemba und Mafia. Dagegen erklärt es sich aus der Entwickelungsgeschichte dieser Sultane, dass sie es hinsichtlich der gegenüberliegenden Küstenstrecke zu keiner geschlossenen Herrschaft gebracht haben. Vielmehr sind thatsächlich im ganzen nur 25—30, sehr weit von einander liegende Punkte jener Küste von den Agenten des Sultans besetzt, während das dazwischen liegende Land völlig unabhängig ist. Diese vereinzelten Küstenpunkte wurden zumeist gelegentlich der Schiffsexpeditionen besetzt, durch deren Angriffe der Iman von Maskat systematisch die Herrschaft der Portugiesen zu erschüttern suchte. Der andere, kleinere Theil ist erst unter dem jetzigen Sultan, und zwar lediglich im Interesse des Handels und der Zollerhebung, occupirt worden. Eine geordnete Verwaltung, bezw. eine Regierung dieser vereinzelten Küstenpunkte von der Centralstelle in Zanzibar aus existirt nicht. Da vielmehr jene Punkte nur von finanziellem Interesse für den Sultan sind, so genügte es, daselbst lediglich ein Zollhaus zu errichten. Zum Schutze dieser wurden an ganz ver-

*) Uebersetzung im Blaubuch Nr. 25.

Nr. 8787. Deutschland. 5. Mai 1885.

einzelten Stellen kleine Forts ohne militärische Bedeutung angelegt. Ueber die Zollhäuser hinaus, bezw. über die Wälle der Forts hinaus, reicht die Macht des Sultans nicht. Seine Politik geht jetzt dahin, überall da, wo Karawanenstrassen an die Küste münden, neue Zollhäuser zu errichten. Ausser dem direkten Handel bildet die Zollerhebung von dem Waarenverkehr nach dem Binnenlande seine Haupteinnahmequelle. Hieraus erklärt sich auch, dass es nicht leicht war, den Sultan 1873 dazu zu bewegen, den Sclavenhandel im Prinzip aufzuheben, da gerade die Besteuerung der aus dem Innern nach der Küste verhandelten Sclaven für den Sultan die wesentlichste Einnahme war. || Noch viel weniger als an der Küste kann in dem Innern Ostafrika's von einer Herrschaft des Sultans die Rede sein. Die weiten Gebiete der Hinterländer des Strandes von Zanzibar bis zu den grossen Seen werden von zahlreichen barbarischen Völkerschaften bewohnt, welche nach vielen Millionen zählen und in militärischer Hinsicht viel stärker sind, als der Sultan von Zanzibar. Selbst seine nominelle Herrschaft beschränkt sich auf einen äusserst schmalen Küstenstreif. Westlich von diesem hat er bisher gar keine Macht ausgeübt. Bei verschiedenen Gelegenheiten erklärte er Fremden, Reisenden und Handeltreibenden gegenüber, er sei nicht im Stande, sie ausserhalb der Zollstationen an der Küste zu schützen. So z. B. wurde dem deutschen Reisenden Dehnhardt gelegentlich einer Expeditionsreise in jene Gegenden im Jahre 1878 auf sein Schutzgesuch durch das deutsche Konsulat in Zanzibar der Bescheid des Sultans, dass es ein gefährliches Unternehmen sei, von der Küste aus in das Innere vorzudringen, da der Sultan nur Einfluss habe nahe der Küste und keine Verantwortung übernähme für etwaiges Ungemach, das dem Reisenden im Innern zustossen könnte. || Ebensowenig hat der Sultan bislang eine Expedition zu irgend welchen Regierungszwecken in das Innere entsandt. Weder er noch einer seiner Vorfahren hat irgend welche Hoheitsrechte gegenüber den Völkerschaften im Innern ausgeübt. Wenn derselbe Handelsstationen im Innern, besonders an den Seen, gegründet haben sollte, so ist in Erwägung zu ziehen, dass er der erste Kaufmann des Landes ist und dies geschäftliche Unternehmungen rein privater Natur sind. Dieselben können nicht anders beurtheilt werden, wie die Faktoreien eines beliebigen anderen Kaufmannes. Sehr bezeichnend ist auch, dass es ihm noch nicht gelungen ist, auf die grossen Karawanenwege nach dem Innern Einfluss zu gewinnen, obschon er es im Interesse seiner Handelsunternehmungen dringend wünschen müsste. || Der erste englische Konsul ist 1842 nach Zanzibar gekommen, und der englische Einfluss hat sich zuerst bemerklich gemacht in jenem Bruderkriege Ende der 50ger Jahre. Erst durch Vertrag vom 10. März 1862 (nicht 1860) verpflichteten sich England und Frankreich wechselseitig, die Unabhängigkeit des Sultans von Zanzibar zu respektiren. In dem Notenwechsel, der zwischen uns und der englischen Regierung bezüglich Zanzibars stattgefunden, hat letztere wiederholt darauf hingewiesen, wie sehr England an der Unabhängigkeit des Sultans von Zanzibar interessirt sei und dass die englische Presse über

die Möglichkeit eines Vorgehens Deutschlands auf Zanzibar sich lebhaft beunruhigt habe. Nr. 8787. Deutschland. 5. Mai 1885.

[Es folgt eine Inhaltsangabe der oben abgedruckten Noten vom 16. Januar, 6. Februar und 20. Februar.]

Als wir der englischen Regierung unter dem 6. v. Mts. mittheilten, dass Seine Majestät der Kaiser die Oberhoheit über die Ostafrikanische Gesellschaft übernommen habe, bestätigte die grossbritannische Regierung durch Note vom 30. v. Mts. den Empfang dieser Notifikation, ohne eine Einwendung zu erheben. Dies implicirte die Anerkennung unseres Vorgehens. Auch gelegentlich der letzten Anwesenheit des Gesandten Grafen von Bismark in London wurde englischerseits nur der Wunsch ausgesprochen, dass wir die Souveränität des Sultans über die Küste nicht in Frage stellen möchten, im Uebrigen aber anerkannt, dass keine Absicht bestehe, unser Kolonisationsvorgehen im Innern des Landes gegenüber von Zanzibar zu beanstanden oder zu kreuzen.

Berlin, den 5. Mai 1885.

Nr. 8788. GROSSBRITANNIEN. — Generalkonsul in Zanzibar an den engl. Min. des Ausw. — Brief des Sultans an Granville. Beschwerde über das deutsche Protectorat. [47.]

(Received June 9.) Zanzibar, May 11, 1885.

My Lord, — I have this day received from the Sultan the accompanying sealed letter for delivery to your Lordship. || His Highness having accompanied this with a covering letter and copy of that addressed to your Lordship, I beg to inclose translations. || I understand, that similar letters have been addressed to the Governments of the United States of America and of France. || I have informed His Highness, that his letter will be duly forwarded, as he has desired. || I have, &c. John Kirk. Nr. 8788. Grossbritannien. 11. Mai 1885.

The Sultan of Zanzibar to Sir J. Kirk.

(Translation.)

(After compliments.) 16 Rejeb, 1302 (May 11, 1885.)

We send you a letter addressed to his Excellency the exalted Minister, Earl Granville, and we have to ask you to be good enough to forward it. || We inclose, for your information, also a copy of this letter, that you may know what we have written.

The Sultan of Zanzibar to Earl Granville.

Translation.)

(After compliments.)

The object of writing on the present occasion to your exalted Excellency is to inform you, that Germany has laid hands upon those parts of our King-

Nr. 8788. Grossbritannien. 11. Mai 1885.

dom known as Usagara, Uzugua, Nguru and Ukami, thus invading our rights and injuring the interests of ourselves and also of those friendly nations who have Treaties with us. These places are situated near to the coast, and this is what they have done; but our dominion also extends far inland and for many years. || We felt it necessary to inform you of this, that you may look into the matter, and this is what we have to submit to your Excellency. || From your friend Barghash bin Saeed, written by his order by his servant Mahomed bin Salim.

Nr. 8789. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an den engl. General-Konsul in Zanzibar. — England ist den deutschen Unternehmungen in Zanzibar günstig. [28.]

(Extract.) Foreign Office, May 20, 1885.

Nr. 8789. Grossbritannien. 20. Mai 1885.

You have been informed to-day by telegraph, that Her Majesty's Government are favourable to the development of German enterprise in districts adjoining Zanzibar territory not occupied by any civilized Power, provided that British interests are not injured and that the established rights of the Sultan are not infringed.

Nr. 8790. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. — Englisches Unternehmen in Ost-Afrika. [29.]

Foreign Office, May 25, 1885.

Nr. 8790. Grossbritannien. 25. Mai 1885.

Sir, — I inclose to your Excellency copy of a Memorandum which was placed in my hands on the 5th instant by Count Münster relating to the territorial claims of the Sultan of Zanzibar. In speaking on this subject to Prince Bismarck, you are authorized to say, that Her Majesty's Government understand that the German Government are ready, equally with themselves, to respect the independence of the Sultan's dominions, but experience some difficulty in ascertaining what extent of territory he is justified in claiming. || The Memorandum, in so far as it deals with the claims, is understood to lay stress on this difficulty, which is admitted by Her Majesty's Government, who consider it probable that the Sultan may now be more disposed than he has hitherto been to exercise effectual control over the territories which he can prove to be dependent on his rule, and of which the Powers may agree to recognize the independence. || As regards the observation contained in the concluding words of the Memorandum, I have to request your Excellency to state, that the supposition that Her Majesty's Government have no intention of opposing the German schemes of colonization in the neighbourhood of Zanzibar is absolutely correct. Her Majesty's Government, on the contrary,

view with favour these schemes, the realization of which will entail the civilization of large tracts over which hitherto no European influence has been exercised, the co-operation of Germany with Great Britain in the work of the suppression of the slave gangs, and the encouragement of the efforts of the Sultan both in the extinction of the Slave Trade and in the commercial development of his dominions. || I should wish your Excellency, while speaking in this sense to the Chancellor, to inform him that a scheme has been started in this country under which, if it is realized, the efforts of German enterprise may be supported indirectly by British enterprise. You will explain, that some prominent capitalists have originated a plan for a British settlement in the country between the coast and the lakes, which are the sources of the White Nile, and for its connection with the coast by a railway. In order to obtain fair security for their outlay, they propose to endeavour to procure concessions from the Sultan of a comprehensive character. Her Majesty's Government have the scheme under their consideration, but they would not support it unless they were fully satisfied that every precaution were taken to insure that it would in no way conflict with the interests of the territory that has been taken under German Protectorate, nor affect that part of the Sultan's dominions lying between that territory and the sea. Their wish would be to avoid any clashing of interests such as might have taken place, had it not been averted, on the Gulf of Guinea. For this reason they wish at once to inform Prince Bismarck of the existence of the scheme before taking any step respecting it, in order that he may at once satisfy himself of their earnest wish to avoid the possibility of misunderstanding by frank explanations. || I am, &c. Granville.

Nr. 8790. Grossbritannien. 25. Mai 1885.

Nr. 8791. GROSSBRITANNIEN. — Ausw. Amt an den engl. Generalkonsul in Zanzibar. — Anweisung, den Sultan zur Zurückziehung der Truppen zu bewegen. [31.]

Foreign Office, May 27, 1885.

Sir, — A telegram having been received from Her Majesty's Ambassador at Berlin stating, that Prince Bismarck had spoken to him on the subject of the reported dispatch of troops by the Sultan to the territory taken under the Protectorate of Germany, had observed that unless those troops were withdrawn he might be compelled to use force against Zanzibar, and had particularly referred to the fact that it was said that the Commander was General Mathews, an Englishman, I was directed by Earl Granville to instruct you by telegraph to use your best influence to induce the Sultan to withdraw from the territory in question any troops which he may have sent there since he received the notification of the Protectorate from the German Consul-

Nr. 8791. Grossbritannien. 27. Mai 1885.

Nr. 8791. Grossbritannien. 27. Mai 1885.

General. || I was further instructed to direct you to report the true state of the case by telegraph, and to state where General Mathews, who was understood to have gone to Chagga, had actually gone. || I am, &c.

P. Currie.

Nr. 8792. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Berlin. — Hofft, dass Deutschland gegen den Sultan nicht sofort Gewalt gebrauchen werde. [32.]

Foreign Office, May 27, 1885.

Nr. 8792. Grossbritannien. 27. Mai 1885.

Sir, — I have to request your Excellency to inform Prince Bismarck that, on the receipt of your telegraphic Report of his remarks to you respecting the reported dispatch by the Sultan of Zanzibar of troops under General Mathews to the territory recently taken under the Protectorate of the German Empire, I instructed Sir J. Kirk by telegraph to exert his influence to the utmost to induce the Sultan to withdraw any force that he may have sent to that territory since the Protectorate was notified to him, and to send by telegraph a Report showing what had really happened and where General Mathews has gone. || I should wish your Excellency, in making this communication, to say that Her Majesty's Government feel confident, that no recourse will be had by the German Government to force against the Sultan until there shall have been sufficient time to ascertain the real facts, and to come to an arrangement on the question. || I am, &c. Granville.

Nr. 8793. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Botschafter in London. — Zweck der Entsendung der deutschen Kriegsschiffe nach Zanzibar*).

Berlin, den 2. Juni 1885.

Nr. 8793. Deutschland. 2. Juni 1885.

Wie der Unterstaatssekretär Graf Bismarck unter dem 28. v. Mts. aus dem Haag meldet, hat Lord Rosebery, der ihn dorthin begleitet hatte, aus Anlass einer Zeitungsnachricht über Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Zanzibar sich besorgt darüber geäussert, es könne der Eindruck entstehen, als ob wir sofort Gewalt (compulsion) gegen den Sultan anwenden wollten. Es ist das nicht unsere Absicht; wir wünschen und hoffen vielmehr, wie in dem Erlass vom 28. April No. 135 ausgesprochen ist, durch gemeinschaftliche diplomatische Einwirkung mit England den Sultan zum Verzicht auf die Uebergriffe über die Grenzen seiner Souveränetät zu bewegen und dadurch der Nothwendigkeit überhoben zu werden, seine Feindseligkeiten gegen die

*) Uebersetzung im Blaubuch Nr. 43. Nach demselben wurde diese Note Earl Granville am 6. Juni mitgetheilt. Anm. d. Red.

Nr. 8793. Deutschland. 2. Juni 1885.

deutschen Schutzgebiete abzuwehren. England theilte schon bisher mit uns das Interesse, zu verhindern, dass friedlich gesinnte Negervölker im Innern dem der Mahdi-Bewegung verwandten arabischen Fanatismus anheimfallen und dass ihre Gebiete anstatt zu einer Stätte allmäliger Cultur zu einem Schauplatze blutiger muhamedanischer Propaganda werden. Nach der Mittheilung in dem abschriftlich anliegenden, von Sir Edward Malet hier übergebenen Memorandum, für welche Euere Excellenz dem grossbritannischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten danken wollen, wird dieses gemeinschaftliche Interesse gesteigert werden durch das Project englischer Capitalisten, die Seen, aus welchen der weisse Nil entspringt, durch eine Eisenbahn mit der Küste des Indischen Oceans zu verbinden. || Seit dem 28. April, dem Datum des oben erwähnten Erlasses, hat der Sultan von Zanzibar seine Beziehungen zu Deutschland anderweitig complicirt. || Der Sultan von Witu, dessen Vorgänger, wie Euere Excellenz aus dem anliegenden Promemoria entnehmen werden, schon im Jahre 1867 den Wunsch zu erkennen gegeben hatte, mit Preussen einen Freundschafts- und Schutzvertrag einzugehen, und mit dem wir stets in freundlichen Beziehungen standen, hat zur Befestigung derselben mit uns Verhandlungen über ein vertragsmässiges Verhältniss angeknüpft und sich, nachdem Deutsche sich in seinem Gebiete niedergelassen, unter den Schutz des Reiches gestellt; derselbe ist ihm zugesagt worden. || Wie der Kaiserliche Generalkonsul Rohlfs meldet, hat der Sultan von Zanzibar, nachdem der Antrag des Sultans von Witu bekannt geworden war, am 29. Mai auf einem Dampfschiff sechshundert Soldaten und einige Kanonen nach der Insel Lamu, welche dem Gebiete von Witu vorliegt, entsandt. Diese Maassregel kann nur gegen den Sultan von Witu oder gegen die deutschen Niederlassungen in dessen Gebiete gerichtet sein. Der Dr. Rohlfs ist daher beauftragt worden, gegen jede Vergewaltigung des genannten Herrschers Protest einzulegen. || Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, das Vorstehende Seiner Excellenz dem Grafen Granville mittheilen und wie folgt resumiren zu wollen. || Die Unabhängigkeit des Sultans von Zanzibar dauernd zu beeinträchtigen oder Abtretung von Gebieten zu verlangen, welche ihm zweifellos gehören, liegt nicht in unserer Absicht. Wir fordern von ihm nur die Respektirung der deutschen Schutzgebiete und wünschen daneben einen Handelsvertrag, ohne letzteren erzwingen zu wollen. Wir werden uns freuen, wenn die Mitwirkung Englands uns der Nothwendigkeit überhebt, gegen Zanzibar und seinen Sultan Gewalt zu brauchen; es liegt für uns aber die Nothwendigkeit vor, uns der für das deutsche Reich auf längere Zeit unannehmbaren Situation, in welche uns der Sultan durch das dem Erlass No. 135 beigelegte unziemliche Telegramm an Seine Majestät den Kaiser, unseren Allergnädigsten Herrn, versetzt hat, binnen kurzer Frist zu entziehen. || Euere Excellenz sind ermächtigt, dem Grafen Granville Abschrift dieses Erlasses und des beiliegenden Promemoria zu behändigen.

Fürst von Bismarck.

Nr. 8794. DEUTSCHLAND. — Staatssekretär des Ausw. (Hatzfeldt) an den deutschen Botsch. in London. — Die Grenze der deutschen Interessensphäre kann noch nicht angegeben werden*).

Berlin, den 3. Juni 1885.

Nr. 8794. Deutschland. 3. Juni 1885.

In dem von Sir E. Malet hier übergebenen Memorandum bezüglich der Zanzibar-Frage, dessen Abschrift Euerer Excellenz durch Erlass No. 179 vom 2. c. mitgetheilt ist, heisst es, dass englische Capitalisten ihrer Regierung einen Plan „for a British settlement between the coast and the lakes" vorgelegt haben, den Lord Granville nicht eher gutheissen wolle, als bis er wisse, dass unseren Schutzgebieten dadurch nicht präjudicirt würde. || Der entgegenkommende Ton, in welchem diese Mittheilung gehalten ist, hat mich veranlasst, Euere Excellenz zu ersuchen, dem Grafen Granville meinen Dank dafür auszusprechen. Ich bitte, dem noch hinzuzufügen, dass wir diese englische Rücksichtnahme vollauf zu würdigen wissen, dass wir aber in dem gegenwärtigen Moment noch nicht zu übersehen vermögen, „if this British plan would in no way conflict with the interests of the territory that has been taken under German protectorate."

Wir haben sofort die nöthigen Schritte gethan, um von den betheiligten deutschen Interessenten Karten des Schutzgebietes zu erlangen, und ich habe Sir E. Malet bereits gesagt, dass wir ihm dieselben sobald als möglich vorlegen würden.

Bevor wir im Besitz dieser Karten sind, ist es beim besten Willen nicht möglich, zu ermessen, ob die beabsichtigte britische Niederlassung, welche als Basis für den Eisenbahnbau dienen soll, mit der unsrigen collidieren würde.

Wir würden es deshalb mit Dank erkennen, wenn Lord Granville in demselben freundschaftlichen Sinne, welcher das Memorandum diktirt hat, und der uns gleichmässig beseelt, eine Entscheidung über die darin erwähnten Pläne englischer Unterthanen aussetzen wollte. Euere Excellenz sind ermächtigt, Lord Granville Abschrift dieses Erlasses zurückzulassen.

v. Hatzfeldt.

Nr. 8795. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an die deutschen Missionen in London und Paris. — Die Ansprüche des Sultans auf das Innere von Ostafrika sind unbegründet**).

Berlin, 19. Juni 1885.

Nr. 8795. Deutschland. 19. Juni 1885.

Nachdem die von der Gesellschaft für deutsche Kolonisation vertragsmässig erworbenen ostafrikanischen Gebiete von Usagara, Nguru, Usegua und

*) Uebersetzung im Blaubuch Nr 44. Earl Granville mitgetheilt am 6. Juni.
**) Uebersetzung im Blaubuch Nr. 63. Anm. d. Red.

Ukami unter den Schutz Sr. Maj. des Kaisers gestellt waren, wurde hiervon ausser den Signatärmächten der General-Akte der Berliner Konferenz auch dem Sultan von Zanzibar amtliche Mittheilung gemacht. || In Beantwortung derselben hat Letzterer an den Herrn Reichskanzler ein Schreiben in arabischer Sprache gerichtet, von welchem ich die anliegende Uebersetzung zur gefl. Kenntnissnahme beifüge. || Nach Inhalt dieses Schreibens nimmt der Sultan, ohne einen Rechtstitel anzugeben, das unter den deutschen Schutz gestellte Gebiet für sich in Anspruch und behauptet, dass ihm auf dem Festlande nicht nur der ganze Küstenstrich in ununterbrochener Linie von Warscheich im Norden bis zur Tungi-Bucht im Süden gehöre, sondern dass seine Besitzungen im Innern bis an die grossen Seen von Tanganika und Njassa reichen. || Bei der Unklarheit, welche über die Grenzen des Sultanats von Zanzibar herrscht kann schon die behauptete Ausdehnung des Küstenbesitzes Saîd Bargasch's in Frage gestellt werden. Die Grenzen, welche er im Innern beansprucht, erscheinen aber als ganz willkürliche. || Nach den hier vorliegenden Nachrichten sind die an verschiedenen Orten residirenden Vertreter des Sultans keine Gouverneure oder sonst politische Beamte, sondern Handelsagenten, welche den Sultan in seinen kaufmännischen Unternehmungen unterstützen und daneben Sclavenhandel treiben. || Für den gleichen kaufmännischen Zweck werden auch die nicht zu den regulären Truppen des Sultans gehörenden arabischen Söldlinge verwandt, welche zum Schutz der Karawanen des Sultans auf Handelsstrassen des von Zanzibar unabhängigen Inlandes stationirt sind. || Wie wenig aus dem Vorhandensein dieser Agenten und ihrer bewaffneten Begleitung ein Schluss auf etwaige Souveränetätsrechte des Herrschers von Zanzibar gezogen werden darf, beweist das in Abschrift beifolgende Dokument, worin der seit 4 Jahren in Ngûru residirende erste Bevollmächtigte des Sultans selbst erklärt, dass Letzterem dort Oberhoheit oder Schutzrechte nicht zustehen. Aehnliche Erklärungen finden sich auch in anderen Verträgen, welche die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft mit den Herrschern der auf sie übergegangenen Gebiete abgeschlossen hat. || Unter diesen Umständen erscheint der Brief des Sultans als eine Ueberhebung und als ein Uebergriff gegen wohlerworbene Rechte deutscher Unterthanen, den wir zurückzuweisen genöthigt sind. || Ewpp. ersuche ich ergebenst, Lord Granville (Herrn v. Freycinet) Vorstehendes mitzutheilen und ihm Abschrift dieses Erlasses sowie der Anlagen zurückzulassen.

von Bismarck.

Anlage I.

Uebersetzung des arabischen Originals.

Im Namen des barmherzigen Gottes.

An Seine Durchlaucht, den Herrn Fürsten Bismarck, Kanzler des deutschen Reiches, dem Gott ewigen Ruhm und eine glückliche Zukunft verleihen möge.

Nr. 8795. Deutschland. 19. Juni 1885.

Es thut mir leid, dass ich Euere Durchlaucht mit dieser Beschwerdeschrift bemühen muss; aber sie war nothwendig. Ich konnte unmöglich dazu schweigen, dass die Deutschen ihre Hand auf meine Besitzungen legen, an denen das Eigenthumsrecht in ununterbrochener Folge aus den Zeiten meiner Väter und Ahnherren auf mich übergegangen ist und von mir selber bis auf den heutigen Tag thatsächlich ausgeübt wurde. Das Vorgehen der Deutschen nöthigt mich, Euerer Durchlaucht den Sachverhalt in möglichster Beschaulichkeit darzulegen. Der diesem Schreiben anliegende Bogen enthält diese Darlegung, und ich bitte Euere Durchlaucht, sie einsehen zu wollen und die ganze Angelegenheit mit den Augen der Gerechtigkeit zu betrachten und zu beurtheilen. Dass Sie dies thun werden, dafür bürgt mir Euerer Durchlaucht bekannter Sinn für Billigkeit. Die Vorkommnisse, welche dieses Schreiben veranlasst haben, sind derart, dass sie die guten Beziehungen und den freundschaftlichen Verkehr vernichten, während doch meine Bestrebungen bisher immer darauf gerichtet waren, beides zu kräftigen und vollkommener zu gestalten. || Empfangen Euere Durchlaucht den Gruss Ihres aufrichtigen Freundes

Zangebâr, d. 26. Regeb. des Jahres 1302.

Bargasch ibn Saîd. eigenhändig.

Geschrieben auf Befehl Sr. Hoheit von der Hand seines Memluken Muhammed ibn Sâlim.

(Beilage zu vorstehendem Schreiben.)

Seite I des Originals.

Für des Herrn Reichskanzlers Fürsten von Bismarck Durchlaucht.

Nachdem ich Euere Durchlaucht von meiner Berufung an Se. Majestät den Kaiser in Kenntniss gesetzt, bemerke ich nur, dass ich unmittelbar nach dem Empfange der Kopie des Kaiserlichen Patentes, laut dessen Usagâra, Ukâmi, Zogûwwa und Negûru nicht unter meiner Herrschaft stehen sollen, die Berufung an den Kaiser eingelegt und Protest erhoben habe, weil die genannten Oertlichkeiten wohl meiner Herrschaft unterstehen und es seit vielen Jahren allgemein bekannt ist, dass sie einen Theil meiner Besitzungen ausmachen. Gegenwärtig möchte ich Euerer Durchlaucht eine Uebersicht von meinen Besitzungen geben, um Sie zu überzeugen, dass jene im Kaiserlichen Patente genannten Oertlichkeiten mir gehören. Was zunächst die Küstenländer meines Reiches anlangt, so bilden sie, wie allgemein bekannt, längs der Meeresküste eine ununterbrochene Linie von der Stadt Warscheich im Norden an bis südlich zur Bucht von Tong, wo die portugiesischen Besitzungen beginnen. Alle auf dieser Strecke liegenden Häfen, Ortschaften, Küsten und Inseln sind mein Eigenthum, und es findet sich da nichts, was nicht mein wäre, wie dies schon aus den Korrespondenzen der Kaufleute aller Nationen, welche dort verkehren, ersehen werden kann. Was nun das Innere des afrikanischen Festlandes anbetrifft, so reicht meine Herrschaft bis Kaffâ el-Ugîgi und von

Nr. 8795. Deutschland. 19. Juni 1885.

da bis zu den grossen Seen und den Binnenstrassen der Karawanen, auf denen meine Handelsleute seit langen Jahren reisen und an welchen meine Herrschaft fest begründet ist, wie in Ugîgi und Uniasamba und anderwärts auf der ganzen Länge jener Strassen bis zum Tanganîko-See und zu den das Mesâireich bildenden Ländern. Bis Meschâga sind meine Gouverneure stationirt. Um auf die oben genannten Localitäten Usagâra, Ukâmi, Zogûwwa und Negûru zurückzukommen, so ist mein Besitzrecht an sie klar und unbestreitbar. In ihnen flaggt mein Banner, und Alles ist mir dort unterthan. Auch bin ich geneigt, eine Commission von Männern zu ernennen, und die schiedsrichterliche Entscheidung über diese Orte Engländern und Franzosen zu überlassen, welche in jenen Gegenden sich niedergelassen haben. In Mambuja, welches in der Mitte dieser Landschaft liegt, halte ich eine Besatzung von regulärem Militär. Desgleichen habe ich in anderen dortigen Ortschaften seit vielen Jahren Militär stationirt. Ferner hat sich in den Orten jener Landschaft eine Menge Franzosen und Engländer häuslich angesiedelt; sie geniessen dort meinen Schutz und wenden sich jedesmal, wenn ihnen etwas widerfährt, oder sie irgend eines Beistandes bedürfen, nur an mich. Und um auf jene Deutschen zurückzukommen, welche angeben, jene Oertlichkeiten von den Grossen jener Gegend erlangt zu haben, so sage ich: diese selben Deutschen sind nur dahin gelangt mittelst landesherrlicher Empfehlungsschreiben, die ich ihnen an meine dortigen Beamten mitgegeben habe. Ich bitte also, Herr Reichskanzler, von Ihrer Güte um Gerechtigkeit in dieser Sache. Auch bin ich überzeugt, dass der Kaiser und seine Räthe die Weise, wie man mit mir verfahren ist, nicht billigen werden. Ich erbiete Euerer Durchlaucht meinen Gruss. Geschrieben den 26. Regeb 1302.

Seite 2 des Originals: Der deutsche Generalkonsul Gerhard Rohlfs richtete an mich ein auch zur Kenntniss Euerer Durchlaucht gelangtes Schreiben, in welchem es heisst, dass mein Militär am 20. April in Usagâra einen Occupationsact vollzogen habe. Darauf antwortete ich ihm, dass das Erscheinen unserer Truppen daselbst nicht als eine Occupation angesehen werden könnte, weil jene Localitäten ständige Garnisonsplätze wären, in welchen ich seit vielen Jahren militärische Besatzungen gehalten habe. So verhält es sich mit diesem Falle, welcher also mit Billigkeit zu beurtheilen ist. Wir wünschen ja nicht Unfrieden, sondern eine Steigerung des freundschaftlichen Verkehrs; diese aber wird durch die Art, wie der Herr Generalkonsul diesen Fall beurtheilt, nicht erreicht. Euere Durchlaucht waren von jeher ein billig denkender und rücksichtsvoll handelnder Mann; aber so, wie in der ganzen, die Patentinhaber betreffenden Angelegenheit mit mir bisher verfahren wurde, in solcher Weise ist es von Ihren Leuten niemals geschehen. Ich erbiete Euerer Durchlaucht meinen Gruss. Geschrieben den 26. Regeb 1302.

Für treue Uebersetzung des Originals

Berlin, den 12. Juni 1885. Dr. Joh. Gottfr. Wetzstein,
Kgl. Konsul a. D.

Nr. 8795. Deutschland. 19. Juni 1885.

Anlage II.

Salim Bin Hamid, seit vier Jahren Erster Bevollmächtigter Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar in Ngûru, erklärt vor einer Reihe rechtsgültiger Zeugen, dass der Sultan von Zanzibar auf dem Continent von Ostafrika, speciell in Ngûru und Usagâra Oberhoheit und Schutzrecht nicht besitzt. Er erklärt sich zum Freund von Dr. Peters und verspricht, die Bestrebungen der Gesellschaft für deutsche Colonisation nach Kräften zu unterstützen. Er erbittet die Freundschaft von Dr. Peters, Vertreters der Gesellschaft für deutsche Colonisation und erhält sie.

Moomero, den 26. November 1884.

D. Carl Peters.

× Handzeichen von Salim Bin Hamid:

Vorstehende Erklärung und Ausmachung ist vollständig sachgemäss und freiwillig von beiden Seiten vollzogen, nachdem sie Salim Bin Hamid durch Ramassan genau mitgetheilt war. Dies bezeugen durch Unterschrift

Handzeichen Marabu's
„ Hamissi's
„ Ali's
„ Sururu's
J. F. Graf Pfeil
Handzeichen Ramassan's
August Otto
Dr. Carl Jühlke.

Nr. 8796. DEUTSCHLAND. — Entwurf zu einer Note des deutschen Generalkonsuls in Zanzibar an den Sultan von Zanzibar. — Zurückweisung des Protestes*).

Nr. 8796. Deutschland. Juni 1885.

Euere Hoheit haben am 27. April d. J. an Seine Majestät den Kaiser ein Telegramm gerichtet, in welchem Sie behaupten, auf gewisse Gebiete ihrer Nachbarn Ansprüche zu haben, und gegen deutsche Erwerbung von Hoheitsrechten in denselben Verwahrung einlegen. || Ich bin beauftragt, diesen Protest und die damit von Euerer Hoheit erhobenen Ansprüche für unbegründet zu erklären und Namens Seiner Majestät des Kaisers gegen die von Euerer Hoheit vorgenommene nachträgliche Besetzung von Orten, welche innerhalb des deutschen Schutzgebietes liegen, Protest zu erheben. || Die fraglichen Territorien sind von Unterthanen Seiner Majestät des Kaisers durch Verträge mit unabhängigen Fürsten erworben worden, welche in keinerlei Abhängigkeits-

*) Uebersetzung im Blaubuch Nr. 59. Vom englischen Botschafter an den englischen Minister am 22. Juni übersandt.

Verhältniss zu Euerer Hoheit stehen oder gestanden haben. Die Unabhängigkeit dieser Fürsten steht ausser Zweifel; sie ist älter als die Herrschaft der Familie Euerer Hoheit in Zanzibar, und Euere Hoheit vermögen keinen Titel nachzuweisen, durch welchen Sie Hoheitsrechte über diese Fürsten erworben hätten. Es ist im Gegentheil Thatsache, dass Euere Hoheit bisher in diesen Gebieten keine Akte der Souveränetät ausgeübt, sondern deren Unabhängigkeit Selbst anerkannt haben, indem Sie deutschen und anderen Reisenden, welche den Schutz Euerer Hoheit im Innern des gegenüberliegenden Festlandes nachsuchten, den Bescheid ertheilen liessen, dass der Einfluss Euerer Hoheit nicht über die Küste hinausreiche. || Die an einzelnen Punkten im Innern bestehenden Stationen Euerer Hoheit sind lediglich kaufmännische Niederlassungen im Interesse der Karawanen, welche den Handel zwischen Zanzibar und dem Innern von Afrika vermitteln. Dass auch diese Stationen nicht Vertreter der Souveränetät Euerer Hoheit sind, ergiebt sich daraus, dass eingeborene Fürsten bisher von den ihr Gebiet passirenden Karawanen an verschiedenen Orten, wie z. B. in Nbumi in Usagâra, Tribut erhoben haben. || Solche Stationen zum Schutz des Handels sind auch von anderen Mächten vielfach in Afrika errichtet worden, ohne dadurch Souveränetätsansprüche zu begründen. || Nachdem nun diese Gebiete mit allen Hoheitsrechten von der Deutschen Gesellschaft vertragsmässig erworben worden sind, ist die ausschliessliche Befugniss zur Ausübung von Hoheitsrechten unter der Oberaufsicht der Regierung Seiner Majestät des Kaisers auf die deutschen Erwerber übergegangen. Die Gesellschaft wird auch den Schutz der Karawanenstrassen, wie überhaupt den Rechtsschutz innerhalb der erworbenen Gebiete ausüben. || Seine Majestät der Kaiser wünscht aufrichtig, das bisher bestandene freundschaftliche Einvernehmen mit Euerer Hoheit aufrecht zu erhalten, und ist deshalb bereit, mit Euerer Hoheit über Regelung des internationalen Verhältnisses zwischen dem deutschen Schutzgebiet und Euerer Hoheit in Unterhandlung zu treten. Seine Majestät erwartet, dass Euere Hoheit hierzu die Hand bieten werden, indem Sie Ihre Beamten und Militärpersonen aus dem deutschen Gebiete zurückziehen.

Genehmigen Euere Hoheit u. s. w.

Nr. 8796. Deutschland. Juni 1885.

Nr. 8797. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. (Salisbury) an den engl. Botsch. in London. — Der deutsche Botschafter hat vorgeschlagen, das Gebiet des Sultans durch eine Kommission abgrenzen zu lassen. [67.]

Foreign Office, June 30, 1885.

Sir, — the German Ambassador called to-day to speak about the question of Zanzibar. He expressed his hope, that Her Majesty's Government and the German Government would come to a good understanding on the subject of these colonial enterprises of Germany, as indeed to a great extent had been

Nr. 8797. Gross-britannien. 30. Juni 1885.

Nr. 8797. Grossbritannien. 30. Juni 1885.

already done. I assured his Excellency, that Her Majesty's Government desired to assist the views of the German Government so far as was in their power. He represented, that he thought that the Sultan of Zanzibar had taken objection, very unreasonably, to the colonization of certain German subjects who were under the protection of the Emperor, and that there had been at one time an apprehension that His Highness was instigated to this line of conduct by Sir John Kirk, Her Majesty's Consul-General. || I told him, that, as far as I could judge, I thought that was not the case, and that certainly as soon as I had taken office and come to cognizance of the papers I had instructed Sir John Kirk in very distinct language to prevent, as far as it was in his power, any collision between the Government of Zanzibar and the German authorities upon these questions. || Count Münster expressed his satisfaction at this information: he said, that the German Government were quite willing to join the engagement with respect to Zanzibar into which the French and English Governments had mutually entered, and this, I said, I thought would be a very good arrangement. || He then proposed, that the delimitation of the true territory of the Sultan of Zanzibar from the country which was occupied by the subjects of the German Emperor should be conducted by means of an impartial Commission. || I replied, that I thought that there could be no objection to that idea, and I suggested that it should be either an English and German or an English, German and French Commission, as he might think best. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 8798. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Berlin (Scott). — Abgrenzung der Gebiete des Sultans. [75.]

Foreign Office, July 20, 1885.

Nr. 8798. Grossbritannien. 20. Juli 1885.

Sir, — Count Münster called upon me this morning, and said a few words about Zanzibar. He said the German Government concurred in our opinion, that a delimitation, so far as was practicable between the territories of Zanzibar and the German Protectorate, was very desirable, and could probably be effected more satisfactorily by a Commission at Zanzibar than in any other way. But before any final arrangement in that regard was made, the German Government were anxious to know, in general terms, what our views as to the extent of Zanzibar territory might be. He said a similar wish had been communicated to the French Government. I stated, that I could not hope to give a very accurate description from the sources of information which were at my command, but that I would communicate to him such opinion as I might be able to form on the papers that were in the Foreign Office. It could only, however, be a preliminary opinion, and on account of the distance and the scantiness of the records which existed at the Foreign

Office, I could not anticipate that it would be expressed in other than very general terms. Count Münster said, that this was all that the German Government desired, and I promised to forward it to him as speedily as I could.

In conformity with this wish, I have investigated such evidence as we possess. It appears to me, that the rights of Zanzibar upon the coast are tolerably clear and wellestablished. There seems no difference of opinion, that they extend down as far as the Portuguese possessions at Cape Delgado. To the northward there is less uniformity of opinion. It appears to be generally admitted, that there is no break in the Zanzibar dominion along the coast as far as Port Durnford, at the mouth of the Wubuschi; but, as far as the evidence at my disposal enables me to judge, I should be inclined to say that the rights of Zanzibar have been asserted at all the principal spots as far north as Warscheich, a little north of the second parallel of north latitude. The depth to which this littoral dominion extends appears never to have been accurately defined.

Taking the mean of various estimates, I should say, speaking roughly, that it extends about 60 nautical miles in the interior; but of course when this comes to be delimitated, such an estimate should be subject to the adoption of a more convenient boundary where it is indicated by natural features. Further than this I do not possess any evidence of the exercise of jurisdiction or authority in any portion of the interior, with perhaps one or two exceptions. There is evidence of military occupation at Mamboio, and of the existence of officials exercising authority at some other points on the road known as the northern trade route to Lake Tanganyika; and there has apparently been the assertion of territorial rights at Ujiji on the Lake Tanganyika; but how far the claims advanced in respect to these places will bear a more exact scrutiny I am unable to say. There is also some evidence, that the Sultan's sovereignty has been acknowledged by the Chiefs of the districts of Kilimanjaro and Chagga.

In making the above remarks, I do not wish to be pronouncing any judgment for or against any claims which may be made by the Sultan of Zanzibar, or others. Even if it were the duty of Her Majesty's Government to do so, they could not perform it without full communication with those who, living in that region, are able to obtain a record of exact historical facts. I am merely giving what the German Ambassador desired that I should give, the general result of such information as the records of the Foreign Office place at our disposal. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 8799. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Berlin an den engl. Min. des Ausw. — Aufgabe des deutschen Geschwaders vor Zanzibar. [87.]

(Received by telegraph, August 11.) Berlin, August 11, 1885.

Nr. 8799. Grossbritannien. 11. Aug. 1885.

My Lord, — on receipt of your Lordship's telegram of last night, I called this morning on Count Hatzfeldt to inquire what foundation there was for a report which I understood had been received by the French Government from their Consul at Zanzibar, to the effect that he had been informed by the Captain of the German squadron that he had instructions to press certain demands *), which I repeated to his Excellency, on the Sultan of Zanzibar, and to employ naval measures to enforce them if necessary. || His Excellency said, that the French Chargé d'Affaires had just put a similar question to him, and that he had been quite taken aback by the statement of the French Consul for he could positively assure me that Commodore Paschen had no authority whatever to enforce demands of any description by use of intimidation. He would have to communicate to the Sultan certain desires of the German Government, but these, his Excellency led me to infer, chiefly referred to the main cause of difference between the two Governments, the non-withdrawal of the Sultan's somewhat offensive protest against the German Protectorate. || The only circumstance under which the Commodore would have power to resort to any kind of hostile measure would be if the Sultan were imprudent enough to insult or menace the Imperial squadron. || Its presence off Zanzibar, his Excellency said, was simply to show the Sultan the power of the German Empire. He added, that the German Government had never made a secret of their desire to obtain, by friendly negotiation, certain transit facilities, but they never for one moment dreamt of formulating this desire as a demand or of extorting commercial privileges under intimidation. || As they were at present in friendly negotiations with the Governments of the Queen and of France in regard to the limits of Zanzibar, they would certainly not make any attempt, in the meanwhile, to obtain by force or threat any territorial cessions from the Sultan. || Count Hatzfeldt concluded by telling me, that he had just ordered a communication to be sent to the Imperial Admiralty, in order to preclude the possibility of any misunderstanding on this point. || I was careful to let his Excellency know, that Her Majesty's Government had not received from Sir John Kirk any information of the kind reported by the French Consul. || I have, &c.

Charles S. Scott.

---

*) Nach dem Bericht des französischen Konsuls sollten dies folgende Forderungen sein: "the consent of the Sultan to the recent German annexations on the mainland, to the establishment of a free port, and to the compulsory admission of German goods under a duty of 5 per cent."

Nr. 8800. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den engl. Generalkonsul in Zanzibar. — Auftrag den Sultan zur Anerkennung der deutschen Forderungen zu bestimmen. [89.]

(Telegraphic.) Foreign Office, August 12, 1885.

Nr. 8800. Grossbritannien. 12. Aug. 1885.

Sir, — I am directed by the Marquis of Salisbury to inform you, that the German Government deny that the German Commodore has received any authority to threaten force against the Sultan. They say, that as they are in negotiation with the Governments of Great Britain and France with regard to the limits of the territory of the Sultan, they have no intention of attempting by threats to obtain any territorial cessions from him. || In view of this declaration, I am to instruct you to recommend the Sultan to recall His Highness' original protest, to recognize the German Protectorate over all the territories which may be subsequently and amicably determined to be included in it, and to promise that he will withdraw his troops from such territories if there should be any there. || I am, &c.

Julian Pauncefote.

Nr. 8801. FRANKREICH. — Min. des Ausw. (Freycinet) an den französischen Kommissar für Zanzibar (Generalkonsul Patrimonio). — Instruction bezüglich der Feststellung der Grenzen von Zanzibar. [131.]

Paris, le 20 Septembre, 1885.

Nr. 8801. Frankreich. 20. Sept. 1885.

A la suite des difficultés qui se sont élevées un moment entre le Gouvernement Allemand et le Sultan de Zanzibar, des pourparlers ont été engagés entre l'Allemagne, la France et l'Angleterre, afin d'arriver à un accord qui permît de fixer l'étendue des territoires soumis à l'autorité de Saïd Bargash en consacrant l'indépendance de ses États. || Ces pourparlers ont abouti au résultat que nous avions en vue. Le Cabinet de Berlin m'a fait savoir, en effet, par l'entremise de son Représentant à Paris, qu'il adhérait à la Déclaration de 1862, par laquelle la France et la Grande-Bretagne se sont engagées mutuellement à respecter l'indépendance de Zanzibar, et qu'il était disposé à s'entendre avec les deux Puissances susmentionées pour la délimitation des États du Sultan. Nous avons donc à nous préoccuper, dès à présent, pour ce qui nous concerne, des conditions dans lesquels il conviendra de procéder aux constatations dont les trois Cabinets ont ainsi reconnu l'opportunité. || C'est là une tâche que rendent particulièrement complexe et délicate la situation même des régions et l'état des peuplades sur lesquels peut s'étendre l'autorité de Saïd Bargash. Aussi, ai-je tenu à me renseigner aussi complètement que possible sur les questions qu'elle soulève, surtout au point de vue politique et économique, avant d'en poursuivre la solution de concert avec les

Nr. 8801. Frankreich. 20. Sept. 1885.

Puissances intéressées au même titre que nous dans la délimitation projetée. || D'autre part, la gestion intérimaire du Consulat de France à Zanzibar, confiée jusqu'ici à M. Piat, est à la veille de prendre fin; et M. Raffray, nommé titulaire du poste, n'en a pas encore pris possession. Dans ces conditions, j'ai jugé utile qu'un Agent spécial occupant dans la hiérarchie Consulaire un grade plus élevé que celui qui est assigné à nos Représentants permanents auprès du Sultan, se rendît à Zanzibar pour y réunir sur les lieux et avec le concours de notre Consul les éléments d'appréciation qui nous sont nécessaires. Vos services et l'expérience que vous avez acquise des pays d'Orient, vous désignaient à mon choix. Vous aurez tout particulièrement à rechercher, soit en dépouillant les archives du Consulat, soit en vous adressant à d'autres sources, tous les documents géographiques, ethnographiques, ou administratifs qui vous paraîtraient pouvoir être utiles en vue de la délimitation projetée. || Votre premier soin sera naturellement de préciser aux yeux de Son Altesse Saïd Bargash les motifs et l'objet de votre envoi à Zanzibar. Mais je n'attache pas moins de prix à ce que vous vous acquittiez de la mission technique dont je viens de définir avec vous l'objet, d'accord avec les Représentants de l'Angleterre et de l'Allemagne, avec lesquels vous ne manquerez pas dès votre arrivée de vous mettre en relations officieuses par l'intermédiaire de notre Consul. J'ai eu soin, d'ailleurs, de prévenir les Cabinets de Londres et de Berlin de cette mission et des circonstances qui l'ont motivée; les dispositions qu'ils n'ont cessé de nous manifester à l'occasion des affaires de Zanzibar ne permettent pas de douter que leurs Agents respectifs ne vous prêtent volontiers le concours de leurs lumières et de leur expérience.

De Freycinet.

Nr. 8802. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Kommissar für Zanzibar (Oberst-Lieutenant Kitchener). — Instruction. [134.]

Foreign Office, October 17, 1885.

Nr. 8802. Grossbritannien. 17. Oct. 1885.

Sir, — The Queen has been graciously pleased to approve your appointment as British Commissioner for the purpose of inquiring jointly with Commissioners to be appointed by His Imperial Majesty the Emperor of Germany and by the President of the French Republic into the claims of the Sultan of Zanzibar to sovereignty over certain territories on the East Coast of Africa, and of ascertaining their precise limits. || You will learn from the papers which accompany this instruction, that the present Ruler of Zanzibar and his predecessor, Syud Majeed, succeeded to the Sultanate under the arbitrament of Lord Canning, the Governor-General of India in 1861. || It was in pursuance of his Award, that the territories of Muscat and Zanzibar were divided, and that Zanzibar and its dependencies on the East Coast of Africa were

adjudged and confirmed to Syud Majeed in consideration of a yearly subsidy to be paid by him and his successors to the Sultan of Muscat, who was a rival claimant to the joint Sultanates of Muscat and Zanzibar. || You will also find from those papers, that the line of coast claimed at that time by the Sultan, and the sovereignty of which was involved in the arbitration, extends from the Portuguese boundary at Cape Delgado to Warsheick, situated in about 2° 30′ north latitude. It is believed, that His Highness has exercised territorial rights at various places along that line of coast, and that he possesses several military posts and Customs stations; but the precise character of the authority which he exercises over the local tribes has been questioned, and with it the nature and extent of the territorial rights arising from it. His title to territory in the interior is open to much uncertainty. It will be your aim, therefore, to ascertain, as far as may be possible, the precise extent of coast over which the sovereignty of the Sultan is recognized by the inhabitants; and in those parts where it may be questioned, to inquire into the grounds on which it is asserted on the one side and contested on the other. For this purpose you will examine whether there exist any actual "indicia" of the Sultan's ownership, and whether there is any evidence of the subjection of the inhabitants to his rule, or of their admission of his suzerainty by payment of tribute, or taxes, or costums, or by any acts of homage or fealty which may indicate the nature of the political relations existing between them and the Ruler of Zanzibar. || As regards the interior, similar inquiries should be set on foot in all districts, to which the Sultan asserts a title which is disputed by the local tribes, or by persons claiming to hold by grant from them. || The above general indications will probably suffice for the present purpose, and you will apply to me for further instructions in case of need. || It only remains for me now to instruct you to proceed to Zanzibar as early as practicable, and to place yourself there in communication with your colleagues for the purpose of the proposed inquiry. || I have every confidence in the spirit of moderation and impartiality with which the Commission will be animated in the discharge of their arduous and delicate mission, and I entertain the hope that their labours will be successful, and that they will be able at the close of them to submit to the Governments interested conclusions and proposals acceptable to all parties, as being based on sound principles of law and justice. || I am, &c. Salisbury.

Memorandum.

In 1807 Syud Saeed succeeded his father, Syud Sultan, as Ruler over the conjoined dominions of Oman and Zanzibar, and in 1840 he selected Zanzibar as his permanent residence, committing the rule of Muscat and other provinces to his sons or relatives. The Islands of Zanzibar, Mombasa and Pemba, and also Kilwa, and other places on the East Coast of Africa, had

Nr. 8802. Grossbritannien. 17. Oct. 1885.

been originally acquired by his father, and descended to Syud Saeed as part of the Kingdom of Oman. He extended and consolidated the Empire in those parts, and it is important to note that about that time he recorded the precise extent of his African dominions in a letter which he addressed to the Earl of Aberdeen on the 24th July, 1844, and in which he expressed his wishes in regard to the succession to his dominions after his death. "After us," wrote the Sultan, "we constitute and appoint our son Khaled to be Ruler of all our African possessions, that is to say, all places on the Continent of Africa between Magadosha, situated in about 2° 10′ north latitude, and Cape Delgado, situated in about 10° 42′ south latitude, with the adjacent islands now subject to our rule and under our dominion, and in like manner our son Thowyeenee to be Ruler over all our possessions in Oman, in Arabia, in the Persian Gulf and on the coast of Persia." || Prince Khaled died in 1854, in the lifetime of his father, who thereupon confided the administration of his African possessions to another son, Prince Majeed, whom he publicly appointed to succeed Khaled. The Sultan died in 1856, and a dispute soon arose between the two brothers, Thowyeenee and Majeed, as to the succession to Zanzibar and the African possessions. || Thowyeenee based his pretensions, among other things, on his election to the Throne of Oman, by "all the people from Terik (Delgado) to Marbat." But when he threatened in 1859 to invade Zanzibar and its African territories the people rose en masse to resist him, and many tribes came over to Zanzibar to support the claims of Majeed. It was at this juncture, that a collision between the two brothers was avoided by their agreeing to refer their rival claims to the arbitrament of the Governor-General of India. Lord Canning's Award is dated the 2nd April, 1861, and its effect was to divide the two inheritances of Zanzibar and Muscat. || By the Award, Majeed was declared Ruler of Zanzibar and of the African dominions of his late father, the Sultan Syud Saeed. The Ruler of Zanzibar was to pay the Ruler of Muscat an annual subsidy of 40,000 crowns (about 8,500l.), and Majeed was directed to pay Thowyeenee arrears of subsidy amounting to 80,000 crowns. || The two inheritances of Oman were thus kept separate, and the subsidy payable by Zanzibar to Muscat is stated in the Award to be by way of compensation to the Ruler of Muscat for the abandonment of his claim on the African dominions of the late Sultan, and for the purpose of adjusting the inequality between the two inheritances. || As regards the extent of those African dominions, Sir William Coghlan, the British Commissioner, sent by the Indian Government to investigate the question in dispute between the two brothers, previously to Lord Canning's Award, reported that the African dominions of the late Sultan "extend from Mukdeesha on the north to Cape Delgado on the south, at which point they are conterminous with the Portuguese territories." || All the facts above mentioned are to be found recorded in great detail in the Report of the Select Committee of the House of Commons appointed in 1871 to inquire into the question of

the Slave Trade on the East Coast of Africa. In that Report it is stated "that the dominions of Zanzibar extent along the Eastern Coast of Africa for about 350 miles, and lie between the equator and 10° south latitude, and include the Islands of Zanzibar, Pemba and Momfia, the head-quarter of Government being the Island of Zanzibar, which lies opposite the centre of the coast line." || In 1873 Sir Bartle Frere, Her Majesty's Special Envoy to Zanzibar and Muscat, reported, that "the Sultan of Zanzibar has possessions extending about 660 miles from Toongee, the frontier of the Portuguese territory beyond Cape Delgado on the south, to Warsheick, in about 2° 90′ north, which is the most advanced post actually held by his troops and under his flag to the north." || It appears also from a Report of the Hydrographer of the Admiralty of the same year, that "the Sultan of Zanzibar was Ruler of about 640 miles of coast with many good ports from Delgado to the equator." As regards the extent of coast belonging to Zanzibar in 1861, the date of Lord Canning's Award, it is certain that the Ruler of Zanzibar only retained it on condition of paying compensation by way of subsidy to the Sultan of Muscat. || It is true, that the British Government at a later period took on themselves the payment of the Muscat subsidy; but they did so, firstly, out of consideration for the Sultan of Muscat, to whom the Sultan of Zanzibar refused to make any payment, and, subsequently, because it was thought important to British and Indian interests to maintain peace under the terms of the Canning Award. || By a Declaration between Great Britain and France, dated the 10th March, 1862, both Governments engaged reciprocally to respect the independence of Zanzibar and Muscat, but until recently no circumstances have arisen calling for any inquiry into the precise character and extent of the sovereignty of Zanzibar on the east coast. || Sir Bartle Frere, to whose annexed Report you are specially referred, visited the coast on a special mission in 1873, and reported that he was much struck with the extremely superficial character of the Sultan's hold over the coast. || The claims of the Sultan in the interior are still more vague and undefined; but it is probable that, as explained by Sir J. Kirk in his despatch No. 186 of the 6th July last, the Arabs of Oman recovered their hold over the coast at the decay of the Portuguese supremacy, and that claim to the sovereignty or suzerainty over its inhabitants descended from Syud Saeed to the present Ruler of Zanzibar. || How far actual proofs of sovereignty exist in the territory upon the Continent of Africa, to which the Sultan lays claim, upon the coast and in the interior, is the important subject of the proposed inquiry.

Nr. 8803. DEUTSCHLAND und ZANZIBAR. — Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und dem Sultan von Zanzibar*).

Nr. 8803. Deutschland und Zanzibar. 20. Dec. 1885.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen und Seine Hoheit Seyid Bargasch ben Said, Sultan von Zanzibar, von dem Wunsche geleitet, die zwischen beiden Ländern bestehende Bande der Freundschaft enger zu schliessen und die Handels- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vermehren, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschliessen, und zu Bevollmächtigten ernannt: ‖ Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen: ‖ Allerhöchstihren Kontreadmiral Ernst Wilhelm Heinrich Hugo Eduard Knorr, ‖ Seine Hoheit der Sultan von Zanzibar: ‖ Höchstihren Ersten Sekretär Mohamed ben Salem ben Mohamed, welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, unter Vorbehalt der beiderseitigen Ratifikation, folgenden Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen haben.

Art. I. Zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen und ihren Unterthanen soll beständiger Friede und aufrichtige Freundschaft bestehen.

Art. II. Die Angehörigen des deutschen Reiches sollen in den Gebieten Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar in Bezug auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb wie in jeder anderen Beziehung dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zustehen oder zustehen werden; insbesondere sollen sie keinen anderen oder lästigeren Abgaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterworfen sein werden. Das gleiche Recht wird den Angehörigen des Sultanats von Zanzibar für das Gebiet des deutschen Reiches eingeräumt.

Art. III. Die hohen vertragschliessenden Theile räumen sich gegenseitig das Recht ein, Konsuln zu ernennen, um in dem Gebiete des anderen Theils an solchen Plätzen zu residiren, an welchen Handels- oder sonstige Interessen die Anwesenheit solcher Beamten ihnen nöthig oder wünschenswerth erscheinen lassen. ‖ Die Konsuln der hohen vertragschliessenden Theile sollen, ebenso wie ihre Beamten und die zu ihnen im Dienstverhältniss stehenden Personen, sowohl für ihre Person als auch für ihre Häuser und für die Ausübung ihrer Amtspflichten gegenseitig, neben den ihnen hierin eingeräumten besonderen Rechten, dieselben Ehrenrechte und Privilegien geniessen, welche die konsularischen Beamten der meistbegünstigten Nation geniessen und in Zukunft geniessen werden. ‖ Im Falle öffentlicher Ruhestörungen soll den Konsuln auf ihren Wunsch zum Schutz ihrer Person sowie zur Sicherung der Unverletzlichkeit des Konsulats und der konsularischen Wohnung eine Sicherheitswache gestellt werden.

*) Dem Reichstage vorgelegt am 30. März 1886.

Art. IV. Zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen soll volle und gänzliche Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen. || Die Angehörigen jedes der hohen vertragschliessenden Theile sollen gegenseitig in dem Gebiete des anderen befugt sein, in alle Häfen, Flüsse und sonstige Wasserstrassen mit ihren Fahrzeugen und Ladungen einzulaufen, zu reisen, sich aufzuhalten und sich niederzulassen, Handel und Gewerbe, im Grossen wie im Kleinen, zu betreiben, Häuser, Magazine und Läden zu miethen, zu kaufen und zu besitzen. || Sie sollen befugt sein, daselbst jeder Art Waaren und Erzeugnisse zu kaufen, einzutauschen und zu verkaufen, direkt oder durch Vermittelung einer von ihnen gewählten Mittelsperson; die Preise der Güter, Effekten, Waaren und sonstigen Gegenstände, sowohl der eingeführten als der inländischen, sei es, dass die Waaren im Inlande verkauft oder ausgeführt werden sollen, selbst zu bestimmen, ohne jegliche Einmischung seitens der Behörden Seiner Hoheit. || Seine Hoheit der Sultan von Zanzibar verpflichtet sich noch insbesondere, weder die Errichtung irgend eines Monopols, noch eines ausschliesslichen Handelsprivilegiums in seinen Besitzungen zu gestatten.

Art. V. Die Angehörigen des deutschen Reiches sollen in den Gebieten Seiner Hoheit des Sultans berechtigt sein, durch Miethe, Kauf, Schenkung oder sonstige Vereinbarung mit dem Eigenthümer sowie im Wege der gesetzlichen oder testamentarischen Erbfolge jede Art von beweglichem und unbeweglichem Vermögen zu erwerben und zu besitzen und darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise frei zu verfügen.

Art. VI. Zum Zwecke der Erleichterung des Handelsverkehrs und von der Absicht geleitet, die Einkünfte Seiner Hoheit aus den Zöllen und den anderweit von Waaren und Landeserzeugnissen zur Erhebung kommenden Abgaben auf fester Basis zu regeln und sicherzustellen, ist man über die folgenden, in Artikel VII, VIII, IX, X, XI, XII und XIII aufgestellten Bestimmungen übereingekommen.

Art. VII. Von allen Waaren und Gütern, welcher Art sie sein mögen, welche über See aus fremden Ländern in irgend einen Hafen innerhalb des Gebietes Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar, einerlei, ob derselbe auf einer der Inseln oder an der Küste des afrikanischen Festlandes gelegen ist, eingeführt und daselbst gelandet werden, ohne Unterschied, ob sie für den lokalen Konsum oder für den Versandt nach anderen Plätzen ganz oder theilweise bestimmt sind, soll Seine Hoheit der Sultan berechtigt sein, einen Einfuhrzoll, der 5 Prozent des Werthes der so eingeführten Waaren nicht übersteigen darf, zu erheben. || Mit der erfolgten Zahlung des so bewilligten Einfuhrzolles, welcher in dem ersten Hafen, in welchem die Waaren, bezw. Güter gelandet werden, zu entrichten ist, wird die eingeführte Waare für das gesammte Gebiet Seiner Hoheit von allen weiteren Zöllen und Abgaben der Regierung des Sultans, einerlei, welcher Art und Benennung die letzteren sein mögen, ein für alle Mal und vollständig befreit, und soll es dabei keinen Unterschied machen, ob die Waare in dem Zustande, in welchem sie eingeführt ist, ver-

Nr. 8803. Deutschland und Zanzibar. 20. Dec. 1885.

bleibt oder inzwischen verarbeitet worden ist, wie ebenso, ob sie an dem Einfuhrhafen verbleibt oder nach irgend welchen anderen Plätzen versandt wird. || Als einzige Ausnahme von dem so festgesetzten Maximal-Einfuhrzoll von 5 Prozent ad valorem soll Seine Hoheit der Sultan berechtigt sein, einen höheren Einfuhrzoll und zwar bis zu 25 Prozent ad valorem zu erheben von Spirituosen aller Art, welche vom Auslande in das Gebiet Seiner Hoheit eingeführt werden und einen Alkoholgehalt von 20 Prozent und darüber haben. | Alle anderen geistigen Getränke von weniger als 20 Prozent Alkoholgehalt (wie beispielsweise Biere und Weine) unterliegen dagegen nur dem gewöhnlichen Maximal-Einfuhrzoll von 5 Prozent ad valorem.

Dagegen sollen von jedem Einfuhrzoll befreit bleiben: || 1. Alle Waaren und Güter, welche, nach einem fremden Hafen bestimmt, in einem der Häfen Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar an Bord eines anderen Schiffes übergeladen oder zu diesem Zweck zeitweise gelandet und bis zum Eintreffen einer Schiffsgelegenheit im Zollamt niedergelegt werden. || Waaren der letzteren Kategorie sollen jedoch nur dann von dem Einfuhrzoll befreit bleiben, wenn von dem Empfänger nach Ankunft des Schiffes der Zollbehörde angezeigt wird, dass die betreffenden Waaren zur Wiederausfuhr nach dem zu bezeichnenden fremden Bestimmungshafen gelandet werden, und dieselben gleichzeitig der Zollbehörde zu zollamtlichem Verschluss übergeben und, ohne dass ein Eigenthumswechsel inzwischen stattgefunden, innerhalb 6 Monate nach ihrer Ankunft nach dem angegebenen fremden Bestimmungshafen wirklich verschifft werden. | 2. Alle Waaren und Güter, welche, ohne für das Gebiet Seiner Hoheit des Sultans bestimmt zu sein, aus Versehen gelandet werden, vorausgesetzt, dass diese Waaren und Güter wieder auf dasselbe Schiff verladen und mit demselben nach dem Auslande ausgeführt werden. Sind solche Waaren und Güter jedoch bereits vorher geöffnet oder aus dem Besitz oder Gewahrsam der Zollbehörde entfernt worden, so soll für dieselben der festgesetzte Einfuhrzoll bezahlt werden. || 3. Alle Waaren und Güter, welche, um die von einem Schiffe durch Unwetter oder andere Seeunfälle erlittenen Beschädigungen auszubessern, umgeladen oder an Land gebracht werden mögen; vorausgesetzt, dass die so gelöschte Ladung entweder an Bord desselben Schiffes oder, falls dasselbe condemnirt oder seine Abreise sonst verzögert werden sollte, in irgend einem anderen Schiffe aus dem Sultanat wieder ausgeführt wird; || 4. Kohlen, Proviant sowie alle sonstigen Ausrüstungsgegenstände, welche von der Kaiserlich deutschen Regierung für den Bedarf ihrer Kriegsschiffe in das Sultanat eingeführt und für die gedachten Schiffe verwendet werden. || 5. Landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe, desgleichen alles Material, was zum Wegebau sowie zur Anlage und zum Betriebe von Tramways oder Eisenbahnen dient, sowie auch alle Transportmittel — soweit solche Artikel, nach Ausweis eines von der deutschen Konsulatsbehörde ausgefertigten Attestes, für die deutschen Schutzgebiete bestimmt sind.

Art. VIII. Seine Hoheit der Sultan soll ferner berechtigt sein, von den

in dem angehefteten Tarife aufgeführten Waaren und Landeserzeugnissen, und nur von diesen allein, einen besonderen Zoll zu erheben und zwar in der Höhe und bezw. zu dem Prozentsatze des Werthes der Waaren und Landeserzeugnisse, wie solche oder solcher bei einem jeden Artikel in dem beigefügten Tarife festgesetzt worden ist. || Die Zahlung dieses Specialzolles, welcher von und für Rechnung Seiner Hoheit des Sultans erhoben wird, soll, falls sie nicht bereits früher erfolgt ist, jedenfalls vor der Verschiffung aus dem Gebiete Seiner Hoheit des Sultans geleistet werden, und soll es dabei keinen Unterschied machen, ob die in dem Tarife aufgeführten Waaren und Landeserzeugnisse aus dem Gebiete des Sultanats oder aus den ausserhalb desselben liegenden Ländern des afrikanischen Festlandes kommen. || Ist der mehrgedachte Spezialzoll jedoch einmal bezahlt, so sollen von den betreffenden Waaren und Landeserzeugnissen, einerlei, ob dieselben sich noch im Rohzustande befinden oder ob sie inzwischen verarbeitet worden sind, irgend welche weiteren Abgaben von der Regierung Seiner Hoheit des Sultans oder dessen Behörden nicht erhoben werden dürfen, dieselben vielmehr, vorausgesetzt, dass sie inzwischen nicht im Auslande verarbeitet worden sind, frei in jeden Hafen in dem Gebiete Seiner Hoheit des Sultans eingeführt und aus einem solchen ausgeführt werden können. || Die hohen vertragschliessenden Theile räumen sich gegenseitig das Recht ein, eine Revision des beigefügten Spezialtarifs nach Ablauf von 5 Jahren, vom Tage der Ratifikation des Vertrages an gerechnet, zu beantragen, um diejenigen Abänderungen, Zusätze und Verbesserungen daran vorzunehmen, welche die Erfahrung als nothwendig oder wünschenswerth dargethan haben sollte.

Art. IX. Die hohen vertragschliessenden Theile sind darüber einverstanden, dass, an Stelle und als Aequivalent für die in dem vorstehenden Artikel VIII Seiner Hoheit dem Sultan tarifmässig bewilligten Spezialzölle, in Wegfall kommen und abgeschafft werden: 1. Das Seiner Hoheit dem Sultan bisher vertragsmässig für gewisse Küstendistrikte eingeräumt gewesene Monopol auf Elfenbein und Kopal und die, an Stelle der Ausübung desselben, von jenen Artikeln erhobenen Abgaben, sogenannte Monopoltaxen. || 2. a. Der Zoll, welcher bisher in Höhe von 5 Prozent ad valorem oder in Natur allgemein von Waaren, Produkten und Erzeugnissen aus dem Gebiete Seiner Hoheit des Sultans oder aus dem Innern des afrikanischen Festlandes in dem ersten Hafen Seiner Hoheit, in welchen sie gebracht worden, zur Erhebung gekommen ist. || b. Die besonderen Abgaben, welche Seine Hoheit als sogenannte einheimische Taxen bisher von gewissen Waaren und Erzeugnissen der vorgedachten Art, zusätzlich zu dem sub a erwähnten Zoll, erhoben hat.

Die hohen vertragschliessenden Theile sind ferner darüber einig: a) dass alle die Waaren, Güter und Erzeugnisse, welche aus den westlich des Sultanats auf dem afrikanischen Festlande belegenen Gebieten in das erstere über Land eingeführt werden, sofern sie nicht nach dem angehefteten Spezialtarif der darin angegebenen Verzollung unterliegen, sowohl bei Eintritt in das

Nr. 8803. Deutschland und Zanzibar. 20. Dec. 1885.

Gebiet Seiner Hoheit des Sultans als auch bei dem Verlassen desselben von jeder Zoll- oder sonstigen Abgabe an die Regierung Seiner Hoheit des Sultans vollkommen frei sein sollen; b) dass die Angehörigen des deutschen Reiches zu Zöllen, Steuern oder Abgaben, sei es für ihre Person oder ihre Habe, von Seiner Hoheit dem Sultan und seinen Behörden nur insoweit herangezogen werden können, als dies in Artikel VII und VIII ausdrücklich vorgesehen ist.

Art. X. Die hohen vertragschliessenden Theile sind jedoch darüber einverstanden, dass, falls zwischen Seiner Hoheit dem Sultan und den mit Zanzibar in einem Vertragsverhältniss stehenden Mächten später ein Uebereinkommen darüber zu Stande kommen sollte, dass den in den Hafen von Zanzibar einlaufenden Schiffen Tonnengelder oder Hafenabgaben auferlegt werden, damit diese Gelder, unter der Kontrole eines besonderen Komitees ausschliesslich zur Verbesserung des Hafens, der Ankerplätze, Anlage und Bedienung von Leuchtthürmen etc. verwendet werden, die am Schlusse des vorstehenden Artikels enthaltene Klausel nicht dahin auszulegen ist, dass deutsche Fahrzeuge von dieser eventuellen Hafenabgabe, bezw. von der Zahlung von Tonnengeldern befreit sein sollen, falls die deutsche Regierung ihre Zustimmung zu derselben ertheilt haben wird.

Art. XI. Was die Erhebung der in Artikel VII und VIII stipulirten Werthzölle betrifft, so soll es in das Belieben der deutschen Unterthanen gestellt sein, dieselben in baarem Gelde oder da, wo die Beschaffenheit der Waaren es gestattet, in Natur zu entrichten. || Als Werth der zu verzollenden Waaren und Güter soll der Marktwerth, den dieselben zur Zeit der Zollerhebung bei Baarzahlung haben, maassgebend sein. Bei fremden Importen soll der Werthbestimmung der Marktpreis, den die betreffende Waare zur Zeit der Zollerhebung bei Baarzahlung in Zanzibar hat, zu Grunde gelegt werden. || Entsteht über den Werth der zu verzollenden Waaren Meinungsverschiedenheit zwischen einem deutschen Angehörigen und der Zollbehörde, so soll der Werth durch 2 Sachverständige, von welchen jede Partei je einen ernennt, festgesetzt und der so ermittelte Werth für beide Theile maassgebend sein. Können sich die Sachverständigen über den Werth nicht einigen, so sollen sie einen Obmann erwählen, dessen Werthfestsetzung alsdann als endgültig entscheidend anzusehen ist.

Art. XII. Ueber die zollamtliche Behandlung von land- und flusswärts transitirenden Gütern bleiben Verhandlungen zwischen Seiner Hoheit dem Sultan und der Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers, eventuell in Verbindung mit den übrigen Signatärmächten der Kongokonferenz, vorbehalten. Seine Hoheit der Sultan von Zanzibar verpflichtet sich jedoch schon hiermit, dafür Sorge zu tragen und seine Beamten dahin zu instruiren, dass der Expedition solcher transitirender Waaren und Güter beim Ein- und Ausgang wie in dem Gebiete Seiner Hoheit des Sultans keinerlei unnöthige Hindernisse in den Weg gelegt und dass solche Waaren und Güter im Besonderen nicht chikanöser Weise unnöthigen Zollformalitäten oder Vorschriften unterworfen

werden. Seine Hoheit der Sultan von Zanzibar wird ferner dafür Sorge tragen, dass ein den Anforderungen des Waarenverkehrs entsprechendes Zollgebäude, mit geeigneten, den Schutz der Waaren gegen Diebstahl, Feuersgefahr oder Verderb sicherstellenden Lagerräumen, errichtet werde. Die Festsetzung der Bedingungen, unter welchen von den in diesem Zollgebäude niedergelegten Waaren Lagermiethe und in welcher Höhe zu zahlen ist, bleibt einer besonderen Vereinbarung Seiner Hoheit des Sultans mit den Vertretern der mit Zanzibar in einem Vertragsverhältniss stehenden Mächte vorbehalten.

Art. XIII. Zuwiderhandlungen gegen die in diesem Vertrage vereinbarten Zollbestimmungen sollen, soweit deutsche Unterthanen dabei betheiligt sind, auf desfalsige Anzeige der Zollbehörden, von der zuständigen deutschen Konsularbehörde untersucht und, falls der Betreffende für schuldig befunden, bestraft werden. Die für solche Zollvergehen seitens der deutschen Konsularbehörden erkannten Geldstrafen, ebenso wie Waaren oder Güter, auf deren Konfiskation dieserhalb etwa erkannt wird, sollen der Regierung Seiner Hoheit des Sultans überwiesen werden.

Art. XIV. Wenn ein deutsches Schiff einen Hafen in den Besitzungen Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar als Nothhafen anläuft, sollen die Lokalbehörden alle nöthige Hülfe gewähren, um das Schiff in den Stand zu setzen, seine Schäden auszubessern und seine Reise fortzusetzen. || Sollte ein deutsches Schiff an der Küste oder den Inseln des Gebietes Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar Schiffbruch leiden, so sollen Seiner Hoheit Behörden an den nächstliegenden Orten, sobald sie davon Kenntniss erhalten, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel aufbieten, um gegen Bergelohn das Schiff, seine Ladung wie die an Bord befindlichen Menschen zu retten; sie sollen den geretteten Personen Schutz und Beistand gewähren und ihnen dazu behülflich sein, den Sitz der nächsten Kaiserlich deutschen Konsulatsbehörde zu erreichen; sie sollen ferner dafür Sorge tragen, dass die geborgenen Güter sichergestellt und demnächst dem Eigenthümer oder dem Schiffsführer oder Schiffsagenten oder dem Kaiserlichen Konsul, bezw. dessen Bevollmächtigten ausgeliefert werden. || Die gedachten Behörden werden ferner dafür Sorge tragen, dass die nächste Kaiserlich deutsche Konsulatsbehörde des schleunigsten von dem Schiffsunfall benachrichtigt wird. || Sollte ein an der Küste oder den Inseln des Sultanats von Zanzibar gestrandetes deutsches Schiff geplündert werden, so haben die Behörden Seiner Hoheit des Sultans, sobald sie davon Kenntniss erhalten, dem Schiffe nach besten Kräften ungesäumt Beistand zu leisten und für die Verfolgung und Bestrafung der Plünderer wie für die Wiedererlangung der geraubten Güter, soweit dieselben in das Gebiet Seiner Hoheit des Sultans gebracht worden, Sorge zu tragen. || Wenn ein Schiff Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar oder seiner Unterthanen einen deutschen Hafen als Nothhafen anlaufen oder an der deutschen Küste Schiffbruch leiden sollte, so soll demselben ganz die gleiche Hülfe und Unterstützung seitens der deutschen Behörden gewährt werden.

Nr. 8803. Deutschland und Zanzibar. 20. Dec. 1885.

Art. XV. Wenn Matrosen oder andere Individuen eines Kriegs- oder Handelsschiffs des deutschen Reiches desertiren, so sollen die Behörden Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar, auf Requisition des deutschen Konsularbeamten oder, wenn ein solcher nicht vorhanden ist, des Schiffsführers, die erforderlichen Schritte thun, um die Deserteure zu ergreifen und in die Hände des Konsularbeamten oder Schiffsführers zurückzuliefern. Gleicherweise können, wenn Deserteure von Schiffen Seiner Hoheit des Sultans oder seiner Unterthanen sich in die Häuser oder auf die Schiffe deutscher Unterthanen flüchten sollten, die Ortsbehörden Seiner Hoheit sich an den deutschen Konsularbeamten oder, wenn ein solcher an dem Orte nicht vorhanden ist, an den Schiffsführer oder Hausbewohner wenden, welche die nöthigen Maassregeln ergreifen sollen, um, soweit Bedenken dagegen nicht vorliegen, die Wiederergreifung derselben durch Behörden des Sultans zu ermöglichen.

Art. XVI. Die Angehörigen des deutschen Reiches geniessen innerhalb des Gebietes Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar das Recht der Exterritorialität. || Die Behörden Seiner Hoheit des Sultans haben sich in Streitigkeiten, welche zwischen deutschen Reichsangehörigen untereinander und zwischen ihnen und Angehörigen anderer christlicher Nationen entstehen, nicht einzumischen; solche Streitigkeiten, mögen sie zivil- oder strafrechtlicher Natur sein, sollen vielmehr durch die zuständigen Konsularbehörden entschieden werden. Die Untersuchung und Bestrafung von strafbaren Handlungen, deren deutsche Unterthanen, die sich innerhalb des Gebietes Seiner Hoheit des Sultans aufhalten, etwa beschuldigt werden, ist den Behörden Seiner Hoheit entzogen und den deutschen Konsularbehörden ausdrücklich vorbehalten. || Wenn Zwistigkeiten zwischen einem Unterthan Seiner Hoheit des Sultans oder einer durch Konsuln bei Seiner Hoheit nicht vertretenen, nichtchristlichen Nation und einem Angehörigen des deutschen Reiches entstehen, so soll, falls der deutsche Unterthan der Kläger ist, die Angelegenheit von der höchsten Behörde Seiner Hoheit des Sultans oder einer von derselben besonders dazu ernannten Person gehört und entschieden werden. Die desfalsigen Verhandlungen und die Entscheidung sollen jedoch nur dann als rechtsgültig erachtet werden, wenn dem deutschen Konsul oder seinem Stellvertreter von denselben Anzeige gemacht und Gelegenheit gegeben worden ist, selbst oder durch eine von ihm dazu abgeordnete Person denselben beizuwohnen. || Erscheint dagegen ein deutscher Reichsangehöriger in solchen Zwistigkeiten als der Verklagte, so soll die Sache vor den zuständigen Kaiserlich deutschen Konsul gebracht und von demselben, beziehungsweise dem Konsulargericht, entschieden werden. || Auf Requisition der deutschen Konsulatsbehörde soll die Regierung Seiner Hoheit derselben, zur Vornahme von Verhaftungen oder anderer Amtshandlungen, Polizeihülfe zur Verfügung stellen.

Art. XVII. Unterthanen Seiner Hoheit des Sultans oder Angehörige durch Konsuln bei seiner Hoheit nicht vertretener, nichtchristlicher Nationen, welche innerhalb der Besitzungen Seiner Hoheit als Bedienstete bei deutschen

Reichsangehörigen angestellt sind, sollen denselben Schutz wie die Letzteren selbst geniessen. Sollten dieselben jedoch eines Vergehens oder Verbrechens beschuldigt werden, so sollen sie, sofern hinreichende Verdachtsgründe gegen sie nachgewiesen werden, von ihren deutschen Dienstherren, event. durch das deutsche Konsulat den Behörden Seiner Hoheit des Sultans zur Bestrafung überwiesen und zu diesem Zweck aus dem Dienste der deutschen Unterthanen entlassen werden.

Art. XVIII. Wenn ein innerhalb des Gebietes Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar domizilirter Angehöriger des deutschen Reiches zahlungsunfähig wird, soll der deutsche Konsul das gesammte Eigenthum desselben in Beschlag nehmen, um es unter die Gläubiger des Kridars, nach Maassgabe der Bestimmungen der deutschen Konkursordnung, zur Vertheilung zu bringen.

Art. XIX. Wenn ein Unterthan Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar die Zahlung einer berechtigten Forderung eines deutschen Reichsangehörigen verweigert oder sich derselben zu entziehen sucht, so sollen die Behörden Seiner Hoheit des Sultans dem deutschen Gläubiger jede Hülfe und Erleichterung zur Erlangung der Zahlung des schuldigen Betrages gewähren. || In der gleichen Weise wird der deutsche Konsul den Unterthanen Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar jede Hülfe und Erleichterung gewähren, um Zahlung berechtigter Forderungen der Ersteren gegen Angehörige des deutschen Reiches zu erlangen.

Art. XX. Wenn ein Angehöriger des deutschen Reiches verstirbt, mit Hinterlassung von Vermögen innerhalb des Gebietes Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar, so soll der deutsche Konsul befugt sein, das von dem Verstorbenen hinterlassene Vermögen in Empfang zu nehmen und darüber nach Maassgabe der deutschen Gesetze zu verfügen.

Art XXI. Die Häuser, Wohnungen, Magazine und sonstigen Räumlichkeiten, welche innerhalb des Gebietes Seiner Hoheit des Sultans Angehörige des deutschen Reiches oder Personen, die in festen Diensten der Ersteren stehen, innehaben, sollen von den Behörden oder Beamten Seiner Hoheit des Sultans, ohne die Zustimmung des Besitzers, weder betreten, noch einer amtlichen Untersuchung unterzogen werden, es sei denn, dass der deutsche Konsul oder sein Stellvertreter seine Genehmigung dazu ertheilt haben sollte.

Art. XXII. Den Angehörigen der hohen vertragschliessenden Theile werden in dem Gebiete des anderen Theils Gewissensfreiheit und religiöse Duldung ausdrücklich gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung aller Kulte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und die Einrichtung von Missionen, welcher Art Kultus dieselben angehören mögen, sollen keinerlei Beschränkung noch Hinderung unterliegen. Missionare, Gelehrte, Forscher sowie ihr Gefolge, ihre Habe und ihre Sammlungen bilden den Gegenstand eines besonderen Schutzes der hohen vertragschliessenden Theile.

Nr. 8803. Deutschland und Zanzibar. 20. Dec. 1885.

Art. XXIII. Die hohen vertragschliessenden Theile sind des weiteren dahin übereingekommen, dass, falls zwischen Seiner Hoheit dem Sultan und den Mächten, mit welchen Seine Hoheit in einem Vertragsverhältniss steht oder demnächst stehen wird, später ein Uebereinkommen dahin zu Stande kommen sollte, dass die Einwohner einer bestimmten Stadt oder eines bestimmten Distrikts ohne Unterschied der Nationalität zu Abgaben, welche ausschliesslich zur Förderung von Gemeinde- oder gesundheitlichen Interessen zu verwenden sind, herangezogen werden können und dass die Festsetzung und die Verwendung dieser Abgaben der Kontrole eines besonderen Komitees unterliegt, die Schlussbestimmung des Artikels IX dieses Vertrages nicht dahin auszulegen ist, dass deutsche Unterthanen von der Zahlung solcher Gemeindeabgaben befreit sein sollen, zu deren Einführung die Kaiserlich deutsche Regierung, als Mitkontrahentin jenes eventuellen Uebereinkommens, ihre Zustimmung ertheilt haben sollte.

Art. XXIV. Der gegenwärtige Vertrag ist in je 2 Exemplaren in deutscher, arabischer und englischer Sprache ausgefertigt worden. || Alle diese Ausfertigungen haben denselben Sinn und die gleiche Bedeutung; sollten jedoch Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des deutschen und arabischen Textes an irgend einer Stelle eintreten, so soll die englische Ausfertigung als allein maassgebend angesehen werden. || Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt und sollen die Ratifikationsurkunden sobald als thunlich in Zanzibar ausgetauscht werden. || Der Vertrag soll am 19. August 1886 und, falls der Austausch der Ratifikationsurkunden aus irgend einem Grunde erst nach diesem Zeitpunkt erfolgen sollte, 14 Tage nach erfolgtem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. || Nach Ablauf von 15 Jahren, vom Tage der Ratifikation dieses Vertrages an gerechnet, können die hohen vertragschliessenden Theile eine Revision des gegenwärtigen Vertrages beantragen, um diejenigen Abänderungen, Zusätze und Verbesserungen daran vorzunehmen, welche die Erfahrung als nöthig oder wünschenswerth dargethan haben sollte. || Ein solcher Antrag muss jedoch ein Jahr vor Ablauf des Vertrages angekündigt werden, widrigenfalls der Vertrag als stillschweigend auf weitere 10 Jahre verlängert angesehen werden soll. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt. || So geschehen zu Zanzibar den zwanzigsten Dezember des Jahres Ein Tausend Achthundert und Fünf und Achtzig, entsprechend dem dreizehnten Tage des Monats Rabi-al-Avval in dem Jahre Ein Tausend Dreihundert und Drei.

Knorr.

Mohamed ben Salem ben Mohamed.

Tarif

der in Artikel VIII und anderweit im Vertrage erwähnten Spezialzölle, welche Seine Hoheit der Sultan von Zanzibar von den darin aufgeführten Waaren und

Landeserzeugnissen zu erheben berechtigt ist, welche aus seinen eigenen Gebieten oder den ausserhalb derselben auf dem afrikanischen Kontinent gelegenen Territorien in seine Häfen eingebracht werden:

1.	Elfenbein	15	Prozent	ad	valorem.
2.	Kopal	15	-	-	-
3.	Gummi	15	-	-	-
4.	Nelken, einschliesslich der Provenienz der Insel Zanzibar	30	-	-	-
5.	Sesamsaat	12	-	-	-
6.	Orseille aus den Distrikten zwischen Kismaju und Worschech, beide Häfen inbegriffen	5	-	-	-
	von ausserhalb . . .	10	-	-	-
7.	Ebenholz	5	-	-	-
8.	Bourties (Holzbalken) .	10	-	-	-
9.	Alle Art einheimischen Tabaks	25	-	-	-
10.	Häute	10	-	-	-
11.	Rhinoceroshörner und Hippopotamuszähne . .	10	-	-	-
12.	Schildpatt	10	-	-	-
13.	Kauris	5	-	-	-
14.	Pfeffer	10	-	-	-
15.	Erdnüsse	12	-	-	-
16.	Mais, Negerkorn, Mawele, Linsen, sowie alle ähnlichen Korn- oder Hülsenfrüchte, soweit sie nicht anderweit in dem Tarif benannt und verzollt sind	35 cents per Djisla			das Djisla-Maass soll 360 Pfund engl. Negerkorn enthalten.
17.	Reis, ungeschälter	25	-	-	-
18.	Chiroko . .	$ 1,10	-	-	-

19. Kameele $ 2, Pferde $ 10, Rindvieh $ 1, Schafe und Ziegen 25 cents per Stück.

Erläuternde Bemerkungen.

Die hohen vertragschliessenden Theile sind darüber einverstanden:

1. dass alle Waaren und Landeserzeugnisse aus dem Sultanat von Zanzibar und den westlich des Küstengebietes des letzteren belegenen Territorien des Festlandes, welche in dem vorstehenden Tarif nicht verzeichnet sind, zollfrei sind und mit keinem Zoll belegt werden dürfen,

Nr. 8803. Deutschland und Zanzibar. 20. Dec. 1885.

2. dass, falls Waaren und Landeserzeugnisse, welche in dem vorstehenden Tarife verzeichnet sind, von einem ausländischen Hafen über See in das Gebiet Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar eingeführt werden, solche Waaren und Landeserzeugnisse nur dem im Artikel VII des Vertrages festgesetzten Eingangszoll unterliegen,

3. dass die Abgaben, welche von Bodenerzeugnissen erhoben werden, die von dem Grundeigenthum innerhalb der Gebiete Seiner Hoheit des Sultans gewonnen werden, welches vor Abschluss des gegenwärtigen Vertrages sich im Besitze von Fremden befindet, in keiner Weise durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages berührt werden sollen.

Knorr.

Mohamed ben Salem ben Mohamed.

Karolinen-Inseln.*)

Nr. 8804. DEUTSCHLAND, GROSSBRITANNIEN und SPANIEN. — Protokoll, betreffend den Sulu-Archipel. Vom 7. März 1885.

Nr. 8804. Deutschland, Grossbritannien und Spanien. 7. März 1885.

Les Soussignés: son Excellence Sir Robert B. D. Morier, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique, son Excellence Don José Elduayen, Marquis del Pazo de la Merced, Ministre d'État de Sa Majesté le Roi d'Espagne, et son Excellence M. le Comte Solms Sonnenwalde, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, dûment autorisés pour mener à terme les négociations poursuivies à Londres et à Berlin pendant les années 1881 et 1882 par les Représentants de Sa Majesté le Roi d'Espagne près des Gouvernements de la Grande-Bretagne et de l'Allemagne, dans le but d'obtenir de ces deux Puissances la reconnaissance solennelle de la souveraineté de l'Espagne sur l'Archipel de Sulu (Joló), se sont mis d'accord sur les Articles suivants:

Art. I. Les Gouvernements de la Grande-Bretagne et de l'Allemagne reconnaissent la souveraineté de l'Espagne sur les points occupés effectivement, ainsi que sur ceux qui ne le seraient pas encore de l'Archipel de Sulu (Joló) dont les limites sont établies dans l'Article II.

Art. II. L'Archipel de Sulu (Joló), conformément à la définition contenue dans l'Article Ier du Traité signé le 23 Septembre, 1836, entre le Gouvernement Espagnol et le Sultan de Sulu (Joló), comprend toutes les îles qui se trouvent entre l'extrémité occidentale de l'Ile de Mindanao, d'une part, et le continent de Bornéo et l'Ile de Paragua, de l'autre, à l'exception de celles qui sont indiquées dans l'Article III. || Il est entendu que les Iles de Balabac et de Cagayan-Joló font partie de l'archipel.

Art. III. Le Gouvernement Espagnol renonce, vis-à-vis du Gouvernement Britannique, à toute prétention de souveraineté sur les territoires du continent

*) Die seitens der deutschen offiziösen Blätter wiederholt in Aussicht gestellte offizielle Sammlung der diplomatischen Korrespondenz über die Karolinen-Inseln ist nicht erschienen. Anm. d. Red.

Nr. 8804. Deutschland, Grossbritannien und Spanien. 7. März 1885.

de Bornéo qui appartiennent, ou qui ont appartenu dans le passé, au Sultan de Sulu (Joló), y comprises les îles voisines de Balambangan, Banguey et Malawali, ainsi que toutes celles comprises dans une zone de 3 lieues maritimes le long des côtes, et qui font partie des territoires administrés par la Compagnie dite "British North Borneo Company."

Art. IV. Le Gouvernement Espagnol s'engage à exécuter, dans l'Archipel de Sulu (Joló), les stipulations contenues dans les Articles I, II, III du Protocole signé à Madrid le 11 Mars de 1877, c'est-à-dire: "(I.) Le commerce et le trafic direct des navires et des sujets de la Grande-Bretagne, de l'Allemagne et des autres Puissances sont déclarés et seront absolument libres avec l'Archipel de Sulu (Joló), et dans toutes ses parties, ainsi que le droit de pêche sans préjudice des droits reconnus à l'Espagne par le présent Protocole, conformément aux déclarations suivantes: (II.) les autorités Espagnoles ne pourront pas exiger à l'avenir que les navires et les sujets de la Grande-Bretagne, de l'Allemagne et des autres Puissances, se rendant en toute liberté à l'Archipel de Sulu, d'un point à un autre de celui-ci sans distinction, ou de là dans toute autre partie du monde, touchent avant ou après à un point désigné dans l'archipel ou ailleurs, qu'ils payent des droits quelconques ou se procurent une permission de ces autorités, qui de leur côté s'abstiendront de tout empêchement et de toute intervention dans le trafic susdit. Il est bien entendu que les autorités Espagnoles n'empêcheront d'aucune manière et sous aucun prétexte, l'importation et l'exportation libre de tous les genres de marchandises sans exception, sauf dans les points occupés et conformément à la Déclaration III et que dans tous les points non occupés effectivement par l'Espagne, ni les navires, ni les sujets précités, ni leurs marchandises ne seront soumis à aucun impôt ou droit, ou payement quelconque, ni à aucun Règlement sanitaire ou autre. (III.) Dans les points occupés par l'Espagne dans l'Archipel de Sulu, le Gouvernement Espagnol pourra introduire des impôts et des Règlements sanitaires et autres pendant l'occupation effective des points indiqués. Mais de son côté l'Espagne s'engage à y entretenir les établissements et les employés nécessaires pour les besoins du commerce et pour l'application des dits Règlements. || Il est néanmoins expressément entendu, et le Gouvernement Espagnol étant résolu de son côté à ne pas appliquer aux points occupés des Règlements restrictifs, prend volontiers l'engagement, qu'il n'introduira pas dans ces points des impôts ni des droits supérieurs à ceux fixés par les Tarifs de l'Espagne ou par les Traités ou Conventions entre l'Espagne et toute autre Puissance. Il n'y mettra pas non plus en vigueur des Règlements exceptionnels applicables au commerce et aux sujets de la Grande-Bretagne, de l'Allemagne et des autres Puissances. || Dans le cas où l'Espagne occuperait effectivement d'autres points dans l'Archipel de Sulu en y entretenant les établissements et les employés nécessaires aux besoins du commerce, les Gouvernements de la Grande-Bretagne et de l'Allemagne ne feront pas d'objection à l'application des mêmes règles stipulées

pour les points actuellement occupés. Mais afin de prévenir des nouveaux cas de réclamations qui pourraient résulter de l'incertitude du commerce à l'égard des points occupés et régis par des Règlements et Tarifs, le Gouvernement Espagnol communiquera dans chaque cas l'occupation effective d'un point dans l'Archipel de Sulu aux Gouvernements de la Grande-Bretagne et de l'Allemagne, et en informera en même temps le commerce par une Notification conforme publiée dans les journaux officiels de Madrid et de Manila. Quant aux Tarifs et aux Règlements de commerce stipulés pour les points actuellement occupés, ils ne seront applicables aux points occupés ultérieurement par l'Espagne qu'après un délai de six mois à partir de cette publication, dans le journal officiel de Madrid. Il est toujours convenu qu'aucun navire ou sujet de la Grande-Bretagne, de l'Allemagne, ou des autres Puissances, ne sera obligé de toucher à un des points occupés, ni en allant ni en revenant d'un point non occupé par l'Espagne, et qu'aucun préjudice ne pourra lui être causé pour ce motif ni pour aucun genre de marchandises à destination pour un point non occupé de l'archipel."

Nr. 8804. Deutschland, Grossbritannien und Spanien. 7. März 1885.

Art. V. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage de veiller à ce qu'il y ait pleine liberté de commerce et de navigation sans distinction de pavillon dans le territoire du nord de Bornéo administré par la Compagnie dite: "British North Borneo Company."

Art. VI. Si les Gouvernements de la Grande-Bretagne et de l'Allemagne n'ont pas refusé leur adhésion au présent Protocole dans un délai de quinze jours à partir d'aujourd'hui, ou s'ils notifient leur adhésion avant ce terme par l'entremise de leurs Représentants soussignés les présentes Déclarations entreront immédiatement en vigueur.

Fait à Madrid, le 7 Mars, 1885.

R. B. D. Morier.
J. Elduayen.
P. C. Solms.

Nr. 8805. SPANIEN. — Min. des Ausw. (Elduayen) an den spanischen Gesandten in Berlin (Benomar). — Protest gegen die Besetzung der Karolinen-Inseln.

[Nach der „Epoca."]

San Ildefonso, 12. August 1885.

Excellenz! Der bevollmächtigte Minister und ausserordentliche Gesandte Deutschlands an unserem Hofe, Herr Graf Solms, hat mir gestern auf Befehl seiner Regierung eine Note übermittelt, in welcher er mich davon in Kenntniss setzt, dass Se. Majestät der Kaiser von Deutschland seine Einwilligung dazu gegeben hat, die Palao- und Karolinen-Inseln, wo deutsche Staatsangehörige seit langer Zeit Handelsniederlassungen gegründet und durch Kaufverträge mit den Eingeborenen Grundstücke erworben haben, unter den Schutz Deutschlands

Nr. 8805. Spanien. 12. Aug. 1885.

Nr. 8805. Spanien. 12. Aug. 1885.

zu stellen, vorbehaltlich wohlbegründeter Rechte Dritter, welche die kaiserliche Regierung zu prüfen und zu achten geneigt ist, sowie sie es in ähnlichen Fällen bei der Erwerbung von Gebieten, welche unter keinem anerkannten Souverän standen, gethan hat. Der Vertreter Deutschlands sagte mir auch, dass die deutschen Kriegschiffe Befehl erhalten hätten, als Zeichen der Besitzergreifung die deutsche Flagge auf den Inseln aufzupflanzen. || Infolge dieser Mittheilung ist es meine unbedingte Pflicht — so wie ich es schon am 6. d. M. in einer vertraulichen Unterhaltung mit dem Grafen Solms, der mich damals vertraulich von seinem Auftrage in Kenntniss setzte, gethan habe —, aufs feierlichste und bestimmteste den Gefühlen Ausdruck zu geben, mit welchen die Regierung des Königs die unerwartete Nachricht von der Verkündung der deutschen Schutzherrschaft über die Karolinen- und Palao-Inseln aufgenommen hat. Diese Inseln gehören von Alters her zu Spanien, ohne dass frühere Verhandlungen zwischen der spanischen Regierung und den Regierungen Deutschlands und Grossbritanniens unsere Souveränetät hatten erschüttern können; im Gegentheil, sie haben dieselbe bestärkt und befestigt. Die Regierung des Königs hat vor der Verkündung der deutschen Schutzherrschaft viele Souveränetätsacte auf diesen Inseln ausgeübt — eine Thatsache, welche der kaiserlichen Regierung, nach der Sprache ihres Vertreters zu urtheilen, nicht unbekannt sein könnte. Letzterer erwähnte nämlich bei der vertraulichen Unterredung am 6. August den letzten officiellen Besuch des spanischen Kreuzers Velasco auf jenen Inseln, welcher seinerzeit die Presse Manilas beschäftigte und bei welcher Gelegenheit der Commandant dieses Schiffes im Namen Sr. Maj. Alfons' XII., der von den Behörden der Inseln ausdrücklich als Souverän anerkannt ist, feierliche Handlungen daselbst vornahm. Infolge dieses officiellen Besuches wurde beschlossen, von den Philippinen aus auf zwei Schiffen eine bedeutende Expedition hinüberzuschicken, welche Civil- und Militärbehörden sowie Missionare und alles nöthige Material mit sich führen sollte, um die Ausübung unserer Souveränetät zu vervollständigen. || Die Regierung des Königs kann demgemäss nichts anderes thun, als in aller Form Einspruch zu erheben gegen eine mit Hintansetzung der Souveränetät Spaniens vollzogene Handlung und gegen den Grundsatz, auf welchen die Note des Vertreters Deutschlands, ohne unseren formell und rechtlich begründeten Ansprüchen Rechnung zu tragen, sich stützt, dass nämlich die Karolinen- und Palao-Inseln als Gebiete ohne anerkannten Souverän zu betrachten seien. || Um mit diesem nothwendigen Einspruch keinen Augenblick zu säumen, beschränke ich mich darauf, die deutsche Note, welche mir gestern übermittelt worden ist, in dieser Form zu widerlegen, ohne heute eine genaue Aufzählung der einzelnen Rechtsansprüche und Beweisgründe aller Art, welche die Souveränetät Spaniens stützen und bekräftigen, zu geben — eine Aufgabe, welcher sich die Regierung des Königs übrigens alsbald unterziehen wird, um Deutschland die Rechtmässigkeit ihrer Sache aufs klarste darzulegen, indem sie davon überzeugt ist, dass die kaiserliche Regierung, als treuer Dolmetsch der herzlichen Beziehungen des Kaisers

und der deutschen Nation zu unserem Souverän und der spanischen Nation, auf einem Acte, der offenbar unsere Rechte und rechtmässigen Interessen verletzt, nicht bestehen wird. || Ich ersuche Euere Excellenz, diese Mittheilung dem Herrn Minister des Auswärtigen vorzulesen und ihm Abschrift zu hinterlassen.

Genehmigen Sie u. s. w. J. Elduayen.

Nr. 8805. Spanien. 12. Aug. 1885.

Nr. 8806. SPANIEN. — Gesandter in Berlin (Graf Benomar) an den spanischen Min. des Ausw. — Deutschland erklärt sich zur Prüfung der spanischen Ansprüche und eventuell zur Anrufung der Vermittelung einer dritten Macht bereit.

[Nach der spanischen Korrespondenz „Falza".]

Der Minister des Aeusseren theilt mir Folgendes mit: „Als die Regierung S. M. des Kaisers einwilligte, dem wiederholten Ansuchen deutscher Unterthanen, welche auf den Karolinen-Inseln Handel treiben, Folge zu geben und die Schutzherrschaft über diese Inselgruppe aufzurichten, hatte sie keineswegs die Absicht, in ältere Rechte einzugreifen. Auf Grund der Urkunden, welche die deutsche Regierung gesammelt hat, glaubt sie, dass die Karolinen unbesetztes Gebiet sind; deshalb hat sie den genannten Entschluss gefasst und versteht nicht, dass Spanien darin ein gegen seine Unabhängigkeit gerichtetes Vorgehen erblickt hat. Um ein Uebriges zu thun und sogar dem Schein einer ähnlichen Absicht vorzubeugen, hatte die deutsche Regierung die spanische Regierung von ihrer Absicht benachrichtigt, ehe sie die deutsche Flagge auf den Karolinen aufpflanzen liess. Zugleich hatte sie angeboten, die Frage zu prüfen, und den deutschen Kriegsschiffen Befehl gegeben, jeden Zusammenstoss mit den spanischen Streitkräften zu vermeiden. Die Regierung ist noch immer durchaus geneigt, die Ansprüche, welche Spanien geltend macht, zu prüfen und an diese Prüfung heranzutreten mit den freundschaftlichen Gesinnungen, welche sie den guten Beziehungen, die immer zwischen den beiden Monarchien bestanden haben, schuldig ist — Beziehungen, welche die deutsche Regierung lebhaft zu verstärken und enger zu knüpfen wünscht. Falls diese Prüfung nicht auf Grund gegenseitiger Verständigung zu einem zufriedenstellenden Ergebniss führen sollte, ist die deutsche Regierung geneigt, die Vermittelung einer mit beiden Ländern befreundeten Macht anzunehmen."

Nr. 8806. Spanien. 24. Aug. 1885.

Nr. 8807. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Gesandten in Madrid (Graf Solms) — Deutschland ist geneigt, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten*).

[Reichsanzeiger vom 10. September 1885.]

Varzin, den 31. August 1885.

Nr. 8807. Deutschland. 31. Aug. 1885.

Graf Benomar hat unter dem 19. d. M. auf dem auswärtigen Amt eine Note vorgelesen und in Abschrift hinterlassen, welche ihm von seiner Regierung in der Angelegenheit der Karolinen- und Pelew-Inseln zugegangen ist. Die königlich spanische Regierung legt darin Verwahrung gegen unser Vorgehen auf jener Inselgruppe ein und nimmt dieselbe als spanisches Gebiet in Anspruch. Sie behält sich vor, die Titel beizubringen, welche die spanische Souveränetät über die Karolinen- und Pelew-Inseln nachweisen, und giebt der Ueberzeugung Ausdruck, dass die kaiserliche Regierung von einem Akt abstehen werde, der die Interessen Spaniens verletze. || Auf den genannten Inselgruppen bestehen seit langer Zeit in der Voraussetzung, dass dieselben herrenlos sind, deutsche Handelsniederlassungen in grosser Anzahl. Es würde dies nicht der Fall sein, wenn diese Inseln einen Theil der spanischen Kolonialbesitzungen bildeten, da innerhalb der letzteren der auswärtige Handel mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, welche Niederlassungen der Art verhindern. Die auf den Karolinen-Inseln ansässigen Reichsangehörigen, welche in fleissiger Arbeit mit erheblichen Geldopfern und nicht ohne Gefahr für ihre persönliche Sicherheit diese Inseln dem Verkehr mit der Aussenwelt erschlossen haben, sind wiederholt bei der kaiserlichen Regierung dahin vorstellig geworden, die Inseln unter den Schutz des Reiches zu stellen. Sie hätten solche Anträge sicher nicht gestellt und sich dort überhaupt nicht niedergelassen, wenn sie an die Möglichkeit geglaubt hätten, dass die Inseln als spanisches Gebiet beansprucht und dem System der spanischen Kolonialverwaltung unterzogen werden könnten. Aus Anlass dieser Anträge ist amtlich ermittelt worden, dass in den fraglichen Gebieten, ausser den vorwiegenden deutschen, nur noch englische Interessen, aber keine spanischen vertreten sind. Die kaiserliche Regierung würde diese Anträge deutscher Reichsangehöriger sofort zurückgewiesen haben, wenn sie hätte glauben können, dass ein Anspruch Spaniens auf jene Inseln bestände oder von Spanien auch nur behauptet würde. Für eine solche Annahme fehlte es indessen an jeder Unterlage. Es bestand auf den Inseln kein Anzeichen, welches die Ausübung der Herrschaft einer fremden Macht angedeutet hätte, und keine fremde Macht hatte bis zu diesem Jahre dort Souveränetätsrechte ausgeübt oder in Anspruch genommen. Dem Versuche eines königlich spanischen Konsuls in Hongkong, im Jahre 1874, Amtshandlungen bezüglich der Karolinen vorzunehmen, fehlte jeder rechtliche Vorwand, und ist derselbe von Deutschland wie von England damals zurückgewiesen

*) Die Note wurde vom deutschen Gesandten am 4. September in La Granje überreicht. Anm. d. Red.

worden; sowohl die kaiserliche als die königlich grossbritannische Regierung haben durch gleichzeitige, am 4. März 1875 an die königlich spanische Regierung gerichtete Noten Verwahrung gegen denselben eingelegt. Wir fügen die Noten beider Regierungen zur Einsicht und Erwägung des königlich spanischen Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten hier nochmals bei. Wenn die königlich spanische Regierung irgendwelche Souveränetätsrechte auf die fraglichen Inseln zu haben glaubte, so hätte sie dieselben damals gegenüber den in ihrem wesentlichen Inhalt identischen Erklärungen der zwei einzigen, auf jenen Inseln interessirten Mächte anmelden und geltend machen müssen. Die königlich spanische Regierung hat aber jene Verwahrung ohne Erwiderung entgegengenommen, weil sie die Berechtigung derselben damals anerkannte und sie nicht bestreiten konnte; sie hat seitdem auch jeden Schritt unterlassen, welcher die Absicht bekundet hätte, dort Hoheitsrechte auszuüben oder zu erwerben oder durch Errichtung von Handelsniederlassungen und sonstigen Anlagen festen Fuss auf den Inseln zu fassen. Noch weniger ist der kaiserlichen Regierung eine thatsächliche Besitzergreifung der Inseln notifizirt werden, wie dies eventuell den Traditionen und den Verabredungen der Mächte auf den jüngsten Berliner Konferenzen entsprochen haben würde. Die kaiserliche Regierung war daher berechtigt, diese Inseln als unabhängig und im europäischen Sinne herrenlos anzusehen, und sie handelte im besten Glauben, als sie den Befehl ertheilte, die dortigen deutschen Handelsinteressen unter den Schutz des Reiches zu stellen, wie das bezüglich jedes anderen herrenlosen Gebietes hätte geschehen können. || Soweit solchem Vorgehen wohlerworbene Rechte Anderer entgegenstehen, ist die kaiserliche Regierung, wie Euere Excellenz in Ihrer an die königlich spanische Regierung gerichteten Mittheilung vom . . . . . schon hervorgehoben haben, stets bereit gewesen und noch heut bereit, dieselben zu achten. Sie ist daher auch bereit, in eine Prüfung der spanischen Ansprüche im Wege freundschaftlicher Verhandlung einzutreten, und sieht der von der königlichen Regierung in Aussicht gestellten Mittheilung ihrer Rechtstitel entgegen. Sollte auf diesem freundschaftlichen Wege eine Verständigung nicht zu erzielen sein, so wird dann die kaiserliche Regierung die Entscheidung der zwischen beiden Regierungen entstandenen Rechtsfrage dem Schiedsgericht einer beiden befreundeten Macht zu überlassen bereit sein. Die Frage, welche der beiden Mächte Hoheitsrechte auf den Karolinen-Inseln auszuüben bisher berechtigt sei, ist nicht von der Bedeutung, dass die kaiserliche Regierung behufs Lösung derselben versucht sein könnte, von den versöhnlichen und insbesondere für Spanien freundschaftlichen Traditionen ihrer Politik abzuweichen. || Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, dem Herrn Staats-Minister Marquis del Paso de la Merced diese Mittheilung vorzulegen und ihm Abschrift davon zu hinterlassen.

Nr. 8807. Deutschland. 31. Aug. 1885.

von Bismarck.

Sr. Excellenz dem kaiserlichen Gesandten Herrn
Grafen zu Solms, Madrid.

Madrid, den 4. März 1875.

Nr. 8807. Deutschland. 31. Aug. 1885.

Herr Minister, — Durch Berichte des deutschen Konsulats in Hongkong ist die kaiserliche Regierung davon in Kenntniss gesetzt worden, dass der dortige spanische Konsul aus Anlass der Ausklarung des deutschen Handelsschiffs „Coeran" nach den Palao-Inseln oder Pelew-Inseln für die spanische Regierung die Souveränität und Zollhoheit über das ausgedehnte Gebiet der Karolinen und speziell der Palao- oder Pelew-Inseln in Anspruch genommen hat, während diese Inseln bisher von dem merkantilen Publikum als keiner civilisirten Macht unterworfen angesehen und von deutschen und anderen Schiffen stets ungehindert besucht worden sind. || Nach den allgemeinen Grundsätzen des modernen Völkerrechts würde die kaiserliche Regierung nicht in der Lage sein, die von dem spanischen Konsulat in Hongkong behauptete Souveränität und Zollhoheit über jene Inseln anzuerkennen, solange dieselbe nicht als eine vertragsmässig sanktionirte oder zum mindesten als eine faktisch ausgeübte erscheint. Es ist aber kein auf den Kolonialbesitz Spaniens im Stillen Ocean bezüglicher Vertrag bekannt, in welchem die Karolinen- und Pelew-Inseln erwähnt wären, und ein thatsächlicher Besitzstand, resp. eine staatliche Einrichtung, durch welche Spanien auch nur den Willen der Ausübung einer Oberhoheit über die Pelews bekundet hätte, ist auch seitens des Konsulats in Hongkong nicht als vorhanden behauptet worden. || Dem gegenüber steht aber nach glaubwürdigen Aussagen der Umstand, dass die Inselgruppe seit Jahren ungehindert von Kauffahrteischiffen aller Nationen, dagegen ausser von englischen niemals von fremden Kriegsschiffen besucht worden ist, und sodann die notorische Thatsache, dass es auf den Pelews wie auf den Karolinen keinen spanischen Beamten und daher faktisch keine spanische Regierungsgewalt giebt. || Die kaiserliche Regierung, welche ihrerseits auf Nichts weniger ihr Auge gerichtet hat als auf die Erwerbung spanischer Besitzungen, sieht mit ungetheilter Befriedigung, wenn andere Kulturstaaten ihre Aufgabe darin suchen, bisher unbekannte fruchtbare Gebiete unter Ihre Botmässigkeit zu bringen, um dieselben der Civilisation und dem Verkehr mit der übrigen Welt zugänglich zu machen. Sie erhebt auch keinen Widerspruch dagegen, wenn eine Kolonialmacht zur Bestreitung der durch die staatlichen Einrichtungen in solchen Besitzungen verursachten Ausgaben und als Aequivalent für den auch den deutschen Staatsangehörigen daselbst gewährten Schutz Abgaben und Zölle einführt. Um so mehr muss sie es aber als ihre Pflicht betrachten, den deutschen Handel in der Freiheit seiner Bewegungen gegen ungegründete Beschränkungen zu sichern, wie sie vorliegen würden, wenn eine Kolonialmacht, unter Geltendmachung vormals gültiger Theorien, sich in jedem beliebigen Augenblick zur Herrin einer bisher dem freien Verkehr geöffneten und thatsächlich herrenlosen Inselgruppe erklären und auf Grund der hieraus hergeleiteten Rechte aus den von deutschen Staatsangehörigen mit grossen Kosten, Mühen und Gefahren angeknüpften Handelsbeziehungen und angelegten Faktoreien durch Erhebung von Zöllen Vortheile ziehen wollte, auf welche

nur selbstgebrachte Opfer und die faktische Gewährung staatlichen Schutzes einen begründeten Anspruch verleihen. Nr. 8807. Deutschland. 31. Aug. 1885.

Noch weniger zulässig würde die Absperrung solcher Gebiete durch eine einfache Willenserklärung und die an den fremden Handel gestellte Forderung erscheinen, den Besuch eines nach Hunderten zählenden Insel-Archipels von der Spezialerlaubniss einer weit entlegenen Behörde und dem vorgängigen Anlaufen einzelner, aus dem Wege liegender Häfen abhängig zu machen. || Die kaiserliche Regierung giebt sich der Hoffnung hin, dass der von dem spanischen Konsulat bei Gelegenheit der Ausklarirung des deutschen Handelsschiffes „Corean" erhobene Anspruch auf Souveränität und Zollhoheit über die Karolinen und Palao- oder Pelew-Inseln auf missverständlicher Auffassung der ihm ertheilten Weisungen beruht. Indem sie mich daher beauftragt hat, Euerer Excellenz geneigte Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken und hinzuzufügen, dass sie die von dem spanischen Konsul in Hongkong beanspruchte Souveränität und Zollhoheit über jene Insel aus den angeführten Gründen nicht anerkennen kann, beehre ich mich, Namens der kaiserlichen Regierung die Hoffnung ganz ergebenst auszusprechen, dass die königlich spanische Regierung den spanischen Kolonialbehörden und Befehlshabern der in den dortigen Gewässern stationirten Kriegsschiffe, sowie den spanischen Konsulaten in Ost-Asien und Polynesien die Weisung zugehen lassen wird, dem direkten Verkehr deutscher Schiffe und Staatsangehörigen mit und auf den gedachten Inselgruppen keine Hindernisse in den Weg zu legen. || Genehmigen Euere Excellenz etc. Graf von Hatzfeldt.

Sr. Excellenz dem königlich spanischen Staats-
Minister Herrn A. de Castro etc. etc. etc.

Madrid . . March 1875.

Mr. le Ministre, — The attention of Her Britannic Majesty's Government has been called to a recent correspondence between the Spanisch Consul at Hongkong and the British authorities in that Island, in which the former puts forward a claim to the Sovereignty of Spain over the Caroline, or Pelew, Islands. This correspondence arose in consequence of the arrival in the Colony of certain men, supposed to be natives of the Pelew Islands and to have been blown out to sea in their canoes and of the announcement of the intention of a German vessel "the Coeran", to undertake a trading voyage to those Islands. The Spanish Consul required, that the above mentioned natives should be delivered up to him as Spanish subjects, and informed the Governor of Hongkong, that as the Caroline Islands belonged to Spain, as dependencies of the Philippines, any vessel going to trade there must first call at one of the ports opened for trade in that group. The Governor refused to admit either of these pretensions. || I have now the honor to inform Your Excellency, that I am instructed to state to the Spanish Government that

Nr. 8807. Deutschland. 31. Aug. 1885.

Her Majesty's Government do not admit the right claimed by Spain over the Caroline, or Pelew Islands, over which She has never exercised and does not now exercise any actual dominion. || I avail myself of this occasion etc.

Layard.

Nr. 8808. SPANIEN. — Min. des Ausw. an den spanischen Gesandten in Berlin. — Entschuldigung wegen der Excesse gegen das deutsche Gesandtschaftsgebäude in Madrid.

[Reichsanzeiger vom 29. September 1885.]

Nr. 8808. Spanien. 10. Sept. 1885.

Euere Excellenz haben von den bedauerlichen Vorfällen Kenntniss erhalten, welche sich in der Hauptstadt in der Nacht vom 4. v. M. ereignet haben. Eine zügellose Volksmasse zog in Benutzung der Aufregung, welche die seitens des Generalgouverneurs der Philippinen am nämlichen Tage eingegangenen Nachrichten hervorgerufen hatten, in Scharen nach dem von der deutschen Gesandtschaft bewohnten Hause und riss nach einem heftigen Kampfe mit dem zum Schutze dort aufgestellten Polizeiagenten das Wappen herab, um dann damit einen Theil der Stadt zu durchziehen. || Aus den Euerer Excellenz zugegangenen Schriftstücken werden Sie entnommen haben, dass die Regierung Sr. Majestät in der Voraussicht, die Angelegenheit der Karolineninseln könnte vielleicht den Vorwand zu Unruhen liefern, sich beeilt hat, die energischsten Massregeln zu ergreifen, um in der Hauptstadt sowohl wie in den Provinzen die Gesandtschaft Sr. Majestät des deutschen Kaisers und die kaiserlichen Konsulate gegen jeden Angriff oder jede Beleidigung seitens derjenigen zu schützen, die aus besonderen Motiven kein Mittel unversucht lassen würden, um einen internationalen Konflikt von den unheilvollsten Folgen heraufzubeschwören. Zum Unglück hat der Mangel an Energie des mit dem Schutze der deutschen Gesandtschaft in Madrid betrauten Polizeischefs und der das deutsche Konsulat in Valencia bewachenden Polizeiagenten die angeordneten Vorsichtsmassregeln vereitelt. Die Regierung Sr. Majestät hat, sobald sie von den Vorkommnissen Kenntniss erhielt, den Polizeichef, welcher die deutsche Gesandtschaft in Madrid bewacht hat, und die Polizeiinspektoren, die mit dem Schutz des deutschen Konsulats in Valencia betraut waren, ihres Amtes enthoben, da ihrer Schwäche die Schuld an den begangenen Excessen beizumessen ist. || Gleichzeitig hat sie die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens angeordnet, demgemäss die gedachten Polizeiagenten und ein gewisser Anastasio Albarran Garacia, in dem der Anstifter des in der Strasse „Amor de Dios" begangenen Excesses vermuthet wird, sowie fünfzehn zugleich mit jenem verhaftete Individuen, wegen Theilnahme an den Ruhestörungen vor Gericht zu zu stellen sind. || Die Regierung Sr. Majestät hat die Ausschreitungen gegen die Vertreter einer Macht, mit welcher Spanien enge Beziehungen unterhält,

lebhaft bedauert; sie verurtheilt dieselben in ausdrücklicher und formeller Weise und beauftragt Euere Excellenz, dies zur Kenntniss des Herrn Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten zu bringen, indem sie hofft, dass diese offenen und freundschaftlichen Erklärungen von der Regierung seiner Majestät des Kaisers in demselben Geiste der Aufrichtigkeit und des Entgegenkommens werden aufgenommen werden, von dem die Regierung Sr. Majestät bei Uebermittelung derselben beseelt ist. Auf Allerhöchsten Befehl theile ich Vorstehendes Euerer Excellenz zu dem bezeichneten Zwecke mit. Gott erhalte etc.

Nr. 8808. Spanien. 10.Sept.1885.

Madrid, den 10. September 1885. José Elduayen.

Nr. 8809. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in Madrid an den spanischen Min. des Ausw. — Spanien hat 1876 keine Ansprüche auf die Karolinen gemacht.

[Nach dem Mémorial Diplomatique.]

Madrid, le 17 septembre 1885.

Nr. 8809. Grossbritannien. 17.Sept.1885.

Monsieur le ministre, — J'ai l'honneur de remettre ci-joint à Votre Excellence un Mémorandum au sujet d'une conversation qui a eu lieu le 13 novembre 1876*) entre S. Exc. le ministre président du Conseil des ministres et l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. Britannique à Madrid, relativement à la liberté de commerce dans certains archipels du Pacifique occidental. || Votre Excellence pourra remarquer qu'à la fin de cette conversation, dont sir A. Henry Layard a rendu compte au gouvernement de S. M. la reine le jour suivant, le président du Conseil a affirmé à plusieurs reprises que l'Espagne n'a jamais réclamé la souveraineté des îles Carolines. || En rappelant à Votre Excellence cette entrevue, le premier secrétaire de S. M. la reine pour les affaires étrangères me charge de faire observer à Votre Excellence que le gouvernement britannique ne peut comprendre comment le gouvernement de S. M. Catholique prétend aujourd'hui à une souveraineté qu'il a si explicitement déclaré ne pas lui appartenir. || Je saisis cette occasion, etc. Maurice de Bunsen.

Mémorandum.

A la fin d'une conversation qui a eu lieu entre le président du Conseil des ministres et l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de S. M. Britannique à Madrid, le 13 novembre 1876, au sujet de la liberté de commerce dans certains archipels du Pacifique occidental, sir A. Henry Layard rappela à Son Excellence que le gouvernement espagnol n'avait pas même accusé réception de la protestation qu'il (sir Henry Layard) avait adressée à don Alexandre Castro, le 4 mars 1875, contre les prétentions de l'Espagne

*) Vgl. Anm. zu Nr. 8811.

Nr. 8809. Grossbritannien. 17. Sept. 1885.

à la souveraineté sur les îles Carolines. Sir A. Henry Layard répéta que le gouvernement de S. M. Britannique était résolu de s'opposer à toute tentative éventuelle des autorités espagnoles en vue de réaliser ces prétentions par des faits. || En réponse à cette observation, M. Canovas del Castillo affirma catégoriquement et à plusieurs reprises que l'Espagne n'avait jamais prétendu à la souveraineté du groupe des îles Carolines.

Nr. 8810. SPANIEN. — Memorandum, betreffend die Aeusserungen des Ministerpräsidenten im Jahre 1876 über die Ansprüche Spaniens auf die Karolinen.

[Nach dem Mémorial Diplomatique.]

Nr. 8810. Spanien. 19. Sept. 1885.

Les paroles que l'on attribue au président actuel du Conseil dans le Mémorandum remis au ministre d'Etat le 17 de ce mois par le chargé d'affaires d'Angleterre offrent, si on les examine avec attention, un sens différent de celui que l'on suppose. On reconnaît immédiatement que l'objet de la conversation dont il s'agit était la liberté de commerce dans certains archipels du Pacifique occidental, ou, ce qui revient au même, dans celui de Soulou et dans celui des Carolines. En parlant de cette question, sir A. Henry Layard, d'après ce qu'il affirme dans son Mémorandum, a rappelé la Note que, conformément au texte du Mémorandum de l'Allemagne, le ministre plénipotentiaire de la Grande-Bretagne a adressé le 4 mars 1875 au gouvernement espagnol, réclamant non pas contre un acte quelconque de ce gouvernement qui n'avait rien ordonné à son consul à Hong-Kong relativement aux Carolines mais contre certaines tentatives ayant trait au commerce de ces îles, tentatives nées exclusivement de l'initiative personnelle de ce fonctionnaire. || C'est à ces tentatives et à d'autres actes possibles des autorités espagnoles que le président du Conseil faisait sans doute allusion, lorsqu'on affirme qu'il a déclaré que ces actes ne seraient pas autorisés, comme du reste ils ne l'ont point été effectivement depuis, par ce motif que le gouvernement ne considérait pas comme étant compatibles avec l'état de fait dans lequel les Carolines se trouvaient alors les exigences de son consul à Hong-Kong, ni d'autres semblables. || Il y a déjà plusieurs jours que, sans songer le moins du monde qu'il pouvait exister un document semblable au Mémorandum de sir Henry Layard, le gouvernement espagnol expliqua d'une manière identique son attitude après les notes de mars 1875, dans un des paragraphes, dont on peut donner copie spéciale au chargé d'affaires d'Angleterre, de la Note adressée le 10 du mois courant au gouvernement impérial d'Allemagne. Là se trouve la constatation de ce fait que le gouvernement espagnol n'a jamais pensé, pour sa part, que, du moment qu'il ne s'agissait ni de l'archipel de Soulou ni de celui des Carolines, on discuterait autre chose que l'exercice de la souveraineté en ce qui concerne la liberté du commerce étranger (objet spécial, d'après ce qu'on

a vu de la conversation à laquelle sir A. Henry Layard fait allusion), alors que certaines conditions de fait n'ont pas été accomplies par l'Espagne. Jamais non plus les puissances avec lesquelles on négociait n'ont manifesté la moindre prétention à les occuper. || En conséquence le président du Conseil a dû nécessairement réserver dans ses paroles, comme l'Espagne l'a constamment réservé, le droit exclusif d'occuper a titre de souverain les deux archipels dont il s'agit, quelles que fussent les objections que pourraient faire à l'exercice de sa souveraineté les puissances avec lesquelles elle était alors en négociation, spécialement à propos des îles Carolines. || La conversation du ministre plénipotentiaire d'Angleterre avec le président du Conseil, qui n'était pas alors chargé de la direction des affaires étrangères, n'est qu'une simple conversation particulière, qui n'a aucune valeur politique; car le ministre des affaires étrangères, don Fernando Calderon Collantes, à cette époque, pouvait seul lui donner cette valeur au nom de l'Espagne. Certainement alors chacun eût mieux précisé son opinion aussi bien que les faits. En ce cas également, sir A. Henry Layard n'aurait pas omis de lire le compte rendu de cette conversation à la personne avec laquelle il l'avait eue, comme c'est une coutume constante, même quand on traite de sujets beaucoup moins graves, et de cette façon tout malentendu eût été impossible, tandis qu'autrement il s'en produit facilement.

Nr. 8810. Spanien. 19. Sept. 1885.

Madrid, le 19 septembre 1885.

Nr. 8811. DEUTSCHLAND. — Reichskanzler an den deutschen Gesandten in Madrid (Graf Solms). — Widerlegung der spanischen Ansprüche. Vermittelung des Papstes.

[Reichsanzeiger von 21. October 1885.]

(Nr. 54.) Friedrichsruh, den 1. Oktober 1885.

Ich habe die Note, welche Graf Benomar am 15. v. M. in Betreff der über die Karolinen- und Pelew-Insel bestehenden Streitfrage überreicht hat, mit den sie begleitenden Anlagen zur Kenntniss des Kaisers gebracht, und hat Se. Majestät aus derselben mit Genugthuung entnommen, dass die Königlich spanische Regierung die Offenheit und Loyalität des deutschen Verfahrens in der fraglichen Angelegenheit nach jeder Richtung hin anerkennt. Das Vertrauen der spanischen Regierung, dass das deutsche Reich auch im vorliegenden Falle die Aufrichtigkeit der Freundschaft beider Nationen und ihrer Monarchen bethätigen und den feststehenden Grundsätzen des Völkerrechts seine volle und gewissenhafte Achtung zu Theil lassen werde, ist ein in jeder Hinsicht begründetes. || Die Ansicht der spanischen Regierung aber, dass bei Anwendung dieser Grundsätze die Souveränetät Spaniens über die Karolinen- und Pelew-Inseln ausser Zweifel gestellt sei, bin ich ausser Stande zu theilen. Die Königlich spanische Regierung führt selbst keinen Hoheitsakt an, aus

Nr. 8811. Deutschland. 1. Oct. 1885.

Nr. 8811. Deutschland. 1. Oct. 1885.

welchem erhellte, dass sie ihren Ansprüchen auf die Hoheit über die Karolinen durch Besitzergreifung oder durch Ausübung von Regierungsrechten jemals einen thatsächlichen und für andere Nationen erkennbaren Ausdruck gegeben habe. Denn auch die im vorigen Jahrhundert durch den Jesuitenpater F. Antonio Cantova auf den beiden Inseln Mog-Mog und Faraley eingerichtete Mission zur Bekehrung von Eingeborenen kann man nach der ungeahndet gebliebenen Ermordung des Missionärs und seines Gefolges als einen Akt spanischer Besitzergreifung weder in Betreff der Insel Mog-Mog und noch weniger der gesammten 1600 Seemeilen deckenden Inselgruppe ansehen. || Die Königlich spanische Regierung giebt selbst zu, dass niemals seit der ersten Entdeckung eine spanische Behörde oder Garnison auf den Inseln vorhanden gewesen ist. Die noch näher zu erörternden Vorgänge, aus denen Spanien einen Erwerb der Inselgruppe in dem letzten Jahre herzuleiten versucht, enthalten vielmehr das Zugeständniss, dass vorher eine solche Souveränetät nach der eigenen Ansicht der spanischen Regierung nicht bestanden hat, da kein Bedürfniss vorliegen konnte, einen bereits gemachten Erwerb nochmals zu erwerben. || Die spanische Regierung hat niemals zu erkennen gegeben, dass sie gewillt sei, Souveränetätsrechte über die Inseln auszuüben; sie hat die letzteren vielmehr Jahrhunderte hindurch ihrem Schicksal überlassen und mit ihnen nicht einmal die gleichen Beziehungen unterhalten wie andere seefahrende Nationen. || Wenn aber auch irgend ein Zweifel über die Abwesenheit jeder politischen und kommerziellen Beziehung Spaniens zu den Karolinen- und Pelew-Inseln hätte aufkommen können, so musste derselbe durch das Verhalten der spanischen Regierung gegenüber dem deutsch-englischen Vorgehen im Jahre 1875 schwinden. Damals haben die deutsche wie die grossbritannische Regierung durch ihren Vertreter in Madrid amtlich erklärt, dass sie eine Souveränetät Spaniens über die Karolinen- und Pelew-Inseln nicht anerkennen. Die Königlich spanische Regierung hat diesen formellen Protest der beiden einzigen mit den Inseln handeltreibenden Staaten entgegengenommen, ohne etwas auf denselben zu erwidern, obwohl es nach den Grundsätzen des Völkerrechts zur Vermeidung von Rechtsfolgen angezeigt gewesen wäre, einen Widerspruch geltend zu machen, wenn Spanien vor 10 Jahren schon geglaubt hätte, dass die fraglichen Inseln in der That einen Theil des spanischen Gebietes bildeten. || Deutschland hat in seiner Note vom 4. März 1875 keineswegs auf jeden kolonialen Erwerb verzichtet, sondern nur den Satz ausgesprochen, der heut und jeder Zeit noch gültig ist, dass das deutsche Reich die Erwerbung spanischer Besitzungen nicht erstrebt, weil es die Rechte befreundeter Regierungen sorgfältig achtet. Wenn schon das Schweigen Spaniens auf die deutschen und englischen Noten vom 4. und 3. März 1875 den ausreichenden Beweis liefert, dass Spanien damals Hoheitsrechte über jene Inseln nicht zu haben glaubte, so ist diese Thatsache ein Jahr später durch ausdrückliche Aeusserungen des damaligen spanischen Ministeriums auch positiv bekundet worden, wie sich aus der im englischen Blaubuch Nr. c. 3108 vom Jahre 1882 veröffentlichen

Depesche Sir A. Layards vom 14. November 1876 ergiebt, nach welcher der damalige und jetzige Königlich spanische Herr Minister-Präsident 1876 wiederholt erklärt hat, dass Spanien keine Hoheitsrechte über die Karolinen beanspruche*). || Dieser ihrer eigenen Auffassung entsprechend hatte die Königlich spanische Regierung, wie sie selbst anerkennt, im Jahre 1875 ihren Konsul in Hongkong angewiesen, sich seiner von ihm bezüglich des Handelsverkehrs fremder Schiffe im Karolinen-Archipel erhobenen Ansprüche fernerhin zu enthalten. || In dieser Anweisung liegt das offizielle Anerkenntniss, dass

Nr. 8811. Deutschland. 1. Oct. 1885.

---

*) Der betreffende Theil der Depesche Layards lautet:

Señor Canovas del Castillo expressed some surprise, that England and Germany were acting together in this matter, and seemed curious to know the reason.

I observed to him, that the trade of England with the Sulu Archipelago was of ancient date, and that German merchants had of late, with exemplary energy, sought to share in that trade. He could not be surprised, therefore, that both the English and German Governments were determined that impediments should not be now thrown by the Spanish Government in the way of it.

I hinted to him, that the pretensions of Spain to sovereignty over other parts of the Eastern Archipelago could not be recognized by England and Germany, and I reminded him that the protests addressed on the 4th March, 1875, by Count Hatzfeldt and myself to the Spanish Government, in pursuance of our instructions, against the claim of Spain to the Caroline Islands, had never been even noticed.

I added, that as yet I had not been instructed to take any further step in this matter, but that I had reason to believe that Spanish vessels of war and Spanish authorities were endeavouring to assert a right of interference and jurisdiction in those islands to which neither England nor Germany would submit.

The President of the Council declared, that he knew nothing whatever on this subject, and that Spain had never claimed sovereignty over the Caroline Group. To be quite certain of this admission, I induced his Excellency to repeat it more than once. I have, &c.

A. H. Layard.

In einer Note vom 3. Januar 1877 (Nr. 102 desselben Blaubuches) berichtet der englische Gesandte Folgendes:

My Lord, Madrid, January 3, 1877.

Señor Calderon Collantes spoke to me this morning, at his weekly reception of the Diplomatic Body, about Sulu. He said, that he was most anxious that the questions should be settled without further delay between the Spanish Government and those of England and Germany. The Government wished General Moriones to leave Spain for the Philippine Islands as soon as possible. The new Captain-General would have the fullest information as to the desires and intentions of the Ministry. Admiral Malcampo had been appointed Governor of the Colony by a previous Government, and his opinions and ideas were not in conformity with those of the present one. He was resolutely in favour of extending the sovereignty of Spain over the whole of the vast Eastern Archipelago, and over the northern part of Borneo. In this he went far beyond the views of the Ministry, who had no designs whatever on Borneo, and limited the claims of Spanish sovereignty to "Sulu and the adjacent islands."

It appears to me very important that this spontaneous declaration on the part of the Spanish Minister for Foreign Affairs with regard to Borneo and the Eastern Archipelago should be placed on record. Anm. der Red.

Nr. 8811. Deutschland. 1. Oct. 1885.

Spanien die deutsch-englische Auffassung über die Souveränetät der Inseln theilte und daselbst keine Hoheitsrechte zu besitzen glaubte. Spanien hat also 1875 und 1876 die Herrenlosigkeit der Karolinen- und Pelew-Inseln selbst anerkannt und international festgestellt. || Eine nochmalige Erörterung der durch vertragliche Abmachungen erledigten Sulu-Frage glaubt die Kaiserliche Regierung sich versagen zu sollen; es dürfte für die heutige Frage die Bemerkung genügen, dass die bis dahin bestrittene und von Spanien nicht geübte Souveränetät Spaniens über Sulu erst nach mehrjährigen Verhandlungen durch das Madrider Protokoll vom 7. März d. J. festgestellt und in das internationale Recht aufgenommen worden ist. Wenn die Königlich spanische Regierung demnach behauptet, dass die vorliegende Frage denselben Charakter habe, wie der Streitfall wegen des Sulu-Archipels, so ist diese Behauptung insofern zutreffend, als auch hinsichtlich der Sulu-Inseln keine Souveränetät Spaniens ab antiquo bestand, sondern erst in diesem Jahre durch Vertrag hergestellt worden ist. Wie weit noch im Jahre 1882 die Königlich spanische Regierung entfernt war, über die Pelew- und Karolinen-Inseln eine solche Souveränetät zu beanspruchen, ergiebt auch der folgende Vorfall. Im Jahre 1882 hat ein englisches Geschwader eine Expedition nach den Pelew-Inseln unternommen und die Eingeborenen für die Unbill gezüchtigt, welche sie zwei Jahre vorher englischen Schiffbrüchigen zugefügt hatten. Obwohl diese Expedition, deren Zweck und Erfolg in Manila bekannt war, stattgefunden, hat die spanische Regierung diesen Akt der Autorität, welcher, wenn jene Inseln spanisches Gebiet wären, einen flagranten Eingriff in die Souveränetät Spaniens enthalten haben würde, ohne jeden Widerspruch geschehen lassen. || Dem Bittschreiben vom 29. September 1884, in welchem verschiedene Bewohner der Insel Yap den Gouverneur der Philippinen um die Entsendung eines Verwaltungsbeamten und eines Geistlichen ersuchen, legt die Königlich spanische Regierung eine Bedeutung bei, welche die Kaiserliche Regierung nicht zuzugestehen vermag. || Der Haupturheber jenes Gesuchs, Mr. Holkombe, hat, wie sich aus einem im Resumen veröffentlichten Bericht des Lieutenants Romero vom „Velasco“ ergiebt, ein Interesse daran, die spanische Herrschaft auf der Insel herzustellen, um dadurch einer ihm von englischer Seite angedrohten und von den Gerichten seiner nordamerikanischen Heimath möglicherweise bevorstehenden Verantwortung für strafbare Handlungen zu entgehen. Wenn in diesem Bittschreiben die Gesuchsteller versprechen, dem spanischen Gouverneur zu gehorchen, so ergiebt sich daraus, dass sie bisher eine solche Verpflichtung Mangels vorhandener spanischer Souveränetät nicht anerkannt haben. Die Königlich spanische Regierung legt noch besonderen Werth dem Umstande bei, dass das Gesuch hauptsächlich von Fremden gestellt wurde, während sich die Kaiserliche Regierung gerade deswegen des Zweifels nicht erwehren kann, dass die Bitte von Leuten gestellt wurde, welche zu einer Verfügung über die Inseln keine Berechtigung haben. || Auch die im Februar d. J. dem Kommandanten des „Valesco“ gegenüber angeblich ausgesprochenen Wünsche von Eingeborenen der Insel Yap, unter

spanische Oberhoheit zu gelangen, lieferten nur einen neuen Beweis, dass diese Oberhoheit bis dahin nicht bestanden hat. Dafür aber, dass diese Eingeborenen sich damals Sr. Majestät dem König von Spanien wirklich unterworfen hätten, fehlt es an jeder urkundlichen Grundlage. Dies ist um so auffallender, als der erwähnte Kommandant bezüglich Koror einen Unterwerfungsvertrag abgeschlossen haben will. Der letzgedachte Vertrag scheint aber mehr eine Friedensvermittelung zwischen den Königen Abbathule und Ana Klaye (Ara Klao) zum Gegenstand gehabt zu haben, als eine Unterwerfung Beider unter spanische Oberhoheit. In keinem Falle aber würde diesen Königen über andere als ihre eigenen kleinen Gebiete ein Verfügungsrecht zugestanden haben. || Die gedachte Expedition des „Velasco", die dem General-Kapitän der Philippinen ertheilte Königliche Ordre, von Yap Besitz zu ergreifen, sowie die Erwähnung des zur Errichtung eines Gouvernements daselbst erforderlichen Kredits in der Madrider Zeitung vom 29. Juli dieses Jahres, alle diese Umstände beweisen nur, dass die Königlich spanische Regierung sich in dem Besitz, den sie zu erwerben beabsichtigte, noch nicht befand. Wäre letzteres der Fall gewesen, so würde die Kaiserliche Regierung niemals versucht haben, den Besitz einer befreundeten Macht zu stören oder auf anderem Wege als durch diplomatische Verhandlungen in Zweifel zu stellen, falls sie eigene Rechte an demselben zu haben glaubte. Wenn die Kaiserliche Regierung geglaubt hätte oder zugeben wollte, dass ein spanischer Besitz an den Karolinen- und Pelew-Inseln von Alters her bestände, so würde sie sich dem Verdacht aussetzen, 1875 in Gemeinschaft mit England wider besseres Wissen oder aus Unwissenheit eine ungerechte Sache Spanien gegenüber vertreten und im Jahre 1885 die Rechte einer befreundeten Regierung in unverantwortlicher Weise vergewaltigt zu haben. Beides liegt ihren Gewohnheiten und ihren Ansichten fern. Nach den Vorgängen von 1875 musste die Kaiserliche Regierung erwarten, dass ihr bei etwaiger Besitzergreifung der Karolinen durch die spanische Regierung von dieser eine Benachrichtigung zugehen würde. Dabei ist die Kaiserliche Regierung von der Voraussetzung ausgegangen, dass eine solche Benachrichtigung, wie sie in der Berliner Konferenz für die afrikanischen Küstengebiete festgesetzt worden ist, auch in anderen zweifelhaften Fällen, und besonders nach der diplomatischen Korrespondenz von 1875, der völkerrechtlichen Courtoisie entsprochen haben würde, wie das auch hinsichtlich des in der Note mehrfach erwähnten Sulu-Archipels durch Artikel IV des Madrider Protokolls vom 7. März 1885 vorgesehen ist. || Unter den obwaltenden Thatsachen ist es für die Kaiserliche Regierung unmöglich anzuerkennen, dass die Karolinen- und Pelew-Inseln von Alters her und früher als in Folge einer diesjährigen Okkupation einen Theil des spanischen Gebietes gebildet oder unter spanischer Hoheit gestanden haben können. Eine andere Frage ist es, ob der „Velasco", wenn er die in der Note des Herrn Ministers Elduayen erwähnten Akte zwischen dem 21. und 25. August wirklich vorgenommen, durch dieselben eine Besitzergreifung der Insel Yap bewirkt hat, welcher die

Nr. 8811. Deutschland. 1. Oct. 1885.

Priorität vor der des deutschen Schiffes gebührt. Die Annahme, dass die Expedition, welche Manila am 10. August d. J. verliess, von der Möglichkeit einer Begegnung mit einem deutschen Kriegsschiffe nicht unterrichtet gewesen sei, beruht voraussichtlich auf einem Irrthum, da Euere Excellenz nach Ihrer eigenen Meldung in Folge meines Telegrammes vom 4. August die Königlich spanische Regierung am 6. desselben Monats amtlich von den deutschen Absichten unterrichtet haben und Madrid mit Manila durch Telegraphen verbunden ist. Die Kaiserliche Regierung will jedoch kein Gewicht auf die Frage legen, ob die spanische Expedition von den Philippinen in Folge unserer Mittheilungen und zu dem Zweck abgegangen ist, einer deutschen Besitzergreifung auf Yap oder anderen Inseln zuvorzukommen. Wir werden lediglich nach Maassgabe der Thatsachen die Frage der Priorität der Besitzergreifung der Insel Yap einer unbefangenen Prüfung unterziehen, sobald die amtlichen Berichte unserer betheiligten See-Offiziere vorliegen. Wir hoffen, dass dann durch fortgesetzte direkte und freundschaftliche Verhandlungen ein Einverständniss beider Regierungen erzielt werden wird, und wir sind in dieser Hoffnung wesentlich bestärkt worden, nachdem die spanische Regierung unserem Vorschlage, die Frage der Entscheidung des Papstes zu unterbreiten, dahin entgegengekommen ist, dass sie die Vermittelung Seiner Heiligkeit angenommen, und der Papst bereit ist, dieselbe eintreten zu lassen. || Euere Excellenz wollen der Königlich spanischen Regierung anzeigen, dass wir in Folge dessen dem Kardinal Staatssekretär die nöthigen Informationen über die Sachlage mittheilen werden, und anheimstellen, dass von spanischer Seite das Gleiche geschehe. Wir werden dieser Information Vergleichsvorschläge in dem zwischen uns bereits besprochenen Sinne folgen lassen, sobald uns die schriftlichen Berichte über die Besitzergreifung auf den Inseln vorliegen, welche ich von den dabei betheiligt gewesenen deutschen See-Offizieren erwarte. || Euere Excellenz ersuche ich, den Inhalt der vorstehenden Note unter Zurücklassung einer Abschrift zur Kenntniss Seiner Excellenz des Herrn Ministers Elduayen zu bringen.

v. Bismarck.

Nr. 8812. RÖMISCHE KURIE. — Vermittelungsvorschlag des Papstes.

[Reichsanzeiger vom 13. Januar 1886.]

Nr. 8812. Römische Kurie. 22. Oct. 1885.

Proposition || faite par Sa Sainteté le Pape Léon XIII || comme Médiateur || dans la question des Archipels des Carolines et Palaos || pendante entre l'Allemagne et l'Espagne.

La découverte faite par l'Espagne au seizième Siècle des îles faisant partie de l'Archipel des Carolines et Palaos, et une série d'actes accomplis, à diverses époques, dans ces mêmes îles, par le Gouvernement espagnol pour

Nr. 8812. Römische Kurie. 22. Oct. 1885.

le bien des indigènes, ont créé dans la conviction de ce Gouvernement et de sa nation un titre à la souveraineté, fondé sur les maximes de droit international invoquées et suivies à cette époque dans les cas de conflits analogues. || Quand on envisage, en effet, l'ensemble des actes susdits, dont l'authenticité se trouve confirmée par divers documents des Archives de la Propagande, on ne saurait méconnaître l'oeuvre bienfaisante de l'Espagne envers ces insulaires. Il est à remarquer en outre, que jamais nul autre Gouvernement n'a exercé sur eux une action semblable. Cela explique la tradition constante, dont il convient de tenir compte, et la conviction du peuple espagnol relativement à cette souveraineté — tradition et conviction qui, il y a deux mois, se sont fait jour avec une ardeur et une animosité à compromettre, un instant, la paix intérieure et les relations des deux Gouvernements amis. || D'autre part l'Allemagne comme l'Angleterre ont déclaré expressément en 1875 au Gouvernement Espagnol qu'elles ne reconnaissaient pas la souveraineté de l'Espagne sur les dites îles. Le Gouvernement Impérial pense, au contraire, que c'est l'occupation effective d'un territoire qui en crée la souveraineté; occupation qui ne s'est jamais effectuée de la part de l'Espagne pour les îles Carolines. C'est conformément à ce principe qu'il a agi dans l'île de Jap, et en cela, comme de son côté l'a fait le Gouvernement Espagnol, le Médiateur se plaît à reconnaître toute la loyauté du Gouvernement Impérial. || En conséquence et pour que cette divergence de vues entre les deux Gouvernements ne soit pas un obstacle à un arrangement honorable, le Médiateur, après avoir tout bien considéré, propose que dans la nouvelle convention à stipuler on s'en tienne aux formules du protocole relatif à l'Archipel de Sulu (Solo), signé à Madrid le 7 Mars dernier entre les représentants de la Grande-Bretagne, de l'Allemagne et de l'Espagne, et on adopte les points suivants:

Point 1er.

On affirme la souveraineté de l'Espagne sur les îles Carolines et Palaos

Point 2me.

Le Gouvernement Espagnol pour rendre effective la souveraineté s'engage à établir le plus tôt possible dans cet Archipel une administration régulière avec une force suffisante pour sauvegarder l'ordre et les droits acquis.

Point 3me.

L'Espagne offre à l'Allemagne la plaine et entière liberté de commerce, de navigation et de pêche dans ces mêmes îles, comme aussi le droit d'y établir une station navale et un dépôt de charbon.

Point 4me.

On assure également à l'Allemagne la liberté de faire des plantations dans ces îles et d'y fonder des établissements agricoles, tout comme les sujets espagnols.

Rome, du Vatican, le 22 Octobre 1885. L. Cardinal Jacobini,
Secrétaire d'Etat de Sa Sainteté.

Nr. 8813. SPANIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Geschäftsträger in Madrid. — Die spanische Regierung ist bereit, die Abmachungen des Suluprotokolls auf die Karolinen- und Pelew-Inseln auszudehnen.*)

(Translation.) Ministry of State, November 24, 1885.

Nr. 8813. Spanien. 24. Nov. 1885.

Sir, — I have the honour to acknowledge the receipt of your note of yesterday, the 23rd instant, in which, in the name of your Government (which is informed of the happy termination of the negotiations conducted with reference to the dispute with the Government of His Majesty the Emperor of Germany in regard to the sovereignty of Spain over the Caroline and Pelew Archipelago, in consequence of the acceptance of the propositions formulated by His Holiness the Pope as mediator), you state, that you have received instructions from your Government to declare that they are disposed to extend the same recognition as the German Government to the sovereignty of Spain over the archipelago in question, counting upon the participation of England in the benefits which may be conceded to Germany by the Convention which may be celebrated to that intent. || Duly appreciating and acknowledging the disposition of which you are the authorized interpreter and representative, as also the terms of your Declaration, the Government of His Majesty the King fulfil a pleasing duty in informing you that they accept the express and manifest Declaration of the recognition of this sovereignty in the form and in the terms recorded in Article I of the Sulu Protocol of the 7th March of this year; granting, for their part, to the British nation the benefits set forth in that international instrument respecting the liberty of commerce, navigation and fishing. They consider, that, in order to give to this Act its full legal value, a Declaration would suffice, signed by the King's Government and by you as representing the Government of Her Britannic Majesty, extending, as regards England, the provisions contained in the Sulu Protocol respecting sovereign rights and commercial interests, to the Caroline and Pelew Archipelagos, whose limits would be the Equator and 11° of north latitude and 132° und 164° of east longitude (according to the Greenwich meridian). I am ready, accordingly, to sign the Declaration in those terms so soon as you obtain the required authority. || I avail, &c.

J. Elduayen.

---

*) Die Nummern 8813, 8816—8818 sind aus dem englischen Blaubuch: Correspondence with the Spanish Government respecting the Caroline and Pelew Islands. [C-4613] entnommen. Anm. d. Red.

Nr. 8814. **DEUTSCHLAND und SPANIEN.** — Protokoll, betreffend die Karolinen- und Pelew-Inseln. Vom 17. December 1885.

[Reichsanzeiger vom 13. Januar 1886.]

Nr. 8814. Deutschland und Spanien. 17. Dec. 1885.

Les soussignés || Son Excellence Monsieur de Schlözer, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Prusse auprès du Saint-Siège et || Son Excellence le Marquis de Molins, Ambassadeur de Sa Majesté Catholique auprès du Saint-Siège, dûment autorisés pour mener à terme les négociations que les Gouvernemets d'Allemagne et d'Espagne, sous la médiation acceptée par eux de Sa Sainteté le Pape, ont poursuivies à Berlin et à Madrid au sujet des droits que l'un et l'autre des dits Gouvernements aurait acquis à la possession des îles Carolines et Palaos, considérant les propositions que Sa Sainteté a faites pour servir de base à leur entente, se sont mis d'accord sur les articles suivants, conformément aux propositions de l'Auguste Médiateur.

Article 1er.

Le Gouvernement allemand reconnaît la priorité de l'occupation espagnole des îles dites Carolines et Palaos et la souveraineté de Sa Majesté Catholique qui en résulte et dont les limites sont indiquées dans l'article 2me.

Article 2me.

Ces limites sont formées par l'Equateur et par le onzième degrè de Latitude Nord et le cent trente-troisième degré et cent soixante-quatrième de Longitude Est (Greenwich).

Article 3me.

Le Gouvernement espagnol pour garantir aux sujets allemands la pleine et entière liberté de commerce, de navigation et de pêche dans les Archipels des Carolines et des Palaos, s'engage à exécuter dans les dits Archipels les stipulations analogues à celles contenues dans les articles I, II et III du Protocole sur l'Archipel de Sulu signé à Madrid le onze Mars mil huit cent soixante-dix-sept et reproduites dans le Protocole du sept Mars mil huit cent quatre-vingt-cinq; c'est-à-dire:

I°

Le commerce et le trafic direct des navires et des sujets de l'Allemagne avec les Archipels des Carolines et des Palaos, et dans toutes ses parties, ainsi que le droit de pêche, seront absolument libres, sans préjudice des droits reconnus à l'Espagne par le présent Protocole, conformément aux déclarations suivantes:

II°

Les autorités espagnoles ne pourront pas exiger à l'avenir que les navires et les sujets de l'Allemagne se rendant en toute liberté aux Archipels des Carolines et Palaos, ou d'un point à un autre de ces Archipels sans distinction, ou de là dans toute autre partie du monde touchent avant ou après à un

Nr. 8814. Deutschland und Spanien. 17. Dec. 1885.

point désigné dans les Archipels ou ailleurs, qu'ils payent des droits quelconques ou se procurent une permission de ces Autorités, qui de leur côté s'abstiendront de tout empêchement et de toute intervention dans le trafic susdit. || Il est bien entendu que les Autorités espagnoles n'empêcheront d'aucune manière et sous aucun prétexte l'importation et l'exportation libre de tous genres de marchandises sans exception, sauf dans les points occupés et conformément à la déclaration III°, et que dans tous les points non occupés effectivement par l'Espagne ni les navires, ni les sujets précités, ni leurs marchandises ne seront soumis à aucun impôt ou droit, ou payement quelconque, ni à aucun règlement sanitaire ou autre.

III°

Dans les points occupés par l'Espagne dans les Archipels des Carolines et des Palaos le Gouvernement Espagnol pourra introduire des impôts et des règlements sanitaires et autres pendant l'occupation effective des points indiqués Mais de son côté l'Espagne s'engage à y entretenir les établissements et les employés nécessaires pour les besoins du commerce et pour l'application des dits règlements. || Il est néanmoins expressément entendu, et le Gouvernement Espagnol étant résolu de son côté à ne pas appliquer aux points occupés des règlements restrictifs, prend volontiers l'engagement, qu'il n'introduira pas dans ces points des impôts ni des droits supérieurs à ceux fixés par les tarifs de l'Espagne ou par les Traités ou Conventions entre l'Espagne et toute autre Puissance. Il n'y mettra pas non plus en vigueur des règlements exceptionels applicables au commerce et aux sujets allemands qui jouiront sous tous les rapports du même traitement que les sujets espagnols. || Afin de prévenir des réclamations qui pourraient résulter de l'incertitude du commerce à l'égard des points occupés et régis par des règlements et tarifs, le Gouvernement Espagnol communiquera dans chaque cas l'occupation effective d'un point dans les Archipels des Carolines et des Palaos au Gouvernement Allemand et en informera en même temps le commerce par une notification publiée dans les journaux officiels de Madrid et de Manille. Quant aux tarifs et aux règlements à appliquer aux points qui sont ou seront occupés par l'Espagne, il est stipulé qu'ils n'entreront en vigueur qu'après un délai de huit mois à partir de cette publication dans le journal officiel de Madrid. || Il est convenu qu'aucun navire ou sujet de l'Allemagne ne sera obligé de toucher à un des points occupés, ni en allant ni en revenant d'un point non occupé par l'Espagne, et qu'aucun préjudice ne pourra lui être causé pour ce motif ni pour aucun genre de marchandises à destination pour un point non occupé des Archipels des Carolines et des Palaos.

Article 4me.

Les sujets allemands auront pleine liberté d'acquérir des immeubles et de faire des plantations dans les Archipels des Carolines et des Palaos, d'y fonder des établissements agricoles, d'entretenir tout espèce de commerce et de passer des contracts avec les habitants et d'exploiter le sol dans les mêmes

conditions que les sujets espagnols. Leurs droits acquis sont sauvegardés. || Les Compagnies allemandes qui jouissent dans leur pays des droits des personnes civiles, et notamment les Compagnies anonymes seront traitées au même pied que les susdits sujets. || Les sujets allemands jouiront pour la protection de leurs personnes et de leurs biens, l'acquisition et la transmission de leurs propriétées et pour l'exercice de leurs professions du même traitement et des mêmes droits que les sujets espagnols. Nr. 8814. Deutschland und Spanien. 17. Dec. 1885.

Article 5me.

Le Gouvernement Allemand aura le droit d'établir dans une des îles des Carolines ou des Palaos une station navale et un dépôt de charbon pour la Marine Impériale. || Les deux Gouvernements détermineront d'un commun accord le lieu et les conditions de cet établissement.

Article 6me.

Si les Gouvernements d'Allemagne et de l'Espagne n'ont pas refusé leur adhésion au présent Protocole dans un délai de huit jours à partir d'aujourd'hui ou s'ils notifient leur adhésion avant ce terme par l'entremise de leurs Représentants respectifs, les présentes déclarations entreront immédiatement en vigueur.

Fait à Rome le 17. Décembre 1885. Schlözer.
Le Marquis de Molins.

Nr. 8815. **RÖMISCHE KURIE.** — Schreiben des Papstes an den deutschen Reichskanzler. — Verleihung des Christus-Ordens.

[Reichsanzeiger vom 8. Januar 1886.]

Leo P. P. XIII. || Excelso Viro || Othoni Bismarck Principi || Imperii Germanici Magno Cancellario || Salutem. Nr. 8815. Römische Kurie. 31. Dec. 1885.

Cum de Carolinis insulis in eas, quae a Nobis propositae fuerant, conditiones auspicato convenerit, laetum ea re animum Nostrum serenissimo Germaniae Imperatori significandum curavimus. Sed eadem animi sensa declarare Tibi quoque volumus, amplissime Princeps, qui ut illa Nobis controversia ad componendum proponeretur, Tuo fuisti iudicio Tuaque sponte auctor. Immo profiteri libet, id quod res est, si varias difficultates, inter curam negotii, expedire licuit, magna quidem ex parte studio constantiaeque tribuendum Tuae, cum obsequi operae Nostrae ab initio ad extremum perrexeris. Itaque gratam Tibi voluntatem testamur, quod Tuo potissimum consilio oblata Nobis occasio est peropportuna ad exequendum, concordiae gratia, munus valde nobile: non illud profecto inter res gestas Sedis Apostolicae novum, sed optari longo intervallo desitum: quamvis nihil fere sit, quod cum Romani Pontificatus ingenio naturaque tam luculente consentiat. Tu quidem iudicium Tuum libere secutus et rem ex veritate magis, quam ex aliorum opinione aut more aesti-

Nr. 8815. Römische Kurie. 31. Dec. 1885.

mans, nihil sane dubitavisti, quin aequitati Nostrae confideres. Qua in re aut apertam aut tacitam approbationem virorum incorrupte iudicantium visus es habere comitem: libentibus nominatim toto orbe catholicis, quos certe mire capere habitus Parenti ac Pastori suo debuit honos. Civilis prudentia Tua plurimum sane valuit ad pariendam tantam Imperio Germanico magnitudinem, quantam agnoscunt et fatentur universi: illud autem, quod consentaneum est, hoc tempore spectas, ut stet et floreat quotidie magis Imperium, potentia ad diuturnitatem opibusque munitum. Sed minime fugit sapientiam Tuam, quantum virtutis ad incolumitatem ordinis publici rerumque civilium in ea potestate resideat, quae geritur a Nobis, maxime si fuerit, omni amoto impedimento, ad agendum libera. Liceat igitur praecipere cogitatione futura, et ex iis, quae acta sunt, auspicium capere reliquorum. Interea, aliquod ut habeas a Nobismetipsis cum facti, tum voluntatis Nostrae testimonium, Te per has Litteras renuntiamus Equitem Ordinis militiae Christi: cuius insignia dignitatis una cum his ipsis Litteris ad Te perferri iussimus. Denique fausta Tibi omnia ex animo adprecamur.

Datum Romae apud S. Petrum die XXXI. Decembris Anno MDCCCLXXXV., Pontificatus Nostri Octavo. Leo P. P. XIII.

Nr. 8816. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Madrid (Sir Clare Ford) an den spanischen Minister des Ausw. (Moret) — Die englische Regierung acceptirt den spanischen Vorschlag, die Deutschland gemachten Concessionen mit Ausnahme der Schiffstation auf England zu übertragen. [Blaubuch C-4613 Nr. 9.]

Madrid, January 4, 1886.

Nr. 8816. Grossbritannien. 4. Jan. 1886.

M. le Ministre, — On the 23rd November last Her Majesty's Chargé d'Affaires, acting under instructions which he had received from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, addressed a note to your Excellency's predecessor, the Marquis del Pazo de la Merced, informing him that Her Majesty's Government understood that the mediation of His Holiness the Pope had happily afforded a basis for further negotiations between the German and Spanish Governments with regard to the differences which had arisen between them respecting the sovereignty over the Caroline Islands, and that Her Majesty's Government desired to participate in all the advantages which may accrue to Germany from any Convention which may be concluded between that Power and Spain concerning that question. Her Majesty's Chargé d'Affaires further stated, that Her Majesty's Government anticipated that the Spanish Government would readily comply with this request, and that, in return, Her Majesty's Government would be quite disposed to recognize the sovereignty of Spain over the islands which might form the subject of the

expected Agreement. A copy of the reply which was given by the Minister of State to the note of Her Majesty's Chargé d'Affaires on the 24th November last was duly communicated to Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, and I have now the honour to inform your Excellency that Her Majesty's Government are of opinion that the first part of the Marquis del Pazo de la Merced's note correctly stated the proposal which had been made by Her Majesty's Government, but the second part of it contained a counter proposal which Her Majesty's Government are not disposed to accept. Her Majesty's Government can only recognize Spanish sovereignty to the same extent as Germany, and they prefer adhering to the original proposal as made in Her Majesty's Chargé d'Affaires' note of the 23rd November. || I have further to state that, in consequence of the representations I have made to my Government, to the effect that your Excellency would feel disposed to sign the Protocol in the terms of the one of which the copy is herein inclosed, in the event of Her Majesty's Government agreeing not to claim a right to establish a naval station in the Caroline Islands, I have been authorized to inform your Excellency that Her Majesty's Government will not urge a demand for such an establishment, and that, if your Excellency will sign the Protocol at once as it stands, this agreement on the part of Her Majesty's Government shall be deemed to be recorded in this note, which I have now the honour to address to your Excellency in accordance with the instructions of Her Majesty's Government. || I avail, &c. Francis Clare Ford.

Nr. 8816. Grossbritannien. 4. Jan. 1886

Nr. 8817. **SPANIEN.** — Min. des Ausw. an den englischen Gesandten in Madrid — Ist bereit, den englischen Entwurf des Protokolls zu unterzeichnen.

(Translation.) Ministry of State, The Palace, January 7, 1886.

Excellency, — I had the honour to receive your note of the 4th of this month, accompanied by a draft Protocol which you send me, in accordance with the instructions of your Government, with a view to recording, in that document, the recognition on the part of Great Britain of the sovereignty of Spain over the Caroline and Pelew Archipelagos, under the same conditions as those agreed upon, with the same purpose, between the Government of Her Majesty and that of the Emperor of Germany, in the Protocol signed at Rome, by the mediation of His Holiness Pope Leo XIII, on the 17th December last. || In reply, and inasmuch as you have been authorized by your Government, as you inform me in your note, to state to me that the Cabinet of London will not urge their claim for the concession of a naval station in the said archipelagos, adding that, if I feel disposed to sign the Protocol in the terms drawn up by you in the copy accompanying your note, this abstention on the part of the Government of Her Britannic Majesty shall be

Nr. 8817. Spanien. 7. Jan. 1886.

Nr. 8817. Spanien. 7. Jan. 1886.

deemed to be recorded in the note you have done me the honour to address me, I have to inform you for my part that, on this understanding, I am authorized by the Cabinet, of which I have the honour to be a member, to sign with you the Protocol, the draft of which you were pleased to communicate to me in your above-mentioned note of the 4th of this month, to which I am replying, that note being considered as the interpretation of the said Protocol and as the renunciation of the claim to the naval station in question. || In making this statement to you, I avail myself of this opportunity, &c.

S. Moret.

Nr. 8818. GROSSBRITANNIEN und SPANIEN. — Protokoll betreffend die Karolinen- und Pelew-Inseln.

Nr. 8818. Grossbritannien und Spanien. 8. Jan. 1886.

The Governments of Great Britain and Spain being desirous of affording a proof of the friendly feeling which unites the two nations, the Undersigned, Sir Francis Clare Ford, C.B., K.C.M.G., Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of Madrid, and his Excellency Don Segismundo Moret y Prendergast, Minister of State of Her Majesty the Queen Regent of Spain, duly authorized thereto by their respective Governments, declare as follows: —

1. It is agreed, that Her Britannic Majesty's Government will recognize the sovereignty of Spain over the Caroline Islands and Pelew Islands to the same extent as such sovereignty has been or may hereafter be recognized by the German Government.

2. It is agreed, that whatsoever privileges, advantages, favours, or immunities have been or may hereafter be accorded in the aforesaid islands by the Spanish Government to the Government or subjects of the German Empire shall be immediately and unconditionally accorded to the Government or subjects of Great Britain.

Done at Madrid in duplicate, this 8th day of January, 1886.

Francis Clare Ford.

S. Moret.

Nr. 8819. DEUTSCHLAND. — Dankschreiben des Reichskanzlers an den Papst*).

Berlin, 13 Janvier 1886.

Nr. 8819. Deutschland. 13. Jan. 1886.

Sire, — La gracieuse lettre dont Votre Sainteté m'a honoré, ainsi que la haute décoration qui l'accompagnait, m'ont causé une grande joie, et je prie Votre Sainteté de daigner recevoir l'expression de ma profonde gratitude. || Toute marque d'approbation se rattachant à une oeuvre de paix à laquelle

*) Nach dem Moniteur de Rome.

il m'avait été donné de collaborer est pour moi d'autant plus précieuse, en raison de la haute satisfaction qu'elle cause à Sa Majesté, mon auguste maître. Nr. 8819. Deutschland. 13. Jan. 1886.

|| Votre Sainteté a dit dans sa lettre que rien ne répond mieux à l'esprit et à la nature du Pontificat que la pratique des oeuvres de paix. || C'est par cette même pensée que j'ai été guidé en priant Votre Sainteté d'accepter le noble emploi d'arbitre du différend pendant entre l'Allemagne et l'Espagne, et en proposant au gouvernement espagnol de nous en remettre de part et d'autre à la decision de Votre Sainteté. || La considération du fait que les deux nations ne se trouvent pas dans une situation analogue par rapport à l'Eglise, qui vénère en Votre Sainteté son Chef suprême, n'a jamais affaibli ma ferme confiance dans l'élévation des vues de Votre Sainteté, qui m'assurait la plus juste impartialité de son verdict. || Les relations de l'Allemagne avec l'Espagne sont telles, par leur nature, que la paix qui règne entre ces pays n'est menacée par aucune divergence permanente de leurs intérêts, ni par des rancunes résultant de leur passé ou des rivalités inhérentes à leur situation géographique. Leurs bonnes relations habituelles ne sauraient être troublées, sinon par des causes fortuites ou par des malentendus. || Il y a donc tout lieu d'espérer que l'action pacifique de Votre Sainteté aura des effets durables, et parmi ceux-ci je compte en première ligne le souvenir reconnaissant que les deux parties garderont envers l'Auguste médiateur. || En ce qui me concerne, je saisirai toujours et avec empressement toute occasion que l'accomplissement de mes devoirs envers mon maître et envers ma patrie me fournira pour témoigner à Votre Sainteté ma vive reconnaissance et mon très humble dévouement. || Je suis, avec le sentiment du plus profond respect, Sire, de Votre Sainteté le très humble serviteur.

v. Bismarck.

Bündnisse, Verträge etc.*).

Nr. 8820. **VERTRAGSSTAATEN.** — Acte additionnel de Lisbonne à la Convention du 1er juin 1878, conclu entre l'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République Argentine, l'Autriche-Hongrie, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, les Etats-Unis de Colombie, la République de Costa-Rica, le Danemark et les Colonies Danoises, la République Dominicaine, l'Egypte, l'Equateur, l'Espagne et les Colonies Espagnoles, la France et les Colonies Françaises, la Grande-Bretagne et diverses Colonies Anglaises, la Canada, l'Inde Britannique, la Grèce, le Guatemala, la République de Haïti, le Royaume de Hawaï, la République du Honduras, l'Italie, le Japon, la République de Libéria, le Luxembourg, le Mexique, le Monténégro, le Nicaragua, le Paraguay, les Pays-Bas et les Colonies Néerlandaises, le Pérou, la Perse, le Portugal et les Colonies Portugaises, la Roumanie, la Russie, le Salvador, la Serbie, le Royaume de Siam, la Suède et Norvège, la Suisse, la Turquie, l'Uruguay et les Etats-Unis de Vénézuéla.

Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des pays ci-dessus désignés, réunis en Congrès à Lisbonne, || En vertu de l'article 19 de la Convention conclue à Paris le 1er juin 1878, || Ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté l'Acte additionnel suivant:

Article premier.

La Convention du 1er juin 1878 est modifiée comme suit:

I.

L'article 2 portera dorénavant la rédaction suivante:

---

*) Siehe Staatsarchiv XXXVI Nr. 7006 und XXVIII Nr. 5439.

Article 2.

Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Les dispositions de cette Convention s'étendent aux lettres, aux cartes postales simples et avec réponse payée, aux imprimés de toute nature, aux papiers d'affaires et aux échantillons de marchandises, originaires de l'un des pays de l'Union et à destination d'un autre de ces pays. Elles s'appliquent également, quant au parcours dans le ressort de l'Union, à l'échange postal des objets ci-dessus entre les pays de l'Union et les pays étrangers à l'Union toutes les fois que cet échange emprunte les services de deux des parties contractantes, au moins.

Tous les pays contractants ne sont pas tenus d'émettre des cartes avec réponse payée; mais ils assument l'obligation de renvoyer les cartes-réponse reçues des autres pays de l'Union.

II.

L'article 4 est modifié comme suit:

L'alinéa 8 est remplacé par la disposition ci-après:

2° Que, partout où les frais de transit maritime sont fixés actuellement à 5 francs par kilogramme de lettres ou de cartes postales, et à 50 centimes par kilogramme d'autres objets, ces prix sont maintenus.

L'alinéa 13 est modifié comme suit:

Le décompte général de ces frais a lieu sur la base de relevés établis tous les trois ans, pendant une période de 28 jours à déterminer dans le Règlement d'exécution prévu par l'article 14 ci-après.

Le 14e alinéa est remplacé par la disposition suivante:

Sont exempts de tous frais de transit territorial ou maritime la correspondance des Administrations postales entre elles, les cartes postales-réponse renvoyées au pays d'origine, les objets réexpédiés ou mal dirigés, les rebuts, les avis de réception, les mandats de poste ou avis d'émission de mandats et tous autres documents relatifs au service postal.

III.

L'article 5 est modifié comme suit:

Le 3e alinéa portera dorénavant:

2° Pour les cartes postales, à 10 centimes pour la carte simple ou pour chacune des deux parties de la carte avec réponse payée.

La 2e phrase du 7e alinéa commençant par les mots: „Par mesure de transition", est supprimée.

Le 14e alinéa portera dorénavant:

4° Enfin, aux paquets de papiers d'affaires et d'imprimés de toute nature dont le poids dépasse 2 kilogrammes ou qui présentent sur l'un des côtés une dimension supérieure à 45 centimètres.

IV.

Il est intercalé entre les articles 5 et 6 un nouvel article ainsi conçu:

Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Article 5 bis.

L'expéditeur d'un objet de correspondance peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse, tant que cet objet n'a pas été livré au destinataire.

La demande à formuler à cet effet est transmise par voie postale ou par voie télégraphique aux frais de l'expéditeur, qui doit payer, savoir:

1° Pour toute demande par voie postale, la taxe applicable à une lettre simple recommandée;

2° Pour toute demande par voie télégraphique, la taxe du télégramme d'après le tarif ordinaire.

Les dispositions du présent article ne sont pas obligatoires pour les pays dont la législation ne permet pas à l'expéditeur de disposer d'un envoi en cours de transport.

V.

Les cinq derniers alinéas de l'article 6, depuis les mots: „En cas de perte d'un envoi recommandé" etc., sont supprimés, et il est ajouté, à la suite du même article, un nouvel article portant:

Article 6 bis.

En cas de perte d'un envoi recommandé et sauf le cas de force majeure, l'expéditeur ou, sur sa demande, le destinataire a droit à une indemnité de 50 francs.

L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'Administration dont relève le bureau expéditeur. Est réservé à cette Administration le recours contre l'Administration responsable, c'est-à-dire contre l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte a eu lieu.

Jusqu'à preuve du contraire, la resposabilité incombe à l'Administration qui, ayant reçu l'objet sans faire d'observation, ne peut établir ni la délivrance au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à l'Administration suivante.

Le payement de l'indemnité par l'Office expéditeur doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai d'un an à partir du jour de la réclamation. L'Office responsable est tenu de rembourser sans retard, à l'Office expéditeur, le montant de l'indemnité payée par celui-ci.

Il est entendu que la réclamation n'est admise que dans le délai d'un an, à partir du dépôt à la poste de l'envoi recommandé; passé ce terme, le réclamant n'a droit à aucune indemnité.

Si la perte a eu lieu en cours de transport entre les bureaux d'échange de deux pays limitrophes, sans qu'il soit possible d'établir sur lequel des deux territoires le fait s'est accompli, les deux Administrations en cause supportent le dommage par moitié.

Les Administrations cessent d'être responsables des envois recommandés dont les ayants droit ont donné reçu et pris livraison.

Par mesure de transition, il est permis aux Administrations des pays

hors d'Europe, dont la législation est actuellement contraire au principe de la responsabilité, d'ajourner l'application de la clause qui précède jusqu'au jour où elles auront pu obtenir, du pouvoir législatif, l'autorisation d'y souscrire. Jusqu'à ce moment, les autres Administrations de l'Union ne sont pas astreintes à payer une indemnité pour la perte, dans leurs services respectifs, d'envois recommandés à destination ou provenant desdits pays.

VI.

Il est intercalé entre les articles 9 et 10 un nouvel article ainsi conçu:

Article 9 bis.

Les objets de correspondance de toute nature sont, à la demande des expéditeurs, remis à domicile par un porteur spécial immédiatement après l'arrivée, dans les pays de l'Union qui consentent à se charger de ce service dans leurs relations réciproques.

Ces envois, qui sont qualifiés „exprès", sont soumis à une taxe spéciale de remise à domicile; cette taxe est fixée à 30 centimes et doit être acquittée complètement et à l'avance, par l'expéditeur, en sus du port ordinaire. Elle est acquise à l'Administration du pays d'origine.

Lorsque l'objet est destiné à une localité où il n'existe pas de bureau de poste, l'Administration des postes destinataire peut percevoir une taxe complémentaire, jusqu'à concurrence du prix fixé pour la remise par exprès dans son service interne, déduction faite de la taxe fixe payée par l'expéditeur, ou de son équivalent dans la monnaie du pays qui perçoit ce complément.

Les objets exprès non complètement affranchis pour le montant total des taxes payables à l'avance, sont distribués par les moyens ordinaires.

VII.

L'article 10 portera dorénavant le rédaction suivante:

Article 10.

Il n'est perçu aucun supplément de taxe pour la réexpédition d'envois postaux dans l'intérieur de l'Union.

Les correspondances tombées en rebut ne donnent pas lieu à restitution des droits de transit revenant aux Administrations intermédiaires, pour le transport antérieur desdites correspondances.

VIII.

Les trois premiers alinéas de l'article 11 sont supprimés et remplacés par les dispositions suivantes:

Il est interdit au public d'expédier par la voie de la poste:

1° Des lettres ou paquets contenant des pièces de monnaie;

2° Des envois quelconques contenant des objets passibles de droits de douane;

3° Des matières d'or ou d'argent, des pierreries, des bijoux ou autres objets précieux, mais seulement dans le cas où leur insertion ou expédition serait défendue d'après la législation des pays intéressés.

Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

IX.

L'article 13 est modifié comme suit:

Article 13.

Le service des lettres avec valeurs déclarées, et ceux des mandats de poste, des colis postaux, des valeurs à recouvrer, des livrets d'identité, etc., font l'objet d'arrangements particuliers entre les divers pays ou groupes de pays de l'Union.

X.

La finale du dernier alinéa de l'article 14 à partir des mots: „pour les conditions de la remise des lettres par exprès", etc., est supprimée, et cet alinéa portera dorénavant:

Il est toutefois permis aux Administrations intéressées de s'entendre mutuellement pour l'adoption de taxes réduites dans un rayon de 30 kilomètres.

XI.

Le 1er alinéa de l'article 15 reçoit la rédaction suivante:

La présente Convention ne porte point altération à la législation de chaque pays dans tout ce qui n'est pas prévu par les stipulations contenues dans cette Convention.

XII.

L'article 17 est modifié comme suit:

Article 17.

En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs membres de l'Union, relativement à l'interprétation de la présente Convention ou à la responsabilité d'une Administration en cas de perte d'un envoi recommandé, la question en litige est réglée par jugement arbitral. A cet effet, chacune des Administrations en cause choisit un autre membre de l'Union qui n'est pas directement intéressé dans l'affaire.

La décision des arbitres est donnée à la majorité absolue des voix.

En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre Administration également désintéressée dans le litige.

Les dispositions du présent article s'appliquent également à tous les Arrangements conclus en vertu de l'article 13 de la Convention du 1er juin 1878, modifié par l'article 1er, chiffre IX, du présent Acte additionnel.

XIII.

Les 2 et 3e alinéas de l'article 20 porteront dorénavant:

1° L'unanimité des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions du présent article et des articles 2, 3, 4, 5, 5bis, 6, 6bis, 9 et 9bis précédents;

2° Les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions de la Convention autres que celles des articles 2, 3, 4, 5, 5bis, 6, 6bis 9, 9bis et 20.

Article 2.

1. Le présent Acte additionnel entrera en vigueur le 1er avril 1886 et aura la même durée que la Convention conclue à Paris le 1er juin 1878.

2. Il sera ratifié aussitôt qne faire se pourra. Les actes de ratification seront échangés à Lisbonne. Nr. 8820. Vertrags-Staaten.

En foi de quoi, les plénipotentiaires des pays ci-dessus énumérés ont signé le présent Acte additionnel à Lisbonne, le vingt et un mars mil huit cent quatre-vingt-cinq. 21. März 1885.

Pour l'Allemagne:
Sachse.
Fritsch.

Pour les Etats-Unis d'Amérique:
William J. Otto.
Jas. S. Crawford.

Pour la République Argentine:
F. P. Hansen.

Pour l'Autriche:
Dewez.
Varges.

Pour la Hongrie:
Gervay.

Pour la Belgique:
F. Gife.

Pour la Bolivie:
Joaquin Caso.

Pour le Brésil:
Luiz C. P. Guimarães.

Pour la Bulgarie:
R. Ivanoff.

Pour le Chili:
M. Martinez.

Pour les Etats Unis de Colombie:
César Conto.

Pour la République de Costa-Rica:

Pour le Danemark et les Colonies Danoises:
Lund.

Pour la République Dominicaine:
P. Gomes da Silva.

Pour L'Egypte:
W. F. Halton.

Pour l'Equateur:
A. Flores.

Pour l'Espagne et les Colonies Espagnoles:
S. Alvarez Bugallal.
A. Herce.

Pour la France:
Laboulaye.
A. Besnier.

Pour les Colonies Françaises:
Laboulaye.

Pour la Grande-Bretagne et diverses Colonies Anglaises:
S. A. Blackwood.
H. Buxton Forman.

Pour le Canada:
S. A. Blackwood.
H. Buxton Forman.

Pour l'Inde Britannique:
H. E. M. James.

Pour la Grèce:
Eugène Borel.

Pour le Guatemala:
Jᵉ Carrera.

Pour la République de Haïti:
Laboulaye.
Ansault.

Pour le Royaume de Hawaï:
Eugène Borel.

Pour la République du Honduras:
Jᵉ Carrera.

Pour l'Italie:
J. B. Tantesio.

Pour le Japon:
Yasushi Nomura.

Pour la République de Libéria:
Comte Senmarti.

Pour le Luxembourg:
Ch. Rischard.

Pour le Mexique:
L. Breton y Vedra.

Pour le Monténégro:
Dewez.
Varges.

Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Pour le Nicaragua:
Manuel J. Alves Diniz.
Pour le Paraguay:
F. A. Rebello.
Pour les Pays-Bas et les Colonies Néerlandaises:
Hofstede.
B. Sweerts de Landas-Wyborgh.
Pour le Pérou:
Pour la Perse:
N. Semino.
Pour le Portugal:
Guilhermino Augusto de Barros.
Ernesto Madeira Pinto.
Pour les Colonies Portugaises:
Guilhermino Augusto de Barros.
Pour la Roumanie:
Jon Ghika.
Pour la Russie:
N. de Besack.
Georges de Poggenpohl.
Pour le Salvador:
Pour la Serbie:
Pour le Royaume de Siam:
Prisdang.
Pour la Suède:
W^m Roos.
Pour la Norvège:
Harald Asche.
Pour la Suisse:
Ed. Höhn.
Pour la Turquie:
Pour l'Uruguay:
Enrique Kubly.
Pour le Vénézuéla:
J. L. Per^a. Crespo.

Protocol final.

Au moment de procéder à la signature des Conventions arrêtées par le Congrès postal universel de Lisbonne, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

Le Pérou, le Salvador, la Serbie et la Turquie, qui font partie de l'Union postale, ne s'étant pas fait représenter au Congrès, le protocole leur reste ouvert pour adhérer aux Conventions qui y ont été conclues ou seulement à l'une ou l'autre d'entre elles. Il en est de même à l'égard de la République de Costa-Rica, dont le représentant n'assiste pas à la séance dans laquelle ces Actes seront signés.

II.

Les Colonies britanniques de l'Australie et les Colonies britanniques du Cap et de Natal seront admises à adhérer à ces Conventions, ou à l'une ou l'autre d'entre elles, et le protocole leur reste ouvert à cet effet.

III.

Le protocole demeure ouvert en faveur des pays dont les représentants n'ont signé aujourd'hui que la Convention principale, ou un certain nombre seulement des Conventions arrêtées par le Congrès, a l'effet de leur permettre d'adhérer aux autres Conventions signées ce jour, ou à l'une ou l'autre d'entre elles.

IV.

Les adhésions prévues aux articles I, II et III ci-dessus devront être notifiées au Gouvernement portugais, par les Gouvernements respectifs, en la

forme diplomatique. Le délai qui leur est accordé pour cette notification expirera le 1er février 1886. Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

V.

Les représentants des pays qui n'ont pas adhéré jusqu'ici à l'une ou l'autre des Conventions ci-après, savoir:

la Convention du 1er juin 1878;

l'Arrangement, en date du 1er juin 1878, concernant l'échange des lettres avec valeurs déclarées;

l'Arrangement du 4 juin 1878, concernant l'échange des mandats de poste;

la Convention du 3 novembre 1880, concernant l'échange des colis postaux sans déclaration de valeur;

ayant été admis à participer aux Actes additionnels modifiant et complétant ces Conventions et Arrangements, leur signature au pied de l'un ou l'autre de ces Actes additionnels implique de leur part, sous réserve de ratification, adhésion, au nom de leur pays, à la Convention ou à l'Arrangement auquel cet Acte additionnel se rapporte, et ce, à partir de la date de l'entrée en vigueur de ce dernier.

VI.

Dans le cas où une ou plusieurs des parties contractantes aux Conventions postales signées aujourd'hui à Lisbonne, ne ratifieraient pas l'une ou l'autre de ces Conventions, cette Convention n'en sera pas moins valable pour les Etats qui l'auront ratifiée.

En foi de quoi, les plénipotentiaires ci-dessous ont dressé le présent protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispotions étaient insérées dans le texte même des Conventions auxquelles il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux Archives du Gouvernement portugais et dont une copie sera remise a chaque partie.

Lisbonne, le vingt et un mars mil huit cent quatre-vingt-cinq.

(Suivent les signatures.)

Die durch die Additional-Akte vom 21. März 1885 abgeänderten Bestimmungen des Weltpostvertrages lauten demnach jetzt folgendermaassen*).

Article 2.

Les dispositions de cette Convention s'étendent aux lettres, aux cartes postales simples et avec réponse payée, aux imprimés de toute nature, aux papiers d'affaires et aux échantillons de marchandises, originaires de l'un des pays de l'Union et à destination d'un autre de ces pays. Elles s'appliquent également, quant au parcours dans le ressort de l'Union, à l'échange postal des objets ci-dessus entre les pays de l'Union et les pays étrangers à l'Union,

*) Entnommen aus der dem Reichstage vorgelegten Denkschrift zu dem Lissaboner Vertrage. Drucksachen des Reichstages, 6 Legislaturperiode II. Session 1885|6. Nr. 150.

Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

toutes les fois que cet échange emprunte les services de deux des parties contractantes, au moins.

Tous les pays contractants ne sont pas tenus d'émettre des cartes avec réponse payée, mais ils assument l'obligation de renvoyer les cartes-réponse reçues des autres pays de l'Union.

Article 4.

(alinéa 8.)

2°. Que, partout où les frais de transit maritime sont fixés actuellement à 5 francs par kilogramme de lettres ou de cartes postales, et à 50 centimes par kilogramme d'autres objets, ces prix sont maintenus.

(alinéas 13 et 14.)

Le décompte général de ces frais a lieu sur la base de relevés établis tous les trois ans, pendant une période de 28 jours à déterminer dans le Règlement d'exécution prévu par l'article 14 ci-après.

Sont exempts de tous frais de transit territorial ou maritime, la correspondance des Administrations postales entre elles, les cartes postales-réponse renvoyées au pays d'origine, les objets réexpédiés ou mal dirigés, les rebuts, les avis de réception, les mandats de poste ou avis d'émission de mandats, et tous autres documents relatifs au service postal.

Article 5.

(alinéa 3.)

2°. Pour les cartes postales, à 10 centimes pour la carte simple ou pour chacune des deux parties de la carte avec réponse payée.

(alinéa 7.)

1°. Pour tout envoi soumis à des frais de transit maritime de 15 francs par kilogramme de lettres ou cartes postales et de 1 franc par kilogramme d'autres objets, une surtaxe qui ne peut dépasser 25 centimes par port simple pour les lettres, 5 centimes par carte postale et 5 centimes par 50 grammes ou fraction de 50 grammes pour les autres objets.

(alinéa 14.)

4°. Enfin, aux paquets de papiers d'affaires et d'imprimés de toute nature dont le poid dépasse 2 kilogrammes ou qui présentent sur l'un des côtés une dimension supérieure à 45 centimètres.

Article 5bis.

L'expéditeur d'un objet de correspondance peut le faire retirer du service ou en faire modifier l'adresse, tant que cet objet n'a pas été livré au destinataire.

La demande à formuler à cet effet est transmise par voie postale ou par voie télégraphique aux frais de l'expéditeur, qui doit payer, savoir:

1° Pour toute demande par voie postale, la taxe applicable à une lettre simple recommandée;

2° Pour toute demande par voie télégraphique, la taxe du télégramme d'après le tarif ordinaire. Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Les dispositions du présent article ne sont pas obligatoires pour les pays dont la législation ne permet pas à l'expéditeur de disposer d'un envoi en cours de transport.

Article 6.

(les cinq derniers alinéas.)

Die fünf letzten Absätze des Artikels 6 sind gestrichen.

Die Bestimmungen derselben sind mit bisherigen Ausführungsbestimmungen, nach Maassgabe der im Werthbrief-Uebereinkommen getroffenen gleichartigen Bestimmungen, zu dem folgenden neuen Artikel verschmolzen worden.

Article 6bis.

En cas de perte d'un envoi recommandé et sauf le cas de force majeure, l'expéditeur ou, sur sa demande, le destinataire a droit à une indemnité de 50 francs.

L'obligation de payer l'indemnité incombe à l'administration dont relève le bureau expéditeur. Est réservé à cette Administration le recours contre l'Administration responsable, c'est-à-dire contre l'Administration sur le territoire ou dans le service de laquelle la perte a eu lieu.

Jusqu'à preuve du contraire, la responsabilité incombe à l'Administration qui, ayant reçu l'objet sans faire d'observation, ne peut établir ni la délivrance au destinataire ni, s'il y a lieu, la transmission régulière à l'Administration suivante.

Le payement de l'indemnité par l'Office expéditeur doit avoir lieu le plus tôt possible et, au plus tard, dans le délai d'un an à partir du jour de la réclamation. L'Office responsable est tenu de rembourser sans retard, à l'Office expéditeur, le montant de l'indemnité payée par celui-ci.

Il est entendu que la réclamation n'est admise que dans le délai d'un an, à partir du dépôt à la poste de l'envoi recommandé; passé ce terme, le réclamant n'a droit à aucune indemnité.

Si la perte a eu lieu en cours de transport entre les bureaux d'échange de deux pays limitrophes, sans qu'il soit possible d'établir sur lequel des deux territoires le fait s'est accompli, les deux Administrations en cause supportent le dommage par moitié.

Les Administrations cessent d'être responsables des envois recommandés dont les ayants droit ont donné reçu et pris livraison.

Par mesure de transition, il est permis aux Administrations des pays hors d'Europe, dont la législation est actuellement contraire au principe de la responsabilité, d'ajourner l'application de la clause qui précède jusqu'au jour où elles auront pu obtenir, du pouvoir législatif, l'autorisation d'y souscrire. Jusqu'à ce moment, les autres Administrations de l'Union ne sont pas astreintes à payer une indemnité pour la perte, dans leurs services respectifs, d'envois recommandés à destination ou provenant desdits pays.

Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Article 9bis.

Les objets de correspondance de toute nature sont, à la demande des expéditeurs, remis à domicile par un porteur spécial immédiatement après l'arrivée, dans les pays de l'Union qui consentent à se charger de ce service dans leurs relations réciproques.

Ces envois, qui sont qualifiés „exprès", sont soumis à une taxe spéciale de remise à domicile; cette taxe est fixée à 30 centimes et doit être acquittée complètement et à l'avance, par l'expéditeur, en sus du port ordinaire. Elle est acquise à l'Administration du pays d'origine.

Lorsque l'objet est destiné à une localité où il n'existe pas de bureau de poste, l'Administration des postes destinataire peut percevoir une taxe complémentaire, jusqu'à concurrence du prix fixé pour la remise par exprès dans son service interne, déduction faite de la taxe fixe payée par l'expéditeur, ou de son équivalent dans la monnaie du pays qui perçoit de complément.

Les objets exprès non complètement affranchis pour le montant total des taxes payables à l'avance, sont distribués par les moyens ordinaires.

Article 10.

Il n'est perçu aucun supplément de taxe pour la réexpédition d'envois postaux dans l'intérieur de l'Union.

Les correspondances tombées en rebut ne donnent pas lieu à restitution des droits de transit revenant aux Administrations intermédiaires, pour le transport antérieur desdites correspondances.

Article 11.

Il est interdit au public d'expédier par la voie de la poste:

1°. Des lettres ou paquets contenant des pièces de monnaie;

2°. Des envois quelconques contenant des objets passibles de droits de douane;

3°. Des matières d'or ou d'argent, des pierreries, des bijoux ou autres objets précieux, mais soulement dans le cas où leur insertion ou expédition serait défendue d'après la législation des pays intéressés.

Article 13.

Le service des lettres avec valeurs déclarées, et ceux des mandats de poste, des colis postaux, des valeurs à recouvrer, des livrets d'identité, etc., font l'objet d'arrangements particuliers entre les divers pays ou groupes de pays de l'Union.

Article 14.

(dernier alinéa.)

Il est toutefois permis aux Administrations intéressées de s'entendre mutuellement pour l'adoption de taxes réduites dans un rayon de 30 kilomètres.

Article 15.

La présente Convention ne porte point altération à la législation de chaque pays dans tout ce qui n'est pas prévu par les stipulations contenues dans cette Convention.

Article 17.

Nr. 8820. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs membres de l'Union, relativement à l'interprétation de la présente Convention ou à la responsabilité d'une Administration en cas de perte d'un envoi recommandé, la question en litige est réglée par jugement arbitral. A cet effet, chacune des Administrations en cause choisit un autre membre de l'Union, qui n'est pas directement intéressé dans l'affaire.

La décision des arbitres est donnée à la majorité absolue des voix.

En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, une autre Administration également désintéressée dans le litige.

Les dispositions du présent article s'appliquent également à tous les Arrangements conclus en vertu de l'article 13 de la Convention du 1er juin 1878, modifié par l'article 1er, chiffre IX, du présent Acte additionnel.

Article 20.

(2me et 3me alinéa.)

1° L'unanimité des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions du présent article et des articles 2, 3, 4, 5, 5bis, 6, 6bis, 9 et 9bis précédents;

2° Les deux tiers des suffrages, s'il s'agit de la modification des dispositions de la Convention autres que celles des articles 2, 3, 4, 5, 5bis, 6 6bis, 9bis et 20.

Nr. 8821. FRANKREICH, GRIECHENLAND, ITALIEN und SCHWEIZ — Münzvertrag vom 6. November 1885.

Nr. 8821. Vertrags-Staaten. 6. Nov. 1885.

Le président de la République française, Sa Majesté le Roi des Hellènes, Sa Majesté le Roi d'Italie et le Conseil fédéral de la Confédération Suisse,

Désirant maintenir l'Union monétaire établie entre les quatre Etats et reconnaissant la nécessité de modifier et de compléter sur certains points la Convention du 5 novembre 1878, ont résolu de conclure à cet effet une nouvelle Convention, et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

. . . . . .

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier. La France, la Grèce, l'Italie et la Suisse demeurent constituées à l'état d'Union pour ce qui regarde le titre, le poids, le diamètre et le cours de leurs espèces monnayées d'or et d'argent.

Art. 2. Les types des monnaies d'or frappées à l'empreinte des Hautes parties contractantes sont ceux des pièces de 100 francs, de 50 francs, de 20 francs, de 10 francs et de 5 francs, déterminés, quant au titre, au poids, à la tolérance et au diamètre, ainsi qu'il suit:

Nr. 83-1. Vertrags-Staaten. 6. Nov. 1885.

Nature des Pièces.		Titre		Poids		Diamètre
		Titre droit	Tolérance du titre, tant en dehors qu'en dedans.	Poids droit.	Tolérance du poids, tant en dehors qu'en dedans.	
	francs.	millièmes.	millièmes.	grammes.	millièmes.	millimètres.
Or.....	100	900	1	32.258 06	1	35
	50			16.129 03		28
	20			6.451 61	2	21
	10			3.225 80		19
	5			1.612 90	3	17

Les gouvernements contractants admettront sans distinction dans leurs caisses publiques les pièces d'or fabriquées, sous les conditions qui précèdent, dans l'un ou l'autre des quatre Etats, sous réserve, toutefois, d'exclure les pièces dont le poids aurait été réduit par le frai de $^1/_2{}^0/_0$ au-dessous des tolérances indiquées plus haut, ou dont les empreintes auraient disparu.

Art. 3. Le type des pièces d'argent de 5 francs, frappées à l'empreinte des Hautes parties contractantes, est déterminé, quant au titre, au poids, à la tolérance et au diamètre, ainsi qu'il suit:

Titre		Poids		Diamètre
Titre droit.	Tolérance de titre, tant en dehors qu'en dedans.	Poids droit.	Tolérance du poids, tant en dehors qu'en dedans.	
millièmes.	millièmes.	grammes.	millièmes.	millimètres.
900	2	25	3	37

Les gouvernements contractants recevront réciproquement dans leurs caisses publiques lesdites pièces d'argent de 5 francs.

Chacun des Etats contractants s'engage à reprendre des caisses publiques des autres Etats les pièces d'argent de 5 francs dont le poids aurait été réduit par le frai de $1{}^0/_0$ au-dessous de la tolérance légale, pourvu qu'elles n'aient pas été frauduleusement altérées ou que les empreintes n'aient pas disparu.

En France, les pièces d'argent de 5 francs seront reçues dans les caisses de la Banque de France, pour le compte du Trésor, ainsi qu'il résulte des lettres échangées entre le gouvernement français et la Banque de France à la date des 31 octobre et 2 novembre 1885 et annexées à la présente Convention.

Cet engagement est pris pour la durée de la Convention telle qu'elle a été fixée par le paragraphe 1er de l'article 13, et sans que la Banque soit liée au-delà de ce terme par l'application de la clause de tacite reconduction prévue au paragraphe 2 du même article.

Dans le cas où les dispositions concernant le cours légal des pièces d'argent de 5 francs frappées par les autres Etats de l'Union seraient supprimées, soit par la Grèce, soit par l'Italie, soit par la Suisse, pendant la durée de l'engagement pris par la Banque de France, la puissance ou les puissances qui auront rapporté ces dispositions prennent l'engagement que leurs banques d'émission recevront les pièces d'argent de 5 francs des autres États de l'Union dans des conditions identiques à celles où elles reçoivent les pièces d'argent de 5 francs frappées à l'effigie nationale.

Deux mois avant l'échéance du terme assigné pour la dénonciation de la Convention, le Gouvernement français devra faire connaître aux Etats de l'Union si la Banque de France est dans l'intention de continuer ou de cesser d'exécuter l'engagement ci-dessus relaté. A défaut de cette communication, l'engagement de la Banque de France sera soumis à la clause de tacite reconduction.

Art. 4. Les Hautes parties contractantes s'engagent à ne fabriquer des pièces d'argent de 2 francs, de 1 franc, de 50 centimes et de 20 centimes que dans les conditions de titre, de poids, de tolérance et de diamètre déterminées ci-après:

Pièces	Titre		Poids		Diamètre
	Titre droit.	Tolérance du titre, tant en dehors qu'en dedans	Poids droit.	Tolérance du poids, tant en dehors qu'en dedans	
fr. c.	millièmes.	millièmes.	grammes.	milliémes.	millimètres.
2 „	835	3	10 „	5	27
1 „			5 „		23
0 50			2 50	7	18
0 20			1 „	10	16

Nr. 8821. Vertrags-Staaten. 6. Nov. 1885.

Ces pièces devront être refondues par les gouvernements qui les auront émises, lorsqu'elles seront réduites par le frai de 5% au-dessous des tolérances indiquées plus haut, ou lorsque leurs empreintes auront disparu.

Art. 5. Les pièces d'argent fabriquées dans les conditions de l'article 4 auront cours légal entre les particuliers de l'Etat qui les a émises jusqu'à concurrence de 50 francs pour chaque payement. L'Etat qui les a mises en circulation les recevra de ses nationaux sans limitation de quantité.

Art. 6. Les caisses publiques de chacun des quatre Etats accepteront les monnaies d'argent fabriquées par un ou plusieurs des autres Etats contractants conformément à l'article 4, jusqu'à concurrence de 100 francs pour chaque payement fait auxdites caisses.

Art. 7. Chacun des gouvernements contractants s'engage à reprendre des particuliers ou des caisses publiques des autres États les monnaies d'appoint en argent qu'il a émises et à les échanger contre une égale valeur de monnaie courante en pièces d'or ou d'argent fabriquées dans les conditions des articles 2 et 3, à condition que la somme présentée à l'échange ne sera pas inférieure à 100 francs. Cette obligation sera prolongée pendant une année à partir de l'expiration de la présente Convention.

Art. 8. Le monnayage des pièces d'or fabriquées dans les conditions de l'article 2, à l'exception de celui des pièces de 5 francs d'or qui demeure provisoirement suspendu, est libre pour chacun des Etats contractants.

Le monnayage des pièces de 5 francs d'argent est provisoirement suspendu. Il ne pourra être repris que lorsqu'un accord unanime sera établi, a cet égard, entre tous les Etats contractants.

Toutefois, si l'un des Etats voulait reprendre la frappe libre des pièces de 5 francs d'argent, il en aurait la faculté, à la condition d'échanger ou de rembourser, pendant toute la durée de la présente Convention, en or et à vue, aux autres pays contractants, sur leur demande, les pièces de 5 francs d'argent frappées à son effigie et circulant sur leur territoire. En outre, les autres Etats seraient libres de ne plus recevoir les écus de l'Etat qui reprendrait la frappe desdites pièces.

L'Etat qui voudra reprendre ce monnayage devra, au préalable, provoquer la réunion d'une conférence avec ses coassociés, pour régler les conditions de cette reprise, sans cependant que la faculté mentionnée au paragraphe précédent soit subordonnée à l'établissement d'un accord et sans que les conditions d'échange et de remboursement stipulées au même paragraphe puissent être modifiées.

A défaut d'entente et tout en conservant le bénéfice des stipulations qui précèdent vis-à-vis de l'Etat qui reprendrait la frappe libre des pièces de 5 francs d'argent, la Suisse se réserve la faculté de sortir de l'Union avant l'expiration de la présente Convention. Cette faculté est toutefois subordonnée à la double condition: 1° que, pendant quatre ans à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, l'article 14 et l'arrangement annexe ne

seront pas applicables vis-à-vis des Etats qui n'auraient pas repris la frappe libre des pièces de 5 francs d'argent; et 2° que les monnaies d'argent desdits Etats continueront, pendant la même période, à circuler en Suisse conformément aux stipulations de la présente Convention. De son côté, la Suisse s'engage à ne pas reprendre, pendant la même période de quatre ans, la frappe libre des pièces de 5 francs d'argent.

Le gouvernement fédéral suisse est autorisé à faire procéder à la refonte des anciennes émissions de pièces suisses de 5 francs d'argent, jusqu'à concurrence de 10 millions de francs, mais à charge par lui d'opérer à ses frais le retrait des anciennes pièces.

Art. 9. Les hautes parties contractantes ne pourront émettre des pièces d'argent de 2 francs, de 1 franc, de 50 centimes et de 20 centimes, frappées dans les conditions indiquées par l'article 4, que pour une valeur correspondant à 6 francs par habitant.

Ce chiffre, en tenant compte des derniers recensements effectués dans chaque Etat et de l'accroissement normal de la population, est fixé:

Pour la France, l'Algérie et les colonies, à .	256.000.000
Pour la Grèce, à	15.000.000
Pour l'Italie, à	182.400.000
Pour la Suisse, à	19.000.000

Seront imputées sur les sommes ci-dessus les quantités déjà émises jusqu'à ce jour par les Etats contractants.

Le gouvernement italien est exceptionnellement autorisé à faire fabriquer une somme de 20 millions en pièces divisionnaires d'argent, cette somme étant destinée à assurer le remplacement des anciennes monnaies par des pièces frappées dans les conditions de l'article 4 de la présente Convention.

Le gouvernement fédéral suisse est autorisé, à titre exceptionnel, eu égard aux besoins de la population, à faire fabriquer une somme de six millions en pièces divisionnaires d'argent.

Le gouvernement français est également autorisé, à titre exceptionnel, à procéder, jusqu'à concurrence de 8 millions de francs, à la refonte, en pièces divisionnaires d'argent, des monnaies pontificales précédemment retirées de la circulation.

Art. 10. Le millésime de fabrication sera inscrit, en conformité rigoureuse avec la date du monnayage, sur les pièces d'or et d'argent frappées dans les quatre Etats.

Art. 11. Le gouvernement de la République française accepte la mission de centraliser tous les documents administratifs et statistiques relatifs aux émissions de monnaies, à la production et à la consommation des métaux précieux, à la circulation monétaire, à la contrefaçon et à l'altération des monnaies. Il les communiquera aux autres gouvernements, et les pays contractants aviseront de concert, s'il y a lieu, aux mesures propres à donner

Nr. 8821. Vertrags-Staaten. 6. Nov. 1885.

à ces renseignements toute l'exactitude désirable, comme à prévenir les contrefaçons et altérations de monnaies et à en assurer la répression.

Art. 12. Toute demande d'accession à la présente Convention faite par un Etat qui en accepterait les obligations et qui adopterait le système monétaire de l'Union ne peut être accueillie que du consentement unanime des hautes parties contractantes.

Celles-ci s'engagent à retirer ou à refuser le cours légal aux pièces d'argent de 5 francs des Etats ne faisant pas partie de l'Union. Ces pièces ne pourront être acceptées ni dans les caisses publiques, ni dans les banques d'émission.

Art. 13. La présente Convention, exécutoire à partir du 1er janvier 1886, restera en vigueur jusqu'au 1er janvier 1891.

Si, un an avant ce terme, elle n'a pas été dénoncée, elle sera prorogée de plein droit, d'année en année, par voie de tacite reconduction, et continuera d'être obligatoire pendant une année a partir du 1er janvier qui suivra la dénonciation.

Art. 14. En cas de dénonciation de la présente Convention, chacun des Etats contractants sera tenu de reprendre les pièces de 5 francs en argent qu'il aurait émises et qui se trouveraient dans la circulation ou dans les caisses publiques des autres Etats, à charge de payer à ces Etats une somme égale à la valeur nominale des espèces reprises, le tout dans des conditions déterminées par un arrangement spécial qui demeurera annexé à la présente Convention.

Art. 15. La présente Convention sera ratifiée, les ratifications en seront échangées à Paris le plus tôt que faire se pourra et, au plus tard, le 30 décembre 1885.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait en quadruple expédition, à Paris le 6 novembre 1885.

C. de Freycinet.
Sadi Carnot.
E. Duclerc.
J. Magnin.
A.-B. Criésis.
A. Vlasto.
Luigi Luzatti.
Ranieri Simonelli.
V. Ellena.
Lardy.
C. Cramer-Frey.

Arrangement relatif à l'exécution de l'article 14 de la Convention du 6 novembre 1885.

Les gouvernement de France, de Grèce, d'Italie et de Suisse, voulant régler par un arrangement spécial l'exécution de la clause de liquidation insérée à l'article 14 de la convention monétaire conclue entre eux à la date

de ce jour, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier. Pendant l'année qui suivra l'expiration de la convention, il sera procédé à l'échange respectif et au rapatriement des pièces de 5 francs d'argent pouvant exister en quantités équivalentes dans les divers Etats.

Art. 2. Les livraisons de numéraire ou de valeurs nécessitées par l'exécution du présent arrangement seront opérées:

En France, à Paris, Lyon ou Marseille;

En Grèce, à Athènes;

En Italie, à Rome, Gênes, Milan ou Turin;

En Suisse, à Berne, Bâle, Genève ou Zurich.

Art. 3. Chacun des Etats contractants retirera de la circulation les pièces d'argent de 5 francs portant l'empreinte des autres Etats de l'Union. Ce retrait devra être achevé le 1er octobre de l'année qui suivra l'expiration de la présente convention.

A partir de cette date, toutes les monnaies d'argent susmentionnées pourront être refusées par les caisses publiques ailleurs que dans leur pays d'origine. L'Etat qui continuerait à les admettre ne pourrait les recevoir que pour son propre compte, et non pour celui de l'Etat qui les aurait émises.

Le 15 janvier de l'année suivante, après la compensation opérée, le compte des pièces retirées de la circulation sera arrêté par nationalité dans chacun des Etats et réciproquement notifié. Le solde, s'il en existe un à cette date, sera tenu par l'Etat détenteur à la disposition de l'Etat qui aura frappé les pièces. Celui-ci retirera ces pièces, en les remboursant à leur valeur nominale.

Art. 4. Le remboursement stipulé dans l'article précédent se fera en or ou en pièces d'argent de 5 francs, frappées à l'empreinte de l'Etat créancier, ou en traites payables, dans cet Etat, soit avec les mêmes monnaies, soit avec des billets de banque y ayant cours légal.

Ce remboursement pourra être fractionné en payements échelonnés de trois mois en trois mois, de telle sorte que le compte soit soldé dans un délai maximum de cinq ans à partir du jour de l'expiration de la convention. Ces échéances pourront toujours être anticipées en totalité ou en partie.

Il sera bonifié, sur le montant des sommes à rembourser, $1^0/_0$ par an pendant les deuxième, troisième et quatrième années et $1^1/_2{}^0/_0$ pendant la cinquième année. Ces intérêts seront calculés à partir du 15 janvier, jour de l'arrêté fixant le solde à rétirer, et, en cas d'anticipation des échéances, ils subiront une diminution proportionnelle.

Art. 5. Tous les frais de transport, tant du solde des monnaies d'argent à rapatrier que des valeurs ou espèces destinées à en acquitter le prix, seront supportés par chaque Etat jusqu'à sa frontière.

Art. 6. En dérogation partielle aux dispositions qui précèdent et en vue de tenir compte de la situation exceptionnelle de la Suisse, il est convenu:

Nr. 8821. Vertrags-Staaten. 6. Nov. 1885.

1° Que les pièces de 5 francs émises par la France et retirées de la circulation en Suisse seront remises par le gouvernement fédéral au gouvernement français, qui en effectuera le remboursement à la Suisse dans les conditions déterminées ci-après:

Le gouvernement français remboursera successivement à vue, en pièces suisses de 5 francs en argent ou en pièces d'or de 10 francs et au-dessus, frappées dans les conditions de la Convention, et cela dès le commencement de l'année qui suivra l'expiration de ladite Convention, tous les envois de pièces de 5 francs en argent émises par la France et retirées de la circulation en Suisse, sous la réserve que le montant de chacun de ces envois ne sera pas inférieur à un million, ni supérieur à dix millions de francs. Le solde final pourra seul être inférieur à un million de francs.

Toutefois les remboursements à effectuer en or par le gouvernement français au gouvernement fédéral pour le retrait des pièces françaises de 5 francs en argent ne pourront excéder la somme de 60 millions de francs.

2° Que les pièces d'argent de 5 francs émises par l'Italie et retirées de la circulation en Suisse seront remises par le gouvernement fédéral au gouvernement italien, qui, dès le commencement de l'année qui suivra l'expiration de la Convention, les remboursera successivement à vue, en pièces suisses de 5 francs en argent et en pièces d'or de 10 francs et au-dessus frappées dans les conditions de ladite Convention, ou en traites à vue sur Berne, Bâle, Genève ou Zurich, payables dans les conditions prévues au paragraphe 1er de l'article 4 du présent arrangement. Le montant de chacun de ces envois de pièces italiennes de 5 francs en argent ne sera ni inférieur à 500,000 francs, sauf le règlement du solde final, ni supérieur à 2 millions de francs.

Les remboursements successifs à faire par le gouvernement italien au gouvernement fédéral devront, en règle générale, se composer, pour deux tiers au moins de pièces d'or et de pièces suisses de 5 francs en argent, et, pour le reste, de traites, dans les conditions déterminées au paragraphe précédent. S'il est fait exception à cette règle, la proportion sera rétablie à l'occasion du remboursement suivant.

Toutefois, le gouvernement italien ne pourra pas être tenu de rembourser en or ou en pièces suisses de 5 francs en argent au gouvernement fédéral une somme totale supérieure à 20 millions, et le total des remboursements à effectuer en numéraire et en traites par le gouvernement italien au gouvernement fédéral, pour l'ensemble de l'opération du retrait et de l'échange des pièces italiennes de 5 francs en argent circulant en Suisse, ne devra pas excéder la somme de 30 millions de francs.

Art. 7. Le présent arrangement sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Paris, en même temps que celles de la Convention monétaire conclue à la date de ce jour entre les quatre Etats.

En foi de quoi, les soussignés ont signé le présent arrangement et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait en quadruple expédition, à Paris, le 6 novembre 1885.

C. de Freycinet.
Sadi Carnot.
E. Duclerc.
J. Magnin.
C.-A. Criésis.
A. Vlasto.
Luigi Luzzatti.
Ranieri Simonelli.
V. Ellena.
Lardy.
C. Cramer-Frey.

Déclaration.

1° Le gouvernement hellénique, se réferant aux différentes stipulations de l'article 8 de la Convention monétaire en date de ce jour et désireux de donner, de son côté, à la durée de l'Union toutes les garanties en son pouvoir, prend l'engagement suivant:

Tant que le cours forcé sera maintenu en Grèce, le gouvernement hellénique ne reprendra pas le libre monnayage de l'argent. Après la suppression du cours forcé, il ne reprendra pas le libre monnayage sans un accord préalable avec la France et l'Italie.

2° Le gouvernement fédéral suisse déclare que l'obligation, stipulée au second paragraphe de l'article 12 de la Convention monétaire conclue à la date de ce jour, ne pourra être mise à exécution en Suisse que dans les limites de la législation fédérale sur les banques d'émission.

Il est donné acte de cette réserve au gouvernement fédéral suisse.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente déclaration, qui sera considérée comme approuvée et sanctionnée par les gouvernements respectifs, sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications sur la Convention monétaire à laquelle elle se rapporte

Fait en quadruple expédition, à Paris, le 6 novembre 1885.

C. de Freycinet.
Sadi Carnot.
E. Duclerc.
J. Magnin.
C.-A. Criésis.
A. Vlasto.
Luigi Luzzatti.
Ranieri Simonelli.
V. Ellena.
Lardy.
C. Cramer-Frey.

Annexe A à la Convention monétaire du 6 Novembre 1885.

Paris, le 31 octobre 1885.

Monsieur le Gouverneur, — Les négociations qui se poursuivent en ce moment en vue du renouvellement de l'Union latine m'imposent le devoir de réclamer, comme par le passé, le concours de la Banque de France pour assurer la circulation en France des monnaies de l'Union, et j'ai l'honneur de

Nr. 8821. Vertrags-Staaten. 6. Nov. 1885.

vous indiquer quelle serait, dans les vues de gouvernement, la situation que la Banque devrait faire à ces monnaies.

La Banque s'engagerait à recevoir, conjointement avec les caisses publiques, les pièces de 5 francs de l'Union latine, dans les conditions identiques à celles où elle reçoit les pièces d'argent françaises. Cet engagement serait pris pour la durée de la Convention qui se négocie en ce moment, durée déterminée par le premier paragraphe de l'article 13 du projet de Convention. A l'expiration de la Convention, la liquidation des pièces de 5 francs étrangères qui se trouveraient dans ses caisses s'effectuerait pour le compte de l'Etat.

Je vous prie de vouloir bien soumettre cette proposition au Conseil général de la Banque et me faire connaître la suite qu'elle vous paraît comporter.

Agréez, Monsieur le gouverneur, l'assurance de ma haute considération.

Le Ministre des Finances,
Sadi Carnot.

Annexe B à la convention monétaire du 6 Novembre 1885

Paris, le 2 novembre 1885.

Monsieur le Ministre, — J'ai reçu la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser à la date du 31 octobre dernier, et par laquelle vous m'informez que les négociations qui se poursuivent en ce moment, en vue du renouvellement de l'Union latine, vous imposent le devoir de réclamer, comme par le passé, le concours de la Banque de France pour assurer la circulation en France de monnaies de l'Union; vous m'indiquez quelle serait, dans les vues du gouvernement, la situation que la Banque devrait faire à ces monnaies, et vous dites:

„La Banque s'engagerait à recevoir, conjointement avec les caisses publiques, les pièces de 5 francs de l'Union latine, dans les conditions identiques à celles où elle reçoit les pièces d'argent françaises. Cet engagement serait pris pour la durée de la Convention qui se négocie en ce moment, durée déterminée par le premier paragraphe de l'article 13 du projet de Convention. A l'expiration de la Convention, la liquidation des pièces de 5 francs étrangères qui se trouveraient dans ses caisses s'effectuerait pour le compte de l'Etat."

J'ai l'honneur de vous informer que je me suis empressé, selon votre désir, de soumettre vos propositions au Conseil général de la Banque, qui les a acceptées sans aucune modification et m'a autorisé à porter cette décision à votre connaissance.

Veuillez agréer, Monsieur le ministre, l'assurance de ma haute considération.

Le Vice-Président du Sénat,
Gouverneur de la Banque de France.
J. Magnin.

Nr. 8822. BELGIEN, FRANKREICH, GRIECHENLAND, ITALIEN, SCHWEIZ. — Acte additionnel à la convention monétaire, signée le 6 novembre 1885, entre la France, la Grèce, l'Italie et la Suisse.

Nr. 8822. Vertrags-Staaten. 12. Dec. 1885.

Les gouvernements signataires de la convention monétaire conclue à Paris, le 6 novembre 1885, ayant entendu laisser à la Belgique la faculté d'entrer de nouveau comme partie contractante dans l'union reconstituée par cette convention, et le gouvernement belge désirant profiter de cette faculté, || Les soussignés, dûment autorisés à cet effet, sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier. Le gouvernement belge adhère à la convention monétaire signée à Paris, le 6 novembre 1885, entre la France, la Grèce, l'Italie et la Suisse, ainsi qu'à la déclaration et à l'arrangement qui y sont annexés. || De leur côté, les gouvernements de la France, de la Grèce, de l'Italie et de la Suisse prennent acte de l'adhésion du gouvernement belge et y donnent leur assentiment.

Art. 2. La Banque nationale de Belgique recevra les pièces d'argent de 5 francs des pays de l'union dans des conditions identiques à celles où elle reçoit les pièces belges de 5 francs d'argent, pendant la durée de la convention, telle qu'elle est déterminée, pour la Banque de France, par l'article 3 de la convention.

Art. 3. Le contingent des pièces d'argent de 2 fr., de 1 fr., de 50 centimes et de 20 centimes qui peuvent être frappées et émises par la Belgique dans les conditions des articles 4 et 9 de la convention est fixé à 35,800,000 fr. Seront imputées sur cette somme les quantités déjà émises jusqu'à ce jour par le gouvernement belge. Exceptionnellement, la Belgique est autorisée à fabriquer des monnaies de ces catégories jusqu'à concurrence de 5 millions de francs, au moyen de pièces de 5 fr. d'argent qu'elle refondrait.

Art. 4. Par dérogation partielle aux stipulations des articles 3 et 4 de l'arrangement annexé à la convention du 6 novembre, sont arrêtées les dispositions transactionnelles suivantes: || Si, à la date du 15 janvier indiquée au paragraphe 3 de l'article 3 dudit arrangement, le gouvernement français se trouve, après la compensation opérée, détenteur d'un solde de pièces belges de 5 fr. d'argent, ce solde sera divisé en deux parties égales. || Le gouvernement belge sera tenu au remboursement de la moitié de ce solde, conformément à l'article 4 de l'arrangement. || Il s'engage à n'apporter à son régime monétaire aucun changement qui pourrait entraver le rapatriement de l'autre moitié par la voie du commerce et des échanges. Cet engagement aura une durée de cinq ans à partir de l'expiration de l'union. La Belgique pourra y mettre fin en acceptant l'obligation de rembourser cette seconde moitié dans les conditions prévues par l'article 4 de l'arrangement. Dans tous les cas, le gouvernement belge se réserve la faculté d'apporter à sa législation mo-

Nr. 8822. Vertrags-Staaten. 12. Dec. 1885.

nétaire les changements qui seraient introduits dans la législation monétaire française. || Le gouvernement belge garantit que le solde ne dépassera pas 200 millions de francs. S'il y avait un excédent, il serait remboursé dans les conditions prévues par l'article 4 de l'arrangement. || Dans le cas où le gouvernement belge se trouverait, au contraire, lors de la dissolution de l'union, détenteur d'un solde de pièces françaises de 5 fr. en argent, le gouvernement français se réserve la faculté de réclamer de la Belgique l'application des dispositions stipulées au présent article.

Art. 5. Les gouvernements français et italien se réservent la faculté de réclamer l'application des dispositions stipulées à l'article précédent pour le règlement de leurs comptes réciproques, au moment de la dissolution de l'union, le maximum du solde étant fixé entre eux au même chiffre de 200 millions de francs.

Art. 6. La Belgique s'engage à rembourser à la Suisse successivement, à vue, en pièces suisses de 5 francs en argent ou en pièces d'or de 10 francs et au-dessus, frappées dans les conditions de la convention, et cela dès le commencement de l'année qui suivra l'expiration de ladite convention, tous les envois de pièces de 5 francs en argent émises par la Belgique et retirées de la circulation en Suisse. Le montant de chacun de ces envois ne sera pas inférieur à 1 million, ni supérieur à 2 millions de francs, le solde final pourra seul être inférieur à 1 million de francs. Toutefois, les remboursements à effectuer en or ou en pièces suisses de 5 francs en argent par le gouvernement belge au gouvernement fédéral suisse, pour le retrait des pièces belges de 5 francs en argent, ne pourront excéder la somme de 6 millions de francs. || Si le solde à liquider excédait la somme de 6 millions de francs, la Belgique s'engage à n'apporter à son régime monétaire aucun changement de nature à entraver le rapatriement dudit excédent par la voie du commerce ou des échanges, et cela pendant une période de cinq ans à partir de l'expiration de l'union, ou pendant telle période qui sera convenue entre la France et la Belgique dans le même but.

Art. 7. En cas de dissolution de l'union, les livraisons de numéraire ou de valeurs à opérer, pour l'exécution de l'arrangement annexé à la convention du 6 novembre, s'effectueront en France, à Paris, Lille, Lyon ou Marseille; en Belgique, à Bruxelles ou à Anvers.

Art. 8. Le présent acte additionnel à la convention monétaire du 6 novembre 1885 sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Paris, en même temps que celles de ladite convention.

En foi de quoi, les soussignés ont dressé le présent acte et l'ont revêtu de leurs cachets.

Fait à Paris, en cinq exemplaires, le 12 décembre 1885.

C. de Freycinet. Menabrea.
Beyens. Lardy.
A. Cricsis.

Nr. 8822. Vertrags-Staaten. 12.Dec.1885.

Au moment de procéder, entre la Belgique, la France, la Grèce, l'Italie et la Suisse, à la signature de l'acte additionnel de la convention monétaire conclue, le 6 novembre 1885, le plénipotentiaire soussigné de S. M. le roi des Hellènes déclare que son gouvernement se réserve de demander, en faveur de la Grèce, lorsque le cours forcé sera aboli dans ce pays, l'application proportionnelle des dispositions stipulées entre la France et la Belgique, dans l'acte additionnel, pour le règlement de leurs comptes réciproques, lors de la dissolution de l'union.

Il est donné acte de cette réserve par les plénipotentiaires soussignés de Belgique, de France, d'Italie et de Suisse.

Fait en cinq expéditions, à Paris, le 12 décembre 1885.

C. de Freycinet. Menabrea.

Beyens. Lardy.

C.-A. Criésis.

Deutsche Kolonialpolitik.

Nr. 8823. DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern*). Vom 6. April 1885**).

Nr. 8823. Deutschland. 6. April 1885.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und Unterhaltung von regelmässigen Postdampfschiffsverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien andererseits, auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Submission einzeln oder zusammen zu übertragen und in den hierüber abzuschliessenden Verträgen Beihülfen bis zum Höchstbetrage von jährlich 4 Millionen Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen.

§ 2. Der Reichskanzler wird ferner ermächtigt, zum Anschluss an die Hauptlinien (§ 1) die Einrichtung und Unterhaltung einer Zweiglinie von Triest über Brindisi nach Alexandrien auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren Submission zu übertragen und in den hierüber abzuschliessenden Verträgen eine Beihülfe bis zum Höchstbetrage von jährlich vierhunderttausend Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen.

§ 3. Die im § 1 bezeichneten Verträge müssen die in der Anlage zusammengestellten Hauptbedingungen enthalten und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesrathes. || Die Verträge sowie die auf Grund derselben geleisteten Zahlungen sind dem Reichstage bei Vorlage des nächsten Reichshaushalts-Etats mitzutheilen.

§ 4. Die nach §§ 1 und 2 zahlbaren Beträge sind in den Reichshaushalts-Etat einzustellen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 6. April 1885.

Wilhelm.
von Bismarck.

---

*) Vgl. Staatsarchiv XXXIX Nr. 7627—7630.

**) Reichsgesetzblatt Seite 85.

Anlage.

1) Die Fahrten müssen auf den Hauptlinien in Zeitabschnitten von längstens vier Wochen stattfinden. Nr. 8823. Deutschland. 6. April 1885.

2) Die in die Fahrt einzustellenden Dampfer dürfen in ihrer Konstruktion und Einrichtung, namentlich in Bezug auf Personenbeförderung und Sicherheit, den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationen nicht nachstehen.

3) Die Fahrtgeschwindigkeit ist auf mindestens $11^1/_2$ Knoten im Durchschnitt festzusetzen. — Die Zeitdauer der Reise ist nach diesem Verhältniss mit entsprechendem Zuschlag für den Aufenthalt in den anzulaufenden Häfen in Stunden mit einem Abschlag von einem Knoten pro Stunde für die Fahrt gegen den Monsun zu berechnen.

4) Die Unternehmer der Hauptlinien (§. 1) sind verpflichtet, bei der Hin- und Rückfahrt einen belgischen oder holländischen Hafen anzulaufen.

5) In diese Linien einzustellende neue Dampfer müssen auf deutschen Werften gebaut sein.

6) Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch von der Regierung zu ernennende Sachverständige als den vorstehenden Anforderungen genügend anerkannt werden.

7) Für ungerechtfertigte Verzögerungen bei der Fahrtausführung werden entsprechende Abzüge von der Subventionssumme gemacht.

8) Die Dampfer führen die deutsche Postflagge und befördern die Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung.

9) Die regelmässigen Fahrten müssen spätestens 12 Monate nach Abschluss der Verträge beginnen.

10) Zur Sicherstellung der Erfüllung der Vertragsverbindlichkeiten ist, soweit erforderlich, den Unternehmern die Bestellung einer Kaution aufzuerlegen.

11) Erwachsen den Unternehmern aus dem Betriebe dauernd grössere Gewinne, so kann die Regierung den Unternehmern grössere Leistungen, z. B. in Bezug auf schnellere oder vermehrte Fahrten u. s. w., auferlegen, oder die Subventionssumme entsprechend kürzen.

Nr. 8824. DEUTSCHLAND. — Vertrag über die Einrichtung und Unterhaltung deutscher Postdampfschiffsverbindungen mit Ostasien und Australien. Vom 3/4. Juli 1885*).

Zwischen dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck, handelnd im Namen des Reichs, einerseits und dem „Norddeutschen Lloyd“ in Bremen, vertreten durch den Vorsitzer des Verwaltungsraths, Konsul H. H. Meier, auf Grund der beigehefteten Bescheinigung, andererseits, ist heute nachstehender Vertrag abgeschlossen worden. Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

*) Drucksachen des Reichstages, 6. Legislaturperiode, II. Session, 1885/6, Nr. 9. Dem Reichstage vorgelegt am 18. November 1885.

Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

Art. 1. Der „Norddeutsche Lloyd“ zu Bremen verpflichtet sich, die nachbezeichneten Postdampfschiffslinien einzurichten und während fünfzehn hintereinander folgender Jahre zu unterhalten:

A. für den Verkehr mit Ostasien.

1. eine Linie von Bremerhaven nach China, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Port Said, Suez, Aden, Colombo, Singapore, Hongkong nach Shanghai;

2. eine Anschlusslinie von Hongkong über Yokohama, Hiogo, einen Hafen auf Korea, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Nagasaki zurück nach Hongkong;

B. für den Verkehr mit Australien.

1. eine Linie von Bremerhaven nach dem Festlande von Australien, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Port Said, Suez, Aden, Tschagos-Inseln, Adelaide, Melbourne bis Sydney;

2. eine Anschlusslinie von Sydney über die Tonga-Inseln nach Apia (Samoa-Inseln) und zurück nach Sydney;

C. eine Zweiglinie von Triest über Brindisi nach Alexandrien.

Die Weiterführung der Linie B 1 von Sydney bis Brisbane bleibt dem Norddeutschen Lloyd überlassen, welcher eintretendenfalls auch bezüglich dieser Strecke die im gegenwärtigen Vertrage wegen Beförderung der Post übernommenen Verpflichtungen ohne besondere Vergütung zu erfüllen hat.

Art. 2. Auf den im Artikel 1 unter A und B genannten Postdampferlinien sind jährlich je 13 Fahrten in jeder Richtung in Zeitabständen von je 4 Wochen, auf der Mittelmeerlinie (C) jährlich 26 Fahrten in jeder Richtung zum Anschluss an die Linien nach und von Ostasien und Australien auszuführen. || Der Unternehmer hat den Fahrplan aufzustellen und dem Reichskanzler zur Genehmigung (bezw. endgültigen Feststellung) zu unterbreiten. Die Einreichung des Fahrplan-Entwurfs muss mindestens drei Monate vor dem Einführungszeitpunkt, die Einholung der Genehmigung zu Fahrplanänderungen mindestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt, zu welchem sie eintreten sollen, bewirkt werden. || Der Reichskanzler ist berechtigt, zu jeder Zeit unter den im Artikel 25 (letzter Absatz) näher festgesetzten Bedingungen eine Aenderung des bestehenden Fahrplans sowie das Anlaufen noch anderer, als der im Artikel 1 benannten Häfen anzuordnen. Für diejenigen Fälle jedoch, in denen es sich um eine Aenderung in der Fahrgeschwindigkeit oder in der Anzahl der Fahrten handelt, finden die Bestimmungen des Artikels 31 Anwendung. Die angeordnete Aenderung ist dem Unternehmer mindestens drei Monate vor dem Zeitpunkt, zu welchem sie in Kraft treten soll, schriftlich mitzutheilen.

Art. 3. Die Dampfer haben die Post an den fahrplanmässig hierzu zu bestimmenden Häfen aufzunehmen und abzuliefern. || Die mit den Dampfern der Mittelmeerlinie zur Beförderung gelangende Post soll in der Regel zwischen

Alexandrien und Suez auf dem Eisenbahnwege überführt werden. || In Brindisi und Suez bei der Ausreise und in Alexandrien bei der Heimreise müssen die Dampfer der Mittelmeer-, bezw. der ostasiatischen und australischen Linie zu der fahrplanmässig festgesetzten Stunde bereit liegen, um sogleich nach Empfang der Post die Fahrt antreten zu können. Die Abfahrt darf nicht früher erfolgen, als bis die Post an Bord ist. Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

Art. 4. Die Fahrten sind || auf der ostasiatischen Hauptlinie (A 1) mit einer Geschwindigkeit von mindestens 12 Knoten, || auf der australischen Hauptlinie (B 1) und den beiden Anschlusslinien (A 2 und B 2) mit einer Geschwindigkeit von mindestens $11^1/_2$ Knoten, || auf der Mittelmeerlinie mit einer Geschwindigkeit von mindestens 12 Knoten auszuführen. || Die Post muss von Brindisi nach Alexandrien oder umgekehrt in 69 (neunundsechszig) Stunden befördert werden. Für die Beförderung der Post zwischen Alexandrien und Suez auf dem Eisenbahnwege wird die Reichs-Postverwaltung Sorge tragen. Wenn und insoweit zur Ausführung dieser Leistung, nach dem Ermessen der Reichs-Postverwaltung, die Verwendung von Eisenbahn-Extrazügen auf der ganzen Strecke oder auf einer Theilstrecke zwischen Alexandrien und Suez nothwendig ist, soll der Unternehmer gehalten sein, die betreffenden Reisenden nebst deren Gepäck ebenfalls mittelst Extrazuges befördern zu lassen. Die Kosten hierfür sind von dem Unternehmer, nach einem seinerseits mit der ägyptischen Eisenbahnverwaltung zu vereinbarenden Tarif, an diese Verwaltung unmittelbar zu entrichten.

Für die Beförderung der Post von der Uebernahme in Suez ab sind folgende Maximalfristen festgesetzt:

588 Stunden (in Worten etc.) nach Hongkong,
685 „ „ „ Shanghai,
738 „ „ „ Melbourne,
811 „ „ „ Sydney.

|| Für die entgegengesetzte Richtung gelten die gleichen Zeiten; indess wird für die Beförderung der Post von Shanghai nach Suez gegenüber der Hinfahrt eine um 24 (vierundzwanzig) Stunden längere Frist gewährt. Findet die Fahrt gegen den Monsun statt, so darf die Fahrzeit nach Shanghai um 63 (dreiundsechszig), von Shanghai um 83 (dreiundachtzig), von Sydney um 44 (vierundvierzig) Stunden überschritten werden.

In den angegebenen Beförderungsfristen sind die Aufenthaltszeiten für die Zwischenhäfen enthalten, und zwar:

auf der ostasiatischen Linie
6 Stunden für Aden,
24 „ „ Colombo,
24 „ „ Singapore,
24 „ „ Hongkong bei der Ausreise und
48 „ „ Hongkong bei der Heimreise;

Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

auf der australischen Linie
6 Stunden für Aden,
12 „ „ die Tschagos-Inseln,
24 „ „ Adelaide und
24 „ „ Melbourne.

Die Fristen für die Beförderung der Post und für die Aufenthaltszeiten auf den Zweiglinien werden durch den Fahrplan festgesetzt werden. || Die Fristen für die Beförderung der Post werden von dem Augenblick ab, in welchem das letzte Poststück an Bord des Schiffes gelangt, bis dahin gerechnet, wo das erste Poststück im Endhafen von Bord an Land gebracht wird.

Art. 5. Andere als die fahrplanmässigen Häfen dürfen, vorbehaltlich besonderer Genehmigung des Reichskanzlers im Einzelfall, von den Dampfern nicht angelaufen wurden. Sind letztere in Folge schlechten Wetters oder eines anderen Umstandes, welcher bei Anwendung der gehörigen Sorgfalt nicht zu vermeiden war, gezwungen, dem Fahrplan zuwider einen Nothhafen anzulaufen, so ist die gesetzlich vorgeschriebene Verklarung, falls sie im Auslande zu bewirken ist, wenn thunlich, vor dem deutschen Konsul abzulegen. Kann ein genügender Entschuldigungsgrund für das fahrplanwidrige Anlegen in glaubhafter Weise, insbesondere durch die abgelegte Verklarung und durch den Inhalt des Schiffsjournals, nicht nachgewiesen werden, so ist für das erste Anlegen eine Strafe von 1000 (eintausend) Mark und für das zweite Anlegen auf derselben Fahrt eine solche von 2000 (zweitausend) Mark verwirkt; bei einer drittmaligen und jeder ferneren Zuwiderhandlung auf ein und derselben Fahrt liegt es in der Befugniss des Reichskanzlers, eine Strafe in Höhe von 2000 bis 5000 (fünftausend) Mark einschliesslich festzusetzen. || Die vorstehenden Bestimmungen finden sinngemässe Anwendung auf diejenigen Fälle, in welchen fahrplanmässige Häfen nicht angelaufen werden.

Art. 6. Jede Verspätung in der Abgangs- oder der Ankunftszeit an den Anfangs- und Endpunkten der Haupt- und Zweiglinien wird, sofern sie nicht erwiesenermaassen durch einen Umstand, welcher bei Anwendung der gehörigen Sorgfalt nicht zu vermeiden war, oder durch verspätete Zuführung der Post verursacht ist, mit einer Strafe von 50 (fünfzig) Mark für die Stunde belegt. Bei einer nicht gerechtfertigten Verspätung von über 12 (zwölf) hintereinander folgenden Stunden erhöht sich die Strafe von der dreizehnten Stunde ab auf das Doppelte. || Diese Strafbeträge werden je mit dem doppelten Betrage eingezogen, wenn die Verzögerung in der Abfahrt durch Verladung von Gütern herbeigeführt worden ist. || Der Reichskanzler ist berechtigt, Strafen bis zu gleicher Höhe auch für Verspätungen der Abfahrt an den Zwischenhäfen festzusetzen. || Die in diesem und dem vorhergehenden Artikel vorgesehenen Strafen sollen in keinem Falle die Höhe der Vergütung übersteigen, welche auf die betreffende Fahrt bei Zugrundelegung des im Artikel 25 bestimmten Satzes für die Seemeile entfallen würde. || Zum Zweck der Kontrole über die planmässige Ausführung der Fahrten ist nach dem jedesmaligen Wiedereintreffen

eines Dampfers am Anfangspunkte des Curses ein alle erforderlichen Angaben enthaltender beglaubigter Auszug aus dem Schiffsjournal an den Reichskanzler einzureichen. Letzterer ist berechtigt, die bezeichnete Kontrole auch in anderer Weise ausüben zu lassen. Sollte aus dem Umstande, dass die Dampfer nicht zur fahrplanmässigen Zeit abgehen, die Nothwendigkeit eintreten, die Post auf einem anderen Wege zu befördern, so hat der Unternehmer in allen Fällen die baaren Auslagen zu ersetzen, welche durch diese Beförderung entstehen. Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

Art. 7. Der Unternehmer hat zur Ausführung der im Artikel 2 bezeichneten Fahrten die erforderlichen Dampfer, und zwar mindestens || a) für die ostasiatische und die australische Hauptlinie je 5 Dampfer, || b) für die ostasiatische und die australische Zweiglinie je 1en Dampfer und ausserdem für beide Linien 1en Reservedampfer, welchem auf Verlangen ein zweiter Reservedampfer hinzutreten wird, || c) für die Mittelmeerlinie 2 Dampfer auf seine Kosten einzustellen und zu unterhalten.

Von diesen Dampfern sind mindestens sechs neu zu erbauen, von denen drei in die ostasiatische und die australische Hauptlinie (A 1 und B 1), die drei übrigen in die ostasiatische und australische Anschlusslinie (A 2 und B 2) innerhalb achtzehn Monate nach Vollziehung des Vertrages einzustellen sind. || Sämmtliche in die Linien einzustellende Dampfer dürfen in ihrer Construktion und Einrichtung, namentlich in Bezug auf Sicherheit, Bequemlichkeit und Comfort für die Reisenden sowie hinsichtlich der Verpflegung, den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationen nicht nachstehen und müssen insbesondere den im folgenden Artikel angegebenen Anforderungen entsprechen.

Art. 8. Die Dampfer sollen, abgesehen von den für die Schiffsbesatzung und den zur Aufnahme der Post und etwaiger Begleiter derselben bestimmten Räumlichkeiten, Einrichtungen zur Beförderung von Passagieren dreier verschiedener Klassen haben. Die Räume müssen mit allen für die Passagiere nothwendigen Gegenständen ausgerüstet sein. In den Räumlichkeiten der dritten Klasse sind Schlafeinrichtungen, bestehend aus Matratze und Kopfkissen, in genügender Anzahl herzurichten. Für einzeln reisende Personen weiblichen Geschlechts sind besondere Abtheilungen herzurichten, welche verschliessbar sein müssen. || An Bord der von Deutschland nach Ostasien und Australien gehenden Dampfer soll sich auf der Hin- und Rückreise ein in Deutschland approbirter Arzt befinden. || Die Schiffe müssen durch Querschotte in so viel wasserdichte Abtheilungen getheilt sein, dass durch das Volllaufen von zwei Abtheilungen das Sinken des Schiffes nicht herbeigeführt wird. Die Querschotte sind dieser Bedingung entsprechend hoch genug zu führen; das Schott zur vordersten Abtheilung des Schiffes darf keine Thür enthalten; die Thüren in den übrigen Schotten müssen leicht und sichernd geschlossen werden können. Ferner sind Rettungsboote in einem der Gewohnheit entsprechenden Umfange und Schwimmgürtel in einer der Meistzahl an Passagieren und Mannschaften mindestens gleichen Stückzahl für jedes Schiff zu beschaffen. ||

Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885. Rücksichtlich der Zweiglinien bleibt dem Reichskanzler die Befugniss zur Ermässigung der in diesem Artikel gestellten Anforderungen vorbehalten.

Art. 9. Der Brutto-Raumgehalt der einzustellenden Dampfer soll wenigstens betragen:

3000	Register-Tons	für	die	Linien	A 1	und	B 1	des Artikels 1,
1500	„	„	„	Linie	A 2	„	„	„
1000	„	„	„	„	B 2	„	„	„
2000	„	„	„	„	C (Mittelmeer)	„	„	„

Art. 10. In die Linien einzustellende neue Dampfer müssen auf deutschen Werften und thunlichst unter Verwendung deutschen Materials gebaut werden. Die Pläne für den Bau unterliegen der Genehmigung des Reichskanzlers. Die Schiffe sind zur höchsten Klasse beim Germanischen Lloyd zu klassificiren. || Die an den Dampfern vorzunehmenden grösseren Instandsetzungen müssen, soweit thunlich, ebenfalls auf deutschen Werften zur Ausführung gelangen. || Der Kohlenbedarf für die in die Linien einzustellenden Dampfer ist, soweit die Einnahme desselben in deutschen Häfen oder in dem nach Artikel 1 anzulaufenden niederländischen oder belgischen Hafen erfolgt, ausschliesslich durch deutsches Produkt zu decken. Abweichungen hiervon sind nur mit Genehmigung des Reichskanzlers zulässig.

Art. 11. Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch Sachverständige, welche der Reichskanzler ernennt, geprüft und als den Anforderungen genügend anerkannt sein. || Der Reichskanzler ist berechtigt, diese Prüfung während der Vertragsdauer jederzeit wiederholen zu lassen und auf Grund des Ergebnisses der Prüfung ein Schiff für ungeeignet zu erklären. In letzterem Falle ist der Unternehmer verpflichtet, binnen der ihm gestellten Frist das betreffende Schiff zurückzuziehen und für einen geeigneten Ersatz nach Maassgabe der im Artikel 12 getroffenen Festsetzungen zu sorgen. Kommt der Unternehmer dieser Verpflichtung nicht nach, so hat derselbe für jeden Tag der verspäteten Einstellung eines geeigneten Schiffes eine Strafe von 400 (vierhundert) Mark zu zahlen. || Die in Deutschland und den betreffenden ausländischen Häfen geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die amtlichen Besichtigungen etc. der zur Personenbeförderung dienenden Dampfschiffe hat der Unternehmer unter eigener Verantwortlichkeit und auf seine Kosten zu erfüllen.

Art. 12. Im Falle ein auf den Vertragslinien verwendetes Schiff in Verlust geräth, hat der Unternehmer einen neuen Dampfer zu beschaffen und bis zu dessen Fertigstellung für den ungestörten Fortgang des Dienstes Sorge zu tragen. Vorübergehend können in solchem Falle mit Genehmigung des Reichskanzlers auch Schiffe eingestellt werden, welche nicht allen vertragsmässigen Bedingungen entsprechen; nothwendiges Erforderniss ist jedoch, dass sie zur Einhaltung der planmässigen Fahrzeit im Stande sind. || Zum Ersatz eines in Verlust gerathenen Schiffes durch einen allen Bedingungen Genüge leistenden neuen Dampfer wird eine Frist von 18 Monaten gewährt. Erfolgt der Ersatz

in dieser Frist nicht, so hat der Unternehmer eine Strafe von 400 (vierhundert) Mark für jeden Tag der verspäteten Einstellung des Schiffes zu zahlen.

Art. 13. Die Dampfer führen die deutsche Postflagge nach Maassgabe der über die Führung derselben durch derartige Schiffe bestehenden Allerhöchsten Bestimmungen und befördern die Post nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung. Letztere sind auch unentgeltlich zu verpflegen, und zwar Beamte wie Reisende I. Klasse und Unterbeamte wie Reisende II. Klasse. Jedem Postbegleiter ist eine besondere Cabine mit angemessener Ausstattung zur Benutzung zu überweisen. || Unter Post sind alle Briefbeutel, Zeitungssäcke, Werthsendungen und Postpackete zu verstehen, welche den Dampfern von der deutschen Reichs-Postverwaltung oder von den in Betracht kommenden ausländischen Postverwaltungen zur Beförderung übergeben werden. Alle aus dem Postbeförderungsdienste herrührenden Einnahmen bezieht das Reich. || Werden die Dampfer von Postbeamten nicht begleitet, so ist die Post seitens des Schiffsführers am Anfangspunkte der Fahrt und an den Unterwegsorten gegen Quittung zu übernehmen und in einem eigens zu diesem Zweck hergerichteten, gegen Nässe, Feuersgefahr und sonstige Beschädigung geschützten und gehörig gesicherten Raume während der Fahrt unter Verschluss aufzubewahren. Imgleichen hat der Schiffsführer in dem bezeichneten Falle die Verpflichtung, die übernommenen Postsachen an den betreffenden Unterwegsorten, bezw. am Endpunkte der Fahrt, an die zur Empfangnahme derselben berechtigten Personen abzuliefern. || Die Uebernahme und die Ablieferung der Postsachen hat unter Beachtung der in dieser Beziehung von der Reichs-Postverwaltung ertheilten Vorschriften zu erfolgen. Findet eine Begleitung der Post durch Postbeamte statt, so ist den Beamten ausser dem erwähnten Aufbewahrungsraum ein geeigneter, den Anforderungen der Reichs-Postverwaltung entsprechender heller Raum zur Bearbeitung der Post während der Fahrt postbureaumässig einzurichten und zur Verfügung zu stellen; die Erleuchtung, Heizung und Reinigung dieses Raumes hat der Unternehmer auf seine Kosten bewirken zu lassen. Die Uebernahme und Ablieferung der Postsachen liegt in diesem Falle den Postbeamten ob. Jedoch ist der Unternehmer verpflichtet, auf Verlangen der Postbeamten die zum Transport der Postsäcke zwischen dem Bureauraum und dem Aufbewahrungsraum u. s. w. erforderliche Hülfe durch die Schiffsmannschaft zu gewähren. || Wenn der Postbeamte während der Fahrt aus irgend einem Grunde verhindert werden sollte, seinen Dienst weiter fortzusetzen, so hat der Unternehmer die volle Verantwortlichkeit für die Postladung zu übernehmen und den Postdienst bis auf Weiteres nach Maassgabe der für derartige Fälle von der Reichs-Postverwaltung ertheilten besonderen Vorschriften besorgen zu lassen. || Auf jedem Schiff muss auf Kosten des Unternehmers ein verschliessbarer Briefkasten angebracht werden. Sofern eine Begleitung der Dampfer durch Postbeamte nicht stattfindet, hat der Capitän durch einen von ihm zu bestimmenden Schiffsoffizier den Briefkasten rechtzeitig leeren und die darin vorgefundenen Sendungen nach Maassgabe der von

Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

der Reichs-Postverwaltung gegebenen bezüglichen Bestimmungen behandeln zu lassen. || Die Einschiffung und Landung der Post hat in allen Häfen auf Gefahr und Kosten des Unternehmers zu erfolgen. || Die Landung der Post hat sofort nach dem Eintreffen der Dampfer in dem betreffenden Hafenorte, beziehungsweise auf der zugehörigen Rhede, zu geschehen. In Suez und Alexandrien ist behufs Ueberführung der Post sowie der Reisenden und deren Gepäcks zwischen Schiff und Land je ein kleinerer Dampfer seitens des Unternehmers auf Verlangen zu stellen. Wenn der Dampfer durch Postbeamte begleitet wird, so ist der erste Beamte in jedem Hafen oder Platz, wo Posten abzuliefern oder einzunehmen sind, sobald und so oft er es in dienstlichem Interesse für nothwendig hält, ans Land zu befördern und von dort an das Schiff zurückzubringen, entweder gleichzeitig mit der Post, oder, wenn der Beamte dies für zweckmässig halten sollte, ohne die Post, und zwar in einem angemessenen, seetüchtigen, mit gehöriger Mannschaft und Ausrüstung versehenen Boot.

Art. 14. Der Unternehmer darf mit den Dampfern keine anderen Briefe oder sonstigen postzwangspflichtigen Gegenstände befördern lassen, als solche, welche ihm entweder von den Postbehörden überwiesen, oder die mittelst des im vorhergehenden Artikel erwähnten Briefkastens eingeliefert worden sind. || Der Unternehmer ist auch dafür verantwortlich, dass weder von den Capitänen noch von der übrigen Schiffsmannschaft Briefe und sonstige postzwangspflichtige Gegenstände mitgenommen werden. Für jede Zuwiderhandlung hat der Unternehmer den Betrag des hinterzogenen Portos und ausserdem nach näherer Festsetzung der Reichs-Postverwaltung eine Strafe bis zu fünfzig Mark zu entrichten. || Dem Unternehmer bleibt es jedoch gestattet, mit seinen Agenten und Beauftragten im Auslande mittelst der Schiffe Briefsendungen auszutauschen, ohne dieselben der Post zur Beförderung zu übergeben.

Art. 15. Falls ein Dampfer unterwegs einen Unfall erleidet und aus diesem Grunde die Reise unterbrechen muss, hat, wenn an Bord sich ein Postbeamter befindet, dieser in Benehmen mit dem Capitän, in allen anderen Fällen letzterer allein, für die Weiterbeförderung der Postladung mit dem nächsten deutschen oder fremden, nach dem Bestimmungsort der Postsachen fahrenden oder mit Zwischen-, bezw. Ankunftsplätzen in Verbindung stehenden Dampfer zu sorgen. Da sich in dieser Beziehung ein- für allemal bestimmte Vorschriften nicht ertheilen lassen, so müssen der Postbeamte an Bord und der Capitän, bezw. letzterer allein, je nach Lage des einzelnen Falles die schnellste Weiterbeförderungsgelegenheit für die Post wählen. || Die für diese Weiterbeförderung etwa entstehenden Kosten fallen stets dem Unternehmer zur Last.

Art. 16. Der Unternehmer haftet dem Reich für den Schaden, welcher durch Verlust, Beschädigung oder verzögerte Beförderung von Postsachen in der Zeit zwischen der Einladung und der Ausladung entsteht, in demselben Umfange, in welchem die Reichs-Postverwaltung durch Gesetze oder Verträge

den Absendern von Postsendungen gegenüber zum Schadenersatz verpflichtet ist. Die die Haftverbindlichkeit beschränkenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs finden hierbei keine Anwendung. Insbesondere wird die Haftpflicht des Unternehmers für Kostbarkeiten, Gelder und Werthpapiere nicht dadurch bedingt, dass dem Capitän, bezw. Schiffsoffizier, diese Beschaffenheit oder der Werth bei der Einladung angegeben worden ist. Immerhin wird die Postverwaltung nach Thunlichkeit dafür Sorge tragen, dass den Schiffsführern von dem Vorliegen bedeutender Werthsendungen bei Zeiten Mittheilung gemacht wird. Sofern sich ein mit der Beaufsichtigung der Postladung beauftragter Postbeamter an Bord befindet, soll der Unternehmer jedoch für Verlust oder Beschädigung von Postsachen nur dann haften, wenn der Schaden entstanden ist: || 1. durch Schiffs- oder Seeunfall, ausgenommen allein die unabwendbaren Folgen eines Naturereignisses, oder || 2. durch Handlungen oder Unterlassungen des Unternehmers, seiner Leute oder der Schiffsbesatzung, oder || 3. durch Handlungen der auf dem Schiffe befindlichen Reisenden.

Art. 17. Dem Unternehmer wird die Einnahme an Fracht- und Ueberfahrtsgeldern überlassen. Die Festsetzung der Tarife erfolgt im Einvernehmen mit dem Reichskanzler. Zu diesem Behuf sind die Entwürfe der bei Eröffnung des Betriebs in Kraft zu setzenden Tarife mindestens drei Monate vor der Betriebseröffnung dem Reichskanzler einzureichen. || Spätere Abänderungen des Tarifs sind mindestens sechs Wochen vor dem Zeitpunkte, zu welchem sie in Kraft treten sollen, dem Reichskanzler anzuzeigen und gelten als genehmigt, sofern bis zu dem erwähnten Zeitpunkte eine anderweite Bestimmung des Reichskanzlers nicht erfolgt. || Hinsichtlich der Veröffentlichung der Tarife sowie der dazu ergehenden Abänderungen hat der Unternehmer die etwa ergehenden Bestimmungen des Reichskanzlers zu befolgen.

Art. 18. Der Tarif für die Güterbeförderung von und nach Hamburg soll mit demjenigen von und nach Bremen völlig gleich gehalten werden. Demgemäss hat der „Norddeutsche Lloyd“ die Beförderung der von und nach Hamburg aufgegebenen Güter zwischen Hamburg und Bremerhaven auf dem Wasserwege kostenfrei zu bewirken und für diese Beförderung alle erforderlichen Einrichtungen zu treffen, damit im Versandt der von und nach Hamburg zu überführenden Transporte keine Verzögerung oder Benachtheiligung gegenüber den in Bremen direkt aufgegebenen vorkomme. || Der „Norddeutsche Lloyd“ verpflichtet sich, an denjenigen Orten, welche der Reichskanzler bezeichnen wird, Agenturen zu errichten und zu unterhalten, welche als Sammelstellen für die zur Beförderung mit den Postdampferlinien aufgegebenen Waaren bestimmt sind. Diese Agenturen müssen ermächtigt sein, auf Verlangen des Absenders den Vertrag über den ganzen Transport von der Sammelstelle bis zu dem überseeischen Bestimmungsort der Frachtgüter abzuschliessen. Hierbei sind die Tarife so zu gestalten, dass die Gesammtfracht, einschliesslich der Eisenbahnfracht von der Sammelstelle zum Einschiffungshafen, sich bei der Beförderung über Bremen nicht höher stellt, als bei der Beförderung über den nach

Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

Artikel 1 anzulaufenden niederländischen oder belgischen Hafen. || Die in das Connossement aufzunehmenden allgemeinen Bedingungen (Betriebsreglement) für die Güterbeförderung sind dem Reichskanzler zur Genehmigung vorzulegen. || Nitroglycerin und andere Gegenstände, deren Transport mit Gefahr verbunden ist, dürfen mit den Dampfern nicht befördert werden.

Art. 19. Die von dem „Norddeutschen Lloyd" für den Betrieb der Postdampferlinien angestellten Personen, einschliesslich der in ausländischen Plätzen bestellten Agenten, sollen, soweit durch besondere Verhältnisse nicht Ausnahmen geboten sind, deutsche Reichsangehörige sein. || An solchen Orten des Auslandes, in denen der Unternehmer Agenten unterhält, sollen letztere auf Verlangen des Reichskanzlers verpflichtet sein, Postdienstgeschäfte nach Maassgabe der von der Reichs-Postverwaltung zu ertheilenden näheren Vorschriften wahrzunehmen. Die für solche Dienstverrichtungen unter Umständen zu gewährende Vergütung wird von der Reichs-Postverwaltung festgesetzt. || Schiffsführer und sonstige im Betrieb der Postdampferlinien Angestellte, welche einer erheblichen Verletzung oder Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten sich schuldig machen, sind aus dem Dienstbetriebe der Postdampferlinien zu entfernen, sofern der Reichskanzler auf Grund des Ergebnisses der anzustellenden Untersuchung dies verlangt.

Art. 20. Unternehmer verpflichtet sich, || a) die im Dienste des Reichs oder eines Bundesstaates reisenden Beamten, || b) die Ablösungsmannschaften der Kaiserlichen Marine, ferner solche Angehörige der Kaiserlichen Marine, welche wegen Krankheit oder wegen Dienstvergehen oder strafbarer Handlungen nach Deutschland zurückgesandt werden, || c) Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände und Proviant der Kaiserlichen Marine gegen um 20 Procent unter den Tarif ermässigte Sätze zu befördern. Jedoch darf die Zahl der unter b) erwähnten Mannschaften auf demselben Schiff ohne Zustimmung des Unternehmers nicht über 65 (fünfundsechszig) hinausgehen. || Im Falle einer Mobilmachung der Marine steht es dem Reichskanzler frei, die auf den Linien verwendeten Dampfer gegen Erstattung des vollen Werthes anzukaufen oder gegen Vergütung sonst in Anspruch zu nehmen. Die Ermittelung des Werthes, bezw. die Feststellung der Vergütung, erfolgt in Gemässheit der Bestimmungen im § 24 (bezw. § 23) des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873. || Ein Verkauf oder eine miethsweise Ueberlassung der Dampfer an eine fremde Macht darf ohne Genehmigung des Reichskanzlers nicht stattfinden.

Art. 21. Der Unternehmer ist verpflichtet, Personen, welche zum Zweck der Strafverfolgung oder Strafvollstreckung einer deutschen Behörde, oder deutscherseits einer fremden Behörde überliefert werden sollen, unter nachfolgenden Bedingungen zu befördern. || Diese Personen, mögen sie von einem Polizeibeamten begleitet sein oder nicht, sind während der Fahrt der Regel nach in einer verschlossenen Kammer unterzubringen. || Dem Capitän (oder, im Falle einer amtlichen Begleitung, dem begleitenden Beamten nach vorherigem Benehmen mit dem Capitän) bleibt es überlassen, ein zeitweiliges Verweilen

dieser Personen auf Deck unter Aufsicht zu gestatten. || Die Beförderung derartiger Personen nebst etwaigem Begleiter ist auf Verlangen der zuständigen inländischen Behörden oder im Auslande der Gesandten und Consuln des Reichs zu übernehmen, und werden für dieselbe dem Unternehmer die tarifmässigen Sätze vergütet. Auf ein und derselben Fahrt sollen ohne Zustimmung des Unternehmers mehr als vier derartige Personen nicht befördert werden. || Ausser den Gefangenen sind auf Requisition der genannten Behörden auch die Untersuchungsakten und beschlagnahmten Beweisstücke mitzubefördern, ohne dass hierfür eine besondere Vergütung gewährt wird.

Art. 22. Auf jedem Dampfer wird ein Beschwerdebuch ausgelegt, welches von einer durch den Reichskanzler zu beauftragenden Dienststelle mit Seitenzahlen zu versehen ist. || Bei Verabreichung neuer Beschwerdebücher werden die alten seitens der bezeichneten Dienststelle eingefordert und zurückgelegt, sobald alle in denselben befindlichen Beschwerden ihre Erledigung gefunden haben. || Das Beschwerdebuch wird von dem mit der Aufbewahrung desselben beauftragten Schiffsoffizier den Reisenden auf Verlangen verabfolgt. Die niedergeschriebenen Beschwerden sind von dem Capitän sogleich gründlich zu untersuchen. Demnächst hat derselbe, unter Einreichung der Beschwerde in beglaubigter Abschrift und der etwaigen Verhandlungen, an den Reichskanzler Bericht zu erstatten, damit der Sachverhalt geprüft und die Erledigung der Beschwerde veranlasst werden kann. || In allen für die Reisenden der verschiedenen Klassen bestimmten gemeinsamen Räumen ist durch einen Anschlag ersichtlich zu machen, welcher Schiffsoffizier mit der Aufbewahrung des Beschwerdebuchs und der Verabfolgung desselben an die Reisenden beauftragt ist.

Art. 23. Der Reichskanzler behält sich vor, jederzeit — in Kurhäfen oder unterwegs — den Zustand des Dienstes durch einen Commissar prüfen zu lassen. Letzterem ist auf sein Verlangen ungehinderter Zutritt zu allen Schiffsräumen zu gestatten und in allen geforderten Beziehungen Aufschluss zu ertheilen. || Die Beförderung und Verpflegung des Commissars auf den Schiffen erfolgt gegen Entrichtung des Ueberfahrtsgeldes (Artikel 20 Ziffer a); jedoch ist dem Commissar stets eine besondere Cabine zuzuweisen.

Art. 24. Die regelmässigen Fahrten müssen spätestens innerhalb zwölf Monaten nach Vollziehung dieses Vertrages beginnen. Geschieht solches nicht, so hat der Unternehmer für jeden Tag der Verspätung eine Strafe von 400 (vierhundert) Mark zu zahlen.

Art. 25. Für die Erfüllung der in diesem Vertrage übernommenen Verbindlichkeiten empfängt der Unternehmer vom Tage der Eröffnung der regelmässigen Fahrten ab aus der Reichskasse eine Vergütung von jährlich 4400000 Mark (vier Millionen vierhunderttausend Mark), — und zwar 4000000 Mark für die im Artikel 1 unter A und B aufgeführten Linien und 400000 Mark für die Mittelmeerlinie — zahlbar in monatlichen Theilbeträgen am letzten Tage jedes Monats. || Diese Vergütung wird insoweit gekürzt, als die vertragsmässig bedungenen Fahrten nicht zur Ausführung gekommen sind. Die Kür-

Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

zung erfolgt — sei es, dass eine Fahrt ganz oder theilweise ausgefallen ist — in der Weise, dass für jede gegenüber dem Fahrplan zu wenig zurückgelegte Seemeile bezüglich der im Artikel 1 unter A und B aufgeführten Linien der Betrag von 5,60 Mark (fünf Mark 60 Pf.) und bezüglich der Mittelmeerlinie der Betrag von 6,34 Mark (sechs Mark 34 Pf.) von den nächstfälligen Monatsraten zur Reichskasse einbehalten wird. Für die Berechnung der Entfernungen sind die im Fahrplan enthaltenen Festsetzungen der Seemeilenzahl maassgebend. || Die von dem Unternehmer eintretendenfalls auf Grund der Artikel 5, 6, 11, 12, 14 und 24 zu zahlenden Geldstrafen, welche der Reichskanzler endgültig festsetzt, sowie die nach Artikel 15 Absatz 2 und Artikel 16 zu erstattenden Beförderungskosten und Entschädigungen werden — unbeschadet der Bestimmung im Artikel 27 — von der zunächst fällig werdenden Subventionsrate einbehalten. || Wenn der Reichskanzler das Anlaufen noch anderer als der im Artikel 1 benannten Häfen anordnet, so soll, wenn die dadurch entstehende Verlängerung oder Verkürzung des Curses (die Hin- und Rückreise zusammengenommen) gegenüber dem bei Beginn des Vertrages gültig gewesenen Fahrplan nicht mehr als 250 Seemeilen beträgt, eine Aenderung in der Höhe der Vergütung nicht eintreten. Ergiebt sich dagegen aus Cursänderungen der bezeichneten Art eine Verlängerung oder Verkürzung des Curses (die Hin- und Rückreise zusammengenommen) um mehr als 250 Seemeilen gegenüber dem bei Beginn des Vertrages gültig gewesenen Fahrplan, so wird für jede im Vergleich zu letzterem mehr oder weniger zurückzulegende Seemeile die Vergütung um den Betrag von 5,60 (bezw. 6,34) Mark erhöht, bezw. gekürzt.

Art. 26. Der Unternehmer hat über die Schiffe, welche auf den nach diesem Vertrage zu unterhaltenden Linien verwendet werden, gemäss den bisher bei ihm üblich gewesenen Principien eine Separatrechnung zu führen. In dieser sind den Einnahmen folgende Ausgabebeträge gegenüberzustellen: || 1. die laufenden Kosten für die Unterhaltung der Schiffe, || 2. ein entsprechender Antheil an den Generalunkosten des Betriebes des Norddeutschen Lloyd, || 3. 6 Procent Assecuranzprämie von dem Buchwerth der Schiffe, || 4. 5 Procent Abschreibung vom Capital der Schiffe und 20 Procent Abschreibung von der Ausrüstung der Schiffe, || 5. 5 Procent Zinsen von dem Buchwerth der Schiffe, || 6. 5 Procent für den Separat-Reservefonds der nach diesem Vertrage zu unterhaltenden Linien, || 7. die Ausgaben für Mannschaftslöhne, Beköstigung, Kohlen, Maschinenstores, Schiffsrequisite und Hafenunkosten etc.

Bei Berechnung der unter 4 und 6 angegebenen Procentsätze ist der vom Unternehmer buchmässig nachzuweisende Werth der Dampfer zur Zeit, zu welcher sie in die Fahrten eingestellt worden sind, und bei Ermittelung des Antheils an den Generalunkosten der jeweilige Gesammtbuchwerth dieser Dampfer im Verhältniss zu dem der ganzen Flotte des Norddeutschen Lloyd zu Grunde zu legen. || Ergiebt sich auf diese Weise nach der Separatrechnung nach Ablauf der ersten fünf Vertragsjahre ein jährlicher Ueberschuss für den Unternehmer, so soll für die Folgezeit der Unternehmer auf Verlangen und

nach Wahl des Reichskanzlers verpflichtet sein, bis zur Höhe der Hälfte der betreffenden Summe entsprechende weitere Leistungen zur Durchführung der in diesem Vertrage verfolgten Zwecke zu übernehmen oder aber die Hälfte des erwähnten Ueberschusses an die Reichskasse zu erstatten. || Dem Reichskanzler steht es jederzeit frei, von den Geschäftsbüchern des Unternehmers Einsicht zu nehmen.

Art. 27. Zur Sicherstellung der Erfüllung der aus dem gegenwärtigen Vertrage sich ergebenden Verbindlichkeiten bestellt der Unternehmer dem Reich eine Caution von 500000 Mark (fünfhunderttausend Mark) durch Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reichs oder eines Bundesstaates, welche nach dem Nennwerthe zu berechnen sind. Die Schuldverschreibungen sind nebst Talons und den über vier Jahre hinausreichenden Zinsscheinen bei der Reichshauptkasse zu hinterlegen. || Diese Caution soll dem Reiche dergestalt haften, dass der Reichskanzler berechtigt ist, wegen der Forderungen des Reichs aus dem gegenwärtigen Vertrage an Capital und Zinsen, nöthigenfalls auch wegen der Strafen sowie wegen der durch Ermittelung der Schäden entstehenden gerichtlichen und aussergerichtlichen Kosten durch sofortige aussergerichtliche, nach Maassgabe der Vorschriften im § 11 des Gesetzes, betreffend die Cautionen der Bundesbeamten, vom 2. Juni 1869 zu bewirkenden Verwerthung der Caution Befriedigung zu suchen, insofern der Unternehmer der schriftlichen Aufforderung des Reichskanzlers zur Zahlung nicht innerhalb eines von dem letzteren festzusetzenden Zeitraumes nachkommen sollte. Die Caution ist von dem Unternehmer demnächst binnen Monatsfrist wieder auf die ursprüngliche Höhe zu ergänzen. Im Unterlassungsfalle ist der Reichskanzler berechtigt, die Ergänzung durch Einbehaltung des erforderlichen Betrages von der zunächst fällig werdenden Vergütung zu veranlassen. || Nach Ablauf des gegenwärtigen Vertrages wird die Caution, bezw. der nicht in Anspruch genommene Theil derselben, dem Unternehmer zurückgegeben, sobald feststeht, dass derselbe aus diesem Vertrage nichts mehr zu vertreten hat.

Art. 28. Der Unternehmer darf ohne schriftliche Genehmigung des Reichskanzlers das Unternehmen weder an Andere überlassen, noch ganz oder theilweise in Afterpacht geben. Geschieht solches dennoch, so ist der Reichskanzler — unbeschadet der von ihm etwa zu erhebenden Schadensersatzansprüche — berechtigt, sofort ohne jede Entschädigung des Unternehmers von dem Vertrage zurückzutreten.

Art. 29. Der gegenwärtige Vertrag erstreckt sich auf fünfzehn hintereinander folgende Jahre vom Tage des Antritts der ersten Fahrt von Bremerhaven ab und soll als beendet gelten, sobald der letzte fahrplanmässige Dampfer des fünfzehnten Jahres, in welchem ebenfalls je 13 Doppelreisen nach und von Ostasien und Australien auszuführen sind, wieder in Bremerhaven eingelaufen ist. || Ueber die etwaige Fortsetzung des Vertrages über den Zeitraum von fünfzehn Jahren hinaus wird eintretendenfalls eine besondere Verständigung mit dem Unternehmer stattfinden.

Nr. 8824. Deutschland. 3/4. Juli 1885.

Art. 30. Sofern sich der Unternehmer Vertragswidrigkeiten irgend einer der in den Artikeln 5 und 6 bezeichneten Arten auf einer Linie in einem Jahre bei mehr als der Hälfte der fahrplanmässigen Fahrten hat zu Schulden kommen lassen, oder sobald auf einer Linie mehr als drei fahrplanmässige Fahrten hintereinander ausgefallen sind und dieses Ausfallen nicht durch Krieg oder höhere Gewalt, oder einen ungeachtet der Anwendung gehöriger Sorgfalt unvermeidlich gewesenen Unfall verursacht ist, steht dem Reichskanzler das Recht zu, entweder den Betrieb mit den in die Linien eingestellten Schiffen für Rechnung und auf Gefahr des Unternehmers zu übernehmen oder aber ohne jede weitere Entschädigung des Unternehmers als für die ausgeführten Fahrten von dem gegenwärtigen Vertrage zurückzutreten.

Art. 31. Erachtet der Reichskanzler eine Aenderung in der Fahrgeschwindigkeit oder in der Zahl der Fahrten der Dampfer für nothwendig, so ist der Unternehmer verpflichtet, die entsprechenden Einrichtungen gegen angemessene Vergütung zu treffen. || Kann in diesem sowie in dem im Artikel 26 Absatz 3 vorgesehenen Falle eine Einigung zwischen den Contrahenten über die Höhe der für die anderweit auszuführenden Leistungen zu zahlenden Vergütung nicht erzielt werden, so soll hierüber ein Schiedsgericht endgültig entscheiden. Letzteres soll eintretendenfalls in der Weise gebildet werden, dass jede Partei zwei Schiedsrichter bestellt und von sämmtlichen Schiedsrichtern ein Obmann gewählt wird. Können die Schiedsrichter sich über die Person des Obmanns nicht einigen, so wird derselbe von dem Präsidenten des hanseatischen Oberlandesgerichts ernannt.

Art. 32. Der Reichskanzler kann sich in der Ausübung der ihm durch diesen Vertrag eingeräumten Befugnisse durch Beamte oder Behörden des Reichs ganz oder theilweise vertreten lassen. Die betreffenden Beamten, bezw. Behörden, werden von dem Reichskanzler eintretendenfalls dem Unternehmer schriftlich bezeichnet werden.

Art. 33. Streitigkeiten, welche aus dem gegenwärtigen Vertrage entspringen, sind von den vertragschliessenden Theilen einem Schiedsgericht zur Entscheidung zu unterbreiten, welches in der im Artikel 31 angegebenen Weise zu bilden ist.

Art. 34. Den gesetzlichen Stempel für die Ausfertigungen und Ergänzungen des Vertrages trägt der Unternehmer.

Urkundlich ist gegenwärtiger Vertrag zweifach gleichlautend ausgefertigt und von beiden Theilen unterschrieben und untersiegelt worden.

So geschehen

Berlin, den dritten Juli Eintausend Achthundert Fünfundachtzig.

v. Bismarck.

Bremen, den vierten Juli Eintausend Achthundert Fünfundachtzig.

Norddeutscher Lloyd.

H. H. Meier,

Vorsitzer des Verwaltungsraths.

Nr. 8825. DEUTSCHLAND. — Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und Manasse zu Hoachanas*).

Nr. 8825. Deutschland. 2. Sept. 1885.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, Wilhelm I., in dem Namen des deutschen Reiches auf der einen Seite und das unabhängige Oberhaupt der rothen Nation in Grossnamaqualand, Kapitän Manasse zu Hoachanas, für sich selbst und seine Rechtsnachfolger, auf der anderen Seite haben den Wunsch, einen Schutz- und Freundschaftsvertrag abzuschliessen.

Zu diesem Zweck ist der Bevollmächtigte Seiner Majestät des deutschen Kaisers, der Pastor C. G. Büttner, mit dem Kapitän Manasse und seinen Rathsleuten über die nachstehenden Punkte übereingekommen:

1. Der Kapitän Manasse bittet Seine Majestät den deutschen Kaiser, den Schutz über sein Land und Volk übernehmen zu wollen. Seine Majestät der deutsche Kaiser nimmt dieses Gesuch an und versichert dem Kapitän seinen Allerhöchsten Schutz. Als äusserliches Zeichen dieses Schutzes wird die deutsche Flagge gehisst.

2. Seine Majestät der deutsche Kaiser verpflichtet sich, diejenigen Verträge, welche andere Nationen oder Zugehörige derselben früher mit den Häuptern des rothen Volkes geschlossen haben, bestehen zu lassen und zugleich den Kapitän weder in der Erhebung der ihm nach den Gesetzen und Gebräuchen seines Landes zustehenden Einnahmen, noch in der Ausübung der Gerichtsbarkeit über seine Unterthanen zu beeinträchtigen.

3. Der Kapitän des rothen Volkes verpflichtet sich, sein Land oder Theile desselben nicht an eine andere Nation oder Angehörige einer solchen ohne Zustimmung Seiner Majestät des deutschen Kaisers abzutreten, noch Verträge mit anderen Regierungen ohne desselben Zustimmung abzuschliessen.

4. Der Kapitän verspricht allen deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen Leben und Eigenthum zu beschützen. Er giebt ihnen Recht und Freiheit, zu reisen, zu wohnen, zu arbeiten, zu kaufen und zu verkaufen, soweit sein Land sich erstreckt. || Auf der anderen Seite sollen die deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen die Gesetze und Gebräuche des Landes achten, nichts gegen die Gesetze des eigenen Landes thun und diejenigen Steuern und Abgaben an den Kapitän bezahlen, welche bis jetzt üblich waren, oder die später zwischen dem Kapitän und dem deutschen Reiche vereinbart werden mögen. Der Kapitän verpflichtet sich, an keine andere Nation grössere Rechte oder Vergünstigungen zu geben als an die deutschen Reichsangehörigen.

5. Alle civilen und kriminellen Streitsachen zwischen weissen Leuten untereinander sollen von denjenigen abgeurtheilt werden, welche Seine Majestät der deutsche Kaiser dazu bevollmächtigen wird. Auf welche Weise die Streitig-

*) Nr. 8825—8827 sind mittelst Schreibens des Reichskanzlers vom 7. April 1886 dem Reichstage zur Kenntnissnahme vorgelegt. Drucksachen des Reichstages, 6. Legislatur-Periode, II. Session 1885|6, Nr. 277.

Nr. 8825. Deutschland. 2. Sept. 1885.

keiten zwischen den deutschen Reichsangehörigen oder anderen weissen Leuten und den Eingeborenen abgeurtheilt und wie die Schuldigen bestraft werden sollen, soll später durch Uebereinkunft zwischen der deutschen Regierung und dem Kapitän der rothen Nation festgestellt werden.

6. Der Kapitän verpflichtet sich, soviel als möglich zur Erhaltung des Friedens in Grossnamaqualand und in den Nachbarländern mitzuhelfen. Und wenn er selbst eine Streitsache mit anderen Häuptlingen von Grossnamaqualand oder den Nachbarländern haben sollte, so wird er zuerst die Ansicht der deutschen Regierung erfragen oder bitten, die Sache durch Vermittelung der deutschen Regierung in Ordnung bringen zu lassen.

7) Wenn noch andere Dinge zwischen dem deutschen Reiche und dem Kapitän der rothen Nation zu regeln sein sollten, so sollen dieselben später durch Uebereinkunft zwischen den zwei Regierungen festgesetzt werden.

Hoachanas den zweiten September achtzehnhundert fünf und achtzig.

C. G. Büttner,
Bevollmächtigter Sr. Majestät des deutschen Kaisers.

Kapitän Manasse Noreseb.
Abraham Gaeib.
Willem Tsaubub.
Jan Heigab.

Als Zeugen:
Frd. Judt, Missionar.
Meester Daniel Dansab.

Nr. 8826. DEUTSCHLAND. — Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und den Bastards zu Rehoboth*).

Nr. 8826. Deutschland. 15. Sept. 1885.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, Wilhelm I., in dem Namen des deutschen Reiches auf der einen Seite und das unabhängige Oberhaupt der Bastards zu Rehoboth, Kapitän Hermanus van Wyk, für sich selbst und seine Rechtsnachfolger, auf der anderen Seite, haben den Wunsch, einen Schutz- und Freundschaftsvertrag abzuschliessen. Zu diesem Zwecke ist der Bevollmächtigte Seiner Majestät des deutschen Kaisers, der Pastor C. G. Büttner, mit dem Kapitän Hermanus van Wyk und seinen Rathsleuten über die nachstehenden Punkte übereingekommen.

1. Der Kapitän Hermanus van Wyk bittet Seine Majestät den deutschen Kaiser, den Schutz über sein Land und Volk übernehmen zu wollen. Seine Majestät der deutsche Kaiser nimmt dieses Gesuch an und versichert dem Kapitän seinen Allerhöchsten Schutz. Als äusserliches Zeichen dieses Schutzes wird die deutsche Flagge gehisst.

2. Seine Majestät der deutsche Kaiser erkennt die Rechte und die Freiheit an, welche sich die Bastards zu Rehoboth erworben haben, und ver-

*) Siehe Anmerkung zu Nr. 8825.

pflichtet sich, diejenigen Verträge, welche andere Nationen oder Angehörige von solchen früher mit ihnen geschlossen haben, bestehen zu lassen und in gleicher Weise den Kapitän nicht in der Erhebung der ihm nach den Gesetzen und Gebräuchen seines Landes zustehenden Einkünfte zu benachtheiligen.

3. Der Kapitän der Bastards zu Rehoboth verpflichtet sich, sein Land oder Theile desselben nicht an eine andere Nation oder Angehörige einer solchen ohne Zustimmung Seiner Majestät des deutschen Kaisers abzutreten, noch Verträge mit anderen Regierungen ohne desselben Zustimmung abzuschliessen.

4. Der Kapitän verspricht allen deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen Leben und Eigenthum zu beschützen. Er giebt ihnen Recht und Freiheit, zu reisen, zu wohnen, zu arbeiten, zu kaufen und zu verkaufen, soweit sein Land sich erstreckt. Doch behalten sich die Bürger von Rehoboth die Freiheit vor, in jedem einzelnen Fall die Bedingungen festzustellen, unter denen die Fremden in ihrem Gebiet bleiben dürfen. || Auf der anderen Seite sollen die deutschen Reichsangehörigen und Schutzgenossen die Gesetze und Gebräuche des Landes achten, nichts gegen die Gesetze des eigenen Landes thun und diejenigen Steuern und Abgaben an den Kapitän bezahlen, welche bis jetzt üblich waren oder die später zwischen dem Kapitän und dem deutschen Reiche vereinbart werden mögen. Der Kapitän verpflichtet sich, an keine andere Nation grössere Rechte oder Vergünstigungen zu geben, als an die deutschen Reichsangehörigen.

5. Die Civil- und Kriminalgerichtsbarkeit im Gebiet von Rehoboth betreffend, wird festgesetzt, dass alle Streitigkeiten der Rehobother Bürger untereinander durch deren eigene Richter und nach ihren eigenen Gesetzen abgeurtheilt werden sollen. Bei Streitigkeiten zwischen den Bürgern von Rehoboth und Leuten, die nicht zu diesen gehören, soll durch ein gemischtes Gericht Recht gesprochen werden, zu welchem Seine Majestät der deutsche Kaiser und der Kapitän von Rehoboth Richter bevollmächtigen sollen. Alle Streitigkeiten zwischen solchen Leuten, die nicht zu den Bürgern von Rehoboth und deren Familien gehören, sowie alle Kriminalverbrechen solcher Leute sollen von denjenigen abgeurtheilt werden, welche Seine Majestät der deutsche Kaiser dazu bevollmächtigen wird. || In allen Streitigkeiten, auch denjenigen der Bürger von Rehoboth, soll die Appellation an das Gericht Seiner Majestät des deutschen Kaisers freistehen, welches den höchsten Ausspruch thun soll.

6. Der Kapitän verpflichtet sich, soviel als möglich zur Erhaltung des Friedens in Grossnamaqualand und in den Nachbarländern mitzuhelfen. Und wenn er selbst eine Streitsache mit anderen Häuptlingen von Grossnamaqualand oder den Nachbarländern haben sollte, so wird er zuerst die Ansicht der deutschen Regierung erfragen oder bitten, die Sache durch Vermittelung der deutschen Regierung in Ordnung bringen zu lassen.

Nr. 8826. Deutschland. 15. Sept. 1885.

7. Wenn noch andere Dinge zwischen dem deutschen Reiche und dem Kapitän der Bastards zu Rehoboth zu regeln sein sollten, so sollen dieselben später durch Uebereinkunft zwischen den zwei Regierungen festgesetzt werden.

Rehoboth, den 15. September Achtzehn hundert fünf und achtzig.

C. G. Büttner,
Bevollmächtigter Seiner Majestät des deutschen Kaisers.

Als Zeuge:
F. Heidmann,
Missionar.

H. v. Wyk.
Handzeichen × von Jacobus Moutton.
Wilhelm Koopman.
Johannes Diergaard.
Handzeichen × von Dirk v. Wyk.
Handzeichen × von Jacobus Moutton.
Willim van Wyk.

Nr. 8827. DEUTSCHLAND. — Schutz- und Freundschaftsvertrag zwischen dem deutschen Reiche und den Hereros*).

Nr. 8827. Deutschland. 21. Oct. 1885.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen etc., Wilhelm I., im Namen des deutschen Reiches einerseits und Maharero Katyamuaha, Oberhäuptling der Hereros im Damaralande, für sich selbst und seine Rechtsnachfolger, haben den Wunsch, einen Schutz- und Freundschaftsvertrag abzuschliessen. || Zu diesem Zwecke sind der Kaiserlich deutsche Reichskommissar für das südwest-afrikanische Schutzgebiet Dr. jur. Heinrich Ernst Goering und der Pastor Carl Gotthilf Büttner, beide von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser in guter und gehöriger Form bevollmächtigt, mit dem Oberhäuptling Maharero Katyamuaha unter Zustimmung der mitunterzeichneten Unterhäuptlinge und Räthe über nachstehende Artikel übereingekommen.

Art. I. Der Oberhäuptling Maharero, von dem Wunsche geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen, in denen er und sein Volk seit Jahren mit den Deutschen gelebt, zu befestigen, bittet Seine Majestät den deutschen Kaiser, die Schutzherrlichkeit über ihn und sein Volk zu übernehmen. Seine Majestät der deutsche Kaiser nimmt dieses Gesuch an und sichert dem Maharero seinen Allerhöchsten Schutz zu. || Als äusseres Zeichen dieses Schutzverhältnisses wird die deutsche Flagge gehisst.

Art. II. Der Oberhäuptling der Hereros verpflichtet sich, sein Land oder Theile desselben nicht an eine andere Nation oder Angehörige derselben ohne Zustimmung Seiner Majestät des deutschen Kaisers abzutreten, noch Verträge mit anderen Regierungen abzuschliessen ohne jene Zustimmung. Dagegen will Seine Majestät der deutsche Kaiser die von anderen Nationen oder Angehörigen

*) Siehe Anmerkung zu Nr. 8825.

derselben mit Oberhäuptlingen und Häuptlingen der Hereros früher abgeschlossenen und zu Recht bestehenden Verträge respektiren. Nr. 8827. Deutschland. 21. Oct. 1885.

Art. III. Der Oberhäuptling sichert allen deutschen Staatsangehörigen und Schutzgenossen für den Umfang des von ihm beherrschten Gebietes den vollständigsten Schutz der Person und des Eigenthums zu, sowie das Recht und die Freiheit, in seinem Lande zu reisen, daselbst Wohnsitz zu nehmen, Handel und Gewerbe zu treiben. || Die deutschen Staatsangehörigen und Schutzgenossen sollen in dem, dem Maharero gehörigen Gebiete die bestehenden Sitten und Gebräuche respektiren, nichts thun, was gegen die deutschen Strafgesetze verstossen würde und diejenigen Steuern und Abgaben entrichten, welche bisher üblich waren. || Dagegen verpflichtet sich Maharero, in dieser Beziehung keinen Angehörigen einer anderen Nation grössere Rechte und Vergünstigungen zu gewähren als den deutschen Staatsangehörigen.

Art. IV. Alle Rechtsstreitigkeiten zwischen Hereros unter sich sowie die von ihnen gegen einander begangenen Vergehen und Verbrechen unterliegen der Gerichtsbarkeit der Landeshäuptlinge. || Dagegen sind die im Hererolande sich aufhaltenden deutschen Staatsangehörigen und Schutzgenossen bei Rechtsstreitigkeiten unter sich, sowie in Bezug auf von ihnen gegen einander begangene Vergehen und Verbrechen, der deutschen Jurisdiktion unterworfen, über deren Organisation die deutsche Regierung nähere Bestimmung treffen wird. || Die Feststellung der Gerichtsbarkeit hingegen in Bezug auf Rechtsstreitigkeiten zwischen deutschen Staatsangehörigen und Schutzgenossen einerseits und Hereros andererseits, sowie bei Vergehen und Verbrechen von deutschen Staatsangehörigen und Schutzgenossen gegen Hereros oder umgekehrt, bleibt einer besonderen Vereinbarung zwischen der Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers und den Häuptlingen im Hererolande vorbehalten. || Bis eine solche Vereinbarung getroffen sein wird, sollen vorkommende Rechtsfälle der letzten Art von dem Kaiserlichen Kommissar oder dessen Stellvertreter unter Zuziehung eines Rathsmitgliedes entschieden werden.

Art. V. Der Oberhäuptling Maharero verpflichtet sich, möglichst zur Erhaltung des Friedens im Damaralande selbst und zwischen diesem und den Nachbarländern beizutragen und bei etwaigen Streitigkeiten mit seinen Unterhäuptlingen oder mit anderen Häuptlingen der Nachbarländer die Vermittelung oder Entscheidung der Kaiserlich deutschen Regierung, bezw. des Kaiserlichen Kommissars anzurufen. || Der vorstehende Vertrag ist im Hause des Missionars Diehl zu Okahandya am 21. Oktober 1885 in doppelter Ausfertigung von den Bevollmächtigten Seiner Majestät des deutschen Kaisers, sowie von Maharero und den anwesenden Unterhäuptlingen, Räthen und Grossen unterzeichnet, resp. unterkreuzt worden, nachdem der als Dolmetscher fungirende Missionar Diehl denselben in die Landessprache wörtlich übersetzt und sämmtliche anwesende Hereros erklärt hatten, alles wohl verstanden zu haben. Desgleichen haben

Nr. 8827. Deutschland. 21. Oct. 1885.

der Dolmetscher, die nachstehenden Zeugen und der Sekretär mitunterschrieben.

Dr. jur. H. E. Goering,	× Handzeichen des Maharero
Kaiserlich deutscher Kommissar des	Katyamuaha.
Reichs für das südwest-afrikanische	× Handzeichen des Kaviseri.
Schutzgebiet.	× Handzeichen des Riarua.
C. G. Büttner.	× Handzeichen des Martin.
	× Handzeichen des Nicodemus.
Als Zeugen:	× Handzeichen des Simuinya.
Wilhelm.	Samuel.
Josophat.	× Handzeichen des Johannes.
August Lüderitz.	× Handzeichen des Barnabas.
Ph. Diehl als Dolmetscher.	Daniel.
Nels, Sekretär.	× Handzeichen des Mavekopo.

Die Richtigkeit der Abschrift bescheinigt
Okahandya, den 23. October 1885. Dr. Goering.

Verhandelt Omaruru, den 3. November 1885.

Vor dem unterzeichneten Reichskommissar für das südwest-afrikanische Schutzgebiet Dr. jur. Heinrich Ernst Goering in Assistenz des Sekretärs Louis Nels erscheint heute der Häuptling von Omaruru Manasse Tyiseseta und die mitunterzeichneten Mitglieder des Rathes. Denselben wurde von dem als Dolmetscher fungirenden Missionar Viehe von hier der mit Maharero abgeschlossene Schutz- und Freundschaftsvertrag wörtlich übersetzt und erklärt. Nach stattgehabter Berathung gaben sie die nachstehende Erklärung ab:

Wir treten hiermit dem zwischen Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preussen etc., Wilhelm I., und Maharero Katyamuaha, Oberhäuptling der Hereros, abgeschlossenen Schutz- und Freundschaftsvertrage d. d. Okahandya, den 21. October 1885, den wir wohl verstanden haben, in allen Punkten bei.

Vorgelesen, übersetzt, genehmigt und unterzeichnet.

Als Dolmetscher:	Manasse Tyiseseta.	
G. Viehe, Missionar.	× Handzeichen des Mutata.	Mitglieder des Raths.
Als Zeugen:	× „ „ Haiva	
Andreas Pürainen, Agent der	× „ „ Barnabas	
finnischen Mission.	× „ „ Kanida	
Traugott Kauapirura.	× „ „ Katyitumua	
Nels, Sekretär.	× „ „ Asa	

Der Kaiserlich deutsche Kommissar für das südwest-afrikanische Schutzgebiet.
Dr. Heinrich Ernst Goering.

Nr. 8828. DEUTSCHLAND. — Denkschrift über die deutschen Schutzgebiete. Vom 2. Dezember 1885*).

Der Grundgedanke der deutschen Kolonialpolitik, dass der Schutz und die Aufsicht des Reiches den deutschen Handelsunternehmungen in überseeischen Ländern zu folgen und soweit einzutreten haben, als sich für dieselben ein Bedürfniss geltend macht, ist auch bei der vorläufigen Regelung der inneren Verhältnisse der Schutzgebiete maassgebend geblieben. || Bezüglich des umfangreichsten Theiles der deutschen Schutzgebiete, nämlich der Erwerbungen der Neu-Guinea-Kompagnie und der deutschen Ostafrikanischen Gesellschaft, konnte sich das Reich eines unmittelbaren Eingreifens in die Gestaltung der inneren Verhältnisse bisher enthalten. Hier scheint es von Hause aus thunlich, die Korporationen der Unternehmer selbst mit der politischen und administrativen Organisation der Schutzgebiete nach den vorhandenen Bedürfnissen und, wenn auch unter Kaiserlicher Aufsicht, doch nach eigenem Ermessen vorgehen zu lassen. Von dieser Aufsicht einen sparsamen und zurückhaltenden Gebrauch zu machen, liegt in der Absicht der Behörden. || Was sodann das Schutzgebiet in Südwestafrika anbetrifft, so liegen die Verhältnisse dort bisher derartig, dass sie für ein unmittelbares Eingreifen amtlicher Art keinen Anlass geben. || Die Thätigkeit des Kaiserlichen Kommissars wird sich einstweilen darauf beschränken können, friedliche Zustände unter den zu Deutschland in ein Schutzverhältniss getretenen Häuptlingen zu erhalten und dafür zu sorgen, dass den deutschen Unternehmungen kein Hinderniss in der Verwerthung der ihnen übertragenen Concessionen und Bewirthschaftung der von ihnen erworbenen Gebiete geschaffen werde. || Es bleibt demgemäss nur das Kamerun- und Togogebiet übrig, nachdem die Bemühungen des Reichskanzlers, die dort interessirten Handelshäuser zur Bildung einer mit der lokalen Verwaltung zu betrauenden Korporation zu bewegen, bisher den gewünschten Erfolg nicht gehabt haben und also die dorthin gesandten Kaiserlichen Beamten unmittelbarer in die Regelung der Verhältnisse eingreifen müssen. Aber auch hier wird die Bildung eines bureaukratischen Regiments sorgfältig vermieden. Der Gouverneur ist, wie dies weiter unten näher auseinandergesetzt wird, schon jetzt bemüht, sich in allen Verwaltungsangelegenheiten des Beiraths der in Kamerun ansässigen Kaufleute zu versichern, und werden dem Syndikat für Westafrika in Hamburg die für Kamerun und das Togogebiet zu erlassenden Verordnungen, soweit Entfernung und Zeit es möglich machen, regelmässig zur gutachtlichen Aeusserung vorgelegt.

I.

Kamerun und Togo.

In der Denkschrift zu Kap. 2 Tit. 4 des Etats des Auswärtigen Amtes pro 1885/86**) — Ausgaben zur Einleitung derjenigen Maassregeln, welche

*) Drucksachen des Reichstages, 6. Legislatur-Periode, II. Session 1885/6. Nr. 44. Dem Reichstage vorgelegt am 2. Dezember 1885.

**) Siehe Anlage.

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

zur Durchführung der dem Reiche in den Schutzgebieten von Kamerun, Togo und Angra-Pequena zufallenden Aufgaben nothwendig sind — ist bemerkt, dass ein Gouverneur sowie zwei Kaiserliche Kommissarien nach Kamerun, Togo und Angra-Pequena geschickt worden sind; es ist der Inhalt der ihnen ertheilten Instruktion und Vollmacht angegeben und es sind namentlich die von dem Kaiserlichen Gouverneur in Kamerun, Freiherrn von Soden, erlassenen Verordnungen kurz erwähnt worden. || Um eine genauere Anschauung über die getroffenen Anordnungen zu geben, ist den Ausführungen der dortigen Denkschrift noch Folgendes hinzuzufügen: || Der Gouverneur hat zunächst Vorsorge für die Bekanntmachung seiner Verordnungen getroffen und sich sodann bemüht, soweit es angängig war, das europäische Element bei der Verwaltung selbst zu betheiligen.

1. Der von dem Gouverneur durch Verordnung vom 10. Juli 1885 eingesetzte Verwaltungsrath besteht aus drei alljährlich vom Gouverneur zu ernennenden, in der Kolonie ansässigen Mitgliedern, deren Zahl mit der Zeit vermehrt werden kann. Die Mitgliedschaft ist obligatorisch; den Vorsitz führt der Gouverneur; als Protokollführer wird eine von ihm zu ernennende Persönlichkeit zugezogen. In einzelnen Fällen, wo es sich um Verhältnisse der Eingeborenen handelt, kann der Gouverneur einen oder mehrere Häuptlinge den Berathungen des Verwaltungsrathes beiwohnen lassen. || Der Gouverneur wird vor dem Erlass der von ihm beabsichtigten Verordnungen, soweit sie sich auf die Verwaltung der Kolonie beziehen, das Gutachten des Verwaltungsraths einfordern. Wird von demselben gegen eine Verordnung einstimmig Beschwerde erhoben, so muss darüber auf Antrag eines Mitgliedes die Entscheidung des Reichskanzlers eingeholt werden; die Beschwerde hält jedoch die Ausführung der Verordnung nicht auf.

2. Das durch Verordnung vom 20. Juli 1885 eingesetzte „Schiedsgericht" besteht aus dem Gouverneur oder dessen Stellvertreter als Vorsitzendem, einem Protokollführer und zwei europäischen Beisitzern, welche ebenfalls vom Gouverneur bestimmt werden. Ihre Ernennung erfolgt auf ein Jahr. Für die Rechtsprechung des Gerichts sollen in erster Linie die lokalen Gebräuche und Gewohnheiten, in zweiter Linie die „in Deutschland geltenden bürgerlichen Gesetze" maassgebend sein. Die Gerichtssprache ist die deutsche; doch wird auf Antrag einer Partei eine Uebersetzung beigegeben. || Vor dem Gerichtshof werden alle Streitigkeiten zwischen Europäern untereinander und in zweiter Instanz alle Streitigkeiten zwischen Europäern und Eingeborenen entschieden. || Streitigkeiten der letzteren Arten in erster Instanz sowie Streitigkeiten zwischen Eingeborenen untereinander werden von Einzelrichtern, welche der Gouverneur ernennt, unter Zuziehung eines Dolmetschers erledigt. || Streitigkeiten zwischen Eingeborenen können in besonders wichtigen Fällen unter Zustimmung des Gouverneurs vom Einzelrichter dem Schiedsgericht überwiesen werden. In solchen Fällen muss ein Dolmetscher der Sitzung des Schiedsgerichts beiwohnen; auch können nach Ermessen des Gouverneurs ein oder mehrere Häuptlinge zugezogen

werden. || Am Sitz des Gouvernements wird das Amt eines Einzelrichters von einem der Kolonialbeamten wahrgenommen; an anderen Plätzen wird es einer anderen geeigneten Persönlichkeit übertragen. || Die Gerichtsbarkeit in Strafsachen bleibt dem Gouverneur und dessen Stellvertreter vorbehalten. Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

3. Eine Verordnung vom 20. Juli 1885 bestimmt, dass vom 1. September d. J. an im Kamerungebiet von jeder ausgehenden Tonne Palmöl ein Ausfuhrzoll von 5 Mark und von jeder Tonne Palmkerne ein solcher von 2,50 Mark erhoben wird. Der Zoll muss spätestens einen Monat nach der Ausfuhr gezahlt werden. Zolldefraudationen werden durch Geldstrafe im sechsfachen Betrage des hinterzogenen Zolles bestraft.

4. Nach einer Verordnung vom gleichen Tage hat jedes im Kamerungebiet bestehende Geschäftshaus, welches mit Spirituosen irgend welcher Art handelt, hierfür eine jährliche Licenzabgabe von 2000 Mark zu entrichten. || Zweigniederlassungen haben eine besondere Abgabe nicht zu zahlen, es sei denn, dass sich die Hauptniederlassung ausserhalb des Kamerungebietes befindet. || Uebertretungen werden mit dem dreifachen Betrage der Abgabe geahndet; auch kann dem Zuwiderhandelnden das Recht zum Verkauf von Spirituosen im Kamerungebiet entzogen werden.

5. Am 1. April d. J. hatte der Admiral Knorr eine Lootsenordnung erlassen, wonach jedes von der Rhede nach dem Hafen in Kamerun oder umgekehrt fahrende Schiff verpflichtet wurde, einen Lootsen zu nehmen und dafür je nach dem Tiefgang und Tonnengeld eine bestimmte Gebühr zu bezahlen. Ausserdem mussten noch verhältnissmässige Betonnungsgelder gezahlt werden. Als Kaiserliches Hafenamt fungirte die Faktorei von C. Woermann in Kamerun. || Am 15. September 1885 änderte der Kaiserliche Gouverneur diese Verordnung ab, indem er die Lootsengebühren ermässigte. || Er stationirte den einen der beiden Lootsen, welche bisher beide in Kamerun ihren Sitz gehabt hatten, in Suellaba, welches näher an der Rhede liegt, so dass der Lootse billiger arbeiten kann. || Fahrzeuge von weniger als zwei Meter Tiefgang und die im Besitz der Kamerunfirmen befindlichen Küstendampfer sind dem Lootsenzwang nicht unterworfen.

6. Durch Verordnung vom 20. Juli 1885 ist bestimmt, dass vom 1. September ab jeder Führer eines in Kamerun einlaufenden Schiffes, mit Ausnahme der Fluss- und Küstenfahrzeuge, binnen 24 Stunden seine Schiffspapiere und Abschrift seines Manifestes auf dem Gouvernement abzugeben hat. Rechtzeitig vor der Abfahrt hat der Schiffsführer ein Manifest über die eingeladenen Produkte sowie eine Quittung über die Lootsen- und Betonnungsgebühren vorzulegen, worauf ihm die Schiffspapiere wieder ausgehändigt werden.

7. Der Kaiserliche Kommissar für das Togogebiet ist angewiesen worden, für seinen Bezirk auch die Einsetzung eines Verwaltungsrathes nach dem Muster des in Kamerun bestehenden zu veranlassen, soweit dies mit Rücksicht auf die dortigen Verhältnisse schon jetzt angängig erscheint.

8. Derselbe hat am 12. September d. J. für den Handelsplatz Bagida

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

(Strand) eine Verordnung erlassen, wonach bei dem Einkauf von Oel in den Faktoreien nur geaichte Maasse angewendet werden dürfen. || Es ist bereits in der erwähnten Denkschrift zum Etat bemerkt worden, dass diese Verordnungen und Einrichtungen einen provisorischen Charakter tragen und noch der Prüfung durch das Auswärtige Amt, unter Zuziehung des Syndikats für Westafrika, unterliegen. Es lässt sich zur Zeit noch kein Urtheil über die etwaigen finanziellen Erträgnisse aus dem Schutzgebiete gewinnen und deshalb keine Meinung über die etwaige Verwendung dieser Gelder abgeben. || Aus der Denkschrift ist ferner ersichtlich, weswegen in dem Togogebiet und in Angra-Pequena mit ähnlichen Maassregeln noch nicht hat vorgegangen werden können.

II.

Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft.

Im Namen der Gesellschaft für deutsche Kolonisation schloss eine unter der Führung des Dr. Karl Peters ausgesandte Expedition mit unabhängigen Herrschern im Innern des Zanzibar gegenüber liegenden ostafrikanischen Küstenlandes im November und Dezember 1884 Verträge ab, durch welche die Länder Usuguha, Nguru, Usagara und Ukami, ein Gebiet von angeblich 2500—3000 Quadratmeilen, sammt allen Hoheitsrechten für die genannte Gesellschaft erworben worden sind. Eine genaue Feststellung der Grenzen des Landes hat noch nicht stattfinden können. Die erworbenen Gebiete liegen etwa zwischen dem 5. und 9. Grade südlicher Breite und dem 38. und 35. Grade östlicher Länge. || Die Gesellschaft beabsichtigt, nach dem Vorbilde anderer europäischer Gesellschaften, aus eigener Kraft in den erworbenen Gebieten eine geordnete Verwaltung herzustellen, für den Rechtsschutz und das Wohl der Bewohner zu sorgen und die Hülfsquellen des Landes auf eigene Rechnung zu entwickeln. || Zur Erreichung dieser Ziele bat die Gesellschaft um das Kaiserliche Protektorat über ihre Erwerbungen und um Verleihung eines Schutzbriefes. Ferner bat sie um vorläufige Ermächtigung des einen Leiters ihres Unternehmens, Dr. jur. Jühlke, zur Ausübung der Gerichtsbarkeit und um Unterstützung ihrer Bemühungen dem Sultan von Zanzibar gegenüber zur Sicherung der freien Durchfuhr des Waarenverkehrs von und nach der Küste. || Am 27. Februar 1885 wurde der Gesellschaft der in Nr. 53 des Reichsanzeigers vom 3. März 1885 veröffentlichte Kaiserliche Schutzbrief*) verliehen und von der Uebernahme des Protektorats in Gemässheit der Kongo-Akte den übrigen Mächten und dem Sultan von Zanzibar Mittheilung gemacht. Auch wurde dem weiteren Ersuchen der gedachten Gesellschaft insofern entsprochen, als in Folge Kaiserlicher Anordnung der Dr. jur. Jühlke einstweilen mit der Ausübung der Gerichtsbarkeit in den von der Gesellschaft erworbenen Gebieten durch den Reichskanzler betraut und dem Kaiserlichen General-Konsul in Zanzibar unterstellt wurde. Diese Gesellschaft, welcher der Kaiserliche Schutzbrief verliehen worden ist, hat sich demnächst in das Handels-

*) Staatsarchiv Bd. XLVI No. 8782.

register des Amtsgerichts I in Berlin unter der Firma „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft Karl Peters und Genossen“ als eine Kommanditgesellschaft eintragen lassen, deren Geschäfte darin bestehen sollen, ihr in Ostafrika bereits erworbenes und noch zu erwerbendes Gebiet theils zu veräussern, theils selbst zu bewirthschaften. || Am 27. April 1885 protestirte der Sultan*) von Zanzibar gegen das deutsche Protektorat über die Besitzungen der Gesellschaft, indem er selbst Eigenthumsansprüche auf die von ihr erworbenen Gebiete geltend machte. Da dieser Protest einer rechtlichen Grundlage entbehrte, so wurde er im Auftrage des Reichskanzlers durch den Kaiserlichen General-Konsul in Zanzibar zurückgewiesen und gegen jeden beabsichtigten Eingriff auf das deutsche Schutzgebiet Einspruch erhoben. In Folge hiervon hat sich der Sultan Said Bargasch feindlicher Maassregeln bezüglich des erwähnten Gebietes enthalten und, nachdem am 7. August ein deutsches Geschwader vor Zanzibar erschienen war, am 13. August die Schutzherrschaft Seiner Majestät über die deutschen Schutzgebiete anerkannt. || Bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Abschluss eines Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrages**) zwischen dem Reiche und Zanzibar, welche ein baldiges günstiges Ende erhoffen lassen, hat der Sultan ferner dem deutschen Reich das freie Gebrauchsrecht an dem Hafen Dar-es-Salam eingeräumt. || Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft hat inzwischen die Anzeige von neuen Landerwerbungen auf dem ostafrikanischen Festlande an den Reichskanzler gelangen lassen und die Erstreckung des Kaiserlichen Schutzbriefes auf dieselben beantragt. Diesem Antrage ist bisher noch nicht entsprochen worden, weil die Prüfung des Erwerbs nicht beendet ist und insbesondere über die Feststellung der Grenzen des Sultanats von Zanzibar noch Verhandlungen schweben, welche in Gemeinschaft mit England und Frankreich geführt werden. Mit beiden letztgenannten Mächten haben wir zur Vermeidung künftiger Grenzstreitigkeiten eine Vereinbarung dahin getroffen, die Gebietsansprüche des Sultans Said Bargasch auf dem Festlande von Afrika durch eine gemeinschaftliche Kommission prüfen zu lassen.***) || Dieselbe wird inzwischen in Zanzibar zusammengetreten sein.

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

III.

Südwestafrika.

Das ausweislich der dem Reichstage am 11. Dezember 1884 gemachten Vorlagen unter deutschen Schutz gestellte Territorium an der Südwestküste von Afrika war theils von der Firma F. A. E. Lüderitz in Bremen, theils von einem Verein, an dessen Spitze die Berliner Diskontogesellschaft stand, auf den Namen der Direktion dieser Gesellschaft, theils von den Reichsangehörigen Hasenclever und Scheidweiler erworben worden. || Letztere betheiligten sich demnächst an dem vorerwähnten Verein und traten demselben ihre Rechte

*) No. 8785.
**) No. 8803.
***) No. 8797 u. flg.

Nr. 882. Deutschland. 2. Dec. 1885.

ab. || Die Firma F. A. E. Lüderitz hatte durch Kaufverträge vom 1. Mai und 25. August 1883 die Küste vom Orange-Fluss nordwärts bis zum 26. Grad südlicher Breite in einer Ausdehnung von 20 geographischen Meilen landeinwärts von dem Kapitän Joseph Fredericks, dem unabhängigen Beherrscher von Bethanien in Grossnamaqualand, erworben und das ausschliessliche Recht eingeräumt erhalten, in dessen übrigem Lande Bergwerke anzulegen, Wege, Eisenbahnen zu bauen und zu verwalten, überhaupt alle öffentlichen Arbeiten auszuführen. || Mit demselben Joseph Fredericks schloss der General-Konsul Dr. Nachtigal am 28. Oktober 1884 im Namen des deutschen Reichs einen Schutz- und Freundschaftsvertrag, wonach S. M. der Kaiser die Schutzherrlichkeit über das Gebiet dieses Kapitäns übernimmt. Dieser soll weder in der Erhebung der ihm zustehenden Einnahmen, noch in der Ausübung der Gerichtsbarkeit über seine Unterthanen beeinträchtigt werden. Dagegen verpflichtet er sich, ohne Genehmigung des deutschen Kaisers keine Verträge mit anderen Staaten oder Staatsangehörigen abzuschliessen, den deutschen Reichsangehörigen vollständigen Schutz, volle Handels- und Verkehrsfreiheit in seinem Gebiete zu gewähren, keinem Angehörigen einer anderen Nation grössere Rechte zuzugestehen als den Deutschen, bei Streitigkeiten mit anderen Häuptlingen zunächst die Entscheidung der deutschen Regierung anzurufen. || Die Jurisdiktion über die Deutschen in Bethanien geht auf das deutsche Reich über. Eine Vereinbarung über die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Deutschen und Eingeborenen bleibt vorbehalten; einstweilen entscheidet der deutsche Kommissar in Gemeinschaft mit einem Mitglied des Raths von Bethanien. || Am 19. August 1884 verkaufte der Topnaar-Häuptling Piet Haibib in Scheppmannsdorf an die Firma F. A. E. Lüderitz die Hoheitsrechte über sein Gebiet vom 26.° bis 22.° südlicher Breite, mit Ausschluss des englischen Territoriums der Walfisch-Bai. Am 23. November 1884 erkannte der General-Konsul Dr. Nachtigal im Namen des deutschen Reiches diese Abtretung an, vorbehaltlich wohlerworbener Rechte Dritter, und stellte das dementsprechend von F. A. E. Lüderitz erworbene Land unter den Schutz des deutschen Reiches. || Das Gebiet des Piet Haibib erstreckt sich nach seiner Erklärung von Sandwich Harbour über Hudaob am Kuisib-Fluss, Goagas, Onanis, die Dorste-Mündung in den Tsoa-snoub-Fluss, bis Ameib; die Nordgrenze läuft von da bis zur Mündung des Omaruru-Flusses; die Westgrenze bildet das Meer. || Von demselben Piet Haibib hatten auch die Herren Hasenclever und Scheidweiler Land und Bergwerke erworben. Dieselben haben ausserdem noch von dem Häuptling der Zwaartbooi-Hottentotten, in dessen Gebiet vom Tsoa-Xaub-Fluss bis Kaokoveld, und von dem Häuptling Jan Jonker Afrikander, in seinem Gebiet von der Walfisch-Bai und dem südlichen Ufer des Tsoa-Xaub-Flusses unterhalb Sandwich-Hafen an der Westküste bis zum Osten von Windhook, Land und Bergwerke sich abtreten lassen. Am 11. Oktober 1884 schloss Dr. Hoepfner für die Firma F. A. E. Lüderitz mit Hermanus von Wyk, dem Häuptling der Bastards von Rehoboth, einen Vertrag über deren östlich von

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

Walfisch-Bai zwischen dem 23. und 24. Grad südlicher Breite gelegenes Land ab. Sowohl der Kapitän Hermanus von Wyk als auch Manasse Naresib, der Häuptling des rothen Volkes in Hoachanas, dessen Gebiet sich im Süden bis zum Chambo-Fluss, im Osten bis Betschuanaland, im Nordosten bis zum Mojami-See, im Norden bis zum Okawango, im Nordwesten bis zum Owamboland erstreckt, und welcher bereits im November 1884 Minenrechte in diesem Lande der Firma F. A. E. Lüderitz verliehen hatte, haben an Se. Majestät den Kaiser Gesuche um Uebernahme des Protektorats gerichtet. Diesen Gesuchen wurde am 9. April 1885 stattgegeben. || Ebenso wie Manasse Naresib von Hoachanas, der Kapitän des rothen Volkes, haben auch die Häuptlinge Jacobus Izaak von Berseba, Cornelius Zwaartbooi von Otyitambi und Jan 'Ui Xamab von den Topnaar in Zesfontain im Januar und März 1885 sich schriftlich verpflichtet, mit dem deutschen Reiche Schutz- und Freundschaftsverträge zu schliessen. Von ihnen sowohl als auch von Jan Jonker Afrikander und Abraham Zwaartbooi hat die Firma F. A. E. Lüderitz und ihr Rechtsnachfolger Ländergebiete und Bergbaukonzessionen erworben. || Am 28. Juli 1885 ist mit Jacobus Izaak in Berseba ein Schutz- und Freundschaftsvertrag geschlossen und sein Land unter deutsches Protektorat gestellt. Nach Angabe des Kapitäns ist die Südgrenze seines Gebiets der Xamob (Löwenfluss); die Ostgrenze liegt zwischen Khons und Daberas, die Nordgrenze zwischen Kavieis und Gibeon; die Westgrenze gegen Bethanien hin ist unbestimmt. || Durch Vertrag vom 3. April 1885 kaufte eine Anzahl deutscher Reichsangehöriger die von der Firma F. A. E. Lüderitz in Südwestafrika erworbenen, unter den Schutz des Reichs gestellten Besitzungen und übertrug dieselben einer unter dem Namen „Deutsche Kolonial-Gesellschaft für Südwestafrika“ errichteten Gesellschaft, welcher durch Allerhöchste Ordre vom 13. April 1885 die Rechte einer juristischen Person verliehen wurden. || Die Gesellschaft hat den Zweck, die von F. A. E. Lüderitz gekauften Besitzungen durch andere Erwerbungen zu erweitern, die Grundbesitzungen und Bergwerksberechtigungen durch Expeditionen und Untersuchungen zu erforschen, für industrielle und Handelsunternehmungen sowie deutsche Ansiedelungen vorzubereiten, geeignete gewerbliche Anlagen dortselbst zu machen und zu betreiben oder durch Andere betreiben zu lassen und das Privateigenthum zu verwerthen, sowie endlich die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte zu übernehmen, „soweit solche der Gesellschaft für ihre Gebiete übertragen werden“. || Wie bereits früher mitgetheilt ist, waren die deutsche und die englische Regierung übereingekommen, in Kapstadt eine gemischte Kommission zur Prüfung der Rechte englischer Unterthanen in dem deutschen Schutzgebiet in Südwestafrika zusammentreten zu lassen. Zum deutschen Kommissar war der General-Konsul Dr. Bieber in Kapstadt ernannt worden. Die englische Regierung ernannte den Richter am obersten Gerichtshof für das Kapland, Mr. Sidney Godolphin Shippard, zu ihrem Kommissar. || Nach längeren Verhandlungen willigte die englische Regierung ein, dass die Kommission ihre Berathungen auf diejenigen Inseln bei

Nr. 8328. Deutschland. 2. Dec. 1885.

Angra-Pequena, einschliesslich Shark Island, ausdehne, die nicht bereits als englisches Territorium proklamirt seien. || Demnach stand ausserhalb der Diskussion einerseits die deutsche Schutzherrlichkeit über den Küstenstrich zwischen der Mündung des Orange-Flusses und dem Kap Frio, mit Ausnahme der Walfisch-Bai und des umliegenden kleinen Territoriums, andererseits die englische Oberhoheit über die Walfisch-Bai und die in der Besitzergreifungsurkunde vom 27. Februar 1867 aufgeführten Inseln. || Aufgabe der Kommission war, die Ansprüche auf Privateigenthum und Nutzungsrechte zu prüfen und zu begutachten, welche Angehörige des einen Reiches in dem Gebiet des anderen vor der deutschen Schutzerklärung erworben zu haben behaupteten, und zwar insbesondere die Ansprüche, welche englische Unterthanen auf Grund der von Sir P. Wodehouse im Jahre 1869 ertheilten lease mit Bezug auf Inseln, Klippen und Riffe erhoben, welche nicht in der Urkunde vom 27. Februar 1867 genannt sind. || Eine Notiz über die gemischte Kommission ist in Nr. 61 des Reichsanzeigers vom 12. März 1885 veröffentlicht worden. Die Kommission begann ihre Sitzungen am 14. März 1885 und beendete dieselben nach eingehender Prüfung der ihr vorgetragenen Ansprüche am 4. September 1885. || Die Ausdehnung des deutschen Schutzgebietes nach dem Innern lässt sich zunächst dadurch feststellen, dass sich nach einer Mittheilung der englischen Regierung die Grenzen des unter ihre Schutzherrlichkeit gestellten Betschuanalandes nach Westen bis zum 20. Grad östlicher Länge (Greenwich) und nach Norden bis zum 22. Grad südlicher Breite erstrecken. Ausserdem hat sich die englische Regierung der deutschen gegenüber verpflichtet, ihren Einfluss nach Westen hin nicht über den 20. Grad östlicher Länge auszudehnen und einer Entwickelung des deutschen Protektorats bis zu diesem Längengrade nicht entgegenzuwirken. Endlich hat die gedachte Regierung auch die englischen Beamten der Kapkolonie angewiesen, sich jeder Einwirkung auf die Häuptlinge des Gross-Namaqua- und Herero-Landes zu enthalten, und den Häuptling Kamaherero und andere benachbarte Herrscher davon verständigen lassen, dass England nicht beabsichtigt, sein Protektorat über das Gebiet der Walfisch-Bai hinaus zu erweitern. || Wie bereits in der Denkschrift zum Etat bemerkt worden ist, hat die Abordnung eines Kaiserlichen Kommissars nach Angra-Pequena stattgefunden. Derselbe — Landgerichtsrath Dr. Goering aus Metz — ist auch bereits in seinem Amtsbezirke angekommen; doch sind, abgesehen von einem gleich nach seiner Ankunft erstatteten Bericht, ausführlichere Mittheilungen desselben in Folge der unregelmässigen seltenen Postverbindung bis jetzt nicht eingegangen.

IV.

Witu (Suaheli-Land).

Bereits im Jahre 1867 liess der Sultan der Suaheli Achmed ben Fümo Lutui ben Scheech Nabahani, genannt Zimba (Löwe) von Witu, durch den Reisenden Richard Brenner um den Schutz und die Freundschaft der König-

lich preussischen Regierung bitten. Wenn auch damals diesem Gesuche keine weitere Folge gegeben wurde, so zeigte sich doch auch später in der freundlichen Behandlung deutscher Reisenden, dass der gedachte Sultan auf ein gutes Verhältniss zum deutschen Reiche Werth legte. || Im Jahre 1878 trat der Afrikareisende Clemens Denhardt allein und später in Gemeinschaft mit seinem Bruder Gustav in engere Beziehungen zu dem Sultan Achmed, dessen Geschlecht seit Jahrhunderten an der ostafrikanischen Küste das herrschende gewesen war, bis ihm in den letzten Menschenaltern Theile des Gebiets von dem Sultan von Zanzibar streitig gemacht wurden. Die Fehde zwischen den Suaheli und Zanzibar hat einen Abschluss noch nicht gefunden. || Am 8. April 1885 verkaufte Sultan Achmed einen etwa 20 bis 25 deutsche Quadratmeilen betragenden Theil seines Landes mit allen ihm daran zustehenden Hoheits- und Privatrechten an Clemens Denhardt. Die Grenzen dieses Gebietes werden gebildet durch eine gerade Linie zwischen Witu und Fungasombo, Fungasombo und Mkonumbi, dann durch den Fluss Mkonumbi bis zum Indischen Ozean, ferner durch den Indischen Ozean zwischen der Mündung des Mkonumbi-Flusses und der Mündung des Flusses Osi, sodann durch den Fluss Osi bis Kau, den Fluss Magogoni und durch eine gerade Linie, welche den fernsten nach dem Inland hin belegenen Punkt dieses Flusses mit Witu verbindet. || Gleichzeitig und in besonders ausgefertigter Urkunde beauftragte der Sultan Achmed am 8. April 1885 die Gebrüder Denhardt, dem Kaiserlichen General-Konsul in Zanzibar gegenüber seinen, des Sultans, Wunsch, || zu Seiner Majestät dem deutschen Kaiser in ein aufrichtig freundschaftliches Verhältniss und unter Allerhöchstdessen mächtigen Schutz zu treten, Ausdruck zu geben. || Dieses Gesuch wurde am 24. April 1885 telegraphisch an das Auswärtige Amt übermittelt und darauf hin am 27. Mai der General-Konsul in Zanzibar angewiesen, das Anerbieten des Sultans von Witu vorbehaltlich der Rechte Dritter anzunehmen. || Inzwischen hatten die Gebrüder Denhardt, welche von dem Sultan Achmed zu Verhandlungen jeglicher Art und insbesondere mit dem Sultan Said Bargasch von Zanzibar bevollmächtigt worden waren, den letzteren zur Einstellung der von ihm gegen das Gebiet von Witu unternommenen Feindseligkeiten zu bewegen gesucht. Namentlich protestirten sie Namens des Sultans von Witu gegen Besitzergreifungen und Uebergriffe, welche in neuerer Zeit auf der Küste und den Inseln Ostafrikas zwischen Mogdischu (etwa in 2^{0} 10′ nördl. Breite) und Tangata (etwa in 5^{0} 20′ südl. Breite), zunächst von Said Bargasch erfolgten und etwa von europäischen Regierungen erfolgen möchten. Sie erklärten, dass der Sultan Achmed alle Hoheitsrechte auf der oben bezeichneten Küstenstrecke und den vor ihr liegenden Inseln für sich und seine Nachfolger in Anspruch nimmt. || Der Sultan Said Bargasch liess jedoch diesen Protest unbeachtet und begann sich von dem Hafen Lamu aus zum Einmarsch in Witu zu rüsten. Nachdem der Kaiserliche General-Konsul auf erhaltenen Auftrag gegen jede Vergewaltigung des Sultans von Witu Einspruch erhoben hatte, wurden die in Bewegung gesetzten feindlichen Streit-

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

kräfte wieder zurückgezogen. || Eine endgültige Beilegung der Feindseligkeiten erfolgte mit dem Eintreffen des deutschen Geschwaders vor Zanzibar, indem Sultan Said Bargasch am 13. August 1885 dem Geschwaderchef gegenüber die Schutzherrschaft des deutschen Kaisers über das Festlandgebiet des Sultans Achmed bedingungslos anerkannte. || Der Kapitän zur See Valois, Kommandant S. M. Schiff „Gneisenau", hat kürzlich mit einem Gefolge von 2 Offizieren und ca. 30 Mann eine Expedition nach Witu unternommen, um dem Sultan einen offiziellen Besuch zu machen und über die dortigen Verhältnisse Erkundigungen einzuziehen. Nach seinen Berichten ist die Gegend von der Küste bis zu der Residenz des Sultans sehr fruchtbar, das Terrain fast unausgesetzt mit Negerkorn, Bohnen, Oelfrucht und Taback angebaut. Der Sultan Achmed, welcher unter den Bewohnern der Küstengegend eine sehr geachtete Stellung einnimmt, hat dem deutschen Kommando einen wohlwollenden Empfang bereitet.

V.

Neu-Guinea-Kompagnie.

Nachdem die Grenzen zwischen dem deutschen Schutzgebiete und den englischen Besitzungen auf Neu-Guinea (Kaiser Wilhelms-Land) und im Bismarck-Archipel durch Notenaustausch der beiden Regierungen unter dem 25., bezw. 29. April 1885*) festgestellt waren — vergl. Nr. 144 des Reichsanzeigers vom 23. Juni 1885 —, war für die deutschen Kolonialunternehmungen in diesen Gebieten freie Bahn geschaffen. Die Genossenschaft deutscher Reichsangehöriger, welche die Landerwerbungen in Neu-Guinea veranlasste, hatte bereits am 26. Mai 1884 unter dem Namen „Neu-Guinea-Kompagnie" sich nach den Bestimmungen des preussischen Landrechts als eine Gesellschaft konstituirt, mit dem Zweck, in dem deutschen Schutzgebiet aus eigener Kraft ein Staatswesen aufzurichten. Während sie selbst nicht beabsichtigt, Handel zu treiben, will sie Angehörige aller Nationen unter gleichen Bedingungen zum Handel, zur Ansiedelung und zum Betriebe irgend welcher Gewerbe zulassen. Die „Deutsche Handels- und Plantagengesellschaft der Südsee-Inseln" und die Firma Robertson & Hernsheim, welche schon seit längerer Zeit in dem gedachten Archipel Faktoreien und seit einiger Zeit auch Grundeigenthum besitzen, traten vertragsmässig der Neu-Guinea-Kompagnie bei, indem sie für die Zukunft auf die Abschliessung von Verträgen mit den Eingeborenen über Land und Grundberechtigungen auf eigene Rechnung innerhalb des Schutzgebietes, im Uebrigen unter Wahrung der vorher erworbenen Eigenthumsrechte, verzichteten. || Auf ihr Ersuchen wurde der Neu-Guinea-Kompagnie am 17. Mai 1885 ein Kaiserlicher Schutzbrief verliehen (vergl. Nr. 117 des Deutschen Reichsanzeigers vom 21. Mai 1885)**). || Dieser Schutzbrief entspricht im Allgemeinen demjenigen, welcher am 27. Februar 1885 der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (ab-

*) Staatsarchiv Bd. XLIV. Nr. 8545—8546.

**) Bd. XLIV. Nr. 8509.

gedruckt im Reichsanzeiger vom 3. März 1885) ertheilt wurde und schliesst sich den Royal Charters an, wie sie auf Grund vielseitiger Erfahrung noch bis in die jüngste Zeit in England in Uebung sind. Ein wesentlicher Unterschied besteht jedoch in den Bestimmungen über das Grundeigenthum. Der Landerwerb seitens der Neu-Guinea-Kompagnie kann nur allmählich vor sich gehen, weil es auf Neu-Guinea keine Häuptlinge giebt, von denen das Eigenthum über grössere Länderstrecken zu erwerben gewesen wäre. Um die Herstellung geordneter Zustände nicht zu erschweren und die Kompagnie nicht der Möglichkeit zu berauben, durch allmähliche und rationelle Verwerthung des Bodens einen Gewinn zu erzielen, musste der Kompagnie das ausschliessliche Recht verliehen werden, in dem Schutzgebiet Verträge mit den Eingeborenen über Land und Grundberechtigungen abzuschliessen, sowie herrenloses Land in Besitz zu nehmen und darüber zu verfügen. || Dementsprechend wurde der Kaiserliche Kommissar für die Südsee auf weiteres Ansuchen der Gesellschaft angewiesen, für das deutsche Schutzgebiet anzuordnen, dass neue Landerwerbungen ohne Genehmigung der deutschen Behörde ungültig sind und nur ältere Rechte geschützt werden. || Auch wurde zur ferneren Förderung des von der Kompagnie angestrebten Zieles seitens des Kommissars die Anlegung eines einfachen Grundbuches vorgeschrieben, in welches alle die, welche Land innerhalb des Schutzgebietes erworben zu haben behaupten, innerhalb einer von dem Kaiserlichen Kommissar festzusetzenden Frist ihre Erwerbstitel und den Umfang ihres Besitzes eintragen lassen müssen. || Endlich wurde durch den kaiserlichen Kommissar verordnet, dass Waffen, Munition und Sprengstoffe sowie Spirituosen bis auf Weiteres an Eingeborene nicht verabfolgt werden dürfen. Ingleichen wurde es verboten, Eingeborene zur Verwendung als Arbeiter aus dem deutschen Schutzgebiete wegzuführen, ausgenommen unter Kontrole deutscher Beamten für deutsche Plantagen aus denjenigen Theilen des Neu-Britannischen Archipels, in welchen dies bisher üblich war. || Die Thätigkeit der Neu-Guinea-Kompagnie in ihrem Gebiet ergiebt sich aus den in ihrem Auftrage veröffentlichten periodischen „Nachrichten für und über Kaiser Wilhelms-Land und den Bismarck-Archipel".

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

Denkschrift*).

Durch den Etat des Auswärtigen Amtes pro 1885/86 sind sub Kapitel 2 Titel 4 der einmaligen Ausgaben, „zur Einleitung derjenigen Maassnahmen, welche zur Durchführung der dem Reiche in den Schutzgebieten von Kamerun, Togo und Angra-Pequena zufallenden Aufgaben nothwendig sind, sowohl zur Remunerirung von Beamten als zur Ausführung unbedingt erforderlicher Bauten", 248,000 M. bewilligt. Bei diesem Fonds sind nach der Natur des Pauschquantums sämmtliche zur Durchführung der in den Schutzgebieten nothwendigen Massnahmen erforderlichen Aufwendungen zu verrechnen, einschliesslich der erwachsenden „sachlichen und vermischten Ausgaben".

*) Drucksachen des Reichstages, 6. Legislaturperiode, II. Session 1885/6. Nr. 21.

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

Mit den bewilligten 248,000 M. sind bis jetzt folgende Einrichtungen getroffen: || Es sind zunächst die erforderlichen Beamten für Kamerun, Togo und Angra-Pequena ernannt worden. Für das Gebiet von Kamerun ist, entsprechend der Bedeutung und der Ausdehnung des unter deutsche Schutzherrschaft gestellten Gebietes, ein Gouverneur bestellt, welcher zugleich als Kaiserlicher Oberkommissar für das Togogebiet und als Generalkonsul für den Golf von Guinea zu fungiren berufen ist. Demselben ist ein juristisch gebildeter Kanzler beigegeben, welcher namentlich die richterlichen Geschäfte wahrzunehmen hat. || Im Togogebiet und dem südwestafrikanischen Schutzgebiete von Angra-Pequena ist die Bestellung je eines Kommissars ausreichend erschienen. || Der Kommissar im Togogebiet, welcher dem Gouverneur in Kamerun unterstellt und zugleich zum Konsul für die Gold- und Sklavenküste ernannt ist, ressortirt auch als solcher von dem Gouverneur in dessen Eigenschaft als Generalkonsul für den Golf von Guinea. Dem Gouverneur und den beiden Kommissarien ist zum Zwecke des Büreaudienstes je ein Sekretär — und in Kamerun ein Dolmetscher — beigegeben, ausserdem für die drei Bezirke je ein Amtsdiener zur Verfügung gestellt, welcher gleichzeitig die Funktionen eines Gefängnisswärters und eines Instrukteurs für die aus Eingeborenen zu bildenden und in Kamerun und Togo bereits in der Bildung begriffenen Polizeimannschaften haben soll. || Sämmtliche Beamte sind mit denjenigen Remunerationen ausgestattet, welche seiner Zeit in den Ergänzungsetat pro 1885/86, in Berücksichtigung der Durchschnittsbesoldungen der Kaiserlichen Konsularbeamten in überseeischen Ländern und auf Grund von Mittheilungen der in den Schutzgebieten ansässigen deutschen Firmen, als Besoldungen eingestellt waren. Da indessen nur ein Pauschquantum bewilligt ist, sind sämmtliche Beamten nur bis auf Weiteres kommissarisch entsandt und beziehen ihre Kompetenzen in Form einer diätarischen Remuneration. || Der Gouverneur und die Kommissarien sind mit kaiserlichen Kommissorien ausgestattet. Durch diese Kommissorien sind sie angewiesen, in den Schutzgebieten die Interessen des Reiches wahrzunehmen, für Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln Sorge zu tragen und den Reichsangehörigen wie den Unterthanen anderer befreundeter Staaten und den Eingeborenen Schutz und Sicherheit zu gewähren. || Der Gouverneur von Kamerun hat die Verwaltung der Kolonie am 3. Juli d. J., die Kommissarien die Geschäfte in Bagida (Togo) am 26. Juni, diejenigen in Angra-Pequena am 25. August d. J. übernommen. || Wohnung haben die Beamten einstweilen miethweise genommen und sind angewiesen, nach näherer Erfahrung an Ort und Stelle Anträge wegen zu errichtender Amtsgebäude zu stellen. || Diese Anträge fehlen noch seitens der Kommissarien im Togo- und südwestafrikanischen Schutzgebiete. Dagegen sind auf Grund der Angaben des Gouverneurs von Kamerun durch einen hiesigen Baumeister die Pläne und Anschläge für das zu errichtende Regierungsgebäude in Kamerun bereits ausgearbeitet, und sin Vorbereitungen für die Inangriffnahme der Bauarbeiten getroffen. || Behufs Erwägung der künftigen Organisation hat der Gouverneur

von Kamerun vorläufig einen aus drei Mitgliedern dortiger Firmen zusammengesetzten Verwaltungsrath sowie ein aus dem Gouverneur, oder dessen Stellvertreter und zwei Beisitzern bestehendes Schiedsgericht für das Kamerungebiet ins Leben gerufen. || Ferner ist die Erhebung eines Ausfuhrzolles für Palmöl und Palmkerne sowie einer Licenzabgabe auf den Handel mit Spirituosen eingeführt. Für die Rhede und den Hafen von Kamerun ist eine Lootsenordnung erlassen. || Diese Verordnungen des Gouverneurs von Kamerun, welche provisorisch in Kraft getreten sind, unterliegen zur Zeit der Prüfung im Auswärtigen Amte; ihre Zweckmässigkeit sowie ihre Wirkung in finanzieller und administrativer Hinsicht werden sich jedoch erst bei längerer Erfahrung sicher beurtheilen lassen. Verordnungen ähnlicher Art liegen aus den Gebieten von Togo und Angra-Pequena bisher nicht vor. Bezüglich des ersteren haben die zur Zeit noch schwebenden Verhandlungen mit anderen Mächten eine vorbereitende organisatorische Thätigkeit bisher verzögert, wogegen der Kommissar des südwestafrikanischen Schutzgebietes sich zur Zeit noch auf Reisen befindet, um zunächst die Verhältnisse seines Amtsbezirkes kennen zu lernen und die Beziehungen zu den eingeborenen Häuptlingen zu regeln. || Das Pauschquantum von 248,000 M. wird bis zum Schlusse des Etatsjahres durch die den Beamten zu zahlenden Remunerationen, die sächlichen und vermischten Ausgaben (namentlich für Dienstreisen, Umzugskosten, Polizeimannschaften) sowie durch den Bau des Regierungsgebäudes für Kamerun voraussichtlich erschöpft werden. || Bei der mangelnden Erfahrung wird es nicht thunlich sein, schon jetzt das Maass und die Art der Heranziehung der Schutzgebiete zu den Kosten ihrer Beaufsichtigung endgültig zu regeln und eine feste Organisation in denselben einzuführen; es ist deshalb in den Etat pro 1886/87 wiederum ein Pauschquantum eingestellt worden. Dasselbe ist etwas höher als das jetzige bemessen, weil im nächsten Jahre ausser den daraus zu zahlenden Beamtenbesoldungen sowie den sachlichen und vermischten Ausgaben voraussichtlich zwei Dienstgebäude, im Togogebiete und im südwestafrikanischen Schutzgebiete, herzustellen sein werden.

Nr. 8828. Deutschland. 2. Dec. 1885.

Nr. 8829. **DEUTSCHLAND.** — Protokoll, betreffend die deutschen und französischen Besitzungen an der Westküste von Afrika und in der Südsee. Vom 24. December 1885 *).

Nachdem die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers und die Regierung der französischen Republik beschlossen haben, die Beziehungen, welche sich aus einer Erweiterung ihrer Souveränetäts- oder Protektoratsrechte über Gebiete an der Westküste von Afrika und in der Südsee ergeben, im Sinne eines gegenseitigen guten Einvernehmens zu regeln, haben die mit gehörigen Vollmachten versehenen Unterzeichneten, der Graf v. Bismarck-Schön-

Nr. 8829. Deutschland. 24. Dec. 1885.

*) Drucksachen des Reichstages, 6. Legislaturperiode, II. Session 1885/6. Nr. 121.

Nr. 8829. Deutschland. 24. Dec. 1885.

hausen, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, und der Baron de Courcel, ausserordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der französischen Republik bei Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, sich über folgende Bestimmungen geeinigt:

I. Biafra-Bai.

Die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers verzichtet zu Gunsten Frankreichs auf alle Souveränetäts- oder Protektoratsrechte über die südlich vom Campofluss gelegenen Gebiete, welche von deutschen Reichsangehörigen erworben und unter das Protektorat Seiner Majestät des Kaisers gestellt worden sind. Dieselbe übernimmt die Verpflichtung, sich einer jeden politischen Einwirkung südlich von einer Linie zu enthalten, welche dem genannten Flusse von seiner Mündung bis zu dem zehnten Grad östlicher Länge von Greenwich (sieben Grad vierzig Minuten östlicher Länge von Paris) und von diesem Punkte ab dessen Breitenparallel bis zu dem Schneidepunkt des letzteren mit dem fünfzehnten Grad östlicher Länge von Greenwich (zwölf Grad vierzig Minuten östlicher Länge von Paris) folgt. || Die Regierung der französischen Republik verzichtet auf alle Rechte und alle Ansprüche, welche sie bezüglich der nördlich von derselben Linie gelegenen Gebiete geltend machen könnte, und übernimmt die Verpflichtung, sich einer jeden politischen Einwirkung nördlich von dieser Linie zu enthalten. || Keine der beiden Regierungen wird Maassregeln ergreifen, welche die Freiheit der Schifffahrt und des Handels der Angehörigen der anderen Regierung in dem Theile des Campoflusses, welcher die Grenze bilden und von den Angehörigen beider Länder gemeinsam benutzt werden wird, beeinträchtigen könnten.

II. Sklavenküste.

Die Regierung der französischen Republik erkennt das deutsche Protektorat über das Togo-Gebiet an und verzichtet auf die Rechte, welche sie in Folge ihrer Beziehungen zu dem König Mensa hinsichtlich des Gebietes von Porto-Seguro geltend machen könnte. || In gleicher Weise verzichtet die Regierung der französischen Republik auf ihre Rechte bezüglich Klein-Popo und erkennt das deutsche Protektorat über dieses Land an. || Den französischen Kaufleuten in Porto-Seguro und Klein-Popo verbleibt für ihre Person und für ihr Eigenthum sowie für ihre Handelsunternehmungen bis zum Abschluss der unten vorgesehenen Zollabmachung die Vergünstigung der gleichen Behandlung, welche sie gegenwärtig geniessen. Alle Vortheile oder Freiheiten, welche etwa den deutschen Staatsangehörigen gewährt werden sollten, werden ihnen in gleicher Weise zufallen. Namentlich behalten sie die Befugniss, ihre Waaren zwischen ihren Faktoreien und Magazinen in Porto-Seguro und Klein-Popo und dem angrenzenden französischen Gebiet frei hin- und herzubefördern und auszutauschen, ohne zur Zahlung irgend welcher Abgabe genöthigt zu sein. Die gleiche Befugniss wird auf Grund der Gegenseitigkeit den deutschen Kauf-

leuten zugesichert. || Die deutsche und französische Regierung behalten sich vor, nach vorheriger Untersuchung an Ort und Stelle, über den Erlass gemeinsamer Zollbestimmungen für ihre beiderseitigen Gebiete zwischen den englischen Besitzungen an der Goldküste im Westen und Dahomey im Osten sich zu verständigen. || Die Grenze zwischen dem deutschen und dem französischen Gebiet an der Sklavenküste soll an Ort und Stelle durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden. Die Grenzlinie wird von einem an der Küste zu bestimmenden Punkt zwischen dem Gebiet von Klein-Popo und Agoué ausgehen. Bezüglich des Laufes dieser Linie nach Norden wird auf die Grenzen der einheimischen Stämme Rücksicht genommen werden. || Die deutsche Regierung übernimmt die Verpflichtung, sich einer jeden politischen Einwirkung östlich von der so bestimmten Linie zu enthalten. Die französische Regierung übernimmt die Verpflichtung, sich einer jeden politischen Einwirkung westlich von derselben Linie zu enthalten.

Nr. 8829. Deutschland. 24. Dec. 1885.

III. Küste von Senegambien; Flussgebiet im Süden.

Die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers verzichtet auf alle Rechte oder Ansprüche, welche sie bezüglich der zwischen dem Rio Nunez und dem Mellacorée gelegenen Gebiete, namentlich bezüglich Koba und Kabitaï, geltend machen könnte, und erkennt die Souveränetät Frankreichs über diese Gebiete an.

IV. Südsee.

Die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers verpflichtet sich, gegenüber der Regierung der französischen Republik nichts zu unternehmen, was eine eventuelle Besitzergreifung der Inseln und Riffe, welche die Gruppe der „Inseln unter dem Wind“ in der Südsee bilden und an den Tachiti- oder Gesellschafts-Archipel anschliessen, durch Frankreich hindern könnte. Sie übernimmt dieselbe Verpflichtung bezüglich des Archipels der Neu-Hebriden, welcher in der Nähe von Neu-Caledonien liegt. || Die Regierung der französischen Republik übernimmt für den Fall, dass Frankreich von einer der oben erwähnten Inselgruppen Besitz ergreift, die Verpflichtung, die von deutschen Staatsangehörigen erworbenen Rechte zu achten, namentlich bezüglich der Anwerbung von eingeborenen Arbeitern, und sich zu diesem Zweck mit der Kaiserlich deutschen Regierung ins Einvernehmen zu setzen.

In doppelter Ausfertigung vollzogen zu Berlin, den vierundzwanzigsten December Ein Tausend Achthundert fünf und achtzig.

Graf Bismarck.
Alph. de Courcel.

Nr. 8830. DEUTSCHLAND. — Unterstaatssekretär im Ausw. Amt (Graf Bismarck) an den franz. Botschafter in Berlin (Courcel). — Bitte um Zusicherung von Garantien für die bestehenden deutschen Unternehmungen in Koba und Kabitaï.

Berlin, den 24. December 1885.

Nr. 8830. Deutschland. 24. Dec. 1885.

Zufolge des Artikels drei des am heutigen Tage unterzeichneten Protokolls verzichtet die Regierung Seiner Majestät des Kaisers auf alle Rechte oder Ansprüche, welche sie auf die Landschaften Koba und Kabitaï in Senegambien geltend machen könnte, und erkennt die Souveränetät Frankreichs über diese Gebiete an. Durch diese Anerkennung wird die unter dem Namen Fr. Colin deutsch-afrikanisches Geschäft in Hamburg gegründete Gesellschaft, welche die genannten Landschaften mit allen Hoheitsrechten von den einheimischen Häuptlingen vertragsmässig erworben und dort im Vertrauen auf den deutschen Schutz eine Reihe von Handelsniederlassungen errichtet hat, unter französische Jurisdiktion gestellt. Es ist nicht zu verkennen, dass hierdurch die Grundbedingungen des Unternehmens der deutschen Gesellschaft verändert sind, indem dieselbe, anstatt unter dem erwarteten Kaiserlichen Schutzbriefe die Bedingungen ihrer Organisation und wirthschaftlichen Entwickelung nach eigenem Ermessen festzusetzen, der Verwaltung und Zollgesetzgebung einer fremden Kolonialmacht unterworfen wird. || Die Kaiserliche Regierung hält es daher für ihre Pflicht, sich bei der Regierung der französischen Republik dafür zu verwenden, dass der Colin'schen Gesellschaft gewisse Rechte und Vergünstigungen, welche für den gedeihlichen Fortgang der von ihr begonnenen geschäftlichen Unternehmungen unerlässlich sind, zugesichert werden. Dieselbe hofft, dass die französiche Regierung bereit sein wird, diese Zusicherungen zu ertheilen, da es in ihrem eigenen Interesse liegen dürfte, sich die Vortheile zu erhalten, welche aus der Thätigkeit der Gesellschaft für die Verbesserung des Bodens und die Entwickelung der sonstigen Hülfsquellen des Landes erwachsen müssen.

Die Rechte und Vergünstigungen, um welche es sich hier hauptsächlich handelt, sind die folgenden: || 1. Schutz des Eigenthums und der Personen der Gesellschaft in gleicher Weise, wie Eigenthum und Personen von Franzosen geschützt werden. || 2. Anerkennung der in Koba und Kabitaï von der Gesellschaft erworbenen Privatrechte. || 3. Gleichstellung der Gesellschaften mit ähnlichen französischen Gesellschaften in Bezug auf Freiheit des Handelsbetriebs, Erwerb von Grund und Boden, Mobiliarbesitz, Steuern und persönliche Abgaben. || 4. Erklärung, dass in Koba und Kabitaï zunächst kein anderes Zollregime eingeführt werden soll, als solches in den benachbarten französischen Gebieten im Flussdelta des Rio Nunez, Rio Kongo und Mellacorée besteht.

Indem der Unterzeichnete sich beehrt Vorstehendes mit der Bitte um eine Rückäusserung zur Kenntniss Seiner Excellenz des Herrn Botschafters zu bringen, benutzt er auch diesen Anlass zur erneuerten Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung. Graf Bismarck.

Nr. 8831. FRANKREICH. — Botsch. in Berlin an den deutschen Unterstaatssekretär im Ausw. Amt. — Ertheilt die gewünschte Zusicherung.

(Uebersetzung.) Berlin, 24. December 1885.

Nr. 8831. Frankreich. 24. Dec. 1885.

Herr Graf! — Die Mittheilung, mit welcher Sie mich heute beehrt haben, ist ein Beweis von der Fürsorge der Kaiserlich deutschen Regierung für die Interessen der deutsch-afrikanischen Gesellschaft von Fr. Colin, insofern deren Stellung durch die von Seiten Deutschlands ausgesprochene Anerkennung der Rechte Frankreichs auf die Länder zwischen dem Rio Nunez und Mellacorée an der Küste von Senegambien sich in einigen Beziehungen verändert hat. || Sie drücken den Wunsch aus, die Versicherung zu erhalten, dass gewisse Rechte und Vergünstigungen, welche der Colin'schen Gesellschaft für den Erfolg ihrer geschäftlichen Unternehmungen unerlässlich sind, derselben erhalten bleiben. Sie heben bei dieser Gelegenheit hervor, dass die Anstrengungen der Colin'schen Gesellschaft für die Verbesserung des Bodens und die Entwickelung der Hülfsquellen des Landes schliesslich Frankreich zum Vortheil gereichen werden. || Die Regierung der französischen Republik verschliesst sich diesen Erwägungen nicht, und ich bin glücklich, im Namen derselben die Versicherung geben zu können, dass die Personen und das Eigenthum dieser Gesellschaft in gleicher Weise wie Eigenthum und Personen von Franzosen geschützt werden sollen. || Die von der Gesellschaft in den Distrikten von Koba und Kabitaï erworbenen Privatrechte sollen anerkannt werden. || Die Gesellschaft Colin wird ähnlichen französischen Gesellschaften in Bezug auf Freiheit des Handelsbetriebes, Erwerb von Grund und Boden, Mobiliarbesitz, Steuern und persönliche Abgaben gleichgestellt werden. || Ausserdem ist die Regierung der Republik geneigt, die eventuelle Umwandlung der Colin'schen Gesesellschaft in eine französische Gesellschaft zu begünstigen unter den unter französischer Gesetzgebung vorgesehenen Bedingungen, um derselben den Vorzug einer völligen Gleichstellung mit anderen unter französisches Recht gestellten Gesellschaften zu sichern. || Endlich befinde ich mich in der Lage, Ihnen zu erklären, dass die französische Regierung gegenwärtig nicht beabsichtigt, in den Distrikten von Koba und Kabitaï ein anderes Zollregime einzuführen, als solches in den Gebieten des Rio Nunez, Rio Kongo und Mellacorée besteht. || Ich hege die Hoffnung, Herr Graf, dass die vorstehenden Erklärungen die Bedenken, welche Sie mir gegenüber zum Ausdruck gebracht haben, in durchaus zufriedenstellender Weise gelöst haben werden, und ich benutze mit Vergnügen diesen Anlass, um Ihnen die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Alphons de Courcel.

Nr. 8832. FRANKREICH. — Derselbe an denselben. — Empfehlung des Königs Mensa von Porto-Seguro.

(Uebersetzung.) Berlin, den 24. December 1885.

Nr. 8832. Frankreich. 24. Dec. 1885.

Herr Graf! — Durch ein am heutigen Tage unterzeichnetes Protokoll hat die Regierung der französischen Republik zu Gunsten der Kaiserlich deutschen Regierung auf ihre Rechte über Porto-Seguro verzichtet, dessen Herrscher Mensa den Schutz Frankreichs nachgesucht hatte, nachdem seine Beziehungen zu den französischen Behörden viele Jahre hindurch einen besonders herzlichen Charakter getragen hatten. Die Regierung der Republik hat in dem Augenblick, wo sie Mensa von seinen Verpflichtungen ihr gegenüber entbindet, die Pflicht, sich bei dem Berliner Kabinet angelegentlich dafür zu verwenden, dass aus der Abmachung zwischen den beiden Mächten über das Protektorat in Porto-Seguro keine nachtheiligen Folgen für die Person des genannten Häuptlings entstehen. Dieselbe rechnet darauf, dass die Kaiserlich deutsche Regierung keinen Anstand nehmen wird, ihr die Versicherung zu ertheilen, dass der König Mensa für die Dauer seines Lebens in der Stellung, welche er bis zu diesem Tage eingenommen hat, belassen, und dass er mit Rücksicht und Wohlwollen behandelt werden wird. || Genehmigen Sie, Herr Graf, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Alphons de Courcel.

Nr. 8833. DEUTSCHLAND. — Unterstaatssekretär im Ausw. Amt an den franz. Botsch. in Berlin. — König Mensa wird in seiner Stellung belassen werden.

Berlin, den 24. December 1885.

Nr. 8833. Deutschland. 24. Dec. 1885.

In der Note Seiner Excellenz des ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafters der französischen Republik Herrn Baron de Courcel vom heutigen Tage wird der König Mensa von Porto-Seguro, welcher früher den Schutz Frankreichs nachgesucht und seit Jahren mit den französischen Behörden freundschaftliche und herzliche Beziehungen unterhalten hat, der besonderen Fürsorge der Kaiserlichen Regierung empfohlen. Der Herr Botschafter erklärt, dass die Regierung der französischen Republik es für ihre Pflicht halte, sich dafür zu verwenden, dass aus dem Verzicht Frankreichs auf die in Porto-Seguro erworbenen Rechte keine nachtheiligen Folgen für die Person des genannten Herrschers entstehen. || In Erwiderung hierauf beehrt sich der Unterzeichnete die Mittheilung zu machen, dass die Regierung Seiner Majestät des Kaisers mit Vergnügen bereit ist, die Zusage zu ertheilen, dass der König Mensa für die Dauer seines Lebens in der Stellung, welche er gegenwärtig einnimmt, belassen und mit Wohlwollen und allen ihm zukommenden Rück-

sichten behandelt werden soll. || Der Unterzeichnete ergreift auch diesen Anlass, um Seiner Excellenz dem Herrn Botschafter die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. Graf Bismarck. Nr. 8833. Deutschland. 24. Dec. 1885.

Nr. 8834. DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN. — Erklärung, betreffend die Abgrenzung der deutschen und englischen Machtsphären im Westlichen Stillen Ocean. Vom 6. April 1886*).

Nr. 8834. Deutschland und Grossbritannien. 6. April 1886.

Nachdem die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers und die Regierung Ihrer Majestät der Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland beschlossen haben, eine Abgrenzung der deutschen und englischen Machtsphären im Westlichen Stillen Ocean vorzunehmen, haben die mit gehöriger Vollmacht versehenen Unterzeichneten || 1. der Graf Herbert v. Bismarck, Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Seiner Kaiserlichen Majestät, || 2. Sir Edward Baldwin Malet, Ausserordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Ihrer Britischen Majestät, Namens ihrer Regierungen die nachstehende Erklärung vereinbart:

I. In dieser Erklärung ist unter dem Ausdruck „Westlicher Stiller Ocean" der Theil des Stillen Oceans zu verstehen, welcher zwischen dem 15. Grad nördlicher Breite und dem 30. Grad südlicher Breite, und zwischen dem 165. Längengrad westlich und dem 130. Längengrad östlich von Greenwich liegt.

II. Es wird eine Demarkationslinie in dem Westlichen Stillen Ocean vereinbart, ausgehend von einem Punkt in der Nähe von Mitre Rock an der Nordostküste von Neu-Guinea unter dem achten Grad südlicher Breite, welcher die Grenze zwischen den deutschen und den britischen Besitzungen an jener Küste bildet, und diesem Breitenparallel folgend bis zum Punkt A und von da weiter zu den Punkten B, C, D, E, F und G, wie auf den beifolgenden Karten angegeben ist, welche Punkte folgende Lage haben,

A: 8° Südl. Breite, 154° Oestl. Länge von Greenwich,
B: 7° 15′ Südl. Breite, 155° 25′ Oestl. Länge,
C: 7° 15′ Südl. Breite, 155° 35′ Oestl. Länge,
D: 7° 25′ Südl. Breite, 156° 40′ Oestl. Länge,
E: 8° 50′ Südl. Breite, 159° 50′ Oestl. Länge,
F: 6° Nordl. Breite, 173° 30′ Oestl. Länge,
G: 15° Nördl. Breite, 173° 30′ Oestl. Länge.

Der Punkt A ist bezeichnet auf der britischen Admiralitätskarte 780 „Pacific Ocean" (South West Sheet); die Punkte B, C, D, und E sind be-

*) Drucksachen des Reichstages, 6. Legislaturperiode, II. Session 1885/6. Nr. 291. Reichsanzeiger vom 3. Mai 1886. Englisches Blaubuch 'Western Pacific' Nr. 1. (1886) C—4656].

Nr. 8834. Deutschland und Grossbritannien. 6. Apr. 1886.

zeichnet auf der britischen Admiralitätskarte 214 (South Pacific Solomon Islands); und die Punkte F und G auf der britischen Admiralitätskarte 781 „Pacific Ocean" (North West Sheet).

III. Deutschland verpflichtet sich, weder Gebietserwerbungen zu machen, noch Schutzherrschaften anzunehmen, noch der Ausdehnung des britischen Einflusses entgegenzutreten, und alle früheren Gebietserwerbungen oder Schutzherrschaften aufzugeben in demjenigen Theil des Westlichen Stillen Oceans, welcher im Osten, Südosten oder Süden von der erwähnten Theilungslinie liegt.

IV. Grossbritannien verpflichtet sich, weder Gebietserwerbungen zu machen, noch Schutzherrschaften anzunehmen, noch der Ausdehnung des deutschen Einflusses entgegenzutreten, und alle früheren Gebietserwerbungen oder Schutzherrschaften aufzugeben in demjenigen Theil des Westlichen Stillen Oceans, welcher im Westen, Nordwesten oder Norden von der erwähnten Theilungslinie liegt.

V. Wenn fernere Vermessungen ergeben sollten, dass irgend welche Inseln, die jetzt auf den erwähnten Karten als auf der einen Seite der bezeichneten Theilungslinie liegend angegeben sind, in Wirklichkeit auf der anderen Seite liegen, so wird die bezeichnete Linie so geändert werden, dass solche Inseln auf derselben Seite der Linie erscheinen, auf welcher sie gegenwärtig auf den erwähnten Karten angegeben sind.

VI. Diese Erklärung findet keine Anwendung auf die Schiffer-Inseln (Samoa), mit welchen Deutschland, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten Verträge abgeschlossen haben, noch auf die Freundschafts-Inseln (Tonga), mit welchen Deutschland und Grossbritannien Verträge abgeschlossen haben, noch auf die Niué-Insel (Savage-Insel), welche Inselgruppen nach wie vor ein neutrales Gebiet bilden sollen, noch auf irgend welche Inseln oder Plätze im Westlichen Stillen Ocean, welche jetzt unter der Souveränetät oder dem Schutz irgend einer anderen civilisirten Macht, ausser Deutschland oder Grossbritannien, stehen.

In doppelter Ausfertigung vollzogen zu Berlin, den sechsten April Ein Tausend Achthundert Sechs und Achtzig.

Graf Bismarck.
Edward B. Malet.

Nr. 8835. **DEUTSCHLAND** und **GROSSBRITANNIEN**. — Erklärung, betreffend die gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in den deutschen und englischen Besitzungen und Schutzgebieten im Westlichen Stillen Ocean. Vom 10. April 1886*).

Nr. 8835. Deutschland und Grossbritannien. 10. Apr. 1886.

Nachdem die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers und Ihrer Majestät der Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und

*) Drucksachen des Reichstages. 6. Legislaturperiode, II. Session 1885/6. Nr. 291. Reichsanzeiger am 3. Mai 1886. Englisches Blaubuch 'Western Pacific' Nr. 1 (1886) [C.-4656].

Nr. 8835. Deutschland und Grossbritannien. 10. Apr. 1886.

Irland beschlossen haben, sich nach erfolgter Abgrenzung der deutschen und der englischen Machtsphären im Westlichen Stillen Ocean gegenseitige Handels- und Verkehrsfreiheit in ihren dortigen, innerhalb der durch die gegenwärtige Erklärung bestimmten Grenzen liegenden Besitzungen und Schutzgebieten zuzusichern, haben die mit gehörigen Vollmachten versehenen Unterzeichneten, der Graf Herbert von Bismarck, Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Seiner Kaiserlichen Majestät, und Sir Edward Baldwin Malet, Ausserordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Ihrer Britischen Majestät Namens ihrer Regierungen die nachstehende Erklärung vereinbart.

I. Im Sinne der gegenwärtigen Erklärung wird unter dem Ausdruck „Westlicher Stiller Ocean" derjenige Theil des Stillen Oceans verstanden, welcher zwischen dem 15. Grad nördlicher Breite und dem 30. Grad südlicher Breite und zwischen dem 165. Längengrad westlich und dem 130. Längengrad östlich von Greenwich liegt.

II. Die Kaiserliche Regierung und die Königlich grossbritannische Regierung kommen überein, dass die beiderseitigen Staatsangehörigen befugt sein sollen, alle Besitzungen oder Schutzgebiete des anderen Staates in dem Westlichen Stillen Ocean zu besuchen, sich daselbst niederzulassen, alle Art von Eigenthum daselbst zu erwerben und zu besitzen und alle Art von Handel und Gewerbe sowie von landwirthschaftlichen und industriellen Unternehmungen zu betreiben, unter denselben Bedingungen und Gesetzen und im Genuss derselben Freiheit des religiösen Bekenntnisses, desselben Schutzes und derselben Privilegien, wie die Angehörigen desjenigen Staates, welcher dort die Souveränetäts- oder Protektoratsrechte ausübt.

III. In allen deutschen und britischen Besitzungen und Schutzgebieten im Westlichen Stillen Ocean sollen die Schiffe beider Staaten in jeder Beziehung gegenseitig die gleiche Behandlung sowohl wie die Behandlung der meistbegünstigten Nation geniessen, und Waaren jedweden Ursprungs, welche von den beiderseitigen Staatsangehörigen unter irgend welcher Flagge eingeführt werden, sollen keinerlei anderen oder höheren Abgaben unterworfen sein, als diejenigen, welche von den Angehörigen des anderen Staates oder irgend einer dritten Macht eingeführt werden.

IV. Alle streitigen Ansprüche auf Land, welches vor Proklamirung der Souveränetät oder des Protektorats durch eine der beiden Regierungen von einem deutschen Staatsangehörigen in einer britischen Besitzung oder einem britischen Schutzgebiet oder von einem britischen Staatsangehörigen in einer deutschen Besitzung oder einem deutschen Schutzgebiet erworben ist, sollen durch eine von den beiden Regierungen für diesen Zweck zu ernennende gemischte Kommission untersucht und entschieden werden. Der Anspruch kann jedoch durch die Ortsbehörden allein entschieden werden, wenn derjenige, welcher den Anspruch auf das Land erhebt, ausdrücklich hierauf anträgt.

V. Beide Regierungen verpflichten sich, in dem Westlichen Stillen Ocean keine Strafniederlassungen einzurichten oder Sträflinge dorthin zu bringen.

Nr. 8835. Deutschland und Grossbritannien. 10. Apr. 1886.

VI. In dieser Erklärung sollen die Worte „Besitzungen und Schutzgebiete im Westlichen Stillen Ocean“ nicht auf die Kolonien bezogen werden, welche jetzt bereits vollständig eingerichtete Regierungen mit gesetzgebenden Körperschaften haben. | Gegenwärtige Erklärung tritt mit dem Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft.

In doppelter Ausfertigung vollzogen zu Berlin, den zehnten April Eintausend achthundert sechs und achtzig.

Graf Bismarck.
Edward B. Malet.

Nr. 8836. DEUTSCHLAND. — Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete. Vom 17. April 1886. [Reichs-Gesetzblatt S. 75.]

Nr. 8836. Deutschland. 17. Apr. 1886.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Die Schutzgewalt in den deutschen Schutzgebieten übt der Kaiser im Namen des Reichs aus.

§ 2. Das bürgerliche Recht, das Strafrecht, das gerichtliche Verfahren einschliesslich der Gerichtsverfassung bestimmen sich für die Schutzgebiete nach den Vorschriften des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879 — Reichs-Gesetzbl. S. 197 —, welches, soweit nicht nachstehend ein Anderes vorgeschrieben ist, mit der Maassgabe Anwendung findet, dass an Stelle des Konsuls der vom Reichskanzler zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigte Beamte und an Stelle des Konsulargerichts das nach Maassgabe der Bestimmungen über das letztere zusammengesetzte Gericht des Schutzgebietes tritt. || Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird durch Kaiserliche Verordnung festgesetzt.

§ 3. Durch Kaiserliche Verordnung kann

1) bestimmt werden, dass in den Schutzgebieten auch andere als die im § 1 Absatz 2 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit bezeichneten Personen der Gerichtsbarkeit unterliegen;

2) dem zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten die Befugniss ertheilt werden, bei Erlass polizeilicher Vorschriften (§ 4 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit) gegen die Nichtbefolgung derselben Gefängniss bis zu drei Monaten, Haft, Geldstrafe und Einziehung einzelner Gegenstände anzudrohen;

3) Die Gerichtsbarkeit in den zur Zuständigkeit der Schwurgerichte gehörenden Sachen (§ 31 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit) den Gerichten der Schutzgebiete in der Weise übertragen werden, dass || a. eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft stattfindet und der Staatsanwalt von dem

zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten aus der Zahl der in den Schutzgebieten befindlichen Kaiserlichen Beamten oder der zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft zugelassenen Personen oder der sonstigen achtbaren Gerichtseingesessenen zu bestellen ist, || b. soweit es die Verhältnisse gestatten, eine Voruntersuchung geführt wird, deren Regelung besonderer Kaiserlicher Verordnung vorbehalten bleibt, || c. an der Hauptverhandlung ausser dem zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten vier Beisitzer Theil zu nehmen haben, || d. im Uebrigen die Vorschriften Anwendung finden, welche für die im § 28 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit bezeichneten Strafsachen gelten; Nr. 8836. Deutschland. 17. Apr. 1886.

4) als Berufungs- und Beschwerdegericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Konkurssachen und in den zur streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehörigen Angelegenheiten das hanseatische Ober-Landesgericht oder ein deutsches Konsulargericht, und in Rechtssachen, bei welchen Eingeborene als Beklagte oder Angeschuldigte betheiligt sind, ein Gerichtshof im Schutzgebiet bestimmt und in dem Verfahren vor dem Berufungs- oder Beschwerdegericht der Anwaltszwang ausgeschlossen werden;

5) für die Zustellungen, die Zwangsvollstreckung und das Kostenwesen einfachere Bestimmungen vorgeschrieben werden.

§ 4. Das Gesetz, betreffend die Eheschliessung und die Beurkundung des Personenstandes von Reichsangehörigen im Auslande, vom 4. Mai 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 599), findet für die Schutzgebiete mit der Maassgabe Anwendung, dass dasselbe durch Kaiserliche Verordnung auch auf andere Personen, als auf Reichsangehörige ausgedehnt werden kann und an Stelle des Bundeskonsuls der von dem Reichskanzler zur Eheschliessung und zur Beurkundung des Personenstandes ermächtigte Beamte tritt.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 17. April 1886.

Wilhelm.
von Bismarck.

Nr. 8837. DEUTSCHLAND. — Verordnung, betreffend die Eheschliessung und die Beurkundung des Personenstandes für die Schutzgebiete Kamerun und Togo. Vom 21. April 1886. [Reichs-Gesetzblatt S. 128.]

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen auf Grund des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, vom 17. April 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 75), im Namen des Reichs, was folgt: Das Gesetz, betreffend die Eheschliessung und die Beurkundung des Personenstandes von Reichsangehörigen im Auslande, Nr. 8837. Deutschland. 21. Apr. 1886.

Nr. 8837. Deutschland. 21. Apr. 1886.

vom 4. Mai 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 599), tritt für die Schutzgebiete von Kamerun und Togo bezüglich aller Personen, welche nicht Eingeborene sind, am 1. Juli 1886 in Kraft. Der Gouverneur von Kamerun bestimmt, vorbehaltlich der Genehmigung des Reichskanzlers, wer als Eingeborener im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 21. April 1886. Wilhelm.
v. Bismarck.

Nr. 8838. DEUTSCHLAND. — Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiete der Neu-Guinea-Kompagnie*). Vom 5. Juni 1886. [Reichs-Gesetzblatt S. 187.]

Nr. 8838. Deutschland. 5. Juni 1886.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen auf Grund des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, vom 17. April 1886 (Reichs-Gesetzbl. S. 75), im Namen des Reichs, was folgt:

§ 1. Das Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 197) tritt für das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie in Gemässheit des § 2 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, mit den in dieser Verordnung vorgesehenen Abänderungen am 1. September 1886 in Kraft.

§ 2. Der Gerichtsbarkeit (§ 1) unterliegen alle Personen, welche in dem Schutzgebiet wohnen oder sich aufhalten, oder bezüglich deren, hiervon abgesehen, ein Gerichtsstand innerhalb des Schutzgebietes nach den zur Geltung kommenden Gesetzen begründet ist, die Eingeborenen jedoch nur, soweit sie dieser Gerichtsbarkeit besonders unterstellt werden. || Der Reichskanzler bestimmt nach Anhörung der Direktion der Neu-Guinea-Kompagnie, wer als Eingeborener im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist, und inwieweit auch Eingeborene der Gerichtsbarkeit (§ 1) zu unterstellen sind.

§ 3. Dem zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten steht die Befugniss zu, bei Erlass polizeilicher Vorschriften (§ 4 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit) gegen die Nichtbefolgung derselben Gefängniss bis zu drei Monaten, Haft, Geldstrafe und Einziehung einzelner Gegenstände anzudrohen, soweit ihm diese Befugniss durch besondere Anordnung des Reichskanzlers ertheilt wird.

§ 4. Als Berufungs- und Beschwerdegericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Konkurssachen und in den zur streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehörenden Angelegenheiten wird das deutsche Konsulargericht in Apia bestimmt. || In dem Verfahren vor dem Berufungs- und Beschwerdegericht

*) Eine gleiche Verordnung ist unter dem 13. September 1886 für die Marschall-Brown- und Providence-Inseln ergangen. [Reichs-Gesetzblatt S. 291.] A. d. Red.

finden bezüglich der Zustellungen die für das Verfahren vor dem Konsulargericht in erster Instanz geltenden Vorschriften Anwendung. Eine Vertretung durch Anwälte ist nicht geboten.

§ 5. Der zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigte Beamte hat dafür zu sorgen, dass die Zustellungen in dem Schutzgebiet mit der nach den vorhandenen Mitteln möglichen Sicherheit erfolgen. Er erlässt die für die Ausführung erforderlichen Anordnungen und überwacht deren Befolgung.

§ 6. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sind in dem Verfahren vor den Gerichtsbehörden im Schutzgebiet die auf Grund einer mündlichen Verhandlung ergehenden Beschlüsse von Amtswegen zuzustellen. Für Beschlüsse, welche lediglich die Prozess- oder Sachleitung einschliesslich der Bestimmung oder Aenderung von Terminen betreffen, genügt die Verkündung. || Die Beglaubigung der zuzustellenden Schriftstücke kann in allen Fällen durch den Gerichtsschreiber erfolgen. || Soll durch eine Zustellung eine Frist gewahrt oder der Lauf der Verjährung oder einer Frist unterbrochen werden, so treten die Wirkungen der Zustellung bereits mit der Einreichung des zuzustellenden Schriftstücks bei der Gerichtsbehörde ein, sofern die Zustellung demnächst bewirkt wird. || Bei Bewilligung der öffentlichen Zustellung einer Ladung kann die Gerichtsbehörde anordnen, dass eine Einrückung in öffentliche Blätter nicht erforderlich sei. || Zustellungen ausserhalb des Schutzgebietes erfolgen im Wege des Ersuchens. || Wohnt eine Partei ausserhalb des Schutzgebietes, so kann falls sie nicht einen daselbst wohnhaften Prozessbevollmächtigten bestellt hat, angeordnet werden, dass sie eine daselbst wohnhafte Person zum Empfange der für sie bestimmten Schriftstücke bevollmächtige. Diese Anordnung kann, ohne mündliche Verhandlung erfolgen. Eine Anfechtung des Beschlusses findet nicht statt. Der Zustellungsbevollmächtigte ist bei der nächsten gerichtlichen Verhandlung oder, wenn die Partei vorher dem Gegner einen Schriftsatz zustellen lässt, in diesem zu benennen. Geschieht dies nicht, so können alle späteren Zustellungen bis zur nachträglichen Benennung durch Anheftung an die Gerichtstafel bewirkt werden. || Der Nachweis über die erfolgte Zustellung ist zu den Gerichtsakten zu bringen.

§ 7. Die Zwangsvollstreckung im Schutzgebiet erfolgt ausschliesslich durch den zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten. Der Beibringung einer vollstreckbaren Ausfertigung bedarf es nicht, soweit dieselbe von dem Gerichtsschreiber der Gerichtsbehörde im Schutzgebiet zu ertheilen sein würde. || Der Beamte kann nach Anordnung der Zwangsvollstreckung mit der Ausführung andere Personen beauftragen, welche nach seinen Anweisungen zu verfahren haben.

§ 8. Vollstreckbare Ausfertigungen dürfen von dem Gerichtsschreiber der Gerichtsbehörde im Schutzgebiet nur auf Anordnung des zur Ausübung der Gerichtsbarkeit ermächtigten Beamten ertheilt werden.

§ 9. In dem Verfahren vor den Gerichtsbehörden im Schutzgebiet finden das Gerichtskostengesetz und die Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher,

Nr. 8838. Deutschland. 5. Juni 1886.

für Zeugen und Sachverständige sowie für Rechtsanwälte keine Anwendung. Bis auf Weiteres werden nur die wirklich aufgewendeten Auslagen erhoben; im Uebrigen bestimmt der Reichskanzler, welche Vorschriften an Stelle der bezeichneten Gesetze zu treten haben.

§ 10. Das Gesetz, betreffend die Eheschliessung und die Beurkundung des Personenstandes von Reichsangehörigen im Auslande, vom 4. Mai 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 599), tritt für das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie bezüglich aller Personen, welche nicht Eingeborene (§ 2 Abs. 2) sind, am 1. September 1886 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 5. Juni 1886. Wilhelm.
von Bismarck.

Nr. 8839. DEUTSCHLAND. — Verordnung, betreffend den Erlass von Verordnungen auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung, des Zoll- und Steuerwesens für die westafrikanischen Schutzgebiete. Vom 19. Juli 1886.

Nr. 8839. Deutschland. 19. Juli 1886.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen etc., verordnen auf Grund des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, von 17. April 1886, in Namen des Reichs, was folgt:

§ 1. Der Gouverneur für das Kamerungebiet, der Kommissar für das Togogebiet und der Kommissar für das südwest-afrikanische Schutzgebiet werden, jeder für den ihm unterstellten Amtsbezirk, ermächtigt, auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung, des Zoll- und Steuerwesens Verordnungen zu erlassen. Dieselben sind sofort in Abschrift dem Reichskanzler mitzutheilen, welcher befugt ist, die erlassenen Verordnungen aufzuheben.

§ 2. Die Verkündigung der Verordnungen erfolgt in ortsüblicher Weise, jedenfalls durch Anheftung an die Tafel des Regierungsgebäudes.

§ 3. Gegen Strafbescheide, welche auf Grund der in Gemässheit des § 1 erlassenen Verordnungen ergehen, steht den Betroffenen Beschwerde an den Reichskanzler (Auswärtiges Amt) zu. Die Einlegung der Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung; es kann jedoch von der Behörde, gegen deren Strafbescheid Beschwerde erhoben wird, die vorläufige Einstellung der Vollstreckung verfügt werden. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Salzburg, den 19. Juli 1886. Wilhelm.
von Bismarck.

Französische Kolonialpolitik.

I. Anam und Tonkin (China).*)

Nr. 8840. FRANKREICH und CHINA. — Vertrag von Tien-Tsin. Vom 11. Mai 1884**).

Nr. 8840. Frankreich und China. 11. Mai 1884.

Le Gouvernement de la République française et Sa Majesté l'Empereur de Chine, voulant, au moyen d'une Convention préliminaire, dont les dispositions serviront de bases à un Traité définitif, mettre un terme à la crise qui affecte gravement aujourd'hui la tranquillité publique et le mouvement général des affaires, rétablir sans retard et assurer à jamais les relations de bon voisinage et d'amitié qui doivent exister entre les deux nations, ont nommé, pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir: || Sa Majesté l'Empereur de Chine, || Son Excellence Ly-Hung-Tchang, Grand Tuteur présomptif de Sa Majesté le Fils de l'Empereur, Premier Secrétaire d'État, Vice-Roi du Tché-li, Noble héréditaire de 1re classe du 3e rang, etc.; Le Gouvernement de la République française, || M. Ernest François Fournier, Capitaine de frégate, commandant l'éclaireur d'escadre le Volta, Officier de la Légion d'honneur, etc.; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. La France s'engage à respecter et à protéger contre toute agression d'une nation quelconque, et en toutes circonstances, les frontières méridionales de la Chine, limitrophes du Tonkin.

Art. 2. Le Céleste Empire, rassuré par les garanties formelles de bon voisinage qui lui sont données par la France, quant à l'intégrité et à la sécurité des frontières méridionales de la Chine, s'engage: 1° à retirer immédiatement, sur ses frontières, les garnisons chinoises du Tonkin; 2° à respecter, dans le présent et dans l'avenir, les traités directement intervenus ou à intervenir entre la France et la Cour de Hué.

---

*) Vgl. Staatsarchiv XLII 8094—8148, XLIII 8149—8174.

**) Gelbbuch: Affaires du Tonkin: Convention de Tien-Tsin du 11 Mai 1884. Incident de Lang-Son. 1884.

Nr. 8840. Frankreich und China. 11. Mai 1884.

Art. 3. En reconnaissance de l'attitude conciliante du Gouvernement du Céleste Empire, et pour rendre hommage à la sagesse patriotique de Son Excellence Ly-Hung-Tchang, négociateur de cette Convention, la France renonce à demander une indemnité à la Chine. En retour, la Chine s'engage à admettre, sur toute l'étendue de ses frontières méridionales limitrophes du Tonkin, le libre trafic des marchandises entre l'Annam et la France, d'une part, et la Chine, de l'autre, réglé par un traité de commerce et de tarifs à intervenir, dans l'esprit le plus conciliant, de la part des négociateurs chinois, et dans des conditions aussi avantageuses que possible pour le commerce français.

Art. 4. Le Gouvernement français s'engage à n'employer aucune expression de nature à porter atteinte au prestige du Céleste Empire, dans la rédaction du Traité definitif qu'il va contracter avec l'Annam et qui abrogera les traités antérieurs relatifs au Tonkin.

Art. 5. Dès que la présente Convention aura été signée, les deux Gouvernements nommeront leurs Plénipotentiaires, qui se réuniront, dans un délai de trois mois, pour élaborer un Traité définitif sur les bases fixées par les articles précédents. || Conformément aux usages diplomatiques, le texte français fera foi. || Fait à Tien-Tsin, le onze mai 1884, le dix-septième jour de la quatrième lune de la dixième année de Kouang-Siou, en quatre expéditions (deux en langue française et deux en langue chinoise), sur lesquelles les Plénipotentiaires respectifs ont signé et apposé le sceau de leurs armes. || Chacun des Plénipotentiaires a gardé un exemplaire de chaque texte.

Le Plénipotentiaire pour le Céleste Empire,
Ly-Hung-Tchang.

Le Plénipotentiaire pour le Gouvernement de la République française,
Fournier.

Nr. 8841. FRANKREICH und ANAM. — Vertrag vom 6. Juni 1884*).

Nr. 8841. Frankreich und Anam. 6. Juni 1884.

Le Gouvernement de la République Française et celui de Sa Majesté le Roi d'Annam voulant empêcher à jamais le renouvellement des difficultés qui se sont produites récemment, et désireux de resserrer leurs relations d'amitié et de bon voisinage, ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: — || Le Président de la République Française, M. Patenotre (Jules), Officier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, Ministre Plénipotentiaire et Envoyé Extraordinaire de la République près de Sa Majesté l'Empereur de Chine; || Et Sa Majesté le Roi d'Annam, leurs Excellences Nguyen Van Thong, Premier Régent, Ministre de l'Intérieur; Thuan-Duat, Ministre des Finances et Ton-Thuan-Phan, chargé

*) Journal Officiel vom 19. Juni 1884.

des Relations Extérieures, Ministre des Travaux Publics par intérim; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Art. I. L'Annam reconnaît et accepte le Protectorat de la France. || La France représentera l'Annam dans toutes ses relations extérieures. || Les Annamites à l'étranger seront placés sous la protection de la France.

Art. II. Une force militaire Française occupera Thuan-An d'une façon permanente. Tous les forts et ouvrages militaires de la rivière de Hué seront rasés.

Art. III. Les fonctionnaires Annamites, depuis la frontière de la Cochinchine jusqu'à la frontière de la Province de Nin-Binh, continueront à administrer les provinces comprises dans ses limites sauf en ce qui concerne les Douanes, les Travaux Publics, et en général les Services qui exigent une direction unique ou l'emploi d'ingénieurs ou d'agents Européens.

Art. IV. Dans les limites ci-dessus indiquées, le Gouvernement Annamite déclarera ouverts au commerce de toutes les nations, outre le port de Qui-Nhon, ceux de Tourane et de Xuan-Day. D'autres ports pourront être ultérieurement ouverts après une entente préalable. Le Gouvernement Français y entretiendra des Agents placés sous les ordres de son Résident à Hué.

Art. V. Un Résident-Général, Représentant du Gouvernement Français, présidera aux Relations Extérieures de l'Annam et assurera l'exercice régulier du Protectorat, sans s'immiscer dans l'administration locale des provinces comprises dans les limites fixées par l'Article III. || Il résidera dans la citadelle de Hué avec une escorte militaire. || Le Résident-Général aura droit d'audience privée et personnelle auprés de Sa Majesté le Roi d'Annam.

Art. VI. Au Tonkin des Résidents ou Résidents-adjoints seront placés par le Gouvernement de la République dans les chefs-lieux où leur présence sera jugée utile. Ils seront sous les ordres du Résident-Général. || Ils habiteront dans la citadelle et, en tout cas, dans l'enceinte même reservée au Mandarin; il leur sera donné, s'il y a lieu, une escorte Française ou indigène.

Art. VII. Les Résidents éviteront de s'occuper des détails de l'administration intérieure des provinces. Les fonctionnaires indigènes de tout ordre continueront à gouverner et à administrer sous leur contrôle; mais il devront être révoqués sur la demande des autorités Françaises.

Art. VIII. Les fonctionnaires et employés Français de toute catégorie ne communiqueront avec les autorités Annamites que par l'intermédiaire des Résidents.

Art. IX. Une ligne télégraphique sera établie de Saïgon à Hanoï, et exploitée par des employés Français. || Une partie des taxes sera attribuée au Gouvernement Annamite qui concédera, en retour, le terrain nécessaire aux stations.

Art. X. En Annam et au Tonkin, les étrangers de toute nationalité seront placés sous la juridiction Française. || L'autorité Française statuera sur

Nr. 8841. Frankreich und Anam. 6. Juni 1884.

les contestations de quelque nature qu'elles soient qui s'élèveront entre Annamites et étrangers, de même qu'entre étrangers.

Art. XI. Dans l'Annam proprement dit, les Quan-Ho percevront l'impôt ancien sans le contrôle des fonctionnaires Français, et pour compte de la Cour de Hué. || Au Tonkin, les Résidents centraliseront avec le concours des Quan-Ho le service du même impôt, dont ils surveilleront la perception et l'emploi. Une Commission composée de Commissaires Français et Annamites déterminera les sommes qui devront être affectées aux diverses branches de l'Administration et aux Services publiques. Le reliquat sera versé dans les Caisses de la Cour de Hué.

Art. XII. Dans tout le Royaume, les Douanes réorganisées seront entièrement confiées à des Administrateurs Français. Il n'y aura que des Douanes Maritimes et de Frontières placées partout où le besoin se fera sentir. || Aucune réclamation ne sera admise en matière de Douanes, au sujet des mesures prises jusqu'à ce jour par les autorités militaires. || Les Lois et Règlements concernant les Contributions Indirectes, le régime et le Tarif des Douanes, et le régime sanitaire de la Cochinchine, seront applicables aux territoires de l'Annam et du Tonkin.

Art. XIII. Les citoyens ou protégés Français pourront, dans toute l'étendue du Tonkin et dans les ports ouverts de l'Annam, circuler librement, faire le commerce, acquérir des biens meubles et immeubles et en disposer. Sa Majesté le Roi d'Annam confirme expressément les garanties stipulées par le Traité du 15 Mars, 1874*), en faveur des missionnaires et des Chrétiens.

Art. XIV. Les personnes qui voudront voyager dans l'intérieur de l'Annam ne pourront en obtenir l'autorisation que par l'intermédiaire du Résident-Général à Hué ou du Gouverneur de la Cochinchine. || Ces autorités leur délivreront des passeports qui seront présentés au visa du Gouvernement Annamite.

Art. XV. La France s'engage à garantir désormais l'intégrité des États de Sa Majesté le Roi d'Annam, à défendre ce Souverain contre les agressions du dehors, et contre les rébellions du dedans. || A cet effet, l'autorité Française pourra faire occuper militairement sur le territoire de l'Annam et du Tonkin les points qu'elle jugera nécessaire pour assurer l'exercice du Protectorat.

Art. XVI. Sa Majesté le Roi d'Annam continuera, comme par le passé, à diriger l'administration intérieure de ses États, sauf les restrictions qui résultent de la présente Convention.

Art. XVII. Les dettes actuelles de l'Annam vis-à-vis de la France seront acquittées au moyen de payements dont le mode sera ultérieurement déterminé. Sa Majesté le Roi d'Annam s'interdit de contracter aucun emprunt à l'étranger sans l'autorisation du Gouvernement Français.

Art. XVIII. Des conférences ultérieures régleront les limites des ports

*) Vgl. Staatsarchiv Bd. XLII. Nr. 8094.

ouverts et des concessions Françaises dans chacun de ces ports, l'établissement des phares sur les côtes de l'Annam et du Tonkin, le régime et l'exploitation des mines, le régime monétaire, la quotité à attribuer au Gouvernement Annamite sur le produit des Douanes, des Régies, des taxes télégraphiques et autres revenus non visés dans l'Article XI du présent Traité. || La présente Convention sera soumise à l'approbation du Gouvernement de la République Française et de Sa Majesté le Roi d'Annam, et les ratifications en seront échangées aussitôt que possible.

Art. XIX. Le présent Traité remplacera les Conventions des 15 Mars, 31 Août, 23 Novembre, 1874. || En cas de contestation, le texte Français fera seul foi.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé leur achet.

Fait à Hué en double expédition, le 6 Juin, 1884.

Patenôtre. Phamud-Thuan-Duat.

Nguyen-Van-Tuong. Tou-That-Fay.

Nr. 8842. FRANKREICH und CHINA. — Friedenspräliminarien vom 4. April 1885*).

Entre MM. Billot, Ministre plénipotentiaire, Directeur des Affaires politiques au Ministère des Affaires étrangères, à Paris, et James Duncan Campbell, Commissaire et Secrétaire non résident de l'Inspecteur général des Douanes Impériales maritimes chinoises, de deuxième classe du rang civil chinois, et officier de la Légion d'honneur, || Dûment autorisés l'un et l'autre à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, || Ont été arrêtés le Protocole suivant et la note explicative ci-annexée.

Protocole.

Art. 1. D'une part, la Chine consent à ratifier la Convention de Tien-Tsin, du onze mai mil huit cent quatre-vingt-quatre, et, d'autre part, la France déclare qu'elle ne poursuit pas d'autre but que l'exécution pleine et entière de ce Traité.

Art. 2. Les deux Puissances consentent à cesser les hostilités partout, aussi vite que les ordres pourront être donnés et reçus, et la France consent à lever immédiatement le blocus de Formose.

Art. 3. La France consent à envoyer un Ministre dans le Nord, c'est-à-dire à Tien-Tsin ou à Pékin, pour arranger le Traité détaillé, et les deux Puissances fixeront alors la date pour le retrait des troupes.

Fait à Paris, le 4 avril 1885. Billot,

Campbell.

*) Gelbbuch: Affaires de Chine et du Tonkin 1884—1885. Paris 1885. Nr. 206—207.

Nr. 8842. Frankreich und China. 4. Apr. 1885.

Note explicative du Protocole du 4 Avril 1885.

1° Aussitôt qu'un Décret impérial aura été promulgué, ordonnant la mise à exécution du Traité du 11 Mai 1884 et enjoignant par conséquent aux troupes chinoises qui se trouvent actuellement au Tonkin de se retirer au delà de la frontière, toutes les opérations militaires seront suspendues sur terre et sur mer, à Formose et sur les côtes de Chine; les commandants des troupes françaises au Tonkin recevront l'ordre de ne pas franchir la frontière chinoise.

2° Dès que les troupes chinoises auront reçu l'ordre de repasser la frontière, le blocus de Formose et de Pak-Hoï sera levé, et le Ministre de France entrera en rapport avec les Plénipotentiaires nommés par l'Empereur de Chine pour négocier et conclure, dans le plus bref délai possible, un Traité définitif de paix, d'amitié et de commerce. Ce Traité fixera la date à laquelle les troupes françaises devront évacuer le nord de Formose.

3° Afin que l'ordre de repasser les frontières soit communiqué le plus vite possible par le Gouvernement chinois aux troupes du Yunnam, le Gouvernement français donnera toutes facilités pour que cet ordre parvienne aux commandants des troupes chinoises par la voie du Tonkin.

4° Considérant toutefois que l'ordre de cesser les hostilités et de se retirer ne peut parvenir le même jour aux Français et aux Chinois et à leurs forces respectives, il est entendu que la cessation des hostilités, le commencement de l'évacuation et la fin de l'évacuation auront lieu aux dates suivantes: || Les 10, 20 et 30 avril, pour les troupes à l'est de Tuyen-Quan; || Les 20, 30 avril et 30 mai, pour les troupes à l'ouest de cette place. || Le commandant qui, le premier, recevra l'ordre de cesser les hostilités, devra en communiquer la nouvelle à l'ennemi le plus voisin et s'abstiendra ensuite de tout mouvement, attaque ou collision.

5° Pendant toute la durée de l'armistice et jusqu'à la signature du Traité définitif, les deux Parties s'engagent à ne porter à Formose ni troupes ni munitions de guerre.

Aussitôt que le Traité définitif aura été signé et approuvé par Décret Impérial, la France retirera les vaisseaux de guerre employés à la visite, etc., en haute mer, et la Chine rouvrira les ports à traité aux bâtiments français, etc.

Fait à Paris, le 4 avril 1885. Billot.
Campbell.

Nr. 8843. FRANKREICH und CHINA. — Traité de paix, d'amitié et de commerce, conclu entre la France et la Chine le 9 Juin 1885 à Tien-Tsin*).

Nr. 8843. Frankreich und China. 9. Juni 1885.

Le Président de la République Française et Sa Majesté l'Empereur de Chine, animés l'un et l'autre d'un égal désir de mettre un terme aux difficul-

*) Gelbbuch: Affaires de Chine et de Tonkin 1884—1885. Paris 1885. Nr. 281.

tés auxquelles a donné lieu leur intervention simultanée dans les affaires de l'Annam, et voulant rétablir et améliorer les anciennes relations d'amitié et de commerce qui ont existé entre la France et la Chine, ont résolu de conclure un nouveau traité répondant aux intérêts communs des deux nations, en prenant pour base la convention préliminaire signée à Tien-Tsin, le 11 mai 1884, et ratifiée par décret impérial le 13 avril 1885. || A cet effet, les deux Hautes Parties contractantes ont nommé pour leurs Plénipotentiaires à savoir:

Le Président de la République française: || M. Jules Patenôtre, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de France en Chine, Officier de la Légion d'honneur, Grand-Croix de l'Étoile polaire de Suède, etc. || Et Sa Majesté l'Empereur de Chine: || Li-Hong-Chang, Commissaire impérial, premier grand Secrétaire d'État, grand précepteur de l'Héritier présomptif, surintendant du commerce des ports du Nord, gouverneur général de la province de Tchéli, appartenant au premier degré du troisième rang de la noblesse avec le titre de Souyi; || Assistés: de Si-Tchen, Commissaire impérial, membre du Conseil des Affaires étrangères, président du Ministère de la Justice, administrateur du Trésor au Ministère des Finances, directeur des Écoles pour l'éducation des officiers héréditaires de l'aile gauche de l'armée tartare à Pékin, commandant en chef le contingent chinois de la bannière jaune à bordure; || Et de Teng-Tcheng-Sieou, Commissaire impérial, membre du cérémonial d'État; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs qu'ils ont reconnus en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1. La France s'engage à rétablir et à maintenir l'ordre dans les provinces de l'Annam qui confinent à l'Empire chinois. A cet effet, elle prendra les mesures nécessaires pour disperser ou expulser les bandes de pillards et gens sans aveu qui compromettent la tranquillité publique et pour empêcher qu'elles ne se reforment. Toutefois, les troupes françaises ne pourront, dans aucun cas, franchir la frontière qui sépare le Tonkin de la Chine, frontière que la France promet de respecter et de garantir contre toute agression. || De son côté, la Chine s'engage à disperser ou à expulser les bandes qui se refugieraient dans ses provinces limitrophes du Tonkin, et à disperser celles qui chercheraient à se former sur son territoire pour aller porter le trouble parmi les populations placées sous la protection de la France, et, en considération des garanties qui lui sont données quant à la sécurité de sa frontiére, elle s'interdit pareillement d'envoyer des troupes au Tonkin. || Les Hautes Parties contractantes fixeront par une convention spéciale les conditions dans lesquelles s'effectuera l'extradition des malfaiteurs entre la Chine et l'Annam. || Les Chinois, colons ou anciens soldats, qui vivent paisiblement en Annam, en se livrant à l'agriculture, à l'industrie ou au commerce et dont la conduite ne donne lieu à aucun reproche, jouiront pour leurs personnes et pour leurs biens de la même sécurité que les protégés français.

Art. 2. La Chine, décidée à ne rien faire qui puisse compromettre l'oeuvre de pacification entreprise par la France, s'engage à respecter, dans

Nr. 8843. Frankreich und China. 9. Juni 1885.

le présent et dans l'avenir, les traités, conventions et arrangements directement intervenus ou à intervenir entre la France et l'Annam. || En ce qui concerne les rapports entre la Chine et l'Annam, il est entendu qu'ils seront de nature à ne point porter atteinte à la dignité de l'Empire chinois, et à ne donner lieu à aucune violation du présent traité.

Art. 3. Dans un délai de six mois, à partir de la signature du présent traité, des Commissaires désignés par les Hautes Parties contractantes se rendront sur les lieux pour reconnaître la frontière entre la Chine et le Tonkin. Ils poseront, partout où besoin sera, des bornes destinées à rendre apparente la ligne de démarcation. Dans le cas où ils ne pourraient se mettre d'accord sur l'emplacement de ces bornes ou sur les rectifications de détail qu'il pourrait y avoir lieu d'apporter à la frontière actuelle du Tonkin, dans l'intérêt commun des deux pays, ils en référeraient à leurs Gouvernements respectifs.

Art. 4. Lorsque la frontière aura été reconnue, les Français ou protégés français et les habitants étrangers du Tonkin qui voudront la franchir pour se rendre en Chine ne pourront le faire qu'après s'être munis préalablement de passeports délivrés par les autorités chinoises de la frontière sur la demande des autorités françaises. Pour les sujets chinois, il suffira d'une autorisation délivrée par les autorités impériales de la frontière. || Les sujets chinois qui voudront se rendre de Chine au Tonkin, par la voie de terre, devront être munis de passeports réguliers, délivrés par les autorités françaises sur la demande des autorités impériales.

Art. 5. Le commerce d'importation et d'exportation sera permis aux négociants français ou protégés français et aux négociants chinois par la frontière de terre entre la Chine et le Tonkin. Il devra se faire toutefois par certains points qui seront déterminés ultérieurement et dont le choix ainsi que le nombre seront en rapport avec la direction comme avec l'importance du trafic entre les deux pays. Il sera tenu compte, à cet égard, des règlements en vigueur dans l'intérieur de l'Empire chinois. || En tout état de cause, deux de ces points seront désignés sur la frontière chinoise, l'un au-dessus de Lao-Kaï, l'autre au delà de Lang-Son. Les commerçants français pourront s'y fixer dans les mêmes conditions et avec les mêmes avantages que dans les ports ouverts au commerce étranger. Le Gouvernement de sa Majesté l'Empereur de Chine y installera des douanes, et le Gouvernement de la République pourra y entretenir des Consuls dont les privilèges et les attributions seront identiques à ceux des agents de même ordre dans les ports ouverts. || De son côté, Sa Majesté l'Empereur de Chine pourra, d'accord avec le Gouvernement français, nommer des Consuls dans les principales villes du Tonkin.

Art. 6. Un règlement spécial, annexé au présent traité, précisera les conditions dans lesquelles s'effectuera le commerce par terre entre le Tonkin et les provinces chinoises du Yunnan, du Kouang-Si et du Kouang-Tong. Ce règlement sera élaboré par des Commissaires qui seront nommés par les Hautes

Parties contractantes, dans un délai de trois mois après la signature du présent traité. || Les marchandises faisant l'objet de ce commerce seront soumises, à l'entrée et à la sortie, entre le Tonkin et les provinces du Yunnan et du Kouang-Si, à des droits inférieurs à ceux que stipule le tarif actuel du commerce étranger. Toutefois, le tarif réduit ne sera pas appliqué aux marchandises transportées par la frontière terrestre entre le Tonkin et le Kouang-Tong et n'aura pas d'effet dans les ports déjà ouverts par les traités. || Le commerce des armes, engins, approvisionnements et munitions de guerre de toute espèce sera soumis aux lois et règlements édictés par chacun des États contractants sur son territoire. || L'exportation et l'importation de l'opium seront régies par des dispositions spéciales qui figureront dans le règlement commercial susmentionné. || Le commerce de mer entre la Chine et l'Annam sera également l'objet d'un règlement particulier. Provisoirement il ne sera innové en rien à la pratique actuelle.

Art. 7. En vue de développer dans les conditions les plus avantageuses les relations de commerce et de bon voisinage que le présent traité a pour objet de rétablir entre la France et la Chine, le Gouvernement de la République construira des routes au Tonkin et y encouragera la construction des chemins de fer. || Lorsque, de son côté, la Chine aura décidé de construire des voies ferrées, il est entendu qu'elle s'adressera à l'industrie française, et le Gouvernement de la République lui donnera toutes les facilités pour se procurer en France le personnel dont elle aura besoin. Il est entendu aussi que cette clause ne peut être considérée comme constituant un privilège exclusif en faveur de la France.

Art. 8. Les stipulations commerciales du présent traité et les règlements à intervenir pourront être revisés après un intervalle de dix ans révolus, à partir du jour de l'échange des ratifications du présent traité. Mais au cas où, six mois avant le terme, ni l'une ni l'autre des Hautes Parties contractantes n'aurait manifesté le désir de procéder à la revision, les stipulations commerciales resteraient en vigueur pour un nouveau terme de dix ans et ainsi de suite.

Art. 9. Dès que le présent traité aura été signé, les forces françaises recevront l'ordre de se retirer de Kelung et de cesser la visite, etc., en haute mer. Dans le délai d'un mois après la signature du présent traité, l'île de Formose et les Pescadores seront entièrement évacuées par les troupes françaises.

Art. 10. Les dispositions des anciens traités, accords et conventions entre la France et la Chine, non modifiées par le présent traité, restent en pleine vigueur.

Le présent traité sera ratifié dès à présent par Sa Majesté l'Empereur de Chine, et après qu'il aura été ratifié par le Président de la République fran-

Nr. 8843. Frankreich und China. 9. Juni 1885.

çaise, l'échange des ratifications se fera à Pékin dans le plus bref délai possible.

Fait à Tien-Tsin en quatre exemplaires, le 9 juin 1885, correspondant au 27e jour de la quatrième lune de la onzième année Kouang-Sin.

Patenôtre.	Si-Tchen.
Li-Hong-Chang.	Teng-Tcheng-Sieou.

Nr. 8844. FRANKREICH. — Dekret des Präsidenten der Republik, betreffend die Organisation des Protektorats in Anam und Tonkin. Vom 27. Januar 1886.

Paris, le 27 janvier 1886.

Nr. 8844. Frankreich. 27. Jan. 1886.

Monsieur le Président,—La pacification de l'Annam et du Tonkin est assez avancée pour qu'il soit possible de placer désormais ce pays sous l'autorité civile et d'organiser le protectorat sur des bases définitives. Le projet de décret ci-joint tend à ce double but. Il s'est inspiré des idées de simplicité et d'économie qui ont été recommandées par le Parlement, et sans lesquelles le pays ne verrait pas avec faveur l'extension de notre domaine colonial. || Le principe de la future organisation peut se résumer en quelques mots: || Le protectorat de l'Annam et du Tonkin est considéré comme un service distinct et indépendant, ayant ses lois propres, son budget, ses moyens et ne conservant avec le gouvernement de la métropole d'autres liens que ceux qui résultent de la nomination du résident général et de quelques hauts fonctionnaires, et de l'allocation d'une subvention, qui sera nécessaire pendant quelques années encore pour équilibrer les recettes et les dépenses. De la sorte, l'administration sera transportée tout entière dans l'Annam et le Tonkin, et le contrôle seul sera réservé à la métropole. La responsabilité du résident général sera considérable, et de son habileté dépendra en grande partie le succès de cette laborieuse entreprise. || Le système administratif prévu pour le protectorat est des moins compliqués; il est conforme d'ailleurs aux traités qui ont été conclus avec la cour de Hué. || Il s'agit d'utiliser l'organisme relativement perfectionné qui existe dans le royaume annamite et de le faire fonctionner dans le sens de nos idées et des progrès que nous voulons faire réaliser à ces pays. Le Résident général devra donc appliquer tous ses soins à imprimer une impulsion décisive au siège même du gouvernement, à Hué, et à vérifier ensuite, à l'aide de ses divers agents, sur place, comment cette impulsion se répercute dans les provinces. Il ne paraît pas douteux que, par ce moyen, l'appareil administratif propre du protectorat se réduira à de très faibles proportions, et n'exigera le concours que d'un petit nombre de fonctionnaires européens. || J'ajoute que, selon mes prévisions, les seuls services sur lesquels le Résident général devra tout d'abord exercer une action directe, parce qu'ils n'existent actuellement qu'à l'état rudimentaire, sont les douanes et les travaux publics. Ce

sont les instruments nécessaires de notre développement commercial, et l'on ne saurait attendre leur mise en oeuvre de l'initiative annamite. Ces services réclament une unité de direction et un ensemble de vues que la métropole seule peut avoir. || Plus tard, à mesure que notre autorité s'asseoira et que l'influence de notre civilisation pénétrera davantage le pays placé sous notre tutelle, nous serons conduits à exercer notre action dans un certain nombre de branches, dans la justice, l'instruction, les impôts etc. . . Mais tous ces progrès doivent s'effectuer successivement, sans secousse et sans froisser les moeurs des populations auxquelles ils sont destinés. Ils suivront d'ailleurs un développement parallèle aux ressources; car il faut que tous ces avantages soient obtenus sans entrainer de nouveaux sacrifices pour la métropole. || Telle est, dans ses lignes générales, la conception que le présent décret a pour but de réaliser. Nous croyons qu'elle répond aux vues du Parlement et au sentiment du pays. Elle a eu également votre approbation lorsque le projet de décret ci-annexé a été délibéré en conseil des ministres, je vous prie donc de vouloir bien revêtir ce projet de votre signature. || Agréez, Monsieur le Président, l'hommage de mon respectueux dévouement.

Le président du conseil, ministre des affaires étrangères,
C. de Freycinet.

Le Président de la République française, || Vu le décret du 7 janvier 1886, || Sur la proposition du président du conseil, ministre des affaires étrangères, || Décrète:

Art. 1er. Le protectorat de l'Annam et du Tonkin constitue, au regard de la métropole, un service spécial, autonome, ayant son organisation, son budget et ses moyens propres. || Toutes les dépenses des troupes de terre et de mer, de la flottille et des administrations civiles et militaires employées en Annam et au Tonkin sont supportées par le budget du protectorat. || Les fonctionnaires et agents de tous ordres mis par la métropole à la disposition du protectorat, sont considérés comme étant en service détaché et ont leur situation réglée, à ce titre, d'après les lois et règlements en vigueur.

Art. 2. Le chef du protectorat porte le titre de „résident général". Il est le représentant de la République française auprès de la cour de Hué et relève du ministre des affaires étrangères. || Il est nommé par décret du Président de la République, rendu en conseil des ministres.

Art. 3. Le résident général est le dépositaire des pouvoirs de la République en Annam et au Tonkin. || Il exerce toutes les attributions prévues par les conventions et les traités conclus avec le souverain de l'Annam. || Il préside aux relations extérieures de l'Annam ainsi qu'aux rapports entre les autorités annamites et les autorités françaises. || Il contresigne, pour les rendre exécutoires, les actes et décrets du roi d'Annam qui sont destinés à être appliqués par les tribunaux français. || Il a sous ses ordres le commandant des troupes de terre et de mer, de la flottille, et tous les services du pro-

Nr. 8841. Frankreich. 27. Jan. 1886.

tectorat. || Il organise les services et règle leurs attributions par des arrêtés qui sont portés à la connaissance du ministre des affaires étrangères. || Il nomme à tous les emplois civils, à l'exception de ceux de résident supérieur, résident et chef des services principaux, qui sont à la nomination du ministre des affaires étrangères. Il peut, en cas d'urgence, pourvoir à ces derniers emplois ou prononcer la suspension des titulaires, par des décisions provisoires qui sont soumises à l'approbation du ministre.

Art. 4. Le résident général a sa résidence officielle à Hué; mais il peut séjourner dans toute autre ville de l'Annam et du Tonkin où les besoins du service l'appellent. || Il est assisté par deux résidents supérieurs, l'un à Hué, l'autre à Hanoï. || En cas d'absence ou d'empêchement, le résident général est suppléé auprès de la cour de Hué par le résident supérieur de Hué. || Les attributions des deux résidents supérieurs sont déterminées par des arrêtés du résident général, soumis à l'approbation du ministre des affaires étrangères,

Art. 5. Un conseil du protectorat est institué auprès du résident général, qui le préside. || Il siège, suivant les besoins du service, soit à Hué, soit à Hanoï. || En cas d'absence ou d'empêchement du résident général, le conseil est présidé par le résident supérieur du lieu où il est réuni. || La composition et les attributions de ce conseil seront déterminées par un décret spécial rendu sur la proposition du ministre des affaires étrangères, après avis du résident général.

Art. 6. Le résident général a seul le droit de correspondre avec le gouvernement de la République. || Il communique avec les divers départements ministeriels par l'intermédiaire du ministre des affaires étrangères. Il peut, avec l'autorisation de ce ministre et dans les limites fixées par lui, correspondre directement avec les autres ministres. En tout cas, les questions d'ordre politique, d'organisation et d'administration générale, celles qui ressortissent à la fois à plusieurs départements ministériels, celles qui tendent à modifier les prévisions budgétaires, sont exclusivement traitées par l'intermédiaire du ministre des affaires étrangères. || Le résident général est autorisé à correspondre directement avec le gouverneur de la Cochinchine et le représentant de la République à Pékin; mais il ne peut engager d'action politique ou diplomatique en dehors du ministre des affaires étrangères.

Art. 7. Par dérogation au premier paragraphe de l'article qui précède, le commandant des troupes de terre et de mer et de la flottille peut correspondre directement avec les ministres de la guerre et de la marine pour les questions techniques et dans les limites autorisées par le ministre des affaires étrangères, ou dans le cas de force majeure, quand il y a impossibilité de communiquer en temps utile par l'intermédiaire du résident général. Celui-ci est toujours tenu au courant de ces communications directes.

Art. 8. Aucune opération militaire, sauf le cas d'urgence où il s'agirait de repousser une agression, ne peut être entreprise sans l'assentiment du résident général. || La conduite des opérations appartient à l'autorité militaire,

qui rend compte au résident général. || Le caractère et le but d'une opération engagée ne peuvent être changés sans l'assentiment du résident général.

Art. 9. Des territoires pourront être déterminés par le résident général, après avis de l'autorité militaire, pour être soumis à la juridiction militaire. || Dans ces territoires, le commandant du corps d'occupation exercera par délégation les pouvoirs du résident général, auquel il sera tenu de rendre compte. || Ces territoires rentreront sous le régime normal par décision du résident général. || Les décisions portant établissement ou cessation du régime militaire seront immédiatement portées à la connaissance du ministre des affaires étrangères.

Art. 10. Le résident général dresse chaque année, en conseil du protectorat et après avoir pris l'avis des services compétents, le budget des recettes et des dépenses du protectorat pour l'année suivante. || Parmi les recettes figure la subvention à réclamer, s'il y a lieu, de la métropole pour assurer l'équilibre dudit budget. || Le projet de budget et les documents explicatifs sont adressés au ministre des affaires étrangères. || Le budget est approuvé par décret du Président de la République, rendu en conseil des ministres, et devient exécutoire à partir du 1er janvier.

Art. 11. Chaque année, après le 31 mars, le résident général dresse, dans la même forme, le compte des résultats obtenus pendant l'exercice écoulé et le fait parvenir, avec documents justificatifs, au ministre des affaires étrangères dans le cours du deuxième trimestre. || Ce compte est approuvé par décret rendu en conseil des ministres.

Art. 12. Des délégués pourront à certaines époques être envoyés par le ministre des affaires étrangères en Annam et au Tonkin pour lui faire un rapport sur la situation du protectorat. || Ces délégués jouiront du droit d'investigation le plus étendu, selon les instructions qu'ils auront reçues du ministre et dont le résident général sera directement informé. || Ils ne pourront s'immiscer en rien dans l'administration et ne feront part de leurs observations qu'au résident général.

Dispositions transitoires.

Art. 13. Le présent décret entrera en vigueur à partir du jour où le résident général, qui sera nommé sur la proposition du ministre des affaires étrangères, aura régulièrement pris possession de son poste. || Les dispositions relatives au budget s'appliqueront pour l'exercice 1887. || Les dépenses de l'exercice courant (1886) seront faites et réglées par les départements ministériels compétents en conformité de la loi de crédit du 26 décembre 1885. || Le département des affaires étrangères prendra charge de la portion du crédit restant libre, sur les cinq millions prévus dans la loi susmentionnée pour les services civils du Tonkin, au moment où le résident général entrera en possession de l'administration du protectorat, ainsi qu'il est dit au premier paragraphe ci-dessus.

Nr. 8844. Frankreich. 27. Jan 1886.

Art. 14. Les ministres sont chargés, chacun en ce qui les concerne, de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 27 janvier 1886. Jules Grévy.

Par le Président de la République:

Le président du conseil, ministre des affaires étrangères,

C. de Freycinet.

Nr. 8845. FRANKREICH und CHINA. — Handelsvertrag vom 24. April 1886.

Nr. 8845. Frankreich und China. 24. Apr. 1886.

Article 1er. Aux termes de l'article 5 du traité du 9 juin 1885, les hautes parties contractantes conviennent qu'il y a lieu, quant à présent, d'ouvrir au commerce deux localités, l'une au nord de Lang-Son et l'autre au-dessus de Lao-Kaï. La Chine y établira des bureaux de douane et la France aura la faculté d'y nommer des consuls, qui jouiront de tous les droits et privilèges concédés en Chine aux consuls de la nation la plus favorisée. || Les travaux de la commission chargée de la délimitation des deux pays ne se trouvant pas terminés au moment de la signature de la présente convention, la localité à ouvrir au commerce au nom de Lang-Son devra être choisie et déterminée dans le courant de la présente année, après entente entre le gouvernement impérial et le représentant de la France à Pékin. Quant à la localité qui devra être ouverte au commerce au-dessus de Lao-Kaï, elle sera également déterminée d'un commun accord à la suite des travaux de reconnaissance de la frontière entre les deux pays.

Art. 2. Le gouvernement impérial pourra nommer des consuls à Hanoï et à Haï-Phong. Des consuls chinois pourront aussi être envoyés plus tard dans d'autres grandes villes du Tonkin, après entente avec le gouvernement français. || Ces agents seront traités de la même manière, et auront les mêmes droits et privilèges que les consuls de la nation la plus favorisée établis en France. C'est avec les autorités françaises chargées du protectorat qu'ils entretiendront tous leurs rapports officiels.

Art. 3. Il est convenu, de part et d'autre, que, dans les localités où des consuls seront envoyés, les autorités respectives s'emploieront à faciliter l'installation de ces agents dans des résidences honorables. || Les Français pourront s'établir dans les localités ouvertes au commerce à la frontière de Chine dans les conditions prévues par les articles 7, 10, 11, 12 et autres du traité du 27 juin 1858. || Les Annamites jouiront dans ces localités du même traitement privilégié.

Art. 4. Les Chinois auront le droit de posséder des terrains, d'élever des constructions, d'ouvrir des maisons de commerce et d'avoir des magasins dans tout l'Annam. || Ils obtiendront pour leurs personnes, leurs familles et leurs biens, protection et sécurité à l'égal des sujets de la nation européenne

la plus favorisée, et, comme ces derniers, ils ne pourront être l'objet d'aucun mauvais traitement. Les correspondances officielles et privées, les télégrammes des fonctionnaires et commerçants chinois seront transmis sans difficultés par les administrations postale et télégraphique françaises. || Les Français recevront de la Chine le même traitement privilégié.

Art. 5. Les Français, protégés français ou étrangers établis au Tonkin, pourront franchir la frontière et pénétrer en Chine, à la condition d'être munis de passeports. Ces passeports seront délivrés par les autorités chinoises de la frontière, à la requête des autorités françaises, qui les demanderont seulement en faveur de personnes honorables; ils seront rendus au retour et annulés. Lorsqu'un voyageur devra traverser une localité occupée par des aborigènes ou des sauvages, il sera mentionné sur le passeport qu'il n'y a pas dans cette localité de fonctionnaires chinois qui puissent le protéger. || Les Chinois qui voudront se rendre de Chine au Tonkin par la voie de terre devront, de la même manière, être munis de passeports délivrés par les autorités françaises à la requête des autorités chinoises, qui les demanderont seulement en faveur de personnes honorables. || Les passeports ainsi délivrés de part et d'autre serviront simplement de titres de voyage et ne pourront pas être considérés comme des certificats d'exemption de taxes pour le transport des marchandises. || Les autorités chinoises sur le sol chinois et les autorités françaises au Tonkin auront le droit d'arrêter les personnes qui auraient franchi la frontière sans passeport et de les remettre aux mains des autorités respectives pour être jugées et punies s'il y a lieu. || Les Chinois habitant l'Annam pourront rentrer du Tonkin en Chine en obtenant simplement des autorités impériales un laisser-passer leur permettant de franchir la frontière. || Les Français et autres personnes établies dans les localités ouvertes à la frontière pourront circuler sans passeport dans un rayon de cinquante lies (578 mètres la lie) autour de ces localités.

Art. 6. Les marchandises importées dans les localités ouvertes au commerce, à la frontière de Chine, par les négociants français et les protégés français, peuvent, après acquittement des droits d'importation, être transportées sur les marchés intérieurs de la Chine dans les conditions fixées par le septième règlement annexe du traité du 27 juin 1858 et par les règlements généraux de la douane maritime sur les passes de transit à l'importation. || Dès que des marchandises étrangères seront importées dans ces localités, déclaration devra être faite en douane de la nature et de la quantité de ces marchandises, ainsi que du nom de la personne qui les accompagne. La douane fera procéder à la vérification et percevra le droit du tarif général de la douane maritime chinoise, diminué d'un cinquième. Les articles non dénommés au tarif resteront passibles du droit de 5% ad valorem. Ce n'est qu'après que le droit aura été payé que les marchandises pourront sortir de magasin, être expédiées et vendues. || Le négociant qui voudrait envoyer dans l'intérieur des marchandises étrangères devra faire une nouvelle décla-

Nr. 8845. Frankreich und China. 4. Apr. 1886.

ration en douane et payer, sans réduction, le droit de transit inscrit dans les règlements généraux de la douane maritime chinoise. || Après ce payement, la douane délivrera une passe de transit qui permettra aux porteurs de se rendre dans la localité désignée sur la passe pour y disposer desdites marchandises. || A ces conditions, aucune perception nouvelle ne sera faite au passage des barrières intérieures et des bureaux de likin. || Les marchandises pour lesquelles des passes de transit n'auraient pas été démandées seront passibles de tous les droits de barrière et de likin imposés aux produits indigènes dans l'intérieur du pays.

Art. 7. Les marchandises achetées par les Français et les protégés français sur les marchés intérieurs de la Chine peuvent être amenées dans les localités ouvertes à la frontière, pour être de là exportées au Tonkin, dans les conditions fixées par le 7e règlement annexe du traité du 27 juin 1858 sur le transit des marchandises d'exportation. || Lorsque les marchandises chinoises arriveront dans ces localités pour être exportées, déclaration devra être faite en douane de la nature et de la quantité de ces marchandises, ainsi que du nom de la personne qui les accompagne. || La douane fera procéder à la vérification. || Celles de ces marchandises qui auraient été achetées à l'intérieur par le négociant muni d'une passe de transit et qui n'auraient alors acquitté ni taxe de likin, ni taxe de barrière, auront d'abord à payer le droit de transit inscrit au tarif général de la douane maritime chinoise. || Elles payeront ensuite le droit d'exportation du tarif général diminué d'un tiers. Les articles non dénommés au tarif resteront passibles du droit de 5% ad valorem. || Après l'acquittement de ces taxes, les marchandises pourront sortir librement et être expédiées au delà de la frontière. || Le négociant qui, ayant acheté des marchandises dans l'intérieur, ne sera pas muni d'une passe de transit, devra acquitter, au passage des bureaux de perception, les taxes de barrière et de likin; les récépissés devront lui être délivrés. A son arrivée à la douane, il sera exempté du payement du droit de transit sur le vu de ces récépissés. || Les commerçants français et protégés français important ou exportant des marchandises par les bureaux de douane de la frontière du Yunnam et du Quang-Si, et les commerçants chinois important ou exportant des marchandises au Tonkin n'auront à acquitter aucune taxe de péage pour leurs voitures ou leurs bêtes de somme. Sur les cours d'eau navigables franchissant la frontière, les barques pourront être de part et d'autre soumises à un droit de tonnage, conformément aux règlements de la douane maritime des deux pays. || En ce qui concerne les dispositions du présent article et du précédent, il est convenu entre les hautes parties contractantes que, si un nouveau tarif douanier vient à être établi d'un commun accord entre la Chine et une tierce puissance pour le commerce par terre sur les frontières sud-ouest de l'Empire chinois, la France pourra en obtenir l'application.

Art. 8. Les marchandises étrangères qui, n'ayant pu être vendues, seraient, dans un délai de trente-six mois, après avoir acquitté le droit d'im-

portation à l'une des douanes frontières chinoises, réexpédiées vers l'autre douane frontière, seront examinées à la première de ces douanes, et, si les enveloppes en sont restées intactes, si rien n'en a été distrait ou changé, elles recevront un certificat d'exemption du montant de la taxe primitivement perçue. Le porteur de ce certificat pourra le remettre à l'autre douane frontière à l'acquit du nouveau droit qu'il aura à payer. La douane pourra également délivrer des bons valables pendant trois ans, pour tout payement ultérieur à faire au même bureau. Il ne sera jamais rendu d'argent. || Si ces mêmes marchandises sont réexpédiées vers un des ports ouverts de la Chine, elles y seront, conformément à la règle générale de la douane maritime chinoise, soumises aux droits d'importation, sans qu'on puisse y faire usage de ces certificats ou bons de douanes frontières. Il ne sera pas non plus possible d'y présenter, à l'acquit des droits, les quittances délivrées par les douanes frontières lors du premier versement. Quant aux droits de transit, une fois acquittés, ils ne pourront jamais, conformément aux règlements appliqués dans les ports ouverts, donner lieu à la délivrance de bons ou certificats d'exemption.

Art. 9. Les marchandises chinoises, qui, après avoir acquitté à un des bureaux de la frontière les droits de transit et d'exportation, seraient réexpédiées vers l'autre douane frontière pour être vendues, ne seront soumises, à leur arrivée à cette seconde douane, qu'au payement, à titre de droit de réimportation, de la moitié du droit d'exportation déjà perçu. Ces marchandises pourront alors conformément aux réglements établis dans les ports ouverts, être transportées dans l'intérieur par les commerçants étrangers. || Si ces marchandises chinoises sont transportées dans un des ports ouverts de la Chine, elles seront assimilées à des marchandises étrangères et devront acquitter un nouveau droit entier d'importation, conformément au tarif général de la douane maritime. || Ces marchandises seront admises à payer le droit de transit pour pénétrer dans l'intérieur. Les marchandises chinoises importées d'un port de mer de Chine vers un port annamite, pour être de là transportées à la frontière de terre et rentrer ensuite en territoire chinois, seront traités comme marchandises étrangères et devront payer le droit local d'importation. Ces marchandises seront admises à payer le droit de transit pour pénétrer dans l'intérieur.

Art. 10. Les déclarations en douane chinoise doivent être faites dans les trente-six heures qui suivront l'arrivée des marchandises, sous peine d'une amende de 50 taëls par jour de retard, sans que cette amende puisse excéder 200 taëls. Une déclaration inexacte de la quantité des marchandises, s'il est prouvé qu'elle a été faite dans l'intention d'échapper au payement des droits, entraîne pour le marchand la confiscation de ces marchandises. Les marchandises qui, non munies du permis du chef de la douane, seraient clandestinement introduites par des chemins détournés, déballées ou vendues, ou qui seraient l'objet d'un acte intentionnel de contrebande, seront intégralement

Nr. 8845. Frankreich und China. 24. Apr. 1886.

confisquées. Toute fausse déclaration ou manoeuvre tendant à tromper la douane sur la qualité, la quantité, la réelle provenance ou la réelle destination des marchandises appelées à bénéficier des passes de transit, donnera lieu à la confiscation des marchandises. Ces pénalités devront être prononcées dans les conditions et selon la procédure fixée par le règlement du 31 mai 1868. Dans tous les cas où la confiscation aura été prononcée, le négociant pourra libérer ces marchandises moyennant le versement d'une somme équivalant à leur valeur, dûment déterminée par une entente avec les autorités chinoises. Les autorités chinoises auront toute liberté d'aviser aux mesures à prendre en Chine, le long de la frontière, afin d'éviter la contrebande. || Les marchandises descendant ou remontant les voies navigables à bord de bateaux français, annamites ou chinois, ne devront pas être nécessairement débarquées à la frontière, à moins qu'il y ait apparence de fraude ou divergence entre l'état de la cargaison et la déclaration du manifeste. La douane ne pourra qu'envoyer à bord desdits bateaux des agents pour en faire la visite.

Art. 11. Les produits d'origine chinoise importés au Tonkin par la frontière de terre auront à acquitter le droit d'importation du tarif franco-annamite. Ils ne payeront aucun droit d'exportation à la sortie du Tonkin. Il sera donné communication au gouvernement impérial du nouveau tarif que la France établira au Tonkin. S'il est établi au Tonkin des taxes d'accise, de consommation ou de garantie sur certains articles de production indigène, les produits similaires chinois auront à subir, à l'importation, des taxes équivalentes.

Art 12. Les marchandises chinoises qui seraient transportées à travers le Tonkin d'une des deux douanes frontières vers l'autre douane frontière ou vers un port annamite, pour être de là exportées en Chine, seront soumises à un droit spécifique de transit qui ne dépassera pas $2^0/_0$ de la valeur. Au point de sortie du territoire chinois, ces marchandises devront être reconnues par l'autorité douanière française de la frontière, qui en spécifiera la nature, la quantité et la destination, dans des certificats d'origine destinés à être produits à toute réquisition des autorités françaises durant le parcours à travers le Tonkin, ainsi qu'au port de transbordement. || Afin de garantir la douane franco-annamite contre toute fraude possible, ces produits chinois acquitteront à l'entrée du Tonkin le droit d'importation. || Un passe-debout les accompagnera jusqu'à la sortie, soit par le transbordement, soit à la frontière terrestre, et les sommes versées par le propriétaire des marchandises lui seront, déduction faite des droits de transit, restituées à ce moment, s'il y a lieu, en échange du récépissé délivré par les douanes du Tonkin. || Toute fausse déclaration ou manoeuvre tendant, d'une manière évidente, à tromper l'administration française sur la qualité, la quantité, la réelle provenance ou la réelle destination des marchandises appelées à jouir du traitement spécial applicable aux produits chinois qui traverseront le Tonkin en transit, donnera lieu à la confiscation des marchandises. Dans tous les cas où la con-

fiscation aura été prononcée, le négociant pourra libérer ses marchandises moyennant le payement d'une somme équivalant à leur valeur, dûment déterminée par une entente avec les autorités françaises. || Les mêmes règles et la même taxe de transit seront applicables en Annam aux marchandises chinoises qui seront expédiées d'un port de Chine vers un port annamite pour gagner de là les douanes-frontières chinoises à travers le Tonkin.

Art. 13. Les articles suivants: || L'or et l'argent en barre, la monnaie étrangère, la farine, la farine de maïs, le sagou, le biscuit, les conserves de viande et de légumes, le fromage, le beurre, les sucreries, les vêtements étrangers, la bijouterie, l'argenterie, la parfumerie, les savons de toute espèce, le charbon de bois, le bois à brûler, les bougies et la chandelle étrangères, le tabac, le vin, la bière, les spiritueux, les articles de ménage, les provisions pour les navires, les bagages personnels, la papeterie, les articles de tapisserie, la coutellerie, les articles de droguerie, les médicaments étrangers, la verrerie seront vérifiés par la douane chinoise, à l'entrée et à la sortie, s'ils sont réellement de provenance étrangère et destinés à l'usage personnel des étrangers, et s'ils arrivent en quantité modérée, un certificat d'exemption des droits sera délivré, qui en permettra le libre passage à la frontière. Si ces articles sont soustraits à la déclaration, à la formalité du certificat d'exemption, leur introduction clandestine les rendra passibles d'amende au même titre que les marchandises passées en contrebande. || A l'exception de l'or, de l'argent, de la monnaie, des bagages, qui resteront exempts de droits, les articles ci-dessus mentionnés destinés à l'usage personnel des étrangers et importés en quantité modérée, payeront lorsqu'ils seront transportés à l'intérieur de la Chine un droit de $2^1/_2\,^0/_0$ à la valeur. || Les douanes franco-annamites de la frontière ne percevront, à l'entrée comme à la sortie du Tonkin, aucun droit, soit sur les objets suivants d'usage personnel que les Chinois transporteraient avec eux: monnaie, bagages, vêtements, ornements de coiffure de femmes, papiers, pinceaux, encre de Chine, mobiliers et aliments, soit sur les produits que les consuls de Chine au Tonkin feraient venir pour leur consommation personnelle.

Art. 14. Les hautes parties contractantes conviennent d'interdire le commerce et le transport de l'opium de toute provenance par la frontière de terre entre le Tonkin d'une part, et le Yunnam, le Quang-Si et le Quang-Tong d'autre part.

Art. 15. L'exportation du riz et des céréales sera interdite en Chine. L'importation de ces articles s'y fera en franchise de droit. Il sera interdit d'importer en Chine: || La poudre à canon, les projectiles, les fusils et canons, le salpêtre, le soufre, le plomb, le spelter, les armes, le sel, les publications immorales. || En cas de contravention, ces articles seront intégralement confisqués. || Si les autorités chinoises faisaient acheter des armes ou des munitions, ou si des négociants recevaient l'autorisation expresse d'en acheter, l'importation en serait permise sous la surveillance spéciale de la douane chinoise. Les autorités chinoises pourront, en outre, après entente avec les

Nr. 8845. Frankreich und China. 24. Apr. 1886.

consuls de France, obtenir, pour les armes et munitions qu'elles voudraient faire transporter en Chine, à travers le Tonkin, l'exemption de tout droit à la douane franco-annamite. || L'introduction au Tonkin d'armes, munitions de guerre, publications immorales est aussi interdite.

Art. 16. Les Chinois résidant en Annam seront, sous le rapport de la juridiction criminelle, fiscale, ou autre, placés dans les mêmes conditions que les sujets de la nation la plus favorisée. Les procès, qui s'élèveront en Chine, dans les marchés ouverts de la frontière, entre les sujets chinois et les Français ou Annamites, seront réglés en cour mixte par des fonctionnaires chinois et français. || Pour les crimes ou délits que les Français ou protégés français commettraient en Chine dans les localités ouvertes au commerce, il sera procédé conformément aux stipulations des articles 38 et 39 du traité du 27 juin 1858.

Art. 17. Si dans les localités ouvertes au commerce à la frontière de Chine, les Chinois déserteurs ou prévenus de quelques crimes qualifiés tels par la loi chinoise, se réfugient dans des maisons ou à bord des barques appartenant à des Français ou protégés français, l'autorité locale s'adressera au consul, qui, sur la preuve de la culpabilité des prévenus, prendra immédiatement les mesures nécessaires pour qu'ils soient remis et livrés à l'action régulière des lois. || Les Chinois coupables ou inculpés de crimes ou délits, qui chercheraient un réfuge en Annam, seront, à la requête des autorités chinoises, et sur la preuve de leur culpabilité, recherchés, arrêtés et extradés dans tous les cas où pourraient être extradés de France les sujets des pays jouissant du traitement le plus large en matière d'extradition. || Les Français ou protégés français coupables ou inculpés de crimes ou de délits, qui chercheraient un refuge en Chine, seront, à la requête des autorités françaises et sur la preuve de leur culpabilité, arrêtés et remis auxdites autorités pour être livrés à l'action régulière des lois. || De part et d'autre on évitera avec soin tout recel et toute connivence.

Art. 18. Pour toute difficulté non prévue par les dispositions précédentes, on recourra aux réglements de la douane maritime qui, conformément aux traités existants, sont actuellement appliqués dans les villes ou les ports ouverts. || Dans les cas où ces réglements seraient insuffisants les agents des deux pays en référeraient à leurs gouvernements respectifs. || Les présentes stipulations pourront être, aux termes de l'article 8 du traité du 9 juin 1885 revisées dix ans après l'échange des ratifications.

Art. 19. La présente convention de commerce, après avoir été ratifié par les deux gouvernements, sera promulguée en France, en Chine et en Annam.

L'échange des ratifications aura lieu à Pékin dans le délai d'un an, à compter du jour de la signature de la convention ou plus tôt si faire se peut.

Fait à Tien-Tsin en quatre exemplaires, le 24 avril 1886 (correspondant au vingt-deuxième jour de la troisième lune de la douzième année Kouang-Sin). Nr. 8845. Frankreich und China. 24. Apr. 1886.

G. Cogordan.
E. Bruwaert.
Li-Hung-Tchang).

(Signature et cachet chinois:

II. Madagaskar*).

Nr. 8846. FRANKREICH und MADAGASKAR. — Friedensvertrag vom 17. December 1885**).

Traité conclu le 17 Décembre 1885 entre le gouvernement de la République Française et le gouvernement de Sa Majesté la Reine de Madagascar***). Nr. 8846. Frankreich und Madagaskar. 17. Dec. 1885.

Le Gouvernement de la République française et celui de Sa Majesté la Reine de Madagascar, voulant empêcher à jamais le renouvellement des diffi-

*) Vgl. Staatsarchiv XLIII 8208—8517, XLI 7968—7988.

**) Gelbbuch ‚Affaires de Madagascar' 1884—1886, Nr. 57. Journal officiel vom 17. März 1886.

***) Die Times veröffentlicht die folgende, im Gelbbuch nicht enthaltene Note der französischen Unterhändler an den malagassischen Bevollmächtigten:

A Monsieur le général Digby Willoughby, officier général commandant les troupes malgaches, envoyé extraordinaire et ministre plenipotentiaire de S. M. la reine de Madagascar.

A bord de la Naïade, Tamatave, le 9 janvier 1886.

Monsieur le plénipotentiaire, — Conformément au désir que vous avez bien voulu nous exprimer, et afin de lever les doutes manifestés par le gouvernement malgache relativement à l'interprétation de certaines expressions du texte du traité du 17 décembre 1885, nous consentons volontiers à vous fournir les explications suivantes: || S. Exc. le premier ministre vous a chargé de préciser le sens du paragraphe 1er de l'article 2 du traité, à savoir: || Un résident représentant le gouvernement de la République présidera aux relations extérieures. || Cela veut dire que le résident aura le droit de s'ingérer dans les affaires ayant un caractère de politique extérieure; qu'il aura le roit de s'opposer, par exemple, à toute cession de territoire à une nation étrangère quelconque; à tout établissement militaire et naval; à ce qu'un secours quelconque en hommes ou en bâtiments sollicité du gouvernement de la reine de Madagascar par une nation étrangère ne puisse être accordé sans le consentement du gouvernement français. Aucun traité, accord ou convention ne pourra être fait sans l'approbation du gouvernement français. || Par l'article 3 du traité, il est stipulé qu'il (le résident) résidera à Tananarive avec une escorte militaire. || Le premier ministre désire savoir ce que nous entendons par escorte militaire. Nous consentons à lui déclarer que qui dit escorte ne dit pas corps d'armée, et, pour mieux préciser, nous prenons l'engagement que cette escorte ne dépassera pas 50 cavaliers ou fantassins. Cette escorte n'entrera pas dans l'intérieur du palais royal. || A l'article 6, l'expression bail emphytéotique signifie un bail spécial d'une durée de quatre-vingt-dix-neuf ans, et renouvable au gré des parties. || Dans le paragraphe 3 du même article, en stipulant qu'ils (les

Nr. 8846. Frankreich und Madagaskar. 17. Dec. 1885.

cultés qui se sont produites récemment, et désireux de resserrer leurs anciennes relations d'amitié, ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont nommé pour Plénipotentiaires, savoir: || Pour la République française, M. Paul-Émile Miot, Contre-Amiral, Commandant en chef la division navale de la mer des Indes, || Et M. Salvator Patrimonio, Ministre Plénipotentiaire; || Et pour le Gouvernement de Sa Majesté la Reine de Madagascar, || M. le Général Digby Willougby, Officier général, Commandant les troupes malgaches et Ministre Plénipotentiaire, || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles qui suivent, sous réserve de ratification:

---

citoyens français) pourront choisir librement et prendre à leur service, à quel titre que ce soit, tout Malgache libre de tout engagement, nous avons nécessairement entendu exclure les soldats et les esclaves, puisque les soldats et les esclaves ont plus que tout autre engagé leur personne. || Nous pensons que le gouvernement de S. M. la reine n'a pas eu à se plaindre de cette omission. Elle a eu lieu dans un sentiment de bienveillance pour lui; car nous avons jugé préférable de ne pas faire figurer ces expressions dans de texte d'un traité de cette importance. || De même, la clause en vertu de laquelle le gouvernement de la reine de Madagascar s'engage à payer la somme de 10 millions de francs, applicable tant au règlement des réclamations françaises liquidées antérieurement au conflit survenu entre les deux parties qu'à la réparation de tous les dommages causés aux particuliers étrangers par le fait de ce conflit; nous avons entendu les dommages causés avant et pendant la guerre jusqu'au jour de la signature du traité de paix. || Le gouvernement de la République ne prêtera évidemment son assistance à la reine de Madagascar pour la défense de ses Etats que si cette assistance est sollicitée par S. M. la reine. || Quant au sens de l'article 15, il nous semble assez net et assez précis pour qu'il soit nécessaire de le commenter. Les avantages qu'il stipule en faveur du gouvernement de S. M. la reine sont évidents: ce qui sera facile à démontrer au premier ministre lors de notre voyage à Tananarive. || En ce qui concerne le territoire nécessaire aux installations que le gouvernement de la République fera, à sa convenance, dans la baie de Diégo-Suarez, nous croyons pouvoir vous assurer qu'il ne dépassera pas 1 mille $^1/_2$ dans tout le Sud de la baie, ainsi que dans le contour de l'Est à l'Ouest, et 4 milles autour du contour Nord de la baie, à partir du point de la dite baie le plus au Nord. || Il est superflu d'ajouter qu'à Diégo-Suarez les autorités françaises ne donneront pas asile aux sujets malgaches en rupture de ban ou qui ne pourront exhiber un passe-port des autorités malgaches. || Enfin, dans l'exécution de l'amnistie générale pleine et entière avec levée de tous les séquestres mis sur les biens des sujets respectifs des deux parties contractantes, le gouvernement de S. M. la reine s'inspirera des sentiments de loyauté et de justice que nous sommes en droit d'attendre de l'expérience et de l'esprit éclairé de S. Exc. le premier ministre. || Veuillez agréer, Monsieur le plénipotentiaire, les assurances de notre haute considération.

Le ministre plénipotentiaire, signé: S. Patrimonio:

Le contre-amiral commandant en chef, signé: E Miot.

P.-S. Vous nous avez demandé si le gouvernement de la reine pourrait, comme par le passé, continuer à négocier des traités de commerce avec les puissances étrangères.

Sans doute, autant que ces traités de commerce ne seront pas contraires aux stipulations du traité du 17 décembre 1885.

Le ministre plénipotentiaire, signé: S. Patrimonio;

Le contre-amiral, signé: E. Miot.

Nr. 8846. Frankreich und Madagaskar. 17. Dec. 1885.

Art. 1. Le Gouvernement de la République représentera Madagascar dans toutes ses relations extérieures. Les Malgaches à l'étranger seront placés sous la protection de la France.

Art. 2. Un Résident représentant le Gouvernement de la République présidera aux relations extérieures de Madagascar, sans s'immiscer dans l'administration intérieure des États de Sa Majesté la Reine.

Art. 3. Il résidera à Tananarive avec une escorte militaire. Le Résident aura droit d'audience privée et personnelle auprès de Sa Majesté la Reine.

Art. 4. Les autorités dépendant de la Reine n'interviendront pas dans les contestations entre Français, ou entre Français et étrangers. Les litiges entre Français et Malgaches seront jugés par le Résident assisté d'un juge malgache.

Art. 5. Les Français seront régis par la loi française pour la répression de tous les crimes et délits commis par eux à Madagascar.

Art. 6. Les citoyens français pourront résider, circuler et faire le commerce librement dans toute l'étendue des États de la Reine. || Ils auront la faculté de louer, pour une durée indéterminée, par bail emphytéotique renouvelable au seul gré des parties, les terres, maisons, magasins et toute propriété immobilière. Ils pourront choisir librement et prendre à leur service, à quelque titre que ce soit, tout Malgache libre de tout engagement antérieur. Les baux et contrats d'engagement de travailleurs seront passés par acte authentique devant le Résident français et les magistrats du pays, et leur stricte exécution garantie par le Gouvernement. || Dans le cas où un Français devenu locataire d'une propriété immobilière viendrait à mourir, ses héritiers entreraient en jouissance du bail conclu par lui pour le temps qui resterait à courir avec faculté de renouvellement. || Les Français ne seront soumis qu'aux taxes foncières acquittées par les Malgaches. || Nul ne pourra pénétrer dans les propriétés, établissements et maisons occupés par les Français ou par les personnes au service des Français que sur leur consentement et avec l'agrément du Résident.

Art. 7. Sa Majesté la Reine de Madagascar confirme expressément les garanties stipulées par le Traité du 7 août 1868, en faveur de la liberté de conscience et de la tolérance religieuse.

Art. 8. Le Gouvernement de la Reine s'engage à payer la somme de dix millions de francs, applicables tant au règlement des réclamations françaises liquidées antérieurement au conflit survenu entre les deux parties, qu'à la réparation de tous les dommages causés aux particuliers étrangers par le fait de ce conflit. L'examen et le règlement de ces indemnités est dévolu au Gouvernement français.

Art. 9. Jusqu'à parfait payement de la dite somme de 10 millions de francs, Tamatave sera occupé par les troupes françaises.

Art. 10. Aucune réclamation ne sera admise au sujet des mesures qui ont dû être prises jusqu'à ce jour par les autorités militaires françaises.

Nr. 8846. Frankreich und Madagaskar. 17. Dec. 1885.

Art. 11. Le Gouvernement de la République s'engage à prêter assistance à la Reine de Madagascar pour la défense de ses États.

Art. 12. Sa Majesté la Reine de Madagascar continuera, comme par le passé, de présider à l'administration intérieure de toute l'île.

Art. 13. En considération des engagements pris par Sa Majesté la Reine, le Gouvernement de la République consent à se désister de toute répétition à titre d'indemnité de guerre.

Art. 14. Le Gouvernement de la République, afin de seconder la marche du Gouvernement et du peuple malgaches dans la voie de la civilisation et du progrès, s'engage à mettre à la disposition de la Reine les instructeurs militaires, ingénieurs, professeurs et chefs d'atelier qui lui seront demandés.

Art. 15. Le Gouvernement de la Reine s'engage expressément à traiter avec bienveillance les Sakalaves et les Antankares, et à tenir compte des indications qui lui seront fournies à cet égard par le Gouvernement de la République. || Toutefois le Gouvernement de la République se réserve le droit d'occuper la baie de Diégo-Suarez et d'y faire des installations à sa convenance.

Art. 16. Le Président de la République et Sa Majesté la Reine de Madagascar accordent une amnistie générale pleine et entière avec levée de tous les séquestres mis sur leurs biens à ceux de leurs sujets respectifs qui jusqu'à la conclusion du Traité et auparavant se sont compromis pour le service de l'autre partie contractante.

Art. 17. Les Traités et Conventions existant actuellement entre le Gouvernement de la République et celui de Sa Majesté la Reine de Madagascar sont expressément confirmés dans celles de leurs dispositions qui ne sont point contraires aux présentes stipulations.

Art. 18. Le présent Traité ayant été rédigé en français et en malgache, et les deux versions ayant exactement le même sens, le texte français sera officiel et fera foi sous tous les rapports, aussi bien que le texte malgache.

Art. 19. Le présent Traité sera ratifié dans le délai de trois mois ou plus tôt si faire se pourra.

Fait en double expédition à bord de la Naïade, en rade de Tamatave, le 17 décembre 1885.

Le Ministre Plénipotentiaire de la République française,

S. Patrimonio.

Le Contre-Amiral, Commandant en chef la Division navale de la mer des Indes,

E. Miot.

Le Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine de Madagascar, Officier général commandant les troupes malgaches.

Digby Willoughby.

Nr. 8847. FRANKREICH. — Dekrete des Präsidenten der Republik, betreffend die Organisation des Protektorats in Madagaskar. Vom 7. und 8. März 1886*).

I.

Nr. 8847. Frankreich. 7/8. März 1886.

Le Président de la République française, || Sur la proposition du président du conseil, ministre des affaires étrangères, et du ministre de la marine et des colonies, || Décrète:

Art. 1er. Le représentant de la République française à Madagascar porte le titre de résident général. || Il est nommé par décret du Président de la République et relève du ministre des affaires étrangères.

Art. 2. Le résident général est le dépositaire des pouvoirs de la République à Madagascar. Il représente seul le gouvernement français dans toute l'île. || Il exerce toutes les attributions prévues par le traité du 17 décembre 1885 et par toutes les autres conventions intervenues ou à intervenir avec le gouvernement hova. || Il préside aux relations extérieures du gouvernement hova ainsi qu'aux rapports entre les autorités malgaches et les agents français. || Il a sous ses ordres les services français, ainsi que les commandants de son escorte militaire et de la flottille affectée au service de l'île. || Les fonctionnaires et officiers mis par le gouvernement français à la disposition du gouvernement hova, aux termes de l'article 14 du traité du 17 décembre 1885, sont sous l'autorité du résident général, qui exerce à leur égard un pouvoir disciplinaire et surveille l'exécution de leurs engagements.

Art. 3. Le résident général a sa résidence officielle à Tananarive; mais il peut séjourner sur tout autre point de l'île où les besoins du service l'appellent. || Il est assisté par un résident siégeant à Tananarive, qui le supplée en cas d'absence ou d'empêchement.

Art. 4. Les agents français créés ou à créer sur divers point de l'île, chargés précédemment d'exercer les attributions consulaires, porteront désormais le titre de résidents et vice-résidents. Ils relèveront directement du résident général, auquel ils adresseront toutes leurs communications.

Art. 5. Le résident général a seul le droit de correspondre avec le gouvernement de la République. Il communique avec les divers départements ministériels par l'intermédiaire du ministre des affaires étrangères. || Il est autorisé à correspondre directement avec les commandants des établissements français voisins de l'île de Madagascar, ainsi qu'avec le gouverneur de la Réunion et les consuls de Zanzibar et d'Aden.

Art. 6. Les établissements français à Diégo Suarez constituent un service distinct placé sous l'autorité directe du ministre de la marine et des colonies. Les relations entre le commandant de ces établissements et les autorités de l'île ont lieu exclusivement par l'intermédiaire du résident général.

*) Journal Officiel vom 9. März 1886.

Nr. 8847. Frankreich. 7/8. März 1886.

Art. 7. Le ministre des affaires étrangères et le ministre de la marine sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

Fait à Paris, le 7 mars 1886. Jules Grévy.

Par le Président de la République: Le président du conseil, ministre des affaires étrangères, C. de Freycinet.

Le ministre de la marine et des colonies, Aube.

II.

Le Président de la République française, || Vu le décret du 7 mars 1886, portant organisation des résidences à Madagascar; || Sur la proposition du président du conseil, ministre des affaires étrangères, et du garde des sceaux, ministre de la justice, || Décrète:

Art. 1er. En matière civile et commerciale, les instances entre Français et les instances dirigées contre des Français défendeurs principaux par des étrangers non indigènes à Madagascar, seront jugées par les tribunaux des résidences et vice-résidences, en conformité des dispositions en vigueur dans les Echelles du Levant, sauf les dispositions contenues aux articles suivants:

Art. 2. Les tribunaux des résidences et vice-résidences jugeront en dernier ressort: || 1. Toutes les demandes dans lesquelles les parties justiciables de ces tribunaux, et usant de leurs droits, auront déclaré vouloir être jugées définitivement et sans appel; || 2. Toutes les demandes personnelles et mobilières dont le principal n'excédera pas trois mille francs (3000 fr.); || 3. Les demandes reconventionelles ou en compensation, lors même que, réunies à la demande principale, elles excéderaient trois mille francs (3000 fr.). || Si l'une des demandes principales ou reconventionelles s'élève au-dessus de cette limite, le tribunal ne prononcera sur toutes qu'en premier ressort. || Néanmoins il sera statué en dernier ressort sur les demandes en dommages-intérêts, lorsqu'elles seront fondées exclusivement sur la demande principale elle-même.

Art. 3. L'appel des jugements rendus en premier ressort par les tribunaux des résidences et vice-résidences sera porté devant la cour d'appel de l'île de la Réunion. || Il y sera procédé conformément à la législation en vigueur dans la colonie.

Art. 4. Le recours en cassation contre les jugements en dernier ressort rendus par les tribunaux des résidences et vice-résidences n'est ouvert aux parties que pour cause d'excès de pouvoir.

Art. 5. Les contestations entre Français et Malgaches seront réglées par le résident ou le vice-résident français, assisté d'un juge malgache, conformément à l'article 4 du traité du 17 décembre 1885.

Art. 6. Le régime en vigueur, en ce qui concerne les contraventions, délits et crimes commis par des Français dans les Echelles du Levant, est applicable aux contraventions, délits et crimes commis par des Français à Madagascar, sauf les modifications résultant du présent décret.

Art. 7. Les jugements par défaut, en matière correctionnelle, pourront être attaqués par la voie de l'appel, après les délais de l'opposition.

Art. 8. Les attributions conférées par la loi de 1836 à la cour d'appel et au tribunal de première instance d'Aix, appartiendront à la cour d'appel de l'île de la Réunion et au tribunal de première instance de Saint-Denis, lesquels procéderont et statueront, suivant les cas, conformément à la législation en vigueur dans la colonie, en observant néanmoins les dispositions des articles 62 (§ 2) et 66 (§§ 3 et suivants) et 68 de ladite loi du 28 mai 1836.

Art. 9. En cas de contumace, l'ordonnance de contumace sera notifiée, tant au domicile de l'accusé qu'à la chancellerie de la résidence où elle sera affichée.

Art. 10. Ne pourront être contraints de comparaître comme témoins devant la cour d'appel de la Réunion ou le tribunal de Saint-Denis que ceux qui seraient présents sur le territoire de l'île de la Réunion.

Art. 11. Les prévenus et condamnés qui, dans les cas prévus par les articles 58 et 64 de la loi du 28 mai 1836, devront être transférés à la Réunion, pourront, à défaut de navires français, ou dans le cas où les capitaines refuseraient de les embarquer en se fondant sur le paragraphe 2 de l'article 80 de ladite loi, être embarqués sur bâtiments étrangers à la diligence du résident ou vice-résident. || En matière correctionnelle, le prévenu, s'il demande à n'être pas transféré, demeurera en état, au lieu de sa détention. || En matière criminelle, la même faculté pourra être accordée à l'inculpé, sur sa demande, par le résident ou vice-résident. Néanmoins, en cette matière, le procureur général et la cour pourront ordonner que l'inculpé soit transféré.

Art. 12. Les résidents et vice-résidents, indépendamment de l'extrait de leurs ordonnances et jugements, qu'aux termes de l'article 78 de la loi du 28 mai 1836 ils doivent adresser au ministère des affaires étrangères, enverront directement pareil extrait au procureur général près la cour d'appel de la Réunion, qui pourra réclamer l'envoi des pièces et procédures.

Art. 13. Le résidents et vice-résidents de France à Madagascar seront investis du droit de haute police conféré aux consuls de France dans les Echelles du Levant.

Art. 14. Les Français expulsé en vertu de ce droit pourra être embarqué sur bâtiments nationaux ou étrangers pour être dirigé, suivant les circonstances, sur la France ou sur l'île de la Réunion, ou sur un lieu de station navale française.

Art. 15. En cas de vacances des résidences ou vice-résidences, d'absence ou d'empêchement des résidents ou vice-résidents, les personnes régulièrement

Nr. 8847. Frankreich. 7/8. März 1886.

appelées à remplacer, suppléer ou représenter lesdits agents, exerceront les fonctions qui sont attribuées à ces derniers par le présent décret.

Fait à Paris, le 8 mars 1886. Jules Grévy.

Par le Président de la République, le président du conseil, ministre des affaires étrangères, C. de Freycinet.

Le garde des sceaux, ministre de la justice, Demôle.

III. Westafrika.

Nr. 8848. FRANKREICH und PORTUGAL. — Konvention, betreffend die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen in Westafrika. Vom 15. Mai 1886.

Nr. 8848. Frankreich und Portugal. 15. Mai 1886.

Art. 1er. En Guinée, la frontière qui séparera les possessions françaises des possessions portugaises suivra, conformément au tracé indiqué sur la carte n° 1 annexée à la présente convention: || Au nord, une ligne qui, partant du cap Roxo, se tiendra autant que possible, d'après les indications du terrain, à égale distance des rivières Cazamance (Casamansa) et San Domingo de Cacheu (Sao Domingos de Cacheu), jusqu'à l'intersection du méridien 12° 40′ de latitude nord; || A l'est, la frontière suivra le méridien 16° ouest, depuis le parallèle 12° 40′ de latitude nord jusqu'au parallèle 11° 40′ de latitude nord; || Au sud, la frontière suivra une ligne qui partira de l'embouchure de la rivière Cajet, située entre l'île Catack (qui sera au Portugal) et l'île Tristão (qui sera à la France), et, se tenant autant que possible, suivant les indications du terrain, à égale distance du Rio Componi (Tabati) et du Rio Cassini, puis de la branche septentrionale du Rio Componi (Tabati) et de la branche méridionale du Rio Cassini (marigot de Kakondo) d'abord, et du Rio Grande ensuite, viendra aboutir au point d'intersection du méridien 16° de longitude ouest et du parallèle 11° 40′ de latitude nord. || Appartiendront au Portugal toutes les îles comprises entre le méridien du cap Roxo, la côte et la limite sud formée par une ligne qui suivra le thalweg de la rivière Cajet et se dirigera ensuite au sud-ouest à travers la passe des Pilotes pour gagner le 10° 40′ latitude nord, avec lequel elle se confondra jusqu'au méridien du cap Roxo.

Art. 2. S. M. le roi de Portugal et des Algarves reconnaît le protectorat de la France sur les territoires du Fouta-Djallon, tel qu'il a été établi par les traités passés en 1881 entre le gouvernement de la République française et les Almamys du Fouta-Djallon. || Le gouvernement de la Répub-

lique française, de son côte, s'engage à ne pas chercher à exercer son influence dans les limites attribuées à la Guinée portugaise par l'article 1 de la présente convention. Il s'engage, en outre, à ne pas modifier le traitement accordé, de tout temps, aux sujets portugais par les Almamys du Fouta-Djallon.

Art. 3. Dans la région du Congo, la frontière des possessions portugaises et françaises suivra, conformément au tracé indiqué sur la carte n° 2 annexée à la présente convention, une ligne qui, partant de la pointe de Chamba, située au confluent de la Loema ou Louisa Loango et de la Lubinda, se tiendra, autant que possible et d'après les indications du terrain, à égale distance de ces deux rivières et, à partir de la source la plus septentrionale de la rivière Luali, suivra la ligne de faîte qui sépare les bassins de la Loema ou Louisa Loango et du Chiloango, jusqu'au 10° 30′ de longitude est de Paris, puis se confondra avec ce méridien jusqu'à sa rencontre avec le Chiloango, qui sert en cet endroit de frontière entre les possessions portugaises et l'Etat libre du Congo. || Chacune des hautes parties contractantes s'engage à n'élever à la pointe de Chamba aucune construction de nature à mettre obstacle à la navigation. || Dans l'estuaire compris entre la pointe de Chamba et la mer, le thalweg servira de ligne de démarcation politique aux possessions des hautes parties contractantes.

Art. 4. Le gouvernement de la République française reconnaît à Sa Majesté très fidèle le droit d'exercer son influence souveraine et civilisatrice dans les territoires qui séparent les possessions portugaises d'Angola et de Mozambique, sous réserve des droits précédemment acquis par d'autres puissances, et s'engage, pour sa part, à s'y abstenir de toute occupation.

Art. 5. Les citoyens français dans les possessions portugaises sur la côte occidentale d'Afrique et les sujets portugais dans les possessions françaises sur la même côte seront respectivement, en ce qui concerne la protection des personnes et des propriétés, traités sur un pied d'égalité avec les sujets et les citoyens de l'autre puissance contractante. || Chacune des hautes parties contractantes jouira, dans lesdites possessions, pour la navigation et le commerce, du régime de la nation la plus favorisée.

Art. 6. Les propriétés faisant partie du domaine de l'Etat de chacune des hautes parties contractantes, dans les territoires qu'elles se sont mutuellement cédés, feront l'objet d'échanges et de compensations.

Art. 7. Cette commission sera chargée de déterminer, sur les lieux, la position definitive des lignes de démarcation prévues par les articles 1 et 3 de la présente convention, et les membres en seront nommés de la manière suivante: || Le président de la République française nommera, et Sa Majesté très fidèle nommera, deux commissaires. || Ces commissaires se réuniront au

Nr. 8848. Frankreich und Portugal. 15. Mai 1886.

lieu qui sera ultérieurement fixé, d'un commun accord, par les hautes parties contractantes et dans le plus bref délai possible après l'échange des ratifications de la présente convention. || En cas de désaccord, lesdits commissaires en réfèreront aux gouvernements des hautes parties contractantes.

Art. 8. La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Lisbonne aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Bulgarische Frage*).

Nr. 8849. BULGARIEN. — Fürst Alexander an die Minister des Auswärtigen der Grossmächte. — Bitte um Anerkennung der Vereinigung beider Bulgarien. [B. 12. G. 14.]

(Télégraphique.) Philippopoli, September 21, 1885.

Nr. 8849. Bulgarien. 18. Sept. 1885.

Ancien État de la Roumélie-Orientale ayant cessé d'exister, le peuple par suffrage universel m'a proclamé son Prince. Les habitants de la Principauté Bulgare m'ont demandé unanimement d'accepter cette nomination; prenant en considération mon devoir sacré envers mon peuple je l'ai accepté par Proclamation au peuple Bulgare. Arrivé à Philippopoli et ayant pris en mains le Gouvernement, je déclare de la façon la plus solennelle que la réunion des deux Bulgares se fait sans but hostile envers le Gouvernement Impérial Ottoman, dont je reconnais la suzeraineté. Je me porte garant pour la tranquillité des deux pays, et pour la sécurité des habitants, sans distinction de race et de culte. Je m'adresse à Sa Majesté et à son Gouvernement Royal et Impérial**) avec la prière de reconnaître ce nouvel état de choses, et je prie d'intervenir auprès de Sa Majesté le Sultan afin qu'il sanctionne la réunion, pour éviter une effusion inutile de sang; car le peuple est décidé de défendre avec sa vie le fait accompli.

Le 6 Septembre (A. S. L). Alexandre.

Nr. 8850. BULGARIEN. — Proclamation des Fürsten Alexander. [B. 91.]

Nr. 8850. Bulgarien. 20. Sept. 1885.

Nous, Alexandre Ier, par la Grâce de Dieu et la volonté nationale Prince des deux Bulgaries du nord et du sud. || Je porte à la connaissance de mon bien-aimé peuple que le 6 de ce mois la population de la prôvince appelée

*) Die folgenden Aktenstücke sind entnommen aus dem Blaubuch 'Turkey Nr. 1 (1886): Correspondence respecting the Affairs of Eastern Rumelia and Bulgaria. February 1886' [in den Ueberschriften = B], dem Gelbbuch ‚Affaires de Roumélie et de Grèce 1885—1886 [G] und dem italienischen Grünbuch ‚Documenti diplomatici presentati alla camera dal ministerio degli affari esteri (di Robilant): Rumelia orientale'. Roma 1885 [Gr.]

**) Im Gelbbuch: 'au gouvernement de la République'.

Nr. 8850. Bulgarien. 20.Sept.1885.

Roumélie-Orientale, après la déposition du Gouvernement qui y siégeait jusqu'ici, et après la formation d'un Gouvernement Provisoire, a déclaré l'union de la Roumélie-Orientale avec la Principauté, et m'a unanimement proclamé Prince. || Prenant en considération le bien-être du peuple Bulgare, son vif désir de voir réunis les deux États Bulgares en un seul, considérant l'accomplissement de la tâche historique, je reconnais l'union comme un fait accompli, et accepte d'être et de m'appeler dorénavant Prince de la Bulgarie du nord et de la Bulgarie du sud. || En acceptant le Gouvernement de cette province, je déclare que la vie, les biens et l'honneur de tous les habitants paisibles, sans distinction des cultes et des nationalités, seront sauvegardés et garantis. Pour le maintien de l'ordre et de la tranquillité, toutes les mesures nécessaires ont été prises, et il sera sévi avec toutes les rigueurs contre tout contrevenant. || J'espère que mon bien-aimé peuple des deux côtés des Balcans, lequel a accueilli avec une telle joie et enthousiasme ce grand événement, me prêtera son concours pour consolider l'oeuvre sacrée — l'union des deux provinces Bulgares en un seul État — et sera prêt à faire tous les sacrifices et tous les efforts en vue de garantir l'union et l'indépendance de notre chère patrie. Que Dieu nous vienne en aide dans cette entreprise grande et indispensable!

Donné à l'ancienne capitale Bulgare, Gr. Tirnova, le 8 Septembre, 1885.

Alexandre.

Nr. 8851. TÜRKEI. — Min. des Ausw. (Assim-Pascha) an die türkischen Botschafter bei den Grossmächten. — Bittet um Intervention der Grossmächte zur Aufrechterhaltung des berliner Vertrages. [B. 24. G. 29. Gr. 3.]

(Télégraphique.) Constantinople, le 23 Septembre, 1885.

Nr. 8851. Türkei. 23.Sept.1885.

Vous avez connaissance des évènements qui ont eu lieu dans la Roumélie-Orientale et dans la Principauté de Bulgarie. || Dans un télégramme adressé à Sa Majesté Impériale le Sultan, le Prince Alexandre dit que le Gouvernement de la Roumélie-Orientale ayant été renversé la population l'a proclamé son Prince et que le peuple Bulgare lui ayant demandé d'accepter cette nomination, il vient d'arriver à Philippopoli et de prendre en main le Gouvernement de l'ancienne province. Il déclare que cette réunion se faisait sans aucun but hostile envers le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et qu'il reconnaît entièrement sa suzeraineté. || Il ajoute qu'il se porte garant pour la tranquillité des deux pays et pour la sécurité des habitants sans distinction de race ni de culte; il supplie Sa Majesté Impériale de prouver encore une fois sa bonté illimitée envers ses peuples et de sanctionner la réunion qui se fait sans porter atteinte à sa souveraineté. || Quel que soit le caractère que le Prince Alexandre donne à ces évènements, accomplis évidemment sur des ex-

citations venues de la Bulgarie, ils n'en constituent pas moins une violation flagrante d'une des clauses fondamentales du Traité de Berlin. || Ils ont produit sur le Gouvernement Impérial une impression d'autant plus pénible et une surprise d'autant plus grande, qu'il n'a rien épargné jusqu'à présent pour garantir le bonheur de ses sujets de la Roumélie-Orientale; que la Bulgarie lui a donné plus d'une fois l'assurance formelle qu'elle réprime les manoeuvres unionistes qui se trament sur son territoire et que Son Altesse le Prince lui-même a catégoriquement protesté à plusieurs reprises de son dévoûment envers la Cour Impériale. || Le Gouvernement Ottoman ne saurait rester indifférent en présence d'une situation si grave. Aussi, fort de ses droits naturels et de ses devoirs, se voit-il dans l'obligation d'user en fait de la faculté qui lui confère l'Article XVI du Traité de Berlin pour faire cesser le désordre et rétablir la province dans la position qui lui a été faite par cet Acte International. || Cependant, comme le Prince, s'écartant des devoirs qui ont été tracés par les Puissances Signataires, a mis le pays dans une situation périlleuse en se rendant à Philippopoli, le Gouvernement Impérial croit nécessaire de recourir aux Cabinets pour demander leur intervention bienveillante en vue de rappeler et de ramener Son Altesse au respect de ses véritables devoirs. || Le Traité de Berlin étant un acte solennel résultant d'un accord des Puissances amies et alliées de l'Empire, nous ne doutons pas que les Cabinets ne soient tout aussi péniblement impressionnés que le Gouvernement Ottoman de ces agissements contraires aux stipulations du Traité, et qu'ils n'unissent leurs efforts pour sauvegarder le maintien de ces stipulations. || Nous avons donc le ferme espoir que notre demande rencontrera auprès d'eux un accueil favorable. || C'est dans cette conviction que nous faisons appel au Gouvernement près duquel vous êtes accrédité et aux autres Cabinets Signataires. || Vous êtes autorisé à laisser au Ministre des Affaires Étrangères copie de la présente dépêche.

Nr. 8851. Türkei. 23. Sept. 1886.

Nr. 8852. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. — Oesterreich, Deutschland und Italien haben die von England vorgeschlagenen Schritte abgelehnt. [B. 35.]

Foreign Office, September 24, 1885.

Sir, — I informed you to-day, by telegraph, that, as soon as the news of the revolution reached this country, I asked the Austro-Hungarian, German and Italian Governments whether they were disposed to join Her Majesty's Government in making a strong remonstrance to Prince Alexander of Bulgaria in support of the Treaty of Berlin. || This proposal not having been agreed to, I have made no further proposition since. || You should take an opportunity of informing the Minister for Foreign Affairs, that Her Majesty's Govern-

Nr. 8852. Grossbritannien. 24. Sept. 1885.

Nr. 8852. Grossbritannien. 24.Sept.1885.

ment strongly disapprove of the infraction of the Treaty of Berlin committed by Prince Alexander and by the Bulgarian Ministry. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 8853. RUSSLAND. — Unterstaatssekretär des Ausw. an die russ. Botsch. bei den Grossmächten. — Schlägt Botschafterbesprechungen in Konstantinopel vor. [B. 56.]

(Télégraphique.) Le 13 (25) Septembre, 1885.

Nr. 8853. Russland. 25.Sept.1885.

Par suite de l'appel fait par le Gouvernement Turc à l'intervention bienveillante des Puissances et afin d'éviter perte de temps en unifiant leur action diplomatique, proposons d'inviter immédiatement les Ambassadeurs respectifs à se réunir pour concerter langage identique à tenir aux deux parties au nom de l'Europe, pour arrêter conflit et effusion de sang et donner ainsi temps d'aviser. Si Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité est d'accord, priez-le de munir d'urgence et sans délai son Représentant à Constantinople d'instructions à cet effet.

Nr. 8854. TÜRKEI. — Min. des Ausw. an die türkischen Botsch. bei den Grossmächten. — Dringt auf Entschliessung der Grossmächte. [B. 57.]

(Télégraphique.) Constantinople, le 25 Septembre, 1885.

Nr. 8854. Türkei. 25.Sept.1885.

Les réponses des Puissances à la Circulaire Ministérielle du 23 de ce mois s'accordent en général à représenter les Cabinets comme se concertant entre eux pour arriver à une décision relativement aux évènements de la Bulgarie et de la Roumélie-Orientale. Il nous tarde d'apprendre les résolutions auxquelles ils s'arrêteront, et nous ne doutons pas qu'elles ne soient conformes à nos droits. Comme le temps presse, je vous prie de ne pas discontinuer vos efforts et vos démarches et de nous tenir continuellement au courant de vos informations. || En attendant, le Gouvernement Impérial a pris les mesures nécessaires pour empêcher la propagation de l'agitation; et, le cas échéant, vous pouvez déclarer que des dispositions militaires efficaces ont été adoptées pour le maintien de l'ordre et de la sécurité dans les provinces voisines.

Nr. 8855. **GROSSBRITANNIEN.** — Major Trotter an den engl. Botsch. in Konstantinopel. — Gründe und Entstehung des Aufstandes. Erklärung des Fürsten Alexander und Dr. Stransky's. [B. 127.]

Constantinople, September 28, 1885.

Nr. 8855. Grossbritannien. 28. Sept. 1885.

Sir, — On the arrival of the Prince of Bulgaria at Philippopoli on the 21st instant, I went to ask his permission to pass the Bulgarian lines to Adrianople. I was accompanied by Mr. Consul-General Fawcett, who also wished to continue his journey to Constantinople, and by. Mr. Acting Consul-General Willmore, both of whom I introduced to His Highness. || The Prince took the opportunity of making us a most interesting address, in French, of which I wrote down the substance immediately on my return to the Consulate, and of which I gave a copy to Mr. Willmore, who telegraphed an abstract to the Embassy and to the Foreign Office. I append a copy. || After leaving the Prince, Dr. Stranski, the President of the Provisional Government, begged Mr. Fawcett and myself to come and see him privately in the evening, as he had a confidential communication to make to us. We went, and were rewarded by another most interesting interview. I append the substance of what Dr. Stranski told us, which I took down in writing almost immediately after the interview. || The remarks of the Prince and the President fully confirmed the views I had previously formed from conversation with members of the Provisional Government, with the Russian Acting Consul, with Colonel Tchitchakoff, the Russian Military Attaché, General Drigalski, the Commander of the Roumelian Militia, and others, that the Roumelian movement was solely and entirely the work of the Bulgarian National Party, and was directed against Russian influence and disapproved of by Russia. It is quite possible, nay, even probable, that the movement may have originally been prepared with the knowledge and connivance of the Russians, but the latter never intented to support the "Union" with the Prince of Battenberg as Chief. The mine was prematurely exploded by the National Party, who hoped thereby, by a bold stroke, to obtain union under a Prince of their own selection, and thereby escape the Russian thraldom under which they have long been bound. It was a bold stroke, and, so far, has been ably carried out. || I have, &c.

Henry Trotter, Major,
Military Attaché.

Memorandum by Major Trotter, containing the substance of Statement made by His Highness the Prince of Bulgaria on the afternoon of the day of his arrival at Philippopoli (September 21, 1885), at an Interview granted by him to Consul-General Fawcett, Major Trotter and Acting Consul-General Willmore.

The Prince spoke as follows: || "The news of the movement in Eastern Roumelia came upon me most suddenly and unexpectedly. My Generals of

Nr. 8855. Grossbritannien. 28. Sept. 1885.

Brigade had started on leave subsequent to the manoeuvres, and when Major Trotter left me, eight days ago, I had not the faintest expectation of what was going to occur, nor, indeed, until last Friday morning, when I received news at Varna of the *coup d'État*. The blow having been struck, I had no possible alternative but to come and place myself at the head of the movement; and my principal object in hurrying across was to try and arrive in time to prevent bloodshed. Fortunately, the Provisional Government had already made admirable arrangements for the maintenance of order, and, as was seen this morning, the crowds of people, though enthusiastic, were perfectly orderly. In crossing Eastern Roumelia from Shipka armed men were streaming towards the capital from every village; but, with the exception of one regrettable incident, which occurred at Philippopoli on the day of the *coup d'État*, the peace has nowhere been broken. My first act on arrival was to assume command of the army, and the first order I issued was addressed to the officers and troops on the frontier, to the effect that under no circumstances whatever was the frontier-line to be crossed, nor was the first shot to be fired by Roumelian troops. It was only in case of the Turkish troops passing the frontier that resistance was to be offered. If once hostilities be commenced, God only knows where they will end. || There are 600,000 Mussulmans in Bulgaria, and 180,000 in Eastern Roumelia. The Mahommedans, as well as the Bulgarians, have welcomed me most warmly everywhere on my passage, as well as on arrival here, and I have given the strictest orders for the prevention of insults to them, and for the protection of their lives and property, and I have every hope that no harm will happen to them; but, if once hostilities begin, and Bulgarians are massacred at Hermanli or other places on the frontier, no human power will be able to stop wholesale massacres of Moslems all over the interior of the country, especially north and south of the Balkans. || I beg that you will impress my views on the Ambassadors of the Powers at Constantinople. I have already sent off telegrams to-day to all the Great Powers, begging them to interfere and try and stop the advance of the Turkish troops, and thus prevent the effusion of blood, stating at the same time that I admit and accept the suzerainty of the Sultan, so that I trust the present change of Government may be allowed and sanctioned. I have also telegraphed *en clair* to the Sultan (I have no cypher with me), that I acknowledge his suzerainty and appeal to the well-known parental feelings with which His Majesty regards his subjects, to induce him to give orders not to make any attack on the Bulgarian troops now lining the frontier. I at the same time stated, that I would myself guarantee that the Bulgarians should not be the first to attack. || If hostilities do occur, it is impossible to forecast the consequences; the time selected for the movement has been most injudiciously chosen. I was not forewarned, and was, therefore, unprepared for it. It lacks, moreover, the support of Russia. I am a soldier and accustomed to war; but I like to see fighting between organized

Nr. 8855. Grossbritannien. 28. Sept. 1885

and well-drilled troops whose profession is war, and can take no delight in seeing halfarmed peasants mowed down by the hundred. Still, if there must be war, my duty is at the front, and there I shall be found, having accepted, or, rather, been forced by circumstances to lead the movement, ill-timed as it was. || Whatever fortune may have in store for us here in Roumelia, we should, at the worst, be able to make a stand at the Balkans and prevent the Turkish troops from crossing. If our efforts are unsuccessful I shall never return to Sophia alive, but would rather perish on behalf of the people with whom my lot has been cast. If our troops are beaten, the massacres which would inevitably follow would so rouse the sympathy of the Russian people that Russia would be forced to declare war on Turkey and come to the aid of the movement. || However, I trust that there will be no war, and that my telegrams to the Powers and the Sultan may lead to a prompt settlement of the question. For the moment, while doing all I can to prevent an outbreak of hostilities, I should nevertheless be neglecting my duties were I to abstain from doing my best to organize and complete the army, and endeavour to place it on a footing to be able to resist successfully the Turkish troops in case my appeal to the Sultan and the Powers should have been made in vain. I believe, that I shall ultimately be able to put into the field 100,000 men." || His Highness concluded by stating, that it was most important that the matter should be speedily settled. It was easy to find bread for a few days for the thousands of men now on the frontier; but after a time it would be much more difficult to feed them, and the troops, to avoid starvation, might possibly help themselves from the nearest Turkish villages; reprisals would occur, and hostilities break out, which, once commenced, it would be impossible to stop.

Philippopoli, September 21, 1885. Henry Trotter.

Memorandum by Major Trotter, containing the substance of a Statement made by Dr. Stranski, the President of the Provisional Government at Philippopoli, in an Interview granted to Consul-General Fawcett and Major Trotter on the evening of the 21st September.

The object of the party now raised to power has for a long time past been to get rid of the Russian element which threatened to swamp Bulgaria. With this end in view, at the risk of losing Russian help and support, the present movement for union has been organized by Bulgarians alone. || About six weeks ago the Russian Political Agent at Sophia has made overtures to certain members of the National Assembly offering to support a movement for union, but on condition that Prince Alexander of Battenberg should be got rid of and replaced by some one who would act more in accordance with Russian interests. || The Prince had lately made himself obnoxious to the Emperor on account of his recently-adopted Liberal policy, which meant

Nr. 8855. Grossbritannien. 28. Sept. 1885.

"Bulgaria for the Bulgarians." At the time that the Bulgarian Constitution was violated, and the Prince (i. e., Russia) ruled absolutely, His Highness was very unpopular; but now all is changed, and the Prince is regarded as the instrument in their hands by which independence of Russia can be obtained. The movement was planned by Bulgarians, and kept a complete secret from the Prince himself, and when, on the recent coup d'État having been successfully carried out, an invitation was sent to the Prince to put himself at the head of the movement, it was felt that it would force his hand, for His Highness well knew that if he declined the offer he would be turned out of his position in Bulgaria. The Prince had now definitely thrown in his lot with the Bulgarians, who would therefore support him through thick and thin. || The President and his colleagues are particularly anxious, that England should know that the movement is purely Bulgarian, and anti-Russian rather than anti-Turkish. They were willing to accept the suzerainty of the Sultan. || Neither Bulgaria, as at present constituted, nor Eastern Roumelia could stand alone. A united Bulgaria would be able to hold its own without Russian support, and if they could not form a sufficiently powerful State to do this they were unworthy of their liberty. They had risked the loss of Russian help, which, as far as Eastern Roumelia was concerned, was no great matter, as, thanks to Aleko-Pasha, there were many purely Bulgarian officers high in command in the militia. Aleko-Pasha was got rid of by the Russians for being anti-Russian, and Gavril-Pasha, who had just been deposed, was simply a Russian agent, and for that reason he was overthrown. As regards Bulgaria, the Minister of War and all the superior officers were Russian, and their withdrawal would disorganize the whole service. Orders had arrived that day at Sophia recalling all Russian officers from the front. This would dis organizethe Bulgarian army and render it unfit for immediate co-operation. This was much to be regretted, but the die was cast, and they were all resolved to stake their lives on the result and make the best defence they could. They had misgivings, that on the occasion of the meeting of the Assembly at Sophia, which was fixed for the following day, for the purpose of voting a War Budget, the Russian Political Agent might even now at the last moment offer to recognize the union, provided that the Prince of Battenberg were got rid of, but he had no fear for the result. All parties were now united in favour of the Prince. No one would listen to such overtures, and the voting would most probably be unanimous. Their hope now rested principally on English action, and they trusted that the British Government would prevail on the Porte to abstain from advancing troops and to acknowledge the union. A powerful State friendly to Turkey might thereby be created, no longer under the influence of Russia, but, on the contrary, opposed to it. || Dr. Stranski further asserted that, if a pacific solution were now arrived at and the union confirmed without bloodshed, the Macedoniam question would not now be raised. On the contrary, they hoped that the Porte

might be induced to carry out the reforms promised in the Treaty of Berlin, and prevent the necessity of any Macedonian movement. || From every point of view a hasty forward movement of Turkish troops was to be deprecated. Nr. 8855. Grossbritannien. 28.Sept.1885.

Philippopoli, September 21, 1885. Henry Trotter.

Nr. 8856. **TÜRKEI.** — Min. des Ausw. (Said-Pascha) an die türk. Botsch. bei den Grossmächten. — Bittet, Griechenland zur Einstellung der Truppenbewegungen zu veranlassen. [B. 96.]

(Télégraphique.) Constantinople, le 29 Septembre, 1885.

Les événements de la Roumélie-Orientale ont eu leur contre coup en Grèce et l'effervescence y va en augmentant. Les nouvelles qui arrivent d'Athènes sont loin d'être rassurantes; car à l'agitation des esprits vient se joindre les préparatifs militaires et l'envoi de troupes sur nos frontières. Il est très important d'éviter soigneusement tout prétexte de conflit. Si la Grèce dirige ses forces vers nos frontières, notre devoir serait d'y concentrer également des troupes. Nous pensons donc qu'il serait utile et urgent de faire entendre à la Grèce des conseils de sagesse et de prudence pour l'engager à rester tranquille. || Je viens vous prier de demander au Ministre des Affaires Étrangères de vouloir bien employer dans ce sens la haute influence de son Gouvernement à Athènes pour obtenir au moins que la Grèce s'abstienne de tout envoi de troupes sur la frontière. Nr. 8856. Türkei. 29.Sept.1885.

Nr. 8857. **FRANKREICH.** — Min. des Ausw. (Freycinet) an den franz. Botsch. in Konstantinopel. — Instruction. [G. 77.]

(Télégramme.) Paris, le 29 septembre 1885.

Je vous adresse, par le présent télégramme, afin de ne pas risquer de retarder l'ouverture des délibérations que vous devez avoir avec vos Collègues, le résumé de nos vues sur la question qui s'agite actuellement dans les Balkans. || Je n'ai pas à insister sur le regret avec lequel nous avons vu la révolution survenue en Roumélie. Partisans décidés du maintien de l'Empire ottoman, nous sommes d'avance hostiles à tout ce qui peut l'affaiblir. Mais, non moins désireux de la conservation de la paix européenne, nous devons nous demander si, aujourd'hui, un brusque retour à l'état de choses antérieur est possible sans faire courir à cette paix de sérieux dangers. Les jours écoulés depuis la première nouvelle de l'insurrection, le temps qui lui a été laissé pour prendre des racines et conquérir des appuis au dehors, tout concourt pour faire douter du succès pacifique qu'aurait une tentative tendant à annuler les effets des derniers événements. || Dans ces conditions et, sans Nr. 8857. Frankreich. 29.Sept.1885.

Nr. 8857. Frankreich. 29. Sept. 1885.

prendre vous-même aucune initiative que l'intérêt de la France dans cette question ne comporte pas, vous vous rallierez à la majorité de vos Collègues, si cette majorité opine pour reconnaître le fait accompli. Toutefois, vous accompagnerez votre adhésion de la réserve formelle que le nouveau régime sera entouré de toutes les garanties nécessaires pour la sécurité de l'Empire ottoman. || En outre, il nous paraîtrait équitable que les deux provinces payassent un tribut à la Porte et nous désirerions même que le payement de ce tribut fût assuré par une sanction effective. || Dans le cas où, contre mon attente, la majorité de vos Collègues se prononcerait dès le début contre le principe de la réunion de la Roumélie à la Bulgarie, vous m'en référeriez avant de prendre parti définitivement. || Je compte d'ailleurs sur votre tact et sur votre grande expérience pour savoir garder, dans ces délibérations, le milieu entre un effacement qui ne saurait nous convenir et une initiative qu'on n'attend pas de nous et qui pourrait, en certains cas, amener de nouveaux éléments de complications. || Telles sont les idées générales qui me paraissent devoir inspirer votre attitude. Si elles provoquent des objections dans votre esprit, veuillez m'en faire part immédiatement, afin que nous ayons le temps de nous mettre d'accord. C. de Freycinet.

Nr. 8858. **BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. — Fürst Alexander erkennt die Souveränetät des Sultans vollständig an. [B. 162.]

(Circulaire.) Sophia, le 18 (30) Septembre, 1885.

Nr. 8858. Bulgarien. 30. Sept. 1885.

M. l'Agent, — D'ordre de Son Altesse, j'ai l'honneur de vous communiquer ci-après le texte du télégramme que Son Altesse le Prince adressa de Philippopoli, le 9 (21) de ce mois, à Sa Majesté Impériale le Sultan: — || "Le 6 Septembre, le Gouvernement de la Roumélie-Orientale a été renversé et la population m'a proclamé unanimement son Prince. Le peuple Bulgare m'ayant unanimement demandé d'accepter cette nomination, je viens d'arriver à Philippopoli et j'ai pris en moi le Gouvernement de l'ancienne province. Je déclare de la façon la plus formelle à votre Majesté Impériale que cette réunion des deux Bulgaries se fait sans aucun but hostile au Gouvernement de votre Majesté et que je reconnais entièrement la souveraineté de votre Majesté. Je me porte garant pour la tranquillité des deux pays et pour la sécurité des habitants, sans distinction de race et de culte. Je supplie votre Majesté de prouver encore une fois sa bonté illimitée envers ses peuples et de sanctionner la réunion qui se fait sans porter atteinte à la souveraineté de votre Majesté Impériale." || Veuillez, &c. Tsanow.

Nr. 8859. TÜRKEI. — Min. des Ausw. an die türkischen Botsch. bei den Grossmächten. — Die serbischen und griechischen Rüstungen. [B. 111.]

(Télégraphique.) Constantinople, le 1 Octobre, 1885. Nr. 8859. Türkei. 1. Oct. 1885.

En dépit des recommandations qui leur ont été faites, la Grèce et la Serbie continuent activement leurs préparatifs militaires. || Le Premier Ministre Hellène ne nous a même pas dissimulé l'intention de son Gouvernement d'envahir nos provinces limitrophes dans le cas où la Bulgarie ou tout autre État voudrait s'emparer d'une partie de nos possessions Européennes, et modifier par là l'état de choses établi par le Traité de Berlin. || Les dispositions de Serbie sont les mêmes; et, indépendamment des mesures qu'elle prend à l'intérieur, elle appelle sous les armes tous ses sujets se trouvant à l'étranger, et mobilise dès à présent 80,000 hommes de toute arme. || La situation s'aggrave, et la nécessité d'arriver à une solution favorable en conformité du Traité de Berlin devient chaque jour plus pressante et plus évidente. || Veuillez appeler sur tous ces faits la sérieuse attention du Ministre des Affaires Étrangères.

Nr. 8860. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen (Rumbold) an den engl. Min. des Ausw. — Antwort des griechischen Ministerpräsidenten auf die Vorstellungen der Mächte. [B. 200.]

(Received October 10.) Athens, October 1, 1885.

My Lord, — I had an opportunity yesterday of once more urging counsels of prudence and moderation on M. Delyanni, and I did so in the strongest possible terms. I found him, I regret to say, as obdurate as ever. He repeated that in the event either of a consummation of the unity of Bulgaria under Prince Alexander, or of any infringement of the status quo in Macedonia, he could bind himself to nothing. The formation of a State of some three millions utterly antagonistic to Hellenism, governed autocratically as it probably would be, and really serving as an advanced guard to the giant Power behind it, would be too detrimental to Greek interests for Greece to endure it passively. Greece must therefore prepare for every eventuality. He was not going to fight against the Turks; up to the present he had no adversary. Indeed, he had told the Turkish Minister only the previous day, that they might very well be fighting side by side. || His Excellency observed, that the events which had taken place would, if ratified, completely destroy the equilibrium intended by the Treaty of Berlin; he said he thought, that Greece might well at least pretend to such compensation as would be afforded by the line of frontier claimed by her at the Congress. || I replied, that even supposing this doctrine of compensation to be admitted — and I for one

Nr. 8860. Grossbritannien 1. Oct. 1885.

Nr. 8860. Grossbritannien. 1. Oct. 1885.

could not admit it — surely the Greek Government, in contributing to increase the agitation and taking up a threatening and somewhat ambiguous attitude, were following the very course the least likely to incline the Powers to entertain their pretensions. I again dwelt strongly on the financial embarrassments of Greece, which were only too well known and threw a certain discredit on the country, and I said that it was really folly on his part to talk to me of the necessity of incurring all the expense of this mobilization in the very room in which, all through the summer, he had been lamenting to me over the terrible straits to which he was reduced. || Although M. Delyanni seemed somewhat shaken by what I told him, he remained obdurate, as I said above. The German and French Chargés d'Affaires, who saw him before and after me, and were also charged to advise calm and prudence, found him equally intractable. || I have, &c.

Horace Rumbold.

Nr. 8861. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. — Oesterreich begünstigt den englischen Vorschlag der Personal-Union und widerstrebt der Absetzung des Fürsten Alexander. [B. 118.]

Foreign Office, October 2, 1885.

Nr. 8861. Grossbritannien. 2. Oct. 1885.

Sir, — The Austro-Hungarian Chargé d'Affaires called upon me to-day at the Foreign Office, and stated that Count Kálnoky accepts the proposal made by Her Majesty's Government, that the union of Bulgaria and Eastern Roumelia should be limited to a personal union under Prince Alexander, and that the existing Constitutions of the two provinces should be maintained unaltered. || M. Hengelmüller also informed me, that the Austro-Hungarian Government agrees to oppose any project for deposing Prince Alexander, and that the Austrian Ambassador at the Porte had been instructed to act accordingly. || I begged M. Hengelmüller to express to Count Kálnoky my great satisfaction at this information. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 8862. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an denselben. — Einer Resolution, welche den Fürsten Alexander tadelt, ist nicht zuzustimmen. [B. 141.]

Foreign Office, October 4, 1885.

Nr. 8862. Grossbritannien. 4. Oct. 1885.

Sir, — I have received your telegraphic despatch of yesterday's date, stating that the Austro-Hungarian Ambassador had intimated to you his intention of proposing, at the meeting of the Ambassadors, a Resolution strongly blaming the breach of the Treaty of Berlin made by the recent occurrences

in Eastern Roumelia, and implicating in the censure the line of action pursued by Prince Alexander. || In reply, I informed you to-day, by telegraph, that, should Baron Calice bring forward any motion which implied a condemnation of Prince Alexander's proceedings, you are authorized to move an amendment condemning the breach of the settlement arrived at under the Treaty of Berlin, but excluding any mention of Prince Alexander himself. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 8862. Gross-britannien. 4. Oct. 1885.

Nr. 8863. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Zusammenkunft der Botschafter. [B. 149.]

(Received by telegraph, October 5.) Therapia, October 4, 1885.

My Lord, — With reference to my despatch of the 3rd October, in which I had reported the postponement of the first meeting of the Ambassadors till to-day, I have the honour to state the meeting took place to-day and lasted for upwards of four hours. || At the conclusion of the meeting it was agreed, that an identical French telegram should be addressed by us to our respective Governments in the following terms: — || "Nous avons tenu aujourd'hui notre première réunion et sommes convenus de rédiger une déclaration sur le langage à tenir aux deux parties. Nous nous sommes entendus sur les bases de cet acte et espérons pouvoir le soumettre demain à nos Gouvernements respectifs." || The meeting, which passed off very well, agreed to urge upon Turkey the necessity of avoiding any hostile movement, and also to make very urgent representations to Bulgaria to use every means to prevent a collision between Turkish and Bulgarian troops and to check the extension of the revolt, until the Powers should have time to consider what measures should be taken to arrive at a solution of the question. || Some discussion arose on the question as to whether any allusion should be made to Prince Alexander, and after some reluctance, M. de Nélidoff gave way on this point, and it was agreed to omit all mention of His Highness' name. || It was further resolved to omit every allusion to misleading topics so that the Declaration should simply serve as a means of checking the movement and preventing bloodshed. || M. de Radowitz, the German Ambassador, strongly condemned the warlike preparations which are being made both by Greece and Servia, but as several of the Ambassadors are still without instructions, and therefore unable to enter further into pending questions, all reference to Greek and Servian armaments will be omitted in the Declaration, which will be confined to the Russian proposal. || As the Declaration to be drawn up by the Ambassadors will confine itself to imminent dangers in Roumelia, the Representatives will ask their respective Governments whether further questions connected with the reorga-

Nr. 8863. Gross-britannien. 4. Oct. 1885.

Nr. 8863. Grossbritannien. 4. Oct. 1885.

nization of Eastern Roumelia are likewise to be considered by the meeting. || I hope to be able to transmit a copy of the proposed Declaration to your Lordship by next messenger, who leaves on Tuesday, the 6th October. || I have &c.

W. A. White.

Nr. 8864. GROSSBRITANNIEN. — General-Konsul in Sophia (Lascelles) an den engl. Min. des Ausw. — Antwort des Kaisers von Russland an die bulgarische Deputation. [B. 170.]

Philippopoli, October 6, 1885.

Nr. 8864. Grossbritannien. 6. Oct. 1885.

My Lord, — M. Koyander, the Russian Agent at Sophia, has communicated to M. Tsanow a telegram from M. de Giers, stating that the Emperor of Russia, on receiving the Bulgarian deputation, had said that, in spite of the recent tendency displayed by the Bulgarian Government, no change had taken place in the sentiments of Russia towards the Bulgarian people. It was intelligible, that the Bulgarians should desire the union — such was also the wish of Russia; but the Emperor could not approve the means to which they had had recourse against the wish of His Majesty. || In consequence of this action, the Bulgarians have placed themselves in a very dangerous position. || His Imperial Majesty's Government will direct their efforts to preserve Bulgaria from the danger by which she is threatened, and to consolidate order in the true interests of the country; but this result can only be attained on condition that the Bulgarians themselves remain perfectly quiet until the question shall have been definitively settled. || I have communicated the foregoing to Sir William White. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 8865. BULGARIEN. — Brief des Fürsten Alexander an den König von Serbien*).

Palais de Sophia, le 6 Octobre, 1885.

Nr. 8865. Bulgarien. 6. Oct. 1885.

Très cher Frère, — La population de la Bulgarie commence à s'inquiéter sur les nouvelles qui nous arrivent de la Serbie. Ces nouvelles ont pris les derniers jours une direction si alarmante, que je me décide à t'en faire part. Le Gouvernement Bulgare, ayant pris toutes les mesures contre les émigrants, en les renvoyant dans l'intérieur du pays et en arrêtant leurs chefs, la population Bulgare a peine de croire à tous ces bruits, qui tendent à déchirer les liens d'amitié et de sang qui unissent les deux pays frères. Convaincu de la fausseté de tous ces bruits et en pleine confiance dans l'amitié

*) König Milan lehnte es ab, den Minister Grecoff, welcher mit Ueberbringung des Briefes beauftragt war, zu empfangen. Anm. der Red.

que tu m'as toujours prouvée, je m'adresse à toi, cher ami, avec la prière de m'autoriser à démentir tous ces bruits alarmants et de pouvoir tranquilliser d'une façon authentique les esprits en Bulgarie. || Les sentiments d'amitié fraternelle que le peuple Bulgare a toujours nourris envers le peuple Serbe n'ont nullement été altérés par les événements survenus en Roumélie, et la réunion des deux Bulgaries n'a aucune tendance hostile envers la Serbie. Au contraire, je ne suis que l'interprète des sentiments qui animent chaque Bulgare en t'assurant de toute l'amitié et amour fraternel que nous tous nous nourrissons envers le peuple Serbe et son Roi, et M. Grécoff, ancien Ministre, que je charge de te porter cette lettre a l'ordre de répéter oralement tous les sentiments qui nous animent envers nos frères Serbes. || Dans l'espoir que tu voudras donner un accueil bienveillant à mes sentiments et en t'assurant de mon inaltérable dévouement et de mon inébranlable amitié, je suis, &c.

Alexandre.

Nr. 8865. Bulgarien. 6. Oct. 1885.

Nr. 8866. TÜRKEI. — Min. des Ausw. an die Botsch. der Grossmächte in Konstantinopel. — Bittet um Beschleunigung der Entscheidung der Grossmächte. [B. 235. G. 110. Gr. 21.]

(Circulaire.) Sublime Porte, le 8 Octobre, 1885.

M. l'Envoyé, — Votre Excellence n'ignore point les événements de la Roumélie-Orientale et les préparatifs militaires de la Bulgarie, de la Serbie et de la Grèce qui n'ont pas tardé à suivre ces événements et se font sur une grande échelle. || La situation dans cette province devient plus en plus grave et la violation des dispositions formelles du Traité de Berlin est manifeste. || Le Gouvernement Ottoman, soucieux de la sauvegarde des droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan, et convaincu que les Puissances Signataires du Traité de Berlin devaient être, à leur tour, préoccupées de l'état anormal que quelques factieux venaient de créer dans la Roumélie-Orientale, s'est adressé dès le début aux Cabinets Signataires pour attirer leur sérieuse attention sur cette anarchie inquiétante et pour demander, tout en réservant son droit d'appliquer de fait l'Article XVI du Traité, leur concours efficace en vue du maintien des stipulations du même Traité, stipulations si gravement compromises dans cette circonstance. || Les Puissances, dans leur haute sagesse et dans leur appréciation saine et éclairée du caractère et de la portée de ces événements, ont bien voulu y consacrer toute leur attention et donner les instructions nécessaires à leurs Représentants à Constantinople. || Le Gouvernement Impérial est persuadé que le concours bienveillant et empressé des Puissances ne lui fera pas défaut. Mais sans préjuger leur mode de procéder dans l'énonciation de leurs appréciations et de leurs démarches en face de tous ces événements, il est d'avis qu'il faudrait aller avant tout au plus pressé, je veux dire, à ce qui se passe à l'heure qu'il est dans la

Nr. 8866. Türkei. 8. Oct. 1885.

Nr. 8866. Türkei. 8. Oct. 1885.

Roumélie-Orientale. || Dans l'espoir que votre Excellence voudra bien se ranger à cet ordre d'idées et vu l'urgence, je viens la prier d'avoir la bonté de provoquer au plus tôt le désir et l'opinion de son Gouvernement de concert avec les autres Signataires du Traité, touchant les moyens les plus propres à mettre fin à l'anarchie qui règne dans la Roumélie-Orientale et à assurer le maintien du Traité de Berlin. || La proposition des Puissances une fois connue, le Gouvernement Ottoman s'empressera d'entrer dans un échange d'idées à cet égard et d'aviser aux moyens nécessaires pour cet objet. || J'ai eu l'honneur de faire une communication identique à la présente à leurs Excellences vos collègues des Grandes Puissances, et je saisis, &c. A. Aarifi.

Nr. 8867. GRIECHENLAND. — Min. des Ausw. an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. — Antwort der griechischen Regierung auf die mündlichen Vorstellungen der Grossmächte. [B. 281. G. 149. Gr. 26.]

Athènes, le 28 Septembre (10 Octobre), 1885.

Nr. 8867. Griechenland. 10. Oct. 1885.

Monsieur, — Après mes Circulaires en date du 15 (27) Septembre, par lesquelles je vous a communiqué mes pensées sur les événements de Philippopoli et sur leurs conséquences, je m'empresse de porter à votre connaissance que MM. les Ministres d'Angleterre, d'Allemagne, d'Italie, d'Autriche-Hongrie et de Russie, et M. le Chargé d'Affaires de France se sont présentés hier 27 Septembre (9 Octobre) à mon Cabinet au Ministère des Affaires Étrangères, et que M. le Ministre d'Allemagne, ayant pris le premier la parole, m'a dit que, d'après ses instructions, il venait me communiquer de la part de son Gouvernement que les armements de la Grèce ont attiré l'attention du Gouvernement Allemand, qui recommande au Gouvernement du Roi la prudence et la modération, et tout particulièrement d'éviter les mesures précipitées, qui ne pourraient avoir que des résultats fâcheux pour la Grèce. M. le Ministre d'Allemagne ajouta qu'il me priait de prendre acte de cette communication. || Après M. le Ministre d'Allemagne, MM. les Ministres d'Italie, d'Autriche-Hongrie, de Russie, d'Angleterre et M. le Chargé d'Affaires de France firent l'un après l'autre la même communication. Ces communications étaient toutes presque identiques, sauf quelques différences insignifiantes dans la communication de M. le Ministre d'Angleterre et de M. le Chargé d'Affaires de France. || A cette occasion j'accomplis un devoir, M. le Chargé d'Affaires, en vous expliquant clairement la manière de voir du Gouvernement du Roi sur le mouvement de Philippopoli et sur ses conséquences probables, afin de vous mettre à même de formuler avec précision le point de vue duquel le Gouvernement de Sa Majesté envisage la complication actuelle. || Le Traité de 1878 indique manifestement l'intention du Congrès d'établir un certain équilibre entre les peuples qui habitent la Péninsule des Balkans. L'établissement po-

litique de la Bulgarie, créé par ce Traité, fut suivi en même temps par la formation de la Roumélie-Orientale et par le Treizième Protocole concernant la rectification de la frontière du Royaume Hellénique. Ces deux derniers actes furent inspirés par la pensée d'établir un équilibre, qui seul pouvait arrêter l'antagonisme des peuples habitant ces contrées, et constituer une garantie en faveur de la conservation de la paix. Car, si la création de la Roumélie-Orientale devait avoir pour résultat de donner à ses habitants une existence politique particulière et indépendante de l'État Bulgare, le Treizième Protocole contenait le voeu de voir pousser la ligne-frontière du Royaume Hellénique jusqu'aux sommets de l'Olympe et du Pinde, et cela non seulement pour fortifier stratégiquement les frontières de la Grèce, mais aussi pour la placer dans le voisinage immediat de la Macédoine. || La Macédoine était ainsi placée entre le Royaume Hellénique d'un côté, auquel elle se rattache par la communauté de la race et des traditions historiques, et de la Roumélie-Orientale de l'autre, dont une grande partie de la population est aussi de race Grecque. || Ces remaniements de la carte de l'Europe Orientale étaient jugées en 1878 et en 1880 par les Grandes Puissances comme une condition indispensable au maintien de l'équilibre entre les peuples de ces contrées et comme nécessaires à la paix. || Mais les limites tracées par l'Europe en faveur de la Grèce ne lui furent point concédées dans leur intégrité, et le Gouvernement du Roi a consenti à accepter la ligne-frontière qui lui était offerte par la Convention de 1881, désirant témoigner encore une fois en cette occasion de sa déférence aux conseils des Grandes Puissances de l'Europe. Toutefois, cette délimitation, tout en ne modifiant pas le fond de la pensée d'équilibre qui a présidé à l'oeuvre diplomatique de 1878, avait le désavantage d'amoindrir la situation de la Grèce; car non seulement elle n'était pas placée dans le voisinage de la Macédoine, mais de plus ses frontières étaient fixées en deçà de l'Elassana et sur l'Arachtus. Malgré la situation désavantageuse qui lui était ainsi faite, la Grèce n'a pas cessé de prouver son respect pour l'oeuvre de l'Europe et de considérer comme base de sa politique le maintien du status quo. || Tel était l'état politique de ces contrées, lorsque survint le mouvement de Philippopoli, visant à accomplir l'union de la Bulgarie avec la Roumélie-Orientale. Mais cette union, si elle venait à être accomplie, détruirait tout reste d'équilibre entre les populations de la Péninsule des Balkans. En effet, si l'oeuvre d'équilibre a été sérieusement compromise par la délimitation des frontières du Royaume Hellénique telle qu'elle a été faite en 1881, l'union de la Bulgarie et de la Roumélie-Orientale la détruirait complètement, et cela au plus grand détriment de tous nos intérêts et aussi des probabilités du maintien de la paix. || D'ailleurs la constitution de la Roumélie-Orientale par le Traité de Berlin comme province de l'Empire Ottoman, avait pour but d'assurer la cohabitation pacifique et la prospérité de trois races diverses qui peuplent cette province: les Bulgares, les Grecs et les Turcs. Les liens politiques qui, d'après le Traité de Berlin, rattachent cette province à l'Empire

Nr. 8867. Griechenland. 10. Oct. 1885.

Nr. 8867. Griechenland. 10. Oct. 1885.

Ottoman, devait être une garantie en faveur de chacune de ces populations diverses, tandis que la réunion de la Roumélie-Orientale à la Principauté de la Bulgarie serait de fait l'anéantissement des droits et des intérêts politiques que le Traité de 1878 avait en vue de sauvegarder dans cette province, et l'établissement d'un ordre de choses où les Bulgares domineront absolument les deux autres races et viseront à les absorber. || Ces réflexions ne sont point suggérées au Gouvernement du Roi par des sentiments de jalousie et d'inimitié envers d'autres peuples, mais elles lui sont imposées par le sentiment naturel de la conservation de ses intérêts les plus vitaux. || Le Gouvernement de Sa Majesté pense que les Grandes Puissances ne sauraient méconnaître ses intentions. La Grèce désire sincèrement la paix; car elle en profite pour marcher dans la carrière de la civilisation. Mais il ne serait point juste que l'on exige du pays de se désintéresser en présence d'événements qui touchent à son existence même. || Veuillez donner lecture de la présente à son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères et lui en laisser copie. || Agréez, &c.

Théodore P. Delyanni.

Nr. 8868. DEUTSCHLAND, OESTERREICH, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, RUSSLAND. — Deklaration der Botschafter in Konstantinopel vom 13. October 1885*). [B. 318. G. 122. Gr. 25.]

Nr. 8868. Konferenz-Staaten. 13. Oct. 1885.

Invités par leurs Gouvernements respectifs, sur la proposition du Cabinet de St.-Pétersbourg, à se réunir pour concerter le langage à tenir au nom de l'Europe en vue de sauvegarder la paix menacée par les événements survenus en Roumélie-Orientale, de prévenir l'effusion de sang et de donner aux Puissances le temps d'aviser, les Représentants de l'Italie, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de l'Allemagne, de la Russie, et de la Grande-Bretagne se sont mis unanimement d'accord sur la Déclaration suivante: — || Appréciant la haute sagesse dont vient de faire preuve Sa Majesté Impériale le Sultan et persuadées qu'il continuera de faire tout ce qui est compatible avec les droits

---

*) Die Deklaration wurde in Konstantinopel und Sophia mit einem lediglich formellen Schreiben übersandt; in Athen und in Belgrad erfolgte die Uebergabe der Deklaration am 22., resp. 24. October mittels der folgenden, von den Botschaftern in Konstantinopel vereinbarten Note:

Les Soussignés, Ministres d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie, ont l'honneur, d'ordre de leurs Gouvernements, de porter à la connaissance du Cabinet de Belgrade [Athènes] la Déclaration ci-jointe, sur laquelle sont tombés d'accord les Représentants des Grandes Puissances à Constantinople. || En transmettant ce document les Puissances expriment la confiance qu'en présence de cette manifestation unanime des sentiments pacifiques de l'Europe, le Gouvernement Royal voudra bien de son côté éviter tout ce qui serait de nature à compromettre la paix générale.

de sa souveraineté pour ne pas recourir à l'emploi des forces dont il dispose, les Puissances Signataires du Traité de Berlin ont résolu d'accueillir favorablement la demande de concours qui leur a été adressée par Sa Majesté Impériale pour faire cesser les troubles qui agitent une des provinces de son Empire et pour y faire renaître l'ordre et la prospérité. Elles condamnent toute violation des Traités existants et ne peuvent par conséquent que sévèrement blâmer les faits survenus en Roumélie-Orientale. Elles rendront responsables ceux qui détiennent le pouvoir, sur l'un et l'autre versant des Balkans, de toute provocation et de tout acte qui tendrait à propager l'agitation dans les régions voisines. || Le maintien de la paix étant la volonté unanime des Grandes Puissances, elles invitent les chefs des forces Bulgares à éviter des concentrations de troupes sur la frontière Rouméliote, où elles ne peuvent que créer des dangers, et à suspendre des armements qui deviendraient une cause de ruine pour le pays. || Elles appellent la sérieuse attention des populations Bulgares sur la responsabilité qui leur incombe, et les mettent en garde contre des entraînements irréfléchis dont elles subiraient les conséquences sans avoir à espérer aucun appui du dehors.

Nr. 8868. Konferenz-Staaten. 13. Oct. 1885.

Thérapia, le 13 Octobre, 1885.

Nr. 8869. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Wien an den engl. Min. des Ausw. — Die Kabinette von Wien, St.-Petersburg und Berlin haben sich über den Zusammentritt einer Botschafterkonferenz geeinigt. [B. 250.]

(Received by telegraph, October 15.) Vienna, October 15, 1885.

My Lord, — I have the honour to inform your Lordship, that I called upon Count Kálnoky this morning, when he informed me confidentially that the following is the result of the exchange of views which has taken place between the Cabinets of Vienna, St.-Petersburgh and Berlin. || The actual meeting of Ambassadors at Constantinople does not possess the powers necessary for dealing with the present situation in Eastern Roumelia and Bulgaria. It is, therefore, proposed, that a formal Conference of the Six Signatory Powers of the Treaty of Berlin should assemble at the invitation of His Majesty the Sultan to deliberate on the solution which is to be given to the above question. The Powers should take their stand upon the Treaty of Berlin, and it would be their first duty to send a summons by a Delegate or Commissioner from the Conference to the Prince and Government of Bulgaria to withdraw, with the Bulgarian troops, from Eastern Roumelia. The summons is to contain two intimations, the first of which will declare that, in the event of its not being complied with, the Powers will not shield the provinces from the exercise by the Sultan of his sovereign rights, while the second will state that the Powers will, if their summons is obeyed, deliberate with the Porte

Nr. 8869. Grossbritannien. 15. Oct. 1885.

Nr. 8869. Grossbritannien. 15. Oct. 1885.

respecting the means by which effect can be given to the wishes of the two provinces in the sense of an assimilation of their administration, institutions &c.; but it is not proposed that the word "union" should be used. || It is thought, that the Porte might avail itself of the opportunity offered, when acknowledging the receipt of the Declaration of the Ambassadors, which has probably now been delivered, to propose the meeting of a Conference. || The three Cabinets hope that all the Powers will recognize the necessity of upholding the authority of the Treaty of Berlin, and that they will therefore agree to the present proposal. || I have, &c. A. Paget.

Nr. 8870. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. — Antwort der bulgarischen Regierung auf die Deklaration vom 13. October. [B. 371. G. 134. 148. Gr. 29. 35.]

(Circulaire.) Sophia, le 5 (17) Octobre, 1885.

Nr. 8870. Bulgarien. 17/19. Oct. 1885.

M. le Gérant, — J'ai l'honneur d'accuser réception à la note collective que vous avez bien voulu m'adresser hier pour me communiquer, d'ordre de votre Gouvernement, la Déclaration en date du 2 (14) de ce mois, émanant de leurs Excellences MM. les Représentants des Grandes Puissances à Constantinople, au sujet des événements survenus en Roumélie-Orientale. || Le Gouvernement Princier se réservant de vous faire parvenir sa réponse après mûr examen de tous les points contenus dans cette Déclaration, me charge de vous informer qu'il accède en principe aux dispositions qu'elle renferme et qui le concernent. || Veuillez, &c. Tsanoff.

(Circulaire.) Sophia, le 7 (19) Octobre, 1885.

M. le Général, — Comme suite à ma note circulaire en date du 5 (17) de ce mois, j'ai l'honneur de porter à votre connaissance que, après avoir accédé en principe et s'être par conséquent soumis, pour ce qui le concerne, aux dispositions de la Déclaration collective, le Gouvernement Princier me charge aujourd'hui de répondre aux divers points qu'elle renferme, en appelant la bienveillante attention des Grandes Puissances sur la déclaration suivante. || Le Gouvernement Princier est heureux de pouvoir, en cette circonstance, renouveler les assurances données précédemment par Son Altesse le Prince et s'engager formellement à ne pas permettre qu'une agitation surgisse ni soit créée dans les régions voisines du pays où se tiennent actuellement les forces Bulgares. || Les troupes de la Roumélie-Orientale se trouvant, comme celles de la Principauté, sous les ordres directs de Son Altesse le Prince, Chef suprême de ces dernières, le Gouvernement Bulgare est également heureux de déclarer à cette occasion que les chefs des différents corps seront tenus re-

sponsables et passibles de punitions très sévères pour tout acte qui serait de nature à créer des dangers sur les frontières voisines, et qu'il n'y aura sur ces frontières aucune concentration, mais seulement le nombre nécessaire de troupes à l'effet d'assurer la paix et la sécurité pour la sauvegarde desquelles le Gouvernement de Son Altesse s'est porté garant. || D'autre part, prenant en sérieuse considération les conseils des Grandes Puissances et estimant que les troupes présentement sous les drapeaux sont suffisantes pour garantir dans le pays l'ordre et la tranquillité qui, depuis les événements dont il s'agit, n'ont pas été troublés, le Gouvernement Princier vient de suspendre les armements. || Dans cet ordre d'idées et de faits, le Gouvernement de Son Altesse le Prince a la satisfaction de pouvoir constater qu'il a, depuis assez longtemps, réussi à faire comprendre aux populations Bulgares qui se trouvent en dehors du territoire actuel de la Bulgarie et auxquelles sans doute est adressée la dernière partie de la Déclaration faite au nom des Grandes Puissances, la responsabilité qui leur incomberait si elles ne résistaient point à des entraînements qui tendraient à troubler la tranquillité et la paix. || En portant ce qui précède à votre connaissance, j'ai l'honneur de vous prier, M. l , d'être auprès du Gouvernement l'interprète de la reconnaissance du Gouvernement de Son Altesse le Prince envers les Grandes Puissances pour leurs dispositions bienveillantes, et j'exprime en même temps au nom du Gouvernement Princier le ferme espoir où nous sommes qu'elles voudront bien accueillir favorablement la demande de concours que de notre côté nous osons leur adresser, les priant instamment de daigner employer leurs bons offices et intercéder en notre faveur auprès de Sa Majesté Impériale le Sultan, pour exaucer l'ardent désir de la population, de telle sorte que, loin de voir la paix et la stabilité compromises par le fait de la séparation de deux pays fraternels, nous puissions par leur union en affermir les assises. || Veuillez, &c. Tsanoff.

Nr. 8870. Bulgarien. 17/19. Oct. 1885.

Nr. 8871. TÜRKEI. — Min. des Ausw. an die Botsch. der Grossmächte in Konstantinopel. — Antwort der Pforte auf die Deklaration. [B. 280. G. 137. Gr. 36.]

(Circulaire.) Sublime Porte, le 18 Octobre, 1885.

Le Soussigné, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan, a eu l'honneur de recevoir la note collective que leurs Excellences MM. les Ambassadeurs d'Italie, d'Autriche-Hongrie, de France, d'Allemagne, de Russie, et M. l'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne, ont bien voulu lui adresser le 14 de ce mois pour lui remettre une Déclaration qui se résume ainsi qu'il suit: — [Siehe Nr. 8868.]

Nr. 8871. Türkei. 18. Oct. 1885.

Le Soussigné se fait un devoir d'exprimer à leurs Excellences les remercîments sincères du Gouvernement Impérial Ottoman pour l'hommage que les

Nr. 8871. Türkei. 18. Oct. 1885.

Puissances ont bien voulu rendre aux sentiments élevés de son auguste Souverain vis-à-vis des événements surgis dans la Province de la Roumélie-Orientale, et s'empresse de prendre acte avec la plus grande satisfaction et au nom de son Gouvernement des résolutions précitées des Grandes Puissances, résolutions qui sont dictées par leurs sentiments de justice et de bienveillance à l'égard de l'Empire Ottoman et qui tendent dans tous les cas et avant tout à sauvegarder les droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan, à assurer le maintien intégral des stipulations du Traité de Berlin et à préserver de toute atteinte la paix ainsi que l'ordre et la tranquillité dans la Roumélie-Orientale. || Le Gouvernement Ottoman se basant exclusivement sur ces principes a donné jusqu'à ce jour des preuves manifestes de ses sentiments de modération, et de son vif désir de voir le maintien de la paix et le retour de l'ordre dans cette province, et a fait appel pour cet objet au concours bienveillant des Grandes Puissances. Il devait dès lors rejeter entièrement sur les violateurs des Traités toute la responsabilité de leurs actes et de leurs provocations ainsi que les Cabinets Signataires eux-mêmes viennent de le faire dans leur Déclaration, et il a le ferme espoir que les mesures que les Puissances, tout aussi intéressées que lui à la sauvegarde de la paix et des stipulations des Traités dont elles sont les Signataires, croiront devoir prendre d'un commun accord en face des événements actuels, rendront superflus tous moyens d'action éventuelle de la part du Gouvernement Ottoman. || Il espère également que leur concours à cet effet aura pour résultat la cessation des préparatifs militaires de la Serbie et de la Grèce, préparatifs qui augmentent de jour en jour. || Le Soussigné a, par conséquent, l'honneur de prier au nom de son Gouvernement leurs Excellences de vouloir bien faire au plus tôt les démarches nécessaires auprès de Leurs Cabinets respectifs pour que le Prince Alexandre soit invité formellement par les Puissances Signataires à respecter le Traité de Berlin, et à rentrer immédiatement en Bulgarie. || Il saisit, &c.

Saïd.

Nr. 8872. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Wien. — Die engl. Regierung kann sich an einer blossen Wiederherstellung des ‚status quo ante' nicht betheiligen. [B. 291.]

Foreign Office, October 19, 1885.

Nr. 8872. Grossbritannien. 19. Oct. 1885.

Sir, — The Austro-Hungarian Chargé d'Affaires called upon me at this Office to-day, and, by order of Count Kálnoky, communicated to me the result of the exchange of views made by the Cabinets of Vienna and St.-Petersburgh with regard to the revolutionary movement in Eastern Roumelia. || In substance, this communication agrees with the information conveyed to me by your Excellency's telegraphic despatch of the 15th instant; but M. de Hengelmüller

expressly stated, that Her Majesty's Government were not to regard his communication as an invitation to a Conference. || In reply, I said that, if the summons to be addressed by the proposed Conference to the Prince of Bulgaria were successful, I did not see what was to be done with Eastern Roumelia, whilst, in the event of it proving unsuccessful, a Turkish execution in that province would inevitably follow, and to such a result Her Majesty's Government could not be a consenting party. || I added that if a return to the status quo ante were put forward as one of the bases on which the Conference should deliberate Her Majesty's Government would have great difficulty in taking part in it, unless the proposal was modified by some agreement as to the ulterior action to be taken. || A mere return to the status quo ante would create a fragile structure which would fall to pieces at the first shock, and, in all probability, at a time more convenient to those who were hostile to the Ottoman Empire than the present. || I have already informed you, by telegraph, of the substance of this despatch. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 8872. Grossbritannien. 19. Oct. 1885.

Nr. 8873. TÜRKEI. — Min. des Ausw. an die türkischen Botsch. bei den Grossmächten. — Einladung zur Konferenz. [B. 319. G. 150. Gr. 41.]

(Télégraphique.) Constantinople, le 21 Octobre, 1885.

Pour faire suite à la note responsive que j'ai eu l'honneur d'adresser le 18 de ce mois à Messieurs les Représentants des Puissances Signataires à Constantinople et que je vous ai transmise in extenso, je viens vous inviter à communiquer d'urgence à son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères ce qui suit. || Le Gouvernement Impérial, en présence de la gravité de la situation dans la Roumélie-Orientale et de l'attitude de plus en plus belliqueuse de la Grèce et en particulier de la Serbie, et voulant ne point rendre infructueux les efforts qu'il n'a cessé de déployer jusqu'ici pour éviter toute effusion de sang, juge opportun, dans sa discrétion parfaite envers les Puissances Signataires du Traité de Berlin, de les prier de vouloir bien charger au plus tôt leurs Représentants près la Sublime Porte de se réunir en Conférence à Constantinople avec la participation du Gouvernement Ottoman en vue d'arriver sans retard à la solution des difficultés surgies dans la Roumélie-Orientale. || Cette solution aura essentiellement pour base le maintien du Traité de Berlin en conformité des droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan. || La Conférence se réunira à la condition de s'occuper exclusivement des affaires de la Roumélie-Orientale. || Veuillez remettre copie de la présente dépêche à M. le Ministre des Affaires Étrangères et me communiquer immédiatement la réponse que son Excellence aura la bonté de faire à la proposition qui précède.

Nr. 8873. Türkei. 21. Oct. 1885.

Nr. 8874. GRIECHENLAND. — Thronrede des Königs bei Eröffnung der Kammer. [373.]

Nr. 8874. Griechenland. 23. Oct. 1885.

M. les Députés, — Le statu quo constitué sur la Péninsule des Balkans par le Traité de Berlin offrait une certaine garantie à nos intérêts nationaux, quoiqu'en ce qui nous concerne les opinions des Six Puissances Signataires n'aient point eu leur entière exécution. Toutefois, notre désir pour la conservation du statu quo ne s'est jamais affaibli à cause de cela, mais soucieux de n'y porter aucune atteinte, nous nous occupions de régler les affaires du pays et de préparer son bien-être. || Cependant, lorsque les événements survenus dans la capitale de la Roumélie-Orientale au commencement du mois passé ont menacé de changer ce statu quo en détruisant même ces garanties qui existaient jusqu'alors en faveur de nos intérêts, mon Gouvernement ne pouvait point ne pas envisager toutes les conséquences que les événements de Philippopoli pouvaient produire. Il s'est conséquemment empressé de s'occuper des préparatifs militaires en faisant usage des droits que lui conféraient les lois de l'État. || C'est avec plaisir que je constate l'empressement avec lequel se présentèrent les citoyens appelés sous les drapeaux de l'armée, en abandonnant leurs occupations pacifiques, et c'est avec conviction que j'exprime l'espoir qu'ils feront leur devoir envers le pays, si la nécessité et les intérêts nationaux l'exigent. || La perturbation et le dérangement qui se sont produits dans l'équilibre constitué entre les peuples de la Péninsule font disparaître les garanties que les Traités avaient établi en faveur de la paix. Mon Gouvernement, qui, à cause de ces circonstances, a été obligé de se départir de la voie sur laquelle il marchait, n'a point manqué de signaler aux Grandes Puissances cette absence de garanties lorsqu'elles lui communiquèrent leurs conseils bienveillants. Nous espérons que l'intérêt de la paix, qui est l'objet de la sollicitude des Grandes Puissances, leur dictera les moyens propres à établir un équilibre assuré entre les peuples qui habitent la Péninsule; car ce n'est qu'ainsi que ces peuples seront délivrés de la nécessité d'abandonner leurs travaux pacifiques à cause d'événements imprévus. || C'est en cet état que se trouvent les affaires, MM. les Députés, jusqu'à ce moment où vous êtes convoqués en une Session Extraordinaire. Mon Gouvernement vous présentera non seulement les Budgets Ordinaire et Extraordinaire de l'année prochaine, mais il vous demandera en plus des crédits supplémentaires et extraordinaires sur le Budget de 1885, et vous proposera encore d'autres Projets de Lois nécessaires. J'espère que les Représentants du pays, comprenant la grandeur des intérêts nationaux et l'état critique des temps, fidèles interprètes du sentiment de la nation, offriront à mon Gouvernement les moyens dont il a besoin pour accomplir sa grande et difficile mission. || En appelant la protection du Très-Haut sur la patrie, je déclare l'ouverture de la présente Session de la Chambre.

Nr. 8875. **GROSSBRITANNIEN.** — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. — Annahme der Einladung zur Konferenz mit Vorbehalt. [B. 339.]

Foreign Office, October 25, 1885.

Nr. 8875. Grossbritannien. 25. Oct. 1885.

Sir, — Her Majesty's Government are willing to accept the invitation which has been addressed by the Turkish Government to the Governments of Great Britain, Germany, Austria-Hungary, France, Italy and Russia to enter into a Conference for the consideration exclusively of the affairs of Eastern Roumelia, with a view of finding a solution of the present difficulties, on the understanding that such solution shall be based substantially upon the Treaty of Berlin. || In agreeing to enter the Conference, Her Majesty's Government reserve their full liberty of action in the event of a proposal being brought forward to authorize coercive action, or measures which may, in their opinion, lead to it. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 8876. **GROSSBRITANNIEN.** — Generalkonsul in Sophia an den engl. Min. des Ausw. — Schwierige Lage des Fürsten Alexander. [B. 350.]

(Received by telegraph, October 26.) Sophia, October 26, 1885.

Nr. 8876. Grossbritannien. 26. Oct. 1885.

My Lord, — The absence of Prince Alexander from Eastern Roumelia having given rise to complaints among the population there, His Highness has determined to return to Philippopoli to-night. The population there do not believe, that the Servians intend to make war on Bulgaria, and they look upon the military preparations which His Highness is making against Servia as an excuse invented by His Highness for withdrawing the troops and absenting himself from Eastern Roumelia at the very moment when, as they believe, the Conference is about to authorize the Porte to use force to re-establish the status quo ante. They also complain, that no measures have been taken for completing the Union as regards the administration of Eastern Roumelia. || This feeling in Eastern Roumelia is being taken advantage of by the opponents of His Highness to make the people believe, that His Highness has deserted them, and he therefore considers it absolutely indispensable that he should return to Philippopoli at once. || The Prince having requested me to accompany him to Philippopoli, I shall leave Sophia with His Highness to-night. || I have, &c. Frank C. Lascelles.

Nr. 8877. SERBIEN. — Min. des Ausw. (Garachanine) an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. — Antwort der serbischen Regierung auf die Deklaration der Grossmächte. [B. 375. G. 162. Gr. 45.]

Nisch, le 14 (26) Octobre, 1885.

Nr. 8877. Serbien. 26 Oct 1885

M. le Ministre, — Je m'empresse d'informer votre Excellence que le Gouvernement Royal de Serbie a pris connaissance de la Déclaration sur laquelle sont tombés d'accord les Représentants des Grandes Puissances à Constantinople. La transmission de ce document exprimant au nom des Grandes Puissances par note collective de leurs Représentants à Belgrade les sentiments unanimes et pacifiques de l'Europe et la confiance que le Gouvernement Royal de son côté évitera tout ce qui serait de nature à compromettre la paix générale, le Gouvernement Royal y a prêté sa plus sérieuse attention et me charge aujourd'hui d'y répondre en appelant la bienveillante attention des Grandes Puissances sur la déclaration suivante. || Le Gouvernement Royal qui, dès le début des événements révolutionnaires survenus en Roumélie-Orientale et de l'invasion de cette province par les troupes Bulgares, a témoigné de la vive et sincère émotion qu'ils lui causaient, est profondément reconnaissant aux Grandes Puissances de lui avoir gracieusement donné communication de la Déclaration des Ambassadeurs à Constantinople. || Il est heureux d'avoir pu se convaincre que tous ses actes dans la crise actuelle ont été conformes au principe si énergiquement affirmé par les Grandes Puissances, qui infligent le blâme le plus sévère aux faits révolutionnaires survenus, et serait doublement heureux de pouvoir constater les suites pratiques que le Gouvernement Princier de Bulgarie aura données à la volonté unanime des Puissances. || En sa qualité d'État voisin de la Bulgarie et rattachant son existence d'État indépendant au Traité de Berlin, la Serbie ne saurait se désintéresser de la situation créée par la grave violation commise contre ce Traité par la Principauté. || Fidèle observatrice du grand pacte international, qui a posé les bases nécessaires à son développement, la Serbie, sans se démentir un seul jour, ne s'est jamais posée sur un autre terrain que celui qui est occupé dans cette question par les Puissances: le respect absolu du droits et des Traités au prix même de lourds sacrifices matériels, elle croit avoir toujours été et tous ses efforts tendront à être digne de la confiance de l'Europe et du rôle qui lui est échu comme pays le plus proche des vieux États, champions de la culture. || Le Gouvernement Royal a jusqu'à présent affirmé sans aucune réserve combien il était désireux que le status quo fût maintenu dans sa pleine intégrité et dans le fond et dans la forme, et il n'hésite point à renouveler l'assurance de son sincère désir de voir bientôt la légitime autorité de Sa Majesté Impériale le Sultan non seulement rétablie, mais encore raffermie. || Le Gouvernement Royal, loin de compromettre la paix générale, a ainsi clairement manifesté combien lui-même lui est attaché et sera heureux en toute

occasion dans la mesure de ses moyens et de ses devoirs de témoigner de son sincère dévouement à l'intégrité absolue des Traités existants, qui seuls peuvent garantir dans la Péninsule des Balkans l'ordre, la prospérité et la paix, et permettre d'éviter les conflits qui pourraient résulter d'une perturbation de l'équilibre si sagement établi par décision de l'Europe entre les différents États de la péninsule. || En portant ce qui précède à la connaissance de votre Excellence et en vous priant d'en bien vouloir être l'aimable interprète auprès du Gouvernement Royal de Grande-Bretagne, je suis heureux de pouvoir vous renouveler, M. le Ministre, les assurances, &c. Garachanine.

Nr. 8877. Serbien. 26. Oct. 1885.

Nr. 8878. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an den franz. Botsch. in Konstantinopel. — Weitere Instruktion. [G. 165.]

(Télégramme.) Paris, le 28 octobre 1885.

Je vous ai précédemment fait connaître l'attitude que vous devez garder au sein de la Conférence, dans les délibérations qui s'ouvriraient sur l'emploi de mesures coercitives ou sur des propositions de nature à les amener. Il me reste à vous donner quelques indications sur ce que vous aurez à faire dans les délibérations relatives à des modifications éventuelles au Traité de Berlin sur les points qui touchent au régime de la Roumélie. || A cet égard, les vues développées dans mon télégramme du 29 septembre, au lendemain du mouvement rouméliote, n'ont pas changé. Nous continuons à penser que la solution à laquelle vous étiez autorisé à vous rallier était la plus rationnelle et la plus propre à assurer la durée de la paix. Mais le temps écoulé, l'attitude prise dans l'intervalle par les États secondaires des Balkans, le revirement qui s'est produit dans les dispositions de plusieurs Puissances, ne permettent guère aujourd'hui que d'entrevoir des combinaisons qui, je le crains, seront éphémères. Notre concours cependant ne saurait être refusé aux efforts sincères que fait l'Europe pour maintenir la tranquillité dans les Balkans. Vous devrez donc assister à la Conférence dans le même esprit que je vous indiquais par mon télégramme précité. Vous attendrez l'initiative des Puissances plus directement intéressées que nous. Si les propositions qui émanent d'elles rallient la majorité et vous paraissent, d'ailleurs, de nature à réaliser l'apaisement qu'on recherche, vous y adhérerez sans difficulté. Si parmi ces propositions, il en était qui eussent pour but d'accorder des accroissements territoriaux à tel ou tel des États des Balkans, vous ne vous y rallierez pas avant de m'en avoir référé. || Dans le cas où la question du remplacement du Prince Alexandre serait mise en délibération, vous vous abstiendriez; car nous n'avons pas à nous prononcer sur des questions de personne. Nous demandons seulement que le Prince, investi du Gouvernement, ait toute l'indépendance nécessaire dans ses rapports avec les diverses grandes Puissances. || Dans l'hypothèse où la Conférence serait saisie d'une proposition tendant à

Nr. 8878. Frankreich. 28. Oct. 1885.

Nr. 8878. Frankreich. 28. Oct. 1885.

faire participer la Bulgarie aux charges générales de la Turquie, par le payement effectif du tribut prévu par le Traité de Berlin ou autrement, vous vous montreriez favorable au principe de cette décision, sauf à m'en référer pour la détermination du mode d'application. || Vous accepteriez sous la même reserve d'aborder l'examen des conditions dans lesquelles la Porte pourrait user du droit que lui confère le Traité de Berlin d'entretenir des garnisons dans les Balkans pour la défense et la sécurité de son territoire. || En résumé, nous sommes prêts à nous associer aux mesures qui auraient pour objet de prévenir le retour des complications actuelles; mais, loin de vouloir affaiblir ainsi l'Empire ottoman, nous désirons voir sortir des concessions, que le Sultan serait sollicité de faire dans l'intérêt du maintien de la paix, une consolidation réelle de ses droits et de son autorité. Telle devra être la règle constante de votre attitude dans la Conférence qui va s'ouvrir.

C. de Freycinet.

Nr. 8879. GRIECHENLAND. — Min. des Ausw. an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. — Antwort der griechischen Regierung auf die Declaration der Grossmächte vom 13. October. [B. 414. G. 191. Gr. 53.]

Nr. 8879. Griechenland. 31. Oct. 1885.

J'ai l'honneur de vous envoyer sous ce pli copie de deux documents qui m'ont été communiqués le soir du 10 (22) Octobre par MM. les Ministres d'Italie, de France, d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de Russie et de la Grande-Bretagne. || Le premier est une copie de la Déclaration signée le 1er (13) Octobre par les Représentants des Grandes Puissances à Constantinople. Le second est l'office des Ministres des Grandes Puissances à Athènes, qui accompagnait la susdite Déclaration. Dans cet office ils expriment la confiance qu'en présence de la manifestation unanime des sentiments pacifiques de l'Europe, le Gouvernement Royal évitera tout ce qui serait de nature à compromettre la paix. || Cette confiance des Grandes Puissances dans les sentiments de la Grèce et de son Gouvernement est d'autant plus fondée que nous avons toujours donné des preuves manifestes de notre désir sincère de contribuer en ce qui dépendait de nous au maintien de la paix. Et cela au point même de ne pas hésiter à subordonner dans ces derniers temps nos intérêts politiques aux conseils des Puissances. C'est pourquoi le Gouvernement du Roi, qui est animé de ces dispositions pacifiques, a-t-il été douloureusement surpris, lorsqu'il a vu la paix menacée par les événements de Philippopoli. || Le Gouvernement du Roi, dans son constant désir de voir la paix se consolider, ne saurait, en présence de la situation actuelle, envisager l'avenir sans la plus vive inquiétude. Car, de même que le mouvement de Philippopoli vient de provoquer en Grèce et chez les populations Helléniques une si puissante et légitime émotion, il est à craindre que des faits analogues ne causent, s'ils venaient à

se produire plus tard, une émotion non moins intense. | Le mouvement de Philippopoli suffit évidemment à démontrer que l'ancien ordre de choses, si facilement renversé dans la Péninsule des Balkans, ne constitue plus une garantie stable en faveur de la paix. || Le Gouvernement du Roi est persuadé que ces considérations n'échapperont point à la sollicitude si grande des Puissances en faveur de la paix, non plus que les difficultés de créer un état de choses stable après des événements tels que ceux de Philippopoli. Aussi le Gouvernement du Roi manquerait-il à son devoir s'il ne s'empressait de faire connaître aux Grandes Puissances combien les conséquences de semblables émotions sont sensibles, et souvent désastreuses surtout pour les petits États. En pareils cas, l'émotion étant toujours proportionnée aux intérêts en jeu, le Gouvernement du Roi est persuadé que rien ne serait plus funeste au pays que le renouvellement d'événements semblables à ceux dont Philippopoli a été le théâtre. | L'expérience ayant donc prouvé que le statu quo ante pur et simple n'offre pas une garantie sérieuse en faveur d'une paix durable dans la Péninsule des Balkans, il s'ensuit que l'intérêt même de la paix indique la nécessité d'établir un ordre de choses qui puisse mieux assurer à l'avenir les intérêts nationaux de la Grèce. || Le Gouvernement Royal espère que, dans leur équité, les Grandes Puissances voudront bien admettre la justesse de ces réflexions, et s'en inspirer dans leurs décisions ultérieures. || C'est sur cette espérance qu'est basé désormais l'ardent désir du Gouvernement Royal en faveur de la paix. || Je vous prie, M. le Chargé d'Affaires, de donner lecture de cette note à M. le Ministre des Affaires Étrangères, et de lui en laisser copie.

Nr. 8879. Griechenland. 31. Oct. 1885.

Théodore P. Delyanni.

Nr. 8880. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. — Instruktion für die Konferenz. [B. 380.]

Foreign Office, November 2, 1885.

Sir, — In compliance with an invitation banded to them by the Turkish Ambassador on behalf of His Imperial Majesty the Sultan, Her Majesty's Government, as you have already been informed by telegraph, have consented to enter into a Conference for the discussion exclusively of the affairs of Eastern Roumelia, and in order to find a solution of existing difficulties which should be based substantially upon the Treaty of Berlin. || In doing so they have reserved to themselves full liberty, in case any proposal should be made for coercive action or for measures likely to lead to it. || In undertaking to join with the other Powers in seeking for a solution of existing difficulties which should be substantially on the basis of the Treaty of Berlin, Her Majesty's Government do not understand themselves to be bound to recommend adherence to the exact letter of that Treaty. They rather contemplate the

Nr. 8880. Grossbritannien. 2. Nov. 1885.

Nr. 8880. Gross-britannien. 2. Nov. 1885.

adoption of arrangements which shall conduce to the security of the main objects of the Treaty, and be in accordance with its general spirit; and they wish to attain that end with as little disturbance as possible of its precise provisions. It has, however, been intimated to them that the Turkish Government look to an entire and exact re-establishment of the state of things sanctioned by the Treaty of Berlin, that they are supported by some of the other Powers in this view, and that the Conference has been summoned with the hope on the part of some of the Signatories to the Treaty that it will give its sanction to such diplomatic or material measures as may be necessary for insuring that end. || Her Majesty's Government do not at all contend, that the Sultan has not a perfect right, according to the strict letter of the Treaty, to take military measures for restoring the state of things as it existed three months ago. If he had thought fit to exercise those rights, none of the Signatory Powers, whatever opinion they might have entertained as to the prudence of the proceeding, would have been entitled to take exception to them on grounds of public law. || But totally different questions come into view when it is proposed, that any action of this kind on the Sultan's part shall take place under the direct sanction of the Great Powers represented in the Conference. The European Powers would not be justified in giving to the supposed action of His Imperial Majesty the Sultan the support of their authority or assistance unless they were satisfied, not only of its legality, but of its general expediency and wisdom. They cannot assume the responsibility for the action of the Sultan under the powers secured to him by Treaty unless that action is such as, under the circumstances, they themselves would have advised. || In examining, therefore, the course which it may be proposed to pursue in the Conference, Her Majesty's Government cannot content themselves with the consideration that a restoration of the status quo ante in Eastern Roumelia, either by the threat or the exercise of force, would be justified under the language of the Treaty of Berlin. Such a plea would be valid in defence of the Sultan against any Power that should take formal objection to his action; but, if His Majesty desires to avoid the full responsibility of it by asking for the sanction of the European Powers for his policy, he must satisfy them of something more than the mere legality of the step that he proposes. The question which they are bound to determine before giving advice to the Porte on this matter is whether the restoration of the status quo ante is in itself desirable under the circumstances. || The argument in its favour which appears to have weighed with some of the Powers is that it will be a signal instance of homage paid to Treaty law, and that it will impress upon the Balkan States generally a great veneration for the provisions of the Treaty of Berlin. || That this would be a most desirable end to achieve no one can dispute. The only question is whether this really would be the impression left upon the minds of the populations of the peninsula by the prevention of any union of Bulgaria with Eastern Roumelia. If the present

attempt to set aside one provision of the Treaty should miscarry, they will no doubt seriously reflect upon the causes to which that miscarriage is due. The are hardly likely, however, to attribute it entirely to the veneration in which Treaty law in the Balkan Peninsula is held by the Powers of Europe. Present inhabitants of the peninsula have lived through many phases of Treaty arrangement in that region, and have seen those arrangements set aside again and again, not by negotiation, but by force. It is needless to recapitulate the events which led to the establishment of the Kingdoms of Greece, Roumania and Servia, or of the Principalities of Bulgaria and Montenegro. The origin of these States was in no case the result of a scrupulous observance of Treaties, and the people of the peninsula will therefore hardly attribute the failure of the Roumelians, if they should fail, to the fact that they have violated a Treaty. It is evident, that they will have to seek the origin of this miscarriage in some other cause. || Without inquiring into less obvious antagonisms, which are at this moment only subjects of conjecture, it is evident that the leading cause which has induced several of the Powers to press for a return to the status quo ante is the attitude of the smaller surrounding States. The object to be attained by re-severing Bulgaria and Eastern Roumelia is to prevent Greece and Servia from breaking the peace. The victory will therefore be with these two States if the status quo ante is to be restored, and the only principles which will receive any sanction from that policy will be the principles which these two States have professed. || If they had announced an unqualified respect for Treaties, the restoration of the status quo ante would be a great triumph of Treaty law, and a potent confirmation of the Treaty of Berlin.

Nr. 8880. Grossbritannien. 2. Nov. 1885.

But their principles have been of a very different kind. They have not claimed the observance of Treaties pure and simple; they have only claimed it as an alternative to another policy to which they attached at least equal value. They have insisted either that they should receive compensation, or that the legal state of things should be restored; and by compensation they signified the appropriation of a portion of Turkish territory corresponding to the advantages which they think the Bulgarians have gained. If this had been offered them, it does not seem that they would have offered any opposition to the proposed infraction of the Treaty of Berlin; and the restoration of the status quo ante would not apparently have been pressed by any of the Signatory Powers. The only principle, therefore, which Greece and Servia will have established by their victory in this diplomatic conflict is that, whenever anything is taken from the rights or possessions of the Sultan, it shall always be taken in three parts, and divided equally. It is much to be feared, that certain portions of the Balkan populations will not be slow to learn this lesson, and that the Porte, by insisting upon the restoration of the exact provisions of the Treaty of Berlin under these conditions, will be pursuing a suicidal policy. It will not be lending any real strength to the Treaty by which its

Nr. 8880. Grossbritannien. 2. Nov. 1885.

existing possessions are guaranteed, but will be only impressing upon those who consider themselves the heirs to its territory the necessity of agreeing together, and perhaps agreeing with other external auxiliaries, before any new enterprise is undertaken. On the other hand, the wish of the people of Bulgaria and Eastern Roumelia in favour of some species of union has been declared in very clear language, and is not likely to be abandoned. It is the result of seven years' experience. Though external influences may have contributed to its formation, the popular movement by which it took effect was certainly due to the instigation of no foreign Power; and whether it is reasonable or not, it is likely to be cherished all the more tenaciously if it is now suppressed by force in deference to the interests of others. To disregard it will be to introduce an element of increased instability into the Balkan Peninsula. Such a policy can only for a very short time offer any respite from disturbance. The attempt will be renewed again at the earliest opportunity, probably under more favourable prospects of assistance, and under conditions which will satisfy the views of compensation entertained by the other Balkan States. || In authorizing you, therefore, to take part in the Conference which has been summoned by the Porte, Her Majesty's Government must guard themselves from expressing any approval of a simple return to the state of things which existed at the commencement of last September. If such a proposal is made, you will not give to it your sanction without previous reference to me. || It will be necessary also to receive with great caution any proposal for summoning Prince Alexander to withdraw from Eastern Roumelia unless some intention is indicated of considering the wishes which the Eastern Roumelians have expressed. Such a demand would hardly be of any practical value for the purposes of those who make it, unless it contains, in a more or less disguised form, a threat of the use of force in case it should be disobeyed. As Her Majesty's Government are not prepared to take the responsibility of advising the Turkish Government to use force for the purpose of restoring the former state of things, they would not willingly join in taking steps which would naturally lead to such a policy. || It appears to them, that the wisest course for the Porte to pursue would be to enter into some kind of communication with the Roumelians for the purpose of ascertaining how far it is possible to find a basis of agreement. A peremptory and unconditional summons from the Conference would go far to make any such agreement impossible. On the other hand, it would be greatly facilitated if, in the first instance, the Conference would record its desire to take into account, and so far as possible to meet, the wishes of the people of Roumelia. Her Majesty's Government are convinced, that it is of grave importance to the interests of the Porte to secure the contentment and friendly feeling of a people occupying so important a position in the Sultan's dominions; and it is equally the interest of Europe, which has always set so high a store by

the maintenance and well-being of the Ottoman Empire, to obtain such a result. || I am, &c. Salisbury. Nr. 8880. Grossbritannien. 2. Nov. 1885.

Nr. 8881. RUMÄNIEN. — Min. des Ausw. an den rumänischen Gesandten in Konstantinopel. — Auftrag, die Schleifung der bulgarischen Donaufestungen auf der Konferenz in Anregung zu bringen. [B. 388.]

(Télégraphique.) Bucarest, le 2 Novembre, 1885.

Nous sommes informés qu'on met en état de défense les fortifications de Widdin. Nous n'avons pas voulu intervenir dans la question Bulgare tant qu'il s'est agi d'un conflit à régler entre la Bulgarie et la Turquie; mais du moment que la Conférence va se réunir pour remettre en vigueur le Traité de Berlin et assurer ainsi la paix générale, nous croyons de notre devoir de saisir la Conférence de la demande de maintenir dans toute son intégrité et de garantir l'exécution de l'Article XI du Traité de Berlin, ou bien de proclamer que cet Article a cessé d'exister, afin que nous puissions également entreprendre la défense de nos frontières. Nr. 8881. Rumänien. 2. Nov. 1885.

Nr. 8882. GROSSBRITANNIEN. — Min. des Ausw. an den engl. Botsch. in Konstantinopel. — Verhalten auf der Konferenz. [B. 395.]

Foreign Office, November 6, 1885.

Sir, — It has been suggested, as a means of avoiding dissensions between the Plenipotentiaries, that upon your claiming priority of discussion for the remedial measures necessary to meet the wishes of the populations in the disturbed provinces, the Turkish Plenipotentiaries should offer the appointment of a Sub-Commission of the Conference to consider the matter, with power to consult with Delegates from Eastern Roumelia before reporting to the full Conference. || The proposal seems to me well worthy of consideration. Her Majesty's Government do not wish, that the Conference should break up without coming to a conclusion. What they desire, if possible, to secure, is that, for reasons which I have already explained, no summons should be addressed to Prince Alexander until a decision has been also come to as to the measures that can be adopted to satisfy the wishes of the Roumelians. The proposed Sub-Commission may be the means of securing this object, and reconciling it with the views held by the three Empires. || The best course for you to adopt would be that you should, in the first place, as already instructed, move that the consideration of the wishes of the population should take procedence of the discussion of a summons for a return to the status quo ante. In so doing Nr. 8882. Grossbritannien. 6. Nov. 1885.

Nr. 8882. Grossbritannien. 6. Nov. 1885.

you should place on record the reasons which have induced Her Majesty's Government to take this view. || You should point out, that a bare suppression of the rising and return to the status quo would create a fragile state of things liable to be overthrown on the first opportunity, and you should draw attention to the consequences of taking such a course, in obvious deference to the threatening attitude of Servia and Greece. These considerations were dwelt upon by me in a conversation with the Turkish Ambassador yesterday, of which I have telegraphed to you a full summary. || You should put prominently forward the desire of Her Majesty's Government to protect the integrity of the Ottoman Empire by securing the contentment of the Bulgarian population, and you should also mark the distinction between the present demand made spontaneously by that population, and the claim advanced on their behalf eight years ago as the result of Russian military action. || These outlines are given for your general guidance only. The main point to be borne in mind is, that Her Majesty's Government desire to combine satisfaction to the Roumelians with the maintenance and security of the Turkish Empire. || When you have made a motion sustained by arguments of this sort a proposal might be made, that the mode of meeting the wishes of the population should be referred to a Sub-Commission, before which Delegates from Eastern Roumelia might attend. || Any proposal tending to the maintenance of the status quo must be taken by you ad referendum only, and can be submitted to the Cabinet at its meeting on Tuesday. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 8883. **GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Zweite*) Sitzung der Konferenz. [B. 400.]

Constantinople, November 7, 1885.

Nr. 8883. Grossbritannien. 7. Nov. 1885.

My Lord, — I have the honour to report, that the second meeting of the Conference upon Eastern Roumelian affairs took place to-day. || The proceedings were opened by a general declaration on the part of the Turkish Plenipotentiaries, in which they asked for the co-operation of the Powers, and their advice as to the re-establishment of the Sultan's legal authority, or, in other words, of the status quo ante, in Eastern Roumelia. || This was followed by a short statement by each of the Ambassadors of the objects

*) Von dem Abdruck der Protokolle der Konferenz [B. 446. 464. 502. 531. 532. G. 237.] ist mit Ausnahme desjenigen der letzten Sitzung (Nr. 8899) wegen des grossen Umfanges derselben Abstand genommen. Zur Orientirung sind die telegraphischen Berichte des englischen Botschafters über die Sitzungen der Konferenz aufgenommen.

Die erste Sitzung beschäftigte sich nur mit Formalien: Wahl Saïd-Pascha's zum Vorsitzenden, Proklamirung der Geheimhaltung der Berathungen u. s. w.

Anm. d. Red.

which the Conference had in view. || The Austrian Ambassador maintained its aim and object to be the restoration of the status quo ante. His French colleague (the Marquis de Noailles) spoke in very guarded terms, and declared that any special proposal would be reserved by him for the approbation of his Government. || The Russian Ambassador made a historical retrospective declaration condemning the present movement as revolutionary, the suppression of which he demanded by the re-establishment of the status quo ante. His Excellency added that, thanks to Russia, the movement was losing its force, and that discouragement was spreading among its leaders. || In my statement I followed the lines which your Lordship had indicated to me. I announced my intention of reserving, in the same manner as my French colleague, for the approbation of my Government any Resolutions which might be proposed to us, and I enlarged upon England's friendship for Turkey. || In conclusion, I explained why, in my opinion, it was desirable to seek remedies for contenting the population of Eastern Roumelia, and I asked the Turkish Commissioners to take these into consideration, and to make proposals in this sense. || The Turkish Plenipotentiaries were then asked to bring forward some definite proposals about Eastern Roumelia; but as they were not prepared to do this, the meeting was adjourned until the 9th instant. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 8883. Grossbritannien. 7. Nov. 1885.

Nr. 8884. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Dritte Sitzung der Konferenz. [B. 404.]

Constantinople, November 9, 1885.

My Lord, — I have the honour to report, that the proceedings at the meeting to-day of the Conference upon Eastern Roumelian affairs were of a somewhat remarkable nature. || In their preamble the Turkish Plenipotentiaries gave a general résumé of the situation, and they put forward the three following points as specially desired by them: (1) that they should not incur material or territorial losses; (2) that they should exercise their right under the Treaty of Berlin of occupying the Balkans; and (3) that such arrangements should be come to in Eastern Roumelia as will avoid giving the minor States a pretext for action. In conclusion, they proposed that indulgence should be extended to Prince Alexander of his acts. || Two other proposals were to the effect, that a new Governor should be appointed to Eastern Roumelia, and that persuasion should be used to induce Prince Alexander to hand over the province to him. || The Austrian, Russian and German Ambassadors criticized very severely the Turkish proposals on the ground of their insufficiency, and the Ottoman Plenipotentiaries promised to bring them forward at our meeting on Thursday the 12th instant in a more precise form, on which occasion my

Nr. 8884. Grossbritannien. 9. Nov. 1885.

Nr. 8884. Grossbritannien. 9. Nov. 1885.

proposal for an inquiry into the situation of Eastern Roumelia will also be put on the tapis. || At the meeting to-day I maintained an attitude of great reserve, for the situation is extremely delicate. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 8885. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Die ersten 4 Sitzungen der Konferenz. [B. 418.]

Constantinople, November 12, 1885.

Nr. 8885. Grossbritannien. 12. Nov. 1885.

My Lord, — Four meetings of the Conference have taken place on the 5th, 7th, 9th and 12th instant. || The Protocols of the three first sittings will be in your Lordship's hands at the time the present despatch reaches you, and, as the fourth is not ready yet for transmission, I must be content to inclose, for your Lordship's information, the accompanying copy of the Declaration I made during its proceedings to place on record the views of Her Majesty's Government, and which will appear reproduced entirely in the 4th Protocol. || I think it may be useful, that I should explain on this occasion the part I have taken at these several meetings until the conclusion of the fourth one, at which the remodelled Turkish proposals, of which I inclose a copy, were read and approved of by Austria, Germany, Italy and Russia, and the motion of which I had given notice underwent a preliminary discussion priority for it having been refused by the Ambassadors of the above four Powers and by the Turkish Plenipotentiaries. || I and the French Ambassador declined, however, to give any opinion as to the Turkish proposals until such a time as they had been submitted to our respective Governments, and we had received instructions on the subject. || The first sitting was merely a formal one; it was only at the second one that the tendencies of the Representatives of the Continental Powers became apparent. M. de Nélidoff made a long Declaration, which I have no doubt your Lordship will read with interest. || An attempt was made to throw a doubt as to the sufficiency of my own instructions and of those of the French Ambassador; but we promptly explained that, though having full power to take part in the proceedings, there were certain Resolutions which, if brought forward, we should have to refer to our Governments. I then read a statement, in which I placed very distinctly on record our relations with Turkey and our desire to find a solution which, by persuasion, would restore peace and legality in Eastern Roumelia, by giving satisfaction to its population; and I asked the Ottoman Plenipotentiaries to keep this mode of dealing with the question in view in any proposals they might bring forward. || The Representatives of the other Powers called upon those of Turkey to make definite proposals at our next meeting for the solution of the problem before us. || One other remark was

made by me at this meeting which has been recorded; it was to the effect that Her Majesty's Government, in accepting the invitation to this Conference, had simply had in view the last Circular of the Porte to that effect, dated the 21st October, and I made this remark as some of the Representatives sought to connect this last Circular with previous correspondence which contained some objectionable remarks with regard to the Prince of Bulgaria (Circular of Porte of the 18th October). || At the third meeting of the Conference I repeated my previous declaration, that I should have to submit first to Her Majesty's Government any positive proposals that should be made, and that I should take this course with those now before us (first Turkish proposals) after they had taken that form. I at the same time placed on record my denial, that States which had not signed the Treaty of Berlin had anything to say or to claim as regards the arrangement to be taken by the Great Powers. || This remark of mine met with support, though Baron Calice endeavoured to show that the attitude of the minor States, though they had no rights to speak of, had still to be considered under present circumstances. || With the exception of giving notice of my motion, as reported by telegraph, I observed great reserve during this sitting, which was taken up by criticisms as to the insufficiency and want of precision of the Turkish proposals, in which I, of course, took no part. || The motion, however, for a serious inquiry into the condition of Eastern Roumelia with priority was foreshadowed by me very distinctly in the second Conference, a formal notice of it was given at the third, and it came on at the fourth, with distinct reference to the "wishes of the population." || M. de Nélidoff proposed, that my Resolution should be put to the vote, upon which M. de Noailles made a suggestion, which, though the Protocol has not yet been adopted, I venture to send your Lordship from private notes, as it may assist in forming a more correct opinion of what took place at the fourth Conference. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 8885. Grossbritannien. 12. Nov. 1885.

Modified Turkish Proposals brought forward at the Fourth Sitting of the Conference on Eastern Roumelia.

Dans la dernière séance de la Conférence MM. les Plénipotentiaires des Six Puissances nous ayant demandé de mieux préciser notre pensée, nous avons l'honneur de soumettre à leurs délibérations éclairées les propositions suivantes: — || 1. Envoyer au Prince Alexandre un Délégué Spécial qui lui porterait une invitation écrite de la Sublime Porte l'engageant au nom de Sa Majesté Impériale le Sultan et des Grandes Puissances à se retirer de la Roumélie-Orientale avec ses troupes. || 2. Charger en même temps ce Délégué d'adresser aux autorités et à la population de la province un message pour les exhorter également au nom de Sa Majesté Impériale le Sultan et des Grandes Puissances à rentrer dans l'obéissance. || 3. Envoyer ensuite dans la

Nr. 8885. Grossbritannien. 12. Nov. 1885.

Roumélie-Orientale un Commissaire Extraordinaire qui, jusqu'à la nomination suivant l'usage établi, et à l'envoi d'un Vali, aura provisoirement les attributions de Gouverneur-Général, et s'occupera du rétablissement de l'ordre dans la province et des affaires concernant l'Administration, conformément au Statut Organique. || 4. Charger le Commissaire de prendre en main l'administration du pays dès que le Prince se sera retiré. || 5. Aussitôt que les populations de la Roumélie-Orientale, où l'ordre se trouve actuellement troublé, se soumettront à l'autorité légitime de Sa Majesté Impériale le Sultan, et rentreront dans l'obéissance, Sa Majesté Impériale dans sa sollicitude constante pour le bonheur de tous ses sujets, désire qu'une Commission Mixte soit instituée de concert avec les Puissances, et chargée d'examiner, sur le rapport qui sera adressée par le Commissaire, les améliorations indiquées par l'expérience qui pourraient être introduites dans le Statut Organique de la Roumélie-Orientale pour assurer la prospérité et le bien-être matériel de cette province, ainsi que ses conditions administratives.

Sir W. White's Declaration at the Fourth Sitting of the Conference on Eastern Roumelia.

MM. Les Plénipotentiaires de Sa Majesté Impériale le Sultan ont soumis à la Conférence des propositions que je ne manquerai pas de soumettre à l'appréciation du Gouvernement de Sa Majesté la Reine, mais il est de mon devoir, d'accord avec mes instructions, d'expliquer dès à présent le point de vue auquel se place mon Gouvernement, qui, désireux comme il l'a toujours été de contribuer à tout ce qui peut fortifier et maintenir l'Empire Ottoman, son ancien allié, croit que précisement dans l'intérêt de cet Empire il s'agit, dès lors, que Sa Majesté Impériale le Sultan a bien voulu s'adresser aux Puissances dans cette circonstance, de chercher un remède à la situation actuelle qui raffermirait davantage son autorité dans la Roumélie-Orientale.

C'est donc pour éviter le retour de pareilles complications que le Gouvernement de la Reine est désireux de voir soumettre la situation de cette province à une étude sérieuse qui permît à la Conférence de consulter les voeux des populations dans une forme précise et de connaître plus exactement les moyens les plus propres pour empêcher le retour de difficultés semblables.

Je crois que cet ordre d'idées répond à celles qui ont présidé à la rédaction du Traité de Berlin alors que son illustre Président a adressé le 28 Juin, 1878, ces paroles: —

"L'Europe désire créer un état de choses stable et assurer d'une manière efficace le sort des populations." — (Protocole VIII.)

Dans la séance précédente son Excellence M. l'Ambassadeur de Russie a bien voulu nous donner un aperçu de ce qui s'était passé dans cette province depuis 1878. Sans vouloir d'aucune manière porter nos délibérations hors de l'actualité qui nous occupe, son Excellence me permettra, j'espère, avec l'obligeance qui le caractérise, de relever une de ses observations.

Nr. 8885. Gross-britannien. 12. Nov. 1885.

Son Excellence M. l'Ambassadeur a bien voulu parler des aspirations des habitants de la Roumélie-Orientale. Sont-elles naturelles ou factices? Si elles sont naturelles, trouvons-nous en rétablissant le status quo ante, sans aucune amélioration, que nous sommes rassurés contre le retour plus ou moins prochain de troubles pareils?

L'Europe se trouve heureusement maintenant dans une ère pacifique: toutes les Grandes Puissances sont fermement décidées à ne pas la laisser troubler. Ne serait-ce pas un moment propice pour examiner une situation qui laisserait des dangers possibles pour l'avenir?

Son Excellence a parlé des résultats de la dernière guerre qu'elle a eu l'honneur de clore par sa signature. Il est de l'intérêt de l'Empire Ottoman de voir résoudre de pareilles difficultés dans l'enceinte de cette Conférence et de ne pas les laisser sans remèdes efficaces jusqu'au jour d'une grande catastrophe comme cela a été lorsque le sort des populations Bulgares s'est trouvé réglé simultanément avec de grands désastres pour l'Empire dont ils font partie.

MM. les Plénipotentiaires Ottomans ont eu la bonté de nous communiquer dans leurs propositions l'institution d'une Commission Mixte dans le même but que celui indiqué dans la résolution dont j'ai eu l'honneur de donner avis dans notre séance précédente.

Dans la pensée de mon Gouvernement ce mode de procédé, remettant l'enquête à plus tard, ne répond guère aux exigences de la situation, et je tiens, en me réservant de la soumettre en bloc avec les autres propositions au Gouvernement de la Reine, de constater son désir exprimé ici par mon organe que l'oeuvre que cette Conférence est appelée à faire ne soit pas une oeuvre éphémère et fragile dictée simplement par les impressions, les préoccupations et les inquiétudes du moment, mais qu'elle contribue, d'une manière efficace, à la sécurité de cet Empire, en tenant compte de l'expérience du passé et des voeux des populations du sort desquelles nous nous occupons.

The French Ambassador's Remarks at Fourth Meeting of the Conference on Eastern Roumelian Affairs, November 12, 1885.

Le Marquis de Noailles pense que les opinions de tous les membres de la Conférence sont suffisamment connues sans qu'il y ait besoin d'aller aux voix. Il a cru remarquer que le fond de la proposition Britannique n'était pas écarté, et qu'on discutait seulement sur la priorité de l'enquête. Il s'est demandé s'il n'y avait pas lieu de rechercher un terme moyen entre l'idée contenue dans la proposition Anglaise de procéder d'abord à l'enquête, et la conception des propositions Ottomanes qui rejette l'enquête après le rétablissement de l'ordre.

Il croit que ce que la Conférence doit rechercher avant tout, ce sont les solutions qui réunissent l'accord de tous les Plénipotentiaires. C'est du moins le résultat auquel travaille en ce moment l'Ambassadeur de France. Il a re-

Nr. 8885. Grossbritannien. 12. Nov. 1885.

marqué d'une part dans l'exposé fait par l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie d'excellentes raisons de retarder l'enquête. On a observé, d'autre part, que quand l'ordre légal sera rétabli, l'enquête sera superflue.

Or, il y a dans la proposition Ottomane une succession d'actes dont il n'est pas possible de se rendre exactement compté, mais qui évidemment implique un certain laps de temps: le mandant d'un Délégué, l'envoi d'un Commissaire, la nomination d'un Vali, tout cela ne peut se faire du jour au lendemain.

Ne pourrait-on pas songer à placer l'action de la Commission d'Enquête au moment de l'une des phases de ces différentes opérations? Ce serait, par exemple, au jour où le Commissaire serait nommé par Sa Majesté Impériale le Sultan que la Commission désignée par la Conférence pourrait commencer ses recherches.

Loin d'interrompre les travaux de la Conférence, l'enquête leur viendrait ainsi en aide; elle pourrait, d'un point, lui faire connaître les coupables ou, d'autre part, lui indiquer quelles pourraient être les améliorations à apporter au sort de ces populations, chez lesquelles on ne saurait admettre ici comme excuse valable le sentiment national, car il s'agit d'une province qui appartient à l'Empire du Sultan, mais qui sont, par le malheur des circonstances, entraînées dans une période de misère et de ruine qui ne peut manquer d'attirer l'attention des Souverains et de l'Europe.

Nr. 8886. SERBIEN. — Min. des Ausw. an den serbischen Geschäftsträger in Sophia. — Kriegserklärung. [B. 424. G. 191.]

Nr. 8886. Serbien. 13. Nov. 1885.

(Télégraphique.) Nisch, le 1er (13) Novembre, 1885.

Le Commandant de la 1re Division et les autorités frontières annoncent simultanément que les troupes Bulgares ont attaqué aujourd'hui à 7 heures et demie du matin les positions qu'occupe un bataillon du 1er Régiment d'Infanterie sur le territoire Serbe, dans les environs de Vlassina. Le Gouvernement Royal regarde cette agression non motivée comme une déclaration de guerre. Je vous prie, M. l'Agent, de notifier en mon nom à M. Zancoff, Ministre des Affaires Étrangères, que la Serbie en acceptant les conséquences de cette attaque se considère en état de guerre avec la Principauté de Bulgarie à partir du Samedi, 6 heures du matin, 2 (14) Novembre.

Nr. 8887. SERBIEN. — Min. des Ausw. (Garachanine) an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. — Die serbische Aktion ist nicht gegen die Suzeränetät der Pforte gerichtet. [G. 202.]

Nr. 8887. Serbien. 14. Nov. 1885.

J'ai l'honneur d'informer Votre Excellence, au nom du Gouvernement royal, que les troupes bulgares ont attaqué hier, à 7 heures et demie du matin, les positions occupées par le 1er bataillon du 1er régiment d'infanterie royale sur le territoire serbe dans les environs de Vlassina. Le Gouvernement royal, regardant cette agression non motivée comme une déclaration de guerre de la part du Gouvernement princier, a fait notifier, par l'Agent diplomatique et Consul général de Sa Majesté Hellénique à Sofia, que le Royaume se considère en état de guerre à partir de samedi 2/14 novembre, 6 heures du matin. L'agression de la Bulgarie justifie entièrement la décision que le Gouvernement royal, à regret, s'est vu obligé de prendre, s'étant jusqu'à présent imposé, par déférence pour les grandes Puissances, une extrême réserve. Le Gouvernement royal pouvait à juste titre espérer que la crise actuelle se terminerait à bref délai et que la Principauté serait mise dans l'impossibilité matérielle et morale d'inquiéter ses voisins; toutefois, vis-à-vis de la situation créée par le Gouvernement bulgare et dont la Serbie ne saurait accepter la responsabilité, le Gouvernement royal espère que le Gouvernement princier voudrait bien reconnaître qu'il se trouve en cas de légitime défense et que la dignité du Royaume lui impose le devoir de ne pas se soustraire à la provocation qui lui a été adressée. || J'ai en même temps l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence, d'ordre de Sa Majesté le Roi Milan, qui a pris aujourd'hui le commandement suprême de l'armée royale: qu'il n'entre aucunement dans les intentions de la Serbie de porter préjudice aux droits de Sa Majesté Impériale le Sultan. La Serbie, qui a toujours témoigné de son respect pour les Traités existants, ne saurait, dans la situation qui lui a été imposée, poursuivre qu'un but compatible avec sa dignité. Garachanine.

Nr. 8888. SERBIEN. — Proklamation des Königs an das serbische Volk. [G. 204. B. 463.]

Nr. 8888. Serbien. 14. Nov. 1885.

Fidèle à la politique traditionnelle des Obrenovitch et d'accord avec les Représentants de mon cher peuple, j'ai pris des mesures nécessaires, en présence de la violation flagrante du Traité de Berlin par la Principauté de Bulgarie, afin de montrer clairement et hautement que la Serbie ne peut rester indifférente à l'ébranlement de l'équilibre dans la presqu'île des Balkans, surtout quand cet ébranlement a lieu exclusivement dans l'intérêt d'un État qui a profité de son indépendance pour se montrer mauvais voisin et pour ne respecter ni les droits ni le territoire de la Serbie. || Les mesures injustifiables

Nr. 8888. Serbien. 14. Nov. 1885.

de douanes prises par la Principauté de Bulgarie contre la Serbie, en rompant toutes relations commerciales entre les deux pays, n'ont eu pour but que de nous manifester des dispositions hostiles. || J'ai tout supporté, l'occupation violente et illégale de Bregovo, ainsi que la protection et l'encouragement aux traîtres condamnés par le pays pour leurs tentatives révolutionnaires, désirant en cela faire preuve d'une patience digne d'un État qui a acheté sa liberté au prix de son sang et a progressé avec les sympathies de l'Europe en respectant les droits d'autrui comme les siens. || Mais le mauvais traitement de nos sujets en Bulgarie, la fermeture des frontières, la concentration des masses de volontaires indisciplinés à ces frontières mêmes, les attaques armées contre nos populations et contre notre armée à laquelle est confiée la défense du territoire serbe; tous ces faits constituent des provocations préméditées que ne me permettent pas de supporter ni les intérêts élevés du pays, ni la dignité du peuple, ni l'honneur des armes serbes. || Par ces motifs j'ai accepté l'état d'hostilité déclaré inauguré par le Gouvernement bulgare et j'ai ordonné à ma fidéle et brave armée de passer la frontière de la Principauté. || La juste cause de la Serbie est désormais confiée au sort des armes, à la bravoure et à la toute-puissante protection de Dieu. || En m'adressant en cette circonstance à mon cher peuple, je compte avec assurance sur son amour pour la patrie et son dévouement à notre sainte cause.

Nisch, le 2/14 novembre 1885. Milan.

Nr. 8889. BULGARIEN. — Ministerpräsident an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. — Bulgarien hat keine Veranlassung zur Kriegserklärung gegeben. [B. 530. G. 197.]

Sophia, le 2 (14) Novembre, 1885.

Nr. 8889. Bulgarien. 14. Nov. 1885.

M. le Gérant, — A la suite d'une dépêche adressée ce matin au Ministère Princier de la Guerre par le Commandant des troupes Bulgares à Tzaribrod, j'ai l'honneur de porter à votre connaissance qu'aujourd'hui à l'aube les troupes Royales Serbes, fortes de plusieurs bataillons d'infanterie, de deux escadrons de cavalerie et de deux batteries d'artillerie, ont envahi le territoire Bulgare par la grande chaussée de Pirot-Tzaribrod et occupé le village Bulgare de Pascasche. || Surpris avec juste raison à la nouvelle de cette subite irruption de l'armée Serbe sur le territoire de la Principauté, je me suis empressé de faire demander ce matin à 10 heures et demie à M. Rangabé, Agent Diplomatique de Grèce, Chargé des Affaires de Serbie en Bulgarie, s'il avait connaissance des graves événements qui se produisent à la frontière. || Sur la démarche que je venais de faire auprès de lui, M. le Chargé des Affaires de Serbie me communiqua aussitôt officieusement et officiellement à midi le texte de la dépêche que lui avait adressée son Excellence M. Garachanine, Président du Conseil et Ministre Royal des Affaires Étrangères de Serbie, et qu'il avait

Nr. 8889. Bulgarien. 14. Nov. 1885.

reçue vers 4 heures du matin, et dont je crois devoir, Monsieur, vous soumettre ci-après la teneur: — [Siehe Nr. 8886.]

Le Gouvernement Princier me charge de vous faire part, M. le Gérant, qu'il proteste énergiquement contre les assertions contenues dans cette dépêche, en déclarant hautement que les troupes Bulgares n'ont point attaqué les positions occupées par les forces Serbes sur le territoire Serbe, dans les environs de Wlassina. || En présence de l'accusation grave dirigée contre le Gouvernement Princier par le Gouvernement Royal de Serbie, le Gouvernement de Son Altesse tient à honneur d'établir les faits tels qu'ils se sont produits avec toutes les circonstances qui s'y rapportent. || Le 1er (13) Novembre courant, entre 7 et 8 heures du matin, une patrouille Bulgare composée de vingt hommes faisait l'inspection des gardes-frontières Princiers postés entre le village Bogitza et la frontière, lorsqu'elle fut inopinément attaquée sur le territoire Bulgare par une compagnie d'infanterie Serbe, qui a ouvert contre elle un feu de peloton. Nos soldats se repliant derrière un talar commencèrent à riposter au feu. Un de nos soldats fut tué sur place et deux blessés. Les Serbes perdirent de leur côté huit hommes. Bientôt une partie de la compagnie Serbe se retira vers la ligne-frontière et l'autre partie se mit en embuscade à vingt pas en arrière de l'endroit où elle avait ouvert l'attaque, laissant ses morts sur le terrain. Nos soldats se sont alors retirés en emmenant leur camarade tué ainsi que les deux blessés. || Telle est, M. le Gérant, la vérité. || L'agression est venue des troupes Serbes: les troupes Bulgares se sont toujours tenues sur la défensive et tiendront la même attitude aujourd'hui encore qu'on nous annonce de Tzaribrod l'envahissement du territoire Princier par l'armée Royale de Serbie. || Et c'est à la suite d'une agression dont toute la responsabilité retombe sur ses propres troupes et sur lui-même que le Gouvernement Royal Serbe déclare devoir se considérer en état de guerre avec la Principauté de Bulgarie? || C'est au contraire au Gouvernement de Son Altesse à considérer comme une déclaration de guerre la décision prise par le Gouvernement du Roi de Serbie d'envahir le territoire de la Principauté sans une notification faite au préalable des motifs d'une décision aussi grave qu'inattendue. || Le Gouvernement Bulgare accepte avec le calme que lui donne la conscience du devoir accompli, les conséquences d'une guerre qu'il n'a point prevoquée et dont il n'aura pas à porter les responsabilités devant l'Europe. || En effet, est-il besoin d'énumérer les diverses mesures prises par le Gouvernement Princier, qui démontrent qu'il était loin de la pensée du Gouvernement de Son Altesse d'entreprendre rien qui pût être envisagé comme un acte hostile et agressif envers la Serbie, encore moins d'entreprendre une guerre fratricide? || Il n'est personne qui ignore que les frontières Bulgares vers la Serbie étaient, il y a un mois à peine, totalement dégarnies de troupes, que les forces Bulgares n'ont été dirigées sur ces frontières que le jour où il a été parfaitement avéré et connu que le Gouvernement Royal de Serbie, changeant la destination de ses troupes convoquées sur

Nr. 8889. Bulgarien. 14. Nov. 1885.

pied de guerre en vue d'une action contre les possessions directes de l'Empire Ottoman, fit tout à coup diversion et concentra activement son armée sur les frontières de la Principauté. || Il n'est personne non plus qui ne sache que les forces Bulgares, jusqu'aujourd'hui même, sont échelonnées à une distance de 5, 10, et même 25 kilom. des frontières de la Serbie, et que les travaux de fortification exécutés par le Gouvernement Princier se trouvent presque aux portes de la capitale. || Ces mesures ne sont-elles point un témoignage incontestable des dispositions, empreintes de prudence et de modération, du Gouvernement Bulgare qui, loin de vouloir provoquer une action offensive quelconque, mettait au contraire tous ses efforts à éviter à tout prix un conflit, en se renfermant dans une attitude absolument défensive? || Dans ces conjonctures, le Gouvernement de Son Altesse le Prince en appelle à la haute impartialité et au jugement équitable du Gouvernement Britannique sur le caractère et la portée de la déclaration de guerre faite par le Gouvernement Royal de Serbie au Gouvernement Princier de Bulgarie. || Il appartient à l'Europe de juger qui, au moment où nous parlons, a pris l'initiative de cette guerre et de décider de quel côté est le bon droit. || Je vous prie de vouloi bien notifier ce qui précède au Gouvernement que vous avez l'honneur de représenter et d'agréer, &c.

Tsanow.

Nr. 8890. BULGARIEN. — Proklamation des Fürsten Alexander. [B. 530. G. 197.]

(Traduction.)

Nr. 8890. Bulgarien. 14. Nov. 1885.

Nous, Alexandre I, par la grâce du Dieu et la volonté du peuple, Prince de Bulgarie. || Le Gouvernement du peuple Serbe, notre voisin, poursuivant un but personnel, égoïste, et désirant entraver la cause sacrée — l'union du peuple Bulgare — a aujourd'hui, sans aucun prétexte, ni légal ni juste, déclaré la guerre à notre État et donné l'ordre à son armée d'entrer dans notre pays. C'est avec une grande affliction que nous avons appris cette nouvelle; car nous n'aurions jamais cru que nos frères de même sang et de même foi que nous lèveraient la main contre nous, commenceraient une guerre fratricide dans ces moments difficiles que traversent les petits États de la presqu'île des Balkans, et tiendraient une conduite aussi inhumaine et irréfléchie envers leurs voisins qui, sans faire du tort à personne, travaillent et combattent pour une cause noble, juste, et digne de tous éloges. || Laissant sur les Serbes et leur Gouvernement toute la responsabilité de la guerre entre deux peuples fraternels, ainsi que des fatales conséquences qu'elle entraînerait pour les deux États, nous annonçons à notre peuple bien-aimé, que nous avons accepté la guerre déclarée par les Serbes, et que nous avons donné l'ordre à nos braves et héroïques troupes de commencer les opérations contre les Serbes et de défendre énergiquement le pays, l'honneur et la liberté du peuple Bulgare.

Notre cause est sainte et nous avons l'espoir que Dieu la prendra sous Sa protection et qu'il nous viendra en aide pour triompher et pour vaincre nos ennemis. || Convaincu que notre peuple bien-aimé accourra pour nous soutenir dans la cause difficile, mais sainte — la cause de la défense de notre pays contre l'invasion de l'ennemi — et que tout Bulgare capable de porter les armes se rendra sous les drapeaux combattre pour son pays et pour sa liberté, nous prions le Tout-Puissant de sauvegarder et de protéger la Bulgarie et de nous secourir dans ces moments difficiles que traverse notre pays. || Que Dieu Tout-Puissant nous ait en sa sainte garde!

Nr. 8890. Bulgarien. 14. Nov. 1885.

Donné à Philippopoli, le 2 Novembre, 1885. Alexandre.

Nr. 8891. **GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Fünfte Sitzung der Konferenz. [B. 455.]

Constantinople, November 16, 1885.

My Lord, — I have the honour to state, that I attended this afternoon the fifth meeting of the Conference, but, in accordance with my previously announced intention, I took no part in its proceedings. || At the commencement of the proceedings I placed on record a statement (of which I inclose a copy as it at present appears in the Protocol) to the effect that, pending your Lordship's decision as to the Turkish proposals, I did not consider myself authorized to put forward any views whatever as to the Turkish proposals.

Nr. 8891. Grossbritannien. 16. Nov. 1885.

A preliminary discussion then arose on these proposals, which was called "academical," in consequence of my reserve. It had, however, the effect of causing an exchange of views to take place between the five Ambassadors, the result of which may be summed up as follows. || The 1st and 2nd proposals, which deal with the subject of an invitation to be addressed to the Prince of Bulgaria, his army and officials, by the Sultan and the Great Powers, is to be divided in such a way that the Sultan will send his own invitation, and the Great Powers will support it through their Agents in Sophia and Philippopoli, to whom a Resolution to this effect, drawn up by the Conference, will be forwarded. The Resolution will consist in recommending the people to comply with the Sultan's orders to return to legality, and to warn them that they cannot expect any support from any Power. They will at the same time be told what further steps the Conference proposes taking, viz., the appointment of a Vali and of a Commission of Inquiry. These two points are to be found under Nos. 3, 4 and 5 of the proposals, and it is suggested that they should be joined in such a way as to combine simultaneously the inquiry with the reintroduction of a legal Administration. || The above is the compromise brought forward by the Marquis de Noailles, and, on the recom-

Nr. 8891. Grossbritannien. 16.Nov.1885.

mendation of the German Ambassador, it was accepted by all the others, who showed an evident desire to take into account your Lordship's wishes. || I must, however, draw your Lordship's attention to the fact that the 5th point, which relates to the inquiry, requires a much more liberal wording if it is to be of real and practical utility, for in its present form it only admits of some slight modifications of the Organic Statute. || I have, &c.

W. A. White.

Extract from Protocol Nr. 5.

Le Plénipotentiaire de la Grande-Bretagne a également communiqué ce document au Cabinet de Londres, et il n'a pas manqué d'y joindre la mention du voeu formulé par quelques-uns de ses collègues, à la fin de la dernière séance. Dans sa réponse, Lord Salisbury remercie les Plénipotentiaires Ottomans et les membres de la Conférence; mais il est dans la nécessité de prendre l'avis de ses collègues et les ordres de Sa Majesté la Reine, de sorte que sa réponse definitive peut tarder quelques jours. || Cependant Sir W. White, désirant ne pas suspendre les travaux de la Conférence, assistera aux délibérations sâns qu'il lui soit possible d'y prendre la moindre part.

Le Premier Plénipotentiaire Ottoman demande à Sir W. White s'il ne pourrait pas du moins y participer ad referendum.

Sir W. White répond que cela même lui est tout à fait impossible, mais qu'il transmettra avec le plus grand soin à son Gouvernement le résultat des délibérations.

Nr. 8892. BULGARIEN. — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. —Beschwerden über Serbien. Appell an die Pforte. [G. 205. B. 529.]

Sofia, le 16 novembre 1885.

Nr. 8892. Bulgarien. 16.Nov.1885.

Monsieur, — Lorsque le Gouvernement de Son Altesse, dans sa ferme intention et sa généreuse résolution de prévenir une effusion de sang en Roumélie orientale, prit en mains la cause du peuple rouméliote, les grandes Puissances lui infligèrent un blâme sévère, en considérant ses dispositions comme une atteinte aux droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan ainsi qu'à l'intégrité de l'Empire ottoman. || Le Gouvernement princier, se soumettant à la décision formulée dans leur déclaration par LL. EE. MM. les Ambassadeurs, au nom des grandes Puissances, avait pris l'engagement solennel de faire régner l'ordre et la tranquillité en Roumélie orientale et d'empêcher une agitation qui aurait pu créer des dangers dans les régions voisines du pays où se tenaient les forces bulgares. || Après avoir prévenu toute effusion de sang et maintenu la paix et la sécurité au sein des populations

Nr. 8892. Bulgarien. 16. Nov. 1885.

de la Principauté de Bulgarie et de la Roumélie orientale qui font partie intégrante de l'Empire ottoman; après avoir tenu sa parole donnée à la Cour suzeraine et aux grandes Puissances d'éloigner tout danger dans ces circonstances difficiles, le Gouvernement princier voit tout à coup le danger surgir du côté d'un État voisin indépendant qui envahit le territoire de la Principauté, sans lui notifier au préalable par la Sublime Porte, seul canal compétent dans une éventualité aussi grave, un ultimatum conforme au droit des gens et dans lequel auraient été exposés ses griefs et les motifs d'une décision aussi extrême; la Serbie a déclaré la guerre à la Bulgarie; son armée a fait irruption avant-hier sur notre territoire dans les circonstances que tout le monde connait. Et cependant l'Europe soucieuse et la Turquie jalouse de faire respecter l'intégrité de l'Empire ottoman ont laissé et laissent encore, sans élever de protestations, un État indépendant fouler aux pieds ce même principe de l'intégrité invoqué envers la Bulgarie, dans une conjoncture qui ne saurait être mise en parallèle avec la grande crise qui vient d'éclater. || A l'heure qu'il est, le Gouvernement . . . . . par l'effet des communications impartiales et des bienveillantes démarches que, je n'en doute point, vous avez bien voulu faire auprès de lui, Monsieur l' . . . . . , à la réception de ma note circulaire d'avant-hier sous le n° 4809, est à même de juger de quel côté est venue l'agression. || Dans sa situation de Principauté vassale de Sa Majesté Impériale le Sultan, la Bulgarie ne pouvait déclarer ni n'a déclaré la guerre à la Serbie. Aussi bien Son Altesse le Prince a-t-il considéré de son devoir le plus sacré de s'adresser à Sa Majesté Impériale le Sultan et à Son Altesse le Grand Vizir aussitôt qu'il a appris l'entrée de l'armée serbe sur le territoire bulgare. || Les télégrammes qu'Elle a fait à cette occasion parvenir à leur haute destination étant jusqu'à ce jour restés sans réponse, Son Altesse, en allant aujourd'hui à la rencontre de l'envahisseur qui est arrivé presque aux portes de la capitale, m'a donné l'ordre d'intercéder auprès de S. Exc. M. le Ministre impérial ottoman des Affaires étrangères pour obtenir une réponse. || J'ai l'honneur de vous remettre ci-joint copie de la dépêche que j'ai adressée à ce sujet dans la matinée à S. Exc. Saïd-Pacha, en vous priant, Monsieur l' . . . . . de vouloir bien la porter à la connaissance de votre Gouvernement. || En présence de l'acte d'agression inouï que le Gouvernement royal de Serbie vient de commettre, au mépris du droit international et du droit des gens, contre le Gouvernement princier de Bulgarie; en face des calamités d'une guerre dont la Serbie seule a pris l'initiative et dont seule elle aura, nous en avons la conviction, a supporter les conséquences, le Gouvernement princier estime que, si l'intégrité de la Turquie a jamais été atteinte et violée, ce ne pouvait être par le fait de l'intervention de la Bulgarie en Roumélie orientale, ces deux pays rentrant dans les possessions territoriales de l'Empire ottoman, mais par le fait de cette attaque inqualifiable d'un État indépendant dont le seul but est d'avoir un agrandissement de territoire aux dépens de pays voisins pour satisfaire, non pas ses intérêts, mais l'ambition

Nr. 8892. Bulgarien. 16. Nov. 1885.

et l'égoïsme de ses gouvernants. || En me chargeant de porter ce qui précède, par votre bienveillant intermédiaire; à la connaissance du Gouvernement que vous avez l'honneur de représenter, le Gouvernement de Son Altesse se fait un devoir de déclarer en outre qu'il s'en remet aux sentiments de haute justice des grandes Puissances pour prendre une décision, le dernier mot devant appartenir à l'Europe.

Veuillez agréer, Monsieur l' . . . . . , etc.

Au Commandant des troupes impériales ottomanes sur la frontière rouméliote pour transmettre par télégraphe à S. Exc. Saïd-Pacha, Ministre impérial des Affaires étrangères.

A S. Exc. Saïd-Pacha, Ministre impérial des Affaires étrangères.

4/16 novembre 1885.

L'envahisseur, profitant de ce que la Bulgarie, en son état vassal, n'avait pas le droit de déclarer la guerre à ses voisins et se trouvait par conséquent dépourvue de tous moyens offensifs, est arrivé presque aux portes de Sofia.

Son Altesse le Prince, en se rendant aujourd'hui à la rencontre de l'ennemi, m'a donné l'ordre d'intercéder auprès de Votre Excellence pour obtenir une réponse à ses dépêches télégraphiques adressées à Sa Majesté Impériale le Sultan et à Son Altesse le Grand Vizir.

En transmettant ce qui précède pour plus de rapidité directement à Votre Excellence, je la prie de daigner m'honorer d'une réponse, attendu que, d'après l'article 1er du Traité de Berlin, le Gouvernement princier ne se trouve pas en possibilité de traiter avec l'ennemi. Tzanow.

Nr. 8893. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Sechste Sitzung der Konferenz. [B. 478.]

Constantinople, November 19, 1885.

Nr. 8893. Grossbritannien. 19. Nov. 1885.

My Lord, — I have the honour to state, that the sixth meeting of the Conference on Eastern Roumelian affairs took place this afternoon, at which a long preliminary discussion ensued on the subject of the drafting of Resolutions which are to be submitted to us. The only result of this discussion was the adoption of the French proposal in principle, and the excision of the invitation to the Prince of Bulgaria to withdraw from Eastern Roumelia, a subject which has occupied so much of our time and to so little purpose.

A new proposal was brought forward by the Russian Ambassador to the effect that Delegates of the Powers should accompany the Turkish Special Commissioner charged with the dates of dispensing the latter from conforming to the provisions of the Organic Statute whenever occasions may arise which, in their opinion, render strict obedience to it impossible. The Delegates

should also, according to M. de Nélidoff, be instructed to commence inquiries as to the condition of the province and the grievances of the population, in accordance with the proposal of Her Majesty's Government, and upon their Report, as well as upon that of the Turkish Commission, which will be addressed to the Sultan, an European Commission ad hoc would draft proposals for reform. || Both the French Ambassador and myself objected to the interference of the Delegates with the executive or the responsibility assigned to the Sultan's Commissioner; but as the German Ambassador warmly supported his Russian colleague, I stated that I would refer the matter to your Lordship, as it was a new proposal which had not been reported to you, and required your sanction before it could be entertained by me. || I have &c.

W. A. White.

Nr. 8893. Grossbritannien. 19. Nov. 1885.

Nr. 8894. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Antagonismus zwischen England einerseits und Russland und Oesterreich andrerseits. [B. 494.]

(Extract.) Constantinople, November 22, 1885.

Your Lordship's instructions in your telegram of yesterday informed me, that the words "within the limit of the Treaty of Berlin" in our second Resolution could not be accepted. From the attitude of Austria and Russia I strongly surmise, that both of them will insist on the retention of these very words, and I am confirmed in this opinion by the fact that in revising its text at our last private meeting a reference was made, a second time, without any necessity, to the Treaty of Berlin. I did not give my assent to any of these changes, and the text of this amended second Resolution, as that of the others, will be found annexed to my despatch of yesterday, and well will have been placed, by telegraph, before your Lordship long before this despatch reaches you. Matters are thus coming to a point, and it will become my duty, as soon as I receive your Lordship's final instructions on these Resolutions, to state them to the Conference, and thus to make patent the antagonism existing between our views and those of Austria and Russia combined, who are steadily pursuing the re-establishment of the status quo ante. || I have hitherto sought to prevent this antagonism coming to the front; but the insistance with which the Turks have constantly returned to the Treaty of Berlin as regards Eastern Roumelia, and their blindness to see the real difficulties of the situation, has prevented at the last moment the adoption by the majority of the Conference of a text which, by leaving out, at least in appearance, the difference of our views from those of the two Empires, would have allowed the Conference to close with an unanimous decision, authorizing the Sultan to establish an administration of a purely provisional character in Eastern Roumelia, simultaneously with a searching inquiry into

Nr. 8894. Grossbritannien. 22. Nov. 1885.

Nr. 8894. Grossbritannien. 22. Nov. 1885.

the condition of the province. || Encouraged, however, by their different advisers, the Turks have sought to go beyond this, and to secure conditions to which it is impossible for us to accede, as they would imply the restoration of the status quo ante. || I am not surprised at this, as at the sixth meeting of the Conference Baron Calice had drafted Resolutions of a far more stringent character, and entirely omitted from the Protocol, as regards the status quo ante, and some of the other Ambassadors wanted to amend them, at a private meeting of the following day, in a milder form, but still leaving no doubt as to their actual character, tending, as they did, to express that the former state of things was the only legal one in Eastern Roumelia. || The Sultan has been made to believe, that we are seeking to destroy that very Treaty which we are endeavouring to render more durable by introducing in it a timely improvement. His Majesty is persuaded, that if one stone is touched the entire edifice will fall on his head. || If I understand your Lordship's views correctly, it is your desire to take a new departure in the Bulgarian question, by considering that the clauses referring to Eastern Roumelia might be revised in a satisfactory manner, so as to satisfy the wishes and longings of the population, and adding strength to the Turkish Empire exactly where there is weakness now, and without, by doing this, impairing the general validity of the Treaty of Berlin. || This was done as regards Belgium in 1830, and with reference to the Danubian Principalities, in 1859 and 1866, without thereby invalidating the general Treaties of Vienna or Paris. || Of course, there will be those who will accuse us of a wish to destroy the very Treaty which we are desirous of strengthening by introducing timely and advantageous amendments.

Nr. 8895. **BULGARIEN.** — Fürst Alexander an den Grossvezier. — Wird nur auf serbischem Boden einen Waffenstillstand annehmen. Bittet um Verschiebung der Sendung des türkischen Kommissars. [B. 506.]

(Télégraphique.) Du Camp de Slivnitza, le 22 Novembre, 1885.

Nr. 8895. Bulgarien. 22. Nov. 1885.

J'ai reçu le télégramme de votre Altesse en date d'hier. En constatant dans cette occasion encore que c'est la Serbie qui m'a déclaré la guerre, je crois devoir répéter que c'était au Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan d'empêcher cette invasion unqualifiable, attendu que mon entrée en Roumélie-Orientale pour prévenir une effusion de sang et garantir l'ordre et la sécurité qui pouvaient y être compromis par les événements, ne pouvait nullement regarder la Serbie, un État qui n'a rien de commun avec l'Empire. Mais comme la Serbie s'est permis, contrairement au droit international et au droit de gens, de violer impunément de la part de la Cour "suzeraine" le sol de la Principauté, je déclare que mon devoir sacré envers ceux qui sont

tombés sur les champs de bataille et mon honneur militaire m'obligent de ne proposer et de n'accepter aucun armistice avant l'évacuation complète de la Bulgarie par les troupes Serbes et de n'accéder à la conclusion de la paix qu'après que je me trouverai sur le sol de l'ennemi. || Quant à l'avis de votre Altesse que, avant rétablissement entier du statu quo ante en Roumélie-Orientale, le Gouvernement Serbe ne tiendrait aucun compte de l'avertissement qui lui serait donné par la Sublime Porte d'avoir à retirer ses troupes, je me permettrai de ne point partager l'opinion émise par votre Altesse à ce sujet. En ce qui concerne la proposition de la Sublime Porte d'envoyer à Philippopoli un Commissaire Impérial avant l'évacuation du territoire de la Principauté par la Serbie, je crois de mon devoir de déclarer à votre Altesse que, me trouvant à la tête de mon armée et devant donner tous mes efforts à la libération du territoire, j'estime que, dans les circonstances actuelles, l'envoi d'un Commissaire Impérial pourrait compromettre l'ordre et la tranquillité au sein des populations Rouméliotes, et, conséquemment, la Sublime Porte voudra bien, je n'en doute pas, ajourner cette question jusqu'au rétablissement de la paix avec la Serbie.

Nr. 8895. Bulgarien. 22. Nov. 1885.

Nr. 8896. DEUTSCHLAND, OESTERREICH-UNGARN, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, RUSSLAND. — Kollektivnote der Vertreter der Grossmächte in Belgrad an den serbischen Min. des Ausw. — Mahnung, dem Blutvergiessen ein Ende zu machen. [B. 535. G. 223.]

Belgrade, ce 24 Novembre 1885.

Les Soussignés ont l'honneur d'annoncer à son Excellence M. Garachanine, Président du Conseil et Ministre des Affaires Étrangères de Serbie, que le Cabinet de St.-Pétersbourg a proposé aux Grandes Puissances de se concerter pour arrêter par une démarche collective les hostilités et l'effusion du sang entre les Serbes et les Bulgares. || Les Cabinets se sont trouvés d'accord pour remplir ce devoir d'humanité et pour employer leurs efforts en vue de faire cesser cette lutte fratricide. || En portant ce qui précède à la connaissance de son Excellence M. le Ministre des Affaires Étrangères de Serbie, les Représentants de Russie, d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie, résidant à Belgrade, le prient de vouloir bien prendre acte de cette déclaration et de les informer de la décision à laquelle s'arrêtera le Gouvernement Serbe. || Les Ministres de la Grande-Bretagne, de France et d'Italie, tout en attendant des instructions spéciales, s'associent à une démarche qui concorde avec les vues déjà émises par leurs Gouvernements. || Les Soussignés profitent, &c.

Nr. 8896. Konferenz-Staaten. 24. Nov. 1885.

Nr. 8897. RUSSLAND. — Botsch. in Paris an den franz. Min. des Ausw. — Russland schlägt Intervention der Mächte vor. [G. 221.]

Paris, le 24 novembre 1885.

Nr. 8897. Russland. 24. Nov. 1885.

Monsieur le Ministre, — Je reçois le télégramme suivant: „L'Empereur considère comme un devoir d'humanité d'arrêter l'effusion du sang entre les Serbes et les Bulgares en amenant un armistice par une pression énergique et concertée de la Porte et des Puissances. L'équilibre militaire étant à peu près rétabli entre les deux parties, et la décision de la Conférence de ramener la situation de droit au Traité de Berlin rendant sans objet une prolongation de la lutte, le moment semble opportun. Veuillez inviter le Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité à s'associer à cette démarche urgente, en munissant d'instructions en conséquence ses agents à Constantinople, Belgrade et Sofia." || Cette dépêche est une circulaire adressée à tous les Ambassadeurs de Russie auprès des Puissances. Je serais heureux si Votre Excellence voulait bien me mettre un moment plus tôt en mesure de faire part au Gouvernement impérial de la réponse de celui de la République. || Veuillez agréer, etc.

Baron de Mohrenheim.

Nr. 8898. SERBIEN. — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. — Der König hat den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten gegeben. [B. 535. G. 223.]

Pirot, le 13 (25) Novembre, 1885.

Nr. 8898. Serbien. 25. Nov. 1885.

Le Soussigné, Ministre des Affaires Étrangères de Serbie, a l'honneur de porter à la connaissance de votre Excellence la réponse à la note collective des Représentants des Grandes Puissances à Belgrade d'aujourd'hui le 12 (24) Novembre, qu'il a pris acte de leur déclaration et qu'il s'est fait un devoir de la communiquer à Sa Majesté le Roi Milan. || D'ordre de Sa Majesté, désireux de témoigner de ses sentiments de déférence pour les Grandes Puissances, j'ai l'honneur de faire savoir à votre Excellence que Sa Majesté vient de donner l'ordre de cesser les hostilités, et que les Commandants des divers corps de troupes Royales ont reçu l'ordre de faire connaître cette décision aux Commandants des troupes Bulgares qui se trouvent vis-à-vis d'eux.

Garachanine.

Nr. 8899. DEUTSCHLAND, OESTERREICH-UNGARN, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, ITALIEN, RUSSLAND, TÜRKEI. — Protokoll der 7. Sitzung der Botschafter-Konferenz.

Nr. 8899. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

Étaient présents: Pour la Turquie — Saïd-Pacha. Server-Pacha. Pour l'Italie — M. le Comte Corti. Pour l'Autriche-Hongrie — M. le Baron Calice. Pour la France — M. le Marquis de Noailles. Pour l'Allemagne — M. de Radowitz. Pour la Russie — M. de Nélidow. Pour la Grande-Bretagne — Sir William White.

La séance qui devait avoir lieu Samedi, 21 de ce mois, ayant été remise, est ouverte à 3 heures et demie. || Le Protocole No. 6 a été adopté.

Au début de la séance, le Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique demande la parole; mais le Président croit devoir donner préalablement les explications suivantes: —

"La Conférence," dit-il, "a consacré deux séances sans Protocole à la rédaction d'un projet de Résolutions, conforme aux bases de nos délibérations; il y a lieu, maintenant, de donner lecture du texte auquel nous nous sommes arrêtés: —

"'Les Représentants des Grandes Puissances à Constantinople, réunis en Conférence avec les Plénipotentiaires de Sa Majesté Impériale le Sultan, en vue d'aviser aux moyens de rétablir en Roumélie-Orientale l'ordre légal conforme aux stipulations du Traité de Berlin, sont tombés d'accord sur les Résolutions suivantes: — || 1. Conformément à la proposition de MM. les Plénipotentiaires Ottomans, à laquelle ont donné leur assentiment les Représentants des Grandes Puissances, un Commissaire Extraordinaire sera nommé par Sa Majesté Impériale et envoyé par elle en Roumélie-Orientale. Il aura, à titre provisoire, les attributions et les pouvoirs de Gouverneur-Général. Il consacrera tous ses soins au rétablissement et au maintien de l'ordre dans la province, et expédiera les affaires concernant l'administration, en se conformant, autant que possible, au Statut Organique de la Roumélie-Orientale. || Des Délégués seront désignés par les Puissances. || Ils pourront assister le Commissaire Impérial de leurs conseils et devront être consultés par lui toutes les fois que l'application du Statut Organique présentera des difficultés. Ils ne seront associés, par là, en aucune façon, à l'administration de la Roumélie-Orientale; leur avis et leurs rôles seront purement consultatifs. || 2. En même temps que le Commissaire Impérial se rendra en Roumélie-Orientale, une Commission Mixte, composée des Délégués des Puissances, mentionnées dans l'Article précédent, et de Délégues Ottomans, sera chargée de s'enquérir des besoins de la province, en tenant compte dans les limites du Traité de Berlin, des demandes légitimes de la population exprimées soit directement, soit par ses mandataires. || Les conclusions de l'enquête de cette Commission serviront de base à un travail élaboré par elle, également dans les limites du Traité de Berlin, et qui contiendra les améliorations destinées à assurer, con-

Nr. 8899. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

formément à la gracieuse intention de Sa Majesté Impériale le Sultan, la prospérité et le bien-être matériel de la Roumélie-Orientale ainsi que les conditions administratives de cette province. Ce travail devra être achevé dans le plus bref délai, et après avoir été adopté en Conférence il sera rendu exécutoire dès qu'il aura été sanctionné par Sa Majesté Impériale le Sultan.

3. Aussitôt que l'ordre et la sécurité auront été rétablis dans la Roumélie-Orientale et que le fonctionnement régulier des institutions locales sera devenu possible, la Sublime Porte s'adressera aux Puissances pour qu'un Gouverneur-Général soit nommé, conformément aux prescriptions du Traité de Berlin, et les fonctions du Commissaire Impérial devront cesser. || 4. MM. les Plénipotentiaires Ottomans ayant annoncé à la Conférence que Sa Majesté Impériale le Sultan avait l'intention d'envoyer en Roumélie-Orientale une délégation pour inviter les autorités existantes et les populations à rentrer dans le devoir, les Plénipotentiaires des Grandes Puissances, dans leur désir d'assurer le succès de cette mission pacificatrice, s'empresseront de transmettre, de leur côté, à leurs Agents respectifs dans la province les Résolutions de la Conférence, pour qu'elles soient portées à la connaissance des autorités et du pays. Des instructions leur seront données dans ce sens par leurs Gouvernements respectifs.'"

Après la lecture de ce document, le Président rappelle que cette rédaction avait été acceptée par quelques-uns des Plénipotentiaires sauf ratification de leurs Gouvernements respectifs, par d'autres avec quelques réserves, ou ad referendum. Il déclare que les Plénipotentiaires Ottomans, au nom de leur Gouvernement, acceptent cette rédaction. Les Plénipotentiaires sont successivement interrogés par lui. || Les Ambassadeurs d'Italie, d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne et de Russie donnent également leur adhésion formelle. || L'Ambassadeur de France déclare tout d'abord qu'il adhère à la deuxième partie de l'Article premier sur laquelle il avait réservé l'opinion de son Gouvernement. Il ajoute qu'il est autorisé à accepter l'ensemble du projet, mais qu'il est prêt aussi à discuter tout amendement de rédaction qui pourrait être proposé en vue d'arriver à un accord entre tous les membres de la Conférence. Si des modifications de fond étaient demandées, il en référerait à son Gouvernement.

Sir W. White regrette de n'avoir pu prendre la parole au début de la séance. Son Gouvernement, en effet, l'avait chargé de donner, avant toute discussion, lecture de la motion suivante: — || "D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de proposer à la Haute Assemblée d'inviter Sa Majesté le Roi de Serbie et le Prince de Bulgarie à conclure un armistice et à soumettre leurs différends à un arbitre qui serait fixé par la Conférence."

Le Président constatant que la question de l'armistice est actuellement en délibération dans les conseils de la Sublime Porte et que quelques-unes des Grandes Puissances se sont déjà adressées à elle pour arriver à ce même résultat, pense que la Conférence convoquée pour s'occuper exclusivement des affaires de la Roumélie-Orientale ne peut se saisir de la motion présentée par le Plénipotentiaire Britannique. Elle sera insérée au Protocole; mais il y a

lieu de poursuivre immédiatement la délibération sur le projet de rédaction des Résolutions de la Conférence. Nr. 8899. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

Le Plénipotentiaire Britannique donne, alors, lecture de la déclaration suivante: — || "La rédaction que MM. les Plénipotentiaires Ottomans ont eu la bonté de nous lire, a été, en quelque sorte, étudiée dans nos réunions privées. Elle peut être partagée, à mon avis, en deux parties distinctes, dont l'une, la première, pourrait être acceptée par moi avec une légère modification dans le préambule et dans la deuxième Résolution, que j'aurai l'honneur d'expliquer plus tard. De cette manière le but immédiat de cette Conférence serait accompli, et les intérêts de la souveraineté de Sa Majesté Impériale seraient suffisamment garantis. Quant à la deuxième partie, qui préjugerait en quelque sorte les arrangements ultérieurs à déterminer dans la Roumélie-Orientale, elle ne pourrait, en aucun cas, recevoir cet agrément pour le moment. || "Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine n'est nullement disposé à se prononcer dans le sens d'un engagement préalable de ce genre: il ne croit pas que le moment soit venu encore pour se déclarer soit pour le maintien de l'état de choses qui a précédé l'état actuel, soit pour un autre. Il croit inopportun de prendre une décision définitive à ce sujet, au point où nous en sommes. Il croit que le véritable intérêt de l'Empire Ottoman et de la pacification consiste à établir dans cette province un État provisoire sous l'autorité de Sa Majesté Impériale le Sultan, accepté par les Puissances Signataires et que l'envoi d'un Commissaire Spécial ad hoc avec l'ouverture simultanée d'une enquête sérieuse qui ne serait pas restreinte par les mots: 'dans les limites du Traité de Berlin', répond parfaitement aux exigences les plus pressantes de la situation actuelle, ainsi qu'aux intérêts véritables et aux droits de souveraineté de l'Empire Ottoman."

Son Excellence Saïd-Pacha sans entrer dans la discussion de l'ensemble de la déclaration fait observer que les mots "dans les limites du Traité de Berlin" ne restreignent pas le mandat de la Commission d'Enquête, mais qu'ils déterminent son action selon les bases qui ont toujours été admises comme celles de l'oeuvre de la Conférence.

Sir W. White, invité a donner quelques explications, dit, qu'ainsi qu'on a pu le remarquer, les observations du Gouvernement Anglais s'appliquent à deux parties différentes du projet de rédaction. Il accepte la première partie, c'est-à-dire le préambule et les Articles 1 et 2, sauf quelques modifications, et ces modifications sont: — || Dans le préambule au lieu de la phrase: "l'ordre légal conforme aux stipulations du Traité de Berlin," une phrase qui se rapporte aux termes de l'invitation à la Conférence émanant de la Sublime Porte et de l'acceptation de la part des Puissances. Dans l'Article 2, la suppression des mots deux fois employés "dans les limites du Traité de Berlin." || Quant à la seconde partie, composée des Articles 3 et 4, le Gouvernement de la Reine ne croit pas devoir l'accepter; cependant Sir W. White serait disposé à chercher, d'accord avec ses collègues, les termes d'une rédaction

Nr. 8859. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

se rapprochant de l'Article 4. || Le désir de son Gouvernement est, en effet, qu'une enquête très sérieuse soit faite sur les causes de la situation anormale où se trouve en ce moment la Roumélie-Orientale. Il craindrait que l'expression: "dans les limites du Traité de Berlin", ne fût pas comprise ou plutôt qu'elle fût comprise dans un sens restrictif par les populations dont il s'agit d'améliorer le sort. D'autre part, la mention immédiate de la nomination d'un Gouverneur-Général aurait pour inconvénient de faire croire que l'intention des Puissances est d'abréger l'enquête et de ne pas tenir compte de ses résultats. Telles sont les raisons qui ont déterminé le Gouvernement Britannique à proposer les modifications et les suppressions indiquées dans l'exposé qui vient d'être lu. || Un échange de vues s'engage d'abord entre le Président et les Plénipotentiaires pour arriver à une rédaction conciliante du texte du préambule.

Sir W. White expose que s'il désire modifier la rédaction proposée sur ce point, c'est qu'elle ne répond pas aux termes de l'invitation adressée aux Puissances par la Sublime Porte. Cette invitation disait, en effet, que la solution à rechercher aurait essentiellement pour base le Traité de Berlin. Ce mot "essentiellement" a été reproduit dans la réponse du Gouvernement Britannique qui l'a compris dans le sens du mot Anglais "substantially." C'est pourquoi son Gouvernement demande que le préambule des Résolutions de la Conférence soit rédigé dans un sens conforme à celui de la Circulaire de la Sublime Porte et des réponses des Puissances.

Son Excellence Saïd-Pacha, interrogé par M. de Nélidow sur le sens que la Sublime Porte a donné au mot "essentiellement," répond qu'en l'employant son Gouvernement entendait dire que les stipulations du Traité de Berlin seraient maintenues intégralement. En d'autres termes, qu'il n'y aurait aucun changement dans le Traité. La Sublime Porte ne demande ni plus ni moins que cet acte. Toute rédaction qui serait conforme à cette manière de voir ne rencontrerait aucune objection de sa part.

Interrogés par son Excellence le Président, MM. de Nélidow, Calice, Radowitz et Corti déclarent successivement que leurs Gouvernements avaient donné la même interprétation à la Circulaire Ottomane.

M. de Noailles dit qu'il n'a pas à interpréter une formule employée dans une invitation adressée à son Gouvernement et acceptée par lui. Il se rallierait à toute rédaction qui faciliterait l'accord.

Saïd-Pacha ajoute que l'explication qu'il a donnée ne laisse place à aucune interprétation différente; que, du reste, la Circulaire de son Gouvernement parlait aussi des droits de souveraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan; de sorte qu'il n'y a pas d'équivoque possible: en outre, les bases qui ont été posées dès la deuxième séance et qui ont été acceptées par la Haute Assemblée ne permettent, ni dans la délibération, ni dans la solution, de s'écarter du Traité de Berlin.

L'Ambassadeur de Russie prend alors la parole et s'exprime en ces

termes: — || "Je crois le moment venu de jeter un coup d'oeil sur l'ensemble de la situation nouvelle qui vient d'être créée à la Conférence par les propositions émanant du Gouvernement Britannique. || Après trois semaines de délibérations et de communs efforts, nous étions arrivés à la rédaction d'une formule qui avait réuni l'assentiment personnel des differents Plénipotentiaires, et qui nous avait fait concevoir l'espérance d'achever bientôt notre tâche. || Dans la séance d'aujourd'hui, le Président mettait la dernière main à nos travaux en constatant l'adhésion successive de nos Gouvernements. Le Plénipotentiaire Britannique appelé à son tour à donner son avis, vient, sur l'ordre de son Gouvernement, de nous proposer des modifications qui ne sont pas seulement de pure forme, mais qui touchent au fond même de l'accord. || Pour moi, je ne me crois pas autorisé à aller plus loin. Il est de mon devoir de solliciter de nouvelles instructions. || Cependant, dès aujourd'hui, je crois être en mesure d'indiquer à la Haute Assemblée quelle est mon opinion personnelle, opinion qui, j'ai des raisons de le penser, sera celle de mon Gouvernement. || Au cours de la deuxième séance, j'ai eu l'occasion de faire connaître le point de vue auquel mon Gouvernement s'était placé dès le début de la crise actuelle. Nous avons dans cette séance, sur la proposition de son Excellence le Président, posé les bases de nos délibérations en reconnaissant que leur objet était le rétablissement de l'ordre conformément aux stipulations du Traité de Berlin. Nous étions autorisés à penser que, du moins, ce principe était accepté par tous. A un point de vue plus général, le maintien du Traité de Berlin était en accord avec les termes du Protocole signé à Londres le 17 Janvier, 1871*), Protocole qui établit 'comme un principe essentiel du droit des gens qu'aucune Puissance ne peut se délier des engagements d'un Traité ni en modifier les stipulations qu'à la suite de l'assentiment des Parties Contractantes au moyen d'une entente amicale.' || Ce principe nous paraissait particulièrement applicable à la situation diplomatique produite par les récents engagements, et aucune Puissance n'ayant exprimé l'intention de s'écarter du Traité de Berlin, nous avions des raisons de croire à son maintien intégral. || Le doute qui, il y a quelque temps, s'était répandu sur la résolution des Grandes Puissances de s'en tenir au Traité de Berlin, avait certainement contribué à encourager les fauteurs de troubles et à accroître les complications auxquelles nous sommes appelés à porter remède. Il en serait de même et la situation deviendrait plus grave encore, si un pareil doute se renouvelait. Il serait à craindre qu'au lieu d'atteindre à la periode de pacification que nous désirons tous, nous n'entrassions dans une ère de luttes qui pourraient ne plus être circonscrites dans la Péninsule des Balkans. Mettant donc le souci de la paix au-dessus de tout autre, appréhendant surtout que le doute auquel je faisais allusion tout à l'heure ne se réponde sur les actes de la Conférence, j'examinerai, point par point, et avec la sérieuse attention qu'elles méritent les modifications proposées par le Plénipotentiaire Britannique. Il est

Nr. 8899. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

*) Siehe Staatsarchiv Bd. XX. Nr. 4286.

Nr. 8899. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

question, en premier lieu, de supprimer toute mention précise du Traité de Berlin, et l'on nous a parlé de l'équivoque que la fréquente allusion à ce Traité pourrait faire naître dans les esprits. Il ne m'appartient pas de juger l'intention qui a motivé cette demande de suppression; mais ce que je redoute, quant à moi, c'est que l'équivoque sur les intentions des Puissances ne s'établisse beaucoup plus par suite de l'omission, que par suite de la mention trop fréquemment renouvelée du Traité de Berlin. Ce que je crains c'est que l'on ne stimule ainsi des espérances qui, comme on l'a dit déjà, ne seront pas réalisées. C'est que certaines velléités, qui, jusqu'ici, n'ont pas osé se faire jour, ne trouvent dans une pareille attitude des Puissances un encouragement qui ne doit pas leur être donné. || Le second point de l'exposé Britannique nous conduirait à des conséquences non moins fâcheuses; il y est question, en effet, de la suppression de la seconde partie des Résolutions adoptées. Ce serait une lourde responsabilité et que la Conférence ne croira pas devoir prendre, que de prolonger l'ère du provisoire. Nous avions tous reconnu que l'ancien état de choses pouvait n'être pas restauré tout entier; nous ne répugnions pas à l'idée mise en avant par les propositions Ottomanes d'apporter certaines modifications au régime de la province. Nous avions admis le principe de l'enquête et d'une enquête devant produire une oeuvre sérieuse et durable. Mais il ne faut pas, non plus, que cette enquête se prolonge indéfiniment. C'est précisément l'importance que nous avons donnée à cette oeuvre d'investigation qui me permet aujourd'hui, sans me mettre en contradiction avec ce que j'ai dit dans notre dernière séance, de demander le maintien de l'Article III, c'est-à-dire, d'une Résolution qui prévoit la nomination prochaine d'un Gouverneur-Général. D'autre part, il est urgent et que le Sultan s'adresse aux populations pour les inviter à rentrer dans le devoir, et que les Agents des Puissances portent à la connaissance du pays les Résolutions de la Conférence. Il faut que ces populations sachent sans retard quel est leur avenir; il faut qu'elles sachent que les Puissances tout en se rangeant à la gracieuse intention manifestée par Sa Majesté Impériale le Sultan d'accorder les améliorations reconnues nécessaires, désirent le prompt rétablissement de l'état de choses si malheureusement troublé. Je terminerai par l'expression d'un voeu, c'est que l'ordre et la stabilité soient bientôt rendus à ce pays. Il ne s'agit pas seulement du sort de populations auxquelles nous n'avons cessé de porter le plus vif intérêt. Nous siégeons ici comme mandataires des plus grands Empires; il s'agit donc pour nous de répondre aussi à l'attente des nombreuses populations que nous représentons et de l'Europe tout entière qui désirent si ardemment voir sortir de nos délibérations une solution dont dépendront la stabilité des relations internationales et le maintien de la paix."

L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie se rallie entièrement à l'opinion si éloquemment développé par son collègue de Russie. Lui aussi transmettra à son Gouvernement la communication lue par le Plénipotentiaire Britannique. Il regrette que Sir W. White veuille supprimer dans les Résolutions de la

Nr. 8899. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

Conférence toute allusion au Traité de Berlin. Une pareille suppression ne saurait, il est vrai, affaiblir le caractère obligatoire d'un acte dont la validité ne dépend nullement d'une nouvelle confirmation, mais elle donnerait lieu à une équivoque dangereuse et serait d'ailleurs en contradiction avec les énonciations très franches et très nettes de la Sublime Porte et des Grandes Puissances, qui ont déclaré s'en tenir au maintien intégral du Traité de Berlin. Les propositions Anglaises tendent aussi à supprimer tout l'Article III qui a trait à un droit que le Traité confère au Sultan. Il ne faudrait pas que l'omission de cet Article parût indiquer l'intention de priver Sa Majesté Impériale d'une prérogative qui lui appartient incontestablement. C'est pourquoi le Gouvernement Impérial et Royal désire le maintien de cet Article en considérant d'ailleurs que Sa Majesté Impériale le Sultan n'en conserve pas moins le droit de nommer quand le moment sera venu le Gouverneur-Général de la Roumélie-Orientale avec l'assentiment des Puissances. Le Plénipotentiaire Austro-Hongrois ne croit donc pas qu'il puisse obtenir l'autorisation de se rallier à des amendements qui ne touchent pas seulement à la forme, mais qui semblent altérer les principes mêmes des Résolutions déjà acceptées par son Gouvernement. Il rappelle finalement qu'il a fait dès le début tout ce qui dépendait de lui pour que l'accord s'établit, et s'établit promptement, en vue de mettre fin au désordre qui préoccupe vivement toutes les Puissances co-Signataires du Traité de Berlin, et particulièrement celles qui par leur position géographique sont plus voisines du théâtre des événements.

L'Ambassadeur d'Allemagne dit que lui non plus ne se trouve pas en état d'accepter les modifications proposées par le Représentant de Sa Majesté Britannique. D'ailleurs son opinion est sur tous les points dans la plus parfaite harmonie avec celle de ses deux collègues de Russie et d'Autriche-Hongrie: Comme eux il a été surtout frappé par ce fait que l'exposé Britannique semble écarter systématiquement toute mention du Traité de Berlin. Il ne peut croire qu'il y ait là autre chose qu'une simple question de rédaction, car, s'il était dans l'intention du Plénipotentiaire Anglais de mettre en doute l'autorité de ce Traité le Représentant de l'Allemagne devrait protester vivement contre une omission pouvant donner lieu à une pareille interprétation.

Sir William White remercie le Plénipotentiaire d'Allemagne de l'occasion qu'il vient de lui fournir de rétablir la véritable pensée de son Gouvernement, qui semble avoir été mal comprise. Le fait de viser dans la Conférence l'un des Articles du Traité ne peut conduire à cette conclusion qu'on désire toucher à la validité du Traité lui-même; bien au contraire, le Gouvernement Aglais y tient tout autant que les autres Puissances. Il n'y avait donc pas lieu de faire allusion au Protocole de Londres qui doit son origine à des circonstances tout à fait différentes et qui ne le rendent guère applicable à la situation dans laquelle on se trouve aujourd'hui. Il s'agissait lors de rétablir le principe que les stipulations internationales ne peuvent être modifiées par aucun acte d'une seule Puissance, mais doivent être le résultat de l'assentiment

Nr. 8899. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

de toutes. Aucune modification au texte d'un Article du Traité de Berlin ne peut évidemment être faite que du consentement unanime des Puissances, et c'est justement le terrain sur lequel le Gouvernement Britannique s'est toujours placé et sur lequel il se maintient aujourd'hui. || D'ailleurs, puisque plusieurs des Plénipotentiaires ont déclaré vouloir communiquer les propositions du Cabinet Britannique à leurs Gouvernements, Sir W. White pense qu'il n'y a pas lieu de poursuivre actuellement la discussion.

Le Comte Corti est dans la même situation que ses collègues de Russie, d'Autriche-Hongrie et d'Allemagne. Il transmettra à son Gouvernement le texte de la communication Britannique et lui demandera ses instructions.

Le Marquis de Noailles dit également qu'il transmettra à son Gouvernement la communication du Cabinet Britannique.

Son Excellence le Président désire manifester le regret qu'il éprouve de voir ajourner encore une solution définitive; le but que les Grandes Puissances se proposent est le même; elles veulent toutes le rétablissement de l'ordre et le maintien strict et absolu du Traité de Berlin. Le Plénipotentiaire d'Angleterre vient de faire lui-même à ce sujet une déclaration formelle. Or, la rédaction à laquelle s'étaient ralliés la plupart des Plénipotentiaires est conforme au texte du Traité. Cependant le temps s'écoule, la Conférence en est à sa neuvième réunion, il est urgent que des résolutions soient prises. Si les Plénipotentiaires pensent pourtant qu'ils doivent interroger de nouveau leurs Gouvernements respectifs, son Excellence le Président les adjure de fixer au jour le plus proche la séance suivante.

Les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Allemagne disent que leur intention est de transmettre sans retard à leurs Gouvernements le résultat de la séance d'aujourd'hui et d'attendre leurs instructions; mais ils ne peuvent espérer en recevoir d'autres que celles qu'ils ont eues jusqu'ici et qui ne leur ont pas permis d'entrer dans la discussion de la proposition Britannique.

L'Ambassadeur de Russie pense que dans la situation, où se trouvent plusieurs de ses collègues et où il est lui-même, la prochaine séance ne paraît pas devoir être fixée à un jour très rapproché. "Nos Gouvernements," dit-il, "vont se trouver en présence d'un état de choses nouveau et qui nécessitera certainement un échange de vues entre les divers Cabinets. Dès que l'accord qui désormais ne dépend plus de nous se sera fait entre eux, nous nous empresserons tous de nous réunir pour le constater et lui donner sa forme définitive. Personne, d'ailleurs, plus que mon Gouvernement et celui d'Autriche-Hongrie, ainsi que l'a fait observer le Baron Calice, n'a à coeur une prompte solution de la crise; car en dehors du Gouvernement Ottoman il n'est pas de Puissances plus voisines et plus directement intéressées à ce qui se passe dans la Péninsule des Balkans."

Le Président insiste encore sur le fait qu'un accord, au moins partiel, existe; il reste, il est vrai, à la Conférence certains points à régler. Il y aurait un intérêt réel à ce qu'elle continuât ses travaux.

Le Comte Corti reconnaît en effet que l'accord s'est établi sur un certain nombre de points; le préambule ne présenterait pas de sérieuses difficultés. L'Article Ier a reçu l'adhésion de tous, l'Article II est adopté sauf les amendements proposés par le Plénipotentiaire Britannique; le IVe est admis au moins dans sa teneur générale. On peut donc dire que dans ces limites l'entente s'est établie sur la plupart des Articles; mais la divergence qui subsiste est assez grave pour qu'il y ait lieu de retarder la prochaine séance de façon à ce que les Puissances aient le temps d'examiner cette situation et les Plénipotentiaires de recevoir les directions de leurs Gouvernements. Nr. 8899. Konferenz-Staaten. 25. Nov. 1885.

Le Président rappelle en terminant la nécessité urgente de prendre les résolutions nécessaires pour la restoration de l'ordre en Roumélie-Orientale. La Sublime Porte désire que ces résolutions soient prises d'accord avec les Puissances; c'est pourquoi elle serait heureuse de pouvoir envoyer immédiatement la Délégation et le Commissaire dont le mandat, appuyé par les Agents des Puissances, serait pour ces populations, chaque jour de plus en plus atteintes, le gage du prochain rétablissement de la tranquillité et de la paix. Il espère que le Plénipotentiaire Britannique voudra bien exposer cette situation à son Gouvernement et que toutes les Puissances feront un nouvel effort pour aboutir à une entente si vivement désirée par le Gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan. La prochaine réunion est fixée à Samedi.

La séance est levée à 6 heures.

Certifié conforme à l'original: G. Hanotaux.

Nr. 8900. **GROSSBRITANNIEN.** — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Konferenz ist 'sine die' vertagt. [B. 538.]

Constantinople, November 28, 1885.

My Lord, — I have the honour to state, that the Plenipotentiaries met this afternoon without holding a sitting. No reason was given for this, which is equivalent to the adjournment sine die of the Conference. || I have, &c. Nr. 8900. Grossbritannien. 28. Nov. 1885.

W. A. White.

Nr. 8901. **BULGARIEN.** — Ministerpräsident an die Vertreter Deutschlands, Oesterreichs und Russlands in Sofia. — Einstellung der Feindseligkeiten. [B. 609.]

Le 16 (28) Novembre, 1885.

Comme complément à ma dépêche datée de Tsaribrod, le 14 (26) de ce mois, j'ai l'honneur de porter à votre connaissance que prenant d'une part en considération l'initiative faite au nom de votre Gouvernement, ainsi que la déclaration de ce jour de M. le Comte de Khevenhüller, Envoyé Extraordinaire Nr. 8901. Bulgarien 28. Nov. 1885.

Nr. 8901. Bulgarien. 28. Nov. 1885.

de Sa Majesté Impériale et Royale d'Autriche-Hongrie, à savoir, que si le Prince continuait à avancer sur le territoire Serbe l'armée Austro-Hongroise passerait en Serbie, et qu'en conséquence les troupes Bulgares rencontreraient non plus les troupes Serbes mais l'armée Impériale et Royale; et attendu d'autre part, que les troupes Princières, en entrant victorieusement dans Pirot, ont sauvé l'honneur de l'armée Bulgare et assuré sa réputation, Son Altesse le Prince a consenti à ordonner aux Commandants des troupes Bulgares d'arrêter les hostilités et à aviser ensuite à l'ouverture des négotiacions pour les conditions d'un armistice. || En vous priant de communiquer ce qui précède au Gouvernemeut que vous avez l'honneur de représenter, profite, &c.

Tsanow, du Quartier-Général de Pirot.

Nr. 8902. **RUSSLAND.** — Tagesbefehl des Kaisers. Dankt den russischen Offizieren, welche in der bulgarischen Armee gedient haben. [B. 588.]

Ordre du Jour Impérial du 18 Novembre*).

Nr. 8902. Russland. 30. Nov. 1885.

Sa Majesté l'Empereur, ayant consacré une attention toute spéciale aux nouvelles reçues du théâtre de la guerre dans la presqu'île des Balkans, s'est convaincu avec plaisir des résultats brillants dus aux travaux consciencieux et utiles des officiers Russes chargés de la formation et de l'instruction des troupes de la Bulgarie et de la Roumélie-Orientale. || Quoique profondément affligé de la guerre fratricide entre peuples Slaves, Sa Majesté l'Empereur trouve néanmoins que la bravoure, le dévouement, la constance et le respect de l'ordre manifestés par les troupes Bulgares et Rouméliotes sont dignes du plus grand éloge. || S'étant convaincu de l'activité sage et pleine de dévouement des officiers Russes qui ont su inculquer à ces jeunes troupes les qualités du soldat et l'esprit militaire désirables, Sa Majesté a fait exprimer sa reconnaissanse au Général-Major Prince Cantacuzène, du Corps d'État-Major, ancien Ministre de la Guerre de la Principauté de Bulgarie, et sa bienveillance à tous les Généraux et officiers supérieurs et subalternes qui ont servi dans les rangs des troupes Bulgares et Rouméliotes.

Das 'Journal de St.-Pétersbourg' veröffentlicht den Tagesbefehl mit folgenden Bemerkungen:

On a lu plus haut un Ordre du Jour Impérial que la nation tout entière aura accueilli avec une profonde et sincère reconnaissance, parce qu'il constitue un éclatant témoignage de satisfaction donné aux officiers Russes, qui avaient été chargés de former l'armée Bulgare. Il atteste en même temps que, tout en désapprouvant l'acte inconsidéré des auteurs de la Révolution Rou-

*) 'Journal de Saint-Pétersbourg' vom 2. December 1885.

méliote, Sa Majesté l'Empereur n'a pas cessé d'accorder sa sympathique sollicitude à cette jeune nation Bulgare que la Russie a appelée à l'existence et qu'elle espérait voir se consolider dans l'ordre et la paix, qui seuls pouvaient lui garantir un avenir prospère. || Malheureusement il n'est pas possible d'oublier que ceux qui ont déçu ces espérances, méconnu les conseils du Gouvernement Russe et précipité le peuple Bulgare dans une lutte fratricide par laquelle ses destinées sont compromises, ont assumé une bien lourde responsabilité. Nr. 8902. Russland. 30. Nov. 1885.

Nr. 8903. GROSSBRITANNIEN. — Botsch. in Konstantinopel an den engl. Min. des Ausw. — Isolirung Englands *). [B. 550.]

Constantinople, December 1, 1885.

My Lord, — To my great astonishment I received late last night an invitation to attend a meeting of the Conference this afternoon, of which I beg to inclose a copy. I was quite unable to make out for what purpose we were being thus convoked. || I had received information as to the extensive preparations carried out on the Eastern Roumelian frontier, and as to the other measures which, it was stated, the Porte was about to adopt as the result of the deliberation of the Conference; one of these being a Proclamation to be addressed to the inhabitants of Eastern Roumelia, which I heard was being printed in great secrecy, both in Turkish and French. || On my arrival at the Kiosque of Tophané I saw no indication of a Conference being held, but noticed the Turkish Plenipotentiaries in one of the adjoining rooms, with the Ambassadors, examining some document. I went into a different room, and after about ten minutes, or even more, Naoum-Effendi, the Turkish Protocolist of the Conference, came up to me and showed me a printed Proclamation in French, containing the Resolutions brought forward before the Conference, with the printed passage which referred to them as having been adopted by the Conference struck out, and an amended expression introduced, in writing, giving a list of the five Powers which were supposed to have accepted these Resolutions, viz., Austria, France, Germany, Italy and Russia. Nr. 8903. Grossbritannien. 1. Dec. 1885.

*) White berichtet mehrfach über isolirtes Vorgehen der Kaisermächte mit Umgehung der englischen Botschaft. Am 28. November:

On the 24th, the three Ambassadors made official representations (betreffend die Vermittelung eines Waffenstillstandes durch die Pforte) to the Porte, but they did not consider it necessary to inform me of this step, which received subsequently the support of Count Corti, under instructions from Rome. [B. 556.]

Am 2. December: I have not yet obtained a copy of the Proclamation, although it has been communicated to the three Embassies. As, however, copies have no doubt been circulated at Philippopoli by the Delegates, I have directed Captain Jones to obtain one and to telegraph to your Lordship its first and most important paragraph. [B. 558.]

Nr. 8903. Grossbritannien. 1. Dec. 1885.

|| Naoum-Effendi then asked me for my opinion of the text of the document he was showing me. I expressed suprise, that the Minister, who was in the adjoining room, did not speak of it to me himself; and I went at once to Saïd-Pasha, asking him how it was possible that such a document should be published containing an allegation with reference to Resolutions submitted to the Conference which had not received its sanction. || I added, that I protested energetically against any such document being issued, and that I held the Porte responsible for the consequences which might arise from making such use of the proceedings of the Conference. || In a subsequent conversation with his Excellency, I laid stress on the strangeness of another proceeding, viz., of calling us together for the purpose of holding a meeting when, in reality, there was no such intention; and I likewise took this opportunity of asking the Minister, in accordance with your Lordship's instructions in telegram of the 30th November, whether the Sultan had announced to any Ambassador His Imperial Majesty's intention to use force in restoring his authority in Eastern Roumelia; but his Excellency, in reply, gave me the assurance that, up to that moment, His Imperial Majesty had not done so. || I have, &c.

W. A. White.

Le Président de la Conférence a l'honneur d'informer leurs Excellences MM. les Plénipotentiaires qu'il y aura demain, Mardi, séance à 2 heures et demie, au Kiosque Impérial de Top-hané,

Lundi, le 30 Novembre, 1885.

Nr. 8904. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an die Vertreter Frankreichs in Berlin, Bern, Konstantinopel, London, Madrid, Rom (Heilige Stuhl), Rom (Italien), St.-Petersburg, Wien, Athen, Belgrad, Bukarest, Brüssel, Kopenhagen, Haag, Lissabon, München, Cettinje*), Sofia und Stockholm. — Politik der französischen Regierung auf der Balkanhalbinsel. [G. 253.]

Paris, le 3 décembre 1885.

Nr. 8904. Frankreich. 3. Dec. 1885.

Monsieur, — Les derniers incidents de la guerre entre la Serbie et la Bulgarie, l'interruption qu'ils ont amenée dans les délibérations de la Conférence de Constantinople, enfin l'envoi de Délégués ottomans à Philippopoli marquent, dans la marche de la question des Balkans, une étape assez importante pour qu'il me paraisse opportun de jeter un coup d'oeil sur le chemin parcouru depuis l'origine de la crise actuelle et sur l'attitude que le Gouvernement de la République a observée dans l'ensemble de cette affaire. || Je

*) Im Gelbbuch steht: 'Raguse'. Aus Nr. 8907 ergiebt sich jedoch, dass es Cettinje heissen muss. Anm. d. Red.

n'ai pas besoin de vous rappeler avec quelle surprise a été accueillie en Europe la nouvelle du mouvement rouméliote du 18 septembre. Nous n'avons pas été des derniers, on nous rendra cette justice, à en apercevoir toute la gravité. || Le 23 septembre, le Ministre de Serbie m'ayant fait part des préoccupations de son Gouvernement, je lui avais spontanément donné des conseils de prudence. Le même jour je déclarais à l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie que nous étions tout disposés à nous joindre aux démarches que feraient les Puissances à Sofia pour détourner le Prince Alexandre de laisser le mouvement se propager au delà de la Bulgarie et de la Roumélie. Le lendemain, je chargeais nos Représentants auprès des grandes Puissances de leur signaler l'urgence qu'il y aurait à recommander aux États voisins de s'abstenir de toute manifestation qui serait de nature à avoir des contre-coups sur d'autres parties de l'Empire ottoman, et, sans attendre leur réponse qui, d'ailleurs, ne nous paraissait pas douteuse, nous adressions des instructions dans ce sens à nos Agents à Belgrade, à Athènes et même à Bucharest, quoique la prudence du Gouvernement roumain nous donnât de ce côté une sécurité beaucoup plus grande. En agissant ainsi, nous n'avions pas l'idée que ces États pussent rester indifférents à ce qui se passait dans les Balkans; mais ils avaient tout à gagner, selon nous, à attendre dans le calme les délibérations de l'Europe. || Non contents de ces efforts pour localiser l'agitation, et malgré la réserve que nous avions cru devoir garder dans l'appréciation d'événements où nos intérêts essentiels n'étaient pas directement en jeu, nous exprimions l'avis, le 25 septembre, que les Puissances devraient se concerter, sans aucun retard, pour rechercher les moyens d'écarter les périls imminents et préparer les éléments d'une solution satisfaisante. En même temps, nous nous déclarions prêts à participer à toute délibération qui s'ouvrirait dans ce but. || Ces suggestions du Gouvernement de la République ont trouvé, je le constate, l'écho le plus sympathique. Le 26 septembre, le Gouvernement russe formulait une proposition tendant à ce que les Ambassadeurs à Constantinople se réunissent à bref délai pour convenir d'un langage identique à tenir à la Porte et au Prince de Bulgarie, afin d'arrêter l'effusion du sang et de donner aux Puissances le temps d'aviser. || Cette réunion ne s'ouvrit malheureusement que le 4 octobre. Depuis le 29 septembre M. de Noailles était en possession d'instructions détaillées dont vous trouverez ci-joint copie. (Voir le télégramme du Ministre des Affaires étrangères à l'Ambassadeur de France à Constantinople, en date du 29 septembre 1885.) || Comme vous le verrez par la lecture de ce document, le Gouvernement de la République était préparé à entrer dans le vif de la question. Ne pouvant être suspects de tiédeur dans nos sentiments à l'égard de l'Empire ottoman dont nous avons toujours désiré la consolidation et la prospérité, nous n'avons pas pensé qu'il fût nécessaire de renfermer la recherche des solutions dans le cercle de palliatifs insuffisants pour le maintien de la paix générale. M. de Noailles était, en conséquence, autorisé à se rallier à la majorité de ses Collègues si cette majorité se pro-

Nr. 8904. Frankreich. 3. Dec. 1885.

nonçait dans le sens de satisfactions à donner aux aspirations des populations rouméliotes. Mais nous entendions que, loin de tourner au préjudice des intérêts vitaux de l'Empire ottoman, les amendements à introduire dans le régime établi par le Traité de Berlin eussent, au contraire, pour résultat de contribuer à l'affermissement de ses droits et de son autorité. Tels seraient, par exemple, la réglementation pratique de l'occupation militaire des Balkans et le payement régulier du tribut bulgare, toutes stipulations qui sont restées jusqu'ici à l'état de lettre morte. || Par suite de circonstances sur lesquelles je n'ai pas à insister, les Puissances les plus directement intéressées n'ont pas jugé à propos d'aborder, dans toute son étendue, un problème dont la solution présentait, je le reconnais volontiers, des difficultés très complexes. Le Gouvernement de la République fit taire, non sans quelque regret intime, ses préférences pour un examen approfondi et il se prêta de bonne grâce à des délibérations qui avaient simplement pour objet l'élaboration d'une note destinée à rappeler le Prince de Bulgarie et les populations rouméliotes au sentiment de leurs devoirs envers la Turquie. Une semaine fut consacrée à la rédaction de cette note qui ne put être communiquée à la Porte que le 14 octobre et, le 15, au Ministre des Affaires étrangères de Bulgarie. || Dans l'intervalle, le mouvement rouméliote s'était sensiblement accentué, tandis que la Serbie et la Grèce, moins réservées que la Roumanie, manifestaient par un redoublement de préparatifs militaires le mécontentement et l'inquiétude que leur causait la perspective de la consolidation de l'Union bulgare et rouméliote. || Par une dépêche du 13 octobre, j'avais cru de mon devoir de signaler aux Cabinets les dangers de tous ces atermoiements préliminaires. Aussi lorsque, le 19 octobre, les Puissances communiquèrent aux Gouvernements de Belgrade et d'Athènes la Note dont la préparation avait exigé tant d'efforts et de temps, dut-on reconnaître que les moyens mis en oeuvre ne répondaient plus aux nécessités de la situation. || C'est alors que, sur la suggestion de la Russie, la Porte proposa aux Puissances, à la date du 21 octobre, la réunion à Constantinople d'une Conférence en vue d'arriver à la solution des difficultés "surgies dans la Roumélie orientale", cette solution devant avoir "essentiellement pour base le maintien du Traité de Berlin, en conformité des droits souverains du Sultan." || Bien que le mandat de la Conférence projetée fût circonscrit dans des limites trop étroites, selon nous, pour permettre de fixer, dans des conditions de pacification durable, une nouvelle organisation du régime des Balkans, nous ne fîmes pas de difficultés pour adhérer à la demande de la Turquie. Nous espérions qu'à défaut de modifications profondes, les Puissances reconnaîtraient tout au moins la nécessité de tenir compte, dans une certaine mesure, des voeux des populations de Roumélie qui aspirent évidemment à être placées sous le même régime administratif que les Bulgares. || Nos illusions à cet égard ne devaient pas être de longue durée. Avant même que la Conférence se réunît, il devint évident que la majorité des Puissances, sous l'empire de considérations diverses,

Nr. 8904. Frankreich. 3. Dec. 1885.

s'était tournée vers le rétablissement du statu quo ante, sauf certains changements de détail dans le Statut organique de la Roumélie; la consultation ainsi ouverte paraissait, d'ailleurs, destinée dans la pensée de ses promoteurs à investir la Porte d'une sorte de mandat européen pour l'exercice de droits qu'elle tenait déjà du Traité de Berlin. || Il ne pouvait entrer dans nos vues d'assumer bénévolement une part de responsabilité en dehors de celle qui découle pour nous des Actes que la France a signés. Or, le Traité de Berlin ne nous charge à aucun degré du maintien de l'ordre en Roumélie et des mesures militaires qu'il peut comporter. Nous dûmes, en conséquence, décliner, pour notre compte, toute immixtion dans les mesures qui seraient de la compétence de l'autorité souveraine du Sultan et insister pour que le mandat de la Conférence restât enfermé dans ses limites naturelles qui sont celles, non d'un pouvoir exécutif, mais d'un pouvoir en quelque sorte législatif. || La plupart des Cabinets avaient, du reste, favorablement apprécié nos réserves, quand la Conférence se réunit pour la première fois le 4 novembre. || Fidèles à la règle de conduite que nous nous étions tracée, nous avons posé en principe que l'invitation au Prince Alexandre de se conformer au Traité de Berlin et l'avis aux Rouméliotes d'avoir à se soumettre à l'autorité de Sultan étaient des actes de souveraineté dans lesquels nous n'avions à intervenir que pour les appuyer de nos exhortations et de nos conseils. || Les autres propositions des Plénipotentiaires ottomans relatives à l'envoi d'un Administrateur provisoire et à la constitution d'une Commission d'enquête en Roumélie rentraient, au contraire, dans la compétence normale des Puissances réunies en Conférence; aussi nous y sommes-nous ralliés sans hésitation. Quant à la proposition, qui s'est subsidiairement produite, d'associer des Délégués européens à la gestion de l'Administrateur provisoire, nous l'avons écartée comme engageant trop directement la responsabilité des Puissances, et nous avons finalement obtenu que ces Délégués n'auraient qu'un rôle consultatif. || Si ces mesures avaient été prises il y a deux mois, peut-être auraient-elles réussi à faire durer un certain temps encore le régime établi dans les Balkans. En tout cas, nous ne pouvions nous refuser à une dernière épreuve que la majorité des Puissances paraissait disposée à tenter; notre principale préoccupation devait être de ne pas entraver un accord si désirable. || L'entrée en campagne de la Serbie est venue à la traverse des travaux de la Conférence. Nous avons hautement blâmé une agression aussi intempestive que peu justifiée. Elle ne pouvait, en effet, que ranimer le mouvement bulgare, qui, depuis quelque temps, semblait perdre de son intensité. La fortune des armes, en se prononçant en faveur du Prince Alexandre, n'a pas tardé à changer la face des choses, et les Puissances se voient de nouveau dans l'obligation de compter avec les faits accomplis. || J'arrive aux derniers incidents. Bien que les résolutions de la Conférence n'aient pas acquis un caractère définitif, la Porte s'est crue autorisée à s'en prévaloir pour envoyer en Roumélie des Délégués dont elle nous a demandé d'appuyer la mission. || N'ayant pas été consultés sur l'op-

Nr. 8904. Frankreich. 3. Dec. 1885.

portunité de la décision que la Porte vient de prendre, ne connaissant pas exactement les termes du mandat qu'elle a confié à ses Délégués, ne pouvant nous considérer comme liés par les prétendues résolutions de la Conférence qui n'ont pas réuni l'unanimité des suffrages et ne constituent, par suite, que de simples délibérations préliminaires, nous avons pensé que les Agents du Gouvernement de la République en Roumélie devaient se renfermer jusqu'à nouvel ordre dans la plus complète abstention. Nous ne contestons pas à Sa Majesté Impériale le Sultan les droits que lui confère le Traité de Berlin; nous n'entendons mettre nulle entrave à l'usage qu'Elle croit devoir en faire; mais il ne nous apparaît pas que les intérêts de la France soient assez directement en jeu pour que nous ayons à aller au delà de la limite que nous trace la stricte exécution des engagements internationaux. || Est-il nécessaire d'ajouter que, dans cette mesure, nous avons prêté et nous prêterons encore le concours le plus empressé à toute démarche qui aurait pour objet, soit d'arrêter définitivement l'effusion du sang, soit de créer un équilibre stable dans les Balkans? Cet équilibre, on ne le trouvera, selon nous, que dans une juste pondération entre certaines aspirations légitimes et les garanties que réclame la sécurité de l'Empire ottoman. || Veuillez agréer, etc.

C. de Freycinet.

Nr. 8905. SERBIEN. — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Belgrad. — Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen. [B. 606.]

(Telegraphic.)

Nr. 8905. Serbien. 9. Dec. 1885.

La suspension des hostilités entre le Royaume de Serbie et la Principauté de Bulgarie, proposé par la majoritée des Représentants des Grandes Puissances à Belgrade, et effectivement amenée par la mission au quartier-général Bulgare du Ministre d'Autriche-Hongrie à Belgrade, a naturellement conduit les parties belligérantes à essayer de s'entendre sur les conditions d'un armistice définitif. Les conditions proposées par l'État-Major Serbe ayant été repoussées par l'Etat-Major Bulgare, à cause de considérations relatives à la paix définitive, qu'elles impugnaient, et contre lesquelles la Sublime Porte, usant de ses droits de Cour Suzeraine vis-à-vis de la Principauté, a jugé opportune de mettre en garde le Gouvernement Royal. Devant cet état de choses, l'État-Major Serbe ne voit pas d'utilité à continuer les négociations directes, celles-ci ne laissant point d'espoir de conduire à un résultat pratique et acceptable par les parties belligérantes. || D'ordre de Sa Majesté le Roi, je m'empresse de porter ce fait à la connaissance de votre Excellence, en la priant de bien vouloir le soumettre à la bienveillante attention de son haut Gouvernement. || Je suis autorisé, en outre, de déclarer que quelque ambiguë que soit actuellement la position militaire, la Serbie, toujours guidée

par son profond respect pour la volonté des Grandes Puissances et par la stricte observation des engagements pris vis-à-vis d'elle, ne donnera pas lieu à la rupture de la suspension des hostilités, et décline d'avance toute responsabilité si cette rupture venait à se produire de la part des Bulgares. || En portant ce qui précède à la connaissance de votre Excellence, je la prie d'être assurée, et d'en assurer son Gouvernement, que le Gouvernement Royal se prêtera avec empressement à toute solution pratique de la question que dans leur esprit d'équité et d'impartialité les Grandes Puissances viendraient à lui conseiller et qui serait compatible avec la dignité et les intérêts bien entendus du Royaume.

Nr. 8905. Serbien. 9. Dec. 1885.

Nr. 8906. **BULGARIEN.** — Min. des Ausw. an die Vertreter der Grossmächte in Sophia. — Fürst Alexander hat gegen die Ernennung eines türkischen Delegirten zu den Friedensverhandlungen protestirt. [B. 649.]

M. Tsanow to Mr. Lascelles.

(Circulaire.) Sophia, le 28 Novembre (10 Décembre), 1885.

Nr. 8906. Bulgarien. 10. Dec. 1885.

M. l'Agent, — Comme complément à ma note Circulaire du 4 (16) Novembre dernier, j'ai l'honneur de vous communiquer ci-joint copie des télégrammes adressés le 3 et 8 de ce mois au Prince par son Altesse le Grand Vizir, ainsi que de la réponse faite aujourd'hui par son Altesse au Grand Vizir. || Veuillez, &c. Tsanow.

The Grand Vizier to Prince Alexander.

(Télégraphique.) Constantinople, le 3 Décembre, 1885.

Votre Altesse a bien voulu m'informer de la cessation des hostilités entre les troupes Serbes et Bulgares. Elle n'ignore pas que la Principauté de Bulgarie faisant partie intégrante de l'Empire, la Cour Suzeraine a seule le droit de négocier et de conclure tout arrangement à intervenir pour l'armistice et la paix. Je prie donc votre Altesse de vouloir bien me faire connaître avant toute négociation pour cet arrangement quelles seraient à son avis les conditions les plus propres à rétablir définitivement la paix.

The Grand Vizier to Prince Alexander.

(Thélégraphique.) Constantinople, le 26 Novembre (8 Décembre), 1885.

J'ai eu l'honneur de recevoir le télégramme de votre Altesse du 3 de ce mois. Nous espérons que votre Altesse ne voudra pas, dans l'intérêt de la paix, dénoncer la suspension d'armes entre les troupes Serbes et Bulgares. Le Gouvernement Impérial vient de nommer son Excellence Madjid-Pacha fonctionnaire supérieur du Ministère Impérial des Affaires Étrangères, qui se

Nr. 8906. Bulgarien. 10. Dec. 1885.

rendra incessamment à Sophia comme Délégué Spécial de la Sublime Porte, chargé de se concerter avec votre Altesse sur les stipulations de l'arrangement à intervenir pour le rétablissement de la paix. Je prie votre Altesse de vouloir bien me communiquer au préalable les conditions qui seront arrêtées au sujet de l'arrangement en question.

Prince Alexander to the Grand Vizier.

Du Quartier-Général à Pirot, le 28 Novembre
(Télégraphique.) (10 Décembre), 1885.

En réponse aux télégrammes de votre Altesse en date du 3 et 8 de ce mois, j'ai l'honneur de lui faire part que, comme les conditions que j'ai l'intention de proposer à la Serbie ne seront pas de nature à porter atteinte aux dispositions des Articles II et XXXVI du Traité de Berlin, la nomination d'un Délégué Spécial de la Sublime Porte se trouve écartée d'elle-même, d'autant plus que la Serbie m'a déclaré, directement à moi, cette guerre, à laquelle la Sublime Porte a cru de son devoir de ne prendre aucune part active ni même passive.

Nr. 8907. FRANKREICH. — Min. des Ausw. an die Vertreter Frankreichs*). — Ermächtigung, sich im Sinne des Circulars vom 3. December zu äussern. [G. 288.]

(Télégramme.) Paris, le 12 décembre 1885.

Nr. 8907. Frankreich. 12. Dec. 1885.

Dès le début du mouvement rouméliote nous ne nous sommes pas dissimulé que le rétablissement du statu quo ante serait une solution insuffisante et éphémère: nous n'y avons adhéré au cours de la conférence que pour ne pas rompre l'accord des Puissances; mais nous nous serions bien plus volontiers ralliés, selon nos idées primitives, à une combinaison de nature à concilier les droits du Sultan avec les aspirations légitimes des populations. Aujourd'hui la plupart des Cabinets semblent se rapprocher de ce point de vue. Sans vouloir nous départir de la réserve que nous avons observée depuis cette affaire qui n'a pas pour nous une aussi grande importance que pour d'autres, et, par conséquent, sans penser à prendre actuellement aucune initiative, je crois le moment venu de mettre plus en lumière nos propres appréciations, et je vous autorise à vous inspirer, dans vos entretiens, des considérations développées dans ma circulaire du 3 décembre.

C. de Freycinet.

---

*) Das Circular ist an dieselben Vertreter wie Nr. 8904 gerichtet. A. d. Red.

Nr. 8908. **GROSSBRITANNIEN.** — Gen.-Konsul in Sophia an den engl. Min. des Ausw. — Bulgarien nimmt die Intervention der Militärkommission bedingungsweise an. [B. 630.]

Sophia, December 15, 1885.

Nr. 8908. Grossbritannien. 15. Dec. 1885.

My Lord, — the Representatives of the Great Powers at Sophia informed M. Tsanow yesterday, that their respective Gouvernments had adhered to the proposal made by Austria-Hungary for the appointment of a Commission, composed of their Military Attachés at Vienna, to settle the conditions of an armistice between Servia and Bulgaria. || M. Tsanow has now replied by a Circular, in which he calls attention to the fact that the Bulgarian Government have already explained the reasons which, in their opinion, justified them in refusing the Servian conditions, and in demanding the acceptance of those which they had proposed. They had made an appeal to the Great Powers to decide the question whether Bulgaria, who had been victorious, should be compelled to agree to the conditions proposed by Servia, or whether vanquished Servia should agree to those proposed by Bulgaria. || It is therefore with some surprise, that the Bulgarian Government find themselves met by a proposal made by the Great Powers which refers to a matter of secondary importance, with regard to which it would not have been necessary to invoke their assistance. A line of demarcation and a neutral zone have been agreed to by both belligerents as regards their position on Servian territory, and the Bulgarian Government never has consented, and never will consent, to such a line being drawn on their territory, it being clearly understood by Prince Alexander that the declaration made by Count Khevenhüller referred to the further advance of Bulgarian troops on Servian territory, and had no reference to Bulgarian troops within the limits of the Principality. || There would consequently appear to be no reason for the appointment of the Commission in question, merely for the settlement of technical military conditions which both parties had already accepted. || Should, however, the Great Powers still insist on the appointment of such a Commission, the Bulgarian Government hope that due consideration will be given to the position acquired by Bulgaria, and that a decision will be given with regard to the proposals made by the two parties. || The Bulgarian Government, out of deference to the Great Powers, are prepared to accept the proposal made by the Austrian Government, being convinced that the Great Powers, in return, will admit the two proposals which follow: — || 1. That the Bulgarian Delegate shall be admitted to the Commission on the same footing as the Servian Delegate; and || 2. That the Great Powers will not in any case permit Servia to recommence hostilities, and will insist on her evacuation of Bulgarian territory, where, thanks to the intervention of Austria, her troops still are.

M. Tsanow expresses the hope, that a speedy answer may be returned

Nr. 8908. Grossbritannien. 15. Dec. 1885.

to this note, so as to enable him to consult with Madjid-Pasha with regard to the arrangements to be made for the conclusion of preace. || I have, &c.

Frank C. Lascelles.

Nr. 8909. OESTERREICH-UNGARN. — Min. des Ausw. (Kalnoky) an den österreichischen Vertreter in Sophia. — Die Militärkommission wird den Vorbehalten Bulgariens Rechnung tragen. [G. 302.]

Nr. 8909. Oesterreich-Ungarn. 18. Dec. 1885.

En réponse à la Circulaire bulgare, le Gouvernement impérial et royal prend acte de l'acceptation de sa proposition concernant la Commission internationale militaire, et croit devoir faire observer: || 1° Que, d'après les instructions dont cette Commission est munie, elle devra, dans ses décisions, faire, dans les limites de sa compétence, une juste part de la victoire et de la défaite; || 2° Que, pour assurer aux décisions de la Commission une complète impartialité, il n'y aura, dans cette Commission, pas plus de Délégué serbe que de Délégué bulgare; || 3° Que l'armistice doit précéder la conclusion d'une paix définitive, et que le Gouvernement impérial et royal est décidé, à l'égal des autres Puissances, à employer tous ses efforts pour empêcher la reprise des hostilités. Le Gouvernement serbe a déjà accepté cette modification sans aucune réserve, et la Commission part ce soir.

Nr. 8910. GROSSBRITANNIEN. — Gen.-Konsul in Sophia an den engl. Min. des Ausw. — Bulgarien unterwirft sich der Entscheidung der Militärkommission. [B. 644.]

Sophia, December 19, 1885.

Nr. 8910. Grossbritannien. 19. Dec. 1885.

My Lord, — With reference to my telegram of yesterday's date, I have the honour to report, that M. Tsanow has adressed a note to the Representatives of Austria-Hungary, Germany, Russia and Italy, stating that, in consequence of the explanations which have been given by Baron Biegeleben*), and which they understand as signifying that the Servians are at once to retire their troops from Bulgarian territory, and that the Bulgarian troops are to continue to occupy the positions they hold on Servian territory until peace shall be concluded; and, moreover, in view of the telegram which Prince Alexander has received from the Grand Vizier to the effect that the Military Commission would naturally take into consideration the position which Bulgaria had acquired in consequence of the war, the Bulgarian Government will undertake to abide by the decisions which the Military Commission may arrive at. || This note was sent to the Agents of the four Powers at 11 A. M. to-day.

*) Dem österreichischen Militärbevollmächtigten. Anm. d. Red.

It was expected here that the Military Commission would arrive to-day about noon at Pirot. || I have forwarded the above to Sir William White. || I have, &c. Nr. 8910. Grossbritannien. 19. Dec. 1885.

Frank C. Lascelles.

Nr. 8911. SERBIEN und BULGARIEN. — Waffenstillstandsbedingungen. [B. 674. G. 313.]

La Commission Militaire Internationale chargée de fixer les conditions de l'armistice à intervenir entre les troupes Serbes et Bulgares, après avoir étudié la situation des deux armées, à la date du 16 (28) Novembre, 1885, au matin, jour où les opérations de campagne ont été arrêtées, et après avoir constaté les avantages militaires remportés par l'armée Bulgare, a fixé que les conditions seront les suivantes: — Nr. 8911. Serbien und Bulgarien. 21. Dec. 1885.

Article 1er. L'armistice conclu à Pirot à la date de ce jour, 9 (21) Décembre, 1885, durera jusqu'au 17 Février (1er Mars), 1886. || Si d'ici à cette date la paix à intervenir n'était pas signée, l'armistice sera prolongé de droit, et si après cette date du 1er Mars il devait être rompu, la dénonciation devra être faite dix jours au moins avant la reprise des hostilités.

Art. 2. Les troupes des deux partis belligérants évacueront les portions du territoire de l'adversaire actuellement occupées par elles. || Les troupes Serbes seront retirées les premières de façon que l'évacuation par elles du territoire Bulgare soit terminée à la date du 13 (25) Décembre, 1885, à midi. || L'évacuation du territoire Serbe par les troupes Bulgares sera terminée le 15 (27) Décembre, 1885, à midi. || La réoccupation par les troupes nationales des localités ainsi évacuées ne pourra se faire que cinq jours après le départ des troupes adverses; mais le retour des autorités administratives pourra avoir lieu immédiatement aprés ce départ. Il en sera de même pour la rentrée des agents de la force publique, dont la présence peut être nécessaire pour assurer l'ordre et la sécurité dans le pays.

Art. 3. La ligne de frontière entre la Serbie et la Bulgarie servira de ligne de démarcation entre les deux armées, Bulgare et Serbe; mais suivant cette ligne et sur le territoire de chacun des deux États, une zone de 3 kilom. de largeur sera neutralisée pendant la durée de l'armistice, de sorte qu'on ne devra y faire pénétrer aucune troupe armée, à l'exception des agents de la force publique chargés d'assurer l'ordre, la police et la sécurité dans le pays, et des agents du service des Douanes.

Art. 4. Le renvoi des prisonniers faits par les deux partis belligérants devra s'effectuer immédiatement. Accord sera pris à ce sujet entre les officiers qui ont reçu les pouvoirs pour signer l'armistice. Ces mêmes officiers règleront sans retard les questions relatives à l'évacuation du matériel de guerre, à celle des malades et des blessés, et aux autres points de détail qui pourront se présenter.

Nr. 8911. Serbien und Bulgarien. 21. Dec. 1885.

Art. 5. Les Délégués chargés des négociations, qui doivent amener la conclusion de la paix, seront nommés immédiatement.

Le Colonel Jopalovitch de l'armée Serbe; et le Capitaine Panoff de l'armée Bulgare, après avoir produit devant la Commission et s'être communiqués l'un à l'autre les pleins et réguliers pouvoirs dont ils ont été munis par les Commandants-en-chef des deux armées Serbe et Bulgare, ont pris connaissance des conditions ci-dessus indiquées qu'a fixées la Commission Militaire Internationale. Ils ont signé et échangé entre eux deux exemplaires identiques du présent document.

Pirot, le 9 (21) Décembre, 1885.

Pour la Bulgarie, Panoff.
Pour la Serbie, J. Jopalovitch.

Les Membres de la Commission Militaire Internationale,

G. Wedel. A. Cerruti.
Rosenberg. Baron N. Kaulbars.
De Salles. Chakir.
Keith Fraser.

Nr. 8912. TÜRKEI. — Min. des Ausw. an die türkischen Vertreter bei den Grossmächten. — Bulgarien hat Anspruch auf eine Kriegsentschädigung. [G. 308.]

(Remis par Essad-Pacha.)

Constantinople, le 22 décembre 1885.

Nr. 8912. Türkei. 22. Dec. 1885.

Il est à votre connaissance que, sur la proposition du Cabinet de Vienne, une Commission mixte militaire a été instituée par nous et les Grandes Puissances à l'effet de régler, au point de vue technique, les conditions d'un armistice entre la Serbie et la Bulgarie. Notre Délégué à cette commission, qui doit, à l'heure qu'il est, se trouver sur les lieux, a reçu pour instruction de ne point se séparer de ses collègues et de se référer, le cas échéant, à la Sublime Porte pour les points qui exigeraient de nouvelles instructions de notre part. || A la suite d'un échange de propositions et de contre-propositions entre la Serbie, qui déclarait d'avance se soumettre aux décisions de la Commission, et la Principauté bulgare, qui, tout en déclarant ne devoir point toucher aux articles 2 et 36 du Traité de Berlin, tenait cependant à garder jusqu'à la conclusion de la paix les territoires serbes qui se trouvent entre ses mains, on a émis l'opinion que le principe de l'évacuation des territoires de part et d'autre soit admis, évacuation qui devra constituer la base de l'armistice, tout en y tenant naturellement compte de la situation que s'est acquise la Bulgarie par suite de la guerre. || C'est dans ce sens que Son Altesse le Grand-Vizir a télégraphié à la date du 17 décembre à Son Altesse le Prince Alexandre qui, par sa réponse datée du 18, prie le Grand-Vizir de

lui faire savoir quelle serait la garantie pour la compensation à laquelle a droit la Bulgarie, au cas où la Commission militaire déciderait l'évacuation du territoire serbe par l'armée bulgare avant la conclusion de la paix. || La compensation que vise le Prince dans son télégramme nous paraît constituer une indemnité pécuniaire; et dans les circonstances présentes, vu, en particulier, les instructions transmises à la Commission militaire de faire une juste part de la victoire et de la défaite dans les limites de sa compétence, une compensation de cette nature dans la mesure du juste et du possible ne nous semble pas une prétention exagérée. || Veuillez, en conséquence, attirer sur ce qui précède l'attention du Gouvernement près duquel vous êtes accrédité, afin que, dans le cas où il croirait opportun d'adhérer au principe de la compensation en argent qui doit évidemment entrer dans l'arrangement à intervenir pour la conclusion de la paix, il veuille bien inviter son agent à Belgrade à faire les démarches nécessaires auprès du Gouvernement serbe pour l'amener à adhérer au principe de compensation dont il s'agit. Saïd.

Nr. 8912. Türkei. 22. Dec. 1885.

Nr. 8913. GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger in St.-Petersburg an den engl. Min. des Ausw. — Umschwung in der russischen Auffassung. [B. 664.]

(Telegraphic.) St. Petersburgh, December 24, 1885, 12·12 A. M.

Minister for Foreign Affairs for the first time to-day admitted in the course of conversation, that a return to the status quo ante might now prove impossible, and that the union which existed de facto might have to be maintained.

Nr. 8913. Grossbritannien. 24. Dec. 1885.

Nr. 8914. GRIECHENLAND. — Min. des Ausw. (Delyannis) an die griechischen Vertreter bei den Grossmächten. — Stellung Griechenlands gegenüber den bulgarischen Ereignissen. [G. 318.]

Athènes, 19/31 décembre 1885.

Monsieur, — Par mes circulaires des 28 septembre et 19 octobre passés, je vous ai fait connaître les conseils que les Représentants des Grandes Puissances à Athènes ont, d'ordre de leur Gouvernement, adressés au Gouvernement du Roi dans l'intérêt de la paix. || Les demandes des Grandes Puissances ont été dictées par leur désir de voir la paix se maintenir. Le Gouvernement royal, confiant dans l'équité et les dispositions bienveillantes des Puissances en faveur de la Grèce et de ses intérêts vitaux, s'est fait un devoir de se conformer à leurs conseils et de régler sa conduite en conséquence. || En effet, depuis lors, le Gouvernement royal n'a pas manqué de s'inspirer dans tous ses actes de ces conseils. Pendant ces trois derniers mois, il n'a

Nr. 8914. Griechenland. 31. Dec. 1885

Nr. 8914. Griechenland. 31. Dec. 1885.

rien fait qui pût susciter le moindre obstacle aux efforts des Grandes Puissances qui visent au maintien et au rétablissement de la paix. Bien plus, il n'a pas hésité à user de toute son influence, afin d'empêcher que de nouvelles complications ne surgissent à la suite des événements de Philippopoli qui, dans le Royaume et hors du Royaume, avaient produit sur les populations helléniques une si profonde émotion. Car les événements dont la péninsule des Balkans a été le théâtre ont posé des questions de race et de prépondérance de la nature la plus importante, de la portée la plus grave; les sentiments que ces événements ont soulevés devaient nécessairement faire sentir leur contre-coup bien au delà des contrées où ils se sont déroulés, et ils n'ont pas tardé de mettre en jeu des intérêts vitaux des États voisins de l'Empire ottoman. || Mais au moment où les Grandes Puissances vont délibérer sur les questions créées par les événements de septembre passé et où elles vont décider sur les mesures à arrêter, afin d'assurer cette paix si ardemment désirée, le Gouvernement royal manquerait à ses devoirs de reconnaissance envers les Grandes Puissances, et ferait douter de son désir sincère de contribuer au maintien de la paix, s'il n'indiquait franchement et sans aucune réticence la situation pleine de périls sur les points plus ou moins rapprochés de ses frontières et surtout de celles du Nord. Déjà le Congrès de Berlin s'en était préoccupé. Comme tout indique que les Grandes Puissances qui y étaient représentées seront bientôt saisies du règlement des affaires de la péninsule des Balkans, nous aurions à espérer que, dans l'intérêt d'une paix durable, elles ne se borneront pas à fermer cette seule plaie ouverte et ensanglantée, mais qu'elles aviseront aussi aux plaies cachées qui menacent non moins de s'ouvrir. De cette manière seraient atténuées les causes qui pourraient entraîner le Gouvernement royal dans la voie qu'il n'a pas hésité à suivre pour aider à l'oeuvre de pacification poursuivie par les Grandes Puissances. || Les Puissances n'ignorent pas combien la question de ses frontières septentrionales touche tout particulièrement aux intérêts vitaux du Royaume, et combien cette question est étroitement liée aux intérêts politiques, mis en relief par les événements dont la péninsule des Balkans a été récemment le théâtre. Aussi les sentiments même de gratitude que nous inspire la sollicitude bienveillante que les Grandes Puissances ont témoignée jusqu'à ce jour en faveur de la Grèce, nous font un devoir de leur représenter la situation actuelle sous son vrai jour. || Je vous prie, Monsieur, de donner lecture de cette Note à Son Exc. M. le Ministre des Affaires étrangères et de lui en laisser copie.

Agréez, Monsieur, etc.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

Date Due

Due	Returned	Due	Returned
MAR 2 8 1991	MAR 1 8 1991		

3 1262 04622 1205

327.08
S77J
v.46